

Die internationale proletarische Demokratie

Die Strategie und Taktik Der Arbeiterklasse

**von
T.J. Melt [Josef Frey]
Lissabon 1947**

**Buch 3, Teil 2
Hefte 11-1, 11-2, 11-3 und 12**

DRITTES BUCH

Zweiter Teil

Die vier Grundaufgaben der Arbeiterklasse und die proletarisch-revolutionären Organisationsprinzipien

Elftes Heft

Erster Teil

Die vierte Grundaufgabe der Arbeiterklasse: Die Politik des proletarischdemokratischen Staates

I. Die Grundlinie aller Politik des proletarischdemokratischen Staates

Der Übergang der Macht an die Arbeiterklasse war die Hauptsache im proletarischrevolutionären Kampf um die Macht. Die revolutionär aufgerichtete Macht der Arbeiterklasse, die proletarischdemokratische Staatsmacht, behaupten, ausgestalten, über den ganzen Erdball breiten, das ist die Hauptsache bei der Politik des proletarischdemokratischen Staates. Alles andere muss dieser Hauptsache dienen, muss in sie einmünden, ist im Verhältnis zu dieser Hauptsache – so wichtig es im Einzelnen auch sein mag – untergeordnet.

„Die Diktatur des Proletariats bedeutet nicht die Einstellung des Klassenkampfes, sondern seine Fortsetzung in neuer Form mit neuen Waffen“ (Thesen über die Politik der KPR, ÜI. Weltkongress der KI, 1921). Fortsetzen des Klassenkampfes auf welcher Grundlinie? – auf genau derselben Grundlinie wie früher, das ist auf der proletarischen Klassenlinie, auf der Linie der internationalen proletarischen Revolution, auf der Linie der Weltrevolution.

Die Politik des proletarischen Staates muss so beschaffen sein, dass sie in ihrer Gesamtwirkung die Macht der Arbeiterklasse steigert, international und national, die Macht der Weltbourgeoisie senkt, dass sie im internationalen und nationalen Maßstab das Kräfteverhältnis der Klassen zugunsten des Weltproletariats, zu Gunsten der proletarischen Revolution verschiebt, zum Nachteil der Weltkapitalistenklasse, zum Nachteil der internationalen kapitalistischen Gegenrevolution.

[2] Führt die Politik des proletarischen Staates tatsächlich zu diesem Ergebnis, dann ist er richtig geleitet, geführt auf der Klassenlinie der Arbeiter, auf der proletarischrevolutionären, sozialistischen, kommunistischen Linie – führt sie aber –gemessen innerhalb einer hinlänglichen Zeit, zum entgegengesetzten Ergebnis, dann bewegt sich die Politik des proletarischen Staates auf antiproletarischer, antirevolutionärer, antisozialistischer, antikommunistischer Linie, arbeitet der Weltbourgeoisie, der internationalen kapitalistischen Gegenrevolution in die Hand; notwendigerweise wird ein solcher proletarischer Staat in seinen proletarischen Klassengrundlagen immer mehr gefährdet, erschüttert, zersetzt, er entartet als proletarischer Staat, wobei er sich zugleich in ein sehr machtvolleres Staatsgebilde, das jedoch immer mehr Tendenzen, Elemente antiproletarischer, antirevolutionärer, antisozialistischer, antikommunistischer Natur hervorbringt, wandeln kann, ja wandeln muss.

Die „roten Giganten“, die riesigen Industriebetriebe waren, sind äußerst bedeutende Einzelerfolge des Wirtschaftsaufbaues in Russland. Das ändert jedoch nichts an der grundlegenden Tatsache, dass sie Teil einer Politik waren, die in ihrem Gesamtauswirken das Kräfteverhältnis der Klassen unausgesetzt zum Nachteil der Weltarbeiterklasse, der russischen Arbeiter inbegriffen, beeinflusst, verschiebt. Die „Giganten“ wuchsen empor, aber die Macht der Arbeiter als Klasse, die Macht des Weltproletariats im Verhältnis zur Weltbourgeoisie sank immer tiefer... Nicht die „Giganten“ tragen die Schuld, aber die Gesamtpolitik, womit der (entartete) proletarische Staat geführt wird.

Millionen und Abermillionen wurden und werden in Russland aus dem Analphabetismus zu höherem kulturellem Dasein emporgehoben. Ein äußerst bedeutsamer Einzelfortschritt. Das ändert aber nichts an der entscheidenden Tatsache, dass dies unter der Stalinbürokratie Teil einer Gesamtpolitik, die in ihrem Gesamtauswirken die Machtstellung des Weltproletariats, der russischen Proletarier inbegriffen, im Verhältnis zur Weltbourgeoisie fortgesetzt schädigt, schwächt.

Der Heldenkampf der Roten Armee, der russischen Arbeiter und Bauern überhaupt, mit seinen Siegen von Stalingrad usw. wird als unsterbliches Ruhmesblatt in die Weltgeschichte eingehen. Das ändert jedoch nichts an der entscheidenden Tatsache, dass die gesamten militärischen Anstrengungen Russlands unter der Stalinbürokratie Teil einer Gesamtpolitik sind, die das Kräfteverhältnis zwischen Weltbourgeoisie und Weltproletariat, beider Klassen in ihrer Gesamtheit genommen, zum Nachteil der Gesamtarbeiter, zum Vorteil der Gesamtkapitalisten beeinflusst, verschiebt.

Ob die Politik des proletarischen Staates richtig ist, ob sie sich tatsächlich auf der proletarischen Klassenlinie bewegt, das muss letzten Endes stets vom Standpunkt der Macht der Weltarbeiterklasse beurteilt werden, in ihrem Verhältnis zur Macht der Weltbourgeoisie, muss immer beurteilt werden vom Standpunkt der Machtstellung der Arbeiter als Klasse in ihrem Verhältnis zur Machtstellung der Kapitalisten als Klasse. Nur von diesem Ausgangspunkt kann man die Politik des proletarischen Staates richtig bestimmen; nur von diesem Ausgangspunkt kann man die Politik eines gegebenen proletarischen Staates – wie zum Beispiel der stalinistisch entarteten Sowjetunion – richtig beurteilen. Die meisten Irrtümer ehrlicher Arbeiter beim Beurteilen des stalinistischen Sowjetrussland entspringen letzten Endes dem Umstand, dass sie unbewusst von einem unrichtigen Ausgangspunkt an die russische Frage herangehen, das heißt, dass sie – ohne es zu wissen – nicht vom proletarischen Klassenstandpunkt urteilen, der die Einzelheiten, auch die Einzelerfolge, nicht bloß isoliert, sondern auch und vor allem in ihrem Zusammenhang mit der Gesamtpolitik des (entarteten) proletarischen Staates beurteilt, in der Gesamtwirkung dieser Politik auf das Kräfteverhältnis zwischen Weltarbeiterklasse und Weltkapitalistenklasse.

[3] „Das Primat (der Vorrang) der Politik über die Ökonomie muss als unbedingte Regel gelten“ (Lenin: Noch einmal die Gewerkschaften, 1921, Sammelband; 1925, S.611). Alle Fragen der Wirtschaft des proletarischen Staates, selbst die allerwichtigsten, müssen grundlegend, leitend unter dem Gesichtspunkt der Politik der proletarischen Klassenmacht, der Macht der Arbeiter als Klasse, gewertet, eingeschätzt, beurteilt werden. Das gilt überhaupt für alle Fragen der Politik des proletarischen Staates.

1. Das Steigern der Produktivkräfte und die proletarische Klassenmacht

Weil das Kapital die Weiterentwicklung der Produktivkräfte und dadurch den Aufstieg der Arbeiter, armen Bauern Kleinbürger, der Menschheit überhaupt, immer mehr hemmt, deshalb – letzten Endes – bekämpfen wir die kapitalistische Form der Produktion. Um die Produktivkräfte über die durch die kapitalistische Anwendung der Produktionsmittel gesetzten Schranken höher und immer höher zu entfalten und dadurch die Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger, die ganze Menschheit überhaupt immer höher und höher zu heben: darum – letzten Endes – kämpfen wir für die sozialistische Form der Produktion. Es ist also klar, dass das Steigern der Produktivkräfte, anders ausgedrückt: der Produktivität, der Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit, die entscheidende Aufgabe der gesamten Wirtschaftspolitik des proletarischen Staates ist, sein und bleiben muss.

Allein die Aufgabe des Steigerung der Produktivkräfte darf nie und nimmer „an sich“, das heißt isoliert, sondern sie muss vielmehr stets im Zusammenhang mit der Frage der proletarischen Klassenmacht gestellt, beantwortet werden: Welches ist das Wechselverhältnis zwischen beiden? Ohne proletarische Klassenmacht kein Steigern der Produktivkräfte über die durch das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln, durch das kapitalistische Profitbedürfnis gesetzten Schranken – ohne Steigern der Produktivkräfte kein Behaupten der proletarischen Klassenmacht auf die Dauer. So weit, so richtig. Doch welcher der beiden Faktoren ist bei aller Wechselwirkung der in letzter Instanz grundlegende Faktor in diesem Wechselverhältnis: die proletarische Klassenmacht oder das Steigern der Produktivkräfte?

Dieser ausschlaggebenden Frage darf man nicht ausweichen, man darf vor ihr nicht die Augen schließen. Es gibt kein Steigern der Produktivkräfte „an sich“. Es gibt eine Politik des Steigerns der Produktivkräfte, welche das Kräfteverhältnis der Klassen zum Vorteil der Arbeiterklasse verschiebt – und es gibt eine Politik des Steigerns der Produktivkräfte, welche – selbst bei besten Absichten – zu der gerade entgegengesetzten Wirkung führt, dass sie die Macht der Arbeiter als Klasse schwächt. So entscheidend die Aufgabe des Steigerns der Produktivkräfte, sie muss stets untergeordnet sein und bleiben den Interessen der Macht der Arbeiter als Klasse.

Bucharins Förderung der wirtschaftlich tüchtigen Kulaken war gut gemeint. Der Ertrag der landwirtschaftlichen Produktion wäre gesteigert worden, mit gar manchen günstigen wirtschaftlichen Wirkungen, vielleicht auch für die Arbeiterklasse hinsichtlich der Ernährung – doch um den Preis der Stärkung der Klassenposition der [4] ausbeuterischen Großbauern, also um den Preis, dass die Machtstellung der Arbeiterklasse geschwächt worden wäre. Doch gerade das ist der einzige Preis, den der proletarische Staat selbst für eine Steigerung der Produktivkräfte niemals zahlen darf!

Die Stalinbürokratie entwickelt die Produktivkräfte auf einer Grundlage und mit Methoden, wodurch die Gesamtposition der Arbeiterklasse, die sozialistischen Tendenzen zusehends geschwächt, die Gesamtposition der arbeiterfeindlichen Elemente, die neubürgerlichen Tendenzen in der Sowjetunion fortgesetzt gestärkt werden. Begreiflich, dass die kapitalistischen Klopffechter, die labouristischen, sozialdemokratischen eingeschlossen, diesen Stalinschen „Realismus“ höchst loben. Der Stalinsche Kurs züchtet tatsächlich eine neue Bourgeoisie heran, führt zu einem neuen Kapitalismus in Russland und verdeckt dies, was umso gefährlicher, mit halbsozialistischen, halbkommunistischen Phrasen.

Stalins Wirtschaftsmethoden haben die Produktivkräfte Russlands gewaltig gesteigert, doch um den Preis, dass durch die Gesamtpolitik, wovon die Stalinsche Wirtschaftspolitik nur ein Teil, die Klassenmacht des Weltproletariats, der russischen Arbeiter inbegriffen, gewaltig geschädigt wurde, gewaltig geschädigt wird.

Nur ein Steigern der Produktivkräfte, das den Interessen der Macht der Arbeiter als Klasse stets untergeordnet, eingeordnet ist und bleibt, wirkt sich aus zu Gunsten der Arbeiterklasse, ansonsten aber wirkt es sich aus zu Gunsten der

dem Proletariat feindlichen, der antisozialistischen Elemente, letzten Endes zu Gunsten des kapitalistischen Klassenkampfes, zu Gunsten der Weltbourgeoisie. Genau das gilt vom Stalinschen Steigern der Produktivkräfte.

2. Die soziale Lage der Arbeiterklasse und die proletarische Klassenmacht

Zeitweise vermögen die Arbeiter selbst unter kapitalistischen Bedingungen eine gewisse Besserung ihres Lebensstandards zu erreichen. „Meist geht es da um die Oberschicht der Arbeiter, die ihr Lebensniveau auf Kosten der Masse der Arbeiter verbessert. In Zeiten großen wirtschaftlichen Aufschwungs vermag im Kapitalismus sogar die Arbeiterklasse als Gesamtheit sich zu einer etwas höhern Lebensstufe empor zu kämpfen, doch stets nur vorübergehend. Jede Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse unter kapitalistischer Herrschaft bedeutet lediglich, dass die Kapitalistenklasse die eiserne Kette, woran sie die Klasse der Lohnsklaven geschmiedet hält, zeitweilig etwas lockert. In Zeiten großer Konjunktur bewilligen die kapitalistischen Ausbeuter der Klasse der proletarischen Hühner, die ihnen die goldenen Profiteure legen, etwas mehr Futter, einen etwas besser ausgestatteten Käfig usw. – all dies nur, solange die günstige Konjunktur währt, also nur vorübergehend. Denn auf den konjunkturellen Aufschwung folgt die konjunkturelle Depression, schließlich die konjunkturelle kapitalistische Krise folgt das kapitalistische Hinabdrücken der proletarischen Lebenshaltung. Und in der kapitalistischen Niedergangsepoche vollends, werden die Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs immer kürzer, die Phasen des wirtschaftlichen Niedergangs, der Wirtschaftskrise immer länger. Jedenfalls verschlechtert sich fortschreitend die soziale Lage der Arbeiterklasse relativ, das heißt im Verhältnis zur sozialen Lage der Kapitalistenklasse.

[5] Der proletarischdemokratischen Staatsmacht dagegen geht es um das dauernde Heben der sozialen Lage der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger, und zwar nicht um das Heben eines ihrer Teile auf Kosten der großen Masse, sondern um das Heben des Lebensstandards der gesamten Arbeiterklasse, der gesamten Masse der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger im Verhältnis zu allen andern Klassen, Schichten, Teilen der Gesamtbevölkerung, bis zur schließlichen Überwindung der gesellschaftlichen Klassenspaltung überhaupt. Damit ist auch schon gesagt, dass die Politik des proletarischdemokratischen Staates alle Fragen der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, der ausgebeuteten werktätigen Massen überhaupt grundlegend stets im Zusammenhang mit der proletarischen Klassenmacht stellt und beantwortet, behandelt und verwirklicht. Denn nur wenn das Steigern des Lebensniveaus der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger auf einer Grundlinie betrieben wird, welche die Macht der Arbeiter als Klasse nicht schwächt, sondern stärkt, dann kann von einem dauernden, also wirklichen Heben der sozialen Lage der Arbeiterklasse, der werktätigen ausgebeuteten Masse überhaupt, die Rede sein.

Werfen wir einen Blick in das Stalinsche Russland. Zwanzig Jahre schon ist die Stalinbürokratie im Sattel. Wohin hat sie die Macht der Arbeiter als Klasse gebracht? Prüfen wir das zunächst im russischen Maßstab.

Die Machtstellung der Arbeiterklasse bemisst sich an ihrer tatsächlichen Macht in Betrieb, Gewerkschaft, Staat, Partei. Unter Lenin gab es für die russischen Arbeiter die Demokratie im Betrieb. Sie konnten in der Betriebsversammlung freimütig auftreten, Kritik üben, Vorschläge machen, Beschlüsse fassen, ohne fürchten zu müssen, den Arbeitsplatz zu verlieren, ins Gefängnis zu kommen usw. Die Stalinbürokratie hat die Betriebsdemokratie restlos beseitigt. Die Arbeiter dürfen im besten Fall sich selbst kritisieren, wenn es gut geht auch ihren unmittelbaren Vorgesetzten, doch einzig und allein auf der „General linie“; keinesfalls dürfen sie auch nur für ihre Lebenshaltung eintreten, geschweige denn die Stalinlinie, die Stalinbürokratie einer Prüfung unterziehen.

Unter Lenin gab es für die russischen Arbeiter die Demokratie in den Gewerkschaften. Gewiss, die Leninschen Gewerkschaften hatten auch die Interessen des sozialistischen Aufbaues zu vertreten, doch stets in Einklang mit den Interessen der Arbeiter, und damit diese Interessen gewahrt bleiben, eben darum hatten die Arbeiter das Recht, in den Gewerkschaften für ihre Interessen in den Fragen von Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsintensität usw. aufzutreten, Kritik zu üben, Anträge zu stellen, Beschlüsse zu fassen. Die Arbeiter wählten die Gewerkschaftsfunktionäre, Gewerkschaftsbeamten, die ihre Funktionen, Ämter nur solange ausüben konnten, solange sie tatsächlich von dem in freier Abstimmung bekundeten Vertrauen der großen Mehrheit der gewerkschaftlichen Arbeiter getragen waren. Die Stalinbürokratie hat die Gewerkschaftsdemokratie restlos beseitigt. Die Stalingewerkschaften sind ein Teil des Stalinschen Polizeiapparats gegen die Arbeiterklasse: In den Stalingewerkschaften haben die russischen Arbeiter nur Pflichten, aber kein wirkliches Recht. Unter Lenin gab es für die russischen Arbeiter die Demokratie der Sowjets. Die Arbeiterräte wurden von den Arbeitern frei gewählt; diese konnten ihren Sowjetdeputierten jederzeit abberufen und durch einen andern ihnen genehmen ersetzen; die örtlichen Deputierten wählten frei ihre Vertreter für den Bezirkssowjet, sie konnten jederzeit abberufen und durch andere von ihnen gewählte Delegierte ersetzen – und so fort durch alle Stufen der Räteorganisation bis hinaus zum Reichssowjet. In den Sowjets selbst übten die Deputierten freie Kritik aus an allen Behörden des proletarischen Staates, auch an der Regierung, sie [6] brachten ihre Vorschläge, Anträge ein, fassten frei ihre Beschlüsse. Die Stalinbürokratie hat die Sowjetdemokratie restlos beseitigt.

Unter Lenin waren alle wie immer gearteten ausbeuterischen Elemente vom Sowjet ausgeschlossen. Unter dem Titel der Einführung eines „allgemeinen“ Wahlrechts hat ihnen die Stalinbürokratie die Tür zum Sowjet erschlossen. Dagegen wurde das Recht der Arbeiter, ihren Deputierten immer wieder Rede und Antwort stehen zu lassen, ihn jederzeit durch einen andern, ihnen genehmen Deputierten zu ersetzen, beseitigt. Gewählt in den Sowjet dürfen nur werden die von der Stalinbürokratie bestimmten Kandidaten... Im Sowjet selbst haben die Deputierten nur das Recht, sich selbst

zu kritisieren, in keinem Fall dürfen sie die Stalinlinie, die Stalinregierung, die Stalinbürokratie, geschweige denn Stalin kritisieren. All dies gilt auch von den armen Bauern und Kleinbürgern.

Unter Lenin gab es für die klassenbewussten russischen Arbeiter die Demokratie in der Partei. Die klassenbewussten Arbeiter hatten das Recht, die Funktionäre, Beamten der Partei und auch die Parteileitung zu kritisieren, Vorschläge zu machen, Anträge zu stellen, darüber selbst oder durch die von ihnen frei gewählten Delegierten abzustimmen. An die so gefassten Beschlüsse waren die zuständigen Stellen der Partei gebunden. Die klassenbewussten Arbeiter hatten das Recht, die Politik der Partei in den Organisationen zu diskutieren. Die Parteitage wurden ehrlich vorbereitet, die Delegierten dazu nach gründlicher Aussprache frei gewählt; der so zustande gekommene Parteitag wählte nach gründlicher Aussprache frei die Leitung der Partei. Die Parteileitung führte die Partei in der Zeit von Parteitag zu Parteitag, aber sie war und blieb die ganze Zeit über unter der politischen Kontrolle der klassenbewussten Arbeiter, die durch ihre Beschlüsse in den Parteiorganisationen die Politik der Partei ständig beeinflussten, ständig mitbestimmten, ja – in letzter Linie – tatsächlich bestimmten: Denn die Parteileitung war nicht der Herr, sondern Diener der Partei, nur ein von den Parteimitgliedern frei gewählter Ausschuss zum Besorgen der laufenden Geschäfte der Partei auf der Linie der von der Parteimitgliedschaft durch ihre frei gewählten Delegierten auf dem Parteitag frei gefassten Beschlüsse und unter ständiger Kontrolle durch die Parteiorganisationen, durch die Parteimitgliedschaft. Die Stalinbürokratie hat die Parteidemokratie restlos beseitigt. Die Parteimitglieder haben nur noch das Recht, sich selbst zu kritisieren, in keinem Fall aber das Recht, zu prüfen, ob die Politik der Stalinbürokratie, der Stalinschen Parteileitung den proletarischen Klasseninteressen entspricht oder widerspricht. Von irgendeiner freien Wahl der Parteileitung ist gar keine Rede mehr. Diese alle Funktionen, Ämter der Partei werden von der Stalinclique über den Kopf der Parteimitglieder hinweg einfach besetzt. Die Stalinschen Parteitage sind sowohl ihrer geistigen, wie Ihrer organisatorischen Vorbereitung nach reiner Betrug an der Parteimitgliedschaft.

Unter Lenin war der tatsächliche Herrscher im Sowjetstaat die Arbeiterklasse, gestützt auf die Betriebs-, Gewerkschafts-, Sowjet-, Parteidemokratie, mit einem Wort gestützt auf die Arbeiterdemokratie. Regierung und Parteileitung mussten immer wieder um das Vertrauen der Arbeiterklasse werben und, von diesem Vertrauen getragen, funktionierten sie als von der Arbeiterklasse eingesetzte, frei gewählte Ausschüsse (die Sowjetregierung wurde vom Reichsarbeiterrat, die Parteileitung vom Parteitag der klassenbewussten Arbeiter frei gewählt), welche die laufenden Geschäfte der Arbeiterklasse besorgten, unter der stetigen Kontrolle, Mitbestimmung, letzten Endes unter der tatsächlichen Herrschaft der Arbeiterklasse. Die Stalinbürokratie hat die Arbeiterklasse vollständig entrechtet, sie hat die der Arbeiterklasse entrissene Macht vollkommen an sich gerissen. In Stalinrussland herrscht die Stalinbürokratie, die Arbeiterklasse hat kein wie immer geartetes Recht, sie hat zu kuscheln und zu dienen, durchzuführen, was die Stalinbürokratie, gestützt auf den Stalinapparat – vor allem auf die GPU, jeweils für gut befindet, anzuordnen.

[7] Im russischen Maßstab also ist die Macht der Arbeiter als Klasse unter der Stalinbürokratie außerordentlich gesunken. Dass auch im internationalen Maßstab die Klassenmacht des Weltproletariats im Verhältnis zur Klassenmacht der Weltbourgeoisie als Gesamtheit infolge der 20jährigen Stalinpolitik außerordentlich gesunken ist, zeigen krass die vor allem von der Stalinbürokratie verschuldeten ungeheuern proletarischen Katastrophen: die Niederlage im englischen Generalstreik, Bergarbeiterstreik 1925/26, die Katastrophe der chinesischen Revolution 1925/27, die Katastrophe in Deutschland 1933, die spanische und französische Katastrophe 1936/39, die Katastrophe des Stalin-Hitlerpaktes 1939, die katastrophale Niederlage des Sowjetstaates im zweiten imperialistischen Weltkrieg im Verhältnis zum vorgeschrittensten kapitalistischen Staat, zum USA-Imperialismus, der seinen Produktionsapparat gewaltig verstärken konnte, während der russische Produktionsapparat zur Hälfte zerstört worden ist. (Vor dem Krieg hatte sich Sowjetrussland bereits zu 60% der amerikanischen Produktivkräfte emporgearbeitet. Im Verlauf des Krieges haben die USA ihren Produktionsapparat von 100 auf 120% vergrößert, zugleich verringerte sich der russische Produktionsapparat infolge der Zerstörungen rund um die Hälfte, das ist im Verhältnis zu Amerika von 60 auf 30%. Vor dem Kriege war also das Verhältnis der Produktivkräfte zwischen Sowjetunion und USA 60 zu 100 oder 3 zu 5, jetzt wurde es zum Nachteil des Sowjetstaates auf 30 zu 120 oder 1 zu 4 zurückgeschleudert. Vor dem Krieg hatte die Sowjetunion bereits weit mehr als die Hälfte der amerikanischen Produktivität erreicht – heute hat sie dank Stalin noch ein Viertel davon!) Nur noch durch die Munitions-, Waffen-, ja sogar Lebensmittellieferungen des amerikanischen, englischen Imperialismus vermag die Stalinbürokratie den Krieg auf großer Stufenleiter weiter zu führen; die wirtschaftliche Abhängigkeit des Sowjetstaates von der Weltbourgeoisie hat durch die Schuld der Stalinschen Politik gewaltig zugenommen, und zwar auch in Bezug auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Sowjetunion.

Indem die Stalinbürokratie die Macht der Arbeiter als Klasse ungeheuerlich senkte, machte sie es dem Sowjetstaat unmöglich, die soziale Lage der russischen Arbeiter dauernd, wirklich zu heben. Die Stalinbürokratie und ihre bezahlten oder interessierten Lohndrücker behaupten – entgegen den Tatsachen – das Gegenteil.

Daes die soziale Lage der russischen Arbeiter weit über den zaristischen Tiefstand gehoben wurde, das war das Werk der siegreichen Oktoberrevolution, nicht aber das Werk der Stalinbürokratie.

1922/23 unter Lenin, war die Lebenshaltung der russischen Arbeiter absolut genommen nicht hoch; die Produktion begann sich von Krieg und Bürgerkrieg eben erst zu erholen. Allein es ist zumindest zweifelhaft, ob sich im Vergleich zu Lenins Zeiten der Lebensstandard der gesamten russischen Arbeiterklasse unter dem Stalinismus tatsächlich ge-

bessert hat – wenn man nämlich mitberücksichtigt, dass die Arbeitsintensität der russischen Arbeiter von der Stalinbürokratie ungeheuerlich gesteigert wurde: Sie bekommen an Lohn (in Geld, Lebensmitteln, Diensten) wohl mehr als damals, aber sie haben zugleich bei weitem mehr an Arbeitskraft herzugeben als unter Lenin.

Entscheidend aber ist und bleibt die Frage, ob die soziale Lage der russischen Arbeiterklasse seit Lenin relativ, das heißt im Vergleich zur sozialen Lage der andern Teile, Schichten, Klassen der russischen Gesamtbevölkerung, tatsächlich verbessert wurde und weiter verbessert wird. Diese Frage muss klar verneint werden.

Unter Lenin waren die Unterschiede der Lebenshaltung innerhalb der russischen Arbeiterklasse durchaus maßvoll. Die qualifizierten Arbeiter bezogen etwas mehr, aber behielten einen durchaus proletarischen Lebensstandard, sie bildeten keine über [8] die Arbeitermasse materiell gesellschaftlich emporgehobene Arbeiteraristokratie. Die beamteten Funktionäre in Partei, Gewerkschaft usw., Sowjetstaat und Sowjetwirtschaft aber bezogen höchstens das reale Einkommen eines guten, eines qualifizierten Arbeiters; auch sie waren also wirtschaftlich, gesellschaftlich keineswegs über die proletarische Masse emporgehoben. Gewiss gab es Differenzen im Lebensniveau auch unter Lenin, aber sie waren nicht groß, und die Gesamtpolitik des proletarischdemokratischen Staates ging tatsächlich dahin, diese Differenzen auf lange Sicht allmählich zu verringern. Im vollen Gegensatz dazu ist der Stand der Dinge und deren Entwicklungsrichtung unter dem Stalinismus;

a) Gehoben wurde und wird in Stalinrussland der Lebensstandard der Arbeiteraristokratie und vor allem der Stalinbürokratie, all dies auf Kosten der Arbeitermassen. (Die sehr hohen Löhne der Arbeiteraristokratie und die Riesegehälter der Stalinbürokratie werden in den Stalinschen Statistiken in den „Durchschnittslohn“ der Arbeiter eingerechnet, um die wirkliche Lage zu verschleiern).

b) Zeitweise gibt es Verbesserungen für diesen oder jenen Teil der Arbeiterklasse, diese oder jene Arbeiterschichten, ja manchmal sogar für die Arbeitermassen, doch nur vorübergehende. Von Zeit zu Zeit wird das Niveau der Geldlöhne erhöht, was manchmal sogar höhern Sachlohn bedeutet, das heißt einen Mehrbezug an Lebensmitteln und Diensten (dies im weitesten Sinne genommen). Aber gleichzeitig wurde und wird ununterbrochen mit allen Mitteln systematisch von der Stalinbürokratie die Arbeitsintensität emporgetrieben, diese moderne Form der Arbeitszeitverlängerung, wobei fortschreitend ein immer größerer Teil der aus ihnen so herausgeschundenen Arbeitskraft, Arbeitsleistung nach gut kapitalistischer Ausbeutungsmethode den Arbeitern nicht bezahlt wird. Sieht man von der Arbeiteraristokratie ab (den Udarniki, Stoßbrigadlern, Stachanowzen usw.), dann bekommt der russische Arbeiter stets nur einen Bruchteil dessen Geldlohnbezug (oder gar an Bezug von Lebensmitteln und Diensten), was in Form gesteigerter Arbeitsintensität, an Mehrleistung, an Mehrausgabe menschlicher Arbeitskraft aus ihm herausgepumpt, herausgepresst wird. Das Fordsystem ist das Ideal der Stalinbürokratie. Getreu ihrem Vorbild, dem kapitalistischen Erzausbeuter und Dollar-Milliardär Ford, spricht sie sehr viel von den Mehrbezügen der Arbeiter an Geld, Lebensmitteln und Diensten, doch über das bei weitem größere Plus an Arbeitskraft, das da aus den Arbeitern herausgequetscht wird, gleitet sie mit verständnisvollem Schweigen hinweg.

Die Politik des proletarischdemokratischen Staates ist ausgerichtet auf dauerndes, also wirkliches Heben des Lebensstandards der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger, und zwar im Vergleich zu allen andern Teilen, Schichten, Klassen der Bevölkerung, bis zur restlosen Liquidierung aller Klassen; sie baut auf lange Sicht die Unterschiede in der sozialen Lage allmählich ab; sie bekämpft systematisch das Aufkommen einer sich über die Arbeitermassen emporhebenden Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie und das Aufkommen neuer bürgerlicher Elemente welcher Art immer. Eben darum hat die Politik des proletarischdemokratischen Staates zur Basis die Grundlinie des Steigerns der Macht der Arbeiter als Klasse. Ein Verbessern der proletarischen Lebenshaltung, herbeigeführt durch eine Politik, welche die Klassenmacht der Arbeiter senkt, würde höchst vorübergehende Resultate für die Arbeiter zeitigen, mehr noch, es würde mit der Machtposition die Gesamtposition der Arbeiterklasse bedrohen. Alle das Lebensniveau der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger betreffende Politik des proletarischdemokratischen Staates muss stets den Interessen der proletarischen Klassenmacht untergeordnet, eingeordnet sein.

[9] Das gilt auch in Bezug auf die Opfer, welche die Arbeiterklasse im Kampf um das Behaupten der proletarischdemokratischen Staatsmacht, im Kampf um den sozialistischen Aufbau auf sich nimmt, auf sich nehmen muss. Vor allem im revolutionären Bürgerkrieg, im revolutionären Krieg muss die Arbeiterklasse ungeheure Opfer bringen, um ihre Staatsmacht gegen die kapitalistische Gegenrevolution zu behaupten, Opfer vor allem an Blut. Und sie muss darüber hinaus gewaltige materielle Opfer bringen, um den Aufbau des Sozialismus in Gang zu bringen, vorwärts zu führen, Opfer vor allem an Arbeit, an Arbeitskraft. Die Arbeiter sollen, ja müssen Opfer auf sich nehmen, Opfer an Blut, Gut, Arbeit, Arbeitskraft, aber sie müssen wissen, sehen, unzweideutig erkennen, dass all diese Opfer tatsächlich der Arbeiterklasse zugutekommen.

Jedes Opfer der Arbeiter ist gerechtfertigt, wenn es vor allem dazu dient, tatsächlich die Macht der Arbeiter als Klasse zu behaupten, zu verstärken. Wir haben gesehen, dass die ungeheuern Opfer, welche die Stalinbürokratie den Arbeitern auferlegt, begleitet waren, begleitet sind von einer vollständigen Entrechtung der Arbeiter durch die Stalinbürokratie, von einem ungeheuerlichen Senken, Sinken der Machtstellung der russischen Arbeiter als Klasse in Betrieb, Gewerkschaft, Sowjetstaat, Partei, Sowjetgesellschaft, von einem ungeheuerlichen Schädigen der Machtstellung der internationalen Arbeiterklasse.

Auf der Grundlage des Steigern der Macht der Arbeiter als Klasse sind Opfer der Arbeiter gerechtfertigt, wenn sie die sozialistischen Produktivkräfte steigern, sodass dies nach einer gewissen, nicht zu langen Übergangszeit tatsächlich eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse herbeiführt. Wir haben gesehen, dass der Stalinkurs wohl die Lage der Stalinschen Bürokratie und Arbeiteraristokratie hebt, und zwar auf Kosten der Arbeitermassen, dass er also die soziale Lage der Arbeitermassen im Verhältnis zur Stalinschen Bürokratie, Arbeiteraristokratie fortschreitend immer tiefer senkt, dass er überdies ein Verbessern des Lebensstandards der russischen Arbeiterklasse behauptet, vorspiegelt, indem er verschweigt, dass das Stalinsche Steigern der Arbeitsintensität bei weitem das übertrifft, was die russischen Arbeiter von Zeit zu Zeit an Geld oder selbst an Lebensmitteln und Diensten mehr erhalten.

Die ungeheuern Opfer der russischen Arbeiterklasse kommen weder ihrer Machtstellung als Klasse in Betrieb, Gewerkschaft, Sowjetstaat, Partei, Sowjetgesellschaft, noch ihrer Lebenshaltung, sondern sie kommen in der Hauptsache der schmarotzerischen Stalinbürokratie zugute, letzten Endes den neuen bürgerlichen Elementen, die sie in sich und um sich immer mehr aufzichtet. Opfer, die ihre Macht in Betrieb, Gewerkschaft, Staat, Partei, Gesellschaft steigern, Opfer, die tatsächlich zur Verbesserung der Lage der Arbeitermassen führen, solche Opfer würden die russischen Arbeiter freiwillig auf sich nehmen, freiwillig tragen. Doch eben weil die den russischen Arbeitern von der Stalinbürokratie auferlegten Riesenopfer nicht der proletarischen Macht und auch nicht der Lebenshaltung der proletarischen Massen, sondern der Macht und Lebenshaltung der Stalinbürokraten, letzten Endes den neuen bürgerlichen Elementen zugutekommen, eben darum leisten die russischen Arbeiter diese Opfer nicht freiwillig, sondern nur gezwungen, und eben deshalb hat die Stalinbürokratie die russischen Arbeiter in Betrieb, Gewerkschaft, Sowjetstaat, Partei mit List und Gewalt aller Rechte beraubt, die sie unter Lenin hatten; denn eine Arbeiterschaft im Besitz der Macht, der Rechte, die sie nach dem Sieg der Oktoberrevolution unter Lenin in Sowjetrussland hatte, das Stalinsche Auspressen zu Gunsten der Stalinschen Schmarotzer nie und nimmer tragen. Es ist ein riesiges Ausschmarotzen, Betrügen, Bestehlen der Arbeiter, was die Stalinbürokratie betreibt, es sind Methoden der ursprünglichen Akkumulation, die den Grund legen für eine neue Bourgeoisie, für einen neuen Kapitalismus in Russland, all dies verdeckt, verschleiert durch betrügerisches, heuchlerisches „sozialistisches“ [10] stisches“ Phrasengebimmel. Begreiflich, dass die Stalinschen Methoden bei den größten Ausbeutern Amerikas, Englands usw. immer mehr Anklang finden.

Opfer, die sich nicht zu Gunsten der proletarischen Klassenmacht und – nach einer gewissen Übergangszeit – nicht zu Gunsten der Lebensstufe der proletarischen Massen auswirken, führen zwangsläufig zur Schwächung der Arbeiterklasse. Indem die russischen Arbeiter gezwungen werden, unausgesetzt zu opfern, zugleich aber fühlen, sehen, erkennen, dass ihre Machtstellung als Klasse in Betrieb, Gewerkschaft, Sowjetstaat, Partei, Gesellschaft sinkt und auf dieser Grundlage auch ihre Lebenshaltung sich – das Steigen der Arbeitsintensität eingerechnet im Verhältnis zur Stalinschen Bürokratie, Arbeiteraristokratie keineswegs verbessert, sondern verschlechtert, und indem diese Gaunerei ihnen noch dazu als „Sozialismus“ vorgelogen wird, mussten sie den Glauben an den Sozialismus in hohem Maße verlieren, mussten sie in ihrem proletarischen Klassenbewusstsein, dieser tiefsten proletarischen Kraftquelle, ungeheuerlich geschwächt werden, wurden und werden sie in der Tat ungeheuerlich geschwächt. Durch die von ihr herbeigeführten katastrophalen Niederlagen des Weltproletariats nahm die Stalinbürokratie den russischen Arbeitern das Vertrauen zur Weltrevolution, zur Weltarbeiterklasse. Indem die Stalinbürokratie die russischen Arbeiter vollkommen entrechtet, ihre Machtstellung in Betrieb, Gewerkschaft, Sowjetstaat, Partei, Sowjetgesellschaft völlig beseitigt hat; indem sie ihnen fortgesetzt durch Steigern der Arbeitsintensität an Arbeitskraft bedeutend mehr herauspresst, als sie ihnen in Form von Geld, Lebensmitteln, Diensten zukommen lässt, indem sie den Arbeiteraristokraten und insbesondere den Arbeiterbürokraten alle Vorteile der kollektiven Produktion zukommen lässt, die Masse der Arbeiter jedoch mit einem wahren Bettel von Lohn abfertigt, indem sie dieses Gaunersystem als „Sozialismus“ anpreist – durch all dies nahm und nimmt sie den russischen Arbeitern das Vertrauen zum Sozialismus, erschütterte und erschüttert sie aufs tiefste im proletarischen Klassenbewusstsein, in der tiefsten Quelle der Klassenkraft, der Klassenmacht der Arbeiter überhaupt.

Opfer sind außerordentliche Leistungen, Leistungen weit über das hinaus, was der Arbeiter im großen Durchschnitt normalerweise leisten kann. So notwendig die Opfer der Arbeiter sind zum Behaupten der proletarischen Klassenmacht, zum Aufbau des Sozialismus, es dürfen notwendigerweise nur zeitweilige, doch nie und nimmer Daueropfer sein. Denn Daueropfer, das hieße dauerndes Überspannen der Leistungskraft der Arbeiterschaft, das hieße unvermeidlich die Klassenkraft der Arbeiter schwächen. Führen langanhaltende Opfer der Arbeiter nicht zum Stärken, sondern zum Schwächen der Machtstellung der Arbeiter in Betrieb, Gewerkschaft, Staat, proletarischer Partei, in der Gesellschaft, führen sie nicht zum sozialistischen Aufbau, führen sie nicht zu einem solchen Steigern der Produktivkräfte, dass die soziale Lage der Arbeitermassen nach einer nicht allzu langen Übergangszeit im Verhältnis zu den andern Klassen, Schichten, Teilen der Gesamtbevölkerung des Landes tatsächlich verbessert wird – immer das Steigern der Arbeitsintensität eingerechnet –, so ist die Politik, womit der proletarische Staat geführt wird, nicht proletarisch, nicht sozialistisch, sondern – selbst wenn die Absicht noch so gut wäre – der Wirkung nach antiproletarisch, antisozialistisch, antikommunistisch.

Genau das gilt von der Stalinpolitik, die in dieser Weise schon 20 Jahre betrieben wird, so dass von guten Absichten gar nicht mehr geredet werden kann. Die Opfer der Arbeiter müssen nach einer mehr oder weniger langen, aber nicht langen Übergangszeit zur Stärkung der Macht der Arbeiter in Betrieb, Gewerkschaft, proletarischem Staat, proletarischer Partei, in der Gesellschaft und zur tatsächlichen Verbesserung ihrer sozialen Lage führen im Vergleich zu den andern Teilen der Gesamtbevölkerung, und zwar unter Rücksicht auch auf die Arbeitsintensität: Die Opfer dürfen

nicht dauernd sein! Unter der Stalinbürokratie – das ist seit 20 Jahren – hat die russische Arbeiterschaft Opfer zu leisten, immer wieder Opfer, Riesenopfer. In der Tat ist die Stalinsche „Generallinie“ derart, [11] dass es auf dieser Linie für die Arbeiter nichts anderes gibt als Opfer und wieder Opfer, Riesenopfer, doch Opfer nicht für sich, sondern Opfer für die Stalinschen Parasiten, letzten Endes für die neuen bürgerlichen Elemente, welche die Stalinsche Schmarotzerkaste in sich und um sich herum herausbildet; unter dem Mantel „sozialistischer“ Heuchelworte arbeitet die Stalinbürokratie durch das Auswirken dieser ihrer Politik, ihrer Gesamtpolitik überhaupt in Wirklichkeit der Weltbourgeoisie, dem Weltkapitalismus in die Hände.

3. **Aller Politik des proletarischdemokratischen Staates muss der proletarische Internationalismus zugrunde liegen**

Nur auf der Linie einer Politik, welche die Klassenkraft der Arbeiter *aller* Länder immer mehr zusammenfasst, nur auf der Linie des proletarischen Internationalismus, nur auf der Linie der internationalen proletarischen Revolution vermag die Arbeiterklasse zu siegen, den proletarischdemokratischen Staat aufzurichten, ihn als proletarischen Staat dauernd zu behaupten, den Sozialismus aufzubauen, den proletarischen in den sozialistischen Staat umzuwandeln, ihn schließlich als Staat überhaupt überflüssig zu machen, die klassenlose Gesellschaft des vollendeten Kommunismus verwirklichend. Das gilt unter allen wie immer gearteten Bedingungen; das gilt nicht nur im Frieden, sondern auch im Krieg; das gilt nicht nur vor, sondern ebenso sehr nach Aufrichtung des proletarischdemokratischen Staates; das gilt nicht nur für jeden kleinen oder mittlern, sondern auch für jeden großen Staat.

Hören wir darüber unsere Meister:

„Wird diese Revolution in einem einzigen Land vor sich gehen können? Antwort: nein. Die Großindustrie hat schon dadurch, dass sie den Weltmarkt geschaffen hat, alle Völker der Erde und namentlich die zivilisierten in eine solche Verbindung miteinander gebracht, dass jedes Volk davon abhängig ist, was bei einem andern geschieht. Sie hat ferner in allen zivilisierten Ländern die gesellschaftliche Entwicklung soweit gleichgemacht, dass in allen diesen Ländern Bourgeoisie und Proletariat die beiden entscheidenden Klassen der Gesellschaft, der Kampf zwischen beiden der Hauptkampf des Tages geworden. Die kommunistische Revolution wird daher keine bloß nationale, sie wird eine in allen zivilisierten Ländern, das heißt wenigstens in England, Amerika, Frankreich und Deutschland gleichzeitig vor sich gehende Revolution sein. Sie wird sich in jedem dieser Länder rascher oder langsamer entwickeln, je nachdem das eine oder andere Land eine ausgebildete Industrie, einen größeren Reichtum, eine bedeutende Masse von Produktivkräften besitzt. Sie wird daher in Deutschland am langsamsten und schwierigsten, in England am raschesten und leichtesten durchzuführen sein. Sie wird auf die übrigen Länder der Welt ebenfalls eine bedeutende Wirkung ausüben und ihre bisherige Entwicklungsweise gänzlich verändern und sehr beschleunigen. Sie ist eine universelle Revolution und wird daher auch ein universelles Terrain haben“ (Engels: Die Grundsätze des Kommunismus, 1847).

„Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder ist eine der ersten Bedingungen seiner (des Proletariats) Befreiung“ (Kommunistisches Manifest, 1847).

„Die neue französische Revolution ist gezwungen, sofort den nationalen Boden zu verlassen und das europäische Terrain zu erobern, auf dem allein die sozialistische [12] Revolution des 19. Jahrhunderts sich durchführen kann“ ...

„Sie (die Aufgabe der Arbeiter) wird nirgendwo gelöst innerhalb der nationalen Wände, der Klassenkrieg innerhalb der französischen Gesellschaft schlägt um in einen Weltkrieg, worin sich die Nationen entgegentreten. Die Lösung, sie beginnt erst in dem Augenblick, wo durch den Weltkrieg das Proletariat an die Spitze des Volkes getrieben wird, das den Weltmarkt beherrscht, an die Spitze Englands. Die Revolution, die hier nicht ihr Ende, sondern ihren organisatorischen Anfang findet, ist keine kurzatmige Revolution.“ (Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850, S.41, 85).

„Es versteht sich ganz von selbst, dass, um überhaupt kämpfen zu können, die Arbeiterklasse sich bei sich zu Haus organisieren muss als Klasse und dass das Inland der unmittelbare Schauplatz ihres Kampfes. Insofern ist ihr Klassenkampf nicht Inhalt, sondern, wie das Kommunistische Manifest sagt „der Form nach“ national. Aber der „Rahmen des heutigen nationalen Staates“, zum Beispiel des deutschen Reiches, steht selbst wieder ökonomisch „im Rahmen des Weltmarkts, politisch „im Rahmen“ des Staatensystems (Marx: Randglossen zum Gothaer Programm, 1875, in: Elementarbücher des Kommunismus, Band XÜ, S.30).

Jede Revolution, um siegreich zu sein, muss europäisch sein, diese theoretische Einsicht hat Engels 1885 als Hauptmerkmal des internationalen Charakters des alten Kommunistenbundes hervorgehoben (Zur Geschichte des „Bundes der Kommunisten“, S.6; in Marx: Enthüllungen über den Kommunistenprozess zu Köln).

„Wie weit kann die sozialistische Arbeiterpolitik der Arbeiterklasse unter Russlands Wirtschaftsbedingungen gehen? Man darf mit Bestimmtheit sagen: Sie wird viel früher auf politische Hindernisse stoßen als auf die technische Rückständigkeit des Landes. Ohne direkte Staatshilfe des europäischen Proletariats wird sich die Arbeiterklasse Russlands nicht an der Macht halten und ihre vorübergehende Herrschaft nicht in eine langwährende sozialistische Diktatur verwandeln können“ (Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven, 1905, in Trotzki: Oktoberrevolution, 1933, S.714).

„Völligen geistigen Bruch mit allen Abarten des Sozialnationalismus“... „Nationalsozialismus“ (Lenin: Zusammenbruch des platonischen Internationalismus, 21.5.1915, Gegen den Strom, S.93).

„Drittens schließt der in einem Land siegreiche Sozialismus keineswegs mit einem Male alle Kriege aus. Im Gegenteil, er setzt solche voraus. Der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in allen Ländern siegen. Er wird zuerst in einem oder einigen Ländern siegen... Das muss nicht nur Reibungen, sondern auch das direkte Streben der Bourgeoisie anderer Länder erzeugen, das siegreiche Proletariat des sozialistischen Staates zu zerschmettern. In einem solchen Falle wäre ein Krieg unsererseits legitim und gerecht, es wäre ein Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung anderer Völker von der Bourgeoisie“ (Lenin: Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, Herbst 1916, S.3/5). „Der in einem Land siegreiche Sozialismus „meint hier wie an vielen ähnlichen Stellen Lenins das in einem Land siegreiche Proletariat, ähnlich wie man in solchem Zusammenhang oft von Sieg, Macht, Sturz des „Kapitalismus“ spricht und darunter Sieg, Macht, Sturz der Bourgeoisie versteht. Wiederholt gebraucht Lenin den Begriff „Sozialismus“ nur im politischen, im Klassensinn gleichbedeutend mit dem (sozialistischen) Proletariat.

„Dem russischen Proletariat ist die große Aufgabe zuteil geworden, eine Reihe von Revolutionen zu beginnen... Vollkommen fremd ist uns aber der Gedanke, das russische Proletariat als das erwählte Glied der proletarisch-internationalen Familie zu be- [13] trachten ...Unmittelbar kann jetzt der Sozialismus in Russland nicht siegen. Aber der Bauerncharakter unseres Landes kann angesichts des großen feudalen Grundbesitzes – wie die Erfahrung des Jahres 1905 gezeigt hat – der bürgerlichdemokratischen Revolution in Russland einen ungeheuerlichen Schwung geben, sie zu einem Vorspiel der sozialistischen Weltrevolution machen und damit die Einleitung zu ihr bilden“... „Das russische Proletariat ist nicht imstande, mit eigenen Kräften allein die sozialistische Revolution siegreich durchzuführen. Aber es kann der jetzigen Revolution einen Schwung verleihen, die die besten Bedingungen für eine derartige Umwälzung schaffen und sie in gewissem Sinne beginnen würde. Es kann die Bedingungen erleichtern, unter denen sein hauptsächlichster und treuester Bundesgenosse, das europäische und das amerikanische Proletariat in den Entscheidungskampf treten würde“ (Lenin: Ein Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter, 8.4.1917, in Lenin und Trotzki: Krieg und Revolution, Schriften und Aufsätze aus der Kriegszeit, 1918, S.157,158).

„Verpflichtung der proletarischen Partei, dem Lippenbekenntnis zum ‚Internationalismus‘ mit aller Klarheit, Genauigkeit und Bestimmtheit den Internationalismus der Tat entgegenzuhalten“... „Es gibt einen und nur einen Internationalismus der Tat: Das ist die mit voller Hingabe geführte Arbeit für die Fortsetzung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im eigenen Land, die Unterstützung (durch Propaganda, Sympathien und materielle Hilfe) desselben Kampfes, derselben Kampfrichtung und nur einer solchen in allen Ländern ohne Ausnahme. Alles andere ist Schwindel und verlogene Sentimentalität“ (Lenin: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution. Entwurf einer Plattform der proletarischen Partei, 10.4.1917, Sammelband, 1925, S.395, 396).

„Anstatt den russischen Arbeitern zu erklären, dass das Schicksal Russlands untrennbar mit dem Schicksal Europas verbunden ist, dass der Sieg des europäischen Proletariats uns den schnellen Übergang zum sozialistischen Staat sichern, dass die Niederlage der europäischen Arbeiter dagegen uns zur imperialistischen Diktatur und der Monarchie und in den Zustand eines Koloniallandes Englands oder Amerikas zurückwerfen wird, betrachtet Genosse Martow die russische Revolution in den engen nationalen Grenzen und erblickt die Aufgabe in der Richtung einer bürgerlichdemokratischen Republik“... „Die permanente Revolution gegen die permanente Schlächtere“ (Trotzki: Der Charakter der russischen Revolution, August 1917, S.52, 53).

„Vom historischen Weltmaßstab aus gesehen, unterliegt es keinem Zweifel, dass der Endsieg unserer Revolution eine aussichtslose Sache wäre, wenn sie vereinsamt bleiben müsste, wenn es keine revolutionäre Bewegung in den andern Ländern geben würde“ (Lenin: Vortrag zur Frage des Brester Friedens, 7.3.1918, auf dem VÜ. Parteitag der KPR, Sammelband, 1925, S.489).

„Der ist kein Sozialist, der nicht begreift, dass im Interesse des Sieges über die Bourgeoisie, im Interesse der Machtübertragung an die Arbeiter, im Interesse der beginnenden internationalen proletarischen Revolution, man vor keinerlei Opfer Halt machen darf und soll, selbst nicht vor dem Opfer des Landesverlustes, und vor dem Opfer schwerer Niederlagen von Seite des Imperialismus. Der ist kein Sozialist, der nicht durch Taten seine Opferwilligkeit bewiesen hat, die schwersten Opfer von Seiten ‚seines‘ Vaterlandes zu bringen, damit nur die Sache der sozialistischen Revolution tatsächlich vorwärts komme“ (Lenin: Ein Brief an die amerikanischen Arbeiter, 20.8.1918).

„Die proletarische Sowjetrepublik, die als erste in der Welt auf dem Wege der Revolution ihren Imperialismus gestürzt hat, (muss) sich bis zum Ausbruch der europäi- [14] schen Revolution halten und den Brand in den andern Ländern schüren“ (Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, Artikel in der „Prawda“, 9.10.1918).

„Die proletarische Revolution, nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt reift vor aller Augen heran, und der Sieg des Proletariats in Russland hat sie gefördert, beschleunigt, unterstützt. Das alles genügt noch nicht zum vollen Sieg des Sozialismus? Gewiss nicht! Aber ein einziges Land kann nicht mehr tun“ (Lenin: Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky, November 1918, S.59/60).

„Das Kapital bleibt auch heute noch, im internationalen Maßstab, nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch stärker als die Sowjetmacht und die Sowjetordnung. Das muss Ausgangspunkt bleiben und darf nie vergessen werden“ (Lenin: Der Aufbau des ökonomischen Fundaments des Sozialismus und die Gewerkschaften, in seiner Rede „Zum Jahrestag der proletarischen Revolution“ auf dem VI. Allrussischen Rätekongress, 6.11.1918, in Lenin: Über die Gewerkschaften, 1927, S.113).

„In weltumfassenden Maßstab, vollkommen, endgültig zu siegen ist in Russland allein nicht möglich, sondern erst dann erreichbar, wenn in allen, wenigstens in den fortgeschrittensten Ländern oder zumindest in einigen der größten vorgeschrittenen Länder das Proletariat den Sieg erringt. Dann erst können wir mit voller Sicherheit sagen, dass die Sache des Proletariats gesiegt hat, dass unser erstes Ziel, die Niederwerfung des Kapitalismus, erreichbar ist“ (Lenin: Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht; Rede auf einer Versammlung in Petersburg, 13.3.1919, S.4).

„Wenn man manche Kommunisten kratzt, dann kommt ein großrussischer Chauvinist zum Vorschein“ (Lenin: Die Sowjetmacht und die Selbstbestimmung der Nationen, im Schlusswort zum Parteiprogramm auf dem VÜI. Parteitag der KPR, 19.3.1919, S.63).

„Die Anerkennung des Internationalismus lediglich In Worten, seine Verwässerung in der Tat... Der Kampf mit diesem Übel, mit den am tiefsten eingewurzelten kleinbürgerlich-nationalen Vorurteilen, die in allen möglichen Formen auftreten, wie Rassenhass, nationale Verhetzung, Antisemitismus, muss umso mehr in den Vordergrund gerückt werden, je brennender die Frage der Umwandlung der Diktatur des Proletariats aus einer nationalen Diktatur (das heißt einer nur in einem Land existierenden zur Durchführung einer selbständigen (versteht sich proletarischen, sozialistischen, kommunistischen; d.Verf.) Weltpolitik unfähigen Diktatur) in eine internationale Diktatur (das ist eine Diktatur des Proletariats wenigstens in einigen vorgeschrittenen Ländern, die fähig ist, einen entscheidenden Einfluss – versteht sich: einen entscheidenden proletarischen, sozialistischen, kommunistischen Einfluss; d.Verf.) auf die ganze Welt auszuüben) wird... Der proletarische Internationalismus dagegen fordert: 1. Die Unterordnung der Interessen des proletarischen Kampfes des einen Landes unter die Interessen dieses Kampfes im Weltmaßstab. 2. von der Nation, die ihren Sieg über die Bourgeoisie durchführt, die Fähigkeit und Bereitwilligkeit, die größten nationalen Opfer zu bringen, um den internationalen Kapitalismus zu stürzen (Leitsätze über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, Ü. Weltkongress der KI, 1920, Protokoll des Ü. Weltkongresses, S.228/229). Diese Sätze sind wörtlich übernommen aus dem von Lenin verfassten ursprünglichen Entwurf der Leitsätze zur nationalen und kolonialen Frage, siehe Sammelband, 1925, S.563ff. Der Leninsche Entwurf schließt mit dem Satz: „Ohne freiwilligen Zusammenschluss des Proletariats und damit aller werktätigen Massen aller Länder und der Nationen der ganzen Welt zu einem Bund und zu einer Einheit, kann der Sieg den Kapitalismus nicht zu einem vollen Erfolg zu Ende geführt werden“ (ebenda, S.569); die Politik des proletarischen Staates muss also grundlegend darauf ausgerichtet sein, diesen Zusammenschluss zu fördern, zu verwirklichen, anders ausgedrückt: die Politik der internationalen [15] proletarischen Revolution muss seine dauernde politische Grundlinie sein und bleiben.

„Es braucht nicht gesagt zu werden, dass wir keinesfalls den nationalen „Kommunismus“ wollen“ Wir müssen so handeln, dass wir uns bei einer allerungünstigsten, das heißt langsamsten Entwicklung der europäischen und der Weltrevolution (versteht sich: als proletarischer Staat; d.Verf.) halten und festigen können“ (Trotzki: Terrorismus und Kommunismus, 17.6.1920, S.132).

„Unser Einsatz war ein Einsatz auf die internationale Revolution und dieser Einsatz war unbedingt richtig... Wir haben ja stets betont, dass wir die Dinge vom internationalen Standpunkt aus betrachten und dass man ein solches Werk, wie die sozialistische Revolution, in einem Lande nicht vollbringen kann“ (Lenin: Rede zur. ÜI. Jahrestag der Oktoberrevolution in der feierlichen Plenarsitzung des Moskauer Sowjets, 6.11.1920, in Lenin: Sämtliche Werke, Bd. XXV, Das Jahr 1920, S.591).

„Solange unser Sowjetrussland eine vereinzelte Grenzmark der gesamten kapitalistischen Welt bleibt, wäre der Gedanke an unsre völlige ökonomische Unabhängigkeit ... eine lächerliche Phantasie und Utopie“ (Lenin auf dem VÜI. Sowjetkongress im Dezember 1920).

„Die Widersprüche in der Stellung der Arbeiterregierung in einem rückständigen Land mit einer erdrückenden Mehrheit bäuerlicher Bevölkerung können nur im internationalen Maßstab gelöst werden, in der Arena der proletarischen Weltrevolution. Hat das siegreiche Proletariat kraft der historischen Notwendigkeit den engen, bürgerlich-demokratischen Rahmen der russischen Revolution gesprengt, so wird es gezwungen sein, ihren national-staatlichen Rahmen zu brechen, das heißt, es muss bewusst darnach streben, die russische Revolution zum Vorspiel der Weltrevolution zu machen“ (Trotzki: Die russische Revolution von 1905, Ausgabe 1922, S.6).

„Wenn die kapitalistische Welt aber noch mehrere Jahrzehnte existiert, nun ja – dann würde dies für das sozialistische Russland das Todesurteil bedeuten“ (Trotzki: Die Neue Ökonomische Politik Sowjetrusslands und die Weltrevolution, Referat auf dem IV. Weltkongress der KI, 14.11.1922).

„Der IV. Weltkongress mahnt die Proletarier aller Länder daran, dass die proletarische Revolution nie innerhalb eines einzelnen Landes vollständig siegen kann, dass sie vielmehr international, als Weltrevolution siegen muss“ (Resolution zur Frage der russischen Revolution, IV. Weltkongress der KI, 1922).

„Wir haben die kapitalistische Industrie vernichtet, wir haben uns bemüht, die mittelalterlichen Einrichtungen, den Grundbesitz der Gutsherren zu beseitigen. Auf dieser Basis schufen wir den Mittel- und Kleinbauern, der dem Proletariat im Vertrauen zu den Ergebnissen seiner revolutionären Arbeit folgt. Auf diesem Vertrauen werden wir uns indes bis zum Siege der sozialistischen Revolution in entwickelten Ländern nur mit Mühe halten können, denn die Kleinbauern verbleiben bei der NEP (der Neuen Ökonomischen Politik) aus der wirtschaftlichen Notwendigkeit heraus auf dem äußerst tiefen Niveau der Produktivität“ ... „Wir stehen somit gegenwärtig vor der Frage: Wird es uns bei unserer

kleinbäuerlichen Produktion, bei unserer Verarmung gelingen, uns solange über Wasser zu halten, bis die westeuropäischen kapitalistischen Länder ihre Entwicklung zum Sozialismus beendet haben werden? Sie werden diesen Prozess nicht in jener Weise beenden, wie wir es früher angenommen haben. Es wird kein planmäßiges „Heranreifen“ des Sozialismus in diesen Ländern sein, sondern es [16] wird auf dem Wege der Ausbeutung der einen Staaten durch andere geschehen...

„Welche Taktik ergibt sich aus dieser Lage der Dinge für unser Land? Offenbar die folgende: Wir müssen zum Zweck der Erhaltung unserer Arbeitermacht und Wahrung ihrer Autorität und Leitung bei den kleinen und kleinsten Bauern die denkbar größte Vorsicht beobachten. Auf unserer Seite haben wir jenen Vorteil, dass die ganze Welt jetzt schon zu einer solchen Bewegung übergeht, aus der die internationale sozialistische Revolution hervorgehen muss, aber wir haben mit jenem Nachteil zu rechnen, dass es den Kapitalisten gelungen ist, die Welt in zwei Lager zu spalten, wobei zu dieser Spaltung hinzukommt, dass Deutschland, ein Land von einer wirklich fortschrittlichen, kulturellen, kapitalistischen Entwicklung, es jetzt außerordentlich schwer hat, zu einem Aufstieg zu gelangen. Andererseits – der ganze Osten mit seinen Hunderten von Millionen der arbeitenden, ausgebeuteten Bevölkerung, der bis zur letzten Verzweiflung gebracht ist... Können wir uns vor dem künftigen Zusammenstoß mit diesen kapitalistischen Ländern bewahren?

„Auf diese Frage scheint mir die folgende Antwort gegeben, dass nämlich die Entscheidung hier von allzu viel Umständen abhängt, und der Ausgang des Kampfes im Großen und Ganzen nur auf der Grundlage vorausgesehen werden kann, dass die gigantische Mehrheit der Bevölkerung der Erde letzten Endes doch vom Kapitalismus selbst für den Kampf vorbereitet und erzogen wird. Der Ausgang des Kampfes hängt schließlich von der Tatsache ab, dass Russland, Indien, China usw. die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung unserer Erde bilden. Und gerade diese Mehrheit der Bevölkerung wird in den letzten Jahren mit ungewöhnlicher Schnelligkeit in den Kampf um die Befreiung (das ist zur proletarischen Weltrevolution; d.Verf.) herangezogen, sodass in diesem Sinn kein Schatten eines Zweifels darüber bestehen kann, wie die endgültige Entscheidung des Weltkampfes fallen wird. In diesem Sinne ist der endgültige Sieg des Sozialismus vollkommen und unbedingt sichergestellt“.

„Aber uns interessiert nicht diese unvermeidliche Notwendigkeit des Sieges des Sozialismus. Uns interessiert jene Taktik, die wir, die Russische Kommunistische Partei, und die russische Sowjetmacht befolgen müssen, um die westeuropäischen Gegenrevolutionäre zu verhindern, uns zu erdrücken, um unsere Existenz bis zum nächsten bewaffneten Zusammenstoß zwischen dem gegenrevolutionären imperialistischen Westen und dem revolutionären nationalistischen Osten, zwischen den zivilisierten Staaten der Welt und den auf östliche Weise zurückgebliebenen Staaten, die indes die Mehrheit bilden, zu gewährleisten – muss diese Mehrheit im Osten möglichst schnell zu einer Zivilisation gelangen. Auch uns fehlt es an der Zivilisation, unmittelbar zum Sozialismus überzugehen, obwohl wir die erforderlichen politischen Voraussetzungen besitzen. Wir müssen uns an die folgende Taktik halten, das heißt zu unserer Rettung die folgende Taktik einhalten:

„Wir werden versuchen, einen Staat aufzubauen, in dem die Arbeiter die führende Rolle gegenüber den Bauern und das Vertrauen dieser Bauern behalten, und mit der größten Ökonomie jede, auch die kleinste, Spur von Verschwendung aus unsern sozialen Verhältnissen ausmerzen. Wir müssen unsern Staatsapparat bis zur maximalsten Ökonomie bringen. Wir müssen alles Überflüssige, das er noch von dem zaristischen Russland, von seinem bürokratischen kapitalistischen Apparat behalten hat, aus unserem Leben verbannen... Wenn wir die Führung der Arbeiterklasse im Verhältnis zur Bauernschaft beibehalten, dann werden wir um den Preis der größten, der allergrößten Ökonomie der Wirtschaft es in unserm Staat erreichen, dass jede geringste Ersparnis für die Entwicklung unserer Großindustrie, für die Elektrifizierung, für den Hydrotorf, für den Ausbau der Kraftstationen Wolchowstroj usw. verwertet wird. Hierin, und nur hierin liegt unsere Hoffnung“ (Lenin: Aus seinem Artikel [17] „Lieber weniger, aber dafür besser“, 4.3.1923, in Lenin: Die internationale kommunistische Bewegung, 1924, S.30/35).

„Dagegen haben wir nicht einmal das Fundament der sozialistischen Ökonomie endgültig gelegt. Das können die uns feindlichen Kräfte des sterbenden Kapitalismus uns noch nehmen. Darüber muss man sich klare Rechenschaft ablegen und es offen anerkennen; denn es gibt nichts Gefährlicheres als Illusionen (und Kopfschwindel, zumal in großen Höhen)... Wir haben stets die ABC-Wahrheit des Marxismus ausgesprochen und wiederholt, dass für den Sieg des Sozialismus die gemeinsamen Anstrengungen der Arbeiterschaft mehrerer vorgeschrittener Länder notwendig ist. Und wir sind noch immer allein; allein in einem zurückgebliebenen Land“ (Lenin: Über das Besteigen hoher Berge, von Lenin nicht zu Ende geführter Aufsatz, geschrieben 1922/23, der erst nach dem Tode Lenins in seinen Papieren gefunden worden; er wurde 1924 veröffentlicht; in Lenin: Der „Radikalismus“ die Kinderkrankheit des Kommunismus, 4.A., herausgegeben von Dr. H. Duncker, 1930, S.116/117). –

Die vorstehende Aufzählung der Äußerungen unserer Meister über den „Sozialismus in einem Land“ ist keineswegs erschöpfend, doch sie umfasst die allerwichtigsten bis zum Tod Lenins, darunter auch die bezüglichlichen Beschlüsse der vier ersten, unter Mitarbeit Lenins abgehaltenen Weltkongresse der Kommunistischen Internationale. Seit 1847, seit der Geburt des wissenschaftlichen Sozialismus, bis zum Tode Lenins (Jänner 1924) eine einzige konsequente Linie: Der Sozialismus ist nur international voll zu verwirklichen, nur durch das Zusammenwirken zumindest mehrerer der vorgeschrittenen großen kapitalistischen Länder; das Proletariat, das in einem Land siegt, muss seine Politik so einrichten, dass es die aufgerichtete Staatsmacht der Arbeiterklasse bis zum Sieg der proletarischen Revolution in andern Ländern behauptet, es muss im eigenen Interesse alles tun, um diesen Sieg, den Sieg der proletarischen Weltrevolution, zu fördern, herbeizuführen,

Nur zwei Äußerungen Lenins haben wir ausgelassen, es sind die, worauf sich der Stalinsche Sozialnationalismus, worauf sich die Stalinbürokratie in ihrem russischen Sozialchauvinismus beruft.

a

„Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unleugbares Gesetz des Kapitalismus. Daraus folgt, dass ein Sieg des Sozialismus zuerst in wenigen und sogar in einem einzigen Land möglich ist (Lenin meint hier ganz eindeutig, dass ein Sieg des (sozialistischen) Proletariats zuerst in wenigen und sogar in einem einzigen Land möglich ist; d.Verf.). Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde, nachdem es die Kapitalisten enteignet und seine sozialistische Produktion organisiert hätte, sich gegen die übrige kapitalistische Welt erheben und nötigenfalls sogar mit Kriegsgewalt gegen die ausbeuterischen Klassen und ihre Staaten vorgehen. Die politische Form der Gesellschaft, in der das Proletariat siegt, wird die demokratische Republik sein (versteht sich: die proletarischdemokratische Republik, die Republik der tatsächlichen Demokratie der Volksmassen! – d.Verf.), die immer mehr die Kraft des Proletariats der betreffenden Nation oder der betreffenden Nationen zentralisiert im Kampfe gegen die Staaten, die zum Sozialismus noch nicht vorgedrungen sind. Ohne Diktatur der Arbeiterklasse, des Proletariats, ist eine Aufhebung der Klassen unmöglich. Eine freie Vereinigung der Nationen im Sozialismus ist unmöglich ohne einen mehr oder weniger langwierigen, hartnäckigen [18] Kampf der sozialistischen Republiken mit den übrigen Staaten“ (Lenin: Über die Lösung der Vereinigten Staaten Europas, 23.8.1915, Gegen den Strom, S.126).

Was meint hier Lenin mit den Worten: „Nachdem es eine sozialistische Produktion organisiert hätte“? Der tatsächliche Geschichtsverlauf zeigt es: Sobald das siegreiche Proletariat die Kapitalisten enteignet auf Grundlage des nun vergesellschafteten Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln – die Produktion soweit organisiert hat, dass sie tatsächlich in die Richtung zum Sozialismus sich zu bewegen beginnt, wird es – bei günstiger internationaler Lage gegen die übrige kapitalistische Welt vorgehen. Genauso hat Lenin gehandelt, Wann? Im Jahre 1920, indem er den revolutionären Krieg gegen das kapitalistische Polen, hinter dem die Weltkapitalisten standen – wagte. Vom Standpunkt des Sozialismus war die russische Produktion 1920 äußerst unzulänglich, doch so unzulänglich sie war, es war eine Produktion, die sich auf das Gemeineigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln stützte und sich tatsächlich in die Richtung zum Sozialismus zu entwickeln begann. Dass die Produktion des proletarischdemokratischen Staates 1920 noch wenig entwickelt war, hat Lenin vom Kriegsentschluss nicht zurückgehalten und keineswegs war der Fehlschlag des polnischen Feldzugs etwa diesem Zustand zuzuschreiben. Dessen Hauptursache lag vielmehr darin, dass die Führung der KP Russlands das Ausmaß der im damaligen Zeitpunkt erreichten revolutionären Vorbereitung der polnischen Massen überschätzt hatte.

b

In seinem oben angeführten, unvollendeten Artikel „Lieber weniger, aber dafür besser“ (4.3.1923) hatte Lenin erklärt: „Auch uns fehlt es an der Zivilisation, unmittelbar zum Sozialismus überzugehen, obwohl wir die dazu erforderlichen politischen Voraussetzungen besitzen“. Diesen Gedanken nun hat er näher ausgeführt in seinem ebenfalls unvollendeten Artikel vom 26.5.1923 „Über das Genossenschaftswesen“ (Sammelband, 1925, S.707ff).

„Ist denn in Wirklichkeit die Macht des Staates über alle wichtigsten Produktionsmittel, die Staatsmacht in den Händen des Proletariats, das Bündnis dieses Proletariats mit den vielen Millionen kleiner und ganz kleiner Bauern, die gesicherte, führende Rolle dieses Proletariats gegenüber der Bauernschaft usw. – ist denn das nicht alles, was notwendig ist, um aus der Genossenschaft, allein aus der Genossenschaft, die wir früher als Handelsangelegenheit behandeln, und die wir in einer gewissen Hinsicht auch jetzt unter der Neuen Wirtschaftspolitik so behandeln dürfen, um aus der Genossenschaft allein zum vollständigen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu gelangen? Das ist noch nicht der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, aber das ist alles Notwendige und Ausreichende zum Aufbau dieser Gesellschaft“ (S.708). Das heißt: Wir haben alle politischen Voraussetzungen zum Aufbau des Sozialismus. Wobei wir festhalten, dass dazu nach Lenin gehört, „die Staatsmacht in den Händen des Proletariats“, nicht aber in den Händen einer Arbeiterbürokratie, die das Proletariat entrechtet hat. Wobei wir weiter festhalten, dass die Staatsmacht in den Händen der Arbeiterklasse nach Lenin dauernd behauptet worden kann nur auf der Linie der proletarischen Weltrevolution; das musste Lenin nicht besonders erwähnen, weil das der rote Faden, der sich durch die Politik seines gesamten Lebens zieht.

[19] Wir haben alle politischen Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus, sagt Lenin, er zählt diese im Einzelnen auf, und nun setzt er auseinander, dass uns (Russland) dazu die Zivilisation fehlt: „Eigentlich bleibt uns „nur“ das eine übrig: unsere Bevölkerung so „zivilisiert“ zu machen, zu machen, dass sie alle Vorteile der persönlichen Beteiligung an der Genossenschaft begreife und zu dieser Beteiligung schreite. Dieses „nur“ zu vollbringen, dazu gehört ein ganzer Umschwung, eine ganze Strecke der kulturellen Entwicklung der ganzen Volksmasse“ (S.710) ... („Aber diese Kulturrevolution erfordert unerhörte Anstrengungen sowohl rein kultureller Art (Bekämpfung des Analphabetentums) als auch materieller Art, weil ja, damit wir uns in ein kulturelles Land verwandeln, eine gewisse Entwicklung der materiellen Produktionsmittel, eine gewisse materielle Basis nötig ist“ (S. 714).

„Ich würde sagen“, fährt Lenin fort, „der Schwerpunkt geht bei uns auf die kulturelle Arbeit über, wenn nicht die internationalen Beziehungen da wären und die Pflicht, unsere Positionen im internationalen Maßstab zu verteidigen.

Aber wenn wir hievon absehen und uns nur auf die innern wirtschaftlichen Beziehungen beschränken, so liegt der Schwerpunkt unserer Arbeit in der Kulturtätigkeit“ (S.713/714).

Was versteht Lenin unter „internationalen Beziehungen“? Er hat es uns auf dem VI. Allrussischen Kongress (am 6.11.1918) gesagt: „Das Kapital bleibt auch heute noch, im internationalen Maßstab, nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch stärker als die Sowjetmacht und die Sowjetordnung. Das muss Ausgangspunkt bleiben und darf nicht vergessen werden“ (in Lenin: Über die Gewerkschaften, 1927, S.113). Das galt auch im Jahre 1923 und gilt auch heute; denn auch heute noch ist die Weltbourgeoisie international, das heißt in ihrer Gesamtheit, der Sowjetmacht und der Sowjetordnung nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch überlegen. Unter der „Pflicht, unsere Positionen im internationalen Maßstab zu verteidigen“, versteht also Lenin die Verteidigung gegen die – nicht nur militärisch sondern auch ökonomisch – überlegene Macht der Weltbourgeoisie in ihrer Gesamtheit, die Verteidigung, Behauptung der Sowjetunion als eines proletarischen Staates, das heißt als eines Staates, mit dem Proletariat als darin tatsächlich herrschender Klasse.

Somit ist der Grundgedanke des ganzen (übrigens unvollendeten) Aufsatzes Lenins, worauf sich die Stalinbürokratie zur Begründung ihres „Sozialismus in einem Land“ beruft, dieser: Wir (das proletarischdemokratische Russlands Lenins, 1923) haben alle politischen Voraussetzungen, um unmittelbar zum Sozialismus überzugehen. Es fehlt uns nur daran, unsere Bevölkerung „zivilisierter“ zu machen, was eine ganze Kulturrevolution erfordert. In dieser Kulturarbeit würde der Schwerpunkt liegen, wenn nicht die ökonomische und militärische Überlegenheit der Weltbourgeoisie bestünde und unsere Pflicht, unsere Positionen im internationalen Maßstab, das heißt unsere proletarischen Klassenpositionen gegen die wirtschaftlich und militärisch überlegene Weltbourgeoisie zu verteidigen, was grundlegend nur möglich ist im Bündnis mit den Arbeitern aller Länder und im Bündnis mit den nationalrevolutionären, kolonialrevolutionären Volksmassen. Da diese internationalen Beziehungen im Verhältnis zur Weltbourgeoisie Tatsache sind (1923 und auch heute), so liegt demnach der Schwerpunkt unserer Arbeit leider nicht in der Kulturarbeit, nicht in der zivilisatorischen Tätigkeit, einen so wichtigen Teil unserer Arbeit sie auch ausmacht, sondern im Kampf gegen die wirtschaftlich und militärisch überlegene Weltbourgeoisie, das heißt in der internationalen proletarischen Revolution!

Der Leninsche Artikel „Über das Genossenschaftswesen“ beweist das gerade Gegen- [20] teil von dem, was die Stalinbürokratie zur Begründung ihrer verräterischen rein russisch-chauvinistischen Politik in ihn hineingeschwindelt: Er bewegt sich auf der Leninschen Grundlinie der proletarischen Weltrevolution. –

Nach dem Tode Lenins setzte Trotzki dessen Grundlinie konsequent fort: den Kampf für die internationale proletarische Revolution, also auch den Kampf gegen jeden Sozialnationalismus, Sozialchauvinismus, gegen jeden „Sozialismus in einem Land“,

„Der kapitalistische Weltmarkt enthält für uns ... nicht nur Gefahren – er eröffnet uns auch größte Möglichkeiten. Wir erhalten einen immer weitem Zugang zu den Errungenschaften der wissenschaftlichen Technik, zu ihren kompliziertesten Erzeugnissen. Wenn somit der Weltmarkt, indem er eine sozialistische Wirtschaft in sich einbezieht, für diese neue Gefahren heraufbeschwört, so gewährt er doch dem sozialistischen Staat, wenn dieser seinen Wirtschaftsverkehr nur richtig reguliert, mächtige Mittel wider jene Gefahren“ (Trotzki: Kapitalismus oder Sozialismus, 7. 11.1925).

„In dem langen Kampf zwischen zwei unversöhnlichen, feindlichen Wirtschaftssystemen – dem Kapitalismus und Sozialismus – wird das Ergebnis in letzter Hinsicht durch das Verhältnis der Fruchtbarkeit der Arbeit unter den beiden Systemen bestimmt. Dies aber wird nach den Marktbedingungen durch das Verhältnis zwischen den einheimischen und den Weltpreisen beurteilt“ ... „Die neue „Theorie“, dass der Sozialismus auch in einem bestimmten Land allein durchgeführt werden könnte, entspringt natürlich der Annahme, die Wiedererstarkung des Kapitalismus würde noch eine Reihe von Dekaden (Jahrzehnten) andauern“ (Trotzki: Die wirkliche Lage in Russland, 1927, S.71,130).

Trotzki in seinem Werk „Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale“, 1929: Zunächst ruft er Lenins Wort in Erinnerung: „Wir leben nicht allein in einem Staat, sondern in einem System von Staaten, und die Existenz einer Sowjetrepublik (nämlich als eines Staates, in dem die Macht tatsächlich in den Händen der Arbeiterklasse; d.Verf.) neben den kapitalistischen Staaten ist für eine lange Dauer undenkbar. Letzten Endes muss der eine oder der andere von beiden siegen“ (Lenin im März 1919, Bd. 16, S.108). Dann fährt Trotzki fort: „Wir besitzen jetzt eine „Theorie“, welche lehrt, dass der völlige Aufbau des Sozialismus in einem Land möglich ist und dass die gegenseitigen Beziehungen dieses Landes zu der kapitalistischen Umwelt auf der Grundlage der „Neutralisation“ der internationalen Bourgeoisie aufgebaut werden können (Stalin)“ (S.24) Von den beiden Zitaten, die zur Verteidigung des Nationalsozialismus ... angeführt werden, stammt das eine aus dem Artikel über die Vereinigten Staaten von Europa aus dem Jahre 1915, während der andere aus dessen nicht mehr vollendeter Arbeit über die Genossenschaften aus dem Jahre 1923 stammt. Alles andere aber, was diesen Zitaten von einigen Zeilen widerspricht, der gesamte Marxismus und Leninismus, wird einfach beiseitegeschoben. Aber diese künstlich herausgerissenen und mit größten Epigonenfehlern ausgelegten Zitate werden zur Grundlage einer neuen, rein revisionistischen Theorie“ (S.31). „Die Machtergreifung durch das Proletariat schließt absolut nicht die Sowjetrepublik von dem durch den Kapitalismus geschaffenen System der internationalen Arbeitsteilung aus ... Die „schmalste“ Stelle unserer Wirtschaft, darunter auch unserer Industrie, ist der Import, der vollständig von dem Export abhängig ist“ ... „Die kapitalistische Welt hat uns durch die Export- und Importzahlen bewiesen, dass es auch noch andere Mittel der Einwirkung gibt als eine militärische Intervention. Soweit die Arbeitsproduktivität und die Produktivität der bestimmten Gesellschaftsform überhaupt durch die

Preisverhältnisse des Marktes gemessen werden können, bildet die nächstliegende Bedrohung der Sowjetherrschaft nicht so sehr eine militärische Intervention als eine Intervention der billigern [21] kapitalistischen Ware“ ... „Die große Bedeutung des (Außenhandels-) Monopols für den sozialistischen Aufbau entspringt gerade diesem für uns ungünstigen Kräfteverhältnis. Doch darf man nie vergessen, dass das Außenhandelsmonopol unsere Abhängigkeit vom Weltmarkt regeln, nicht etwa abschaffen kann. „Solange unsere Sowjetrepublik“, schreibt Lenin, „eine einsame Insel in der kapitalistischen Welt bleibt, solange ist es eine lächerliche Phantasie und Utopie, an unsere völlige wirtschaftliche Unabhängigkeit und an das Verschwinden dieser oder jener Gefahren zu glauben“ (Lenin: Bd. XVÜ, S.409)“ (S.48,51,52) ... „Die Produktionskräfte sind mit dem nationalen Rahmen nicht vereinbar. Daraus geht hervor ... die wirtschaftliche Unmöglichkeit einer selbständigen sozialistischen Wirtschaft. Die Produktionskräfte des kapitalistischen Staates sind schon längst über den nationalen Rahmen hinausgewachsen ... Der Sozialismus soll also nicht allein die vom Kapitalismus überkommenen Produktionskräfte übernehmen, sondern diese auch sofort über die kapitalistische Entwicklung weiter und höher hinaus – und hinauf führen. Wie soll nun aber der Sozialismus die Produktionskräfte wieder in den Rahmen des nationalen Staates zurückdrängen, welchen diese schon unter dem Kapitalismus längst gesprengt hatten?“ ... „Nachdem der Arbeiterstaat diese Produktionskräfte übernommen und wieder hergestellt hat, ist er gezwungen, zu exportieren und zu importieren“ (S.55/56). „Die neue Lehre lautet: Der Sozialismus kann nur auf dem Boden eines Nationalstaates aufgebaut werden, wenn nur nicht eine Intervention dazwischen kommt ... Die Aufgaben der Parteien der Komintern bekommen dadurch lediglich einen Hilfscharakter. Sie sollen die USSR vor einer Intervention schützen und nicht etwa für die Eroberung der Macht kämpfen. Es handelt sich hierbei natürlich nicht um subjektive Absichten, sondern um die objektive Logik des politischen Gedankens“ ... „Die politische Gefahr der neuen Theorie besteht in der falschen vergleichenden Bewertung der beiden Hebel des internationalen Sozialismus: des Hebels unserer wirtschaftlichen Errungenschaften und des Hebels der internationalen proletarischen Revolution“ (S.63/64).

Trotsky in seinem Werk „Die permanente Revolution“ (1930): „Der Marxismus geht von der Weltwirtschaft aus nicht als einer Summe nationaler Teile, sondern als einer gewaltigen, selbständigen Realität, die durch internationale Arbeitsteilung und den Weltmarkt geschaffen wurde und in der gegenwärtigen Epoche über die nationalen Märkte herrscht. Die Produktivkräfte der kapitalistischen Wirtschaft sind längst über die nationalen Grenzen hinausgewachsen. Der imperialistische Krieg war eine Äußerung dieser Tatsache. Die sozialistische Gesellschaft muss in produktiv-technischer Hinsicht im Vergleich zur kapitalistischen Gesellschaft ein höheres Stadium darstellen. Sich das Ziel stecken, eine nationalisierte sozialistische Gesellschaft darauf zu bauen, bedeutet, trotz aller vorübergehenden Erfolge, die Produktivkräfte, sogar im Vergleich zum Kapitalismus, zurückzerren zu wollen. Der Versuch, unabhängig von den geographischen, kulturellen und historischen Bedingungen der Entwicklung des Landes, das einen Teil der Weltgesamtheit darstellt, eine in sich geschlossene Proportionalität aller Wirtschaftszweige im nationalen Rahmen zu verwirklichen, bedeutet, einer reaktionären Utopie nachzujagen“ (S.7). „Eine selbständige sozialistische Gesellschaft aufzubauen, ist nach Stalin nur in Russland möglich. Damit allein erhebt er die nationalen Besonderheiten Russlands ... über die Weltwirtschaft in ihrer Gesamtheit ... Die Eigenart der USSR sei so gewaltig, dass sie innerhalb ihrer Grenzen den Aufbau eines eigenen Sozialismus zulasse, unabhängig davon, was mit der übrigen Menschheit geschehe“ (S.10). „Die Macht kann von gewaltiger, sowohl reaktionärer wie fortschrittlicher Bedeutung sein, je nachdem, welche Klasse die Macht innehat. Immerhin bleibt die Staatsmacht eine Waffe des Überbaues. „Der Übergang der Macht aus den Händen des Zarismus und der Bourgeoisie in die Hand des Proletariats schafft weder die Prozesse noch die Gesetze der Weltwirtschaft ab. Die internationale Arbeitsteilung und der übernationale Charakter der gegenwärtigen Produktivkräfte behalten nicht nur ihre Bedeutung, sondern sie werden diese Bedeutung für die Sowjetunion mit deren ökonomischem [22] Aufstieg verdoppeln und verzehnfachen“ (S.13/14). „Die sozialistische Revolution beginnt auf nationalem Boden. Sie kann aber nicht auf diesem Boden vollendet werden. Die Aufrechterhaltung der proletarischen Revolution im nationalen Rahmen kann nur ein provisorischer Zustand sein, wenn auch, wie die Erfahrung der Sowjetunion zeigt, von langer Dauer. Bei einer isolierten proletarischen Diktatur wachsen die innern und äußern Widersprüche unvermeidlich zusammen mit den wachsenden Erfolgen. Isoliert bleibend, muss der proletarische Staat schließlich ein Opfer dieser Widersprüche werden. Der Ausweg besteht nur in dem Sieg des Proletariats der fortgeschrittenen Länder. Von diesem Standpunkt aus gesehen ist eine nationale Revolution kein in sich selbst verankertes Ganzes: Sie ist nur ein Glied einer internationalen Kette. Die internationale Revolution stellt einen permanenten Prozess dar, trotz aller zeitlichen Auf- und Abstiege“ (S.28) ... „Nicht nur das zurückgebliebene China, sondern überhaupt kein Land der Welt könnte in seinem nationalen Rahmen den Sozialismus aufbauen: Die hochentwickelten Produktivkräfte, die über die nationalen Grenzen hinausgewachsen sind, widersetzen sich dem genauso wie die für die Nationalisierung ungenügend entwickelten Kräfte. Die Diktatur des Proletariats in England zum Beispiel müsste auf zwar anders geartete, aber nicht geringere Schwierigkeiten und Widersprüche stoßen als jene, die sich der Diktatur des Proletariats in China entgegenstellen würden. Die Überwindung der Widersprüche wäre in beiden Fällen nur auf dem Wege der Weltrevolution möglich“ (S.138) ... „Bei dem ökonomischen Entwicklungsgrad von 1917, wie auch bei dem ökonomischen Entwicklungsgrad von 1905, kann die Diktatur sich nur dann behaupten, und zum Sozialismus entfalten, wenn das westeuropäische Proletariat ihr rechtzeitig zu Hilfe kommt. Selbstverständlich lässt sich diese „Rechtzeitigkeit“ nicht im Voraus berechnen: Sie wird von dem Gang der Entwicklung und des Kampfes bestimmt“ (S.145) ... „In der Epoche der ersten Revolution wiederholte er (Lenin) unermüdlich, dass wir die (bürgerliche) Demokratie (sogar die Demokratie!) ohne die sozialistische Revolution in Europa nicht behalten würden. In den

Jahren 1917/18 und in den folgenden Jahren hat Lenin das Schicksal unserer Revolution überhaupt nicht anders betrachtet und bewertet als im Zusammenhang mit der in Europa begonnenen sozialistischen Revolution. Er hat es zum Beispiel offen ausgesprochen: „Ohne den Sieg der Revolution in Deutschland ist unser Untergang unvermeidlich.“ Das hat er im Jahre 1918 gesagt. Und er hat nicht spätere Jahrzehnte gemeint, sondern _____ kürzeste Fristen, die nach wenigen Jahren, wenn nicht Monaten bemessen sind. „Hierin liegt die größte Schwierigkeit der russischen Revolution ... die Notwendigkeit, die Weltrevolution hervorzurufen“ (Bd. XV, S.126). Wann wurde das gesprochen und geschrieben? In den Jahren 1918, 1919 und später“ (S.146). „Die Bewegung begann seit 1921 nicht so gradlinig zu verlaufen, wie wir es in den Jahren 1917-1919 ... erwartet hatten. Aber sie entwickelte sich doch auf der Linie der unversöhnlichen Gegensätze zwischen dem Arbeiterstaat und der bürgerlichen Welt. Eines der beiden musste zugrunde gehen! Den Arbeiterstaat vor den tödlichen Gefahren, nicht nur den militärischen, sondern auch den ökonomischen zu bewahren, das vermag nur die siegreiche Entwicklung der proletarischen Revolution im Westen“ (S.147) ... „Nur ein Reformist kann sich den Druck des Proletariats auf den bürgerlichen Staat als einen permanent zunehmenden Faktor und als Garantie gegen eine Intervention vorstellen. Aus eben dieser Vorstellung entstand die Theorie des Aufbaus des Sozialismus in einem Land bei Neutralisierung der Weltbourgeoisie (Stalin)“ (S.151) ... „Der sozialistische Aufbau ist nur auf Basis des Klassenkampfes im nationalen und internationalen Maßstab denkbar. Unter den Bedingungen des entscheidenden Übergewichtes kapitalistischer Beziehungen in der Weltarena wird dieser Kampf unvermeidlich zu Explosionen führen, das heißt im Innern zum Bürgerkrieg und außerhalb der nationalen Grenzen zum revolutionären Krieg. Darin besteht der permanente Charakter der sozialistischen Revolution, ganz unabhängig davon, ob es sich um ein zurückgebliebenes Land handelt, das erst gestern seine (bürgerlich-) demokratische Umwälzung vollzogen hat, oder um [23] ein altes kapitalistisches Land, das eine lange Epoche der (bürgerlichen) Demokratie des Parlaments durchgemacht hat. Der Abschluss einer sozialistischen Revolution ist im nationalen Rahmen undenkbar ... Die sozialistische Revolution beginnt auf nationalem Boden, entwickelt sich international und wird vollendet in der Weltarena“ (S.160/161) ... „Die weltumfassende Arbeitsteilung, die Abhängigkeit der Sowjetindustrie von der ausländischen Technik, die Abhängigkeit der Produktivkräfte der fortgeschrittenen Länder Europas von den asiatischen Rohstoffen usw. usw. machen in keinem Land der Welt den Aufbau einer selbständigen sozialistischen Gesellschaft möglich“ (S.162) ... „Die bereits eroberte proletarische Macht bedeutet vom Standpunkt der Theorie der Epigonen schon die Vollendung der Revolution („zu neun Zehnteln“ nach der Formel Stalins) und den Beginn der Epoche nationaler Reformen ... Durch die Theorie des Nationalsozialismus wird die Kommunistische Internationale zu einem Werkzeug degradiert, das nur für den Kampf gegen die militärische Intervention von Nutzen ist ... Degradierung der Kommunistischen Internationale zur Rolle eines Hilfskorps, das nicht ausersehen ist, große, selbständige Aufgaben zu lösen“ (S.162/163) ... „Das von Bucharin geschaffene Programm der Kommunistischen Internationale ist durch und durch eklektisch. Es macht den hoffnungslosen Versuch, die Theorie des Sozialismus in einem Land mit dem marxistischen Internationalismus, der von dem permanenten Charakter der Weltrevolution untrennbar ist, zu versöhnen“ (S.163).

„Der gegenwärtig angespannte Kampf um die Erweiterung des Sowjetexportes stellt eine anschauliche Widerlegung der Illusionen des Nationalsozialismus dar“ ... „Letzten Endes führen somit alle Widersprüche der Entwicklung der USSR auf den Widerspruch zwischen dem isolierten Arbeiterstaat und seiner kapitalistischen Umkreisung zurück. Die Unmöglichkeit des Aufbaues einer selbstgenügsamen sozialistischen Wirtschaft in einem Land erzeugt die grundlegenden Widersprüche des sozialistischen Aufbaues in jedem neuen Stadium in immer größerem Maßstab und immer bedeutenderer Tiefe. In diesem Sinn müsste die Diktatur des Proletariats in der USSR unvermeidlich zerbrechen, wäre das kapitalistische Regime in der ganzen übrigen Welt fähig, sich noch eine lange historische Epoche zu halten“ ... „Den völligen und endgültigen Ausweg aus den innern und äußern Widersprüchen wird die USSR in der Arena der siegreichen Revolution des Weltproletariats, und nur dort finden“ (Trotzki: Probleme der Entwicklung der USSR, 1931, S.7,31).

„Die Machteroberung durch das deutsche und das europäische Proletariat ist eine unermesslich realere und näherliegende Aufgabe als die Aufgabe einer geschlossenen und selbstgenügsamen sozialistischen Gesellschaft in den Grenzen der USSR“ (Trotzki: Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats, 1932, S.113).

Trotzki in seiner Geschichte der russischen Oktoberrevolution, 1933: „Die Revolution im Westen brachte zwar das Proletariat nicht an die Macht – die Reformisten retteten das bürgerliche Regime –, war aber immerhin stark genug, um die Sowjetrepublik in der ersten, gefährlichsten Periode ihres Daseins zu schützen“ (S.445). – „Alle Bolschewiki, ohne eine Ausnahme, vertraten in der Brester Zeit in gleicher Weise die Ansicht, dass, wenn die Revolution in der allernächsten Zeit in Europa nicht ausbricht, die Sowjetrepublik dem Untergang geweiht ist. Die einen rechneten mit Wochen, die andern mit Monaten, niemand mit Jahren“ (S.686) ... „Die Epigonen waren so weise zu vergessen, dass Kapitalismus wie Sozialismus sich auf internationale Arbeitsteilung stützen, die gerade im Sozialismus die höchste Blüte erreichen muss (S.693) ... „Lenin auf dem X. Parteitag (der KPR) ... „Wir unterstrichen in einer Reihe von Werken, in allen unsern Reden, in der gesamten Presse, ... dass wir in Russland vielmehr eine Minderheit von Arbeitern in der Industrie und eine gewaltige Mehrheit kleiner Bodenbesitzer haben. Die soziale Revolution kann in einem [24] solchen Land nur unter zwei Bedingungen von endgültigem Erfolg sein: erstens, dass sie rechtzeitig durch die soziale Revolution in einem oder mehreren fortschrittlichen Ländern unterstützt wird ... Die zweite Bedingung – ist das Einvernehmen zwischen dem Proletariat, das die Staatsmacht in seinen Händen hält, und der Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung. Nur die Einigkeit mit der Bauernschaft kann die sozialistische Revolution in Russland retten,

solang die Revolution in den andern Ländern nicht gekommen ist“ (S.695) ... „Auf dem VI. Sowjetkongress sagt Lenin: „Ein voller Sieg der sozialistischen Revolution ist undenkbar in einem Land, sondern erfordert aktive Kampf-gemeinschaft zumindest einiger fortgeschrittener Länder, zu denen wir Russland nicht zählen können.“ „Lenin am 19.2.1921 ruft aus: „Hat denn jemals ein Bolschewik bestritten, dass die Revolution in endgültiger Form nur dann siegen kann, wenn sie alle oder wenigstens einige der fortgeschrittensten Länder erfasst!“ (S.697). „Lenin auf dem VÜ. Parteitag sagte: „Im welthistorischen Maßstab gesehen unterliegt es keinem Zweifel, dass der endgültige Sieg unserer Revolution, bliebe sie vereinsamt, ... hoffnungslos wäre“ (S.701) ...

„Zur Verschleierung des Bruches mit der Vergangenheit versuchte die Stalinsche Schule einige Leninsche Zeilen auszunutzen, die ihr am wenigsten unpassend schienen. Ein Artikel von 1915 über die Vereinigten Staaten von Europa enthielt nebenbei die Bemerkung, die Arbeiterklasse müsse in jedem Land die Macht erobern und zum sozialistischen Aufbau schreiten, ohne auf die andern Länder zu warten. Verbirgt sich hinter diesen unbestreitbaren Zeilen der Gedanke an eine nationalsozialistische Gesellschaft, wie konnte ihn Lenin im Laufe der folgenden Jahre so gründlich vergessen und ihm auf Schritt und Tritt so beharrlich widersprechen? ... Die von Lenin im gleichen Jahre (1915) ausgearbeiteten Programmthesen beantworteten die Frage präzise und unmittelbar: „Aufgabe des russischen Proletariats ist – die bürgerlichdemokratische Revolution in Russland zu Ende zu führen, um die sozialistische Revolution in Europa zu entfachen. Diese zweite Aufgabe hat sich jetzt der ersten außerordentlich genähert, aber sie bleibt doch eine besondere und zweite Aufgabe, denn es handelt sich um verschiedene Klassen, die mit dem russischen Proletariat gemeinsam kämpfen: für die erste Aufgabe ist sein Kampfgenosse – die kleinbürgerliche Bauernschaft Russlands, für die zweite das Proletariat der andern Länder.“

„Die zweite Berufung auf Lenin ist nicht begründetere Ein unvollendeter Artikel von ihm über die Genossenschaften sagt, in der Sowjetrepublik sei „alles Notwendige und Ausreichende“ vorhanden, um ohne neue Revolution den Übergang zum Sozialismus zu vollziehen; die Rede ist, wie aus dem Text klar hervorgeht, von politischen und rechtlichen Voraussetzungen. Der Autor unterlässt es nicht, an die mangelnden industriellen und kulturellen Voraussetzungen zu erinnern ... Der Artikel über die Genossenschaften enthält auch nicht die geringste Anspielung darauf, dass die Sowjetrepublik auf reformistische und harmonische Weise ihren eigenen Nationalsozialismus schaffen kann, anstatt im Prozess der antagonistischen (gegensätzlichen, widerspruchsvollen) und revolutionären Entwicklung sich in die sozialistische Weltgesellschaft einzugliedern“ (S.702) ...

„Aus der internationalen Arbeitsteilung, aus der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der verschiedenen Länder, aus deren ökonomischen Wechselbeziehungen, aus der Ungleichmäßigkeit der verschiedenen Teile der Kultur in den einzelnen Ländern, aus der Dynamik der modernen Produktivkräfte ergibt sich, dass die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung nur möglich ist nach dem System der ökonomischen Spirale durch Verteilung innerer Missverhältnisse eines Landes auf eine ganze Ländergruppe, durch gegenseitige Hilfeleistung verschiedener Länder und gegenseitige Ergänzung der verschiedenen Zweige ihrer Wirtschaft und Kultur, das heißt [25] letzten Endes nur möglich ist in der Weltarena“ (S.703).

„Gegen Herbst desselben Jahres (1924) (nach der Oktoberniederlage in Deutschland 1923; d. Verf.) unter dem Einfluss des Kampfes gegen den Trotzismus, ergab sich plötzlich, dass gerade Russland, zum Unterschied von den andern Ländern, mit eigenen Kräften die sozialistische Gesellschaft aufbauen kann, wenn es durch eine Intervention von außen nicht gestört wird“ (im April 1924, drei Monate nach Lenins Tode, schrieb Stalin selbst das Gegenteil) ... „Der Triumph der neuen Aussichten, die der Lage und den Interessen der Bürokratie entsprachen, stützte sich auf objektive – vorübergehende, aber sehr mächtige – Umstände. Die Möglichkeiten, die sich vor der Sowjetrepublik innen- wie außenpolitisch eröffneten, erwiesen sich viel größer, als es jemand vor der Umwälzung hätte glauben können. Der isolierte Arbeiterstaat blieb nicht nur inmitten einer Unzahl von Feinden bestehen, sondern stieg auch ökonomisch. Diese schwerwiegenden Tatsachen formierten die gesellschaftliche Meinung der jungen Generation, die noch nicht gelernt hat, historisch zu denken, das heißt, Vergleiche zu ziehen und vorauszusehen“ (S.705,706).

Trotzki in seinem Werk: Verratene Revolution, 1936: „Der Kapitalismus, trotz Stillstand und Fäulnis, behält immer noch hinsichtlich Technik, Arbeitsorganisation und Kultur einen gewaltigen Vorsprung“ (gegenüber der Sowjetunion) (S.14) ... „Die Sowjetmacht hätte keine zwölf Monate standgehalten, wären nicht die direkte Hilfe des internationalen, insbesondere des europäischen Proletariats und die revolutionäre Bewegung der kolonialen Völker gewesen“ ... „Wenn auch die Revolution außerhalb Russlands nirgends siegte, die Hoffnungen auf sie waren nicht vergebens gewesen“ (S.183) ... „Nachdem die Bürokratie sich vom Proletariat des eigenen Landes unabhängig gemacht hat, kann sie die Abhängigkeit der USSR vom Weltproletariat nicht zugeben“ (S.291).

„Niemals waren die Marxisten der Ansicht, dass sich ein isolierter Arbeiterstaat in Russland auf die Dauer halten kann. Gewiss, wir erwarteten eher den Zusammenbruch des Sowjetstaats als seine Degeneration; genauer, wir unterschieden nicht scharf zwischen diesen beiden Möglichkeiten, aber sie stehen keinesfalls in Widerspruch zueinander. Degeneration muss in einem gewissen Stadium unumgänglich zum Zusammenbruch führen“ (Trotzki: Die USSR im Kriege, 25.9.1939). –

Die Preisgabe des proletarischen Internationalismus, jede rein nationale Einstellung führen zwangsläufig zur Parteizusammenarbeit, zum Parteiburgfrieden mit der Bourgeoisie. Auch daraus folgt zwingend, dass Lenin, der unter entwickelten kapitalistischen Bedingungen jede Parteizusammenarbeit, jeden Parteiburgfrieden mit der Bourgeoisie, mit irgendeinem Teil derselben auf das konsequenteste als Verrat an der Arbeiterklasse, am Sozialismus grundsätzlich

bekämpfte, jeden wie immer gearteten „Sozialismus in einem Land“ prinzipiell verwarf. Indem die Stalinbürokratie mit ihrem „Sozialismus in einem Land“ der Weltrevolution, dem Weltproletariat den Rücken kehrte, wandte sie sich zwangsläufig zu – zuerst scheinradikal getarnt, schließlich offen – der Weltbourgeoisie: Den Klassenkampf gegen die Kapitalistenklasse ersetzte sie zuerst durch scheinrevolutionäre, verkappte, zuletzt durch offene Parteizusammenarbeit („Volks“front) mit der Bourgeoisie, letzten Endes durch den Parteiburgfrieden mit der Bourgeoisie im zweiten imperialistischen Weltkrieg.

Von der ersten Stunde der Geburt der proletarischdemokratischen Diktatur waren Sozialdemokratie, Labourparty deren geschworene Feinde. Als die Stalinbürokratie die Macht an sich riss, die proletarische Demokratie beseitigte, die russischen Arbeiter entrechtete, der proletarischen Weltrevolution eine Niederlage nach der andern zufügte, da erst begann sich das sozialdemokratische, labouristische Herz langsam [26] zu erwärmen für die – entartende Sowjetunion. Als die Stalinbürokratie vollends zur offenen Parteizusammenarbeit mit der Bourgeoisie schwenkte und gar zur Parteizusammenarbeit mit den demokratisch aufgeputzten imperialistischen Räubern von Frankreich, England, USA, da entdeckten die sozialdemokratischen, labouristischen Lakaien dieser Räuberimperialisten plötzlich: „Der „Sozialismus in einem Land“ ist sehr wohl möglich, in einem gewaltigen Land wie Russland, das aus seinem eigenen Land fast alle wichtigen Rohstoffe und alle notwendigen Mittel gewinnt, und den Großteil seiner Erzeugnisse im eigenen Land absetzt“ (Otto Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen?, 1936, S.201). Solch ein „Sozialismus“, der die proletarische Demokratie beseitigt, das Proletariat entrechtet, die Früchte der kollektiven Wirtschaft der entarteten, schmarotzerischen Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie zuschanzt, die proletarischen Revolutionäre, die dagegen ankämpfen, meuchelmordet, solch ein „Sozialismus“ gefällt den sozialdemokratischen, labouristischen „Sozialisten“. Lange vor dem Dollarmillionär Davies bestätigen diese „Sozialisten“ dem Meuchelmörder Stalin und seinen Mordkumpanten die „politische Notwendigkeit“ der „Ausmerzung“ der alten Bolschewiki: „Die „alte Garde“ des Bolschewismus, den Erfordernissen des revolutionären Kampfes glänzend angepasst, hat versagt und musste ausgemerzt werden, als es galt, von dem revolutionären Kampf zum sozialistischen Aufbau überzugehen“ (Otto Bauer: Die illegale Partei, 1939, S.42). „Sozialistischer Aufbau „– ohne revolutionären Kampf: Aufbau jenes „Sozialismus“ nämlich, bei dem Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie aufsteigen auf Kosten, auf dem Rücken der Massen ...

4. Fehler sind unvermeidlich – aber nicht Verrat!

Die proletarische Staatsmacht richtig verwenden, das ist eine neuartige, noch wenig bekannte, überaus verwickelte, überaus schwierige Aufgabe. Es ist ein Marsch auf, dem Wesen nach, noch unerforschten Wegen. Fehler, wiederholte Versuche, Rückzüge, wiederholte Anläufe, Ergänzungen, Verbesserungen sind da unvermeidlich. Man muss diese Fehler möglichst bald entdecken, erkennen, man muss aus ihnen lernen, es besser zu machen, Man darf nicht allzu lang dabei verharren, schon gar nicht dauernd daran festhalten, denn sonst wird daraus eine dauernd fehlerhafte, falsche Linie, die immer weiter weg von der proletarischen Klassenbahn wegführt auf den Weg des Verrates an der Arbeiterklasse, am proletarischdemokratischen Staat, an der proletarischen Revolution. So war und ist es beim „Sozialismus in einem Land“, bei der „Generallinie“, beim Stalinismus.

„Wir nehmen uns nicht heraus zu behaupten, dass Marx und die Marxisten ganz konkret den Weg zum Sozialismus kennen. Das ist Unsinn. Wir kennen die Richtung dieses Weges, wir wissen, welche Klassenkräfte dazu führen, doch ganz konkret, ganz praktisch wird das nur die Erfahrung der Millionen Menschen zeigen, wenn sie an die Arbeit gehen werden“ (Lenin: Aus dem Tagebuch eines Publizisten, September 1917; in Lenin: Zur Agrarpolitik der Bolschewiki; 1921, S.40). „Wir fürchten unsere Fehler nicht ... Nur an diesen Fehlern werden die Arbeiter und Bauern lernen, das neue Leben aufzubauen, ohne die Kapitalisten auszukommen; nur so werden sie den Weg, durch tausend Hindernisse hindurch, zum siegreichen Sozialismus bahnen“ (Lenin: Ein Brief an die amerikanischen Arbeiter, 1918, S.6/7). „Keine Klasse kann zum Führer der Gesellschaft werden, ohne die stärksten Kämpfe und Erschütterungen und ohne Versuche, ohne unsichere Schritte. Auch wird ihren Führern ... die Unfähigkeit und Inkonsequenz vorgeworfen. Gewiss nicht Wochen, sondern Monate und Jahre bedarf es, bis eine bisher unterdrückte Klasse ihre neue Arbeit anbahnt, Organisatoren aus ihrer Mitte [27] erzieht. Es ist nicht zu verwundern, wenn es der revolutionären proletarischen Macht an gänzlicher Erfahrung mangelt, um Organisationen, die den Bedürfnissen von Millionen und Abermillionen entsprechen sollen, von heute auf morgen zu schaffen. Aber unmöglich ist es nicht, wenn man das Bewusstsein der Notwendigkeit und Entschlossenheit in der Durchführung besitzt, wenn man die nötige Ausdauer in der Verfolgung des schwer zu erreichenden Zieles besitzt. Leute, die große organisatorische Fähigkeiten besitzen, gibt es im Volk, das heißt in den nichtausbeutenden Klassen genug, der Kapitalismus hat sie zermalmt, vernichtet; dem neuen Regime ist es noch nicht gelungen, sie zur Geltung zu bringen. Dieses Ziel ist zu erreichen, wenn man sich mit der entsprechenden Begeisterung daran machen wird“ (Lenin: Am Tage nach der Revolution, 1918, S.14).

„Wenn eine neue Klasse als Führer und Leiter der Gesellschaft auf die historische Szene tritt, so verläuft dies niemals ohne eine Periode des stärksten „Schaukelns“, der Erschütterungen, des Kampfes und der Stürme einerseits – und andererseits nicht ohne eine Periode von unsicheren Schritten, Experimenten, Schwankungen und eines Herumirrens bezüglich der besonders neuen Methoden, die der objektiven Umgebung entsprechen“ (Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, 1918, S.39). „Wir mussten uns stets tastend vorwärts bewegen ... Doch das hat uns sogar am 10.10.1917 nicht im“ geringsten schwankend gemacht, als die Frage der Machtergreifung zur Entscheidung stand (Lenin im Bericht auf dem Parteitag der KPR, März 1919). „Man muss sich bemühen, möglichst wenige Dummheiten

zu machen und die gemachten möglichst schnell zu korrigieren“ ... „Zu Ende bringen, umarbeiten, von vorne anfangen – das werden wir noch manches Mal müssen ... Umarbeitungen stehen uns noch viele bevor, und sich darnach „verwirren“ zu lassen, wäre der Gipfel des Blödsinns (wenn nicht schlimmer als Blödsinn) (Lenin: Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Siege des Sozialismus, 2.11.1921, in Lenin: Der „Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus, 4.Auflage, Ausgabe von Dr. E. Duncker, 1930, S.109/110). „Das Schwindelgefühl, so sagt man, ist der Frische des Kopfes und der Festigkeit der Beine nicht zuträglich. Zumal in sehr großen Höhen“ ... „Es gibt nichts gefährlicheres als Illusionen (und Schwindelgefühle, zumal in großen Höhen)“ ... „Jene Kommunisten sind als verloren zu betrachten, die sich einbilden, man könnte ohne Fehler, ohne Rückzüge, ohne zahlreiche Korrekturen des Unvollendeten und Fehlerhaften ein solches welthistorisches „Unternehmen“ beenden wie die Vollendung des Fundamentes für die sozialistische Wirtschaft (zumal in einem Kleinbauernland). Aber jene Kommunisten sind nicht verloren (und werden es sicher nie sein), die sich weder Illusionen hingeben, noch der Mutlosigkeit verfallen, die sich genügend Kraft und Elastizität des Organismus für einen erneuten „Anfang“ beim Herantreten an diese Schwierigkeiten bewahren“ ... „Wenn wir vor der Einsicht unserer Fehler nicht zurückschrecken, wenn wir die wiederholte Mühe ihrer Korrektur nicht scheuen – werden wir den Gipfel erreichen“ (Lenin: Über das Besteigen hoher Berge, 1922/23, ebenda, S.115/117, 121).

Die Bourgeoisie zu besiegen ist schwer, aber den proletarischdemokratischen Staat und mittels seiner die sozialistische Wirtschaft organisieren, das ist bei weitem schwerer. „Der Sieg über die Widerstand leistende Gegenrevolution ist ums Millionenfache leichter als der Sieg über die Aufgabe der Organisation“ (Lenin: Der Kampf ums Brot, 1918, S.18). Diese Aufgabe aber ist gerade darum so schwer, weil wir sie bewältigen müssen mit den Menschen, die uns der Kapitalismus hinterlassen hat, mit den Menschen, die durch die 6.000-jährige Klassengesellschaft hindurchgegangen sind, mit all den Schwächen, die sich daraus – auch für die Arbeiter – ergeben. „Wenn eine alte Gesellschaft zugrunde geht, dann kann man nicht ihren Leichnam in einen Sarg legen, zunageln und in ein Grab verscharren. Er verwest in unsrer Mitte, er verfault und steckt uns an ... Anders als in der Umgebung des verwesenden Kapitalismus und des qualvollen Kampfes gegen ihn kann kein einziges Land vom Kapitalismus zum Sozialismus übergehen“ (Lenin: ebenda, S.24/25). „Wir sind gezwungen, [28] den Kommunismus auf dem Schutt und den Trümmern des Kapitalismus aufzubauen, und nur diejenige Klasse vermag dies Werk zu vollbringen, deren Kräfte im Kampf mit dem Kapitalismus gestählt sind. Das Proletariat ist ... von den Fehlern und Schwächen nicht frei, die der kapitalistischen Gesellschaft anhaften. Es ringt um den Sozialismus und gegen seine eigenen Schwächen“ (Lenin: Das Verhältnis der Kommunisten zu den Mittelbauern, Referat auf dem VÜI. Parteitag der KPR, März 1919, S.14).

Lenins Dekrete in der ersten Zeit waren unter anderem ein Behelf, um den Massen zu erleichtern, Fehler raschest zu überwinden. „Hätten wir erwartet, dass durch das Schreiben von hundert Dekreten sich das ganze Leben auf dem Lande ändern würde, so wären wir ausgemachte Idioten. Aber wollten wir darauf verzichten, in Dekreten den Weg vorzuschreiben, so wären wir Verräter am Sozialismus. Diese Dekrete, die praktisch auf einmal und in vollem Umfang nicht durchgeführt worden konnten, spielten eine große Rolle in der Propaganda. Wenn wir in frühern Zeiten Propaganda führten durch allgemeine Grundsätze, so führen wir jetzt Propaganda durch unsere Arbeit. Sie ist auch Propaganda. Aber Propaganda durch Aktion – doch nicht im Sinn der einzelnen Aktionen irgendwelcher Hochstapler, wie wir sie so sehr zurzeit der Anarchisten und des alten Sozialismus verlachten. Unser Dekret ist ein Appell an die Massen, ein Appell zu praktischen Taten. Die Dekrete sind Institutionen, die zur praktischen Massenarbeit aufrufen ... Mag in diesen Dekreten vieles untauglich sein, vieles, was im Leben unmöglich ist. Aber sie geben Material für praktisches Tun, und die Aufgabe des Dekrets besteht darin, jene Hunderte, Tausende, Millionen Menschen, die der Stimme der Sowjetregierung lauschen, praktische Schritte zu lehren ... Wir werden die Dekrete nicht betrachten als absolute Verfügungen, die um jeden Preis, auf der Stelle, mit einem Schlag verwirklicht werden müssen“ (Lenin: Über die Arbeit auf dem Land, Rede auf dem VÜI. Parteitag der KPR, März 1919, Sammelband, 1925, S.535). „Die Dekrete hatten in der ersten Periode eine mehr propagandistische als administrative Bedeutung. Lenin beeilte sich, dem Volk zu sagen, was die neue Macht sei, was sie wolle und wie sie ihre Ziele zu verwirklichen gedenke. Er schritt von Frage zu Frage mit einer herrlichen Unermüdlichkeit, rief kleine Beratungen zusammen, bestellte bei den Spezialisten Ermittlungen und wühlte selbst in den Büchern. Ich half ihm“ (Trotzki: Mein Leben, 1930, S328).

Uns wird die Aufgabe des Verwendens der proletarischen Staatsmacht etwas leichter sein als den proletarischen Revolutionären Russlands. Denn wir können uns stützen auf die Erfahrungen und Lehren Lenins vom Oktobersieg 1917 bis in das Jahr 1923, wo er, durch Krankheit niedergeworfen, nicht mehr führen konnte, und die „Troika“ den proletarischen Staat auf falsche Wege zu führen begann. Doch müssen wir stets berücksichtigen, dass wir diese Lehren in jedem Land unter Bedingungen zu verwirklichen haben werden, die nach gar manchen Beziehungen anders sein werden als 1917 bis 1923 in Sowjetrussland. Und wir können, sollen und müssen auch aus der Stalinperiode seit 1923/24 lernen: lernen, wie man es nicht machen darf: lernen, welche Politik die proletarische Staatsmacht unvermeidlich zum Entarten führt. Lernen, welche Politik des proletarischen Staates eine entartete, verkleinbürgerlichte, schmarotzerische, mörderische, räuberische Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie hochbringt, die sich anstelle der Arbeiterklasse setzt, sie entrechtet und die Früchte des kollektiven Eigentums, der kollektiven Arbeit an sich reißt. Lernen, was zu tun, um das Entarten, Verkleinbürgerlichen der beamteten Funktionäre des proletarischen Staates und der proletarischen Oberschicht zu verhindern.

5. Welche wichtigsten Kennzeichen beweisen, dass die proletarische Staatsmacht dauernd in die proletarische Klassenrichtung geführt wird, tatsächlich in die Richtung zum Sozialismus?

Proletarische Staatsmacht, proletarischer Staatsapparat, dauernd gehandhabt durch die proletarische Demokratie, durch ihre Beschlüsse und unter ihrer dauernden Kontrolle, Eigentum der Arbeiterklasse an den entscheidenden Produktionsmitteln, von ihr verwaltet auf dem Wege über den proletarischdemokratischen Staat (also unter Mitbestimmung, Mitkontrolle, Mitverwaltung durch die armen Bauern und Kleinbürger) – das ist keineswegs schon Sozialismus, das ist erst die unumgänglich notwendige politische und rechtliche Voraussetzung, um den Umbau, Aufbau der Wirtschaft, Gesellschaft in die Richtung auf den Sozialismus überhaupt in Angriff nehmen zu können. Alles Gerede der Sozialdemokratie, Labourparty, von Sozialismus, wenn noch so ehrlich gemeint, ist objektiv blanker Schwindel, wenn diese politischen und rechtlichen Voraussetzungen nicht geschaffen sind, insbesondere wenn die klassenmäßig kapitalistisch zusammengesetzte Staatsmaschine nicht zertrümmert ist.

„Man darf nicht „übersehen“, dass, „eine Umwälzung in den Eigentumsformen“ die Probleme des Sozialismus noch nicht löst, sondern sie erst stellt“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.29). „Zwar sichert die Nationalisierung der Produktionsmittel in einem einzigen Land, und einem rückständigen überdies, noch nicht den Aufbau des Sozialismus, aber sie kann die erste Vorbedingung für den Sozialismus, nämlich die planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte fördern“ (Manifest der IV. Internationale, Ende Juni 1940).

Nicht darum geht es, ein bestimmtes Land (zum Beispiel Russland), eine bestimmte Nation (zum Beispiel die russische) überhaupt stark und immer stärker zu machen, sondern darum und nur darum geht es, das Land, wo die Arbeiterklasse ihre Klassenmacht aufgerichtet hat, die Nation, deren Führung die Arbeiterklasse durch ihre siegreiche Revolution in die Hand genommen, in sozialistische Richtung zu entwickeln, sodass die sozialistischen Tendenzen, Elemente darin immer stärker, die antisozialistischen Tendenzen, Elemente darin immer schwächer werden. Eine Politik, die Russland, die russische Nation mächtiger macht, indem sie zugleich der Gesamtwirkung nach die sozialistischen Tendenzen, Elemente fortgesetzt schwächt, die antisozialistischen Tendenzen, Elemente fortgesetzt stärkt, eine solche Politik führt das russische Land, die russische Nation nicht zum Sozialismus, sondern tatsächlich vom Sozialismus weg, baut es auf als antirevolutionäre, antiproletarische, antisozialistische Macht. „Der Grund der sozialen Widersprüche (in der Sowjetunion) liegt zwischen den betrogenen Massen und der neuen aristokratischen Kaste, die die Restaurierung einer Klassengesellschaft vorbereitet. Darum kann ich nicht „für die USSR“ im Allgemeinen sein. Ich bin für die arbeitenden Massen, die die USSR geschaffen haben, und gegen die Bürokratie, die die Eroberungen der Revolution usurpiert (an sich gerissen) hat“ (Trotzki: Ein politischer Dialog, „Unser Wort“, Ende Juni 1939).

a

In erster Linie muss sich die Politik des proletarischen Staates stärkend auswirken auf die Macht der Arbeiter als Klasse, international und national: Sie muss die sozialistischen Tendenzen, Elemente stärken, die kapitalistischen Tendenzen, Elemente schwächen. Eine Politik, welche den proletarischen Staat – mit wie guter Absicht immer – derart lenkt, dass dadurch der Gesamtwirkung nach die Macht der Arbeiter als Klasse, international und national, fortgesetzt gesenkt wird, eine Politik, welche die sozialistischen Tendenzen, Elemente schwächt, die antisozialistischen Tendenzen, Elemente stärkt, führt nicht zum Sozialismus, sondern treibt objektiv zu einem neuen Kapitalismus, zu einer neuen Bourgeoisie.

Durch das Auswirken ihrer Gesamtpolitik züchtet die Stalinbürokratie in sich und um sich herum neue bürgerliche Elemente heran. Ein solcher Klassenbildungsprozess vollzieht sich lange unsichtbar. Wenn die Temperatur fortgesetzt gesenkt wird, so bleibt die dadurch herbeigeführte Veränderung des Wassers dem Auge unsichtbar. Erst in einem gewissen Tiefpunkt schlägt die sich häufende Quantität plötzlich in neue Qualität um: Das Wasser wird mit einem Schlag zu Eis. So auch bei der Herausbildung der neuen bürgerlichen Klasse im entarteten proletarischen Staat. Das Anhäufen der Quantität, der neuen bürgerlichen Elemente bleibt durch lange Zeit unsichtbar, bis in einem gewissen Tiefpunkt die angesammelte Quantität plötzlich in neue Qualität umschlägt, indem die herangezüchteten neukapitalistischen Elemente schließlich offen als neue Kapitalistenklasse auftreten, handeln und – sofern nicht die revolutionäre Massenaktion der Arbeiter die kapitalistische Konterrevolution niederwirft – siegen, das neue, entwickelt monopolkapitalistische Herrschafts- und Ausbeutungssystem aufrichtend. Den Sieg der kapitalistischen Gegenrevolution in der Sowjetunion zu verhindern, ist die Hauptaufgabe der proletarischen Revolutionäre in der russischen Frage.

b

In zweiter Linie muss die Politik des proletarischen Staates – bei grundlegendem Stärken der internationalen und nationalen Macht der Arbeiter als Klasse in Betrieb, Gewerkschaft, Staat, Partei, Gesellschaft – auf dieser Grundlage sich auswirken in fortgesetztem Steigern der Produktivkräfte. Ist die Politik, mit der der proletarische Staat geführt wird, derart, dass sie die Produktivkräfte zwar hebt, aber die internationale und nationale Macht der Arbeiter als Klasse in Betrieb, Gewerkschaft, Staat, Partei, Gesellschaft senkt, dann ist das ein untrügliches Zeichen dafür, dass entartet,

dass seine Wirtschaftspolitik sich nicht in die Richtung zum Sozialismus bewegt, nicht dem Aufbau des Sozialismus dient, sondern gerade im Gegenteil die antisozialistischen Tendenzen, Elemente auf Kosten der sozialistischen stärkt, also tatsächlich den Wirtschaftsaufbau in die Richtung vom Sozialismus weg, zu einem neuen Kapitalismus hintreibt, zu einem entwickelten monopolistischen Kapitalismus.

Die Wirtschaftserfolge eines so missgeleiteten proletarischen Staates können im Einzelnen sehr groß sein – und sind in der entarteten Sowjetunion in der Tat sehr groß –, allein die klassenbewusste Arbeiterschaft muss stets die Frage stellen: Wessen Macht kommen diese wirtschaftlichen Erfolge zugute – der Klasse der Arbeiter oder der schmarotzerischen, verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie auf Kosten der Arbeiterklasse? Die Stalinschen Wirtschaftserfolge [31] sind nicht Erfolge auf dem Wege zum Sozialismus, sondern Erfolge auf dem Wege vom Sozialismus weg zu einem neuen Kapitalismus in Russland.

c

In dritter Linie muss die Politik des proletarischen Staates – auf Grundlage des Stärkens der internationalen und nationalen Klassenmacht der Arbeiter in Betrieb, Gewerkschaft, Staat, Partei, Gesellschaft und in diesem Rahmen auf Basis des Steigerns der Produktivkräfte – nach einer nicht zu langen Übergangszeit der Wirkung nach führen zu einem Fortschreitenden Heben der sozialen Lage der breiten Masse der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger, ihres kulturellen Niveaus inbegriffen, all dies unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere auch der Arbeitsintensität. Eine Politik, welche die Früchte des kollektiven Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln, der kollektiven Produktion, der kollektiven Arbeit in Wirklichkeit einer Schicht zuschant auf Kosten der breiten Masse – zum Beispiel der entarteten, parasitischen, Stalinschen Bürokratie, Arbeiteraristokratie zuschant – eine solche Politik führt nicht zum Sozialismus, sondern züchtet in und um diese Schmarotzerschicht herum neue Ausbeuterelemente heran, führt so zu einem neuen kapitalistischen, nämlich entwickelt monopolkapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungssystem.

„Der entscheidende Faktor bei der Abschätzung der Vorwärtsbewegung unseres Landes auf dem Wege zum Sozialismus muss neben dem Anwachsen unserer Produktivkräfte und der Herrschaft der sozialistischen Elemente über die kapitalistischen vor allem eine entschiedene Verbesserung der Existenzbedingungen der Arbeiterklasse sein. Die Verbesserung muss sich zeigen auf materiellem Gebiet (Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter, Steigerung der Reallöhne, Charakter des Arbeitsbudgets, Lebensbedingungen, ärztliche Hilfe usw.), auf politischem Gebiet (Partei, Gewerkschaften, Sowjets, Kommunistische Jugendorganisation) und schließlich auf kulturellem Gebiet (Schule, Bücher, Zeitungen, Theater)“ (Trotzki: Die wirkliche Lage in Russland, 1927, S.37/38). „Die von Lenin formulierte Frage: wer – wen? – ist die Frage des Kräfteverhältnisses zwischen der USSR und dem revolutionären Proletariat einerseits, den innern feindlichen Kräften und der Weltbourgeoisie andererseits“ ... „Die Arbeitermutter hat ihre eigene Ansicht über das soziale Regime und ihr „Verbraucherkriterium“, wie sich der hohe Beamte verächtlich ausdrückt – der übrigens seinem eigenen Verbrauch viel Aufmerksamkeit schenkt – ist letzten Endes entscheidend (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.13,118).

Schon 1928 log die Stalinbürokratie vor, dass in Russland der Sozialismus schon zu neun Zehntel verwirklicht sei. Einige Jahre später steigerte sie ihre Lüge: In Russland bestehe bereits die sozialistische, ja die klassenlose Gesellschaft. Wenn dem wirklich so wäre, so müsste demnach der Staat zwangsläufig immer mehr überflüssig werden, absterben, stattdessen zeigen die Tatsachen jedoch das gerade Gegenteil.

„Nach der heute gültigen Ordnung ist der Sozialismus verwirklicht worden, nach dem offiziellen Text ist das Land auf dem Wege, den Kommunismus zu vollenden ... Der Staat ist ein Organ der Klassenherrschaft. Was bedeutet der Staat in einem Land, wo die Klassen zerstört sind? Es war notwendig, sich den Anschein einer theoretischen Erklärung für den stalinistischen Absolutismus zu verschaffen. Eine solche Erklärung wurde in zwei Raten herausgebracht.

„Vor fünf Jahren erklärte Stalin und Molotow auf dem XVÜ. Parteitag, dass der Polizeistaat notwendig war für den Kampf gegen die „Überbleibsel“ der alten herr- [32] schenden Klassen und besonders gegen die „Splitter“ des Trotzismus ... Wenn die „Splitter des Trotzismus“ gleichzeitig mit den „Überbleibseln“ der alten herrschenden Klassen zerstört worden sind, dann ergibt sich die Frage: Gegen wen richtet sich der Staat“?

„Diesmal (auf dem XVÜI. Parteitag) antwortet Stalin: „Die Notwendigkeit des Staates ergibt sich durch die kapitalistische Einkreisung und die von dort aus in das Land des Sozialismus herüberflutenden Gefahren“ ... „Die Funktion der militärischen Unterdrückung innerhalb des Landes ist weggefallen und abgestorben ... Die Funktion der militärischen Verteidigung des Landes gegen äußere Angriffe ist völlig erhalten geblieben“ ... „Was unsere Armee, unsern Spionagedienst betrifft, so sind ihre Waffen nicht mehr nach dem Innern des Landes gerichtet, sondern nach außen, gegen den äußern Feind.“

„Stalin widerlegt seine alte Theorie ... Wenn der Staat nicht nur erhalten, sondern gekräftigt und immer noch barbarischer wird, so bedeutet dies, dass der Sozialismus noch nicht vollendet ist. Wenn der bevorrechtete Staatsapparat das Produkt der kapitalistischen Einkreisung ist, so bedeutet dies, dass in der kapitalistischen Einkreisung der Sozialismus in einem isolierten Land nicht möglich ist“ ...

„... Für den Kampf gegen die imperialistische Gefahr muss natürlich der Arbeiterstaat ein Heer, einen Generalstab, einen Spionagedienst usw. haben. Bedeutet dies jedoch, dass ein Arbeiterstaat Oberste, Generäle und Marschälle mit

den dazu gehörigen Gehalten und Vorrechten braucht? ... Wachsen und Erstarken der Militär- und Zivilkaste bedeutet, dass sich die Gesellschaft nicht nach, sondern von dem sozialistischen Ideal wegbewegt.

„Welches sind die Gründe, die die Bürokratie zwingen, ihre wirklichen Ziele zu tarnen und ihre revolutionären Gegner als ausländische Spitzel zu bezeichnen? ... Die Gründe ... müssen ... sich aus der Struktur der Sowjetgesellschaft ergeben“ ...

„Der bonapartistische Staatsapparat ist ... Werkzeug zur Verteidigung der bürokratischen Räuber und Plünderer des Nationalreichtums ... In einem Land, das durch die proletarische Revolution gegeben ist, kann man unmöglich Ungleichheit pflegen, eine Aristokratie schaffen und Vorrechte anhäufen, wenn man nicht über die Massen eine Sintflut von Lügen und eine immer ungeheuerlichere Unterdrückung bringt“ (Trotzki: Die bonapartistische Staatsphilosophie, in „Unser Wort“, Ende Juni 1939).

Die im Prinzip sozialistische Form des Eigentums besagt keineswegs, dass es in Russland etwa Sozialismus gäbe. Denn erstens bildet selbst ein wirkliches Kollektiveigentum der Arbeiterklasse an den entscheidenden Produktionsmitteln nur eine politische und rechtliche Voraussetzung, die den Aufbau des Sozialismus überhaupt erst ermöglicht. Zweitens aber besteht das Kollektiveigentum der russischen Arbeiterklasse an den entscheidenden Produktionsmitteln im Stalinstaat nur der äußern Form nach. Dieser äußern Form aber widerspricht der tatsächliche Inhalt: Nur dem Namen nach ist die russische Arbeiterklasse Kollektiveigentümerin, in Wirklichkeit verfügt über das Kollektiveigentum einzig und allein die Stalinbürokratie, nur sie verwaltet es – bei vollkommener Entrechtung der Arbeiterschaft; und die Früchte des kollektiven Eigentums, der kollektiven Produktion, sie kommen in der Hauptsache der Stalinschen Bürokratie und Arbeiteraristokratie zugute, nicht aber der Arbeiterschaft. Der Tendenz nach sind die sowjetrussischen Eigentumsverhältnisse sozialistisch; doch dieser Tendenz wirken im stalinistisch entarteten Sowjetrussland andere, stärkere und immer stärker werdende antisozialistische Tendenzen entgegen: Gerade dadurch, dass über das sozialistische Eigentum nicht die Arbeiterklasse, [33] sondern die Stalinbürokratie verfügt, die es statt zum Stärken der Macht der Arbeiterklasse zum Stärken der Macht der Stalinbürokratie über die Arbeiterklasse, gegen die Arbeiterklasse – die es statt zum Heben der sozialen Lage der großen Massen der Arbeiter zum materiellen Emporheben der Stalinschen Bürokratie und Arbeiteraristokratie über die Arbeitermassen auf Kosten der Arbeitermassen missbraucht.

Was also besteht gegenwärtig in Russland: Sozialismus oder Kapitalismus? Keines von beiden, sondern eine Übergangsperiode, ein Übergangsregime zwischen beiden, dessen wirklicher Charakter nicht statisch, sondern nur dynamisch bestimmt werden kann. Die Stalinbürokratie riss das Riesenerbe der Oktoberrevolution an sich, in dem sich die ersten sozialistischen Keime derart zu entwickeln angefangen hatten, dass die sozialistischen Tendenzen, Elemente zu wachsen, die kapitalistischen Tendenzen, Elemente aber zu verkümmern begannen. Unter Lenin vollzogen Sowjetwirtschaft, Sowjetgesellschaft erste vorbereitende Schritte in die Richtung zur sozialistischen Wirtschaft, zur sozialistischen Gesellschaft, unter Lenin begann sich Sowjetrussland in die Richtung zum Sozialismus zu entwickeln. Wie verwaltet die Stalinbürokratie dieses Erbe? Sie schwächt immer mehr die sozialistischen Tendenzen, Elemente, stärkt immer mehr die antisozialistischen Tendenzen, Elemente.

Nach wie vor besteht auch heute in der Sowjetunion eine Übergangsperiode, ein Übergangsregime zwischen Kapitalismus und Sozialismus: Doch unter Lenin wuchs die Macht der Arbeiterklasse – unter Stalin sinkt sie, dafür wächst die Macht der schmarotzerischen Stalinbürokratie über die Arbeiterklasse, gegen die Arbeiterklasse auf Kosten der Arbeiterklasse und wachsen in und um die Stalinbürokratie herum neue bürgerliche Elemente heran: Unter Lenin nahm die soziale Ungleichheit ab unter Stalin nimmt sie zu, und zwar nicht nur zwischen Bürokratie und Arbeiterklasse, sondern auch innerhalb der Bürokratie und innerhalb der Arbeiterschaft selbst: Unter Lenin begann die Wirtschaft, Gesellschaft Sowjetrusslands allererste Schritte des Übergangs in die Richtung zum Sozialismus zu machen – unter Stalin schwanden und schwinden die Errungenschaften der Oktoberrevolution, die ersten Fortschritte unter Lenin immer mehr dahin, die sowjetrussische Wirtschaft, Gesellschaft bewegt sich immer überwiegend in die Richtung der Herausbildung eines neuen Kapitalismus.

Infolge der ungeheuern wirtschaftlichen, kulturellen Rückständigkeit Russlands gegenüber den vorgeschrittenen kapitalistischen Staaten musste sich Sowjetrussland von allem Anfang an die Aufgabe stellen, zunächst einmal diese Zurückgebliebenheit zu überwinden. Die sozialistischen Methoden mussten im zurückgebliebenen Russland notwendigerweise zuerst dazu dienen, diese vorsozialistische Aufgabe zu erfüllen, zuerst die vorgeschrittensten kapitalistischen Länder wirtschaftlich, kulturell einzuholen. Die Stalinbürokratie steigerte das schließlich zum Einholen und Überholen, aber sie bediente und bedient sich dazu solcher Methoden, die nur der äußern Form nach „sozialistisch“ sind. Das heißt: Sie stützt sich wohl auf das Kollektiveigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln, allein sie wendet dieses Kollektiveigentum nicht an zum Steigern der Macht der Arbeiter als Klasse, sondern zum Steigern der Macht der Stalinbürokratie über die Arbeiterklasse, gegen die Arbeiterklasse, auf Kosten der Arbeiterklasse, nicht zum Steigern der sozialen Lage der Arbeitermassen, sondern zum Steigern des Lebensniveaus, der sozialen Lage überhaupt der Stalinschen Bürokratie, Arbeiteraristokratie auf Kosten der Arbeitermassen. Das gab und ergibt eine zwar gewaltige, das Auge bestechende Entwicklung der Produktivkräfte, jedoch bei überwiegend wachsenden antisozialistischen Tendenzen, also überwiegend zum Erstehen eines neuen Kapitalismus. Diese tatsächliche Entwicklungsrichtung sucht die Stalinbürokratie vor den Massen zu verdecken durch hochstaplerisches Geschrei über angebliche Siege, die der „Sozialismus“ in Stalinrussland feiere.

[34] So schnell Sowjetrußland aufholt, zu groß ist der Vorsprung der entwickelten kapitalistischen Länder, es bedarf einer ganzen geschichtlichen Periode, um sie einzuholen, geschweige denn zu überholen, und zwar sogar bei Anwendung wirklich sozialistischer Methoden, die nicht nur der Form, sondern auch dem Inhalt nach tatsächlich sozialistisch sind, tatsächlich die Macht der Arbeiter als Klasse und ihre soziale Lage steigern. „Das Sowjetregime durchläuft vor unsern Augen ein Vorbereitungsstadium, in dem es die technischen und kulturellen Errungenschaften des Westens importiert, übernimmt und sich zu Eigen macht. Die Verhältniszahlen für Produktion und Verbrauch sind ein Zeugnis dafür, dass dieses Vorbereitungsstadium noch lange nicht abgeschlossen ist: Selbst bei der wenig wahrscheinlichen Voraussetzung weitem vollständigen kapitalistischen Stillstands würde es noch eine ganze Geschichtsperiode einnehmen müssen“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.23).

So gewaltig die Heldentaten der Roten Armee, so groß die Heldenleistungen der russischen Arbeiter und Bauern im zweiten imperialistischen Weltkrieg, zu groß sind die ungeheuern Nachteile, welche die zwangsläufigen Auswirkungen der Stalinschen Politik dem Weltproletariat, den russischen Arbeitern, dem proletarischen Staat inbegriffen, im Verhältnis zur Weltbourgeoisie in ihrer Gesamtheit seit 20 Jahren ununterbrochen zugefügt hat und weiterhin bereitet. Die Siege über den deutschen Kapitalismus schaffen die grundlegende Tatsache nicht aus der Welt, dass zugleich rund die Hälfte des russischen Produktionsapparats zerstört wurde, während der vorgeschrittenste kapitalistische Staat, die Vereinigten Staaten von Amerika, ihren Produktionsapparat um 20% vergrößern konnten: im Verhältnis zum vorgeschrittensten kapitalistischen Staat hat die Sowjetunion durch die Schuld der Stalinbürokratie nicht nur nicht eingeholt, sondern wurde sogar hinter das durch die Riesenanstrengungen, Riesenopfer der russischen Arbeiter bereits Aufgeholte weit zurückgeschleudert. Die Stalinmethoden führen nicht zum Sozialismus, sondern zu einem neuen russischen Kapitalismus, aber sogar vom Standpunkt des neuen russischen Kapitalismus, den die Stalinbürokratie heranzüchtet, erleiden die Stalinschen Methoden immer mehr Schiffbruch. Die amerikanischen, englischen Milliardäre, die Erzbischöfe von England, USA, ja sogar die Zaristen klatschen Stalin Beifall – so gut besorgt er mit dem Gut und Blut der russischen Arbeiter, der Weltarbeiterschaft überhaupt, ihre, der Weltbourgeoisie, Geschäfte, so gut holt er ihnen auf Kosten der Arbeiter die Kastanien aus dem Feuer, so sehr steigert er die wirtschaftliche Abhängigkeit Russlands vom Weltkapital.

Aber beweist nicht der Heldenkampf der Roten Armee, der russischen Arbeiter und Bauern, beweisen nicht die Riesenleistungen Sowjetrußlands im Kriege, dass die Arbeiter und Bauern der Stalinbürokratie vertrauen, ihrer Führung bewusst, vertrauensvoll, willig folgen, dass in Rußland in der Tat Sozialismus bestehe?

Nur durch brutalste Gewalt vermochte der deutsche Imperialismus sich die Arbeiter zu unterwerfen, einzuordnen (eben dazu hat er seinen National-„sozialismus“ ins Leben gerufen). Die ungeheure Mehrheit der deutschen Arbeiter war und ist vollkommen gegen die deutschen Imperialisten und deren Raubpläne, Raubkriege. Trotzdem war sogar der deutsche Imperialismus in der Lage, ungeheure militärische Erfolge mit seinen Zwangsarmeen zu erringen – die politische Voraussetzung dazu lieferte ihm die Politik der StP, LP, AFL, CIO, UMW, SP usw., mit Churchill und Roosevelt hinter sich: Indem sie den deutschen Arbeitern nur die Wahl offen ließ, zwischen der Sklaverei unter dem deutschen oder unter dem amerikanisch-englischen Imperialismus oder unter der Stalinbürokratie samt ihrer GPU, indem sie ihnen die revolutionäre Perspektive, den revolutionären Ausweg verschloss, hielt sie die Massen der deutschen Arbeiter in jenem Zustand der Apathie, die dem deutschen Imperialismus durchaus genügte, um die Massen des deutschen Volkes mittels der Gestapo niederzuhalten und [35] hinter sich zu zwingen. Die deutschen Imperialisten sind ausgezogen, um Sowjetrußland zu vernichten, große Teile an sich zu reißen, sich einzuverleiben, die russischen Arbeiter und Bauern im buchstäblichen Sinn zu versklaven, das Kollektiveigentum zu beseitigen. Das wussten und wissen die proletarischen bäuerlichen Massen Russlands, sie haben es erlebt, eben darum kämpften und kämpfen sie gegen die deutschen Imperialisten mit der äußersten Erbitterung, Hingabe, (ganz anders als beim Stalinschen Raubangriff gegen Finnland 1939) – trotz Stalinbürokratie. Die russischen Arbeiter verteidigen den letzten Rest der Oktoberrevolution, den die Stalinsche Reaktion noch übrig gelassen, das Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln, gegen die Bourgeoisie; die russischen Bauern verteidigen den Grund und Boden, den die deutschen Kapitalisten an sich reißen wollen. Mit Recht unterordnen die russischen Arbeiter und armen Bauern ihren Kampf gegen die usurpatorische, verräterische, parasitische Stalinbürokratie dem Kampf gegen den ihnen jetzt unmittelbar gefährlichsten Feind, den deutschen Imperialismus, der Abwehr des faschistischen Raub- und Versklavungsangriff der vom deutschen Monopolkapital geführten Bourgeoisie Deutschlands; mit Recht kämpfen sie in tatsächlicher Einheitsfront mit der Stalinbürokratie, indem sie ihren Kampf gegen diese angesichts der unmittelbaren Riesengefahr auf vorbereitende Formen beschränken. So – nicht wegen des Stalinschen „Sozialismus“, sondern trotz des Stalinschen Antisozialismus; nicht wegen ihrer Liebe zu ihr, sondern trotz ihres Hasses gegen die Stalinbürokratie! – durch die von den Millionenmassen der russischen Arbeiter und armen Bauern mit richtigem proletarischem Instinkt betretene Einheitsfronttaktik vermochte, vermag sich die Riesenmacht der russischen Massen zur Abwehr der faschistischen Räuber und Sklavenjäger – trotz der antiproletarischen, antirevolutionären, antikommunistischen Stalinpolitik! – zur vollen, äußersten Höhe immer wirksamer zu entfalten. Nur diese Notlage erklärt das Rätsel des „Zusammenhalts“ der Arbeiter und Bauern mit der Stalinbürokratie. Diese ihrerseits hat alle Ursache, sich gegen die deutschen Imperialisten zu wehren: Sie verteidigt die Macht- und Pfründenpositionen, die sie auf dem Rücken der Arbeiter an sich gerissen. Die noch getarnten neuen bürgerlichen Elemente schließlich wollen das Kollektiveigentum in Sowjetrußland an sich reißen, um es in Privateigentum zu verwandeln, nicht aber um es in die Hände ihrer deutschen Konkurrenten fallen zu lassen. Die

Gefahr abgewehrt, werden die russischen Arbeiter und armen Bauern ihr Verhalten zur Stalinbürokratie früher oder später zu ändern beginnen, sobald diese zu rein russischchauvinistischem Raubkrieg übergeht.

Kein Sozialismus herrscht im Stalinschen Sowjetrußland – aber auch kein Kapitalismus, kein Monopolkapitalismus, kein Imperialismus und auch kein Hitlerscher National„sozialismus“, diese zeitweilige Maske der offenen, von der Monopolbourgeoisie geführten Diktatur der deutschen Kapitalistenklasse. Wohl aber herrscht dort ein Übergangsregime zwischen Sozialismus und Kapitalismus, wobei Sowjetrußland durch die Auswirkungen der Stalinpolitik überwiegend einem neuen russischen Kapitalismus zugetrieben wird. Es herrscht in Stalinrußland kein National„sozialismus“ Marke Hitler, wohl aber ein Stalinscher Sozialnationalismus. Der erste bewegt sich auf der Grundlage des schon voll entwickelten deutschen Monopolkapitalismus, dem der Spielraum für seine Raubwirtschaft zu eng geworden, auf der Basis einer schon vorhandenen, voll entwickelten Monopolbourgeoisie – der zweite bewegt sich auf der Grundlage einer Wirtschaft, in der durch den Stalinkurs die sozialistischen Tendenzen, Elemente ständig geschwächt, die neuen bürgerlichen Tendenzen, Elemente ständig gestärkt werden, sodass Sowjetrußland überwiegend einem neuen Kapitalismus, und zwar einem entwickelten Monopolkapitalismus zugetrieben wird, auf der Basis einer noch nicht vorhandenen, sondern erst in Herausbildung begriffenen russischen Monopolbourgeoisie. Dort ist es ein bereits fertiger, entwickelter Monopolkapitalismus, hier ist es erst ein werdender Monopolkapitalismus, dessen endgültige jedoch keineswegs schon sichergestellt ist: denn noch hat die russische Arbeiterklasse ihr letztes [36] Wort nicht gesprochen; erst wenn die neuen bürgerlichen Elemente die russische Arbeiterschaft im offenen blutigen Massenkampf zu besiegen vermögen, würden sie ihr neues bürgerliches, ihr entwickelt monopolkapitalistisches System in Rußland tatsächlich aufrichten können. Der deutsche National„sozialismus“ ist bewusste Maske, bewusster Schwindel einer monopolkapitalistischen Diktatur – der „sozialistische“ Nationalismus in Rußland ist Maske, Schwindel einer bürokratischen Diktatur, nicht einer schon vorhandenen Monopolbourgeoisie, sondern lediglich der usurpatorischen, schmarotzerischen Stalinbürokratie, die ihrer Absicht nach keineswegs einen neuen Kapitalismus in Rußland bezweckt, sich in ihrer parasitischen Art vielmehr um die Verwirklichung des Sozialismus bemüht, aber durch die Auswirkungen ihrer selbstsüchtigen, rein national orientierten und darum zwangsläufig antiproletarischen, antirevolutionären, antisozialistischen, antikommunistischen Gesamtpolitik – entgegen ihrem Willen – Sowjetrußland tatsächlich einem neuen Kapitalismus monopolistischer Art zutreibt.

Ergänzendes zum Klassencharakter des Stalinschen Sowjetstaates

Das Stalinsche Rußland ist kein sozialistischer Staat, aber es ist auch kein kapitalistischer Staat; sondern es ist ein proletarischer Staat, aber ein entarteter und immer mehr entartender proletarischer Staat, der durch die zwangsläufigen Auswirkungen der Stalinschen Politik immer mehr der kapitalistischen Gegenrevolution in die Arme getrieben wird.

„Der Charakter eines sozialen Regimes wird vor allem durch die Eigentumsverhältnisse bestimmt. Nationalisierung des Bodens, der Mittel industrieller Produktion und des Tausches bei staatlichem Außenhandelsmonopol bilden die Grundlage des gesellschaftlichen Regimes der USSR. Die durch die Oktoberrevolution enteigneten Klassen, wie die sich neu bildenden Elemente der Bourgeoisie und des bürgerlichen Teiles der Bürokratie könnten das Privateigentum an Grund und Boden, Banken, Fabriken, Werkstätten, Eisenbahnen usw. nicht anders herstellen, als auf dem Wege konterrevolutionärer Umwälzung. Mit diesen Eigentumsverhältnissen, die die Grundlage der Klassenbeziehungen bilden, ist für uns der Charakter der Sowjetunion als der eines proletarischen Staates bestimmt“ ... „Eines ist sicher: würde die Bourgeoisie wagen, die Machtfrage offen zu stellen, die letzte Antwort wäre durch gegenseitiges Prüfen der Klassenkräfte in tödlichem Zusammenstoß gegeben“ (Trotzki: Probleme der Entwicklung der USSR, 1931, S.3, 20).

„Wird die Diktatur des Proletariats nicht zu einer europäischen oder Weltdiktatur, so wird sie ihrem eigenen Untergang entgegengehen. In der großen geschichtlichen Perspektive ist all dies ganz unstrittig. Doch dreht sich alles um die konkreten geschichtlichen Fristen. Kann man sagen, dass die Politik der Stalinbürokratie schon zur Liquidierung des Arbeiterstaates geführt hat? Das ist die eigentliche Frage“ ... „Ist er (der kranke Sowjetstaat) heilbar? Bedeuten weitere Heilungsversuche nicht fruchtloses Vergeuden der kostbaren Zeit? Die Frage ist schlecht gestellt. Unter Heilung verstehen wir nicht irgendwelche künstliche Maßnahmen, sondern – stets von der internationalen revolutionären Bewegung ausgehend – das Weiterkämpfen unter dem Banner des Marxismus. Unerbittliche Kritik an der Stalinbürokratie, Erziehung von Kadern der neuen internationale, Wiedererweckung der Kampfkraft der Vorhut des Weltproletariats – das ist das Wesen der „Heilung“. Sie fällt zusammen mit der Grundrichtung des geschichtlichen Fortschritts“ (Trotzki: Die IV. Internationale und die USSR, die Klassennatur des Sowjetstaates, 2.A., 1.10.1931, S.4, 6).

[37] „Der Sowjetstaat bleibt trotz der ungeheuerlichen bürokratischen Entartung immer noch geschichtliches Werkzeug der Arbeiterklasse, insofern er die Entwicklung der Wirtschaft und Kultur auf der Grundlage der nationalisierten Produktion sichert und allein dadurch die Voraussetzungen für die wirkliche Emanzipation der Werktätigen durch Liquidierung der Bürokratie und der sozialen Ungleichheit vorbereitet“ (Trotzki: Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus, 1.2.1935, S.7).

„In der Industrie herrscht uneingeschränkt das Staatseigentum an den Produktionsmitteln. In der Landwirtschaft herrscht es nur in den Sowchosen, die nicht mehr als 10% der Anbaufläche umfassen. In den Kolchosen paart sich das genossenschaftliche oder Gruppeneigentum in verschiedenen Proportionen mit staatlichem und privatem. Der Grund und Boden, der juridisch dem Staat gehört, ist den Kolchosen in „ewige“ Nutzung übergeben, was sich wenig vom

Gruppeneigentum unterscheidet. Die Traktoren und Maschinen sind Staatseigentum, das kleinere Inventar gehört den Kolchosen. Jeder Kolchosenbauer betreibt außerdem seine individuelle Wirtschaft. Schließlich sind über 10% der Bauern Einzelbauern“ ... „Die Geschichte hat die Frage des Charakters der USSR noch nicht (endgültig) entschieden. Sie (eine siegreiche revolutionäre Partei) könnte und müsste den Sowjetparteien die Freiheit wiedergeben. Gemeinsam mit den Massen und an ihrer Spitze würde sie schonungslos den Staatsapparat säubern. Sie würde Titel und Orden, überhaupt alle Privilegien abschaffen und die Ungleichheit in der Entlohnung auf das Maß des für Wirtschaft und Staatsapparat Lebensnotwendigen beschränken. Sie würde der Jugend Gelegenheit geben, selbständig zu denken, zu lernen, zu kritisieren und sich zu formen. Sie würde entsprechend den Interessen und dem Willen der Arbeiter- und Bauernmassen tiefgehende Änderungen in der Verteilung des Volkseigentums vornehmen. Doch was die Eigentumsverhältnisse anbelangt, so würde die neue Macht keine revolutionären Maßnahmen ergreifen. Sie würde das Planwirtschaftsexperiment fortsetzen und weiter entwickeln“ ... „Die USSR ist eine zwischen Kapitalismus und Sozialismus stehende, widerspruchsvolle Gesellschaft, in der a) die Produktivkräfte noch längst nicht ausreichen, um dem staatlichen Eigentum sozialistischen Charakter zu verleihen, b) das aus Not geborene Streben nach ursprünglicher Akkumulation allenthalben durch die Poren der Planwirtschaft dringt, c) die bürgerlich bleibenden Verteilungsnormen einer neuen Differenzierung der Gesellschaft zugrunde liegen, d) der Wirtschaftsaufschwung die Lage der Werktätigen langsam bessert und die rasche Herausschälung einer privilegierten Schicht fördert (also die soziale Lage der Werktätigen im Vergleich zur sozialen Lage der privilegierten Schicht fortwährend senkt; d. Verf.), e) die Bürokratie unter Ausnutzung der sozialen Gegensätze zu einer unkontrollierten und dem Sozialismus fremden Kaste wird, f) die von der herrschenden Partei verratene soziale Umwälzung in den Eigentumsverhältnissen und dem Bewusstsein der Werktätigen noch fortlebt, g) die Weiterentwicklung der angehäuften Gegensätze sowohl zum Sozialismus hin als auch zum Kapitalismus zurückführen kann, h) auf dem Wege zum Kapitalismus eine Konterrevolution den Widerstand der Arbeiter brechen müsste, i) auf dem Wege zum Sozialismus die Arbeiter die Bürokratie stürzen müssten.

„Letzten Endes wird die Frage sowohl auf nationaler wie internationaler Arena durch den Kampf der lebendigen sozialen Kräfte entschieden“ (wobei die Stalinbürokratie – in tatsächlichem Zusammenwirken mit LP, SP, AFL, CIO, UMW usw. – durch die zwangsläufigen Auswirkungen ihrer gesamten Politik die Positionen der Arbeiterschaft, international und national, fortgesetzt schwächt, sodass die Arbeiterschaft nur in konsequentem Kampf gegen sie stärker wird, sich zum revolutionären Sieg, zur revolutionären Rettung des entarteten proletarischen Staates, durchkämpfen muss, durchkämpft; d. Verf.) (Trotzki: Verratene Revolution, September 1936, S.228, 245/246, 248).

II. Das Gefüge des proletarischdemokratischen Staates

Die Hauptrolle, die das Proletariat zu erfüllen hat, das ist nach dem Worte Lenins seine organisatorische Rolle (Die Kinderkrankheiten, 1920, S.25). Das gilt auf allen Gebieten, gilt insbesondere auf dem Gebiete der Wirtschaft und Kultur, in erster Linie aber gilt es staatsorganisatorisch. Die Organisation des proletarischen Staates muss so beschaffen sein, dass darin tatsächlich die Arbeiterklasse – im Bunde mit den armen Bauern und Kleinbürgern – herrscht, dass darin die Selbsttätigkeit, die Persönlichkeit der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger sich tatsächlich entfaltet. Eine solche Staatsorganisation ist einzig und allein der Staat der proletarischen Demokratie. „Die proletarische Diktatur kommt ... in der Herrschaft des Kollektivwillens der Werktätigen über den ganzen Sowjetmechanismus zum Ausdruck“ (Trotzki: Terrorismus und Kommunismus, 1920, S.134). Nur die proletarischdemokratische Diktatur verwirklicht die tatsächliche Herrschaft des kollektiven Willens der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger, nur sie allein ist die staatspolitische Organisationsform, in der die Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger sich tatsächlich selbsttätig bewegen und ihre Persönlichkeit tatsächlich entwickeln.

Keine noch so gute (bürgerliche) Demokratie vermag ihnen das zu bieten oder dazu auch nur den Weg zu öffnen. Demokratie, dieses griechische Wort, bedeutet Volksherrschaft. Doch selbst in der allerbesten bürgerlichen Demokratie herrschen nie und nimmer tatsächlich die Volksmassen, sondern herrscht in Wahrheit die Kapitalistenklasse, diese kleine Minderheit des Volkes: Denn nach wie vor ist sie selbst in der allerbesten bürgerlichen Demokratie Eigentümerin, Herrin der entscheidenden Produktionsmittel, und nach wie vor ist der Staatsapparat selbst in der allerbesten bürgerlichen Demokratie klassenmäßig kapitalistisch zusammengesetzt. In der kapitalistischen Demokratie haben die Volksmassen das gleiche Recht mit den Kapitalisten nur auf dem Papier, denn in Wirklichkeit verfügen die Kapitalisten neben diesem formal gleichen Recht tatsächlich über die entscheidenden Lebensquellen der Volksmassen, eben die entscheidenden Produktionsmittel und außerdem verfügen sie tatsächlich über die nach den kapitalistischen Bedürfnissen, Interessen streng klassenmäßig aufgebaute bürgerliche Staatsmaschine. Selbst die allerbeste bürgerliche Demokratie ist in Wahrheit Demokratie nur für die bürgerliche Minderheit auf Kosten, ja gegen die Volksmassen, also auf Kosten, ja gegen die überwältigende Mehrheit.

“Diese (die bürgerliche) Demokratie ist jedoch stets in den engen Rahmen der kapitalistischen Ausbeutung gepresst und bleibt daher im Grunde genommen stets eine Demokratie für die Minderheit, nur für die besitzenden Klassen, nur für die Reichen. ... Die modernen Lohnsklaven bleiben vermöge der Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung so von Not und Elend bedrückt, dass sie andere Sorgen haben als „Demokratie“ und „Politik“, sodass bei dem gewöhnlichen friedlichen Gang der Ereignisse die Mehrheit der Bevölkerung von der Teilnahme am öffentlichen und

politischen Leben ausgeschlossen bleibt. ... Demokratie für eine verschwindende Minderheit, Demokratie für die Reichen – das ist der Demokratismus der kapitalistischen Gesellschaft. Betrachtet man den Mechanismus der kapitalistischen Demokratie genauer, so erblickt man überall in den „geringfügigen“, angeblich „geringfügigen“ Einzelheiten des Wahlrechts (Ansässigkeitszensus, Ausschließung der Frauen usw.) wie in der Technik der Vertretungskörperschaften, in den tatsächlichen Behinderungen des Versammlungsrechtes (die öffentlichen Gebäude sind nicht für die [39] „Bettler“ da), wie in der rein kapitalistischen Organisation der Tagespresse usw. usw. – überall, wo man hinblickt, Beschränkungen auf Beschränkungen der Demokratie. Diese Beschränkungen, Ausnahmen, Behinderungen der Armen erscheinen gering ... – aber zusammengenommen bewirken diese Beschränkungen die Ausschließung, die Verdrängung der Habenichtse von der Politik, von der aktiven Beteiligung an der Demokratie ...

„Die Diktatur des Proletariats aber, das heißt die Organisation der Vorhut der Unterdrückten (das ist des Proletariats; d. Verf.) zur herrschenden Klasse zwecks Niederhaltung der Ausbeuter, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie bringen“ ... „Demokratie für die riesige Mehrheit des Volkes und gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter, Unterdrücker des Volkes, das heißt ihre Ausschließung von der Demokratie – das ist die Modifizierung der Demokratie beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus“ (Lenin: Staat und Revolution, 2.A., 1918, S.56/57). „Zur Durchführung einer grandiosen sozialen Revolution bedarf das Proletariat der höchsten Anspannung seiner Fähigkeiten: Es organisiert sich demokratisch, gerade um seine Feinde zu bezwingen ... Das Schwert der Diktatur ist gegen den Klassenfeind gerichtet, Grundlage der Diktatur bildet die proletarische Demokratie“ (Trotzki: Wo hin geht Frankreich?, 1936, S.68).

Diese, die proletarische Demokratie, drückt sich organisatorisch vor allem aus im Arbeiter- und Kleinbauernrat. Mit Recht nennt sich der proletarischdemokratische Staat auch Arbeiter- und Kleinbauernstaat, Arbeiter- und Kleinbauernrepublik; mit Recht nennt sich dessen Regierung auch Arbeiter- und Kleinbauernregierung.

1. Der Arbeiter- und Kleinbauernrat

Die proletarischdemokratische Staatsorganisation äußert sich in erster Linie im Bestehen, Wirken, Herrschen des Arbeiter- und Kleinbauernrates. Aktiv und passiv wahlberechtigt sind alle nicht ausbeutenden Werktätigen, also die Arbeiter (Angestellten, Beamten), Kleinbauern, Kleinbürger und die nichtausbeutende Schicht der Mittelbauern, alle beiderlei Geschlechtes; dagegen sind alle ausbeuterischen Elemente, das heißt solche, welche Lohnarbeiter zum Zwecke des Gewinns beschäftigen, vom aktiven und passiven Wahlrecht in den Arbeiter- und Kleinbauernrat ausgeschlossen; gerade darin besteht dem Wesen nach die Beseitigung des bürgerlichen Parlamentes.

Nach der Leninschen Sowjetverfassung besaß das russische Proletariat als Ausdruck seiner Führung und Rolle besonders politische Vorrechte. Es war im aktiven Wahlrecht zum Sowjetkongress bevorzugt, derart, dass eine bestimmte Anzahl von Arbeitern mehr Delegierte wählte als die gleiche Anzahl von Bauern. „Diese in der Verfassung verankerten Vorrechte bringen nur zum Ausdruck, was in Wirklichkeit bestand, als das in den Städten vereinigte Proletariat der nicht zusammengefassten Dorfmasse voranging. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es, die Arbeiter vor allem über den vorübergehenden Charakter dieser Vorrechte aufzuklären. In dem Maße, wie die rückständigen bäuerlichen Massen aufgeklärt werden, je mehr sie aus der Erfahrung die Richtigkeit und die Vorteile der Arbeiterführung erkannt haben, je mehr sie einsehen werden, dass sie nicht denselben Weg zu gehen haben wie die Bourgeoisie, sondern dass sie sich im eigensten Interesse einzig und allein der Führung des Proletariats anvertrauen müssen, desto mehr wird die Ungleichheit verschwinden ... Diese Vorrechte werden der Arbeiterschaft nicht dazu gewährt, damit [40] sie sich einschließe und vom Dorf fernhalte, sondern dazu, um sie auszunützen und durch das größere Gewicht in den Sowjets und der gesamten Staatsverwaltung die Arbeiterschaft dem Dorfe näher zu bringen“ (Bucharin: Das ABC des Kommunismus, 1919, S.181).

„Die (Stalinschen) Erlässe von 1925, durch die unzählige ausbeutende Elemente das Wahlrecht bekamen, waren nur ein klarer Ausdruck der Tatsache, dass der bürokratische Apparat bis zu seiner Spitze hinauf dem beharrlichen Druck der wohlhabenden, Kapital ansammelnden Elemente der Allgemeinheit zu erliegen beginnt“ (Trotzki: Die wirkliche Lage in Russland, 1927, S.83).

Die Stalinsche Verfassung vom Dezember 1936 führte das „allgemeine, gleiche direkte Wahlrecht“ nach dem Muster der kapitalistischen Demokratie ein, das heißt, sie beseitigte die Wahl der Delegierten aus den Fabriken heraus, sie schaffte das Wahlrechtsprivileg der Arbeiter ab und öffnete dafür den unter Lenin vom Wahlrecht ausgeschlossenen ausbeuterischen Elementen das Tor zum Sowjet. Aber nur die von der Stalinbürokratie bestimmten Kandidaten dürfen überhaupt gewählt werden: Unter dem Titel, „die Gleichberechtigung von Arbeitern und Bauern herzustellen“, wurden in Wirklichkeit beide rechtlos gemacht vor der Stalinbürokratie. Faktisch war und ist der Stalinsche „Sowjet“ eine Drahtpuppe in der Hand der Stalinbürokratie und zugleich eine „demokratische“ Maske ihrer Diktatur über und gegen die Massen. Unter Lenin wählte der Arbeiterrat völlig frei die Sowjetregierung. Diese und der gesamte Sowjetapparat unterlag der Kritik, der Prüfung und Kontrolle, den Beschlüssen des Arbeiterrates, der die Sowjetregierung absetzen und eine neue einsetzen konnte, wann er für gut hielt. Wie hoch immer ein Beamter im Sowjetapparat, gegen den Willen des Arbeiterrates konnte er sein Amt nicht weiter ausüben; dieser war in der Lage, ihm nicht passende Beamte jederzeit von ihrem Amte zu entfernen. All das wurde durch die Stalinsche Verfassung beseitigt, der Arbeiterrat, die Sowjetdemokratie wurde so auch von Rechts wegen abgeschafft. „Die politische Entrechtung der Arbeiter durch die Stalinbürokratie war nun verfassungsmäßig niedergelegt.

Im Leninschen Sowjet, das heißt in der Sowjetdemokratie, führt die proletarische Revolutionspartei den Sowjet, aber sie herrscht nicht, sie kommandiert nicht, sondern sie muss immer wieder um das Vertrauen der von den Arbeitern, armen Bauern und Kleinbürgern frei gewählten und jederzeit von ihnen absetzbaren, auswechselbaren Delegierten werben, sie muss vom Vertrauen der Mehrheit der Arbeiter- und Kleinbauernräte getragen sein, die durch ihre freien Beschlüsse auf Grund freier Aussprache, freier Kritik dieses Vertrauen bekunden oder versagen. Der Stalinsche „Sowjet“ hat nur die bürokratische Diktatur zu verschleiern, er hat nichts zu tun, als den Schein zu liefern, als ob die Massen im Stalinstaat ein Recht, irgendeinen Einfluss hätten. In Wirklichkeit haben nicht nur die Massen, sondern auch der Stalinsche „Sowjet“ selbst gar keinen Einfluss: Er darf nur das beschließen, was die Stalinbürokratie kommandiert, er darf keine Kritik üben an der Stalinschen Linie, an der Stalinbürokratie, an der Stalinregierung, geschweige denn an der geheiligten Person seiner Majestät des Usurpators und Oberparasiten Stalin, dieses Serienfabrikanten proletarischer Katastrophen.

„Die Bürokratie hat die Sowjets als Klassenorgane durch die Fiktion des Wahlrechts im Hitler-Göbbelsschen Stil ersetzt. Es gilt, den Sowjets nicht nur ihre freie demokratische Form wiederzugeben, sondern auch ihren Klasseninhalt. Wie früher die Bourgeoisie und die Kulaken nicht in die Sowjets aufgenommen wurden, so müssen heute aus den Sowjets die Bürokratie und die neue Aristokratie vertrieben werden. In den Sowjets ist nur für Vertreter der Arbeiter, der einfachen Kolchosenmitglieder, Bauern und Rotarmisten Raum“, das ist die durch und durch richtige Losung [41] der IV. Internationale (Übergangsprogramm der IV. Internationale, 1938).

„Ursprünglich hoffte und wünschte die Partei, im Rahmen der Sowjets die Freiheit des politischen Kampfes beizubehalten. Der Bürgerkrieg nahm an diesen Absichten eine harte Korrektur vor. Die Oppositionsparteien wurden eine nach der andern verboten, in dieser Maßnahme, die deutlich dem Geiste der Sowjetdemokratie widersprach, sahen die Führer des Bolschewismus nicht ein Prinzip, sondern einen episodischen Akt der Selbstverteidigung“ ... „Das Verbot der Oppositionsparteien war eine vorübergehende Maßnahme, diktiert durch Bürgerkrieg, Blockade, Intervention und Hunger“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.96,258). „Sie (eine siegreiche revolutionäre Partei) könnte und müsste den Sowjetparteien die Freiheit wiedergeben“ ... „Es handelt sich nicht darum, eine herrschende Clique durch eine andere zu ersetzen, sondern darum, die Methoden zu ändern, nach denen Wirtschaft und Kultur geleitet werden. Das bürokratische Selbstherrschertum muss der Sowjetdemokratie Platz machen. Wiederherstellung des Rechtes auf Kritik und einer wirklichen Wahlfreiheit ist notwendige Vorbedingung für die Weiterentwicklung des Landes. Das setzt voraus, dass den Sowjetparteien, angefangen mit der Partei der Bolschewiki, die Freiheit wiedergegeben wird und die Gewerkschaften wieder auferstehen“ (Trotzki: ebenda, S.245,280). „Die Demokratisierung der Sowjets ist undenkbar ohne Legalisierung von Sowjetparteien. Die Arbeiter und Bauern werden durch freie Stimmenabgabe selber zeigen, welche Parteien Sowjetparteien sind“ (Übergangsprogramm der IV. Internationale, 1938).

Bei der Zulassung der kleinbürgerlichen „Arbeiter“parteien zum Arbeiter- und Kleinbauernrat, zur Sowjetdemokratie überhaupt, muss man sich folgendes vor Augen halten: Im russischen Bürgerkrieg haben die Sozialrevolutionäre und Menschewiki – mit wenigen Ausnahmen – die weißgardistischen Generäle, die Gegenrevolution der russischen Kapitalisten, Grundbesitzer und der internationalen kapitalistischen Räuber unterstützt; eben darum war die Ausschaltung aus dem Sowjet während des Bürgerkriegs vom Klassenstandpunkt der Arbeiter, vom proletarischrevolutionären Standpunkt durchaus gerechtfertigt.

Wie ist es heute? In Stalins „Sowjetdemokratie“ werden die proletarischen Revolutionäre blutig niedergehalten, gemeuchelt, gemordet. In den demokratschkapitalistischen Ländern liefern LP, StP, SP, die Green, Murray, Lewis und Co. die Arbeiter als Kanonenfutter für den imperialistischen Raubkrieg und helfen den imperialistischen Banditen zugleich, jede proletarischrevolutionäre Kritik, Propaganda, Organisation, jede politische Tätigkeit der proletarischen Revolutionäre überhaupt drakonisch zu unterbinden. Und für die besiegten faschistiskapitalistischen Länder erstreben sie im besten Fall ein (bürgerlich) „demokratisches“ Herrschafts- und Ausbeutungssystem, das jede proletarischrevolutionäre Kritik, Propaganda, Organisation, jede Arbeit für die proletarische Revolution überhaupt mit bürgerlich „demokratischer“ Gewalt und List verhindern soll.

Die entartete, verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie, die sich der kleinbürgerlichen „Arbeiter“parteien und ähnlicher Organisationen (AFL, CIO usw.) bedienen, um für die eigenen selbstsüchtigen kleinbürgerlichen Interessen möglichst breite Arbeitermassen politisch ausschmarotzen, haben daher kein Recht, zu beanspruchen, im Arbeiter- und Kleinbauernrat vertreten zu sein. Wenn die siegreiche proletarische Demokratie diese kleinbürgerlichen Schmarotzparteien, Schmarotzorganisationen dennoch legalisiert, ihnen die legale politische Betätigung im proletarischdemokratischen Staat, also auch die Teilnahme am Arbeiter- und Kleinbauernrat zugestehen wird, so nicht um der demokratisierten, eigennützigen, verspießerten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie, sondern einzig und allein um jener [42] Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger willen, die selbst nach dem revolutionären Sieg der Arbeiterklasse noch immer von Illusionen erfüllt, an sie glauben. Diese zurückgebliebenen Massenteile sollen trotz ihres Irrtums die Möglichkeit haben, gemäß ihrer noch kleinbürgerlichen Überzeugung, Einstellung im Arbeiter- und Kleinbauernrat, an der Sowjetdemokratie überhaupt mit vollen politischen Rechten teilzunehmen (Recht der freien politischen Kritik, Propaganda, Organisation, Presse, der politischen Tätigkeit überhaupt), damit sie umso leichter, umso eher ihre kleinbürgerlichen Illusionen durch eigene Erfahrung überwinden. Denn unvermeidlich müssen sich die verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokraten, Arbeiteraristokraten als objektiv antiproletarische, antisozialistische

Elemente erweisen, jedenfalls ihrer Mehrzahl nach. Das muss in Kauf genommen werden – eben um der Klärung jener Arbeitermassen willen. Doch muss hier eine Grenze gezogen werden.

Kleinbürgerliche „Arbeiter“parteien und dergleichen Organisationen sollen im proletarischdemokratischen Staat die volle Freiheit haben, mit reformistischen Mitteln und Methoden im Rahmen der proletarischdemokratischen Sowjetverfassung politisch zu wirken (so wie sie sich auch in den kapitalistischdemokratischen Staaten von Rechts wegen und vor allem tatsächlich auf reformistische Mittel und Methoden beschränken), keinesfalls jedoch darf ihnen das Recht zugestanden werden, mit der innern und äußern kapitalistischen Gegenrevolution zusammenzuarbeiten gegen den proletarischdemokratischen Staat, gegen dessen Grundlagen, keinesfalls darf ihnen das Recht eingeräumt werden zu konterrevolutionären Mitteln und Methoden. Sie können und sollen sein kleinbürgerliche Reformparteien auf Grundlage des proletarischdemokratischen Staates, nichts mehr. Als solche können sie durch ihre kleinbürgerliche Kritik – gegen ihren Willen – der Revolutionspartei der Arbeiterklasse den Kampf gegen die Verbürokratisierung des Sowjetapparats bis zu einem gewissen Grad erleichtern. Dass sie bei all dem alles tun werden, um die kleinbürgerlichen Illusionen in den kleinbäuerlichen, kleinbürgerlichen und selbst proletarischen Massen aufrecht zu erhalten, möglichst zu verstärken, liegt auf der Hand; diese Erschwerung des Kampfes der proletarischen Revolutionspartei muss mit in Kauf genommen werden.

Revolutionärer Bürgerkrieg, revolutionärer Krieg führen unvermeidlicher Weise zu gewissen Beschränkungen der proletarischen Demokratie. Allein nur im Wege des frei gefassten Beschlusses des Arbeiter- und Kleinbauernrates selbst und so, dass dessen Grundrecht die Richtung der gesamten Politik des proletarischdemokratischen Staates zu beschließen, zu bestimmen, die Sowjetregierung, den Sowjetapparat zu kontrollieren unter allen Umständen gewahrt bleibt.

Der proletarischdemokratische Staat ist – insbesondere wirtschaftlich – eine straff zentralistisch organisierte Republik (mit föderativer Organisation als Übergang dazu, wenn es sich um die gemeinsame staatliche Organisation, von verschiedenen Nationen, Nationsteilen handelt, um das nationale Misstrauen restlos zu überwinden; doch auch da jedenfalls bei straff zentralisierter wirtschaftlicher Organisation im gesamtstaatlichen Maßstab). Damit Hand in Hand geht eine weitgehende lokale Selbstverwaltung im Maßstab der Gemeinde, des Bezirkes (oder Kreises), der Provinz, die auch dem Bedürfnis nach nationalkultureller Autonomie Rechnung trägt. Eine solche Selbstverwaltung verstärkt die Sicherungen gegen das Entarten, Verkleinbürgerlichen der beamteten Funktionäre des Sowjetstaates. „Wie die Selbstverwaltung einzurichten ist und wie man ohne Bürokratie fertig werden kann, das bewies uns Amerika und die erste Französische Republik, und heute noch Australien, Kanada und die andern englischen Kolonien. Und eine solche provinzielle und gemeindliche Selbstverwaltung ist weit freier als zum Beispiel der Schweizer Föderalismus, wo ein Kanton zwar unabhängig ist gegenüber dem Bund, aber auch gegenüber [43] dem Bezirk und der Gemeinde“ (Engels: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs, 1891; Elementarbücher des Kommunismus, Bd. ÜI, S.66/67). Die Sowjets sind von unten nach oben aufgebaut, so dass zum Beispiel der Bezirkssowjet aus den Delegierten der örtlichen Sowjets der im Bezirk gelegenen Orte zusammengesetzt, also von den Ortschaftssowjets durchaus abhängig ist, und so fort bis hinauf zum Reichssowjet.

In ihrer Grundrichtung führt die proletarische Demokratie – durch planvolles Organisieren der Wirtschaft und Vermehren der Produktivkräfte, durch Steigern der Lebenshaltung und der Kulturstufe zunächst vor allem der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger, durch planmäßig fortgesetztes Verkürzen der Arbeitszeit – dazu, dass die öffentlichen Funktionen immer mehr durch die Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger selbst, schließlich durch alle Staatsbürger abwechselnd besorgt werden; sie verwandelt sich so in die sozialistische Demokratie. Indem sie auf diesem Wege im weitem Verlauf die Klassen restlos überwindet, macht sie sich als Machtorganisation, als Staat, schließlich überflüssig und verwandelt sich in ein planvoll aufgebautes kommunistisches Gemeinwesen, das ist eine umfassende Verwaltungsorganisation, Genossenschaftsorganisation, die alle Menschen zusammen, einander in den Funktionen abwechselnd, im gemeinsamen Interesse verwalten nach dem Grundsatz: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.

2. Der beamtete Apparat des proletarischdemokratischen Staates

Erst bis die Arbeitszeit der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger wesentlich verkürzt, ihr Lebens- und Kulturstandard wesentlich gehoben sein wird, werden sie tatsächlich imstande sein, alle öffentlichen Funktionen – die staatlichen und die staatswirtschaftlichen – abwechselnd selbst auszuüben. Vom ersten Augenblick an muss der proletarischdemokratische Staat bewusst, planmäßig in diese Richtung zu arbeiten beginnen; doch während dieser langen Übergangsphase kann er ohne einen Apparat beamteter Personen, die die öffentlichen Funktionen beruflich besorgen, kann er ohne einen berufsmäßigen beamteten Staatsapparat nicht auskommen.

Der proletarischdemokratische Staatsapparat muss klassenmäßig proletarisch organisiert sein. Alle seine Schlüssel- und Knotenpunkte müssen mit klassenbewussten Arbeitern, Angestellten besetzt sein, denn er muss fähig sein: a) zum dauernden Niederhalten aller ausbeuterischen Elemente; b) zum Zwang gegen die Mittelmassen, damit sie im Verfolgen ihrer kleinbürgerlichen Interessen nicht so weit gehen, dass dadurch die Existenz und Entwicklung des proletarischdemokratischen Staates in Frage gestellt würde; c) zum Zwang gegen rückständige Teile des Proletariats aus der alten Gesellschaft, die infolge ihrer Zurückgebliebenheit ihre Sonderinteressen über die grundlegenden gemeinsamen

Interessen der gesamten Arbeiterklasse stellen und dadurch den Staat der proletarischen Demokratie ernstlich gefährden,

Bei der Auslese für den proletarischdemokratischen Staatsapparat muss in erster Linie die klassenmäßige Verlässlichkeit berücksichtigt werden, auf dieser Basis [44] die Fähigkeit, Tüchtigkeit, die auf dieser Grundlage durch Übung, Erziehung systematisch gesteigert werden muss. Ein der Arbeiterklasse zuverlässiger und zur Erfüllung seiner Funktionen zugleich tauglicher proletarischdemokratischer Staatsapparat kann keineswegs im Handumdrehen geschaffen werden. Auf manchen Gebieten gelingt das nach Monaten, doch bevor ein dem Proletariat verlässlicher, auf allen Gebieten tauglicher, gut eingespielter Staatsapparat aufgebaut ist, dazu bedarf es in Wirklichkeit vieler Jahre.

Das russische Proletariat zählte im Zeitpunkt seines revolutionären Sieges drei Millionen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung von rund 170 Millionen in dem so zurückgebliebenen Lande. Die besten Teile der kleinen russischen Arbeiterklasse wurden durch den Bürgerkrieg überbeansprucht und zu einem Großteil aufgerieben. Gerade darum war die proletarische Demokratie unter Lenin, so sehr sie sich darum mühte, nicht in der Lage, einen tatsächlich proletarisch klassenmäßigen Staatsapparat aufzubauen, sondern nur einen Staatsapparat „mit bürokratischen Auswüchsen“ (Lenin), das heißt mit allzu vielen bürokratischen Elementen der alten, zertrümmerten kapitalistisch-halbfeudalen Staatsmaschine. „Als wir 1917 über den Arbeiterstaat schrieben, das war begreiflich ... Der Witz ist eben der, dass es nicht ganz ein Arbeiterstaat ist ... Unser Staat ist in Wirklichkeit kein Arbeiterstaat, sondern ein Arbeiter- und Bauernstaat, aber noch mehr ... Unser Staat ist ein Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen“ (Lenin: Über die Gewerkschaften, 1920, Sammelband, 1925, S.591). „Wir hatten den alten Staatsapparat übernommen, aber das war unser Unglück. Der Staatsapparat arbeitet oft gegen uns. Die Geschichte war so, dass im Jahre 1917, nachdem wir die Macht an uns gerissen hatten, der Staatsapparat uns sabotierte. Damals waren wir sehr erschrocken und sagten: Bitte schön, kehren sie zu uns zurück, und alles kam zurück. Das war unser Unglück. Wir haben jetzt eine enorme Masse von Funktionären, aber wir haben noch nicht genügend gebildete Kräfte, um wirklich über sie zu verfügen. Tatsächlich geschieht es sehr oft, dass hier oben, wo wir die Staatsmacht haben, zwar der Apparat funktioniert, während sie unten eigenmächtig verfügen und so verfügen, dass sie gegen unsere Maßnahmen arbeiten. Oben haben wir, ich weiß nicht wie viele, aber ich glaube sicher, nur einige Tausende, im Maximum einige Zehntausende der unsrigen, unten dagegen haben wir Hunderttausende alter Funktionäre vom Zaren, aber auch von der bürgerlichen Gesellschaft übernommen, die teils bewusst, teils unbewusst gegen uns arbeiten. Hier können wir in kurzer Zeit nichts machen ... Hier müssen wir mehrere Jahre arbeiten, um den Apparat zu ändern, zu vervollkommen und neue Kräfte heranzuziehen ... Sowjetschulen sind gegründet“ (Lenin: Fünf Jahre russischer Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution, Rede auf dem IV. Weltkongress der KI, 19.11.1922, Sammelband, 1925, S.694) „Zwei große epochenmachende Aufgaben stehen vor uns. Es ist erstens die Aufgabe der Umorganisation unseres Apparates, der fast nichts wert ist und den wir vollkommen aus der frühern Epoche übernommen; während der fünf Kampffahre gelang es uns nicht und konnte es uns auch nicht gelingen, hier etwas Ernstes zu leisten. Unsere zweite Aufgabe besteht in der Kulturarbeit unter der Bauernschaft“ (Lenin: Über das Genossenschaftswesen, Mai 1923, in: Matscherjakoff: Lenin über das Genossenschaftswesen, 1925, S.102).

[45]

a. Ursachen und Prozess des bürokratischen Entartens in Sowjetrußland

Im russischen Maßstab gehen alle Ursachen des bürokratischen Entartens auf die eine Hauptursache zurück: auf die gewaltige Zurückgebliebenheit Russlands. Im Verhältnis zu den Bauernmassen, im Verhältnis zur Aufgabe der revolutionären Aufrichtung der proletarischen Klassenmacht waren die russischen Arbeiter hochentwickelt, doch im Verhältnis zur Aufgabe, den proletarischen Staatsapparat, Staatswirtschaftsapparat aufzubauen, auszubauen, waren sie infolge der bewussten zaristischen Vernachlässigung in hohem Masse zurückgeblieben. Die siegreiche Oktoberrevolution vermochte daher nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des proletarischdemokratischen Staatsapparats mit Arbeitern, Angestellten zu besetzen, die dieser Aufgabe wirklich gewachsen waren oder rasch genug dazu entwickelt werden konnten. Der Bürgerkrieg und das überaus starke, äußerst rückständige kleinbürgerliche Milieu mit all seinen nachteiligen Einflüssen machte es unmöglich, diesen Mangel im Eiltempo zu überwinden.

Auch beim Aufbau der Wirtschaft stieß der proletarischdemokratische Staat auf die durch den Zarismus verursachte Rückständigkeit, sodass der leitende Wirtschaftsapparat bei weitem nicht in dem Umfang mit verlässlichen und zugleich tüchtigen oder zumindest rasch entwicklungsfähigen proletarischen Kräften besetzt werden konnte, wie es notwendig gewesen wäre. Dies führte dazu, dass der proletarische Staat – noch dazu belastet durch die großen Schäden des Krieges und Bürgerkrieges – in einem allzu starken Maße Kräfte der alten zaristischen Bürokratie und bürgerliche Kräfte heranziehen musste und bei all dem die äußerst tief gedrückte Produktion nur langsam aufwärts bringen konnte. So lieferte die Produktion viel zu wenig, um die Bedürfnisse aller Arbeiter, der ausgebeuteten Massen überhaupt, einigermaßen zufriedenstellen zu können. Der herrschende Mangel, die herrschende Not letzten Endes gebärte immer wieder den bürokratischen Zwang, den bürokratischen „Schiedsrichter“, der die Verteilung des Lebensnotwendigen, wovon für alle nicht genug produziert werden konnte, zu regeln hatte dabei in erster Linie sich selbst beteilte, und

zwar ausreichend und immer ausreichender – auf Kosten der Massen. Aus dieser Grundwurzel entsprang – innerhalb der russischen Grenzen – der stalinistische Entartungsprozess.

Die proletarische Weltrevolution hatte den Sowjetstaat gerettet. Angesicht der Revolution in Mitteleuropa, der revolutionären Gärung in Westeuropa vermochte die Weltbourgeoisie ihren Plan, den proletarischen Staat zu zerschmettern, nicht durchzuführen. Hätte in Deutschland das Proletariat gesiegt, so hätte das Bündnis mit dem wirtschaftlich und kulturell weit vorgeschrittenen Sowjetdeutschland der Sowjetunion über die wirtschaftliche und kulturelle Zurückgebliebenheit Russlands rechtzeitig hinweggeholfen. Allein die Weltrevolution nahm – dank der Hilfe, welche die Bourgeoisie an der Sozialdemokratie fand! – nicht diesen großen Aufschwung. So schuf der sozialdemokratische Verrat die Grundvoraussetzung des Stalinschen Entartens, die Isoliertheit Sowjetrusslands.

„Scheiterte der anfängliche Versuch, einen vom Bürokratismus gereinigten Staat zu schaffen, vor allem an der Unge-
wohntheit der Massen zur Selbstverwaltung, am Mangel an dem Sozialismus ergebenden qualifizierten Parteiarbeitern, so tauchten schon [46] sehr bald hinter diesen unmittelbaren Schwierigkeiten andere, tiefere auf. Die Reduzierung des Staates auf die Funktionen eines „Revisor und Kontrolleur“, bei ständigem Schwund der Zwangsfunktionen, wie das Programm fordert, setzt das Vorhandensein wenigstens einer verhältnismäßigen allgemeinen Zufriedenstellung voraus. Gerade diese notwendige Voraussetzung fehlte. Die Hilfe aus dem Westen kam nicht. Die Macht der demokratischen Sowjets erwies sich als lästig, ja unerträglich, als es galt, die für die Verteidigung, Industrie, Technik und Wissenschaft nötigsten privilegierten Gruppen zu versorgen. Auf dieser durchaus nicht „sozialistischen“ Operation: zehnen wegzunehmen und einem zu geben, kam es zur Absonderung und Vermehrung einer mächtigen Kaste von Spezialisten der Futterkrippe“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.60/61). „Der Mangel an Lebensmitteln und der allgemeine Kampf um ihren Besitz erzeugen einen Gendarmen, der die Funktion der Verteilung übernimmt. Der feindliche Druck von außen gibt dem Gendarmen die Rolle eines „Verteidigers“ dieses Landes, nationale Autorität, und erlaubt ihm, dieses Land doppelt zu plündern“ (Trotzki: Die USSR im Krieg, 25.9.1939, S.4). So verwandelten sich die Beamten des proletarischen Staats in Bürokraten, das heißt in „den Massen entfremdete, über den Massen stehende, privilegierte Personen“ (Lenin). Die entartete Oberschicht des siegreichen Proletariats verschmolz, verfilzte sich mit den Elementen der gestürzten Klassen – so entstand die Sowjetbürokratie.

Wohl erzielte die Stalinbürokratie im weiteren Vorlauf gewaltige wirtschaftliche Erfolge. Aber sie verringert nicht, sondern steigert die soziale Ungleichheit, die sozialen Gegensätze immer mehr, womit notwendigerweise der Bürokratismus immer mehr anschwillt. Nicht nur reißt die Stalinsche Bürokratie einen übermäßigen und immer größeren Teil des Reinertrages der Produktion an sich und verringert dadurch empfindlich den auf die Arbeiter entfallenden Teil; schon das wirkt produktionshemmend. Doch um ihre angemessene, privilegierte Stellung zu behaupten, wirkt sie überhaupt den entscheidenden Faktoren entgegen, die erst das Steigern der sozialistischen im Verhältnis zu den kapitalistischen Produktionskräften ermöglichen: nämlich der internationalen proletarischen Revolution, der proletarischen Demokratie; denn nur auf diesem Wege ist die wirtschaftliche, kulturelle und militärische Übermacht der Weltbourgeoisie, die sich dem Entfalten der sozialistischen Produktionskräfte in den Weg stellt, zu überwinden; denn nur auf diesem Weg sind die ungeheuern im Proletariat schlummernden Kräfte aller auf größter Stufenleiter tatsächlich zu wecken und zu entfalten. Wohl entwickelte, entwickelt sie Produktionskräfte, doch überwiegender in kapitalistische Richtung; durch ihre Existenz, durch ihre tollwütigen Anstrengungen, ihr Schmarotzerdasein um jeden Preis auf dem Rücken, auf Kosten der Arbeiterklasse zu behaupten, durch ihre gesamte Politik ist sie das Haupthemmnis des Entfaltens der sozialistischen Produktivkräfte, womit allein die breiten Massen ihren Lebens- und Entwicklungsbedürfnissen wirklich zufriedengestellt werden können.

„Die Sowjetformen des Eigentums auf der Grundlage der modernsten und auf alle Wirtschaftszweige übertragenen Errungenschaften der amerikanischen Technik, das wäre das erste Stadium des Sozialismus. Die Sowjetformen bei niedriger Arbeitsergiebigkeit, das stellt lediglich ein Übergangsregime dar, dessen Schicksal die Geschichte noch nicht entschieden hat“ (Trotzki: ebenda, S.62). Modernste amerikanische Technik in allen Wirtschaftszweigen auf Grundlage des kollektiven Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln – das würde Produktionserträge liefern, um die Bedürfnisse der Massen zu befriedigen und immer besser zu befriedigen. Doch zu der im Gesamtmaßstab mit modernster Technik arbeitenden Kollektivproduktion gibt es für den proletarischen Staat keinen andern Weg – als den Weg der proletarischen Weltrevolution, den Weg der pro- [47] letarischen Demokratie. Die Stalinbürokratie ist das parasitische Riesenhindernis auf diesem Wege: Sie entfaltet die Produktivkräfte, aber nicht zugunsten, sondern auf Kosten der Arbeiterklasse und immer mehr zugunsten einer neuen russischen Bourgeoisie, deren Herausbildungsprozess sie – zwar unbewusst, aber tatsächlich – treibhausmäßig fördert.

„Grundlage des bürokratischen Kommandos ist die Armut der Gesellschaft an Verbrauchsgegenständen ... Das Wachstum der Produktivkräfte verursachte bisher eine extreme Entwicklung aller Formen der Ungleichheit, Privilegien und Vorteile, und damit auch des Bürokratismus. Und auch das nicht zufällig.

„In der ersten Periode war das Sowjetregime viel gleichmacherischer und viel weniger bürokratisch als heute. Doch war das das Gleichmachertum der allgemeinen Not ...

Der heutige Stand der Produktion ist noch sehr weit davon entfernt, alle mit allem Notwendigen versehen zu können. Aber er reicht schon aus, um einer Minderheit erhebliche Privilegien zu gewähren und die Ungleichheit in eine Knute zur Anpeitschung der Mehrheit zu verwandeln. Das ist der erste Grund, warum das Wachsen der Produktion bisher nicht die sozialistischen, sondern die bürgerlichen Züge des Staates verstärkte.

„Es ist dies aber nicht der einzige Grund. Neben dem ökonomischen Faktor, der im gegenwärtigen Stadium kapitalistische Entgeltsmethoden vorschreibt, wirkt parallel ein politischer Faktor in der Person der Bürokratie selbst ... Sie entsteht von allem Anfang an als bürgerliches Organ des Arbeiterstaates. Während sie die Vorteile der Minderheit einführt und beschützt, schöpft sie selbstredend den Rahm für sich selber ab ... So erwächst aus dem sozialen Bedürfnis ein Organ, das die gesellschaftlich notwendige Funktion weit überragt, zu einem selbständigen Faktor und damit zur Quelle großer Gefahren für den gesamten Organismus der Gesellschaft wird“ (Trotzki: ebenda, S.111/112).

Einmal als privilegierte Schicht erstanden, indem sie die den Massen ungünstige Lage für sich ausnützte, war die Hauptaufgabe der Stalinbürokratie, diese ihre privilegierte Stellung gegen die Massen zu behaupten, zu konservieren, immer mehr zu festigen, zu vergrößern, zu verstärken. Notwendigerweise ist daher der Stalinsche Weg eine ununterbrochene Offensive gegen die Massen, die nach Lage, Umständen, Bedingungen ihre Form wechselt, aber ihre Grundrichtung gegen die Massen zwangsläufig beibehält.

Zuerst galt es, sich von der Hauptstütze der Massen zu befreien, von der Kontrolle durch die klassenbewussten Arbeiter, durch die proletarischen Revolutionäre. Mit allen Mitteln wurden sie aus dem Sowjetapparat, aus dem Parteiapparat, aus der Partei überhaupt entfernt. Mit Verdrehungen, Fälschungen, Lügen begann dieser Feldzug, schließlich wurde er zu Mordprozessen, Meuchelmorden, offenen Morden vorgetrieben. Durch Krieg und Bürgerkrieg erschöpft, durch die revolutionären Niederlagen in Mitteleuropa im Glauben an die proletarische Weltrevolution erschüttert, durch die Wirklichkeit in den Jahren nach dem Sieg, die im Verhältnis zu den Riesenopfern der Arbeitermassen hinter ihren Erwartungen, Hoffnungen weit zurückblieb, schwer enttäuscht, zugleich des Rückhalts bar an den erprobten revolutionären Arbeitern, Parteielementen, deren Großteil dem langen Bürgerkrieg zum Opfer gefallen, durch all dies tief ermüdet, im Bewusstsein und Kampfwillen aufs Äußerste geschwächt – so gelang es der Stalinbürokratie, die Massen zu „köpfen“, ihrer revolutionären Führung zu berauben.

[48] Nun galt es, die Massen vollends zu atomisieren, zu zerstäuben, politisch handlungsunfähig zu machen, ihnen jede Kontrolle der Bürokratie überhaupt unmöglich zu machen, ihnen den letzten Halt zu nehmen, den sie noch in der arbeiterdemokratischen Organisation des proletarischen Staates hatten, mit einem Wort sie völlig zu entrechten. Schritt für Schritt beseitigte die Bürokratie die Demokratie in Betrieb, Gewerkschaft, Staat, Partei, das heißt die proletarische Demokratie, um sich vom Einfluss der Arbeiter, der Massen überhaupt zu befreien, um sich zu verselbständigen, um sich aus Dienern der Arbeiterklasse, der Massen zu deren Herren empor zu schwingen.

Die ungeheuren Niederlagen der Weltarbeiterklasse, zu denen die Stalinpolitik führte: 1923 im deutschen Oktober, 1925/26 im englischen Generalstreik, Bergarbeiterstreik, 1925/27 in der chinesischen Revolution, 1933 in Deutschland, 1936/39 in Spanien, Frankreich – diese weltgeschichtlichen Katastrophen der Arbeiterschaft brachten der Stalinbürokratie den ungeheuren Vorteil, dass sie die Hoffnung auf die internationale proletarische Revolution, das Bewusstsein der proletarischrevolutionären, weltbefreienden Sendung in den russischen Massen ertöteten. Die Stalinbürokratie war der Organisator der proletarischen Katastrophen und zugleich deren Nutznießer – neben der Weltbourgeoisie, die den Hauptnutzen einstrich. Kraft der durch sie herbeigeführten katastrophalen Niederlagen des Weltproletariats vermochte die Stalinsche Bürokratie schließlich die russischen Arbeiter völlig zu entrechten, vollkommen zu unterdrücken, immer mehr auszuschmarotzen, sich immer höher über die zu erheben, auch materiell.

Doch je mehr die Stalinbürokraten die Massen entrechteten, unterdrückten, je höher sie sich über die Massen emporheben, je mehr sie sie ausschmarotzen, je mehr sie neuen ausbeuterischen Tendenzen, Elementen Tür und Tor öffnen, desto größer ihr Bedürfnis, die Massen über den wahren Sachverhalt zu belügen, zu betrügen. Die selbstsüchtigen bürokratischen Interessen geben sie aus als „proletarische Klasseninteressen“, sich selbst setzen sie gleich der „Arbeiterklasse“, ihren russischen Chauvinismus mit dem Bauernschinder Peter dem Großen, Suworow, mit dem Panslawismus usw., ihre gegen die Arbeiterklasse gerichtete Politik kredenzen sie als „Sozialismus“, ja „Kommunismus“. „Es war in der Geschichte stets so, dass die Namen der unter den unterdrückten Massen populären revolutionären Führer nach ihrem Tod von ihren Feinden aufgegriffen wurden, um die unterdrückten Klassen zu beschwindeln“ – was Lenin hier 1916 schrieb (Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, Sammelband, 1925, S.339), das haben die Stalin & Co. buchstäblich wahr gemacht. Wie die Kirche Jesus Lehren tagtäglich bespeit, mit Füßen tritt, desto fleißiger sich aber seines Namens bedient, um darüber die Massen zu täuschen, genau so macht es die entartete Sozialdemokratie mit Marx, genau so macht es die Stalinbürokratie mit Marx und Lenin.

Um auf dem Rücken der Massen empor zu klimmen, bediente sich die Stalinbürokratie der altbekannten Methode aller Emporkömmlinge, Unterdrücker: Sie nützte die Differenzen innerhalb der Massen aus gegen die Massen, indem sie wechselweise deren Teile immer wieder gegeneinander ausspielte.

Um die Partei zugrunde zu richten, spielte sie mit den Ultra, „linken“ (Sinowjew, Kamenjew) und Rechten (Bucharin, Rykow) gegen die proletarischen Revolutionäre. Als sie sich von der proletarischrevolutionären Kontrolle befreit hatte, entledigte sie sich der ultra, „radikalen“ Kontrolle durch Zusammenspielen mit den Rechten, bis sie sich schließlich von der Kontrolle auch nur durch die Rechts, „kommunisten“ befreite. Die politische Linie dieses bürokratischen Spiels war der bürokratische Zentrismus, „die mittlere Linie zwischen den Richtungen innerhalb der [49] Partei“; es war in Wirklichkeit ur-echter Rechts, „kommunismus“, Rechtsopportunismus, maskiert durch Ultra, „radikalismus“, wobei der Weg immer weiter nach rechts ging und nach Befreiung von den Rechts, „kommunisten“ immer weiter rechts sogar von ihnen.

In den Massen selbst spielte dieser Zickzackkurs die einzelnen Schichten der Arbeiter gegeneinander aus, die proletarische Masse gegen die Bauern, die bäuerliche Masse gegen das Proletariat. So schraubte sich die Stalinbürokratie empor – gegen die Massen immer mehr gestützt auf den bewaffneten Stalinapparat, vor allem auf die GPU; die Geheimpolizei – zum scheinbar „über den Klassen schwebenden Schiedsrichter“, zum Beherrscher, Unterdrücker, Ausschmarotzer sowohl der Arbeiter als auch der Bauern, so wie es vor hundert Jahren das lieblich duftende Vorbild dieser parasitischen Lumperei in Frankreich vorgespielt, Napoleon ÜI. So führte der bürokratische Zentrismus immer mehr zum bürokratischen Absolutismus, zur bürokratischen Diktatur, die ihrerseits – unter dem Gesichtspunkt der von ihr gegen die Massen angewendeten bonapartistischen Methoden – sich zur bonapartistischen Diktatur auswuchs, wobei die bürokratische Macht sich immer mehr in der Hand des Repräsentanten der Bürokraten, des Oberbürokraten Stalin, vereinigte. Bonapartistische Methoden, jedoch angewendet auf dem Boden des durch die Stalinbürokratie entarteten proletarischen Staates, darin besteht der Stalinsche Bonapartismus.

„Der Sowjet – ... Bürokratismus ist das Erzeugnis der sozialen Gegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen Proletariat und Bauerntum (diese beiden Arten von Gegensätzen decken sich nicht), zwischen den nationalen Republiken und Gebieten, zwischen den verschiedenen Gruppen von Bauern, zwischen den verschiedenen Schichten des Proletariats, zwischen den verschiedenen Verbrauchergruppen, endlich zwischen dem Sowjetstaat in seiner Gesamtheit und seiner kapitalistischen Einkreisung ... Die Bürokratie reguliert diese Gegensätze, indem sie sich über die werktätigen Massen erhebt“ ... „Die ihrer Zusammensetzung und Geistesart nach kleinbürgerliche Sowjetbürokratie ist berufen, den Widerstreit zwischen Proletariat und Bauernschaft, Arbeiterstaat und Weltimperialismus zu regulieren: Das ist die soziale Grundlage des bürokratischen Zentrismus, seiner Zickzacks, seiner Kraft, seiner Schwäche und seines verderblichen Einflusses auf die Weltarbeiterbewegung“ (Trotzki: Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus, 1935, S.7/15). „Die innere Reaktion im Proletariat erzeugte eine außerordentliche Flut von Hoffnungen und Selbstvertrauen in den kleinbürgerlichen Schichten von Stadt und Land, die durch die NEP zu neuem Leben erwacht waren und immer dreister den Kopf erhoben. Die junge Bürokratie, ursprünglich als Agentur des Proletariats entstanden, begann sich nun als Schiedsrichter zwischen den Klassen zu fühlen. Ihre Selbständigkeit nahm von Monat zu Monat zu“ ... „Der Cäsarismus oder seine bürgerliche Form, der Bonapartismus, betritt die Bühne der Geschichte immer dann, wenn der scharfe Kampf zweier Lager die Staatsmacht gleichsam über die Nation erhebt und sie scheinbar von den Klassen völlig unabhängig macht, ihr in Wirklichkeit aber nur die notwendige Freiheit gibt, um die Privilegien zu verteidigen. Das Stalinregime, das über die politisch atomisierte Gesellschaft hinausragt, sich auf Polizei- und Offizierskorps stützt und keinerlei Kontrolle über sich duldet, ist deutlich eine Sorte Bonapartismus neuen Typs, wie er in der Geschichte noch nicht vorkam ... Der Cäsarismus entstand in der von innen Kämpfen erschütterten Gesellschaft des Sklavenzeitalters. Der Bonapartismus ist ein politisches Werkzeug des kapitalistischen Regimes in seinen Krisenperioden. Der Stalinismus ist eine Abart desselben Systems auf dem Fundament des von den Gegensätzen zwischen der organisierten und bewaffneten Sowjetaristokratie und den waffenlosen werktätigen Massen zerrissenen Arbeiterstaates“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.91, 269). „Stalins Absolutismus ist durchaus nicht zufällig, sondern das Resultat der geschichtlichen Entwicklung. Nicht Stalin persönlich hat [50] eine unbeschränkte Macht, sondern die Bürokratie, als soziale Schicht, vermittelt Stalins. Diese unbeschränkte Macht der Stalinbürokratie war ein Geschenk der Reaktion, welche die heroische Epoche der russischen Revolution ablöste. Die Stärke der Bürokratie und – davon abgeleitet – die Stärke Stalins ... beruht ... in dem für das Proletariat ungünstigen Klassenverhältnis, das in der letzten Periode in und außerhalb der USSR (durch die Schuld von Stalinpartei, Sozialdemokratie, Labourparty, AFL usw. und ihrer Unterhelfer; d. Verf.) entstand ... Die Sowjetbürokratie ist die größte Gefahr für die USSR. Aber nur ein aktiver Aufschwung der Arbeiterklasse vermag sie zu entfernen, und dieser Aufschwung ist nur im Gefolge eines Wiedererwachens der Arbeiterbewegung im Westen möglich, welche, auf die USSR übergreifend, den Stalinschen Absolutismus unterhöhlen und wegschwemmen würde“ (L. Sedow; Über den Moskauer Prozess, 1936, S.58). „Wenn eine Bürokratie sich von der Kontrolle des Volkes befreit, dann strebt die Militärkaste unvermeidlich danach, sich von der Vormundschaft von der Zivilbürokratie zu befreien. Der Bonapartismus hat stets die Tendenz, die Form der offenen Herrschaft des Säbels anzunehmen ... Stalin muss die juristische Festigung seiner persönlichen Macht anstreben, als lebenslänglicher „Führer“, als mit allen Vollmachten ausgestatteter Präsident oder schließlich als gekrönter Imperator. Gleichzeitig aber muss er fürchten, dass aus der Mitte der Bürokratie selbst und vor allem aus der Armee sich gegen seine zaristischen Pläne Widerstand erheben kann. Das bedeutet, dass, bevor er – mit oder ohne Krone – stürzt, Stalin vor allem versuchen wird, die besten Elemente des Staatsapparats zu vernichten“ (Trotzki: Stalins Verbrechen, 1937, S.346/347).

Die Stalinbürokratie herrscht, sie unterdrückt die Massen, schmarotzt, plündert, raubt sie ins Riesenhafte aus, aber sie ist keine ausbeutende, herrschende Klasse. Sie erfüllt – wie jede Bürokratie – keine selbständige, sondern nur eine abgeleitete Rolle im gesellschaftlichen Gesamtproduktionsprozess, sie hat – wie jede Bürokratie – kein selbständiges, sondern nur ein abgeleitetes Verhältnis zu den Produktionsmitteln, sie ist daher keine Klasse; aber sie ist ein entartender, schließlich entarteter Bestandteil der Arbeiterklasse, eine verkleinbürgerlichte Schmarotzerschicht am Leib des Proletariats, die in sich und um sich herum die Elemente einer neuen Ausbeuterklasse objektiv herausbildet, nämlich einer neuen russischen Bourgeoisie. „Eine Klasse wird bestimmt nicht durch den Anteil am Nationaleinkommen allein, sondern durch eine selbständige Rolle in der allgemeinen Wirtschaftsstruktur, selbständige Wurzeln im ökonomischen Fundament der Gesellschaft. Jede Klasse (Feudaladel, Bauern, Kleinbürgertum, kapitalistische Bourgeoisie, Proletariat arbeitet ihre Grundform des Eigentums heraus. All dieser sozialen Züge ist die Bürokratie bar. Sie nimmt

keinen selbständigen Platz im Produktions- und Verteilungsprozess ein. Sie hat keine selbständigen Eigentumsurzeln. Ihre Funktionen betreffen im Grunde die politische Technik der Klassenherrschaft. Das Vorhandensein einer Bürokratie charakterisiert, bei allen Unterschieden in Form und spezifischem Gewicht, jedes Klassenregime. Ihre Kraft trägt widerspiegelten Charakter. Die Bürokratie ist verknüpft mit der wirtschaftlich herrschenden Klasse, nährt sich aus deren sozialen Wurzeln, steht und fällt mit ihnen.“ ... „Die Privilegien der Bürokratie ändern für sich allein nichts an den Grundlagen der Sowjetwirtschaft, denn die Bürokratie schöpft ihre Privilegien nicht aus irgendwelchen besondern, ihr als „Klasse“ eigentümlichen Besitzverhältnissen, sondern aus den Eigentumsformen, die von der Oktoberrevolution geschaffen wurden und im Grunde der Diktatur des Proletariats adäquat sind. Soweit die Bürokratie das Volk – rund gesagt – bestiehlt (und das tut in verschiedenen Formen jede Bürokratie), haben wir es nicht mit Klassenausbeutung zu tun, im wissenschaftlichen Sinn des Wortes, sondern mit sozialem Schmarotzertum, wenn auch in sehr großem Maßstab ... Die Geschwulst kann gewaltige Ausmaße annehmen und sogar den lebendigen Organismus- [51] mus ersticken, doch niemals kann die Geschwulst sich in einen selbständigen Organismus verwandeln“ (Trotzki: Die IV. Internationale und die USSR, 1933, S.13/15). „Die Bürokratie ist nicht Trägerin eines neuen ökonomischen Systems, das ihre Besonderheit ausmacht und ohne sie unmöglich ist, sondern sie stellt einen parasitären Auswuchs eines Arbeiterstaates dar ... Die Knappheit der Verbrauchsgüter und der allgemeine Kampf, sie zu erhalten, bringen einen Polizisten hervor, der sich die Aufgabe der Verteilung anmaßt. Feindlicher Druck von außen zwingt dem Polizisten die Rolle des „Verteidigers“ des Landes auf, stattet ihn mit nationaler Autorität aus und erlaubt ihm, das Land doppelt zu plündern. Beide Bedingungen für die Allmacht der Bürokratie – die Rückständigkeit des Landes und die imperialistische Umgebung – haben jedoch einen zeitbedingten und übergangsmäßigen Charakter und müssen mit dem Sieg der Weltrevolution verschwinden“ (Trotzki: Die USSR im Kriege, 25.9.1939). Die Existenz der Bürokratie selbst hängt letzten Endes ab von den durch die Oktoberrevolution gelegten sozialen Fundamenten (siehe Manifest der IV. Internationale, Ende Juni 1940, in „Unser Wort“, Dezember 1940).

Die Stalinbürokratie erfüllt auch fortschrittliche Funktionen. Sie spielt eine Doppelrolle.

„Ihre Rolle als Kontroller und Regulator der sozialen Gegensätze, die Funktion des vorbeugenden Kampfes gegen das Wiedererstehen der Klassen beutet jedoch die Sowjetbürokratie rücksichtslos im Interesse ihres Wohlstands und der eigenen Machtvollkommenheit aus. Sie vereinigt in ihren Händen nicht nur die gesamte Macht, sie verzehrt auch noch rechtlich und widerrechtlich einen ungeheuern Teil des Nationaleigentums. Auf diese Weise hat sie sich so weit von den Volksmassen entfernt, dass sie keine Kontrolle über ihre Handlungen und Einkünfte mehr zulassen kann“ ... „Die Rolle der Sowjetbürokratie bleibt eine doppelte: Ihre eigenen Interessen zwingen sie, das neue, durch die Oktoberrevolution geschaffene Wirtschaftsregime gegen die äußern und innern Feinde zu verteidigen. Diese Arbeit bleibt geschichtlich notwendig und fortschrittlich. In dieser Arbeit unterstützt das Weltproletariat die Sowjetbürokratie, ohne die Augen vor ihrem nationalen Konservatismus, ihrem Aneignungstrieb, ihrem Kastengeist zu verschließen. Aber das sind gerade jene Züge, die die fortschrittliche Arbeit der Bürokratie immer mehr paralysieren“ ... „In Bezug auf die USSR ist die Rolle der Bürokratie ... eine doppelte. Einerseits schützt sie mit den ihr eigenen Methoden den Arbeiterstaat, andererseits desorganisiert und bremst sie die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, indem sie die schöpferische Aktivität der Massen unterdrückt. Hingegen bleibt auf dem Gebiet der internationalen Arbeiterbewegung nicht die Spur dieser Doppelfunktion. Hier spielt die Stalinbürokratie von Anfang bis zu Ende eine desorganisierende, demoralisierende Rolle (was natürlich rückwirkend die Lage der russischen Arbeiterklasse, der Sowjetunion als eines proletarischen Staates schwächt; d. Verf.) (Trotzki: Die „Terroristen“- Prozesse in der USSR, 1936, S.9/10,13).

„Innerhalb des Sowjetregimes wachsen zwei entgegengesetzte Tendenzen. Soweit es im Gegensatz zum verfaulenden Kapitalismus die Produktivkräfte entwickelt, bereitet es das ökonomische Fundament für den Sozialismus vor. Soweit es den Oberschichten zulieb die bürgerlichen Verteilungsnormen ins Extreme steigert, bereitet es die kapitalistische Restauration vor. Der Gegensatz zwischen Eigentumsformen und Verteilungsnormen kann nicht endlos wachsen. Entweder werden die bürgerlichen Normen – so oder so – auch auf die Produktionsmittel übergreifen, oder es müssen umgekehrt die Verteilungsnormen mit dem sozialistischen Eigentum in Einklang gebracht werden“ ... „Die fortschrittliche Rolle der Sowjetbürokratie fällt zusammen mit der Periode, in der die wichtigsten Elemente der kapitalistischen Technik auf die Sowjetunion verpflanzt wurden. Auf den von der Revolution geschaffenen Grund- [52] lagen vollzog sich die grobe Vorarbeit des Entlehnens, Nachahmens, Verpflanzens, Pfropfens. Ein neues Wort ist bisher weder in der Technik noch der Wissenschaft oder Kunst gesprochen worden“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.238,267).

Die fortschrittliche Rolle der Stalinbürokratie wurde und wird immer schwächer, ihre rückschrittliche Rolle immer stärker. Mehr noch: Ihre rückschrittliche Rolle hat ihre fortschrittliche Rolle schon bei weitem überholt und lässt sie immer weiter zurück!

Solange die Hoffnung gerechtfertigt war, die Stalinbürokratie werde aus den durch sie herbeigeführten ungeheuern proletarischen Katastrophen lernen, werde sich korrigieren, kämpften die proletarischen Revolutionäre für diese Korrektur, das heißt für die Reform des entarteten proletarischen Staates. Als die Stalinbürokratie jedoch selbst aus der durch sie verschuldeten deutschen Katastrophe von 1933 keine Lehre zog, sondern ihre verbrecherische Politik gegen proletarische Revolution, Proletariat, proletarischen Staat trotzdem fortsetzte, da stellten sich die proletarischen Re-

volutionäre, zwecks Leninscher Reform des entarteten Sowjetstaates, notwendiger Weise um auf die Lösung der politischen Revolution zum Sturz der Stalinbürokratie, zwecks Leninscher Reinigung seines staatlichen und staatswirtschaftlichen Apparats, zwecks Wiederherstellung der proletarischen Demokratie in Betrieb, Gewerkschaft, Staat.

b. Die bürokratische Gefahr nach dem proletarischrevolutionären Sieg in den vorgeschrittenen kapitalistischen Ländern

In den voll entwickelten kapitalistischen Ländern wird sich die revolutionäre Arbeiterklasse nach ihrem Sieg auf deren vorgeschrittene wirtschaftliche und kulturelle Bedingungen stützen können. Hier wird sie von allem Anfang an unter den Arbeitern, Angestellten und selbst unter den niedern und mittlern Beamten über sehr viele der proletarischen Sache ergebene und zugleich tüchtige, der neuen Aufgabe gewachsene oder zumindest rasch entwicklungsfähige Elemente verfügen. Sie wird daher in der Lage sein, einen verlässlichen und qualitativ tüchtigen proletarischdemokratischen staatlichen und staatswirtschaftlichen Apparat verhältnismäßig rasch aufzubauen, auszubauen. Die eine Hauptursache der Entartung der Sowjetbürokratie, die wirtschaftliche und kulturelle Zurückgebliebenheit Sowjetrusslands, wird hier also von vornherein nicht vorhanden sein.

Siegt das revolutionäre Proletariat hier, so wird die proletarische Revolution im Weitmaßstab einen bei weitem höhern Aufschwung nehmen als in den Jahren nach 1918. Somit wird auch die zweite Hauptursache der bürokratischen Entartung, die Isolierung des Landes, richtiger: der Länder, wo die Arbeiterklasse gesiegt, nicht Kraft gewinnen.

Allein wir dürfen nicht vom Allergünstigsten ausgehen. Die Weltrevolution kann und wird sich dann im Großen aufwärtsbewegen, wird aber unter Umständen doch durch mehr oder weniger lange Wellentäler hindurch müssen. Das kann viele Jahre dauern.

[53] Haben wir in diesem durchaus möglichen, ja wahrscheinlichen Fall mit einer ernsten Gefahr des bürokratischen Entartens zu rechnen? Diese Frage muss bejaht werden, und zwar aus folgendem Grund.

Wohl wird die in den fortgeschrittenen Ländern siegreiche Arbeiterklasse zahlenmäßig innerhalb der Gesamtbevölkerung bei weitem stärker sein als die russische Arbeiterschaft 1917; wohl wird sie kulturell weit entwickelter sein als es diese damals war; wohl wird sie sich auf bei weitem entwickeltere wirtschaftliche Verhältnisse stützen können als die russischen Arbeiter es nach dem Sieg der Oktoberrevolution vermochten – doch „unvermeidlich wird die siegreiche Arbeiterschaft in folgende Zwangslage geraten: Sie muss raschestens einen klassenmäßig proletarischen Staatsapparat aufbauen, den staatswirtschaftlichen Apparat inbegriffen; sie muss daher, notwendigerweise den Großteil ihrer klassenbewussten Elemente plötzlich in beamtete Personen von Staat, Staatswirtschaft, Partei, Gewerkschaft usw. verwandeln. Wenn diese Zwangslage, in der die klassenbewussten Elemente der Arbeiterschaft der überwiegenden Zahl nach in beamtete Funktionäre verwandelt sind, sehr lang andauert, so schafft dies die ernste Gefahr des Verbürokratisierens, Entartens, Verkleinbürgerlichens dieses Beamtenapparates.

Würde der weitere weltrevolutionäre Aufschwung sehr lang ausbleiben, so würde diese Gefahr sehr groß sein, umso mehr, als „... der Kapitalismus und die von ihm geschaffene bürgerliche Umgebung (... sogar nach dem Sturze der Bourgeoisie sehr langsam verschwindet, denn die Bauernschaft erneuert immer wieder die Bourgeoisie)“ Lenin: Die Kinderkrankheiten, 1920, S.93). Mit einem so langen revolutionären Niedergang ist jedoch mit höchster Wahrscheinlichkeit nicht zu rechnen, sobald die proletarische Revolution in diesen oder jenen vorgeschrittenen kapitalistischen Ländern einmal gesiegt. Doch sind Wellentäler, die eine ganze Reihe von Jahren andauern können, durchaus möglich, ja wahrscheinlich. Dieser Gefahr des Verbürokratisierens kann begegnet werden, wenn die Sicherungen dagegen derart gesteigert werden, dass innerhalb des dadurch gewonnenen Zeitraums neue klassenbewusste Elemente verlässlich sowohl als tüchtig, in genügender Zahl aufgezogen werden. So wird die Arbeiterklasse zeitgerecht über einen breiten Sektor von klassenbewussten Elementen verfügen, die nicht beamtet sind und den beamteten Elementen ein genügendes Gegengewicht bieten: Kraft ihres Klassenbewusstseins, kraft ihrer Fähigkeiten sind sie tatsächlich in der Lage, den beamteten Apparat wirksam vom Standpunkt der Arbeiterklasse zu kontrollieren, in seiner der Arbeiterklasse dienenden Funktion zu halten, und zu sichern, dass ihre Zahl und Fähigkeit andauernd wächst, indem immer größere Teile der Arbeiterschaft, die ganzen Massen überhaupt, immer höher und höher gehoben werden an Bewusstsein, an Tüchtigkeit. Sie sind bereits tatsächlich imstande, die ersten notwendigerweise zunächst äußerst unzulänglichen Schritte zum abwechselnden Erfüllen der öffentlichen Funktionen durch alle Arbeiter Bauern und Kleinbürger, schließlich durch alle überhaupt allmählich zu vermehren, zu verbessern, wobei sie sich klar sind, dass dieser gewaltige Prozess ein gewaltiges Verkürzen der allgemeinen Arbeitszeit, ein gewaltiges Heben der Lebenshaltung der Massen, ihres kulturellen Daseins inbegriffen, eine ganze Epoche erfordert.

[54]

c. Sicherungen gegen das bürokratische Entarten

„Ohne gute Bürokraten werden wir noch viele Jahre nicht auskommen“ (Lenin: Noch einmal über die Gewerkschaften, 1921, Sammelband, 1925, S.610). Nach den bisherigen Erfahrungen können wir ruhig sagen: noch viele Jahrzehnte! Die vollkommene Abschaffung eines jeden Beamtentums bleibt Endziel. In demselben Maße, wie das allmäh-

liche „Absterben“ des Staates, verwirklichen wir das allmähliche Überflüssigmachen, Überflüssigwerden aller beamteter Funktionäre, verwirklichen wir das Ausüben aller öffentlichen Funktionen in Staat, Staatswirtschaft (Partei, Gewerkschaft usw.) abwechselnd durch alle. Alle Bürger „verwandeln sich in entlohnte Angestellte des Landes; aber erst bis ihre Arbeitszeit sehr ausgiebig verkürzt, erst bis ihr Lebensstandard, ihre Kulturstufe sehr ausgiebig gehoben ist, erst dann werden sie tatsächlich in der Lage sein, das regelmäßige Abwechseln im Besorgen der öffentlichen Funktionen mit voller Sachkenntnis durchzuführen. Und diese Voraussetzung müssen wir verwirklichen gegen den verzweifelten Widerstand der Weltbourgeoisie und unter der schweren Last, die die 6000jährige Klassengesellschaft uns als Erbe zurückgelassen hat in den Gewohnheiten, Sitten, ja selbst im Charakter mehr oder weniger aller Menschen, auch der Arbeiter. „Erst dann, wenn diese neue Klasse ihre Schulung nicht aus Büchern, nicht aus Versammlungen, nicht aus Reden schöpft, sondern aus der Praxis der eigenen Verwaltungsarbeit, erst wenn sie Formen herausgebildet haben wird, die es jedem Werktätigen ermöglichen, ohne Schwierigkeiten teilzunehmen an der Verwaltung des Staates und der Schaffung einer neuen Staatsordnung, erst dann kann die sozialistische Umwälzung von Dauer sein, nur unter dieser Voraussetzung wird sie in der Tat von Dauer sein“ (Lenin: Die nächsten Aufgaben nach dem Siege des Proletariats, aus der Rede auf dem Ü. Allrussischen Gewerkschaftskongress, 1919, in Lenin: Über die Gewerkschaften, 1927, S.98). Erst unter dem Sozialismus wird dies voll verwirklicht sein: „Unter dem Sozialismus wird unvermeidlich vieles von der „primitiven“ Demokratie wieder aufleben, denn zum ersten Mal in der Geschichte der zivilisierten Völker wird die Masse der Bevölkerung sich zu selbständiger Beteiligung nicht nur an den Abstimmungen und Wahlen, sondern auch an der laufenden Verwaltung erheben. Unter dem Sozialismus werden alle abwechselnd, der Reihe nach, in der Leitung tätig sein und sich bald daran gewöhnen, dass keiner leitet“ (Lenin: Staat und Revolution, A., 1918, S.78). Auf dieses Ziel arbeitet der proletarischdemokratische Staat von allem Anfang an bewusst hin, er betrachtet sich ja nur als Übergangsorganisation, die mit ihrer gesamten Politik letzten Endes darauf ausgeht, die Voraussetzungen zu verwirklichen, die den proletarischdemokratischen Staat, die jeden Staat überhaupt überflüssig machen.

Nicht darum handelt es sich hier, sondern um die praktischen, sofort zu ergreifenden Maßnahmen, um auf dem langen Wege dahin das Entarten des beamteten Apparats des proletarischdemokratischen Staates zu verhindern. Um der Gefahr des Einsturzes einer Zimmerdecke zu begegnen, muss man sie stützen, doch darf man damit nicht so weit gehen, dass man mit lauter Stützbalken das Zimmer überhaupt unbewohnbar macht. In erster Linie erwarten die Arbeiterklasse, die Massen, die Menschheit von der Partei der proletarischen Demokratie, vom proletarischdemokratischen Staat den proletarischrevolutionären Sieg, das Behaupten dieses Sieges, dass die Fahne dieses Sieges über die ganze Erde wehe, dass sie den Sozialismus, den Kommunismus auf dem ganzen Erdball voll verwirklichen. Doch dazu müssen sie stets handlungsfähig, kampffähig, leistungsfähig sein. Auf dieser Grundlage, in diesem Rahmen müssen sich alle [55] Sicherungen gegen die bürokratische Gefahr bewegen. Sie dürfen nicht so weit gehen, dass sie die Handlungsfähigkeit, Kampffähigkeit, Leistungsfähigkeit der proletarischen Partei, der Gewerkschaft, des proletarischdemokratischen Staates, seiner Staatswirtschaft überhaupt unterbinden oder ernstlich schwächen – das wäre impotenter, bankrotter Anarchismus, der vor lauter „Sicherungen“ den Vormarsch zum revolutionären Sieg, zum Sozialismus, Kommunismus praktisch verhindern würde.

Wir geben uns auch darüber keiner Täuschung hin, dass es absolute Sicherungen nicht gibt, die unter allen wie immer gearteten Bedingungen die Gefahr des bürokratischen Entartens ein für alle Mal bannen. Die bisherigen Sicherungen gegen die bürokratische Gefahr auf Grund der durch die sozialdemokratische und stalinistische Entartung gesammelten bösen Erfahrungen maximal erhöhen, darum geht es praktisch. Dass wir nach diesen Erfahrungen die Gefahr viel klarer erkennen als früher, nicht bloß allgemein, sondern auch konkret, dass wir darauf die klassenbewussten Arbeiter, die Partei, die Arbeiterklasse systematisch vorbereiten, dass wir uns und die Massen dazu anleiten, die bürokratische Gefahr stets im Auge zu behalten, schon das schafft bis zu einem gewissen Grad eine erhöhte Sicherung, denn es erleichtert, die getroffenen Gegenmaßnahmen zeitgerecht zu steigern, auszubauen, falls es nötig werden sollte. Es geht keineswegs um endgültige Rezepte, sondern um ein Höchstmaß von Garantien auf Grundlage der bisherigen Erfahrungen, aber ein Höchstmaß, das nach Bedarf erhöht oder sonst abgeändert werden kann.

A

Sicherungen innerhalb der proletarischdemokratischen Vertretungskörperschaften

- 1) Jedes Mitglied eines Arbeiter- und Kleinbauernrates, welcher Stufe immer, kann durch seine Wähler jederzeit abberufen und durch einen andern von ihnen neu gewählten Deputierten ersetzt werden.
- 2) Tagungen des Plenums des Arbeiterrates jeder Stufe müssen längstens innerhalb eines Monats einberufen werden und längstens innerhalb zweier Monate tatsächlich zusammentreten, wenn es von den Arbeiterratsmitgliedern, die ein Viertel des Plenums ausmachen, verlangt wird; im örtlichen Maßstab: wenn ein Viertel der Arbeiterratswähler es verlangt – die Einberufungsfrist beträgt hier höchstens eine Woche, die Frist des tatsächlichen Zusammentretens höchstens zwei Wochen. Bei Gefahr im Verzug für die proletarische Demokratie muss der Ortsarbeiterrat innerhalb 24 Stunden, jeder Arbeiterrat höherer Stufe längstens innerhalb drei Tagen sich tatsächlich versammeln.
- 3) Grundsätzlich soll angestrebt werden, dass beamtete Personen der Arbeiterbewegung, des Arbeiterstaates – die Regierungsmitglieder inbegriffen – im Arbeiter- und Kleinbauernrat nur Beratungsrecht haben, aber kein Stimmrecht (vorausgesetzt, dass sie als Delegierte hineingewählt worden sind). Für die Angestellten des staatlichen Machtapparats

(politische Verwaltung, Heer, Polizei usw. sowie Justiz) gilt dies in vollem Umfang. Was den sonstigen staatlichen Verwaltungsapparat (Eisenbahn-, Post-, Schul-, Gesundheits-, soziale Verwaltung usw.) sowie auch die Staatswirtschaft und die Genossenschaftsunternehmen betrifft, sind vom Stimmrecht [56] auszuschließen: a) alle leitenden Angestellten, b) darüber hinaus alle Angestellten, die zu entscheiden haben über Anstellungen, Versetzungen, Entlassungen, Beförderung oder Rückversetzung, über das Ausmaß von Lohn, Gehalt, Arbeitszeit, Urlaub und dergleichen; ferner solche Angestellte, welche materielle Vorteile oder Nachteile irgendwelcher Art oder Auszeichnungen zu vergeben oder Strafen (Freiheits-, Geldstrafen, Urlaubentzug und dergleichen) zu verhängen haben. – Dagegen in den Vollzugsausschüssen der Arbeiterräte aller Stufen, von der lokalen Arbeiterratsexekutive bis zur zentralen Regierung des proletarischdemokratischen Staates, haben diejenigen beamteten Personen, die in sie gewählt sind, nicht nur Beratungsrecht, sondern auch volles Beschlussrecht.

Solange dies aus Mangel an geeigneten Personen noch nicht voll durchzuführen, soll die Zahl derjenigen stimmberechtigten Deputierten, welche beamtete Personen im obigen Sinne sind, im Plenum 20%, im Präsidium nicht übersteigen. Welches aber immer ihre Personenzahl, bei den Abstimmungen sollen ihre Stimmen zusammen jedenfalls nur höchstens 20% im Plenum, 10% im Präsidium zählen, wobei ihre Pro- und Kontrastimmen proportionell aufzuteilen. Die genannten Höchstzahlen sind nur beispielsweise angeführt. Die wirklichen Höchstzahlen können erst in der Zeit der Aufrichtung der proletarischdemokratischen Staatsmacht bestimmt werden, je nach dem Umfang des klassenbewussten Personenbestands und der voraussichtlichen Quote, die davon zur Bildung des proletarischdemokratischen Staatsapparats unumgänglich wird abgegeben werden müssen.

Diese Garantiebestimmung soll solange in Geltung bleiben, bis die Einrichtung der beamteten öffentlichen Funktionen voll überwunden oder bis die Überwindung soweit vorgeschritten ist, dass die öffentlichen Funktionen bereits abwechselnd durch alle besorgt werden und diese Neuordnung des öffentlichen Dienstes auch schon halbwegs befriedigend zu funktionieren begonnen hat

4) Wenn auch zunächst in geringem Umfang, so soll doch sofort nach Aufrichtung der proletarischdemokratischen Staatsmacht mit dem Heranziehen der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger zur Verwaltung begonnen werden, und zwar in folgender Weise: Es sind Ausschüsse der Arbeiter- und Kleinbauernräte (in allen Stufen) zu bilden, die das Besorgen bestimmter Verwaltungsgeschäfte als dauernde Aufgabe übernehmen. Jedes Vierteljahr ist ein Viertel eines jeden solchen Verwaltungsausschusses durch andere Mitglieder des betreffenden Arbeiter- und Kleinbauernrates auszuwechseln, sodass der Ausschuss jedes Jahr seine Gesamtzusammensetzung ändert, wobei aber doch eine gewisse Kontinuität der Erfahrung gewahrt bleibt. Jeder Verwaltungsausschuss bildet nach Bedarf Unterausschüsse; er kann und soll darüber hinaus einfache Arbeiter, arme Bauern und Kleinbürger mit beratender Stimme und zur Mitarbeit bei der Durchführung seiner Verwaltungsgeschäfte heranziehen; auch die so Herangezogenen sind vierteljährlich derart auszuwechseln, dass im Laufe eines Jahres der ganze Bestand der Herangezogenen durch andere ersetzt wird, damit sich immer mehr einfache Arbeiter, arme Bauern und Kleinbürger an öffentliche Verwaltungsgeschäfte gewöhnen, sich mit ihnen vertraut machen, Erfahrungen im öffentlichen Verwalten sammeln. Er kann fallweise auch Sachverständige heranziehen, um deren Rat anzuhören. Jeder Verwaltungsausschuss wird vom Plenum gewählt und bleibt diesem dauernd verantwortlich. Derartige Verwaltungsausschüsse werden insbesondere in der Ortsverwaltung von allem Anfang an eine große Rolle spielen; aber auch in der Bezirks- (Kreis-), Provinzial- und selbst in der Reichsverwaltung wird ihr Aufgabenkreis allmählich wachsen. Das ist der Ausgangspunkt des sehr langen Prozesses, der schließlich dazu führen soll und muss, dass die Werktätigen selbst und schließlich alle die Verwaltungsgeschäfte besorgen, sodass jede Art von beamteten Personen überflüssig wird.

[57] „Kann es denn einen andern Weg geben, das Volk sich selbst verwalten zu lehren, sich von den Fehlern zu befreien, als den Weg der Praxis, als den unverzüglichen Übergang zur wirklichen Selbstverwaltung des Volkes? ... Der gewissenhafte, kühne, allgemeine Beginn mit dem Übergang der Verwaltungsangelegenheiten in die Hände der Proletarier und Halbproletarier wird unter den Massen einen in der Geschichte nie dagewesenen revolutionären Enthusiasmus wecken und die Volkskräfte im Kampf mit dem Elend gewaltig vermehren“ (Lenin: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? 1.10.1917, S.39/40).

„Die Aufgabe besteht darin, anstelle der alten Beamtenschaft die Masse selbst zu setzen, es so einzurichten, dass die ganze arbeitende Bevölkerung sich um die Sache der Verwaltung kümmere (in manchen Ämtern der Reihe nach für kurze Fristen, in andern mit längerer „Amts“-Dauer). Doch hier stoßen wir auf eine Reihe großer Schwierigkeiten. Erstens: die ungenügende Entwicklung, Unaufgeklärtheit, Schüchternheit der rückständigen Schichten und noch mehr auf dem flachen Land ... Zweitens: der Mangel an Erfahrung in Verwaltungsangelegenheiten ... Drittens: die bürgerlichen Fachleute alten Stils. Das Proletariat Russlands war gezwungen, sie im Dienste zu belassen. Es unterwarf sich aber diese Kreise und brach ihre Sabotage. Allerdings bringen diese häufiger ihre alten Gewohnheiten und Gebräuche mit, sie behandeln die Massen von oben herab und halten sich ... fern von ihnen, stärken dadurch den alten bürokratischen Geist usw. und stecken damit leider auch unsere Leute an. Viertens: Die Abgabe unserer besten Kräfte an die Armee“ ... „Alle diese Umstände erschweren unsere Arbeit ungeheuer und begünstigen bis zu einem gewissen Grad eine teilweise Wiederherstellung des Bürokratismus innerhalb der Sowjetordnung. Darin liegt eine große Gefahr für das Proletariat. Es hat den alten Beamtenstab nicht darum zerstört, damit er von unten wieder auferstehe. Die Kommunistische Partei muss dieser Gefahr vorbeugen. Das kann durch die Heranziehung der Massen selbst geschehen, Das Wichtigste ist natürlich die Hebung der kulturellen Lage der Arbeiter- und Bauernmasse, deren Aufklärung

und die Vermehrung der Elementarbildung (aber auch die Hebung ihres Lebensstandards und die Verkürzung der Arbeitszeit; d. Verf.). Daneben ist eine ganze Reihe anderer Maßnahmen notwendig. Als solche empfiehlt die Kommunistische Partei: die obligate Heranziehung jedes Sowjetgliedes zur Ausübung einer bestimmten Arbeit in der Staatsverwaltung ... Die stete Abwechslung dieser Arbeiten ... Endlich empfiehlt die Partei als allgemeine Arbeitsrichtung die allgemeine Heranziehung gesamten arbeitenden Bevölkerung, ohne jede Ausnahme, zur Staatsverwaltung. Darin liegt eigentlich die Grundlage unserer Politik“ (Bucharin: Das ABC des Kommunismus, 1919, S.182/183). Aus den schon früher angeführten Gründen war Sowjetrussland nicht in der Lage, auch nur einen ersten Beginn dieser richtigen Grundsätze praktisch in die Tat umzusetzen. In den vorgeschrittenen kapitalistischen Ländern jedoch wird das dem siegreichen revolutionären Proletariat möglich sein.

5) Vor Aufrichtung der proletarischdemokratischen Macht haben im Arbeiterrat, sofern sie hineingewählt sind, nur beratendes Recht: a) Die Mandatare der öffentlichen Vertretungskörperschaften des kapitalistischen Staates (Reichs-, Provinzparlamente, Kreis-, Bezirks-, Gemeindevertretungen), b) die Angestellten von Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft, der proletarischen Massenorganisationen überhaupt. – Dem Arbeiterrat sollen nicht angehören, beziehungsweise es soll ihr Arbeiterratsmandat erlöschen: Mitglieder der Reichsregierung, der Provinzregierungen, der Stadträte, der Kreis- und Bezirksausschüsse im kapitalistischen Staat, sowie Mitglieder einer politischen oder wirtschaftlichen oder kulturellen Arbeitsgemeinschaft mit Ausbeutern, Unternehmern; Mitglieder von Gemeindeausschüssen im kapitalistischen Staat sollen im Arbeiterrat nur Beratungsrecht haben.

[58]

B

Sicherungen innerhalb der Betriebsräteorganisation und der Gewerkschaften

1) Jedes Mitglied des Betriebsrates und dieser als Ganzes kann durch die Belegschaft, die ihn gewählt hat, jederzeit abgesetzt und durch Wahlen neu besetzt werden; das gilt sinngemäß auch für die Betriebsratsdelegierten der höhern Stufen der Betriebsräteorganisationen.

2) Jeder Funktionär, jede Leitung der Gewerkschaft kann durch die Körperschaft, die sie gewählt hat, jederzeit abgesetzt und von ihr durch Neuwahl besetzt werden. Gewerkschaftsbeamte bedürfen zur Ausübung ihres Amtes der Bestätigung der zuständigen Körperschaft (Mitgliederversammlung, Gewerkschaftstagung), wenn diese nicht versammelt ist, durch die zuständige Leitung (Orts-, Bezirks- oder Kreis-, Provinzleitung), welche Bestätigung jederzeit entzogen werden kann. Bezirksbeamte zum Beispiel bedürfen der Bestätigung durch den gewerkschaftlichen Bezirksparteitag, beziehungsweise die gewerkschaftliche Bezirksleitung, welche Bestätigung ihnen jederzeit entzogen werden kann. Auf dem Gewerkschaftstag (Kongressen, Bezirkstagen, Mitgliederversammlungen usw.), auf den Tagungen der Betriebsräteorganisationen haben Gewerkschaftsangestellte, überhaupt beamtete Personen im obigen Sinn (siehe A 3) in allen Fällen nur Beratungsrecht (vorausgesetzt, dass sie als Delegierte gewählt worden sind). Dagegen in den gewerkschaftlichen Vollzugsausschüssen haben diejenigen beamteten Personen, die in sie gewählt sind, auch Beschlussrecht.

Die Gewerkschaftstage aller Stufen müssen jährlich mindestens einmal zusammentreten; falls die zuständige Gewerkschaftsleitung die Einberufung dazu nicht längstens bis 15. November des laufenden Jahres ergehen lässt, gilt der Gewerkschaftstag auf den 25. Dezember desselben Jahres für einberufen mit der Tagesordnung: Die wirtschaftliche und politische Lage, die Lage der Organisation und ihre Aufgaben, Neuwahl der Leitung. Wenn Organisationen, die zusammen mehr als 20% der gesamten Mitgliedschaft umfassen, es verlangen, muss ein außerordentlicher Gewerkschaftstag längstens innerhalb eines Monats einberufen werden und längstens innerhalb zwei Monaten tatsächlich zusammentreten. Das gleiche gilt von allen Gewerkschaftstagungen niedriger Stufe; in der niedersten Stufe muss die außerordentliche Einberufung innerhalb einer Woche, der tatsächliche Zusammentritt innerhalb zwei Wochen erfolgen.

All dies gilt sinngemäß für alle proletarischen Massenorganisationen wie Genossenschaften usw.

C

Sicherungen innerhalb der proletarischen Partei

1) Auf den Parteitagungen (im Reichs-, Provinz-, Kreis- oder Bezirks-, Ortsmaßstab) haben Partei-Angestellte, überhaupt beamtete Personen im obigen Sinne (siehe A 3) [59] in allen Fällen nur Beratungsrecht (vorausgesetzt, dass sie als Delegierte gewählt worden sind); auch in den Mitgliederversammlungen haben sie als Mitglieder der betreffenden Organisation nur Beratungsrecht. Dagegen haben sie Beschlussrecht in denjenigen Partei-Exekutivkomitees aller Stufen, in die sie gewählt worden sind. (Auch Leitungsmitglieder haben im Plenum derjenigen Parteitagung, die sie s. Zt. gewählt hat, nur Beratungsrecht).

2) Parteiangestellte bedürfen zum Ausüben ihres Parteiamtes der Bestätigung durch die zuständige Parteikörperschaft (wenn diese nicht versammelt ist, durch die zuständige Orts-, Bezirks- oder Kreis-, Provinzleitung), die sie ihnen jederzeit entziehen kann. So benötigen zum Beispiel Angestellte eines Parteibezirks (Redakteure des Bezirksblattes

usw. inbegriffen) der Bestätigung durch den Bezirksparteitag, wenn dieser nicht tagt, durch die Bezirksparteileitung. Das gilt sinngemäß auch für die Gewerkschaften, überhaupt alle proletarischen Massenorganisationen).

3) Der ordentliche Parteitag muss jährlich einmal zusammentreten. Falls das Zentralkomitee ihn bis 15. November einberuft, gilt der Reichsparteitag für den 25. Dezember desselben Jahres für einberufen mit der Tagesordnung: Die politische Lage, die Lage der Partei und ihre Aufgaben; Neuwahl der Parteileitung. Analoge Bestimmungen sind zu treffen für die Provinz- und die Kreis- oder Bezirksparteitage, sowie für die Mitgliederversammlungen, unter entsprechender Vorverlegung des bezüglichen Spätesttermins.

4) Wenn Organisationen, die zusammen mehr als 20% des gesamten Parteimitgliederbestandes umfassen, es verlangen, muss ein außerordentlicher Parteitag innerhalb sechs Wochen einberufen werden und jedenfalls längstens innerhalb zwölf Wochen tatsächlich zusammentreten. Analoge Bestimmungen sind zu treffen für die Gebietsparteitage aller Grade bis hinunter zu den Mitgliederversammlungen, wobei die Fristen zur Einberufung, zum Zusammentritt nach unten stufenweise zu verkürzen; die außerordentliche Mitgliederversammlung muss innerhalb drei Tagen einberufen werden und innerhalb einer Woche tatsächlich zusammentreten.

5) „Wir müssen den festen Kurs zu einer Proletarisierung des ganzen Parteiapparates einschlagen ... Der Apparat sollte durchaus nicht nur aus bezahlten Angestellten bestehen und regelmäßig aus der Zahl der Arbeiter rekrutiert werden. Der Etat der Lokalorganisationen sollte grundsätzlich aus Beiträgen der Mitglieder bestehen. Die lokalen Organisationen sollten regelmäßig einen Bericht über ihre Einnahmen und Ausgaben vor den Parteimitgliedern erstatten“ ... „Ein beträchtlicher Teil der Parteiarbeit könnte durch Parteimitglieder, denen man außerhalb ihrer industriellen oder sonstigen Tätigkeit dafür Zeit gäbe, gratis erledigt werden.

„Eine Maßnahme zur Neubelebung des Parteiapparates würde die systematische Entsendung eines Teiles der Genossen von dem Apparat in die Fabriken und zur Arbeit der untern Klassen sein. Wir müssen gegen das Bestreben der Sekretäre kämpfen, sich unabsetzbar zu machen. Wir müssen bestimmte Grenzen für die Zeit der Besetzung von Sekretärstellen und andern wichtigen Posten festlegen“ (Trotzki: Die wirkliche Lage in Russland, 1927, S.110).

„Bei der Auswahl des Stabes des Zentralausschusses und des Zentralen Kontrollausschusses und ihrer Organe müssen wir uns durch den Rat Lenins leiten lassen, wie er uns in seinen Briefen vom 25. und 26. Dezember 1922 vom 4. Juni 1923 (in seinem Testament) gegeben ... Von den Arbeitern, die Mitglieder des Zentralausschusses sind, sollte der größere Teil auf einer geringern wirtschaftlichen Stufe stehen als diejenigen, die sonst in den letzten 5 Jahren in Sowjetstellungen [60] aufgerückt sind“ - so schrieb Lenin in seinem Brief vom 26.12.1922 - „und sie sollten enger sein mit der Masse der Arbeiter und derjenigen Bauern, die weder direkt noch indirekt zur Klasse der Ausbeuter gehören ... Arbeiter, die in den Zentralausschuss eintreten, sollten nach meiner Meinung nicht vorwiegend solche sein, die schon für längere Zeit Sowjetstellungen bekleidet haben ... weil diese Arbeiter schon gewisse Gewohnheiten und gewisse Vorurteile angenommen haben, gegen die wir gerade anzukämpfen wünschen“ (Trotzki: ebenda, S.111/112).

„Das dichte Nebeneinander, teilweise direkte Verschmelzen von Partei- und Staatsapparat fügte bereits in den ersten Jahren der Freiheit und Elastizität des Parteiregimes sichtlichen Schaden zu“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.96).

6) Gegenüber jedem tatsächlichen Versuch, eine falsche Politik durch Drosseln, Ersticken der Parteidemokratie zu stützen, aufrecht zu erhalten, fortzusetzen, haben die proletarischen Revolutionäre das Recht, ja die Pflicht, sich als Parteifraktion zusammenzuschließen zum Kampf für die politische Gesundung der Partei, für die Wiederherstellung der Parteidemokratie, für die proletarischrevolutionäre Linie.

D

Bezüge der beamteten Personen

Der Gehalt einer beamteten Person des proletarischdemokratischen Staates, seiner Staatswirtschaft, der proletarischen Partei, der Gewerkschaften, der proletarischen Massenorganisationen überhaupt – die Naturalbezüge inbegriffen – darf im Höchstausmaß das Realeinkommen eines guten Arbeiters (worin auch dessen Naturalbezüge eingerechnet sind), das ist den Reallohn eines gut qualifizierten Arbeiters nicht übersteigen.

E

Jederzeitige Absetzbarkeit aller beamteten Personen

1) Eingesetzt werden die Angestellten des proletarischdemokratischen Staates, seiner Staatswirtschaft durch dessen Zentralregierung, unmittelbar oder mittelbar. Doch ist jeder Staats-, Staatswirtschaftsangestellte jederzeit absetzbar durch den zuständigen Arbeiter- und Kleinbauernrat (die reinen Ortsangestellten durch den Ortsarbeiterrat, aber auch durch den zuständigen Bezirks-, Kreis-, Provinzarbeiterrat und so fort in allen Stufen analog – letzten Endes alle Staats-, Staatswirtschaftsangestellte durch den Reichsarbeiterrat). Die Besetzung der Stellen beeinflusst der Arbeiter- und Kleinbauernrat dagegen, dass er unmittelbar oder mittelbar die Zentralregierung wählt, absetzt, in der ihm genehmen Zusammensetzung neu wählt, die die Stellenbesetzungen durchzuführen hat.

2) Die beamteten Personen in Partei, Gewerkschaft, überhaupt in den proletarischen Massenorganisationen werden von deren Zentralleitung eingesetzt; unmittelbar oder [61] mittelbar, aber sie bedürfen der Bestätigung durch die zuständige Partei-, Gewerkschafts- undsowweiter-Körperschaft (falls diese nicht tagt durch die bezügliche Leitung), die sie ihnen jederzeit entziehen kann (zum Beispiel die Angestellten der Provinzorganisation bedürfen der Bestätigung durch den Provinztag, wenn dieser nicht versammelt ist, durch die betreffende Provinzleitung). Die Stellenbesetzung beeinflusst die Mitgliedschaft dadurch, dass sie mittelbar die Zentralleitung wählt, die die Stellenbesetzungen durchzuführen hat, absetzt, in der ihr genehmen Zusammensetzung neu wählt.

F

Alle obigen Bestimmungen sind sinngemäß anzuwenden auf alle sonstigen vom proletarischdemokratischen Staat zugelassenen Parteien, Organisationen (kleinbürgerliche „Arbeiter“parteien, Genossenschaften der nichtausbeutenden Bauern und so weiter), und zwar sowohl was das Stimmrecht ihrer beamteten Personen in proletarischen Vertretungskörperschaften, in die sie gewählt worden sind, betrifft, als auch was ihre innere Demokratie anlangt (nur Beratungsrecht der beamteten Personen auf den Tagungen dieser Organisationen, Einberufung und Zusammentritt der Organisationstagungen usw., Höchstgehalt der beamteten Personen usw.).

Die zur legalen politischen Tätigkeit als Reformparteien im Rahmen der Verfassung des proletarischdemokratischen Staates zugelassenen kleinbürgerlichen „Arbeiter“parteien wirken der bürokratischen Entartung insofern objektiv entgegen, als sie durch ihre gegen den proletarischdemokratischen Staat, also auch gegen dessen proletarischklassenmäßigen Staats-, Staatswirtschaftsapparat gerichtete kleinbürgerliche Kritik – gegen ihren Willen – der proletarischen Revolutionspartei helfen, manche Mängel in der Verwaltung, im proletarischdemokratischen Staats-, Staatswirtschaftsapparat früher als sonst bemerken und rechtzeitig abstellen zu können.

G

Systematische Erziehung in der proletarischen Klassenpartei, in den proletarischen Massenorganisationen, im proletarischdemokratischen Staat zu selbständigem revolutionärem Denken und Urteilen der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger.

H

Weitgehende Selbstverwaltung im Maßstab der Gemeinden, Bezirke (Kreise), Provinzen des proletarischdemokratischen Staates. Die Grenzen der Selbstverwaltungsgebiete sind so zu ziehen, dass sie in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten armen Bauern und Kleinbürger berücksichtigen, in diesem Rahmen aber möglichst auch die Siedlungsgebiete der dem proletarischdemokratischen Staat angehörenden Nationen (Nationsteile), damit diese, möglichst geschlossen zu Selbstverwaltungsgebieten, sich in nationalkulturellen Angelegenheiten, Schule und dergleichen, selbst verwalten können.

[62]

J

Die Bewaffnung der Arbeiterschaft als äußerste Sicherung der proletarischen Demokratie

1) Die Bewaffnung der Arbeiterschaft muss effektiv sein und nicht ein bloßer Stalinschwindel auf dem Papier oder bei Paraden. „Am Ende des zweiten Jahrzehnts seines Bestehens ist der Sowjetstaat weder abgestorben noch auch im „Absterben“ begriffen, schlimmer: Er wucherte zu einem in der Geschichte noch nicht dagewesenen Zwangsapparat aus; die Bürokratie ist nicht nur nicht verschwunden, den Massen ihren Platz abtretend, sondern zu einer unkontrollierten, die Massen beherrschenden Kraft geworden; die Rote Armee ist nicht nur nicht durch das bewaffnete Volk ersetzt, sondern es bildete sich eine privilegierte Offizierskaste heraus mit Marschällen an der Spitze, weder dem Volk, dem „bewaffneten Träger der Diktatur“ verantwortlich, dem heute in der USSR sogar das Tragen von Hieb- und Stichwaffen verboten ist“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.53).

Die Bewaffnung der Arbeiterschaft muss so organisiert sein, dass sie der proletarischen Demokratie wirksam den letzten, äußersten Rückhalt gibt.

2) Bewaffnet sind alle Mitglieder der proletarischen Revolutionspartei, darüber hinaus diejenigen Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger beiderlei Geschlechts, die tatsächlich bereit sind, die Diktatur der proletarischen Demokratie gegen jeden Feind mit der Waffe in der Hand zu schützen.

3) Die Befehlshaber bis zum Regimentskommandanten inbegriffen, werden von den bewaffneten Arbeitern, armen Bauern und Kleinbürgern bei jederzeitiger Absetzbarkeit gewählt. Die höhern Befehlshaber werden vom Reichsarbeiter- und Kleinbauernrat bei jederzeitiger Absetzbarkeit gewählt, der auch über die organisatorische und personelle Zusammensetzung ihres Stabes bestimmt.

4) Beamtete Personen im obigen Sinn (siehe A 3) haben auf allen Tagungen der bewaffneten Organisation der Arbeiterschaft nur Beratungsrecht. Sie können durch das Vertrauen der bewaffneten Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger wohl als Befehlshaber bis zum Regimentskommandanten inbegriffen gewählt werden, dagegen sind sie von allen

höheren Befehlshaberstellen ausgeschlossen, ebenso auch vom Organisations- und Verwaltungsapparat der bewaffneten Organisation der Arbeiterschaft, dessen Zusammensetzung der Reichsarbeiterrat verfügt.

5) Zur Deckung der laufenden Kosten der bewaffneten Organisation der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger bestimmt der Reichsarbeiterrat ein Spezialbudget neben dem allgemeinen Staatsbudget. Dieses Spezialbudget verwaltet der Reichsarbeiter- und Kleinbauernrat selbst.

6) Zum Schutz der Ausrüstung der bewaffneten Arbeiterschaft ist ein ständiger Wachdienst aus ihren Reihen mit regelmäßiger Ablösung derart zu organisieren, dass die jedesmalige Wachmannschaft während dieser Zeit einerseits über den Zweck der Bewaffnung der Arbeiterschaft politisch geschult wird, andererseits immer wie- [63] der eine gute militärische Ausbildung mitmacht. Die Richtlinien dazu gibt der Reichsarbeiter- und Kleinbauernrat.

7) Über die bewaffnete Arbeiterschaft verfügt einzig allein der Reichsarbeiter- und Kleinbauernrat, im Notfall dessen Präsidium. Sind sie nicht versammelt oder verhindert, so verfügt jeder Provinzarbeiter- und Kleinbauernrat, im Notfall dessen Präsidium über die bewaffnete Arbeiterschaft seiner Provinz. Ist ein Provinzarbeiter- und Kleinbauernrat beziehungsweise dessen Präsidium nicht versammelt oder verhindert, so verfügt jeder Kreis- (Bezirks-) Arbeiter- und Kleinbauernrat, im Notfall dessen Präsidium über die bewaffnete Arbeiterschaft des Kreises (Bezirk).

8) Die zuständigen Arbeiter- und Kleinbauernräte, im Notfall deren Präsidium, sind nicht nur berechtigt, sondern von Gesetzes wegen verpflichtet, das Eingreifen der bewaffneten Arbeiterschaft gegen beamtete Personen im obigen Sinne (siehe A 3), die Regierung inbegriffen, zu verfügen in folgenden Fällen:

a) Wenn diese ernste Schritte unternehmen, um die Wahl der Arbeiterräte aus den Betrieben heraus zu beseitigen oder das Wahlrecht ausbeuterischer Elemente zum Arbeiter- und Kleinbauernrat einzuführen oder die jederzeitige Abberufung und Ersetzung der Deputierten durch ihre Wähler zu beseitigen;

b) Wenn diese ernste Schritte unternehmen, um die Einberufung oder gar den Zusammentritt des Reichsarbeiter- und Kleinbauernrates zu verhindern;

c) Wenn die vom Reichsarbeiter- und Kleinbauernrat abgesetzte Regierung oder von einem zuständigen Arbeiter- und Kleinbauernrat abgesetzte beamtete Person des Staats- oder Staatswirtschaftsapparats entgegen dem Arbeiterratsbeschluss ihr Amt weiter zu führen sucht; überhaupt wenn sie ernste Schritte unternehmen, um die jederzeitige Abberufung von beamteten Personen durch den Arbeiter- und Kleinbauernrat zu beseitigen.

d) Gegen jeden, der die Rote Armee, Rote Polizei und dergleichen oder Teile derselben ernstlich gegen die bewaffnete Arbeiterschaft auszuspielen sucht.

9) Über Verfehlungen im Dienste der Organisation der bewaffneten Arbeiterschaft urteilt der Reichsarbeiter- und Kleinbauernrat oder die von diesem dazu aus den Reihen der bewaffneten Arbeiterschaft eingesetzten Besondern Gerichte.

10) Die Erfahrung wird zeigen, wie weit die mit einer derartig organisierten Bewaffnung der Arbeiterschaft bis zu einem gewissen Grad unvermeidlicher Weise verbundene Schwächung der Handlungsfähigkeit des proletarischdemokratischen Staates vom proletarischen Klassenstandpunkt aus praktisch tragbar. Die Erfahrung wird zeigen, wie weit im weitem Verlauf diese Garantien gegen die bürokratische Gefahr noch gesteigert oder gelockert werden müssen, immer auf der Basis, dass die unbedingt notwendige revolutionäre Handlungsfähigkeit des proletarischdemokratischen Staates, der proletarischdemokratischen Massenorganisationen und der Partei der proletarischen Demokratie, das ist der proletarischen Klassenpartei, stets in ausreichendem Maße gewahrt bleibt.

[64]

3. der proletarischdemokratische Staatsapparat

Wir wollen keine stehende, das heißt kasernierte, von den Volksmassen getrennte Armee, die von einer den Volksmassen feindlichen Klasse befehligt wird, sondern wir wollen die Bewaffnung der ausgebeuteten, unterdrückten Volksmassen, die Volksbewaffnung, das ist die Volksmiliz der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger. Sie muss über einen proletarisch klassenmäßig verlässlichen Ausbildungskader verfügen von solcher militärischer Qualität, dass er die systematische militärische Schulung der Volksmassen zu organisieren, sie im Kampf zu führen vermag. Diese Volksmiliz braucht Kasernen, Lager, Magazine, Schießstätten usw., aber kein von den Volksmassen getrenntes Heer. Die erste Ausbildung erfolgt in ungefähr drei Monaten. Dann rückt abwechselnd ein Teil der Wehrpflichtigen nach dem andern regelmäßig zur militärischen Übung ein, normalerweise immer etwa einen Monat alle zwei Jahre.

Diese Volksmiliz braucht der Arbeiterklasse ergebene, mit ihr fest verbundene, zumeist ihr selbst entstammende Kommandanten, die sich in keiner Weise der Arbeiterklasse entfremden und sich nicht durch Privilegien und auch nicht materiell über die Volksmassen erheben.

Gegen die kapitalistische Armee verlangen wir mit Recht die Bestimmung der Offiziere durch Wahl der Soldaten. Solange die Macht in den Händen der uns feindlichen Klassen lag und der Kommandostab als Werkzeug in den Händen dieser Macht erschien, waren wir verpflichtet, bestrebt zu sein, durch das Wahlprinzip den Klassenbestand des Kommandopersonals zu brechen. Aber jetzt befindet sich die politische Macht in den Händen derselben Arbeiter-

klasse, aus deren Reihen die Armee sich rekrutiert. Unter dem jetzigen Regime in der Armee „erscheint das Wahlprinzip politisch zwecklos, technisch aber unzweckmäßig, und in dem Dekrete ist es bereits aufgehoben“ (Trotzki: Arbeit, Disziplin und Ordnung wird die sozialistische Sowjetrepublik retten!, 1918, S.27/28).

Ähnlich ist es mit den Soldatenräten. Sie sind unumgänglich notwendig im Kampf um die Aufrichtung der proletarischdemokratischen Macht, im Kampf um das Heer. Mit dem Sieg der revolutionären Arbeiterklasse beginnt sofort der Aufbau der Roten Armee. In demselben Maße, als es gelingt, der Arbeiterklasse ergebene, zuverlässige Kommandanten auszulesen, in demselben Maße wird die Soldatenratsinstitution überflüssig; sie weiter aufrecht zu erhalten, hieße die Schlagkraft der Roten Armee schwächen.

Salbst im allergünstigsten Fall wird es nicht möglich sein, den gesamten Kommandobestand mit einem Schlag aus proletarisch zuverlässigen und zugleich militärisch tüchtigen Elementen zusammenzusetzen. Man muss solche Fachmänner der alten Armee heranziehen, die sich dem proletarischdemokratischen Staat loyal zur Verfügung stellen. Man muss sie heranziehen, weil fähige proletarische Kommandanten nicht sofort in genügender Zahl vorhanden sind und es Zeit braucht, sie in genügender Qualität und Zahl aufzuziehen; man muss sie heranziehen, weil man mittels ihrer militärischen Fähigkeiten das Herausbilden geeigneter proletarisch klassenmäßig verlässlicher Elemente zu tüchtigen militärischen Kommandanten beschleunigen kann. Dieser mehr oder weniger lange Übergangszustand, wobei die wirklich loyalen alten Kommandanten mit dem neuen Bestand der dem Proletariat ergebene, verlässlichen Kommandanten verwachsen, erfordert verschiedenerlei Übergangseinrichtungen.

[65] „Revolutionäre Militärsowjets“ wurden von mir (Trotzki) während des Bürgerkrieges eingeführt. Ein Sowjet bestand aus dem Kommandierenden und zwei, manchmal drei politischen Mitgliedern. Obwohl der Chef formell absolute Kommandorechte besaß, hatten doch seine Befehle ohne die Unterschrift der politischen Sowjetmitglieder keine Kraft. Die Notwendigkeit dieser Rückversicherung, die als ein vorübergehendes Übel betrachtet wurde, ergab sich aus dem Mangel an einem zuverlässigen Kommandobestand und dem Misstrauen der Soldaten auch zu den loyalen Kommandeuren. Die allmähliche Formierung eines Roten Offizierskorps sollte mit den Sowjets ein Ende machen und das auf dem militärischen Gebiet unvermeidliche Prinzip der Einzelleitung wieder herstellen“ (Trotzki: Stalins Verbrechen, 1936, S.335/336).

„Die Komitees der alten Armee waren entstanden als die Verkörperung der Armee selbst, mindestens ihrer ersten Etappe. In den neuen Regimentern durfte man das Komiteewesen als den Beginn der Desorganisation nicht dulden. Noch waren die Flüche gegen die alte (kapitalistische) Disziplin nicht verklungen, und schon waren wir genötigt, eine neue (die proletarische) Disziplin einzuführen. Von dem System der Freiwilligkeit musste man nach kurzer Zeit zum System der Zwangsaushebung und von dem zu einer regulären Organisation übergehen“ (Trotzki: Mein Leben, 1930, S.421).

„Die Militärfachleute werden die Technik, die rein militärischen Fragen, die operative Arbeit, die Kampffaktionen leiten, während die politische Seite der Formierung, Schulung und Ausbildung der Truppen ganz und gar den bevollmächtigten Vertretern des Sowjetregimes in Gestalt seiner Kommissare untergeordnet sein werden. Einen andern Weg gibt es augenblicklich nicht und kann es nicht geben. Man darf nicht vergessen, dass zum Kampf außer der Begeisterung, die im Volk steckt, auch noch technische Kenntnisse erforderlich sind (Trotzki: Wir brauchen eine Armee, Rede im Moskauer Sowjet, 19.3.1918). „Die politische Kontrolle über die ganze Organisation und das Leben der Armee werden wir den Kriegskommissaren übertragen ... Der Kommissar wacht über den engsten innern Zusammenhang zwischen der Armee und dem Sowjetregime im Ganzen. Der Kommissar verkörpert das Prinzip der revolutionären Pflicht und der unbeugsamen Disziplin. Der Kommissar sanktioniert alle militärischen Befehle. Kraft seiner Autorität und seiner Macht sichert der Kommissar die sofortige, wortlose Erfüllung der operativen und militärischen Verfügung der militärischen Leiter. Die Regierung legt der Schaffung der Roten Armee folgende Prinzipien zugrunde: allgemeine Pflichtausbildung im Kriegshandwerk in den Schulen, in den Betrieben, auf dem Land; sofortige Schaffung von bestgeeigneten Kadern aus den selbstlosen Kämpfern; Heranziehung der militärischen Fachleute als Konsultanten (Berater), Fachleute, Inspektoren und Kampfleiter; Ausbildung der Institutionen der Kriegskommissare als Überwacher der höchsten Interessen der Revolution und des Sozialismus“ (Trotzki: Unsere Aufgaben, 21.3.1918). „... Diese Zweiseitigkeit des Kommandoapparats, der sich aus militärischen Fachleuten und politischen Kommissaren zusammensetzt, wobei, wie Sie wissen, es den letzten aufs strengste vorgeschrieben ist, sich in operative Verfügungen nicht einzumischen, sie nicht aufzuhalten und nicht zurückzuziehen. Der Kommissar leistet nur durch seine Unterschrift den Soldaten- und Arbeitermassen die Gewähr dafür, dass der betreffende Befehl von militärischen Rücksichten und nicht von konterrevolutionären Absichten diktiert ist. Das ist alles, was der Kommissar sagt, indem er seinen Namen unter diesen oder jenen operativen Befehl setzt. Die Verantwortung für die Zweckmäßigkeit des Befehls fällt dann auf den militärischen Leiter ... Sie verstehen, dass man momentan in der Epoche, in der wir jetzt leben, mit andern Methoden, auf anderem Wege, die militärische Organisation nicht aufbauen kann. Den militärischen Leitern ist auf ihrem Gebiet die notwendige Freiheit geboten, wenn sie gewissenhaft ihre Pflicht tun“ (Trotzki: Die Rote Armee; Rede im Allrussischen Zentralexekutivkomitee am 22.4.1918, am Gründungstag der Roten Armee, in: Trotzki: Die Gründung der Roten Armee, 1924, S.22,25,32).

[66] Als länger dauernde Institution bleiben die politischen Heereskommissare. Es sind dies Organe der proletarisch-revolutionären Erziehung des Heeres und zugleich Organe der dauernden politischen Kontrolle des Arbeiter- und

Kleinbauernrats über die Rote Armee; denn diese muss stets ein Vollzugsorgan, ein Diener des proletarischdemokratischen Staates, der proletarischen Demokratie der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger sein und bleiben, darf sich nie und nimmer zum Herrn derselben auswachsen. In demselben Maße als der proletarischdemokratische Staat über proletarischdemokratisch verlässliche Kommandanten in genügender Zahl und von ausreichender militärischer Qualität verfügt, beginnt er die Institution der Armeekommissare einzuschränken, abzubauen. (Das hat nichts zu tun mit der Stalinschen Abschaffung der politischen Kommissare bei der Roten Armee 1942. Stalin schaffte die Armeekommissare ab, als er eine mit der Stalinbürokratie verfilzte Offiziersaristokratie, Offizierskaste herausgebildet hatte, die der Stalinbürokratie genügend verlässlich erschien gegen die proletarische Demokratie, gegen die proletarische Revolution, einsatzfähig gegen die breiten Massen der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger.)

Auch die Rote Garde ist eine Übergangseinrichtung der ersten Zeit. von der proletarischen Revolutionspartei im Entscheidungskampf um die Macht ausgelesen, setzt sie sich aus der Arbeiterklasse ergebenden, kampfgewilltesten, kampftüchtigsten proletarischrevolutionären Elementen zusammen. Indem diese nach dem Sieg selbstverständlich auf wichtige Posten vor allem des proletarischdemokratischen Machtapparats übergehen, stirbt die Rote Garde ab, nachdem sie ihre Übergangsfunktion erfüllt hat.

Unter Lenin-Trotsky war in der Roten Armee kein Platz für ausbeuterische Elemente – unter der Stalinbürokratie wird der Gesichtspunkt der sozialen Herkunft bei der Zusammensetzung der Armee überhaupt nicht mehr berücksichtigt, jedenfalls nicht vom proletarischen Klassenstandpunkt.

Die Volksmiliz ersetzte die Stalinbürokratie durch eine kasernierte Armee und schuf bewusst eine über die Massen gehobene Offizierskaste, mit Marschällen an der Spitze, eine regelrechte Militäraristokratie, um sich auf diese stützen zu können und mittels dieser das Heer verwendungsfähig zu machen auch gegen die russischen Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger. Nicht nach der Ergebnisheit, Verlässlichkeit für die proletarische Demokratie, für die internationale proletarische Revolution erfolgt die Auslese der Offiziere, sondern nach ihrer Ergebnisheit, Verlässlichkeit für die Stalinbürokratie, vor allem die Person Stalins. Bewusst werden die Offiziere weit über die Mannschaft gehoben, immer mehr wird dieser Unterschied vergrößert, immer größere Vorrechte erhalten die Offiziere und immer höhern Sold. Der einfache Soldat bekommt zehn Rubel, ein Leutnant 100 Rubel, ein Oberst 2400 Rubel, die Marschälle beziehen Riesengehälter.

„Ein noch betäubenderer Schlag für die Oktoberrevolution war das Dekret über die Wiederherstellung des Offizierskorps in seiner ganzen bürgerlichen Herrlichkeit ... Im September 1935 erfuhr die zivilisierte Welt, ... dass die Rote Armee von nun an eine Offiziershierarchie krönen würde, die beim Leutnant beginnt und beim Marschall aufhört ... Die Wiederherstellung der hierarchischen Kaste ist im Interesse der militärischen Sache keineswegs erforderlich. Praktisch von Bedeutung ist der Kommandoposten, nicht die Rangstufe. Auf „feste Grundlage“ wird in Wirklichkeit nicht das Heer, sondern das Offizierskorps gestellt, um den Preis der Distanzierung von der Armee. Die Reform verfolgt einen rein politischen Zweck: den Offizieren ein neues soziales Gewicht zu verleihen ... “Die Bedeutung der leitenden Kader heben“ heißt, das Offizierskorps um den Preis einer Schwächung des moralischen Zusammenhalts der Armee enger mit der herrschenden Spitze zu verbinden“ ... „Die Wiederherstellung der Offizierskaste 18 Jahre nach ihrer revolutionären Abschaffung zeugt [67] gleich stark sowohl von dem Abgrund, der die Leitenden bereits von den Geleiteten trennt, wie davon, dass die Sowjetarmee ihre wichtigsten Eigenschaften, die ihr erlaubten, sich „Rote Armee“ zu nennen, eingebüßt hat“ ... „Die neue Verfassung, die einen enormen Schritt zurück von den sozialistischen zu den bürgerlichen Grundsätzen darstellt und der herrschenden Schicht auf Maß zugeschnitten ist, bleibt in jener historischen Linie, deren Etappen lauten: Verzicht auf die proletarische Revolution zugunsten des Völkerbunds, Wiederherstellung der kleinbürgerlichen Familie, Ersetzung der Miliz durch die kasernierte Armee, Wiedereinführung von Titeln und Orden, wachsende Ungleichheit. Während die neue Verfassung den Absolutismus der „klassenlosen“ Bürokratie befestigt, schafft sie die politischen Voraussetzungen für die Wiedergeburt einer neuen besitzenden Klasse“ (Trotsky: Verratene Revolution, 1936, S.215/219,264).

Ein Freund und Bewunderer der Stalinbürokratie, der Dollarmillionär Davies, stellt mit höchster Befriedigung fest: „Auch in der Armee ist die frühere Idee der Kameradschaftlichkeit der Offiziere und der Einfachheit derselben ersetzt worden durch Titel, Goldlitzen, Epauletten, Orden und elegante Uniformen, die eine Klasse von der andern unterscheiden ... Die Idee des Weltproletariats und der Weltrevolution sind zugunsten derjenigen eines nationalistischen Russland beiseite gesetzt worden“ (J.E. Davies: Als USA-Botschafter in Moskau, 1941, S.95).

Nach denselben Grundsätzen hat die Stalinbürokratie den Polizei- und den Justizapparat ausgebaut, insbesondere die Geheimpolizei. Auslese, Aufbau, Erziehung bewegen sich auf der Linie: Ergebnisheit für die Stalinsche Bürokratie, für Stalin insbesondere, Verwendungsfähigkeit auch gegen die russischen Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger.

Die siegreiche proletarische Revolution muss die kapitalistische Polizeimaschine zertrümmern und durch eine der Arbeiterklasse, der Weltrevolution, der proletarischen Demokratie ergebene, proletarisch klassenmäßig aufgebaute Rote Polizei ersetzen. Sie muss den kapitalistischen Justizapparat zerbrechen, ohne in der Lage zu sein, einen proletarisch verlässlichen Justizapparat aus dem Boden zu stampfen. Sie muss als Übergangseinrichtung die Revolutionstribunale der Straf- und Zivilgerichtsbarkeit ins Leben rufen für solange, bis es gelungen, die Gerichtsbarkeit des proletarischdemokratischen Staates einem proletarisch klassenmäßig zuverlässigen Roten Gerichtsapparat zu übertragen.

Im Großen und Ganzen muss auch der Verwaltungsapparat des proletarischdemokratischen Staates nach denselben Grundsätzen geformt werden wie dessen Machtapparat; soweit besondere Fragen auftauchen, werden sie bei der Behandlung der verschiedenen Verwaltungsgebiete mitbehandelt. Es versteht sich, dass die Stalinbürokratie bei der Auslese, Erziehung, Organisation des Verwaltungsapparates nach denselben bürokratischen Gesichtspunkten verfährt wie beim Stalinschen Machtapparat.

Elftes Heft**2. Teil****III. Die Innenpolitik des proletarischdemokratischen Staates****A. Auf dem Gebiet der Wirtschaft überhaupt**

Nach ihrem revolutionären Sieg beginnt die Arbeiterklasse sofort zu „sozialisieren“, das heißt den Übergang zum Sozialismus mittels des proletarischdemokratischen Staates vorzubereiten, die ersten Anfangsschritte in die Richtung zum Sozialismus durchzuführen, wie die Nationalisierung der kapitalistischen Banken, Syndikate usw. Je vorgeschrittener das Land, desto leichter und früher schreitet das Proletariat aus dieser Phase der Übergangsvorbereitungen zum Aufbau des Sozialismus selbst, das große Endziel fest im Auge: ein Netz von produzierend-konsumierenden Genossenschaften zu schaffen, welche in planvoller, harmonisch zusammenspielender Organisation als sich selbst verwaltende Weltgenossenschaft die gesellschaftliche Produktion betreiben, zum fortlaufenden Befriedigen des gesamten menschlichen Bedarfes, wobei jeder nach seinen Fähigkeiten arbeitet und jedem nach seinen Bedürfnissen zugeteilt wird. Und es hält ebenso fest den einzigen Weg zu diesem Ziel ein: den Kampf im revolutionären Bündnis mit den Arbeitern aller Länder – denn immer bleibt es eingedenk des Leninschen Wortes: „Es war uns klar, dass ohne Unterstützung der internationalen Weltrevolution der Sieg der proletarischen Revolution (also auch der Aufbau des Sozialismus; d. Verf.) unmöglich ist. Wir dachten schon vor der Revolution und auch später: entweder kommt gleich oder zumindest sehr bald die Revolution in den übrigen Ländern, in den kapitalistisch entwickelten Ländern oder aber wir müssen unterliegen.“ Trotz dieses Bewusstseins taten wir alles, um das Sowjetsystem unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, denn wir wussten, dass wir nicht nur für uns, sondern auch für die Weltrevolution arbeiten“ (Lenin auf dem ÜI. Weltkongress der KI, 1921, in seiner Rede über die Taktik der Kommunistischen Partei Russlands, Sammelband, 1925, S.664).

Keinesfalls vermag die siegreiche Arbeiterklasse den Sozialismus mit einem Schlag hervorzuzaubern. Auf dem sehr langen Weg, der dahin führt, beginnt der proletarische Staat notwendigerweise mit dem zu wirtschaften, was die besiegte Bourgeoisie als Erbschaft hinterlassen. Und er muss sich beim Wirtschaften durch lange Zeit vielfach auch kapitalistischer Formen bedienen, wie der Trusts, des Geldes, des Lohnes usw. Doch vom ersten Augenblick an beginnt der proletarischdemokratische Staat diese Formen mit proletarischem Inhalt zu füllen, er wandelt sie so in Formen des Übergangs in die Richtung zum Sozialismus.

„Was die Ausnützung der vom Kapitalismus geschaffenen Methoden und Einrichtungen der Regulierung der Wirtschaft betrifft, so werden alle Arbeiterstaaten in diesem oder jenem Grad dieses Stadium auf dem Wege vom Kapitalismus zum Sozialismus [69] durchlaufen müssen, mit andern Worten, jede neue Arbeiterregierung wird nach der in diesem oder jenem Grad unvermeidlichen Zerstörung der kapitalistischen Wirtschaftsorgane während des Bürgerkrieges (der Börsen, Banken, Trusts, Syndikate) diese Organe wiederherstellen, sie sich politisch unterordnen und nach ihrer organisatorischen Verknüpfung mit dem Gesamtmechanismus der proletarischen Diktatur, sich ihrer in schöpferischer Arbeit bemächtigen müssen, um mit ihrer Hilfe allmählich den Umbau der Wirtschaft auf sozialistischen Grundlagen zu vollziehen“ (Leitsätze über die Wirtschaftslage Sowjetrusslands vom Standpunkt der Aufgabe der sozialistischen Revolution, IV. Weltkongress der KI, 1922, in Trotzki: Die Grundfragen der Revolution, 1923, S.470).

Notwendigerweise zeigt die Gesamtwirtschaft des proletarischen Staates in ihrer ersten Entwicklung ein vielgestaltiges Bild. Die Großindustrie und Teile der Landwirtschaft sind da bereits sozialisiert, aber daneben bestehen andere Wirtschaftsformen, insbesondere die Kleinbetriebe der Bauern, Handwerker, Krämer und mehr oder weniger der Markt, der sie mit der Gesamtwirtschaft verbindet. Es bedarf eines sehr langen Übergangsprozesses, bis all die nichtsozialistischen Wirtschaftsformen schließlich in die sozialistische Wirtschaftsform übergeleitet, in den sozialistischen Gesamtproduktionsprozess eingeordnet, aufgegangen sind.

Ein Weiterbestehen der kapitalistischen Mittelbetriebe kommt allerdings nach den Erfahrungen der russischen Revolution kaum in Betracht. „Die ökonomische Vernunft fällt keineswegs immer mit der politischen Notwendigkeit zusammen... Die Sache war die, dass wir diese Nationalisierung (nämlich die durchgehende Massennationalisierung) unter dem Drucke des Bürgerkriegs vornahmen ... Wären wir nach dem Siege der Revolution in Europa in die Arena der sozialistischen Entwicklung getreten, so hätte unsere Bourgeoisie das Herz in den Hosen gehabt, und es wäre leicht gewesen, mit ihr fertig zu werden... In diesem Falle hätten wir die Großbetriebe in die Hand genommen und die mittlern und kleinen Betriebe einstweilen auf privatkapitalistischer Grundlage weiter wirtschaften lassen können; dann wären wir zu den mittlern Betrieben übergegangen, streng bedacht auf die organisatorischen Bedürfnisse und die Produktionsmöglichkeiten. Eine solche Reihenfolge hätte entschieden der ‚ökonomischen Vernunft‘ entsprochen“... Allein: „Wie konnte man unserer Bourgeoisie und ihren Schleppträgern den Respekt vor der neuen Regierung anders beibringen als durch Enteignung ihres Eigentums? Einen andern Weg gab es nicht. Jede Fabrik, jede Bank, jedes Kontor, jeder Laden, jedes Advokatenbüro bildete eine Festung gegen uns. Die lieferten der kriegesischen Konterre-

volution die materielle Basis und die organisatorische Verbindung... Deshalb fassten wir die Frage nicht vom Standpunkt der abstrakten wirtschaftlichen Vernunft..., sondern vom Standpunkt der Bedürfnisse des revolutionären Kriegeres auf. Es galt, den Feind zu zerschmettern, ihn der Nahrungsquellen zu berauben, unabhängig davon, in welchem Maße die organisatorische Wirtschaftsarbeit dem nachkam“ (Trotzki: Die neue Wirtschaftspolitik Russlands und die Perspektiven der Weltrevolution, Rede auf dem IV. Weltkongress der KI, 1922, in Trotzki: Die Grundfragen der Revolution, 1923, S.392/396). Der kapitalistische Niedergang, insbesondere der zweite imperialistische Weltkrieg verschärft die Klassengegensätze immer mehr, sodass ein Weiterbetreiben der Mittelbetriebe durch die kapitalistischen Eigentümer, unter der proletarischdemokratischen Diktatur aus politischen Gründen immer unwahrscheinlicher wird. Dagegen empfiehlt es sich – aus Gründen der Neutralisierungspolitik und um die zu lösende Sozialisierungsaufgabe im ersten Anlauf nicht zu groß zu machen – die kapitalistischen Kleinbetriebe ihren bisherigen Privateigentümern zu belassen: sie führen ihre Betriebe weiter, versteht sich unter der Produktionskontrolle durch die Arbeiter, die Betriebsräte, durch den Arbeiter- und Kleinbauernrat. Wann deren kapitalistisches Weiterbetreiben aber in Einzelfällen nicht zugelassen [70] werden kann, sollen die kleinkapitalistischen Eigentümer zum Zwecke der Neutralisierung voll entschädigt werden; die fähigen Elemente unter ihnen, soweit sie sich tatsächlich loyal zur Verfügung stellen, können zweckentsprechend beim sozialistischen Aufbau verwendet werden, versteht sich, unter gesteigerter proletarischdemokratischer Kontrolle.

Vom rein ökonomischen Standpunkt wäre es als erste Etappe nach dem revolutionären Sieg der Arbeiterklasse durchaus zweckmäßig, sogar die Großbetriebe zunächst durch ihre kapitalistischen Eigentümer weiter betreiben zu lassen, selbstverständlich unter wirksamer proletarischdemokratischer Produktionskontrolle. Das hätte den großen Vorteil, dass die Arbeiterschaft sich in die Aufgaben der Betriebsleitung, der Produktionsleitung allmählich einarbeiten könnte: Der Übergang von der Arbeiterkontrolle zur Arbeiterleitung, Arbeiterverwaltung der Produktion könnte da viel leichter und besser durchgeführt werden. Allein die Produktionskontrolle durch die Arbeiter, die Betriebsräte, den Arbeiter- und Kleinbauernrat setzt ein gewisses Entgegenkommen der großkapitalistischen Betriebseigentümer, Betriebsleiter voraus, wozu diese unmittelbar nach dem Sieg der proletarischen Revolution noch viel weniger bereit sein werden als vorher. Das zeigt die russische Erfahrung, und in den Jahren seither ist der Klassengegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie noch schärfer geworden und verschärft sich weiterhin. Das politische Hindernis, das sich der ökonomisch so vorteilhaften Arbeiterkontrolle der Produktion nach dem revolutionären Sieg der Arbeiterklasse entgegenstellt, ist der Bürgerkrieg, der gerade nach dem Sieg der proletarischen Revolution aufflammt, weil die besiegte Kapitalistenklasse alles daran setzt, um ihre frühere Herren- und Ausbeuterstellung zurückzuerobern, und an alles andere denkt als daran, der siegreichen Arbeiterklasse entgegenzukommen, damit diese ihre Aufgabe, die Produktion proletarischdemokratisch in Gang zu setzen, in Gang zu halten, zu entfalten, leichter bewältigen könne. .

Der proletarischdemokratische Staat setzt die revolutionäre Linie konsequent fort, das bedeutet aber keineswegs, dass er alle Fragen durch Gewalt allein löst. Wo es zweckmäßig ist, verknüpft er seine grundlegend revolutionäre Methode mit der Methode der Reform. Ganz besonders gilt dies beim Organisieren, Entwickeln der Wirtschaft in die Richtung zum Sozialismus.

„Die Revolution ist eine Umwandlung, welche das Alte grade in seinen Grundlagen und Wurzeln zerstört, nicht aber es vorsichtig, langsam, schrittweise umgestaltet, und sich bemüht, möglichst wenig zu zerstören“ ... „Für einen wirklichen Revolutionär ist die größte Gefahr – vielleicht sogar die einzige Gefahr – die Übertreibung des Revolutionären, die Nichtbeachtung der Grenzen und Bedingungen der angebrachten und erfolgreichen Anwendung revolutionärer Methoden. Wirkliche Revolutionäre haben sich am meisten daran den Hals gebrochen, wenn sie anfangen, „Revolution“ mit lauter großen Buchstaben zu schreiben, die „Revolution“ zu etwas fast Göttlichem zu erheben, den Kopf zu verlieren, die Fähigkeit zu verlieren, auf die kaltblütigste und nüchternste Art zu untersuchen, zu erörtern, abzuwägen, zu prüfen, in welchem Moment, unter welchen Umständen, auf welchem Gebiet des Wirkens man revolutionär zu handeln verstehen muss, und in welchem Moment, unter welchen Umständen, auf welchem Gebiet des Wirkens man zu reformistischem Wirken überzugehen verstehen muss. Wirkliche Revolutionäre werden nur dann untergehen (nicht im Sinne einer äußern Niederlage, sondern des innern Durchfalls ihrer Sache), aber sie werden dafür auch ganz sicher in diesem Fall untergehen, wenn sie die Nüchternheit verlieren und sich einbilden werden, dass die „große, siegreiche Weltrevolution“ all und jede Aufgabe unter allen Umständen auf allen Gebieten des Handelns auf revolutionäre Art lösen kann und muss“ ... „Man muss ... so nüchtern wie möglich [71] einkalkulieren, welche Aufgaben und wann man sie mit revolutionären Mitteln lösen kann, und welche und wann nicht“ ... „Das Verhältnis der Reformen zur Revolution ist genau und richtig nur vom Marxismus bestimmt worden, wobei Marx dieses Verhältnis nur von einer Seite sehen konnte, nämlich: in einem Milieu, welches vor einem ersten, einigermaßen dauerhaften, festen Sieg des Proletariats, sei es auch nur in einem Land, lag. In einem solchen Milieu war die Grundlage des richtigen Verhältnisses: die Reform ist ein Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats. Für die gesamte kapitalistische Welt ist dieses Verhältnis das Fundament der revolutionären Taktik des Proletariats“ ... „Nach dem Siege des Proletariats auch nur in einem einzigen Land entsteht etwas Neues im Verhältnis der Reformen zur Revolution. Prinzipiell bleibt alles beim Alten, aber der Form nach entsteht eine Veränderung ... Vor dem Siege des Proletariats sind Reformen ein Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes. Nach dem Siege werden sie (während sie im internationalen Maßstab nach wie vor ein „Nebenprodukt“ bleiben) für das Land, in welchem der Sieg erfochten ist, außerdem zu einer notwendigen und berechtigten Atempause in solchen Fällen, wo nach maximaler Anstrengung der Kräfte die Kräfte zur Durchführung dieses oder jenes Überganges offenkundig nicht ausreichen“ (Lenin: Über die

Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus, 1921, in Lenin: Der „Radikalismus“ die Kinderkrankheit des Kommunismus, 4. A., herausgegeben von Dr. H. Duncker, 1930, S.107,108/109,112/113). „Das wirkliche revolutionäre Wesen besteht nicht darin, immer und überall Gewalt anwenden zu wollen, und noch weniger, sich an Worten über die Gewalt zu verschlucken. Wo Gewalt nützt, dort muss man sie kühn, entschlossen und bis zu Ende gebrauchen. Doch es heißt die Grenzen der Gewalt erkennen: wissen, wo Gewalt mit Manöver zu kombinieren, ein Schlag mit Verständigung“ (Trotzki: Was nun?, 1932, S.104).

Im Verhältnis zur kapitalistischen Wirtschaft verfügt die Wirtschaft des proletarischdemokratischen Staates über folgende Vorzüge, die sich im weiteren Verlauf – richtige Politik vorausgesetzt – immer stärker zugunsten der Arbeiterklasse, zugunsten der Weltrevolution auswirken:

1) Die ausbeutenden Klassen sind zum Großteil beseitigt, ihre Reste werden immer mehr zurückgedrängt und schließlich liquidiert; die proletarischdemokratische Wirtschaft ist in hohem Maße frei und wird schließlich ganz frei von dem Riesentribut, den die Wirtschaft unter dem Kapitalismus in Form von Profit (industriellem, kommerziellem), Zins, Grundrente an die Ausbeuter zu entrichten hat.

2) Da das Privateigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln abgeschafft ist, da die proletarische Produktion auf den Bedarf der Massen und nicht auf den Profit der Kapitalisten abgestellt ist, so kann der proletarische Staat, viel leichter und schneller verbesserte Produktionsmittel usw. einführen, die Produktion daher viel rascher entfalten und sie überhaupt in viel höherem Maße steigern als die kapitalistische Wirtschaft, die all dies nur kann, wenn diese Neueinführungen, Verbesserungen den betreffenden Kapitalisten, Kapitalistengruppen Profit abwerfen. Ausschließlich als Mittel zur Verwohlfeilung des Produkts betrachtet, ist die Grenze für den Gebrauch der Maschinerie darin gegeben, dass ihre eigene Produktion weniger Arbeit kostet als ihre Anwendung Arbeit erheischt. Für den Kapitalisten jedoch drückt sich diese Grenze enger aus. Da er nicht die angewendete Arbeit zahlt, sondern den Wert der angewendeten Arbeitskraft, wird ihm der Maschinengebrauch begrenzt durch die Differenz zwischen dem Maschinenwert und dem Wert der von ihr ersetzten Arbeitskraft“ ... Dazu in der Note 116a: „In einer kommunistischen Gesellschaft hätte daher die Maschinerie einen ganz andern Spielraum als in der bürgerlichen Gesellschaft“ (Marx: Das Kapital, I. Band, Volksausgabe, S.337).

[72] Die proletarischdemokratische Wirtschaft ist frei von den falschen Unkosten der kapitalistischen Konkurrenz (Reklame usw.), vor allem von der damit verbundenen Doppel-, Drei- und Mehrgleisigkeit des Wirtschaftsapparates, die das Kapital nur durch schwerste Konkurrenzkämpfe unter riesigen Kosten und bei weitem langsamer überwindet, ohne sie in Wirklichkeit je voll überwinden zu können.

3) Die kapitalistische Wirtschaft wird zwangsläufiger Weise periodisch von immer schärfern Krisen erschüttert, welche große Teile des Produktionsapparats für mehr oder weniger lange Zeit immer wieder drosseln, ja stilllegen. Wohl ist die proletarische Wirtschaft nicht ganz frei von den kapitalistischen Krisenerschütterungen, denn sie hängt international mit der kapitalistischen Weltwirtschaft zusammen, ist mehr oder weniger vom kapitalistischen Weltmarkt abhängig. Doch indem der proletarische Staat die heimische Wirtschaft immer planvoller organisiert, schaltet er fortschreitend die heimischen Wurzeln wirtschaftlicher Krisen immer mehr aus; die proletarische Wirtschaft ist also durch viel geringere Krisenunkosten belastet als die kapitalistische Wirtschaft, wo diese Unkosten immer mehr wachsen, während sie bei der proletarischen Wirtschaft – eine richtige Politik vorausgesetzt – immer mehr abnehmen.

4) Die kapitalistische Wirtschaft produziert vor allem für die Bedürfnisse der Ausbeuter, daher in hohem Maße für den Luxus, sie erzeugt sehr viel Überflüssiges. Die proletarische Wirtschaft konzentriert die Produktion auf die Bedürfnisse der Massen, reißt die vielen unproduktiven Kräfte, welche die Bourgeoisie für ihre Bequemlichkeit verwendet, und auch die unproduktiven Kapitalisten selbst in den Produktionsprozess ein, vermag daher auch aus diesem Grund die Produktion höher zu steigern und rascher zu entwickeln als jene. Eben diesem Zweck dient die vom proletarischdemokratischen Staat eingeführte allgemeine Arbeitspflicht. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“

Doch ist die proletarische Wirtschaft – besonders in einem rückständigen Land und unter den Bedingungen revolutionärer Isoliertheit – dadurch belastet, dass sie mehr oder weniger jedenfalls in hohem Maße von der kapitalistischen Weltwirtschaft abhängt, die in ihrer Gesamtheit so lange überlegen bleibt, als nicht die Weltrevolution zumindest in mehreren großen vorgeschrittenen kapitalistischen Ländern gesiegt hat. Die riesigen Hilfsquellen der Weltwirtschaft sind in den Händen der Weltbourgeoisie, die alles tut – ökonomisch und militärisch – um den proletarischen Staat zu zertrümmern, jedenfalls aber, um zu hindern, zu erschweren, zu hemmen, dass sich die proletarischdemokratische Wirtschaft tatsächlich in die Richtung zum Sozialismus entfalte, um den proletarischen Staat so, auf dem Wege des Degenerierens, Entartens, schließlich zu vernichten. Darum ist das Aufrichten, Entfalten der proletarischen Wirtschaft unmöglich, ohne einen zeitweiligen Rückgang der Produktion, ohne zeitweilige Opfer der Arbeiterklasse, insbesondere im allerersten Stadium. Sabotage, Bürgerkrieg, gegenrevolutionäre Aufstände, konterrevolutionäre Kriege sind nur die allerkrassesten Formen, in der die Weltbourgeoisie die proletarischdemokratische Wirtschaft zu unterbinden, zu zerstören trachtet.

Trotz aller wirtschaftlichen und militärischen Gegenanstrengungen der Weltbourgeoisie sind die Vorzüge der proletarischen Wirtschaft so gewaltig, dass diese den wirtschaftlichen Vormarsch des proletarischen Staates, sofern dieser nur einigermaßen fest gegründet ist, in die Richtung zum Sozialismus nicht aufzuhalten vermag – wenn der proletarischdemokratische Staat politisch richtig geführt wird, nämlich auf der Grundlinie der internationalen proletarischen Revolution. Wird [73] diese Grundbedingung nicht erfüllt, wird der proletarische Staat von dieser Linie weg geführt,

wird er auf einer nationalbeschränkten Linie geleitet („Sozialismus in einem Land“), so führt das im allergünstigsten Fall – insbesondere in einem rückständigen Land – zu großen wirtschaftlichen Erfolgen, zu wirtschaftlichem Aufstieg, doch bei fortgesetztem Stärken neuer kapitalistischer Tendenzen, Elemente auf Kosten der sozialistischen Tendenzen, Elemente, also in die Richtung zur Wiederherstellung eines neuen Kapitalismus; es führt bestenfalls zur Stärkung der wirtschaftlichen, politischen, militärischen Macht eines solchen entartenden, schließlich entarteten proletarischen Staates, aber zur Stärkung nicht für, sondern gegen die Weltrevolution, nicht für sondern gegen das Weltproletariat, nicht für sondern gegen den proletarischen Klasseninhalt, Klassencharakter dieses Staates.

Auf Grundlage des Behauptens, Stärkens der Macht der Arbeiter als Klasse, das heißt auch des proletarischdemokratischen Staates, die Arbeitsergiebigkeit steigern und immer höher steigern, das ist die Hauptaufgabe der proletarischdemokratischen Wirtschaftspolitik. Sie muss über das Höchstmaß der kapitalistischen Produktivität gehoben und immer höher gehoben werden, das heißt über das Höchstmaß der Ergiebigkeit der Arbeit in den kapitalistisch entwickelten Ländern. Erst dadurch und nur dadurch wird der Sieg der sozialistischen Wirtschaft, der sozialistischen Gesellschaft letzten Endes sichergestellt.

Die Arbeitsdichte, die Arbeitsintensität steigern, aus dem Arbeiter mehr Arbeitskraft herauspumpen, bedeutet die Arbeitsleistung steigern, aber nicht die Arbeitsproduktivität. Mit der gleichen Menge menschlicher Muskel- und Nervenkraft, menschlicher Arbeitskraft, menschlicher Arbeit überhaupt eine größere Produktenmenge (bei mindestens gleicher Qualität) erzeugen als vorher – das allein heißt die Arbeitsergiebigkeit steigern. Das ist zu erzielen nur durch Einsatz verbesserter Produktionsmittel, durch Anwenden fortschrittlicher Produktionsmethoden, wozu insbesondere gehört die verbesserte Organisation der Produktion (durch Standardisierung, Typisierung, Spezialisierung, Rationalisierung usw.), vor allem aber das immer planvollere Zusammenfassen der Produktion im gesellschaftlichen Maßstab und das immer höhere Qualifizieren ausnahmslos aller Arbeitskräfte der menschlichen Gesellschaft überhaupt.

„Letzten Endes kann die tiefste Kraftquelle zur Überwindung der Bourgeoisie und die einzige Bürgschaft der Dauer und Sicherheit dieses Sieges bloß eine neue höherstehende gesellschaftliche Produktionsmethode sein, bei der an Stelle der kapitalistischen oder kleinbürgerlichen Produktion die sozialistische Großproduktion tritt“ ... „Die Arbeitsproduktivität ist letzten Endes das Wichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg einer neuen Gesellschaftsordnung ... Der Kapitalismus kann und wird erst dadurch besiegt werden, dass der Sozialismus eine neue, viel höhere Produktivität der Arbeit schaffen wird. Das ist ein sehr schwieriger und langwieriger Prozess. Aber er hat begonnen, und das ist die Hauptsache“ (Lenin: Die große Initiative, 1919, S.18,22). „Nach der Eroberung der Staatsmacht ist das vornehmste und grundlegende Interesse des Proletariats die Vermehrung der Produktenmenge, eine gewaltige Steigerung der Produktivkräfte der Gesellschaft“ (Lenin: Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik, in Lenin: Über die Gewerkschaften, 1927, S.151). Die Vorzüge des Sozialismus können nicht durch Vorträge bewiesen werden, sondern durch eine erhöhte Arbeitsleistung (gemeint ist, wie aus dem Nachfolgenden klar hervorgeht, eine erhöhte Arbeitsergiebigkeit; d.Verf.) Denn ebenso, wie die kapitalistische Wirtschaftsweise vor der feudalen den Vorzug hatte, die menschliche Arbeit leistungsfähiger gemacht zu haben, besitzt auch der Sozialismus den gleichen Vor- [74] zug vor dem Kapitalismus“ (Trotzki: Die Neue Ökonomische Politik Sowjetrusslands und die Weltrevolution, Rede auf dem IV. Weltkongress der KI, 1922, S.28).

Die Stalinbürokratie setzt immer mehr Maschinen, immer modernere Maschinen ein; Immer mehr Fabriken und immer größere lässt sie aus dem Boden schießen; sie setzt eine immer größere Zahl menschlicher Arbeitskräfte in Bewegung, sie vermehrt in der Gesamtsumme die Produktivkräfte, allein steigert sie tatsächlich die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit über das Höchstmaß des in den kapitalistisch entwickelten Ländern Erreichten? – das ist die entscheidende Frage. Sie stachelt, peitscht die Arbeiter zu immer höherer Arbeitsanspannung, Arbeitsintensität, Arbeitsleistung, besser noch als Ford, Taylor usw. (und zwar so wie die allerärgsten kapitalistischen Ausbeuter: bei krassester Unterbezahlung des Mehr, das sie auf diese Weise aus den Arbeitern in wachsendem Masse herauspumpt, herauschindet). Jedoch die Produktivität der Arbeit pro Arbeitsstunde (ohne Steigerung der Arbeitsdichte!) – und das allein ist Ausdruck wahrer Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkräfte – entwickelt sie nur sehr langsam, keineswegs rascher als in den entwickelten kapitalistischen Ländern, eher langsamer, sie vermag diese in der ausschlaggebenden Frage, nämlich gerade in der Arbeitsproduktivität, nicht zu übertreffen.

„Der verstärkte neubürgerliche Kurs, ist eine Entwicklung der Produktivkräfte auf kapitalistischer Grundlage durch ein allmähliches Aufzehren der Oktobererrungenschaften. Der Stalinkurs führt in der tatsächlichen Wirklichkeit zu einer Verlangsamung der Entwicklung der Produktivkräfte, zu einer Senkung des relativen Einflusses des sozialistischen Elements und bereitet so den schließlichen Sieg des neubürgerlichen Kurses vor. Der Stalinkurs ist umso gefährlicher und vernichtender, weil er ein wirkliches Abweichen vom Sozialismus unter der Maske gewohnter sozialistischer Worte und Phrasen verbirgt“ (Trotzki: Die wirkliche Lage in Russland, 1927, S.35/36).

„Die durchschnittliche individuelle Arbeitsergiebigkeit ist in der USSR noch sehr niedrig ... Die Bürokratie stachelt die Arbeiter aus allen Kräften an, aber die Arbeitskraft richtig auszunutzen, versteht sie nicht. In der Landwirtschaft ist es damit noch ungünstiger bestellt als in der Industrie. Der niedrigen Arbeitsergiebigkeit entspricht ein niedriges Nationaleinkommen und folglich auch ein niedriger Lebensstandard der Volksmassen“ ... „Der Kampf um die Erhöhung der Arbeitsergiebigkeit bildet neben der Sorge um die Verteidigung den Hauptinhalt der Tätigkeit der Sowjetregierung ... Die in den Jahren des ersten Fünfjahresplanes und zu Beginn des zweiten angewendeten Methoden der „Stoßbrigaden“ waren begründet auf Agitation, persönliches Beispiel, administrativen Druck ... Erst die Abschaffung

des Kartensystems, die beginnende Stabilisierung des Rubels und die Vereinheitlichung der Preise schufen die Bedingungen zur Anwendung des Akkord- und Stücklohnes. Auf dieser Grundlage trat an die Stelle der Stoßbrigaden die sogenannte Stachanowbewegung ... Sie beruht in sehr hohem Masse auf der Intensivierung der Arbeit und sogar auf der Verlängerung der Arbeitszeit: in der sogenannten „Ruhe“zeit bringen die Stachanowisten die Werkbänke und Werkzeuge zu, bereiten sie das Rohmaterial zu, erteilen die Brigadeführer ihrer Brigade Anweisungen usw. Vom Siebenstundentag bleibt dabei nur noch der Name“ ... „Die Erhöhung der Durchschnittsleistung ist unmöglich ohne Reorganisierung der Produktion in der Fabrik selbst, wie der Beziehungen zwischen den Betrieben. Die technische Befähigung von Millionen um einige Grade heben, ist unermesslich schwieriger als tausende Fortgeschrittener anstacheln“ ... „Das Schwierige ist eben die allgemeine Organisation der Arbeit. Das Sowjetverwaltungspersonal bleibt in der Regel hinter den modernen Produktionsaufgaben noch weiter zurück als die Arbeiter“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.19,81,84,85).

[75] Seither hat die Zahl der Maschinen, der Fabriken, der Arbeiter, der Arbeitsstunden, der Grad der Arbeitsintensität in Stalinrussland gewaltig zugenommen – aber die durchschnittliche individuelle Arbeitsergiebigkeit entwickelt sich nur äußerst langsam auf dem Stalinschen Wege, mit den Stalinschen Methoden vermag sie nie und nimmer die in den entwickelten kapitalistischen Ländern erreichte Höhe der Arbeitsproduktivität zu übertreffen. Mit anderen Worten: Das Stalinsche Entwickeln der Produktivkräfte führt nicht zum Sozialismus, sondern aus der ehemaligen russischen Rückständigkeit zu einem neuen, voll entwickelten, modernsten Kapitalismus in Russland.

Die Stalinbürokratie und ihre Söldlinge suchen die Frage zu verwischen: Nur durch die riesigen Rüstungsausgaben werde Stalin gehindert, die Produktivkräfte noch gewaltiger, noch rascher zu entwickeln (und: die materielle Lage der Arbeiter entschieden zu bessern). Von dieser ungeheuern Belastung frei, würde die Stalinbürokratie die Zahl der Maschinen, Fabriken usw. noch mehr und noch rascher erhöhen, die Produktion noch gewaltiger steigern (und: die Arbeitermassen materiell entschieden besser stellen). Das ist richtig, aber den durch sie niedergehaltenen Stand der durchschnittlichen individuellen Arbeitsergiebigkeit würde sie dadurch keineswegs erhöhen. Doch rührt dies an die noch tiefer liegende Frage der Grundlinie der Politik des proletarischen Staates überhaupt. Die Stalinpolitik selbst ist schuld, dass Sowjetrussland einen so ungeheuerlichen Teil seiner Produktivkräfte, seiner Produktion der Kriegsin- dustrie zuwenden muss. Der „Sozialismus in einem Land“ gibt die Weltrevolution, das Weltproletariat preis, gerade dadurch macht er der Weltbourgeoisie die Hände frei zum vollen – wirtschaftlichen und militärischen Kampf gegen die Sowjetunion als proletarischen Staat! Die gigantischen Rüstungen vermögen das dadurch im Weltmaßstab zuun- gunsten des Weltproletariats, also auch des proletarischen Staates (im Verhältnis zur gesamten Weltbourgeoisie) her- beigeführte Kräfedefizit nicht wett zu machen – was im wachsenden Entarten des proletarischen Staates zum Aus- druck kommt – aber dass die ungeheuern Rüstungsausgaben die wirtschaftliche Entwicklung Sowjetrusslands, das materielle Besserstellen der russischen Arbeitermassen aufhalten, ist außer Zweifel; nur überspringen die Stalinbüro- kraten und ihre Soldschreiber die „Kleinigkeit“, dass dies der Stalinbürokratie selbst – als zwangsläufige Folge der Stalinpolitik – zuzuschreiben ist! ...

Das Steigern der Produktivkräfte ist unmöglich ohne Arbeitsdisziplin, ohne Disziplin im Betrieb, ja in der ganzen Wirtschaft überhaupt, gemäß dem sozialistischen Prinzip der allgemeinen Verpflichtung zur Arbeit für die Gesell- schaft und dadurch für sich. Wir streben eine neue Disziplin an, wo jedes Glied der Gesellschaft selbstbewusst, aus eigenem Antrieb auf jedem Posten, wohin ihn die sozialistische Gesellschaft stellt, die er selbst mitverwaltet, das Beste leistet nach seinen Fähigkeiten, also auch das Beste an Aufmerksamkeit, Fleiß usw., wozu er fähig, wo jeder- mann ehrlich, sorgfältig, schonend, sparsam mit jeder Art von gesellschaftlichem Eigentum umgeht, mit den Einrich- tungen, Arbeitsmitteln, Roh- und Hilfsstoffen, dem Arbeitsgegenstand usw., wo jeder Einzelne sich freiwillig in das Getriebe einordnet, damit es, dem gesellschaftlichen Plan gemäß, den er selbst mitbestimmt, harmonisch verlaufe. Diese, die sozialistische Disziplin, ist nicht mit einem Schlag zu schaffen, dazu bedarf es der gemeinsamen Anstren- gungen und der Erziehung durch Generationen. Der erste Übergang dazu nach dem revolutionären Siege der Arbeiter- klasse ist die proletarischdemokratische Disziplin. Wir übernehmen als Erbschaft von der besiegten Bourgeoisie ein Menschenmaterial, das durch mehrtausendjährige Ausbeutergesellschaft hindurchgegangen, mit all den Schwächen, die sich daraus notwendigerweise ergeben. Wir bekämpfen prinzipiell die Disziplin für die Ausbeuter, wir fügen uns ihr nur unter dem Zwang übermächtiger Gewalt, doch um zur freiwil- [76] ligen Disziplin des Sozialismus zu gelan- gen, müssen wir beginnen mit der Arbeitsdisziplin für die proletarischdemokratische Wirtschaft, Gesellschaft, mit der Arbeitsdisziplin für den proletarischdemokratischen Staat, unter seiner Leitung, unter seinem Zwang, welcher Zwang beschlossen ist und zugleich dauernd kontrolliert ist durch die werktätigen Massen selbst, durch die Arbeiter, armen Bauern, Kleinbürger, in all den Formen der proletarischen Demokratie, wie Sowjet-, Partei-, Betriebs-, Gewerk- schaftsdemokratie usw.

„Diese „Fabriks“disziplin, die das siegreiche Proletariat nach dem Sturz der Kapitalisten, nach Beseitigung der Aus- beutung auf die gesamte Gesellschaft ausdehnen wird, ist nichts weniger als unser Ideal oder unser Endziel, sie ist nur eine notwendige Stufe zur radikalen Reinigung der Gesellschaft von der Niedertracht und den Gemeinheiten der ka- pitalistischen Ausbeutung und für das weitere Fortschreiten“ (Lenin: Staat und Revolution, 2. A., 1918, S.67).

„Führe pünktlich und gewissenhaft Rechnung über das Geld, wirtschafte ökonomisch, sei kein Tagedieb, stiehlt nicht, zeige die strengste Disziplin bei der Arbeit – gerade diese Losungen ... werden nach dem Sturz der Bourgeoisie zur nächstliegenden und Hauptlösung des Moments ... Nur solch ein Übergang, wirklich durch die Masse der Armen (der

Proletarier und Halbproletarier), ist auch imstand, den Sieg über die Bourgeoisie und besonders über die hartnäckigste und zahlreiche bäuerliche Bourgeoisie zu vollenden“ ... „Die Revolution hat soeben die ältesten, die stärksten und die schwersten Fesseln gebrochen, denen sich die Massen unter der Knute unterworfen hatten. Das war gestern, heute aber fordert dieselbe Revolution, und zwar im Interesse des Sozialismus, die widerspruchslose Unterordnung unter den einheitlichen Willen der Leiter des Arbeitsprozesses. Es versteht sich von selbst, dass ein solcher Übergang auf einmal undenkbar ist“ ... „Man muss lernen, den stürmischen, in Frühlingsüberschwemmungen eilenden, die Ufer übertretenden Meetings-Demokratismus der arbeitenden Massen mit eiserner Disziplin während der Arbeit, mit dem widerspruchslosen Gehorsam gegenüber dem Willen einer einzigen Person, des Sowjetleiters während der Arbeit zu vereinigen ... „Die Restaurierung der bürgerlichen Ausbeutung drohte uns gestern in der Person der Kornilows ... Wir haben sie besiegt ... Dieselbe Restaurierung bedroht uns heute in einer andern Form, als die elementare Gewalt der kleinbürgerlichen Liederlichkeit und des Anarchismus, des Standpunkts der kleinen Besitzer: „Was geht das mich an“, als werktägliche, kleine, dafür aber zahlreiche Angriffe und Überfälle dieser elementaren Gewalt gegen die proletarische Diszipliniertheit. Wir müssen diese elementare Gewalt der Anarchie besiegen und wir werden sie besiegen“ ... „Je entschlossener wir jetzt für eine erbarmungslose, starke Macht, für die Diktatur von Einzelpersonen für bestimmte Arbeitsprozesse bei rein ausübenden Funktionen zu bestimmten Momenten eintreten müssen, umso sorgfältiger müssen die Formen und Methoden der Kontrolle von unten sein, um jeden Schritt der Möglichkeit der Verdrängung der Sowjetmacht zu bannen, um wiederholt und unermüdlich das Unkraut des Bürokratismus auszujäten (Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, 1918, S.10,52,56,61). Die proletarischdemokratische ist also wohl zu unterscheiden von der Stalinschen, bürokratischen Arbeitsdisziplin, wo die Stalinbürokratie diktiert, aber nicht auf Grundlage der proletarischen Demokratie, sondern auf Grundlage ihrer restlosen Beseitigung! „Die Kommunistische Organisation der gesellschaftlichen Arbeit – zu der der Sozialismus den ersten Schritt bildet – beruht auf der freien und selbstbewussten Disziplin der Werktätigen selbst, die das Joch sowohl der Gutsbesitzer wie der Kapitalisten abgeschüttelt haben – und je weiter, umso mehr wird die kommunistische Organisation auf dieser freien, zielbewussten Disziplin beruhen. Diese neue Disziplin fällt nicht vom Himmel herunter, noch wird sie allein aus guten Absichten geboren, sie [77] erwächst aus den materiellen Bedingungen der großkapitalistischen Produktion, nur aus dieser allein ... Die Trägerin dieser materiellen Bedingungen oder ihre Verwirklicherin ist eine bestimmte Klasse, die durch den Großkapitalismus geschaffen, organisiert, zusammengeschweißt, geschult, aufgeklärt und gestählt wurde. Diese Klasse ist das Proletariat“ (Lenin: Die große Initiative, 1919, S.14).

Die Frage der Disziplin hängt innig zusammen mit der Frage der Produktionsleitung im Betriebe. Würde es nach rein ökonomischen Rücksichten gehen, so würde die Arbeiterklasse als erste Etappe nach dem Siege die Arbeiterkontrolle einrichten: die Leitung des Betriebes bliebe in der Hand des Kapitalisten, doch unter wirksamer Kontrolle durch die Arbeiter, die Betriebsräte, durch den Arbeiter- und Kleinbauernrat. Allein das setzt ein gewisses Übereinkommen mit den Unternehmern voraus, das infolge der mit dem kapitalistischen Niedergang fortschreitenden Zuspitzung der Klassegegensätze, die gerade nach dem revolutionären Sieg der Arbeiterklasse sich aufs äußerste verschärfen, höchst unwahrscheinlich ist und immer unwahrscheinlicher wird. Die siegreiche Arbeiterklasse wird daher viel früher, als sie sich dazu genügend vorbereitet hat, vor die Notwendigkeit gestellt, die unmittelbare Leitung der Produktion selbst in die Hand zu nehmen! Das russische Proletariat vermochte trotz allgemeiner Sabotage der Unternehmer, des technischen und des höhern Verwaltungspersonals, trotz Umzingelung durch die kapitalistische Weltkonterrevolution die Produktionsleitung im rückständigen Russland zu organisieren, das Proletariat der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder wird dies umso eher können. Aber es ist und bleibt eine sehr schwierige, sehr langwierige Arbeit, bis es der Arbeiterklasse gelingt, aus sich heraus die für die gesamte Wirtschaft notwendige Zahl von verlässlichen und zugleich qualitativ tüchtigen Betriebsleitern auszuheben, durch Praxis und Theorie aufzuziehen. Dass da viel Lehrgeld unterwegs gezahlt werden muss, dass da viele, sehr viele Irrtümer unterlaufen, liegt auf der Hand, ist unvermeidlich. Manchmal wird eine kollegiale Leitung möglich sein, die Leitung durch ein Kollegium, zumeist aber wird sich eine Einzelleitung als zweckmäßig erweisen, und es kann sich sogar die Notwendigkeit herausstellen, die Betriebsleitungen, sogar die Einzeleiter mit erhöhten Rechten auszustatten, um im Interesse der proletarischen Demokratie die Produktion zu steigern, obwohl auch da viel Irrtümer, viel Lehrgeld unterwegs nicht zu umgehen sein wird. Grundlegend jedoch ist und bleibt dabei, dass die proletarische Demokratie weiter funktioniert; nicht nur entspringen die zeitweilig erhöhten Rechte der Betriebsleitungen dem freien Beschluss der proletarischen Demokratie selbst, nicht aber der Willkür einer Bürokratie, die sich von der proletarischen Demokratie freigemacht, diese beseitigt hat, sondern die Betriebsleiter – trotz ihrer vorübergehend erhöhten Rechte – bleiben weiterhin dauernd unter strengster Kontrolle der proletarischen Demokratie, von der jederzeit zur Rechenschaft gezogen, abgesetzt und ersetzt werden können: Trotz der „Diktatur“ der Betriebsleitungen, sogar der Einzeleiter, herrscht auch da nach wie vor der Kollektivwille der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger über den ganzen Sowjetmechanismus, auch über jeden einzelnen Betrieb! Das ist der grundlegende Unterschied zwischen den Betriebsleitern der proletarischen Demokratie und den Betriebsleitern der Stalinbürokratie.

„Das Dekret über die Losung von diktatorischen Vollmachten (oder „unbeschränkten“ Vollmachten) für die Einzeleiter ... Dass die Diktatur von Einzelpersonen in der Geschichte der Revolutionsbewegungen sehr oft der Sprecher, der Träger und der Führer der Diktatur der revolutionären Klassen war, darüber spricht die unwidersprochene Erfahrung der Geschichte. Mit dem bürgerlichen Demokratismus war zweifellos die Diktatur von Einzelpersonen vereinbar

... Wenn wir keine Anarchisten sind, müssen wir die Notwendigkeit des Staats, das heißt des Zwanges für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus annehmen. Die Form, des Zwanges wird durch [78] den Entwicklungsgrad der gegebenen revolutionären Klasse, dann durch solche besonderen Umstände, wie zum Beispiel die Erbschaft eines langen und reaktionären Krieges, und weiter durch die Widerstandsformen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums bestimmt. Darum gibt es entschieden keinen prinzipiellen Gegensatz zwischen dem Sowjet- (das heißt sozialistischen) Demokratismus und der Anwendung der diktatorischen Macht von Einzelpersonen. Der Unterschied zwischen der proletarischen Diktatur und der bürgerlichen besteht darin, dass die erste ihre Schläge gegen die ausbeuterische Minderheit im Interesse der ausgebeuteten Mehrheit richtet, um dann darin, dass die erste – auch durch Einzelpersonen – nicht bloß durch die Massen der Arbeitenden und der Ausgebeuteten, sondern auch durch die Organisationen verwirklicht ist, die so aufgebaut sind, dass durch sie die Massen erweckt und zum historischen Schaffen gehoben werden. (Die Sowjet-Organisationen gehören zu dieser Art von Organisationen)“ ... „Die Sowjetmacht ist nichts anderes als die Organisationsform der Diktatur des Proletariats, die Diktatur der vorgeschrittenen Klasse, die zum neuen Demokratismus, zur selbständigen Anteilnahme an der Staatsverwaltung Millionen und abermals Millionen von Arbeitenden und Ausgebeuteten erhebt, die durch ihre Erfahrungen lernen, in der disziplinierten zielbewussten Avantgarde des Proletariats ihren zuverlässigen Führer zu sehen“ (Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, Sommer 1918, S.49,45).

„Die Enteignung allein als juridischer und politischer Akt bedeutet bei weitem noch keine Entscheidung, denn es ist notwendig, die Gutsbesitzer und Kapitalisten tatsächlich zu entsetzen, sie tatsächlich durch eine andere, eine Arbeiterleitung auf den Gütern und Fabriken zu ersetzen“ (Lenin: Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky, 1918, S.20).

“Im proletarischen Staat des Übergangstypus aber, wie es der unsere ist, muss das Endziel jeder Aktion der Arbeiterklasse allein die Festigung des proletarischen Staates und der proletarischen Klassenstaatsmacht sein durch den Kampf gegen die bürokratischen Auswüchse dieses Staates, gegen seine Fehler und Schwächen, gegen die sich seiner Kontrolle entziehenden Klassenappetite der Kapitalisten usw. Deshalb dürfen weder die Kommunistische Partei noch die Sowjetmacht noch die Gewerkschaften jemals vergessen und vor den Arbeitern und den werktätigen Massen verhehlen, dass die Anwendung des Streikkampfes ausschließlich erklärt und gerechtfertigt werden kann einerseits durch bürokratische Auswüchse des proletarischen Staates und allerlei Überbleibsel der kapitalistischen Vergangenheit in seinen Institutionen und andererseits durch die politische Unentwickeltheit und kulturelle Rückständigkeit der werktätigen Massen.

„Darum ist es bei Reibungen der Arbeiterklasse und einzelnen Institutionen und Organen des Arbeiterstaats die Aufgabe der Gewerkschaften (in welchen die Leninsche Gewerkschaftsdemokratie herrscht! – d.Verf.), die möglichst schnelle und schmerzlose Beilegung der Konflikte anzustreben unter maximalen Vorteilen für die von ihnen vertretenen Arbeitergruppen. Und ohne Schaden für die Entwicklung des Arbeiterstaates und seiner Wirtschaft als Ganzes, denn nur diese Entwicklung kann die Grundlage schaffen für das materielle und geistige Wohlergehen der Arbeiterklasse. Die einzig richtige, gesunde und zweckmäßige Methode der Beilegung von Konflikten und Reibungen zwischen einzelnen Teilen der Arbeiterklasse und Organen des Arbeiterstaates ist das vermittelnde Eingreifen der Gewerkschaften, die durch ihre entsprechenden Organe entweder auf Grund formulierter Forderungen und Vorschläge beider Teile in Verhandlung treten mit den interessierten Wirtschaftsorganen oder an die höhern Staatsinstanzen appellieren (auf welche höhern Instanzen die Arbeiter kraft der Sowjetdemokratie ebenso Einfluss haben wie auf die Gewerk- [79] schaftsorgane kraft der Gewerkschaftsdemokratie! – d.Verf.), In Fällen, wo unrichtiges Vorgehen von Wirtschaftsorganen, Rückständigkeit gewisser Arbeitergruppen, provokatorische Tätigkeit gegenrevolutionärer Elemente oder schließlich mangelnde Umsicht der gewerkschaftlichen Organisationen selbst zu offenen Konflikten in der Form von Streiks und dergleichen in Staatsbetrieben führen, ist die Aufgabe der Gewerkschaften die Förderung einer möglichst raschen Liquidierung des Konfliktes durch Maßnahmen zur Abstellung tatsächlicher Unregelmäßigkeiten und Missstände und zur Befriedigung berechtigter und durchführbarer Forderungen der Massen, der politischen Einwirkung auf die Massen usw. ...

„Nach der Eroberung der Staatsmacht ist das vornehmste und grundlegende Interesse des Proletariats die Vermehrung der Produktenmenge, eine gewaltige Steigerung der Produktivkräfte der Gesellschaft. Ein solcher Erfolg aber erfordert einerseits, bei der gegenwärtigen Lage Russlands, unbedingt eine Konzentrierung der ganzen Machtfülle in den Händen der Betriebsleitungen. Diese Leitungen, die in der Regel auf dem Prinzip der Einzelverantwortung aufgebaut sind, müssen selbständig verfügen über die Höhe des Arbeitslohnes, der Verteilung der Geldzeichen, Rationen, Berufskleidung und aller sonstigen Versorgungsmittel auf Grundlage und im Rahmen der mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Kollektivverträge (in welchen Gewerkschaften die Arbeiter kraft der Leninschen Gewerkschaftsdemokratie den gebührenden Einfluss haben! – d.Verf.) und bei maximaler Freiheit des Manövrierens, bei strengster Kontrolle der faktischen Erfolge hinsichtlich der Hebung der Produktion und ihrer defizitären und rentablen Gestaltung, bei sorgfältiger Auslese der tüchtigsten und geschicktesten Administratoren. Jede unmittelbare Einmischung der Gewerkschaften in die Leitung der Betriebe ist unter diesen Umständen als unbedingt schädlich und unzulässig zu betrachten. Es wäre aber ganz falsch, diese unbestreitbare Wahrheit so auszulegen, als ob die Beteiligung der Gewerkschaften an der sozialistischen Organisation der Produktion sowie an der Verwaltung der Staatsindustrie negiert werden sollte ... (Resolution über die Rolle der Gewerkschaften unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik, in Lenin: Über die Gewerkschaften, 1927, S.149).

Die „diktatorischen“ Befugnisse der Betriebsleitungen bestehen hier also darin, dass die Arbeiter, die Belegschaft, die Betriebsräte, die Gewerkschaft sich unmittelbar in die Geschäfte der Betriebsleitung nicht einmengen dürfen, wohl aber mittelbar, 1) indem sie alle ihnen wichtigen Fragen durch einen Kollektivvertrag mit der Betriebsleitung regeln, dessen Inhalt die Arbeiter, die Belegschaft, die Betriebsräte, die Gewerkschaftsmitglieder mittels der Betriebs- und der Gewerkschaftsdemokratie mitbestimmen; 2) indem sie die Einhaltung, die ordnungsmäßige Durchführung des Kollektivvertrages mittels der Betriebsdemokratie und der demokratisch organisierten Gewerkschaften ständig überwachen; 3) indem sie die gesamte Geschäftsgebarung der Betriebsleitung, auch der „diktatorischen“ Betriebsleitung, auf dem Wege der Sowjetdemokratie ständig mitkontrollieren; 4) indem sie gegenüber einer Betriebsleitung, die ihre Machtstellung bürokratisch missbraucht, äußerstenfalls das Recht zum Streik haben. Von all dem ist bei den Stalinschen Betriebsleitungen gar keine Rede: Ihnen gegenüber haben die Arbeiter, hat die Belegschaft, haben die Gewerkschaftsmitglieder nichts, als zu kuschen und durchzuführen – oder „sich selbst zu kritisieren“ ...

In den fortgeschrittenen Ländern, wo die Arbeiterschaft kulturell weit entwickelter ist als 1917 im zurückgebliebenen Russland, wird es leichter sein, zur Arbeiterleitung der Produktion überzugehen, dennoch wird es auch hier sehr schwer sein. „Wir können und müssen den Aufbau des Sozialismus nicht mit phantastischem, nicht mit dem von uns geschaffenen Menschenmaterial beginnen, sondern mit dem Material, [80] das uns der Kapitalismus hinterlassen hat“ (Lenin: Die Kinderkrankheiten, 1920, S.31). Die Arbeiterschaft wird nach ihrem revolutionären Sieg fast sicher sofort die Produktionsleitung übernehmen, organisieren müssen, und sie wird dem sogar in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern nicht sofort in vollem Umfang gewachsen sein. Sie wird daher in zweckmäßiger Weise mehr oder weniger auf die vom Kapitalismus herausgebildeten, mit bürgerlicher Ideologie erfüllten Fachleute, Spezialisten und sogar auf die Kapitalisten selbst zurückgreifen müssen. Zuerst bricht sie restlos deren politischen Widerstand gegen die Diktatur der proletarischen Demokratie, dann zieht sie die tüchtigen, loyalen Elemente unter ihnen als Berater bei der Betriebsleitung, Produktionsleitung heran und als Gehilfen beim Aufziehen neuer Betriebsleiter, Produktionsleiter aus den Reihen der Arbeiter, armen Bauern, Kleinbürger, ausnahmsweise als verantwortliche Leiter unter Arbeiterkontrolle durch die von der Arbeiterschaft gewählten und von ihr jederzeit absetzbaren, neu gewählten Betriebsräte (in rückständigen Ländern wie seinerzeit in Russland wird dies letztere öfters vorkommen). Die Arbeiterklasse kommt ihnen materiell für eine mehr oder weniger lange Übergangszeit entgegen – unter Umständen sogar durch über das grundsätzliche Höchstmaß hinausgehende hohe Gehälter – doch politisch macht sie ihnen keine Konzessionen, sie steigert die proletarischdemokratische Kontrolle über sie, sie lockert nicht, sondern verstärkt die proletarische Demokratie ihnen gegenüber, während die Stalinbürokratie sich die bürgerlichen Fachleute einverleibt, indem sie zugleich die proletarische Demokratie liquidiert.

Der militärische Kampf fordert immer wieder rasche Willensentschlüsse, Willensentscheidungen des Kommandos. Dem kann sich auch die proletarische Revolutionsarmee nicht entziehen, wenn sie den Bürgerkrieg, den Krieg siegreich bestehen will. Deshalb sind die Soldatenräte nur eine revolutionäre Übergangseinrichtung, sie werden überflüssig, ja hinderlich, sobald der proletarischdemokratische Staat über proletarisch verlässliche und militärisch fähige Kommandanten in genügender Zahl verfügt. Der Übergangscharakter der Soldatenräte ergibt sich gebieterisch aus der Eigenart des militärischen Kampfes. Ganz anders in der Wirtschaft, solange sie unter einigermaßen normalen Bedingungen verläuft. Deshalb bilden die Betriebsräte einen dauernden Bestandteil der Arbeiterdemokratie während der ganzen Epoche der proletarischen, später der sozialistischen Demokratie. Nur wenn wirtschaftliche Zwangslagen eintreten, wie Krieg, Bürgerkrieg, Wirtschaftsnot überhaupt, kann dies zeitweilig zu Änderungen der Form der Betriebsdemokratie zwingen, nie und nimmer aber zu deren Beseitigung.

Gegenüber dem kapitalistischen Betriebsleiter, vor und nach der Aufrichtung der proletarischen Macht, müssen sich die Kontrollbefugnisse der Betriebsräte erstrecken auch auf die Kontrolle der Produktion selbst. Sobald der proletarischdemokratische Staat aber dazu übergeht, nichtkapitalistische Betriebsleitungen einzusetzen – seien es kollegiale, seien es individuelle – können außerordentliche Lagen den proletarischdemokratischen Staat dazu zwingen, diesen Betriebsleitungen durch freien Entschluss des Arbeiter- und Kleinbauernrates zeitweilig „diktatorische“ Befugnisse zu verleihen, um eine zum Meistern der außerordentlichen Lage unumgänglich notwendige Produktionssteigerung durchzuführen. Das Kontrollrecht der Betriebsräte wird in solchem Falle zeitweilig dahin beschränkt, dass sie sich unmittelbarer Eingriffe in die Produktion zu enthalten haben. Doch wachen sie weiterhin in vollem Umfang sorgfältig über den Gang des Betriebs, bei ernstem Verdacht unterrichten sie die Gewerkschaft und vor allem den Arbeiter- und Kleinbauernrat mittels des demokratischen Mechanismus des Arbeiter- und Kleinbauernrates, letzten Endes durch die diesem untergeordnete Regierung des proletarischdemokratischen Staates können sie im Bedarfsfall die nötigen Direktiven an die Betriebsleitung, [81] die erforderlichen personellen Änderungen in der Betriebsleitung herbeiführen, schließlich sogar die Rückkehr zur Betriebskontrolle der frühern Art. Es geht nur um eine zeitweilige Formänderung der Betriebsdemokratie, diese selbst aber bleibt dem Wesen nach dauernd in vollem Umfang aufrecht!

„Getreidemonopol, Brotkartensystem, allgemeine Arbeitspflicht, sie bilden in den Händen des proletarischen Staates, in den Händen der mit aller Macht ausgestatteten Räte das mächtigste Mittel der Kontrolle. Diese Kontrolle auf die Kapitalisten und auf die Reichen überhaupt ausgedehnt und an ihnen durch die Arbeiter ausgeübt ... diese Mittel der Kontrolle und des Zwanges zur Arbeit sind stärker als die Gesetze des Konvents und seiner Guillotine. Die Guillotine schüchterte nur ein, brach nur den aktiven Widerstand. Uns genügt das nicht ... Wir müssen auch ihren (der Kapitalisten) passiven – zweifellos noch gefährlicherem und schädlicherem – Widerstand brechen. Wir müssen sie im neuen staatlich-organisatorischen Rahmen zu arbeiten zwingen: Es genügt nicht, die Kapitalisten „hinauszuexpedieren“, man

muss sie (nachdem man die untauglichen, unverlässlichen, sabotierenden Elemente hinausbefördert hat) in den neuen Staatsdienst einspannen. Das gilt sowohl von den Kapitalisten, als auch von einer gewissen Oberschicht der bürgerlichen Intellektuellen, der Angestellten usw. ... Die Reichen müssen ihr Arbeitsbuch von jenem Arbeiter- oder Angestelltenverband bekommen, dem ihr Tätigkeitsgebiet am nächsten liegt, sie müssen allwöchentlich oder nach irgendeiner andern bestimmten Frist von diesem Verband darüber eine Bestätigung erhalten, dass sie ihre Arbeit gewissenhaft durchführen: ohne diese können sie keine Brotkarte und überhaupt keine Lebensmittel beziehen. Wir brauchen gute Organisatoren des Bankwesens und der Unternehmerverbände (darin haben die Kapitalisten mehr Erfahrung, und mit erfahrenen Leuten geht die Arbeit natürlich leichter vonstatten), wir brauchen in immer wachsender Zahl Ingenieure, Agronomen, Techniker, wissenschaftlich ausgebildete Spezialisten aller Art – wird der proletarische Staat sagen. Wir werden allen diesen Leuten ihre gewohnte und ihrer Ausbildung entsprechende Arbeit zuweisen. Wir werden in ihrem vollen Ausmaß wahrscheinlich erst allmählich die Gleichheit in der Entlohnung einführen und in der Übergangszeit solchen Spezialisten vorderhand eine höhere Entlohnung lassen. Doch werden wir sie unter vollständige Arbeiterkontrolle stellen und den Grundsatz: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“ restlos zur Durchführung bringen.“ ... „Die ganze Klasse der Kapitalisten wird hartnäckigsten Widerstand leisten. Aber durch die Organisation der ganzen Bevölkerung in den Räten wird dieser Widerstand gebrochen werden, wobei man selbstverständlich die besonders hartnäckigen, widerstrebenden Kapitalisten mit der Konfiskation ihres ganzen Vermögens und mit Gefängnis wird bestrafen müssen (Lenin: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?, 1.10.1917, S.33/35).

„Diese Herrschaften (das wissenschaftlich ausgebildete Personal: die Ingenieure Agronomen usw.) arbeiten heute, indem sie sich den Kapitalisten fügen, sie werden morgen noch besser arbeiten und sich den bewaffneten Arbeitern fügen“ (Lenin: Staat und Revolution, 2.A., 1918, S.66). „Ohne die Anleitung von Fachleuten der verschiedenen Zweige des Wissens, der Technik, der Erfahrungen, ist der Übergang zum Sozialismus unmöglich, weil der Sozialismus eine bewusste Massenvorwärtsbewegung zu der im Vergleiche mit dem Kapitalismus höhern Produktivität verlangt, und zwar auf der Basis des durch den Kapitalismus Erreichten ... Die besten Organisatoren und die größten Fachleute können durch den Staat zur Arbeit herangezogen werden entweder auf alte Art und Weise, auf bürgerliche Art (das heißt für hohe Bezahlung) oder auf neue Weise, auf proletarische Art (das heißt durch Schaffung von Verhältnissen der allgemeinen Rechnungslegung und Kontrolle, die unvermeidlich und von selbst die Fachleute einordnen und einstellen würden). Wir müssen jetzt zu dem [82] alten bürgerlichen Mittel greifen und auf eine sehr hohe Bezahlung der „Dienstleistungen“ der größten unter den bürgerlichen Fachleuten eingehen ... Es ist klar, dass solch eine Maßnahme ein Kompromiss ist, ein Abrücken von den Prinzipien der Pariser Kommune und jeder proletarischen Macht, die eine Gleichstellung der Gehälter mit der Entlohnung eines Durchschnittsarbeiters verlangen ... Es ist klar, dass solch eine Maßnahme nicht nur den Stillstand – auf gewissem Gebiete und in gewissem Grad – der Offensive gegen das Kapital bedeutet (weil das Kapital nicht die Summe von Geld ist, sondern ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis), sondern auch einen Schritt rückwärts seitens unserer sozialistischen Sowjet-Staatsgewalt, die von Anfang an eine Politik der Herabsetzung der hohen Gehälter bis zum Verdienste eines Durchschnittsarbeiters angesagt und durchgeführt hatte (Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, 1918, S.17/18).

„Nur nachdem das Proletariat den Sieg errungen, den Widerstand des Bürgertums gebrochen hat, kann es seine frühern Gegner der neuen Ordnung nützlich machen, indem es sie unter seine Kontrolle stellt und allmählich zur Arbeit des kommunistischen Aufbaues heranzieht“ ... „Wie auf dem Gebiete der Produktion, so auch auf dem Gebiete der Verteilung sind alle qualifizierten Techniker und Spezialisten auszunutzen, wenn ihr politischer Widerstand gebrochen ist und sie schon fähig sind, sich nicht dem Kapital, sondern dem neuen Produktionssystem einzuordnen“ (Richtlinien der Kommunistischen Internationale, Gründungskongress der KI, 1919).

„Wir wollen den Sozialismus unverzüglich aus dem Material erbauen, das der Kapitalismus uns von gestern auf heute nachgelassen hat, jetzt gleich, und nicht aus den Menschen, die in Treibbeeten herangezuchtet werden ... Wir haben bürgerliche Fachleute und weiter nichts. Wir haben keine anderen Steine, wir können aus nichts anderem bauen ... Und wenn ihr die kommunistische Gesellschaft aus diesem Material nicht aufbauen könnt, dann seid ihr hohle Phrasenhelden und Schwätzer“ ... „Die Verwendung des ganzen Apparats der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft – diese Aufgabe erfordert nicht nur die siegreiche Anwendung von Gewalt, sie erfordert überdies auch noch Organisation, Disziplin, kameradschaftliche Disziplin unter den Massen, Organisation der proletarischen Einwirkung auf die ganze übrige Bevölkerung, Schaffung eines neuen Massenverhältnisses, bei dem der bürgerliche Fachmann sieht, dass es für ihn keinen andern Ausweg gibt, dass seine Rückkehr zur alten Gesellschaft unmöglich ist, und dass er seine Arbeit nur im Anschluss an die Kommunisten leisten kann, die an seiner Seite stehen, die die Massen lenken, das absolute Vertrauen der Massen genießen und darauf hinarbeiten, dass die Früchte der bürgerlichen Gesellschaft und Technik, die Früchte der tausendjährigen Entwicklung der Zivilisation nicht einer Handvoll Menschen zugutekommen, die diese dazu benützen, um sich abzusondern und zu bereichern, sondern dass diese Früchte Eigentum aller Werktätigen ohne Ausnahme werden“ (also nicht bloß der Kapitalisten, und nicht in der Hauptsache der Stalinbürokratie; d.Verf.). (Lenin: Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht, 1919, S.18,21). „Wir haben ihren (der Ausbeuter) Widerstand zerschmettert, und das war notwendig, aber notwendig war nicht nur dies allein, sondern sie müssen durch die Kraft der neuen Organisation, der kameradschaftlichen Organisation der Werktätigen gezwungen werden, uns zu dienen, man muss sie von ihren alten Lasten heilen, man muss sie verhindern, zu ihrer alten ausbeuterischen Praxis zurückzukehren. Sie sind die alten Bourgeois geblieben und bekleiden die Offiziersposten und sitzen in den Stäben unserer Armee, sie sind Ingenieure und Agronomen, diese alten Bourgeois, die sich Menschewiki und

Sozialrevolutionäre nennen. Der Name ändert nichts, aber sie sind durch und durch, vom Scheitel bis zur Sohle, Bourgeois, sowohl nach ihrer Weltanschauung als auch nach ihren Gewohnheiten ... Wollen wir sie etwa über Bord werfen? Hunderttausende kann man nicht über Bord werfen: Und wenn wir das täten, würden wir uns selbst untergraben, wir können den Kommunismus aus nichts anderem aufbauen, als aus dem Material, das der Kapitalismus geschaffen hat. Nicht wegwerfen müssen wir sie, sondern ihren Widerstand brechen und sie auf Schritt und Tritt beobachten, ohne irgendwelche politischen Konzessionen zu machen, auf die charakterlose Leute (wie später die Stalinbürokratie: d.Verf.) jeden Augenblick einzugehen geneigt sind“ ... „Die Aufgabe besteht gegenwärtig praktisch darin, die Leute, die vom Kapitalismus gegen uns erzogen worden sind, für unsere Dienste zu verwenden, sie jeden Tag zu überwachen, über sie in den Verhältnissen kommunistischer Organisationen Arbeiterkommissare zu setzen, täglich die gegenrevolutionären Versuche abzuschneiden und gleichzeitig von diesen Leuten zu lernen ... Wir müssen von ihnen, von unsern Feinden lernen; unsere entwickelten Bauern, unsere klassenbewussten Arbeiter, müssen auf ihren Fabriken, in der Kreislandwirtschaftsabteilung vom bürgerlichen Agronomen, Ingenieur usw. lernen, um sich die Früchte der Kultur anzueignen“ (Lenin: ebenda, S.22/23).

„Erst nachdem der Widerstand der Intellektuellen in hartnäckigem Kampf gebrochen, eröffnet sich die Möglichkeit, die Fachleute zur Arbeit heranzuziehen“ ... („Wie in den toten Maschinen, so ist auch in diesen Technikern, Ingenieuren, Ärzten, Lehrern, ehemaligen Offizieren ein bestimmtes nationales Kapital unseres Volkes verkörpert, das wir verpflichtet sind, auszubeuten, auszunutzen, wenn wir die grundlegenden Fragen, vor denen wir stehen, überhaupt lösen wollen“ (Trotzki am 28.3.1918 auf der Moskauer Stadtkonferenz) ... „Die politische kollegiale Sowjetkontrolle muss stets und überall ausgeübt werden, aber für die Ausführungsfunktionen ist es erforderlich, technische Fachleute zu ernennen, sie auf verantwortliche Posten zu stellen und ihnen die Verantwortung zu übertragen“ ... „Zu den Ämtern, die Fachkenntnisse erfordern, werden Fachleute der bürgerlichen Schule herangezogen; ihnen wird die erforderliche Selbständigkeit gegeben, aber die Kontrolle über die Arbeit bleibt in den Händen der Arbeiterklasse, in der Person der Kommunistischen Partei“ (Trotzki: Terrorismus und Kommunismus, 1920, S.95,97,126). –

Die tatsächlichen Bedingungen, die der fortschreitende kapitalistische Niedergang schafft, machen es für alle Länder wahrscheinlich, dass die Arbeiterklasse unmittelbar nach ihrem revolutionären Sieg in der Sozialisierung wird viel weiter gehen müssen, als es rein ökonomisch zweckmäßig wäre – gerade diese Schwierigkeit zu schaffen, ist ein Hauptkampfmittel, auf das die besiegte Bourgeoisie kaum verzichten wird. Eben darum wird die siegreiche proletarische Demokratie durch den Zwang der Verhältnisse mit höchster Wahrscheinlichkeit in allen Ländern für eine mehr oder weniger lange Übergangsetappe während des Bürgerkriegs zu einer kriegskommunistischen Wirtschaftspolitik getrieben werden, die folgende Aufgaben zu lösen hat: 1) sie muss der Kapitalistenklasse die Grundlagen ihrer ökonomischen Macht entreißen, um desto leichter ihren politischen Widerstand zu brechen – dies bringt eine zeitweilige, mehr oder minder große Lähmung der Produktion mit sich; 2) sie muss die vorhandenen Vorräte erfassen und zweckmäßig bewirtschaften, um die fortgesetzte Versorgung der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger, insbesondere der roten Soldaten, mit den wichtigsten Lebensmitteln, die Belieferung der Roten Armee mit der Ausrüstung und die dazu unumgänglich notwendige Produktion sicherzustellen.

„Nachdem wir viel mehr enteignet hatten, als wir imstande waren zu verwerten, nachdem alle die Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft als feindliche Zitadellen zerstört waren, befand man sich in der Situation der Notwendigkeit, diese große und ziemlich desorganisierte Erbschaft irgendwie zu organisieren ... Der Kriegskommunismus bedeutete in erster Linie das Erfordernis, Brot zu schaffen, und zwar [84] unter Anwendung aller Mittel, in erster Linie durch das Mittel der bewaffneten Macht (Trotzki: Die Neue Ökonomische Politik Sowjetrusslands und die Weltrevolution, Rede auf dem IV. Weltkongress der KI, 1922, S.9). „Der Kriegskommunismus war im Grunde ein System zur Reglementierung des Verbrauchs in einer belagerten Festung ... Die Wirklichkeit geriet jedoch immer mehr in Konflikt mit dem Programm des „Kriegskommunismus“: Die Produktion ging ständig zurück, und zwar nicht nur infolge der verheerenden Wirkungen des Krieges, sondern auch, weil die Anreize des persönlichen Interesses bei den Produzenten erloschen“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.24/25).

Nach Beendigung des Bürgerkrieges, nachdem die kapitalistische Gegenrevolution gebrochen, niedergeworfen, die politische Herrschaft der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger gesichert, wird der Kriegskommunismus abgebaut, die siegreiche Arbeiterklasse richtet nun die Wirtschaftspolitik ihres Staates leitend nach ökonomischem Gesichtspunkt – selbstverständlich auf der Grundlinie des Behauptens, Stärkens der proletarischen Staatsmacht, der proletarischen Demokratie, mit andern Worten auf der Linie der Weltrevolution. Dabei macht der proletarische Staat an der Wirtschaftsfront einen wohlabgemessenen teilweisen Rückzug auf denjenigen Wirtschaftsgebieten, wo er infolge des Zwanges der Verhältnisse zu weit vorgestoßen; er gibt kapitalistischen Wirtschaftsformen, Wirtschaftstendenzen, wie dem Markt, dem Handel, der Konkurrenz, der Preisbildung durch das Spiel von Angebot und Nachfrage, dem privaten Gewinnstreben, der privaten Akkumulation einen gewissen Spielraum, doch wohlgemerkt unter seiner dauernden Kontrolle auf Grundlage der durch den Sieg im Bürgerkrieg gefestigten proletarischdemokratischen Staatsmacht. Derartige Teilrückzüge, mehr oder minder groß, sind in allen Ländern möglich. In Sowjetrussland nahm dieser Teilrückzug die Gestalt der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) an.

„Wir hatten keinen Kommunismus. Auch Sozialismus hatten wir nicht ... Wir hatten eine desorganisierte Wirtschaft der Bourgeoisie nationalisiert und hatten, in der schärfsten Periode des Kampfes auf Tod und Leben – ein Regime des „Kriegskommunismus“ eingeführt. Nachdem wir die Bourgeoisie in der Politik und auf dem Schlachtfeld besiegt

hatten, bekamen wir die Möglichkeit, den Aufbau der Wirtschaft in Angriff zu nehmen, und hier sahen wir uns gezwungen, die Formen der Marktverhältnisse zwischen Stadt und Land, zwischen den einzelnen Industrien und zwischen den einzelnen Betrieben wieder einzuführen“ ... „Ob die betreffende Linie für die Wirtschaft von Nutzen ist, kann man bloß mit Hilfe des Marktes feststellen – solange wir nicht die Methoden der allgemeinen sozialistischen Wirtschaftsberechnung ausgearbeitet haben; und diese Methoden können ... nur als Folge einer langwierigen Erfahrungsarbeit auf Grund der nationalisierten Produktionsmittel sich ergeben. Die alten Methoden der Wirtschaftskontrolle wurden also durch den Verlauf des Bürgerkrieges früher beseitigt, als neue entstehen konnten“ ... „Damit jeder Betrieb eine beständige Zelle des einheitlichen, sozialistischen, planmäßig funktionierenden Organismus werde, bedarf es einer großen Übergangszeit des Wirtschaftens durch den Markt, einer Arbeit, die eine lange Reihe von Jahren beanspruchen wird. Im Verlaufe dieser Übergangszeit muss jeder Betrieb und jede Gruppe von Betrieben sich mehr oder minder selbständig nach dem Markte orientieren und sich durch den Markt kontrollieren. Darin eben besteht der Sinn der Neuen Wirtschaftspolitik: Wenn politisch in den Vordergrund ihre Bedeutung als Zugeständnis an das Bauerntum vorgeschoben wurde, so ist von nicht geringerer Wichtigkeit ihre Bedeutung als unvermeidliche Etappe in der Entwicklung von der kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen“ ... „Die neue Wirtschaft ... ist das Manövrieren des Arbeiterstaates, der noch in imperialistischer Umkreisung lebt und fest auf die revolutionäre Entwicklung in Europa rechnet“ ... „Natürlich schließt die NEP in sich ein gewaltiges [85] Zugeständnis an die bürgerlichen Beziehungen und an die Bourgeoisie selbst. Aber die Dimensionen dieses Zugeständnisses werden von uns selbst bestimmt. Wir sind die Herren im Haus“ (Aus Trotzki's Rede auf dem IV. Weltkongress der KI, 1922; Die Neue Wirtschaftspolitik Sowjetrusslands und die Perspektiven der Weltrevolution, in Trotzki: Die Grundfragen der Revolution, 1923, S.403,406,407/408,433,435).

„Von den Methoden des Kriegskommunismus ging der Sowjetstaat zu den Methoden des Marktes über. Er ersetzte die Zwangserfassung der Überschüsse durch die Naturalsteuer und gewährte der Bauernschaft die Möglichkeit, die Überschüsse auf dem Markte zu verkaufen; er stellte den Geldverkehr wieder her und ergriff eine Reihe von Maßregeln zur Stabilisierung der Valuta; er führte in den Betrieben der Staatsindustrie die Grundlagen kommerzieller Berechnung wieder ein und stellte die Abhängigkeit des Arbeitslohnes von der Qualifikation und der Arbeitsleistung wieder her; er gab eine Anzahl kleiner und mittlerer Betriebe an Privatunternehmer in Pacht. In der Wiederbelebung des Marktes, seiner Methoden und Einrichtungen besteht das Wesen der „Neuen Wirtschaftspolitik“ ... „Die Methoden des Kriegskommunismus, heißt die Methode einer roh zentralisierten Registrierung und Verteilung, sind in der neuen Politik durch die Methoden des Marktes ersetzt worden: durch Kauf und Verkauf, durch kommerzielle Kalkulation, durch Konkurrenz. Aber auf diesem Markt tritt der Arbeiterstaat als mächtigster Eigentümer, Käufer und Verkäufer auf. Die überwältigende Mehrheit der Produktivkräfte der Industrie und der Mittel des Eisenbahnverkehrs ist unmittelbar in den Händen des Arbeiterstaats konzentriert. Die Tätigkeit der staatlichen Wirtschaftsorgane wird somit vom Markte kontrolliert und auch in bedeutendem Maße dirigiert. Durch die Konkurrenz und die kommerzielle Berechnung werden die einzelnen Unternehmungen darauf geprüft, ob ihr Betrieb lohnend ist. Die Verbindung des Ackerbaues mit der Industrie, des flachen Landes mit der Stadt werden durch die Vermittlung des Marktes hergestellt“ ... „Das wichtigste politische und wirtschaftliche Ergebnis der Neuen Wirtschaftspolitik ist die wirkliche und dauernde Verständigung mit der Bauernschaft, die durch den Zutritt zum freien Markt den Anstoß erhalten hat zur Erweiterung und Intensivierung ihrer Wirtschaft“ ... „Der staatliche Wirtschaftsplan stellt sich unter den Verhältnissen der gegenwärtigen Periode nicht die utopische Aufgabe, das elementare Wirken von Angebot und Nachfrage durch universelle Voraussicht zu ersetzen. Im Gegenteil: ausgehend vom Markt als der Grundlage für die Verteilung der Wirtschaftsgüter und für die Regulierung ihrer Erzeugung ist der Wirtschaftsplan von heute darauf gerichtet, durch die Kombination steuerlicher, industrieller kommerzieller und Kreditfaktoren den Staatsbetrieben die größtmögliche Vorherrschaft auf dem Markt zu sichern, die Wechselbeziehung zwischen diesen Betrieben auf größtmögliche Vorausberechnung und Einheitlichkeit zu gründen und auf diese Weise, gestützt auf den Markt, zu seiner raschesten Überwindung beizutragen, vor allem auf dem Gebiet der Wechselbeziehungen zwischen den staatlichen Unternehmungen“ (Leitsätze des IV. Weltkongresses der KI, 1922; Die Wirtschaftslage Sowjetrusslands vom Standpunkt der Aufgaben der sozialistischen Revolution, In Trotzki: Die Grundfragen der Revolution, 1923, S.461,463,464,466).

Im Rahmen einer solchen Wirtschaftspolitik sind in wirtschaftlich mehr oder weniger rückständigen Ländern sogar Konzessionen an kapitalkräftige Auslandskapitalisten möglich. Der proletarischdemokratische Staat verpachtet ihnen einen Teil der von ihm nationalisierten Produktionsmittel zum Betrieb, versteht sich unter dauernder Kontrolle durch den proletarischen Staat und unter Bedingungen, dass seine Produktivkräfte, zu deren Entfalten er noch zu wenig eigene Kraft hat, dadurch tatsächlich entwickelt werden. Es ist ein „Staatskapitalismus“, den der proletarischdemokratische Staat voll in seiner Kontrolle hält und aus dem er klaren Vorteil zieht. Dies hat gar nichts zu tun mit dem Staatskapitalismus im Bourgeoisstaat, [86] der nur eine durch die Bourgeoisie vermittels des kapitalistischen Staates betriebene Form der Ausbeutung der Massen ist.

„Die sozialistische Staatsmacht gewährt den Kapitalisten die ihr gehörigen Produktionsmittel ... Der Kapitalist arbeitet als Kontrahent, als Pächter der sozialistischen Produktionsmittel, und erhält von seinem Kapital einen Profit, indem er dem sozialistischen Staat einen Teil der Profite überlässt ... Ist der Staatskapitalismus für uns schrecklich? Nein, denn wir werden bestimmen, in welchem Maß wir die Konzessionen austeilen“ (Lenin: Über die Naturalsteuer, 1921, Sammelband, 1925, S.650). Staatskapitalismus in einer Gesellschaft, in der der Kapitalismus die Staatsgewalt hat, und der „Staatskapitalismus in einem proletarischen Staat“ sind zwei grundverschiedene Begriffe“ ... „Entweder sofortiger

Sieg über die gesamte Bourgeoisie oder Tribut zahlen. Wir gestehen offen, verheimlichen es nicht, Konzessionen ... bedeuten Tribut an den Kapitalismus. Aber wir gewinnen Zeit, und Zeit gewinnen heißt alles gewinnen, insbesondere in der Periode des Gleichgewichtes, in der Zeit, in der die ausländischen Genossen ihre Revolution gründlich vorbereiten“ (Rede Lenins auf dem ÜI. Weltkongress der KI, 1921, Zur Taktik der Kommunistischen Partei Russlands, Sammelband, 1925, S.675). „Die Entwicklung des Kapitalismus unter der Kontrolle und Regulierung des proletarischen Staates (das heißt in diesem Sinn des Wortes „Staatskapitalismus“) ist günstig und unbedingt notwendig in einem außerordentlich verarmten und rückständigen kleinbürgerlichen Land (freilich nur bis zu einem gewissen Grad, soweit diese Entwicklung nämlich imstande ist, den sofortigen Aufschwung der bäuerlichen Landwirtschaft zu beschleunigen). Noch immer trifft das auf die Konzessionen zu“ (Thesen über die Taktik der KPR, ÜI. Weltkongress der KI, 1921, Sammelband, 1925, S.658). „Unser Staatskapitalismus unterscheidet sich von dem andern buchstäblich zu verstehenden Staatskapitalismus dadurch, dass wir nicht nur den Grund und Boden in den Händen des proletarischen Staates haben, sondern auch alle wichtigsten Teile der Industrie“ (Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektive der Weltrevolution, Rede Lenins auf dem IV. Weltkongress der KI, 1922, Sammelband, 1925, S.693).

„Konnte man in der Epoche des kapitalistischen Aufstiegs, dem durch den Krieg ein Ende gesetzt wurde, verschiedene Formen der Verstaatlichung – bei gewissen politischen Voraussetzungen – als fortschrittliche Erscheinungen betrachten, das heißt dafür halten, dass der Staatskapitalismus die Gesellschaft vorwärts bringe, indem er das künftige Wirtschaftswerk der proletarischen Diktatur erleichtert, so ist die heutige „Planwirtschaft“ als ein ganz und gar reaktionäres Stadium zu betrachten: Der Staatskapitalismus strebt, die Wirtschaft aus der Weltarbeitsteilung herauszureißen, die Produktivkräfte dem Prokrustesbett des Nationalstaates anzugleichen, künstlich die Produktion in einigen Zweigen zu drosseln und ebenso künstlich andere Zweige mit einem riesigen Kostenaufwand zu schaffen. Die Wirtschaftspolitik des heutigen (kapitalistischen) Staates ... erzielt eine unbeständige Regulierung um den Preis der Senkung der Nationalwirtschaft, des Hineintragens von Chaos in die internationalen Beziehungen und völliger Zerrüttung des Geldsystems, das für die sozialistische Planung unbedingt erforderlich ist. Durch den heutigen Staatskapitalismus wird die zukünftige Arbeit des sozialistischen Staates nicht vorbereitet und erleichtert, sondern für sie, im Gegenteil, kolossale weitere Schwierigkeiten geschaffen“ ... Die Marxisten haben „unter Staatskapitalismus ursprünglich nur selbständige Wirtschaftsunternehmen des (kapitalistischen) Staates verstanden. Später jedoch erhielt dieser Begriff einen erweiterten Sinn und wurde für alle Formen staatlichen Eingreifens in die Wirtschaft angewendet; die Franzosen benutzen in diesem Sinn das Wort „Etatismus“.

„Den Ausdruck „Staatskapitalismus“ hat Lenin tatsächlich gebraucht, aber nicht für [87] die Sowjetwirtschaft als Ganzes, sondern für einen begrenzten Teil von ihr: die ausländischen Konzessionen, die gemischten Industrie- und Handelsgesellschaften und zum Teil die vom Staat kontrollierte bäuerliche, im erheblichen Maße kulakische Kooperative (Genossenschaft). All das sind unbestreitbare Elemente von Kapitalismus; und da sie vom Staat kontrolliert sind und sogar unter seiner unmittelbaren Teilnahme betrieben werden, wie die gemischten Gesellschaften, so nannte Lenin diese Wirtschaftsgebilde bedingt – „in Gänsefüßen“ – „Staatskapitalismus“. Die Bedingtheit des Ausdrucks war dadurch bestimmt, dass es sich nicht um einen bürgerlichen, sondern einen proletarischen Staat handelte“ ...

„Zum Unterschied von den staatskapitalistischen Unternehmungen ... umschrieb Lenin die Sowjet-Trusts und -Syndikate als „Unternehmungen konsequenten sozialistischen Typs“ ... „Er nennt Trusts nicht sozialistische Unternehmungen, wie es heute die Stalinisten tun, sondern Unternehmungen „sozialistischen Typs“. Dieser feine terminologische Unterschied bedeutete, ... dass die Trusts das Recht, sich – nicht ihrem Typ, das heißt nicht der Tendenz, sondern ihrem Inhalt nach – sozialistisch zu nennen, erhalten werden, wenn die Landwirtschaft sich revolutioniert, der Gegensatz zwischen Stadt und Land verschwindet ... – mit andern Worten, nur in dem Maße, wie auf der Grundlage der sozialisierten Industrie und der kollektivierten Landwirtschaft sich die wirkliche sozialistische Gesellschaft gestaltet. Die Erreichung dieses Zieles dachte sich Lenin als das sich vererbende Werk von zwei, drei Generationen; dabei untrennbar verbunden mit der Entfaltung der internationalen Revolution“ (Trotzki: Die IV. Internationale und die USSR, 2.A., 1933, S.10/12).

B. Proletarischdemokratische Planwirtschaft

Sozialistische Wirtschaft, das ist planvoll organisierte, harmonisch verlaufende, harmonisch sich entwickelnde, im Interesse der menschlichen Gesellschaft als Ganzes und aller ihrer Glieder ohne Unterschied geführte Wirtschaft. Diese planvolle Wirtschaftsorganisation aufzubauen, das ist die Hauptaufgabe des proletarischdemokratischen Staates.

Privateigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln und Planwirtschaft sind miteinander grundsätzlich unvereinbar. Denn die mit diesem Privateigentum zwangsläufig verbundenen innern Widersprüche machen ein gesellschaftliches Planen, ein Planen zugunsten der großen Volksmassen, zugunsten letzten Endes der gesamten menschlichen Gesellschaft unmöglich. Selbst wenn die Weltbourgeoisie die gesamten Produktionsmittel der Welt zusammenfassen und sie als einheitlich organisierte Klasse im Weltmaßstab verwalten würde (in Form eines Welttrusts, etwa als Weltaktiengesellschaft) – das wäre nur möglich, wenn sie trotz Steigerns der kapitalistischen Ausbeutung, Unterdrückung entweder auf keinen Widerstand der ausgebeuteten, geknechteten Massen, Völker stieße oder sie trotz ständigen Verschärfens der Klassengegensätze immer niederhalten könnte –, selbst da stände die Weltbourgeoisie vor dem kapitalistisch unlösbaren, jede Planung im gesellschaftlichen Maßstab unmöglich machenden Grundwiderspruch zwischen

den nach Entfaltung drängenden kapitalistischen Produktivkräften und dem vom Kapitalismus zwangsläufig herbeigeführten relativen Senken der Massenkaufkraft, der das Realisieren des aus den Massen gepressten Mehrwerts, dessen Umwandeln in klingenden Profit immer schwerer und schwerer macht. Was sich (kapitalistische) „Planwirtschaft“ nennt, von der Bourgeoisie und ihren Soldschreibern so genannt wird, ist in Wahrheit nur das planmä- [88] ßige Eingreifen des bürgerlichen Staates in die kapitalistische Wirtschaft, erstens um das Eigentum der Bourgeoisie an den entscheidenden Produktionsmitteln trotz der anschwellenden innern Widersprüche des Kapitalismus aufrecht zu erhalten, und zweitens, um diese Widersprüche zeitweilig zu überwinden, zunächst auf Kosten der heimischen Arbeiter, Kleinbürger, Kleinbauern, auch der schwächern Kapitalisten und, sobald das nicht mehr ausreicht, auf Kosten anderer Völker durch imperialistischen Raubkriege.

„Seit dem Kriege und besonders seit den faschistischen Wirtschaftsexperimenten versteht man unter Staatskapitalismus meist ein System staatlicher Einmischung und Regelung. Die Franzosen benutzen in diesem Fall die ... Bezeichnung „Etatismus“ ... Staatskapitalismus bedeutet Ersetzung des Privateigentums (der Kapitalisten) durch das Staats-eigentum (der Kapitalistenklasse) und bleibt eben darum partiell ... Etatismus bedeutet – gleichgültig ob in Mussolini-Italien, Hitler-Deutschland, Roosevelt-Amerika oder in Frankreich Leon Blums – Einmischung des Staates auf der Grundlage des Privateigentums mit dem Ziele, es zu retten. Welches die Regierungsprogramme auch sein mögen, der Etatismus führt unweigerlich dazu, die Verluste des faulenden Systems von den Schultern der Starken auf die Schwachen zuwälzen. Er „rettet“ die Kleineigentümer vor dem völligen Untergang nur, soweit ihre Existenz für die Erhaltung des Großbesitzes notwendig ist. Die Planmaßnahmen des Etatismus sind nicht von den Entwicklungsnotwendigkeiten der Produktivkräfte diktiert, sondern von der Sorge um die Erhaltung des Privateigentums auf Kosten der sich gegen dieses auflehrenden Produktivkräfte. Etatismus bedeutet Bevormundung des technischen Fortschritts, Aufrechterhaltung lebensunfähiger Betriebe, Verewigung der schmarotzenden Gesellschaftsschichte; er ist mit einem Wort durch und durch reaktionär“ ... „Der korporative Staat“, schreibt richtig der italienische Marxist Feroci, „ist nichts als ein Kommiss des Monopolkapitals ... Mussolini bürdet dem Staat das ganze Risiko der Unternehmungen auf und überlässt den Industriellen die Vorteile der Ausbeutung.“ Hitler tritt auch in dieser Beziehung in Mussolinis Fußstapfen. Die Klassenabhängigkeit des faschistischen Staates weist dem Planprinzip Grenzen und realen Inhalt zu: Nicht um Erhöhung der Macht des Menschen über die Natur im Interesse der Gesellschaft handelt es sich, sondern um die Ausbeutung der Gesellschaft im Interesse weniger“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.239/240).

Das kleinbürgerliche Planwirtschaftsgeschrei auf dem Boden des bürgerlichdemokratischen Staates, wie es SP, LP, StP und dergleichen so fleißig anstimmen, läuft dem Wesen nach auf dasselbe hinaus wie die linkskapitalistische (Marke Roosevelt & Co.) und selbst rechtskapitalistische (Marke Mussolini, Hitler & Co.) „Planung“: auf das Retten des Privateigentums der Bourgeoisie, das Überwinden der innerkapitalistischen Widersprüche zugunsten der Bourgeoisie auf Kosten der heimischen Massen, sobald das nicht mehr zuläng, auf Kosten anderer Völker durch „demokratisch“ imperialistische Raubkriege – der Unterschied besteht nur in der Drapierung, im Kostüm, in der Maske: Anteilnahme dieser „Arbeitervertreter“, „Sozialisten“, „Kommunisten“ an der kapitalistischen Regierung und „Planwirtschaft“, Mitschmarotzen am kapitalistischen Raubertrag und zeitweiliges Ausstreuen winziger Brosamen unter die betrogenen Massen, aus denen zugleich das Vielfache davon auf andern Wegen herausgequetscht, herausgeschunden wird (woran nichts geändert wird, wenn diese „Planwirtschaft“ im (demokratisch) kapitalistischen Staat betrieben oder mitbetrieben wird von durch Gewerkschaften, Genossenschaften, Gemeinden und dergleichen in „Selbstverwaltung“ geführten Industrie-, Handels-, Landwirtschafts-, Verkehrsunternehmungen oder von „Gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen“ oder von „Gilden“, welche letztere den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Einfluss unter Leitung des (demokratisch) kapitalistischen Staates kombinieren). In besondern [89] Lagen betreiben die kleinbürgerlichen Schmarotzparteien diese in „Alleinregierung“, unter eigener Firma, doch in Wirklichkeit mit Willen und Interesse der Bourgeoisie, welche sie durch zwei Zügel fest auf der kapitalistischen Grundlinie hält: durch ihr Privateigentum an den Produktionsmitteln und durch die klassenmäßig bürgerliche Zusammensetzung des Staatsapparats, woran selbst die „Alleinregierung“ der kleinbürgerlichen „Arbeiter“parteien dem Wesen nach nichts ändert.

Das Beginnen und konsequente Fortsetzen, Verbreitern, Vertiefen jeder wirklichen Planwirtschaft – das heißt einer Planwirtschaft, die tatsächlich den Interessen der ausgebeuteten, unterdrückten Volksmassen, letzten Endes den Interessen der ganzen menschlichen Gesellschaft dient, setzt als unumgängliche Grundbedingung voraus: die Zertrümmerung der kapitalistischen Staatsmaschine, die Aufrichtung und Behauptung der Diktatur der proletarischen Demokratie gegen die Kapitalistenklasse, das ist des proletarischdemokratischen Staates, die Enteignung des Eigentums der Bourgeoisie an den entscheidenden Produktionsmitteln und deren Übergang in das Eigentum, in das tatsächliche Verfügen, Verwalten des proletarischdemokratischen Staates. Diese unumgängliche Grundvoraussetzung schafft einzig und allein der Sieg der proletarischen Revolution, und das Behaupten dieses Sieges ist nur möglich auf der unverbrüchlichen Linie der Weltrevolution. Das völlige Zuendeführen der wirklichen Planwirtschaft ist nur möglich im Maßstab des gesamten Erdballs durch systematisches Weiten der proletarischdemokratischen Diktatur und dadurch der wirklichen Planwirtschaft über die ganze Erde.

Nur die tatsächlich zugunsten der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger betriebene Planwirtschaft ist proletarische Planwirtschaft, nur sie allein führt wirklich in die Richtung zum Sozialismus. Und nur unter deren ständiger, wirksamer Mitbestimmung und Kontrolle ist eine solche Planwirtschaft einzurichten, fortzuführen, wahrhaft in die Richtung zum Sozialismus fortzuentwickeln, nur auf der Grundlage dauernder, dauernd echter, tatsächlich herrschender proletarischer Demokratie, nur als proletarischdemokratische Planwirtschaft.

Die im entarteten proletarischen Staat zugunsten der demoralisierten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie auf Kosten der Massen betriebene „planmäßige“ Wirtschaft ist bürokratische, schmarotzerische „Planwirtschaft“. Die Stalinsche Bürokratie, Arbeiteraristokratie beseitigt die proletarische Demokratie, entrechtet die Massen, reißt die tatsächliche Macht an sich, sie stützt sich weiterhin auf das Kollektiveigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln, aber sie nützt das Kollektiveigentum aus, um die Hauptfrüchte der kollektiven Produktion auf Kosten der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger – parasitisch sich anzueignen. Dadurch öffnet sie im nationalen Maßstab Quellen von Missverhältnissen, innern Widersprüchen, die sich einem wirklichen Planen immer stärker in den Weg stellen. Und zwar desto mehr, je mehr zugleich die sozialistischen Tendenzen, Elemente zurückgedrängt werden. Am meisten drücken sich diese Widersprüche aus in den entstehenden und sich immer mehr verschärfenden Klassengegensätzen, letzten Endes in dem zwar keineswegs beabsichtigten, aber sich objektiv als Wirkung einstellenden Entstehen einer neuen russischen Bourgeoisie. Die selbstsüchtig vor allem auf ihren Vorteil bedachte Stalinsche Bürokratie, Arbeiteraristokratie ist notwendiger Weise national beschränkt, nationalistisch auch auf dem Gebiet der Wirtschaft. Dadurch öffnet sie im internationalen Maßstab Quellen, die das Planen immer mehr stören, stören müssen. Denn wahre Planwirtschaft verlangt, politisch und ökonomisch, eine internationale Perspektive, die Grundlinie der proletarischen Weltrevolution.

Lange Zeit hindurch bleiben die wachsenden Missverhältnisse, Widersprüche, Störungen [90] der Stalinschen „Planwirtschaft“ verdeckt durch die großen Resultate des wirtschaftlichen Aufbaus. Es sind diese gewaltigen Aufbauergebnisse, die das Auge des oberflächlichen, gedankenlosen Betrachters blenden, dem der gigantische Aufbau an sich alles, dessen sich immer mehr zum Nachteil der Arbeiterklasse, des Sozialismus verändernder Klasseninhalt aber nichts ist. Weil Russland wirtschaftlich so überaus weit hinter den kapitalistischen Ländern zurückstand, nur darum vermochte es – trotz der Stalinschen Politik – den so gewaltigen wirtschaftlichen Sprung nach vorwärts zu machen, ohne sofort an die allergrößten „internationalen Widersprüche, Störungen“ zu stoßen. Im Gegenteil, der Export von Produktionsmitteln usw. nach der Sowjetunion für den russischen Wirtschaftsaufbau war den Bourgeoisstaaten als Entlastung der krisenhaften Lage ihrer kapitalistischen Wirtschaft für eine gewisse Zeit sogar höchst willkommen. Sobald jedoch dieser Aufbau – obwohl er hinter der Wirtschaft der entwickelten kapitalistischen Länder noch immer bedeutend zurückstand –, eine gewisse Höhe erreicht hatte, die den führenden Bourgeoisländern insbesondere perspektivisch für sich zu gefährlich erschien (innerhalb absehbarer Zeit: drohender Verlust des russischen Marktes in hohem Maße und drohendes Auftreten Sowjetrusslands als Konkurrent auf dem Weltmarkt) musste Stalins „Planwirtschaft“ trotz aller nationalen Selbstbeschränkung im Zuge des fortschreitenden kapitalistischen Niedergangs auf den hartnäckigsten Widerstand der kapitalistischen Weltwirtschaft, auf die allerschärfste Gegnerschaft der Weltbourgeoisie stoßen. Sie entlud sich im zweiten imperialistischen Weltkrieg, der in erster Linie und grundlegend ein Krieg der gesamten Weltbourgeoisie ist – mit verteilten Rollen – gegen den entarteten proletarischen Staat, gegen dessen hochgekommene Wirtschaft, die bereits ein so großes Stück der Zurückgebliebenheit Russlands aufgeholt hatte. Das Resultat der Stalinschen „Planwirtschaft“, die ja nur ein Teil des „Sozialismus in einem Land“, der Stalinschen „Generallinie“, die sich so „realistisch“ von der Linie der internationalen proletarischen Revolution zurückzog und Front gegen diese bezog, liegt nun vor unsern Augen: Fast 50% des Produktionsapparats sind zerstört, die Sowjetwirtschaft ist fast um die Hälfte dessen, was sie aufgeholt hatte, zurückgeschleudert, während der amerikanische kapitalistische Produktionsapparat wächst; die wirtschaftliche Abhängigkeit Sowjetrusslands vom kapitalistischen Weltmarkt, insbesondere vom amerikanischen Kapital, ist riesenhaft gestiegen, nicht nur in Bezug auf die Wiederherstellung, Neu-ausrüstung des russischen Produktionsmittelapparats, sondern sogar in Bezug auf Lebensmittel und Rohstoffe, um den Krieg auf größter Stufenleiter weiterführen zu können. Es ist der Riesenbankrott der Stalinschen „Planwirtschaft“, den kein Beifallsgeschrei der amerikanischen, englischen Millionäre und ihrer labouristischen, sozialdemokratischen und sonstigen Unterschmarotzer wegzaubern kann, die sich alle gewaltig darüber freuen, dass die Stalinbürokratie ihnen so großartig die Kastanien aus dem Feuer holt: Sowjetrussland trägt die Hauptlast des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus, wobei rund 50% seines Wirtschaftsapparates zerstört worden, nicht gerechnet der riesigen Menschenverluste, im Verhältnis zu denen das Ausmaß vor allem der amerikanischen Opfer bei weitem kleiner. Die amerikanisch-englischen Imperialisten ringen bei geringen eigenen Opfern ihre imperialistischen Konkurrenten nieder, vor allem mittels des russischen Degens; indem sich Sowjetrussland bei dieser gigantischen Leistung in hohem Maße aufreibt, verblutet, siegen die amerikanisch-englischen Profitmacher und durch sie die Weltbourgeoisie über den durch Stalinsche Schuld entarteten proletarischen Staat – das sind die Früchte des Stalinschen „Planens“, der Stalinschen Politik, der Stalinbürokratie. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Unmittelbar nach ihrem revolutionären Sieg beginnt die Arbeiterklasse schon mit der Planarbeit. Diese ist natürlich angesichts des Bürgerkrieges, des etwa voran- [91] gegangenen Krieges, der damit verbundenen wirtschaftlichen Zerrüttung längere Zeit nur auf kurze Sicht möglich. Zu diesem Zwecke gründet der proletarischdemokratische Staat den Obersten Wirtschaftsrat und die Zentrale Plankommission, deren Organisation vom Reichsarbeiter- und Kleinbauernrat beschlossen wird.

Der Oberste Wirtschaftsrat ist ein beratendes Organ der Regierung, die ihrerseits dem Reichsarbeiter- und Kleinbauernrat verantwortlich ist. Nichtsdestoweniger entsendet dieser eine genügende Zahl nichtbeamteter Personen in den Obersten Wirtschaftsrat, die er vor allem aus seiner Mitte bestimmt. Die übrige Besetzung nimmt die Regierung vor

im Rahmen der vom Reichsarbeiter- und Kleinbauernrat hierfür getroffenen Bestimmungen. Gewerkschaften, Genossenschaften, die armen Bauern und Kleinbürger sind an der Besetzung des Obersten Wirtschaftsrates durch Vorschläge geeigneter Kandidaten mitbeteiligt.

Die Plankommission ist ein vorbereitendes Organ des Obersten Wirtschaftsrates. Auch hier wird es sich empfehlen, dass der Reichsarbeiter- und Kleinbauernrat eine gewisse Anzahl nichtbeamteter Personen dahin entsendet, vor allem aus seiner Mitte. Die sonstige Zusammensetzung bestimmt die Regierung im Rahmen der vom Reichsarbeiter- und Kleinbauernrat hierfür beschlossenen Organisationsbestimmungen. Mit beratender Stimme gehören der Plankommission an die von der Regierung bestimmten Fachleute. Auch an der Besetzung der Plankommission sind die Gewerkschaften, Genossenschaften sowie die armen Bauern und Kleinbürger durch Vorschläge geeigneter Kandidaten mitbeteiligt.

„Das Proletariat wird, wenn es gesiegt haben wird, folgendermaßen handeln: Es wird Volkswirtschaftler, die Ingenieure, die Spezialisten der Landwirtschaft usw. unter der Kontrolle der Arbeiterorganisationen zur Ausarbeitung und zur Prüfung eines „Planes“ verwenden, wird durch sie Wege ausfindig machen, um durch Zentralisation Arbeit zu ersparen, und wird durch sie Mittel und Methoden aufsuchen lassen, um die einfachste, bequemste, billigste und allgemeinste Kontrolle zu erzielen. Wir werden die Volkswirtschaftler, Statistiker, Techniker usw. dafür gut bezahlen, aber ... wir werden ihnen die Lebensmittel entziehen, falls sie diese Arbeit nicht gewissenhaft und voll und ganz im Interesse der Werktätigen erfüllen werden“ (Lenin: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?, 1.10.1917, S.43/44).

Erst nachdem die Arbeiterklasse im Bürgerkrieg gesiegt, die allerschwersten Wunden, die der Bürgerkrieg (und der eventuell vorangegangene Krieg) der Wirtschaft geschlagen, im Großen und Ganzen überwunden, erst dann wird das proletarischdemokratische Planen auf weite Sicht möglich – und notwendig.

Der proletarischdemokratische Wirtschaftsplan hat – ausgehend von der Erbschaft, die das siegreiche Proletariat von der besiegten Bourgeoisie übernimmt – folgende Aufgaben:

1) Das Herstellen und Aufrechterhalten der leitend immer auf die Bedürfnisse der großen Masse der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger abgestimmten, zweckmäßig, sparsam geführten Gesamtproduktion, stets in Einklang mit der jeweils tatsächlichen politisch-ökonomischen Klassenkraft des Proletariats.

Der Umfang der Gesamtproduktion, die Stufenleiter ihrer fortschreitenden Erweiterung (die Stufenleiter der erweiterten gesellschaftlichen Reproduktion) muss immer der wirklichen politisch-ökonomischen Kraft der Arbeiter als Klasse unter den gegebenen wirtschaftlichen, technischen, kulturellen Bedingungen des Landes, worin sie herrscht, angepasst sein, muss mit ihr stets harmonisieren. Bleiben Ausmaß und Stei- [92] gerungsstufe der gesellschaftlichen Produktion dahinter zurück, das heißt: wird die im Rahmen der gegebenen proletarischen Klassenkraft mögliche Befriedung der Bedürfnisse der Masse der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger nicht erreicht, so wird dadurch rückwirkend die Kraft der Arbeiterklasse, also auch der proletarischdemokratische Staat geschwächt – eilen sie aber darüber anhaltend hinaus, so werden die Arbeiter dauernd überspannt, überanstrengt schon dadurch allein in ihrer Kraft als Klasse geschwächt. Mehr noch: Bei zu großem, zu schnellem Steigern der Stufenleiter der erweiterten Reproduktion im gesellschaftlichen Maßstab wird die Arbeiterklasse immer weniger imstand, die entscheidenden Kommandostellen, überhaupt Schlüssel-, Knotenpunkte des sich erweiternden Wirtschaftsapparates mit der proletarischen Demokratie klassenmäßig verlässlichen und zugleich ihrer ökonomischen Aufgabe gewachsenen Elementen zu besetzen; der Produktionsapparat wächst zwar rekordartig, aber er gerät immer mehr in die Hände nichtproletarischer, klassenfremder, klassenfeindlicher Elemente – die Produktion entfaltet sich, aber statt in proletarische, sozialistische, immer mehr in antiproletarische, antisozialistische Richtung.

Beim Bestimmen des jeweiligen Umfangs der Gesamtproduktion werden im proletarischen Staat die Bedürfnisse der proletarischen Landesverteidigung stets eine äußerst wichtige Rolle spielen. Sie werden für absehbare, ziemlich lange Zeit immer einen sehr bedeutenden Teil der Gesamtproduktion beanspruchen. Die demoralisierte, verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie arbeitet tatsächlich gegen das Weltproletariat, gegen die proletarische Revolution. Im Verhältnis zum proletarischdemokratischen Staat wendet daher der bürokratisch entartete proletarische Staat einen bei weitem größern Teil der Gesamtproduktion der Landesverteidigung zu, weil er trachten muss, die durch die bürokratische Verratspolitik herbeigeführten gewaltige Schwächung des Weltproletariats und dadurch auch des proletarischen Staates durch übersteigerte Rüstungen wettzumachen. Schon dadurch allein muss im entarteten proletarischen Staat der Teil der Gesamtproduktion, der den unmittelbaren Bedürfnissen der Masse der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger dient, verhältnismäßig bedeutend kleiner sein als im proletarischdemokratischen Staat.

2) In diesem Rahmen besteht die zweite Aufgabe im Herstellen und Aufrechterhalten der Proportionalität zwischen der Gesamtproduktion der Produktionsmittel und der Gesamtproduktion der Konsumtionsmittel – zwischen der Industrie und der Landwirtschaft – zwischen beiden und dem Verteilungsapparat, dem Transportapparat inbegriffen.

3) In all dem ist inbegriffen:

a) das planmäßige Verteilen der gesellschaftlichen Arbeitskraft. Die Basis dazu bildet die allgemeine Arbeitspflicht. Die kapitalistische Arbeitspflicht umfasst, organisiert nur die Ausgebeuteten, Unterdrückten, und zwar nach den Bedürfnissen der Ausbeuter, Unterdrücker – die proletarische Arbeitspflicht reiht auch die bisher ausbeutenden, parasitischen, überhaupt unproduktiven Elemente in den gesellschaftlichen Produktionsprozess ein und organisiert diesen

im Interesse der Masse der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger, letzten Endes im Interesse der gesamten menschlichen Gesellschaft. Hand in Hand mit dem Verteilen geht das Bereitstellen der gesellschaftlichen Arbeitskraft in dem erfordernten Ausmaß, in der benötigten Qualität; dies umschließt alle dazugehörigen Vorkehrungen, Maßnahmen (Bevölkerungspolitik, Erziehungspolitik).

b) das planmäßige Verteilen des gesamten Produktionsertrages, auf Produktion, Konsumtion, Verteilung samt Transport und Reserven; auf die Produktion der Produktionsmittel und auf die Produktion der Konsumtionsmittel; innerhalb der Industrie auf die Industriezweige, innerhalb der Landwirtschaft auf die Landwirtschaftszweige (Getreidewirtschaft, Viehzucht, Futtermittel usw.). Innerhalb jedes Industrie- bzw. Landwirtschaftszweiges auf die einzelnen Betriebe.

c) im Rahmen dieser sachlichen erfolgt die örtliche Verteilung der persönlichen und sachlichen Mittel der Produktion.

d) die zeitliche Verteilung der Gesamtproduktion: der Beginn der Produktionsetappen, in welchem Zeitraum sie zu bewältigen, in welchem Tempo (mit welcher Steigerungsstufe!); die Zusammenfassung der Produktionsetappen zu Produktionsperioden (Mehrjahresplan: Vier-, Fünf-, Sechsjahresplan usw.).

In der kapitalistischen Wirtschaft wird dieser gesamte Verteilungsprozess richtunggebend bestimmt durch die Bedürfnisse der kapitalistischen Ausbeuterklasse; in der Wirtschaft des entarteten proletarischen Staates grundlegend durch die Herrschafts- und Schmarotzbedürfnisse der demoralisierten, entarteten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie. Nur der proletarischdemokratische Staat regelt ihn dauernd nach den Bedürfnissen der großen Masse der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger. Dies ist die Hauptursache, warum die „Planwirtschaft“ des bürokratischen Staates bedeutend weniger für die Bedürfnisse der breiten Volksmassen produziert, ihnen viel weniger zuteilt als der gesunde, der proletarischdemokratische Staat, der die beamteten Personen stets in Schach hält und es ihnen nicht erlaubt, den Rahm von der gesamten Produktion für sich abzuschöpfen, die Massen aber mit der „entrahmten Milch“ abzufertigen.

4) Mit all dem geht Hand in Hand die fortlaufend möglichst genaue und immer genauere, stets schlagfertige statistische Erfassung

a) der verfügbaren gesellschaftlichen Arbeitskraft nach ihrem zahlenmäßigen Gesamtumfang sowohl wie nach ihren verschiedenartigen Gliederungen in Bezug auf die Qualifikation, die Verwendbarkeit der einzelnen Arbeitskräfte;

b) des Umfangs und der Art der jeweils verfügbaren sachlichen Mittel der Produktion (Arbeitsmittel, Roh- und Hilfsstoffe, Rohstoffquellen).

c) des Gesamtumfangs und der örtlichen Verteilung, nach Art und Menge, des jeweils vorhandenen Vorrats an zur Verwendung für den Verbrauch – für den produktiven als auch für den konsumtiven – bereitgestellten Fertigprodukten.

5) Schließlich muss der Wirtschaftsplan immer wieder bestimmen, welche notwendigen sachlichen, eventuell auch persönlichen Mittel der Produktion im Gebiet des proletarischen Staates in einem gegebenen Zeitpunkt, nicht vorhanden sind, in welchem Umfang, in welcher Qualität, in welcher Art und Weise sie aus dem Ausland zu beschaffen sind.

– „Die Organisierung der Wirtschaft besteht in der richtigen und zweckmäßigen Verteilung der Kraft und Mittel auf die verschiedenen Zweige und Unternehmen und in der vernünftigen, das heißt sparsamen Verwendung dieser Mittel innerhalb eines jeden Unternehmens. Der Kapitalismus erreichte dieses Ziel durch Angebot und Nachfrage, Konkurrenz, Hochkonjunktur und Krise. Der Sozialismus wird dasselbe Ziel erreichen durch den bewussten Aufbau der nationalen und dann auch der Weltwirtschaft als einheitliches Ganzes nach einem allgemeinen Plan, der sowohl von den vorhandenen Produktionsmitteln als auch von den vorhandenen Bedürfnissen ausgeht, allumfassend und gleichzeitig außerordentlich elastisch ist. Ein solcher Plan [94] kann nicht a priori (von vorneherein) aufgestellt werden; bei seiner Ausarbeitung muss man von dem wirtschaftlichen Erbe ausgehen, das die Vergangenheit dem Proletariat hinterlässt und systematische Veränderungen und Umbauten vornehmen, die immer entschiedener und kühner werden müssen, je mehr die wirtschaftliche Erfahrung des Proletariats und die Vermehrung seiner technischen Kräfte steigt“ (Trotzki: Die Grundfragen der Revolution, 1923, S.467).

Der proletarischdemokratische Wirtschaftsplan bedarf einer fortgesetzten politischen und finanziellen Kontrolle. Politisch: durch die lebendige, wirksame proletarische Demokratie, das heißt dadurch, dass die Massen der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger dauernd die Planwirtschaft kontrollieren, mitbestimmen, an deren Leitung tatsächlich mitbeteiligt sind – finanziell: durch das Geld, durch die Preise, durch das Spiel von Arbeit und Fachfrage, durch die auf dieser Grundlage immer wieder überprüfte Rentabilität jedes einzelnen Betriebes.

„Der perspektivische Wirtschaftsplan ist kein von vorneherein gegebenes Dogma, sondern eine Arbeitshypothese. Die kollektive Nachprüfung des Planes muss im Prozess seiner Durchführung geschehen, wobei die Elemente der Nachprüfung nicht nur Buchhaltungsziffern sind, sondern auch die Muskeln und Nerven der Arbeiter, die politische Verfassung der Bauern. Abschätzen, Nachprüfen, Summieren, das alles Verallgemeinern kann nur eine aktive, nach freiem Willen handelnde, ihrer selbst sichere Partei. Der Fünfjahresplan wäre undenkbar ohne die Gewissheit, dass alle Beteiligten des Wirtschaftsprozesses, die Leitungen der Fabriken und Trusts einerseits, die Fabrikkomitees andererseits, sich der Parteidisziplin unterwerfen und dass die parteilosen Arbeiter der Führung der (Partei-, Betriebs-) Zellen und Betriebskomitees nicht entgleiten“ ... „A priori (von vorneherein) ein vollendetes System wirtschaftlicher

Harmonie zu schaffen, ist unmöglich. Die planwirtschaftliche Hypothese musste die alten Disproportionen (Missverhältnisse), die Unvermeidlichkeit der Entstehung neuer in sich tragen. Eine zentralisierte Leitung gewährleistet nicht nur große Vorzüge, sondern bedeutet auch die Gefahr der Zentralisierung von Fehlern, das heißt die Erhöhung der Fehler in eine sehr hohe Potenz. Nur die beständige Regulierung des Planes während der Ausführung, seine teilweise oder gänzliche Umarbeitung auf Grund der aus der Erfahrung gewonnenen Lehren, können seine wirtschaftliche Wirkung sichern ... Das Problem des gegenseitigen Verhältnisses der Elemente der Produktion und der Wirtschaftszweige bildet den eigentlichen Sinn der sozialistischen Ökonomie. Die zur Lösung dieses Problems führenden verschlungenen Wege sind auf keiner Karte eingetragen. Sie zu entdecken, ist ein sich lang hinziehendes und schweres Werk“ (Trotzki: Sowjetwirtschaft in Gefahr!, Vor dem zweiten Fünfjahresplan, 1932, S.5,10).

„Ein Plan kann nicht auf spekulativen Größen allein fußen. Das Spiel von Angebot und Nachfrage bleibt für ihn noch für lange Zeit hinaus unerlässliche materielle Grundlage und heilsame Korrektur“ ... „Ein vorgefasster Wirtschaftsplan ist, vor allem in einem zurückgebliebenen Land mit einer 170-Millionen-Bevölkerung und tiefen Gegensätzen zwischen Stadt und Land, kein unverrückbares Gebot, sondern ein Entwurf, eine Arbeitshypothese, die im Laufe der Durchführung der Prüfung und Umarbeitung unterliegt ... Zwei Hebel müssen zur Regulierung und Anpassung der Pläne dienen: ein politischer, gebildet durch die reale Beteiligung der interessierten Masse selbst an der Leitung, was ohne Sowjetdemokratie undenkbar ist, und ein finanzieller, gebildet durch eine reale Prüfung der a priori-schen (von vorneherein) gemachten) Berechnungen mit Hilfe eines allgemeinen Äquivalents, undenkbar ohne Geldsystem ... Andererseits ist ein erfolgreicher sozialistischer Aufbau undenkbar ohne Einschaltung des unmittelbaren persönlichen Interesses der Erzeuger und Verbraucher in das Planen; das heißt ihres Egoismus, [95] der seinerseits nur in dem Falle befruchtend wirken kann, wenn ihm das gewohnte zuverlässige und geschmeidige Mittel zur Verfügung steht: das Geld. Erhöhung der Arbeitsergiebigkeit und Verbesserung der Produktionsqualität sind ohne einen genauen Messer, der frei in alle Poren der Wirtschaft eindringt, das heißt ohne eine feste Geldeinheit, nicht zu errechnen, Daraus erhellt, dass in der Übergangswirtschaft wie unter dem Kapitalismus das einzig wahre Geld auf Gold basiert. Alles andere Geld ist nur Ersatz ... In den regierenden Kreisen herrschte die Meinung vor, in einer Planwirtschaft sei eine Inflation nichts Schlimmes ... In Wirklichkeit führt die Geldinflation, die unvermeidlich die Kreditinflation erzeugt, zur Vertauschung der realen Größen durch fiktive (scheinbare, eingebildete, vorgetäuschte) und zerfrisst die Planwirtschaft von innen heraus“ ... „Auf die Wirtschaft übertragen, bedeutet die (proletarische) Demokratie gründliche Revision der Pläne im Interesse der Werktätigen. Freie Diskussion der Wirtschaftspläne wird die Unkosten der bürokratischen Fehler und Zickzacks senken. Die teuren Spielzeuge – Sowjetpaläste, neue Theater, protzige Untergrundbahnen – werden zurücktreten zugunsten von Arbeiterwohnungen. Die „bürgerliche Verteilungsnorm“ wird auf das unbedingt Notwendige zurückgeführt werden, um in der Masse, wie der gesellschaftliche Reichtum wächst, sozialistischer Gleichheit Platz zu machen“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.27,69/70,72,280). –

Gerade die Vorkämpfer der internationalen proletarischen Revolution, gerade die Gegner der Theorie des „Sozialismus in einem Land“ waren die Verfechter der Industrialisierung, des Planprinzips, des Fünfjahresplanes und der Kollektivierung, während die Stalin, Bucharin & Co. all dies wütend bekämpften!

„Jene Jahre (1923-26) verliefen im Kampf der regierenden Koalition (Stalin, Molotow, Rykow, Tomschi, Bucharin; Sinowjew und Kamenjew gingen Anfang 1926 in die Opposition) gegen die Anhänger der „Überindustrialisierung“ und der Planführung ... Die seit 1923 von der (Links) Opposition erhobene Forderung nach Ausarbeitung eines Fünfjahresplanes stieß auf Spott ... Offen verhöhnten die Häupter der herrschenden Fraktion vorsichtige Koeffizienten (Stufen der Erweiterung des Produktionsapparates; d.Verf.) wie 15%-18% als phantastische Klänge einer unbekannten Musik. Darin bestand damals das Wesen des Kampfes gegen den „Trotzkismus“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.31,33). Die Stalin, Bucharin & Co. setzten 1924/1926 auf die Großbauern, die Kulaken (siehe Trotzki: ebenda, S.29). „Die Kollektivierung der Landwirtschaft ist von der herrschenden Fraktion natürlich auch damals „im Prinzip“ nicht verneint worden. Doch wies man ihr einen Platz erst in einer Perspektive von Jahrzehnten an ... Ein breites Kollektivierungsprogramm wurde für die nächsten Jahre als Utopie bezeichnet“ ... „Unentschlossenheit angesichts der individuellen Bauernwirtschaft, Misstrauen gegen große Pläne, Eintreten für Minimaltempi, Geringschätzung der internationalen Pläne, all das bildet zusammen das eigentliche Wesen der Theorie des „Sozialismus in einem Land“, die von Stalin erstmalig im Herbst 1924 aufgestellt wurde nach der (durch ihn verschuldeten; d.Verf.) Niederlage des Proletariats in Deutschland (Oktober 1923)“ (Trotzki: ebenda, S.30,35).

Die Vorzüge der Sowjetwirtschaft gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft darstellend, führte Trotzki im Jahre 1925 aus: „Das sind unsere vier Vorzüge ... Ihre Bedeutung wird nicht abnehmen, sondern umgekehrt zunehmen, mit dem Abschluss der Wiederherstellungsperiode. Zusammengekommen werden diese Vorzüge – richtig benutzt – es uns ermöglichen, in den nächsten Jahren den Koeffizienten (Stufengrad) unseres Industriewachstums nicht nur auf das Doppelte der 6% der Vorkriegszeit zu steigern, sondern auf das Dreifache und vielleicht noch mehr“

(Kapitalismus und Sozialismus, S.58). Im Jahre 1927 schrieb er über das Tempo der industriellen Entwicklung: „Die einzige materielle Grundlage für den Sozialismus“, sagt Lenin, „ist eine ausgedehnte Maschinenindustrie, die imstande ist, den Ackerbau neu zu gestalten“ ... Trotz unseres beträchtlichen Erfolges auf dem Gebiet der Industrie, des Transports und der Elektrifizierung ist die Entwicklung unserer Industrie noch weit von dem entfernt, was notwendig und möglich ist. Das augenblickliche Tempo der Industrialisierung und das für das kommende Jahr angegebene Tempo sind offensichtlich einander nicht entsprechend.“ ... „Die (Links-) Opposition kämpft für ein entschlossenes Tempo unserer Industrieentwicklung als Vorbedingung unseres Aufbaues“ (Die wirkliche Lage in

Russland, S.65,66,155/156). Und über die Agrarkollektivierung schrieb er ebenda, (S.55,59): „So hemmt die Rückständigkeit der Industrie das Anwachsen des Ackerbaues – und besonders das Anwachsen der ländlichen Warenproduktion. Sie untergräbt das Zusammenwirken von Stadt und Land und führt zu einer schnellen Klassendifferenzierung unter den Bauern“ ... „Das Anwachsen des Privateigentums auf dem flachen Land muss durch eine schnelle Entwicklung der kollektiven Landwirtschaft wett gemacht werden. Es ist notwendig, die Bemühungen der armen Bauern, sich in Genossenschaften zu organisieren, planmäßig zu unterstützen.“ Doch von all dem wollten die „Realisten“ Stalin, Bucharin & Co. nichts wissen.

Gerade die Vorkämpfer der Weltrevolution, gerade die Bekämpfer des Stalinschen Sozialnationalismus waren die Verfechter des entschlossenen, gesteigerten Tempos der Industrialisierung als auch der Durchführung der Agrarkollektivierung, beides dem Ausmaß nach stets im Einklang mit der tatsächlichen politisch-ökonomischen Kraft der russischen Arbeiterklasse. Die Stalin, Bucharin & Co. bekämpften durch sehr lange Zeit beides wütend als – Abenteuerum! Dann aber sprangen sie plötzlich um zur Industrialisierung im Rekordtempo, zur durchgehenden Agrarkollektivierung in aller kürzester Zeit ... beides weit über die politisch-ökonomische Klassenkraft der russischen Arbeiter hinaus angesichts der tatsächlichen wirtschaftlichen, technischen, kulturellen Lage Russlands.

„Der neue Kurs formte sich ebenso empirisch (nur nach der unmittelbaren Erfahrung) wie der vorhergehende in verstärktem Kampf innerhalb des Regierungsblocks. „Was die Gruppen der Rechten und des Zentrums eint, ist die gemeinsame Feindschaft gegen die Opposition“ , hatte die Plattform der Linken ein Jahr vorher (1927) gesagt, die Absägung der (Links-) Opposition aber würde unvermeidlich den Kampf zwischen ihnen selbst beschleunigen.“ So kam es auch (1928). Der im Prinzip bereits angenommene minimalistische Fünfjahresplan machte einem neuen Plan Platz, dessen Grundelemente ganz und gar der verdonnerten Linksoption entlehnt waren ... An die Stelle des selbstzufriedenen Quietismus (Geruhigkeit) trat panisches Ungestüm. Lenins halb vergessene Losung „einholen und überholen“ wurde durch die Worte ergänzt: „In kürzester Zeit“ ... Sogleich nach den ersten neuen Erfolgen wurde die Losung herausgegeben: Vollendung des Fünfjahresplanes in vier Jahren ... Der Opportunismus verkehrte sich, wie es in der Geschichte nicht selten zu sein pflegt, in sein Gegenteil, das Abenteuerum. War das politische Büro in den Jahren 1923-1928 bereit gewesen, sich mit Bucharins Philosophie vom „Schneckentempo“ abzufinden, so sprang es jetzt behänd von 20 auf 30 Prozent jährlichen Wachstums“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.36/37).

„Umfang und Tempo der Kollektivierung werden nicht allein von dem Willen der Regierung bestimmt, sondern letzten Endes von den ökonomischen Faktoren: von der Höhe des wirtschaftlichen Anbaus des Landes, von dem Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft, also folglich von den technischen Hilfsquellen der Landwirtschaft selbst.

[97] „Die Industrialisierung ist der treibende Faktor der gesamten neuen Kultur und damit die einzig denkbare Grundlage des Sozialismus. Bei den Verhältnissen in der Sowjetunion bedeutet die Industrialisierung vor allem die Festigung der Basis des Proletariats als der herrschenden Klasse. Gleichzeitig schafft sie die materiellen und technischen Voraussetzungen für die Kollektivierung der Landwirtschaft. Das Tempo dieser beiden Prozesse steht in einer innern Abhängigkeit zueinander ...

„Das zu erreichende Tempo findet seine Einschränkung in der materiellen und kulturellen Grundlage des Landes, in den gegenseitigen Beziehungen zwischen Stadt und Land und in den dringendsten Bedürfnissen der Massen, die nur bis zu einem bestimmten Grad ihren heutigen Tag zugunsten des morgigen zu opfern imstande sind. Die besten und vorteilhaftesten Tempos sind diejenigen, die nicht nur im gegenwärtigen Augenblick die schnellste Entwicklung der Industrie und Kollektivierung ergeben, sondern auch den nötigen (proletarischklassenmäßigen) Widerstand des gesellschaftlichen Regimes sichern, das heißt vor allem die Festigung des Bündnisses zwischen den Arbeitern und den Bauern, das allein die Möglichkeit der weiteren Erfolge vorbereitet“ ... Zwei prinzipielle Variationen sind möglich: a) Der ... Kurs auf die ökonomische Festigung der Diktatur des Proletariats in einem Land bis zu den weiteren Siegen der internationalen proletarischen Revolution (Standpunkt der Linken Opposition), b) der Kurs auf die Errichtung einer isolierten nationalen sozialistischen Wirtschaft, und zwar in „kürzester historischer Frist“ ...

„Die ersten schnellen ökonomischen Erfolge, die er gar nicht erwartet hatte, haben Stalin im Herbst 1924 den Gedanken des Sozialismus in einem Land als der Krönung der politischen Perspektive einer isolierten nationalen Wirtschaft eingegeben. Gerade in dieser Periode stellte Bucharin seine berühmte Formel auf: geschützt durch das Außenhandelsmonopol vor der Weltwirtschaft, seien wir imstand, den Sozialismus aufzubauen, „wenn auch im Schneckentempo“ ... Die nationale Selbstzufriedenheit konnte sich natürlicherweise auf die Dauer nicht halten, da sie ja nur die erste kurze Etappe der wirtschaftlichen Wiederbelebung widerspiegelt, die notwendigerweise auch unsere Abhängigkeit vom Weltmarkt belebte. Die ersten, den National-Sozialisten unerwartet gekommenen Stöße der nationalen Abhängigkeit erzeugten eine Unruhe, die im nächsten Stadium in eine Panik überging. So schnell wie möglich mit Hilfe des Höchsttempos der Industrialisierung und der Kollektivierung die ökonomische „Unabhängigkeit“ gewinnen“ – das war die Wendung in der Wirtschaftspolitik des National-Sozialismus in den letzten zwei Jahren. Die Zauderpolitik wurde auf der ganzen Linie durch das Abenteuerum abgelöst. Die theoretische Basis der beiden Erscheinungen ist die gleiche: Die national-sozialistische Konzeption (Auffassung, Einstellung) ... Die akutesten wirtschaftlichen Zuckungen in der USSR werden dadurch erzeugt, dass die heutige Leitung sich bemüht, aus der Not eine Tugend zu machen und auf der politischen Isoliertheit des Arbeiterstaates das Programm einer isolierten sozialistischen Wirtschaft aufzubauen. Daraus entstand das Programm der durchgehenden sozialistischen Kollektivierung der Bauernwirtschaft auf dem Fundament des vorkapitalistischen Inventars – das gefährlichste Abenteuer, das allein schon die

Möglichkeit einer Zusammenarbeit von Proletariat und Bauernschaft zu untergraben droht“ (Trotzki: Die permanente Revolution, 1930, S.5/6,16/17).

„Die administrative Jagd nach „maximalen“ Tempos muss Platz machen der Ausarbeitung optimaler (vorteilhafterer) Tempos ... Die Kollektivierung der Bauernwirtschaft ist auf das Geleise der tatsächlichen Selbsttätigkeit des landwirtschaftlichen Proletariats und der Dorfarmut und ihres Bündnisses mit den mittleren Bauern umzuleiten ..., das Staatsprogramm des Kolchosenaufbaues in Einklang zu bringen mit den tatsächlichen Resultaten der Erfahrung und mit den gegebenen [98] technischen gesamtökonomischen Hilfsquellen. Keine Minute außer Acht lassen, dass der Sturz der Wettbourgeoisie im revolutionären Kampfe eine viel dringlichere und unmittelbare Aufgabe ist, als die Weltwirtschaft einzuholen und zu überholen“, ohne dabei die Grenzen der USSR zu überschreiten“ (Trotzki: Probleme der Entwicklung der USSR, 1931, S.30/31).

„Die äußerst gespannte politische Atmosphäre im Land ist Resultat der Widersprüche zwischen dem Wachstum der Sowjetwirtschaft und der ökonomischen Politik der Bürokratie, die entweder ungeheuer zurückbleibt hinter den Bedürfnissen der Wirtschaft (1923-28) oder, durch das eigene Zurückbleiben erschreckt, sich vorwärts stürzt, um durch rein administrative Maßnahmen das Versäumte nachzuholen (1928-32). Dem rechten Zickzack folgt auch hier der linke. Auf beiden Zickzacks befinden sich die Bürokraten im Widerspruch mit der Wirklichkeit der Wirtschaft, das heißt mit den Stimmungen der Werktätigen. Sie kann diesen nicht gestatten, sie zu kritisieren, weder da, wo sie zurückbleibt, noch dort, wo sie vorausläuft“ (Trotzki: Was nun?, 1932, S.79).

„Das Bulletin der Linksoption vom 15.6.1931 stellte die Überführung des Fünfjahresplanes auf vier Jahre als einen Akt leichtfertiger Abenteuererei dar. „Rakowsky machte vor reichlich zwei Jahren auf die die Kräfte übersteigende Ausdehnung des Planes aufmerksam“. „Das nationale Einkommen ist unrichtig verteilt. Die Wirtschaftsaufgaben werden ohne Berechnung der realen Mittel gestellt. „Auf die Schultern der Arbeiter wird eine immer unerträglichere Last abgewälzt“ ... „Unterernährung plus Antreiberei! Die Verbindung dieser beiden Bedingungen genügt, um in kürzester Zeit die maschinellen Einrichtungen zu vernichten und die Produzenten selbst zu verbrauchen“ ...

„Die Jagd nach rekordmäßiger Kollektivierung, ohne die technischen, wirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten der Landwirtschaft zu berechnen, führte zu in der Tat verderblichen Folgen. Sie beseitigte für die kleinen Warenerzeuger alle Anreize, noch bevor sie imstande waren, dieselben durch andere hohe wirtschaftliche Anreize zu ersetzen. Der administrative Druck, der sich auch in der Industrie rasch selbst erschöpft, erweist sich in der Landwirtschaft als vollständig ohnmächtig“ ... „Die Kollektivierung kann nur insoweit lebensfähig sein, insoweit sie die persönliche Interessiertheit der den kollektiven Angeschlossenen in Kraft lässt, indem sie deren gegenseitige Beziehungen, wie auch das Verhältnis der ganzen Kollektive zur Außenwelt auf Grund kaufmännischen Rechnens aufbaut. Das bedeutet, dass eine richtige, wirtschaftlich begründete Kollektivierung im gegenwärtigen Stadium nicht zur Beseitigung der NEP, sondern zur allmählichen Umwandlung ihrer Methode führen muss“ ...

„Nicht darin liegt das Unglück, dass sich die Unausführbarkeit des Abenteuers des heftigen Tempos herausgestellt hat. Das Übel liegt darin, dass das Rekordrennen der Industrialisierung, die verschiedenen Elemente des Planes in gefährliche Widersprüche zueinander gebracht hat. Das Übel liegt darin, dass die Wirtschaft ohne materielle Reserven und ohne Kalkulation arbeitete. Das Übel liegt darin, dass die sozialen politischen Instrumente zur Bestimmung des Nutzeffektes des Planes zerschlagen oder verstümmelt sind. Das Übel liegt darin, dass die Anhäufung der Disproportionen (Missverhältnisse) die Gefahr immer größerer und größerer Überraschungen bedeutet. Das Übel liegt darin, dass sich eine Krise mit einer Reihe von solchen Folgen, wie die notgedrungene Schließung von Betrieben, die Arbeitslosigkeit, vorbereitet“ (Trotzki: Sowjetwirtschaft in Gefahr!, 1932, S.6,9,13,14,20,22).

[99] „Es wäre ein Verbrechen, die fortschrittliche Rolle der durch die Sowjetbürokratie verrichteten Arbeit zu leugnen. Ohne Initiative, ohne Horizont, ohne Verständnis für die geschichtlichen Triebkräfte sah sich die Bürokratie nach hartnäckigem Widerstand durch die Logik ihrer eigenen Interessen genötigt, das Programm der Industrialisierung und Kollektivierung anzunehmen ... Sie hat diese Aufgabe bürokratisch, das heißt schlecht durchgeführt, aber diese Arbeit hat einen fortschrittlichen Charakter. Die ersten ernststen Erfolge auf diesem Wege, für die Bürokratie selbst überraschend, haben ihr Selbstbewusstsein gesteigert und sie fest um jenen Führer zusammengeschlossen, der auf das vollendetste die positiven und negativen Seiten der Bürokratschicht verkörpert“ (Trotzki: Am 18.12.34 in: Die „Terroristen“-Prozesse in der USSR, 1936, S.17).

„Richtige Fruchtfolge, Saatauslese, Dünger, Traktoren, Combinemaschinen, Zuchtviehverfahren – all das bereitet eine wahrhaft grandiose Revolution in der vergesellschafteten Landwirtschaft vor. Aber dieses fieberhafte Wachstum hat auch seine negativen Seiten, und die verschiedenen Elemente der Wirtschaft harmonisieren nicht miteinander, die Menschen bleiben hinter der Technik zurück, die Leitung ist ihren Aufgaben nicht gewachsene. All das äußert sich bisher in ungemein hohen Gesteungskosten bei niedriger Produktionsqualität ... Die neue Technik ergibt noch längst nicht dieselben Resultate wie in der kapitalistischen Heimat“ ... „Im Nu schießen neue Industriestädte aus dem Boden, und gleichzeitig veröden Dutzende alter. Die Hauptstädte und Industriezentren wachsen und verschönern sich, aber der Warenhunger ist unerträglich, die Wohnhäuser sind in der Regel ohne Pflege ... Die ganze Wirtschaft besteht in solchen Missverhältnissen. In gewissen Grenzen sind sie unvermeidlich, galt und gilt es ja beim Wichtigen anzufangen. Nichtsdestoweniger drückt das Zurückbleiben der einen Branchen außerordentlich den Nutzeffekt der andern herab. Stellt man sich eine ideale Planführung vor, die nicht auf maximale Tempi einzelner Branchen, sondern auf Optimalergebnisse der Gesamtwirtschaft abzielte, so würde der statistische Wachstumskoeffizient in der ersten Zeit niedriger

sein, aber die gesamte Wirtschaft und besonders der Verbraucher könnten dabei nur gewinnen. Im weiteren Verlauf auch die allgemeine Dynamik der Wirtschaft.“

„Wenn der Arbeiter, im Gegensatz zu den Bauern, den Weg des offenen Kampfes fast gar nicht beschritten hat und so das protestierende flache Land seinen Irrungen der Ohnmacht preisgab, so nicht nur der Repressalien wegen: Die Arbeiter fürchteten, mit der Niederwerfung der Bürokratie der kapitalistischen Restauration den Weg zu bahnen ... Ohne Planwirtschaft würde die Sowjetunion um Jahrzehnte zurückgeschleudert werden. In diesem Sinn übt die Bürokratie auch weiterhin eine notwendige Funktion aus. Aber sie tut es in einer Weise, dass sie eine Sprengung des ganzen Systems vorbereitet, die die Ergebnisse der Revolution vollständig hinwegfegen kann. Die Arbeiter sind Realisten. Ohne sich irgendwie über die herrschende Kaste ... zu täuschen, sehen sie einstweilen in ihr einen Wächter, eines gewissen Teiles ihrer Errungenschaften. Sie werden den unentbehrlichen, frechen und unzuverlässigen Wächter davonjagen, sobald sie eine Möglichkeit erblicken: Dazu ist es notwendig, dass sich im Westen und Osten ein neuer revolutionärer Lichtblick zeige.“ ...

„Die „Theorie“ vom Sozialismus in einem Land ließe sich auf den recht sterilen (unfruchtbaren) und ungeschichtlichen Gedanken zurückführen, dass die sozialistische Gesellschaft dank der Naturreichtümer des Landes in den geographischen Grenzen der USSR errichtet werden könne. Mit demselben Recht dürfte man behaupten, der Sozialismus könne auch siegen, falls die Bevölkerung der Erde zwölfmal kleiner wäre als sie ist ... Bucharin versuchte die neue Theorie zu begründen, indem er als unerschütterlich bewiesen verkündete: „Wir werden trotz der Klassenunterschiede innerhalb unseres Landes und trotz unsrer technischen Zurückgebliebenheit nicht [100] untergehen, wir können den Sozialismus selbst auf dieser armseligen technischen Grundlage aufbauen, das Wachsen des Sozialismus wird viel, viel langsamer gehen, wir werden im Schnecken tempo daherkriechen, und doch werden wir an diesem Sozialismus bauen, ja ihn gänzlich errichten“ ... Erinnern wir uns nochmals an die geniale Vorahnung des jungen Marx, der sagte, auf niedriger technischer Grundlage wird die „nur die Not verallgemeinert, und zugleich mit der Not muss der Kampf um die notwendigen Gegenstände und folglich die alte Leier wieder auferstehen“. Aber die Illusion eines im Schnecken tempo, auf armseliger Grundlage und umgeben von mächtigen Feinden erbauten Sozialismus hat den Schlägen der Kritik (der Linksoption) nicht lange standgehalten. Im November 1926 gab die XV. Parteikonferenz ohne die geringste Vorbereitung in der Presse die Notwendigkeit zu, „in verhältnismäßig (?) minimaler historischer Frist, den Stand der industriellen Entwicklung der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder einzuholen und dann auch zu überholen“.

„Der Sozialismus wird den Kapitalismus unweigerlich auf allen Gebieten „überholen“ müssen, schrieb die Linke Opposition in einem März 1927 illegal verbreiteten Dokument. „Aber jetzt handelt es sich nicht um das Verhältnis des Sozialismus zum Kapitalismus überhaupt, sondern um die ökonomische Entwicklung der USSR im Verhältnis zu Deutschland-England und den Vereinigten Staaten. Was ist unter „minimaler historischer Frist“ zu verstehen? Im Laufe einiger weiterer Fünfjahrespläne werden wir noch, weit entfernt, nicht den Stand der fortgeschrittenen Länder des Westens erreichen. Was wird in dieser Zeit mit der kapitalistischen Welt geschehen? ... Hält man es für möglich, dass sie eine neue jahrzehntelange Blüte erlebt, dann ist es eine erbärmliche Abgeschmacktheit, von Sozialismus zu reden, dann wird man sagen müssen, dass wir uns in der Einschätzung der ganzen Epoche geirrt haben, dann wäre die SU nach der Pariser Kommune das zweite Experiment einer Diktatur des Proletariats: ein größeres und fruchtbareres, aber nur ein Experiment ... Sind jedoch irgendwelche ernst zu nehmende Gründe vorhanden, unsere Ansichten über die ganze Epoche und den Sinn der Oktoberrevolution als ein Glied der Weltrevolution so entscheidend zu revidieren? Nein! Nachdem die kapitalistischen Staaten, mehr oder weniger, ihre Wiederaufbauperiode (nach dem ersten imperialistischen Weltkrieg) beendet haben ... stellen sie, und zwar in ungleich zugespitzterer Form als vor dem Kriege, alle ihre alten innern und internationalen Widersprüche wieder her. Das eben ist die Grundlage für die proletarische Revolution. Dass wir am Sozialismus bauen, ist Tatsache. Aber eine nicht geringere, sondern größere Tatsache, insofern als das Ganze überhaupt größer ist als der Teil, ist die Vorbereitung der europäischen und der Weltrevolution. Der Teil wird nur zusammen mit dem Ganzen siegen“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.14/15,18.277,287/289).

Die Stalinsche Planwirtschaft zog aus, die vorgeschrittenen kapitalistischen Länder einzuholen, zu überholen. Sie hat sie zwar nicht überholt und auch nicht eingeholt. Ja sie wurde von dem schon Erreichten durch die Schuld des Stalinschen „Sozialismus in einem Land“ im zweiten imperialistischen Weltkrieg weit zurückgeschleudert. Dennoch bleibt im Vergleich zum frühern Stand der russischen Wirtschaftsentwicklung ein gewaltiger Sprung vorwärts aus der zaristischen Zurückgebliebenheit heraus. Doch infolge der Stalinschen Gesamtpolitik, nicht zuletzt infolge ihrer weit über die reale politisch-ökonomische Klassenkraft der russischen Arbeiter hinausgehenden Wirtschaftspolitik, ist dies nicht ein Sprung nicht zum Sozialismus, sondern immer mehr in die Richtung zu einem neuen, modernsten, hochentwickelten russischen Kapitalismus – sofern nicht, beflügelt durch revolutionäre Massenaktionen des internationalen Proletariats, die politische Revolution der russischen Arbeiterklasse rechtzeitig die Stalinbürokratie stürzt, rechtzeitig [101] das Steuer des Sowjetstaates wieder in die Richtung Lenins reißt, in die Richtung der Weltrevolution, in die Richtung tatsächlich zum Sozialismus.

C. Auf dem Gebiete der Industrie

Die nationalisierte Industrie wird vom proletarischdemokratischen Staat nach Industriezweigen zusammengefasst. Es sind dies staatliche Trusts, aber nicht mehr in der Hand der Kapitalistenklasse, sondern in der Hand der Arbeiterklasse,

und ohne „Außenseiter“, sondern immer alle entscheidenden Betriebe des spezifischen Industriezweiges erfassend. Wo es zweckmäßig, werden Betriebe verschiedener Industriezweige „vertikal“ zu Kombinaten zusammengefasst und dem entsprechenden Trust eingefügt.

Was die handwerklichen Betriebe betrifft, so unterstützt der proletarischdemokratische Staat deren Übergang zur Großproduktion. Er fördert ihren Zusammenschluss zu genossenschaftlicher Großproduktion und bevorzugt Handwerksbetriebe, die diesen Zusammenschluss tatsächlich durchführen. Jedenfalls sind die Handwerksbetriebe in die Gesamtplanwirtschaft miteinbezogen hinsichtlich Belieferung mit Roh- und Halbstoffen, Maschinen, Werkzeugen usw. Als arme Kleinbürger sind die Handwerker auf dem Wege über den Arbeiter- und Kleinbauernrat, in dem sie vertreten sind, und überdies durch Vorschlag geeigneter Kandidaten an der Bildung des Obersten Wirtschaftsrates und der Zentralen Plankommission mitbeteiligt. Der Arbeiter- und Kleinbauernstaat unterstützt die Handwerksbetriebe durch Kredit und auch dadurch, dass er einen Teil seiner gewaltigen Bestellungen immer wieder auch den handwerklichen Betrieben zukommen lässt, sei es zentral, sei es durch Herstellung eines organisierten Zusammenhanges bestimmter Handwerksbetriebe mit bestimmten staatlichen Wirtschaftsbetrieben. Der proletarischdemokratische Staat wird übrigens „Übergangsmaßnahmen, die von den Kleingewerbebetrieben und den ausgebeuteten Bauern vorgeschlagen werden, gutheißen, wenn diese nicht der Sache des Sozialismus schaden“ (Lenin: Das Bündnis der Arbeiter mit den werktätigen und ausgebeuteten Bauern, 18.11.1917, in Lenin: Zur Agrarpolitik der Bolschewiki, 1921, S.53).

Die Frage der Produktionsleitung – die höchst unwahrscheinliche Arbeiterkontrolle der Kapitalisten; die unmittelbare Leitung der Betriebe durch die Arbeiter, Betriebsräte, den Arbeiter- und Kleinbauernrat, deren erste ziemlich lange Etappe sich unumgänglich mehr oder weniger auf die von der kapitalistischen Wirtschaft geerbten bürgerlichen Fachleute stützen und gleichzeitig mit ihrer Hilfe neue, proletarischdemokratisch verlässliche Elemente in immer größerem Umfang erziehen muss, die zum Leiten von Betrieben, zur Produktionsleitung tatsächlich geeignet sind – haben wir bereits behandelt.

Die Arbeitsbedingungen werden vom Arbeiter- und Kleinbauernrat, also letzten Endes durch die Arbeiterklasse selbst bestimmt: Als führende Klasse in der Arbeiter- und Kleinbauernrepublik hat das Proletariat das Hauptgewicht im Arbeiter- und Kleinbauernrat, und die Arbeiter vermögen die von ihnen gewählten Arbeiterratsdeputierten jederzeit abzuberufen und durch neu gewählte ihnen genehme Arbeiterrate zu ersetzen. Innerhalb dieses Rahmens wird ein mehr oder weniger großer Teil der Bedingungen der Arbeit während eines mehr oder minder langen Zeitabschnitts durch freie Kollektivvereinbarungen, sei es betriebsweise, sei es nach Industriezweigen, geregelt. Vertragsschließender ist auf der einen Seite die Betriebsleitung beziehungsweise eine staatliche Trustleitung, auf der andern Seite die zuständige Gewerkschaft.

[102] In allen Fällen überwachen, kontrollieren die Arbeiter, die von ihnen gewählten, jederzeit absetzbaren, ersetzbaren Betriebsräte dauernd die Einhaltung, die tatsächliche Durchführung dieser durch Arbeiterratsvorschrift beziehungsweise freien Kollektivvertrag geregelten Arbeitsbedingungen sowohl von unten als auch von oben. Von unten: durch die Betriebsdemokratie (Betriebsversammlung, Betriebskomitee oder Betriebsrat) und durch die Gewerkschaften, welche als Industrieverbände, die sich auf die Betriebsräte als Fabrikorganisation stützen, aufgebaut sind – von oben: durch die Sowjetdemokratie und, auf dem Wege über die klassenbewussten Arbeiter, durch die Parteidemokratie.

Der Regel nach kontrollieren die Arbeiter durch die von ihnen gewählten (und jederzeit absetzbaren und ersetzbaren) Betriebsräte die Betriebsleitung in ihrer Geschäftsführung unmittelbar. In außerordentlichen Lagen jedoch (wie Krieg, Bürgerkrieg, Wirtschaftsnot) ändert der Arbeiter- und Kleinbauernrat zeitweilig die Form der proletarischen Produktionskontrolle; hier greifen die Arbeiter, die Betriebsräte in die von der Betriebsführung geleitete Produktion unmittelbar nicht ein; aber auch da kontrollieren, beeinflussen, mitbestimmen sie die Produktionsleitung, die Betriebsleitung, jedoch hinsichtlich der Produktion nur mittelbar; über den Arbeiter- und Kleinbauernrat, über die Arbeiter- und Kleinbauernregierung, über den Obersten Wirtschaftsrat (wobei in diesem Fall wie überhaupt auch die Betriebszelle der Partei stets auf der Wacht ist und nötigenfalls auf dem Wege über die Parteidemokratie Parteihilfe herbeiführt).

Gleichzeitig nimmt der proletarischdemokratische Staat von allem Anfang an eine doppelte Aufgabe von allerentscheidendster Bedeutung in Angriff: Einerseits erzieht er die dazu befähigtesten Elemente aus der Arbeiterschaft zu den Aufgaben der Betriebs-, Produktionsleitung, sodass immer mehr nicht nur der Arbeiterklasse verlässliche, sondern auch ihrer Aufgabe qualitativ gewachsene proletarische Betriebsleiter eingestellt werden können – andererseits arbeitet er zugleich ununterbrochen daran, die Kulturstufe der gesamten Masse der Arbeiter ohne Unterschied immer höher und höher zu heben, wozu insbesondere gehört, sie zu den Aufgaben der Betriebs-, Produktionsleitung aufzuziehen, befähigt zu machen. So wird die Zahl der zu dieser Arbeit tatsächlich tauglichen Arbeiter immer größer, immer mehr bemächtigt sich so die Arbeiterklasse durch eine immer größere Zahl von nunmehr dazu qualifizierten Arbeitern der Betriebs-, der Produktionsleitung, Zugleich werden so – bei fortschreitender Verkürzung der Arbeitszeit – in immer größerem Umfang die Voraussetzungen geschaffen, um allmählich, den regelmäßigen Wechsel im Leiten der Betriebe der Produktion (und überhaupt aller öffentlicher Funktionen) organisieren zu können, bis dieser so entscheidend wichtige Wechsel schließlich in der Tat regelmäßig funktioniert, und zwar gut funktioniert. Dass es einer langen, sehr langen Epoche bedarf, liegt auf der Hand. Die Hauptsache ist, dass der proletarischdemokratische Staat von allem Anfang an bewusst in diese Richtung arbeitet und dass sich seine Arbeit in den tatsächlichen Ergebnissen in immer

größerem Ausmaß tatsächlich bewährt. Die Betriebsdemokratie, dieser wichtige Teil der proletarischen Demokratie, stirbt also schließlich allmählich ab. In derselben Masse, als die sozialistische Demokratie, welche die proletarische Demokratie später ablöst, schließlich abstirbt und in den vollendeten Kommunismus übergeht.

Erst nach Aufrichtung des Staates der proletarischen Demokratie, nachdem all die Hindernisse, welche die Kapitalistenklasse dem Organisieren der Arbeiter in den Weg stellt, beseitigt sind, strömen die Arbeiter, deren Bewusstsein sich mit dem revolutionären Sieg beträchtlich gehoben hat, freiwillig den proletarischdemokratischen Gewerkschaften immer mehr zu, die schließlich in der Tat die Arbeitermasse [103] fast restlos erfassen. Demokratisch organisiert, nehmen die Gewerkschaften am Aufbau der Wirtschaft in die Richtung zum Sozialismus teil: „Die Gewerkschaften beteiligen sich an der Bildung aller wirtschaftlichen und mit der Wirtschaft verbundenen Staatsorgane, indem sie ihre Kandidaten aufstellen unter Anführung ihres Organisationsalters, ihrer Erfahrung usw. ... Die Entscheidung der Frage liegt ausschließlich bei den (letzten Endes vom Arbeiter- und Kleinbauernrat oder der von ihm unterordneten Regierung eingesetzten; d.Verf.) Wirtschaftsorganen, die auch die ganze Verantwortung für die Arbeit dieser Organe tragen“ (Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik, in Lenin: Über die Gewerkschaften, 1927, S.152). Solange der Bürokratismus nicht restlos überwunden – und das ist er erst, bis es beamtete Personen überhaupt nicht mehr gibt, bis sie überflüssig geworden sind, bis der durchgehende regelmäßige Wechsel aller öffentlichen Funktionen, auch der beamteten Funktionen in den Gewerkschaften, durch alle Glieder der Gesellschaft organisiert ist, tatsächlich funktioniert und gut funktioniert – solange überwachen die Gewerkschaften, gestützt auf die Betriebsräte, die pünktliche Durchführung der Arbeitsbedingungen. Ist das regelmäßige Besorgen aller öffentlichen Funktionen in regelmäßiger Abwechslung durch alle schließlich in vollem Masse verwirklicht, so wird die menschliche Gesellschaft, die dann bereits nach dem Grundsatz „Jeder nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seinen Bedürfnissen“ organisiert ist, lebt, sich bewegt, eine wechselseitige Kontrolle der Einhaltung der Arbeitsbedingungen dort, dann und solange organisieren, aufrechterhalten, wo, wann und solange es ihr zweckmäßig erscheint, vielleicht durch die Gewerkschaften, in denen alle Funktionen wechselseitig durch alle Mitglieder der Gesellschaft erfüllt werden, vielleicht in andern neuartigen Formen. Zuletzt wird auch diese Kontrolle überflüssig werden, weil das Erfüllen der gesellschaftlichen Aufgaben, jedem einzelnen Menschen bereits fest als selbstverständliche Pflicht ins Blut übergegangen sein wird.

Die proletarischdemokratischen Gewerkschaften sind eine Schule des Kommunismus. „Das ist eine Schule ganz ungewöhnlicher Art, denn wir haben es hier nicht mit Lehrern und Schülern zu tun, sondern mit manch einer außerordentlich eigentümlichen Kombination dessen, was vom Kapitalismus übrig geblieben ist und übrig bleiben musste, und dessen, was die revolutionären Vortruppen, sozusagen die revolutionäre Avantgarde des Proletariats aus ihrer Mitte aussondert“ (Lenin: Über die Gewerkschaften, 1920, Sammelband, 1925, S.589).

Die proletarischdemokratischen Gewerkschaften sind von Grund auf verschieden von den russischen Gewerkschaften der Stalinbürokratie, die keine Gewerkschaftsdemokratie kennen und ein regelrechter Polizeiparat gegen die Arbeiter sind. Mit Recht schrieb Trotzki: „Es gibt in der USSR einen Gewerkschaftsapparat, der gänzlich der herrschenden Clique unterworfen ist und die Arbeitermassen niederhält ... Die sogenannten Gewerkschaften sind daher eine Industriepolizeiorganisation, eine GPU-Filiale und beileibe keine selbständige Arbeiterorganisation. Es handelt sich also nicht um die Einheit der Arbeitermassen, sondern um ein diplomatisches Abkommen zwischen dem hinlänglich konservativen Amsterdamer Apparat und dem Moskauer Polizeiparat“ (Zur internationalen Gewerkschaftseinheit, in „Unser Wort“, anfangs 1938).

Die Frage möglicher Arbeitskonflikte, Streiks im proletarischdemokratischen Staat und das Verhalten der Gewerkschaften, um diese im Interesse der Arbeiterklasse, des proletarischdemokratischen Staates einvernehmlich zum Vorteil beider Seiten beizulegen, haben wir bereits an anderer Stelle erörtert.

[104]

Die Lohnpolitik des proletarischdemokratischen Staates

Erst der vollendete Kommunismus verwirklicht die tatsächliche Gleichheit unter den Menschen, nicht nur im Verhältnis zu den Produktionsmitteln, sondern auch in Bezug auf die Arbeit und auch in Bezug auf das Einkommen. Diese wahre gesellschaftliche Gleichheit drückt sich ans in dem Grundsatz, der in der vollendeten kommunistischen Gesellschaft durchgehende Geltung hat: Jeder (arbeitet) nach seinen Fähigkeiten – Jedem (wird zugeteilt) nach seinen Bedürfnissen. Eine mechanische, rein formale Gleichheit wäre in Wirklichkeit Ungleichheit, denn die Menschen sind verschieden sowohl nach ihrer Leistungsfähigkeit als auch nach ihren Bedürfnissen. Indem jeder das Beste leistet, wozu er fähig, indem jeder alles bezieht, was er braucht, dadurch erst ist – über alle Unterschiede hinweg – die gesellschaftliche, brüderliche Gleichheit unter allen Menschen tatsächlich hergestellt. „Kommunismus ist, in der eigentlichen Bedeutung dieses Wortes, unentgeltliche Arbeit zum Wohle der Gesamtheit, eine Arbeit, die auf individuelle Verschiedenheit keine Rücksicht nimmt, die jegliche Erinnerung an Vorurteile, die jede Trägheit, alte Gepflogenheiten, den Unterschied zwischen den verschiedenen Arbeitszweigen, die Unterschiede in der Entlohnung und im Verteilungsprinzip sämtlicher Erzeugnisse überhaupt ausmerzt“ (Lenin: im politischen Bericht des Zentralkomitees auf dem VIII. Parteitag der KPR. 1919, in Lenin: Über die Parteireinigung, 1923, S.19). Jeder arbeitet nach seinen besten Kräften, nicht um eines Lohnes, irgendeiner Zuteilung willen, sondern aus dem Lebensbedürfnis seiner Persönlichkeit heraus, aus dem Drang heraus, sein wahrhaft brüderliches Verhältnis zu und mit allen andern immer wieder durch die

Tat zu verwirklichen, und die Gesellschaft teilt jedem Einzelnen nach dessen Bedürfnissen zu, nicht irgendeiner Arbeitsleistung willen, sondern um ihn brüderlich zu betreuen in der wahrhaft brüderlichen Gemeinschaft aller Menschen, als Bruder unter Brüdern.

Vorangehen wird die große Periode der mechanischen, rein formalen Gleichheit, in der alle Menschen in dem bereits sozialistischen Staat bei annähernd gleicher Arbeit, Arbeitsleistung gleichmäßigen Lohn beziehen werden. Ermöglicht wird das dadurch, dass alle Menschen ohne Unterschied mit den jeweils besten Produktionsmitteln und Produktionsmethoden, worüber die menschliche Gesellschaft verfügt, arbeiten, und alle Menschen ohne Unterschied durch die Gesellschaft zu allerhöchster Qualifikation auferzogen werden, sodass die Arbeitsergiebigkeit, Arbeitsleistung aller Individuen einander systematisch immer mehr angenähert hat, angeglichen wird, die Unterschiede zwischen ihnen auf ein immer geringeres, für die menschliche Gesellschaft praktisch immer weniger ins Gewicht fallendes Maß gesetzt werden.

Um dahin zu gelangen, bedarf es einer nicht minder großen Vorbereitungsperiode, welche die aus der kapitalistischen Wirtschaft, Gesellschaft übernommenen großen Unterschiede im Lohn, im Einkommen überhaupt in planmäßiger Weise allmählich abbaut, immer mehr ausgleicht. Diese Periode der Vorbereitung zerfällt in zwei große Etappen.

[105] Sowie der Staat der proletarischen Demokratie aufgerichtet ist, geht er bewusst daran, vor allem den Reallohn, das Realeinkommen der breiten Masse der durch den Kapitalismus so schlecht gestellten, materiell tief niedergehaltenen breiten Arbeiterschichten, insbesondere der ungelerten Arbeiter, der Hilfsarbeiter, der weiblichen Arbeiter, der Jungarbeiter usw. planmäßig immer höher zu heben, um ein bedeutendes Maß zu verbessern, damit sie tatsächlich ein halbwegs menschenwürdiges Dasein erreichen. (Es versteht sich, dass dies auch gilt für die Halbproletarier und dass zweckmäßige Maßnahmen ergriffen werden müssen, um auch die Lage der tiefgedrückten Schichten der armen Bauern und Kleinbürger merklich zu heben).

Um die Arbeiterschaft zu spalten, steigert die Bourgeoisie das reale Lohnniveau der proletarischen Oberschicht, der Spitzenverdiener, auf Kosten der großen Masse der Arbeiter weit- über jenes Maß, das sachlich durch den verschiedenen Grad der Qualifikation der Arbeitskraft gerechtfertigt ist. Die Bourgeoisie verteilt aus Gründen ihrer Klassenpolitik die jeweilige gesellschaftliche Lohnsumme so, dass sie die breite Masse der Arbeiter bewusst relativ unterentlohnt, um die proletarische Oberschicht auf Kosten der Arbeitermassen bewusst relativ überzuentlohnen, das heißt zu bestechen, um sie gegen die breite Masse der Arbeiter, gegen die Arbeiterklasse ausspielen zu können. Die entartende, entartete Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie, ihre Parteien, die von ihnen geführten Organisationen machen diese kapitalistische Lohnpolitik zu ihrer eigenen Linie. So nicht nur die Bürokratie der AFL, CIO, UMW, SP, StP usw. in den kapitalistischen Ländern, sondern auch die Stalinbürokratie in Sowjetrußland, die diese klassenspalterische Lohnpolitik in der unverschämtesten Weise betreibt, um vor allem ihre eigenen Taschen auf Kosten der Massen der russischen Arbeiter zu füllen.

Die erste Vorbereitungsperiode ist von folgenden Grundsätzen beherrscht:

1) Einführung eines Höchstlohns für eine mehr oder weniger lange Übergangsphase. Kein Arbeiter, Angestellter, Beamter ohne Unterschied darf an Geld- und Naturalbezügen (die Leistungen der Sozialversicherung, den Soziallohn, inbegriffen) mehr als diesen Höchstlohn beziehen; er ist zugleich die Höchsthöhe, bis zu welcher der Reallohn, der Realgehalt eines Arbeiters, Angestellten, Beamten des Staatsapparats, der Staatswirtschaft, im Apparat der Partei, Gewerkschaft usw., mit einem Wort einer „beamteten Person in diesem Sinn“ (siehe oben A 3 im Unterabschnitt über die Sicherungen gegen das bürokratische Entarten) gesteigert werden darf. Als Höchstlohn gilt das, was ein gutqualifizierter Arbeiter an Geld- und Naturalbezügen, den Soziallohn eingerechnet, insgesamt bezieht.

2) Systematisches allmähliches Steigern der Löhne der Masse der Arbeiter (der schlechtbezahlten Arbeiter: der ungelerten Arbeiter, der Hilfsarbeiter, der weiblichen Arbeiter, der Jungarbeiter usw.) solange, bis ihr Reallohn an Geld- und Naturalbezügen und Soziallohn mindestens auf das Doppelte dessen gehoben ist, was ihre Gesamtbezüge realiter zuletzt unter dem Kapitalismus im Durchschnitt betragen.

Sobald dies erreicht ist, beginnt die zweite Vorbereitungsperiode: systematisches allmähliches Heben der Reallohne, Realgehälter aller Arbeiter, Angestellten, Beamten, jedoch so, dass die Tieflöhne verhältnismäßig mehr gesteigert werden als die Hochlöhne und in planmäßigem Tempo die Löhne der verschiedenen Kategorien allmählich einander immer mehr genähert, die großen Differenzen im Reallohn, Realeinkommen immer mehr abgebaut werden.

Die Bourgeoisie will nicht und kann nicht die gesamte Masse der Arbeiter zur [106] höchsten Qualifikation ihrer Arbeitskraft heben. Sie kann nicht: Nur die von den Profitschranken befreite Wirtschaft, Gesellschaft, kann die gewaltigen Kosten dieses umwälzenden Prozesses aufbringen, tragen; überdies würde das Steigern der Arbeitskraft aller Arbeiter zu höchster Qualifikation die Produktivkraft, die Produktion der Gesellschaft derart vermehren, dass das Kapital infolge seiner innern Widersprüche außerstande wäre, die so progressiv vergrößerte Wert-, Mehrwertmenge des gesellschaftlichen Gesamtproduktes profitabel zu verkaufen. Sie will nicht: Denn dieser Prozess ist unumgänglich verbunden mit dem andauernden Erhöhen des Kulturniveaus, mit dem anhaltenden Weiten des allgemeinen geistigen Horizonts aller Arbeiter ohne Unterschied; eine so im Bewusstsein immer höher gehobene Arbeitermasse würde das Geheimnis der Profitmacherei, den Mechanismus der Ausbeuterwirtschaft, des Ausbeuterstaates, der Ausbeutergesellschaft völlig durchschauen, könnte nicht niedergehalten werden, wäre ein untaugliches Ausbeutungsobjekt. Die Bourgeoisie verträgt nur eine dünne Schicht hochqualifizierter Arbeiter. Soweit sie durch die Notwendigkeiten des

modernen Produktionsprozesses gezwungen ist, den Arbeitern um des Profits halber gewisse Minimalkenntnisse beizubringen, sucht sie durch geistige Scheuklappen aller Art den allgemeinen geistigen Horizont aller Arbeiter, sogar der hochqualifizierten, möglichst einzuengen und zugleich durch geistigen Fusel aller Art ihr allgemeines Bewusstsein immer wieder zu trüben, zu verwirren.

Die siegreiche proletarische Revolution übernimmt daher als Erbschaft von der kapitalistischen Gesellschaft eine der Qualifikation der Arbeitskraft nach höchst differenzierte Arbeiterklasse. Insoweit die großen Lohndifferenzen dem politischen Bedürfnis der Bourgeoisie entspringen, die Arbeiterschaft zu spalten, kann der Staat der proletarischen Demokratie diese Unterschiede verhältnismäßig rasch beseitigen. Das eben ist die Aufgabe der ersten Vorbereitungs-etappe. Soweit die Lohndifferenzen aber in der wirtschaftlichen Tatsache der verschiedenen Qualifikation der Arbeitskraft selbst wurzelt, kann der proletarischdemokratische Staat diese Lohnunterschiede, die das Kapital, seinem Profitinteresse gemäß durch lange Generationen herangezüchtet hat, nur in demselben Maße, in demselben Tempo abschaffen, überwinden, als er die allgemeine Qualifikation der breiten Arbeitermassen und die gesellschaftlichen Produktivkräfte überhaupt höher hebt. Das nimmt er von allem Anfang an planmäßig in Angriff, doch kann er es nur in einem allmählichen Prozess verwirklichen.

Selbstverständlich muss all dies immer im Einklang gehalten werden mit den jeweiligen ökonomischen Bedürfnissen der proletarischdemokratischen Gesamtwirtschaft, Planwirtschaft, mit dem tiefen Bedürfnis der Arbeiterklasse nach planmäßigem Entfalten der Produktivkräfte des proletarischdemokratischen Staates, das eine solche planmäßige Lohnpolitik als andauernde Linie überhaupt erst ermöglicht.

Von dieser Linie der proletarischdemokratischen Lohnpolitik kann und wird es Ausnahmen geben:

Individuelle Ausnahmen: Den bürgerlichen Fachleuten wird man unter Umständen zweckmäßigerweise über jenes Höchstmaß zeitweilig hinausgehende Löhne, Gehälter, unter Umständen sehr hohe Löhne, Gehälter zubilligen, um ihre fachlichen Qualitäten für den proletarischdemokratischen Wirtschaftsaufbau zu verwerten, darunter nicht zuletzt zum Aufziehen proletarischdemokratischer Betriebsleiter, Produktionsleiter in immer größerer Zahl und immer besserer Qualität. Sinngemäß gilt dasselbe für die militärischen Fachleute, das ist für die Offiziere. Diese bessere Bezahlung der bürgerlichen Spezialisten ist jedoch keineswegs mit irgendwelchen [107] politischen Konzessionen verbunden: Sie werden gut bezahlt, aber sie werden auch andauernd sehr genau kontrolliert, ob sie ihre Aufgabe gewissenhaft erfüllen und nichts gegen die Interessen der Arbeiterklasse, der proletarischen Revolution, des proletarischdemokratischen Staats unternehmen. Dies gilt sinngemäß auch für loyale, tüchtige Kapitalisten: In seltenen Ausnahmefällen wird die proletarische Demokratie Angestellten ihres Staates zeitweilig den Höchstlohn überschreitende Reallöhne bewilligen; so zum Beispiel denjenigen, welche bestimmte wichtige Aufgaben im Ausland zu erfüllen haben, etwa im diplomatischen Dienst usw. In Bezug auf das höhere Einkommen der bedeutenden Forscher, Gelehrten, Künstler siehe unter L). Die proletarischdemokratische Innenpolitik auf dem Gebiet der Wissenschaft und unter M) auf dem Gebiete der Kunst. Analog wird es zweckmäßig sein, auch besonders qualifizierten Lehrkräften ein die allgemeine Höchstgrenze überschreitendes Einkommen für eine mehr oder minder lange Übergangszeit zuzubilligen; wie denn überhaupt die Lehrer im proletarischdemokratischen Staat besser gestellt sein werden als im Bourgeoisstaat.

Kollektive Ausnahmen: Wenn die Produktion infolge der kapitalistischen Sabotage, infolge der dadurch herbeigeführten Desorganisation stockt, wenn Bürgerkrieg, Krieg die proletarischdemokratische Produktion hemmt, ja Teile ihres Produktionsapparats zerstört, wird die proletarische Demokratie das Steigern der Reallöhne bremsen, verlangsamen, ja für eine gewisse Übergangszeit einstellen, nötigenfalls sogar den Reallohn senken, die Arbeitszeit verlängern, die Arbeit intensivieren usw. Solche außerordentlichen Zeiten, wo die Herrschaft der Arbeiterklasse selbst auf dem Spiele steht, fordern Opfer der Arbeiter, Opfer an Gut und Blut, Opfer auch an Arbeit und Lohn – aber Opfer, nicht aufgezwungen durch eine Ausbeuterklasse, nicht aufgezwungen durch eine bürokratische Schmarotzerschicht, sondern Opfer, welche die Arbeiterklasse aus freiem Entschluss, durch freiwilligen Beschluss im Wege der proletarischen Demokratie auf sich nimmt, Opfer, die sie bestimmt und dauernd kontrolliert, Opfer, die sie mildert, die sie schließlich abschafft, im Maße, als die Gefahr für die Herrschaft der Arbeiterklasse, für die proletarische Demokratie überwunden.

In allen Fällen wird das Tempo der proletarischdemokratischen Lohnsteigerungspolitik entscheidend bestimmt sein durch das Tempo, in welchem der proletarischdemokratische Staat seine Produktivkräfte – immer im Einklang mit der politisch-ökonomischen Kraft der Arbeiter als Klasse – entfaltet, und grundlegend durch den Kampf der proletarischen Demokratie gegen den kapitalistischen Klassenfeind innen und außen.

Innerhalb derselben Grenzen gilt dasselbe für die proletarischdemokratische Politik hinsichtlich der Arbeitszeit. Sie wird im Gesamtjahresausmaß für alle Wirtschaftszweige dieselbe sein, auch die Landwirtschaft, wo sie nur anders verteilt sein muss mit Rücksicht auf deren besondere Verhältnisse. Im Einklang mit der politisch-ökonomischen Kraft der Arbeiterklasse, mit dem Entfalten der proletarischdemokratischen Produktivkräfte, mit dem Fortgang des proletarischen Klassenkampfes nach innen und außen wird der proletarischdemokratische Staat die allgemeine Arbeitszeit in planmäßigen Stufen allmählich verkürzen und immer mehr verkürzen.

Die proletarische Demokratie wird im Bereiche ihres Staates mit jenem Riesenbetrug ein Ende machen, der systematisch von den kapitalistischen Ausbeutern und den bürokratischen Parasiten mittels des Steigerns der Arbeitsintensität an den Arbeitern betrieben wird. Wenn, wo, solange der Arbeiter infolge verlängerter Arbeitszeit, intensiverer Arbeit mehr an Arbeitskraft herzugeben [108] hat, wird der Staat der proletarischen Demokratie dafür sorgen, dass in

seinem Bereich jede solche Mehrleistung in vollem Ausmaß der tatsächlichen Mehrverausgabung an Muskel- und Nervenkraft bezahlt wird, dabei wird er berücksichtigen, dass zum Beispiel in der neunten Arbeitsstunde der Arbeiter mehr an Muskel- und Nervenkraft hergeben muss als in jeder der früheren acht Arbeitsstunden, um denselben Arbeitseffekt, Arbeitserfolg zu erzielen wie in jeder vorherigen Arbeitsstunde, und in der zehnten Arbeitsstunde noch mehr und so fort, sofern nicht die vermehrte Arbeitsintensität in gleichem Maße durch verkürzte Arbeitszeit wettgemacht wird. Nur dann, in demselben Maße und solange, als der freie Beschluss der proletarischen Demokratie dies billigt, wird eine Verlängerung der Arbeitszeit, eine Intensivierung der Arbeit eingeführt, aufrechterhalten werden, also letzten Endes immer nur, wenn die Mehrheit der Arbeiter selbst dies aus freien Stücken billigt. Sind Opfer der Arbeiter an verlängerter Arbeitszeit, an intensiverer Arbeit unumgänglich notwendig – das heißt Mehrleistungen an Arbeit ohne entsprechende Mehrbezahlung oder ohne Mehrbezahlung überhaupt – so wird der Arbeiter- und Kleinbauernstaat keine Fordschen Tricks und dergleichen anwenden, sondern offen zu den Arbeitern sprechen und den freien Beschluss darüber einholen der proletarischen Demokratie, letzten Endes des Arbeiter- und Kleinbauernrates.

Der Arbeiter- und Kleinbauernstaat wird daran gehen, den Arbeiterschutz für alle Arbeiter ohne Unterschied, auch für die landwirtschaftlichen Arbeiter, planmäßig auszubauen, weit über das Höchstmaß der der entwickeltesten kapitalistischen Länder, auf allen Gebieten, und immer weiterschreitend, immer gründlicher die Schutzmaßnahmen für Arbeiterleben, Arbeitergesundheit ausbauend, in vollem Bewusstsein, dass die lebendige Arbeitskraft das wertvollste Mittel ist der Produktion überhaupt. Dazu gehört auch die Sorge, dass jeder Arbeiter ohne Unterschied eine wirklich menschenwürdige, gesunde, schöne Wohnung hat. Jeder Arbeiter weiß, dass all dies nicht im Handumdrehen, sondern nur stufenweise allmählich zu erfüllen ist. Aber als diejenigen, die letzten Endes das Wollen und Handeln des proletarischdemokratischen Staates die Richtung seines Willens, seines Handelns ausschlaggebend bestimmen und kontrollieren, werden die Arbeiter selbst dafür sorgen, dass der Staat der proletarischen Demokratie stets das Maximum dessen leistet, wozu er bei nüchternster Einschätzung seiner gesamten Kräfte und der Gesamtlage nach jeweils wirklich fähig – auf diesem Gebiete und auf jedem andern.

All dies gilt auch für das Gebiet der Sozialversicherung. Auch hier wird der Staat der proletarischen Demokratie auf allen Gebieten der Sozialversicherung immer weiter über das hinausgehen, was die höchstentwickelten Bourgeoisstaaten leisten. Die proletarischdemokratische Sozialversicherung wird alle Werktätigen umfassen, auch die armen Bauern und Kleinbürger, und wird sie in menschenwürdiger, auskömmlicher Weise versichern gegen Unfall, Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit usw.

Der Arbeitslosigkeit wird der Arbeiter- und Kleinbauernstaat begegnen durch planmäßig ansteigendes Weiten der Gesamtproduktion und durch planvolles Verkürzen der Arbeitszeit, all dies auf Grundlage der allgemeinen proletarischdemokratischen Arbeitspflicht. Doch kann es – insbesondere in der ersten großen Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus – da und dort, dann und wann teilweise, zeitweilige Arbeitslosigkeit im Arbeiter- und Kleinbauernstaat geben: erstens, weil die Proportionalität, das Aufeinanderabstimmen, das richtige Verhältnis der Wirtschafts-, Industriezweige zueinander sich nicht mit einem Schlag schaffen lässt; um das herzustellen, wird der proletarischdemokratische Staat durch viele Erfahrungen hindurchmüssen, gar manches Lehrgeld bezahlen [109] müssen. Ein Teil dieses Lehrgeldes kann auch in zeitweiser Arbeitslosigkeit dieser oder jener Arbeiter bestehen. Doch wird dieses „Lehrgeld“ nach genügenden Erfahrungen immer mehr abnehmen. Zweitens kann es auch aus rein organisatorischen Gründen zu vorübergehender, partieller Arbeitslosigkeit im Staat der proletarischen Demokratie kommen, zum Beispiel bei Demobilisierung der proletarischdemokratischen Armee nach einem revolutionären Krieg oder bei Umstellung auf neue Produktionsmethoden in großem Maßstab in diesen oder jenen Produktionszweigen. In allen Fällen wird der proletarischdemokratische Staat jedem Arbeitslosen ohne Unterschied mit einer wirklich ausreichenden Unterstützung bespringen durch die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit.

Die proletarischdemokratische Lohnpolitik in allen ihren Ausstrahlungen gilt nicht nur für die Industrie, sondern für alle Wirtschaftszweige, für alle Staatsanstellungen überhaupt; sie wurde hier behandelt, weil ihre Probleme, wie insbesondere die Arbeitsintensität gerade in der Industrie, von ganz besonderer Bedeutung.

Grundverschieden von der proletarischdemokratischen ist die Stalinsche Lohnpolitik. Der proletarischen Demokratie ist die führende Rolle der Arbeiterklasse im Staat und auf dieser Grundlage deren Lebensstufe das oberste Maß ihrer Wirtschaftspolitik, der Lohnpolitik inbegriffen. Der Lohnpolitik der Stalinbürokratie, wie ihrer Wirtschaftspolitik überhaupt, geht es um das Steigern der Produktion um jeden Preis, mit allen Mitteln und Methoden, auch wenn dadurch die Macht der Arbeiter als Klasse immer mehr geschädigt, immer mehr gefährdet, auch wenn die soziale Lage der Arbeiterklasse dadurch fortschreitend verschlechtert wird! Die Stalinsche Lohnpolitik bildet nach allen Richtungen das Gegenteil der proletarischdemokratischen Lohnpolitik.

Diese baut von allem Anfang an die großen Lohndifferenzen des Kapitalismus ab, jene hält sie nicht nur aufrecht, sondern steigert sie noch darüber hinaus. Im Differenzieren der Löhne hat die Stalinbürokratie die entwickeltesten kapitalistischen Länder nicht nur eingeholt, sondern sogar überholt! Die Ungleichheit der Löhne ist im Stalinschen Russland in der Tat ungeheuerlich.

Der einfache Arbeiter in Stalinrussland bekommt einen äußerst niedrigen Lohn. Er kann davon überhaupt nur leben, weil Frau und Kinder mitverdienen. Bei all dem reicht der Gesamtverdienst nur aus für eine kärgliche Wohnung und knappe Ernährung der Arbeiterfamilie. für sonst nichts.

Die höhere Arbeiterschicht, vor allem die Stachanowisten, verdienen in Geld das Zehn- bis Zwanzigfache des einfachen Arbeiters, wozu noch Privilegien aller Art kommen, die ihr reales Einkommen auf das Zwanzig- bis Dreißigfache des einfachen Arbeiters steigern.

Die technischen Leiter und Direktoren beziehen an Gehalt das Fünfzehn- bis Zwanzigfache des einfachen Arbeiters, dazu noch große Zulagen in Geld aus dem Reinertrag des Betriebs. Darüber hinaus stehen ihnen alle möglichen Naturalbezüge, Dienstleistungen, Vergünstigungen, Vorrechte zu, was in Geld umgerechnet zusammen weit mehr ausmacht als ihre regelmäßigen Geldbezüge.

„Fast zwanzig Jahre nach der Oktoberrevolution: Löhne von hundert Rubel bis 8.000 und 10.000 Rubel; die einen wohnen in elenden Baracken und gehen in ausgetretenen Schuhen, die andern reisen in Luxusautos und wohnen in Prunkgemächern. Die einen rackern sich ab, um sich und ihre Familie zu ernähren, die andern haben Auto, Dienstboten, ein Landhaus bei Moskau usw. „Die Klassen sind vernichtet“, aber was [110] hat das Dasein eines Trustdirektors mit dem eines Handlangers, das eines Marschalls mit dem eines Kolchosenbauern gemein? Selbstverständlich, eine gewisse Ungleichheit wäre auch heute noch unvermeidlich, doch die ganze Frage ist die, dass diese Ungleichheit jedes Jahr zunimmt, immer ungeheuerlichere Ausmaße annimmt und für – Sozialismus ausgegeben wird“ (L. Sedow: Über den Moskauer Prozess, 1936, S.9).

Die Stalinsche Statistik liefert grundsätzlich nur „Durchschnittslöhne“, worin die Bezüge der ungelernten und der qualifizierten Arbeiter, der Stachanowisten, Ingenieure, Fabrikdirektoren und Volkskommissare zusammengeworfen sind. Dadurch erscheint der Lohn der überaus niedrig bezahlten einfachen Arbeiter als höher, die riesigen Geldbezüge der Stalinschen Bürokraten und Arbeiteraristokraten aber sind in dem „Durchschnitt“ weggezaubert, um deren gewaltige „Nebeneinkünfte“ sich die Stalinsche Statistik begreiflicherweise überhaupt nicht kümmert.

„Lenin sagt: Sozialismus ist Buchhaltung“, Stalin lehrt: „Sozialismus ist Bluff“. Nach all dem wäre es ein grobes Versehen zu denken, dass die ... von Stalin genannte Durchschnittssumme alle Einkommensquellen der höchsten „Angestellten“, das heißt der herrschenden Kaste einschließe. Tatsächlich erhalten die sogenannten verantwortlichen „Arbeiter“ außer ihren offiziellen und verhältnismäßig bescheidenen Gehältern von den Schatzmeistern des zentralen und des lokalen Komitees Geheimgehälter, zu ihrer Verfügung haben sie Automobile ... , fabelhafte Wohnungen, Sommerheime, Sanatorien und Spitäler ... Um ihren Bedürfnissen oder ihrer Eitelkeit nachzukommen, werden alle Arten von „Sowjetpalästen“ errichtet. Die besten Unterrichtsinstitutionen, die Theater usw. monopolisieren sie für sich“ (Trotzki: Die bonapartistische Philosophie, „Unser Wort“, Juni/Juli 1939).

Die Stalinsche Sozialversicherung bringt den Arbeitern Naturalbezüge, Naturaldienste, deren Wert etwa ein Drittel dessen ausmacht, was sie an Geldlohn erhalten. (In Wirklichkeit kommen die Badeorte, Sanatorien, Erholungsheime nur einem verhältnismäßig kleinen Teil der Arbeitermasse zugute, in der Hauptsache werden sie von der Stalinschen Bürokratie und Arbeiteraristokratie benützt.) Dieser Soziallohn ändert aber umso weniger deren Realverdienst als auf diesem folgende schwere Lasten ruhen: Steuern, die zeitweise ein sehr bedeutendes Ausmaß annehmen; „Beiträge“ aller Art, die in Wirklichkeit mehr oder minder eine Zwangsverpflichtung darstellen (die Gewerkschaftsbeiträge, die vom Lohn abgezogen werden, beliefen sich zunächst auf 2%, später auf 1% des Lohnes); „freiwillige“ Anleihen, die der Arbeiter unter dem von der Gewerkschaftsbürokratie usw. ausgeübten Druck zeichnen muss, dem er sich nicht entziehen kann (für innere Staatsanleihen muss jeder Arbeiter jährlich 3 - 4 Wochenlöhne zeichnen, die ihm in Teilbeträgen wöchentlich abgezogen werden); „freiwillige“ Sammlungen, die ihm in Wirklichkeit zwangsweise vom Lohn abgezogen werden (Sammlungen für den Ausbau der Luftflotte und dergleichen).

Mit dem Stalinschen Arbeiterschutz ist es sehr schlecht bestellt, die Stalingewerkschaften kümmern sich in Wirklichkeit darum blutwenig. Die Beschränkung der Arbeitszeit in Stalinrussland steht nur auf dem Papier, weder die Betriebsleitungen noch die Gewerkschaftsbürokratie kümmern sich darum. Bedeutende Verlängerungen der Arbeitszeit sind auf der Tagesordnung, und gar oft werden die Arbeiter auch noch gezwungen, „freiwillige“ – oft auch unbezahlte! – Überstunden für diesen oder jenen Zweck zu leisten. Nach Bedarf werden auch minderjährige Personen und Frauen zur angespanntesten Arbeit herangezogen. Durch „Einholen und Überholen“ der ärgersten kapitalistischen Antreibermethoden wird dabei die Arbeitszeit, insbesondere in Form des fortgesetzten Steigerns der Arbeitsintensität, immer wieder verlängert, also der unbezahlte Teil der Mehrarbeitsleistung der Arbeiter, ih- [111] rer Mehrverausgabung an Arbeitskraft immer wieder vergrößert.

Von einer Freizügigkeit der Arbeiter ist keine Spur. Die Arbeiter sind an die Fabriken, die Bauern an die Kollektive gekettet. Die Bewegungsfreiheit ist vollkommen eingeschränkt. Zu spät zur Arbeit kommen, gilt als großes Verbrechen. Kritik an Stalin gilt als Verrat. Mit Stalinerlass vom 27.12.1932 und 28.4.1933 wurde der Zwangspass für die Arbeiter eingeführt, ähnlich wie in der Zarenzeit. Alle über 16 Jahre alten Sowjetbürger in Städten, Arbeitersiedlungen, auf Sowjetgütern, in Industrie- und Transportunternehmen haben einen Pass an sich zu tragen. Polizei- und Betriebsleitungen haben das zu überwachen. Kein Arbeiter und Bauer darf ohne Erlaubnis seinen Arbeitswohnort verlassen. Arbeiter, die ihrer Beschäftigung fernbleiben, laufen Gefahr, dass ihnen die Aufenthaltsbewilligung entzogen und dass sie in einem andern Teil des Landes zwangsweise abgeschoben werden. Trotzdem laufen viele Arbeiter aus den Fabriken davon, weil sie die Stalinschen Schindermethoden nicht ertragen.

Die Stalinische „Beseitigung“ der Arbeitslosigkeit besteht im Wesentlichen darin, dass alle Arbeiter Arbeit bekommen, aber – zu äußerst niedrigen Löhnen. Die jeweils verfügbare Gesamtlohnsumme wird – nachdem die Stalinbürokratie und Arbeiteraristokratie den Hauptteil davon in ihre Tasche gesteckt – auf die Arbeitermasse verteilt, so haben

alle Arbeiter Arbeit und alle Arbeiter „vollen“ Lohn, der sich in Wahrheit aber von einer mäßigen Arbeitslosenunterstützung nicht viel unterscheidet ...

Die Stalinschen Preise der Lebensmittel sind hoch, dementsprechend die Lebenshaltung der einfachen Arbeiter äußerst niedrig, ihr Lohn reicht gerade, um Haut und Knochen beisammen zu halten. Die Arbeiter Stalinrusslands leben tief unter dem Lebensstandard der Arbeiter der kapitalistischen Länder!

Die russischen Arbeiter haben überaus schwer zu arbeiten. Antreiberei, rücksichtsloses Herausschinden von immer mehr Arbeitskraft, wobei nach dem Muster der allergeeinsten kapitalistischen Ausbeuter ein immer größerer Teil der aus ihnen so herausgepressten Arbeitskraft den Arbeitern nicht bezahlt wird, progressives Steigern der Arbeitsleistung in möglichst schnellem Tempo ohne Rücksicht auf die gesundheitsschädlichen Folgen, Unterernährung und bei all dem maßlose Vergeudung menschlicher Arbeitskraft – das ist die Hauptlinie der Stalinschen Lohnpolitik, des Stalinschen Steigerns der Produktion, des Stalinschen „Steigerns der individuellen Arbeitsergiebigkeit“. In der Methode, die Arbeiter aufs äußerste auszunützen, immer mehr auszuschinden und sie noch dazu schlecht zu bezahlen, hat die Stalinbürokratie die entwickeltesten kapitalistischen Länder mit ihren Ford-Methoden nicht nur eingeholt, sondern bereits überholt und überholt sie immer mehr: Udarniki (Stoßarbeiter), Stachanowisten, „sozialistischer Wettbewerb“ (in Wirklichkeit ein System raffinierter Anpeitscherei), Stücklohn- und Prämiensystem als beherrschende Regel, bei immer größerer Vertiefung der Kluft zwischen den Bestverdienern und der proletarischen Masse usw. sind die Hauptmittel der Stalinschen Lohnpolitik, die sich auf der Grundlage der vollkommenen Entrechtung der Arbeiter in Betrieb, Gewerkschaft, Staat, Partei. Das Beschneiden der Akkordsätze ist in Stalinrussland gang und gäbe. Steigen die Stücklöhne, so wird die „Norm“ erhöht und der Verdienst des Arbeiters, trotz der aus ihm herausgepressten Mehranstrengung, auf die alte Stufe gedrückt. Der alte Trick der kapitalistischen Arbeiterschinder, im Stalinschen „Sozialismus“ feiert er seine Neuauflage.

„Anfangs 1936 wurde die Erhöhung der Leistungsnorm bei allen Industriearbeitern angeordnet. Im September 1936 wurde sie abermals um 15% hinaufgesetzt, und im April [112] 1937 ganz allgemein noch einmal rund 20%. Das würde in England als Beschneidung der Akkordsätze bezeichnet werden. Tatsächlich bedeutet das, dass der russische Arbeiter, um so viel zu verdienen wie im August 1936, um rund 38% mehr produzieren muss“ (Citrine: Auf Wahrheitssuche in Russland, 1938, S.389). „Zum Zwecke der Kostenverminderung und zur Erhöhung der Gewinnquote dieser verschiedenen Industriezweige wurde am 20.4.1934 der Versuch unternommen, den Maßstab für das Stachanowitensystem zu verändern, das heißt, die Normleistung wurde hinaufgesetzt und die Bezüge verringert. Die Absicht war, die Arbeiter zu Mehrleistung anzuspornen, um wieder auf die alte Lohnstufe zu kommen“, teilt der Dollarmillionär Davies, dieser große Bewunderer Stalins, den amerikanischen Arbeiterschindern freudestrahlend mit (J.E. Davies: Als USA-Botschafter in Moskau, 1941, S.139/140).

Der Vertreter der amerikanischen Milliardäre, Willkie, ein ebenso großer Bewunderer des Arbeiterschinders Stalin, teilt seinen Auftraggebern entzückt folgende Eindrücke aus dem Stalinschen Paradies der kapitalistische Amerika übertrumpfenden Arbeiterschinderei mit: „Unter den Arbeitern sahen wir Junge, die kaum älter waren als 10 Jahre ... Aber die Fabrikleitung findet nichts daran, die Kinder in vielen Werkstätten die volle 66-Stundenwoche durcharbeiten zu lassen wie die Erwachsenen“ ... „Dieses Arbeitsbeschleunigungssystem erinnert an ein effektives Bedeaux-System ... Die Methode, Arbeiter auszunützen und zu bezahlen, würde unsere unsocialsten Fabrikanten befriedigen“ ... „Wie verhält sich ihr Gehalt als Betriebsleiter zum Durchschnittslohn eines gelernten Arbeiters der Fabrik?, frage ich ... Er dachte einen Augenblick nach: „Es ist etwa zehnmal so viel (er rechnet hier nur seine Gehaltsbezüge, und zwar nur die in Geld! – d.Verf.) ... Was machen Sie mit Ihren Ersparnissen? ... Mit den ersten Ersparnissen kauften wir uns ein Haus ... Dann kauften wir uns ein Häuschen auf dem Land, wo die Familie ihre Ferien verbringt“ ... „Und jetzt, da dies alles bezahlt ist, was machen Sie jetzt mit Ihrem Geld? Ach, ich heb's in Barm auf oder steck's in Regierungsanleihen“ (Wendell Willkie: Unteilbare Welt, 1943, S.96/97,101/102).

„Die Einziehung des Mehrwerts durch den Arbeiterstaat ist natürlich keine Ausbeutung; aber zunächst haben wir einen Arbeiterstaat in bürokratischer Verzerrung. Der angeschwollene und privilegierte Verwaltungsapparat verschlingt einen ganz beträchtlichen Teil unseres Mehrwerts. Zweitens ist es die anwachsende Bourgeoisie, die durch den Zwischenhandel und das Spekulieren mit unnormalen Preisunterschieden einen Großteil des von unserer Staatsindustrie geschaffenen Mehrwerts einsteckt“ – so musste Trotzki schon 1927 feststellen (Die wirkliche Lage in Russland, S.38). Seither haben sich die Dinge noch gewaltig verschlechtert: Heute streicht die Stalinbürokratie legal das Mehrfache dessen ein, was sie bereits 1927 an sich riss, nicht gerechnet der Millionen Abermillionen, die auf illegale Weise – durch Diebstahl, Betrug, Veruntreuung usw. an öffentlichem Gut – in den Taschen einer wachsenden Zahl von Stalinbürokraten verschwinden. Und auch die Preisunterschiede sind noch riesiger geworden, auch die Riesengewinne, die daraus die Zwischenhändler und Spekulanten ziehen, die einen respektablen Teil der sich herausbildenden neuen russischen Bourgeoisie darstellen.

Nimmt man alles zusammen, so ergibt sich in Bezug auf die Lage der russischen Arbeiter folgendes:

- 1) Im Vergleich zur zaristischen Zeit hat sich die Lage der russischen Arbeiter entschieden gebessert; das ist das Ergebnis des Sieges der Oktoberevolution.
- 2) Im Vergleich zu sich selbst bessert sich die Lage der russischen Arbeiter in sehr langsamem Tempo auch weiterhin – dies allerdings nur, wenn man das anhaltende [113] Steigern der Arbeitsintensität außer Betracht lässt! Rechnet man das jedoch ein, so ergibt sich, dass die russischen Arbeiter infolge ständigen Anpeitschens ihrer Arbeitsleistung an

Arbeitskraft immer mehr hergeben müssen, als sie an Sachlohn (Geldlohn ausgedrückt in Preisen) erhalten. Der Mehrbezug an Naturalbezügen, Soziallohn sowohl als auch die verschiedenen Belastungen des Lohnes, die Steuern, „freiwillige“ Beiträge, „freiwillige“ Anleihen, „freiwillige“ Sammlungen usw. mitberücksichtigt. Das heißt mit dürren Worten: Das anhaltende Steigern der Arbeitsleistung, Arbeitsanspannung, Arbeitsintensität mit eingerechnet, verschlechtert sich die Lage der russischen Arbeitermasse unter dem Stalinsystem in Wirklichkeit immer mehr und mehr, selbst nur im Vergleich zu ihrer eigenen Lage in früheren Jahren! Gleichzeitig allerdings bessert sich fortschreitend die Lage der Stalinschen Bürokratie und Arbeiteraristokratie, und zwar auf Kosten der Arbeitermassen! Damit sind wir beim Kernpunkt der Stalinschen Lohnpolitik angelangt.

Selbst wenn die Masse der russischen Arbeiter in ihrem Reallohn – die Arbeitsintensität, Arbeitsleistung mitberücksichtigt, – sogar besser daran wäre als in früheren Jahren, nicht darnach bemisst sich ihre gesellschaftliche Lage, sondern einzig und allein nach dem Vergleich ihrer Lage zur Lage der andern Teile der Bevölkerung. Vor achtzig Jahren hat schon Lassalle dies in einer berühmten Rede den vorgeschrittenen Arbeitern tief eingeprägt. Im Stalinschen Russland aber wird die Differenz zwischen dem Realeinkommen der Masse der russischen Arbeiter einerseits und der Arbeiteraristokratie, vor allem aber der Stalinbürokratie andererseits immer größer, immer schreiender, immer ungeheuerlicher: Die soziale Lage der russischen Arbeitermassen, das heißt ihre Lage, gemessen an der Lage der Stalinschen Bürokratie und Arbeiteraristokratie, wird in Wahrheit immer schlechter und schlechter!

Diese grundlegende Tatsache sucht die Stalinbürokratie statistisch mit „Durchschnittslöhnen“ zu verwischen, wobei sie eine Verbesserung der Lage der russischen Arbeitermassen errechnet, indem sie die „Kleinigkeit“ der von ihr immer höher geschraubten Arbeitsintensität, Arbeitsleistung „übersieht“ und lediglich die Lage der russischen Arbeiter „zu sich selbst“, das heißt zu ihrer Lage in früheren Jahren vergleicht. Für alle Fälle aber sucht sie diese grundlegende Tatsache zugleich zu „erklären“, zu „entschuldigen“, indem sie sich auf die großen Rüstungen beruft, die so große Mittel beanspruchen, dass die Lage der Arbeiter nicht so gebessert werden könne, wie es ansonsten möglich wäre. In Wahrheit wäre die wirksame Verteidigung des proletarischen Staates mit viel geringern Rüstungen, Rüstungsausgaben möglich gewesen, wenn der Sowjetstaat auf der Linie der internationalen proletarischen Revolution, das heißt auf der Linie des revolutionären Bündnisses mit den Arbeitern aller Länder und des revolutionären Bündnisses mit den Kolonialvölkern der Erde weitergeführt worden wäre. Die Stalinbürokratie gab die Arbeiter der andern Länder der Bourgeoisie, ja selbst dem Faschismus preis (Deutschland!, aber auch Spanien, Frankreich usw.), sie gab die Kolonialvölker dem Imperialismus preis und suchte und sucht diesen ungeheuern Kräfterverlust vergeblich wettzumachen durch immer riesenhaftere Rüstungen. Diese sind die zwangsläufige Folge der grundfalschen, verräterischen Stalinlinie, des „Sozialismus“ in einem Land, letzten Endes ist die Stalinlinie, ist die Stalinbürokratie schuld, dass die soziale Lage der russischen Arbeitermassen sinkt, und nur die Stalinbürokratie ist daran schuld. Die Schuld an der im Vergleich zu den vorhandenen gewaltigen Produktivkräften überaus niedrigen Lebenshaltung der russischen Arbeitermassen fällt gänzlich auf die Stalinsche Politik, auf die Stalinbürokratie: a) Sie selbst ist schuld an den riesigen Rüstungsausgaben; bei proletarischinternationaler Politik, bei revolutionärem [114] Bündnis mit den Arbeitern aller Länder, mit den kolonialen Volksmassen wären zur wirksamen Verteidigung des Sowjetstaates bei weitem geringere Rüstungsausgaben erforderlich (in Wirklichkeit hätte der Faschismus nicht gesiegt, die Weltbourgeoisie hätte den zweiten imperialistischen Weltkrieg nicht wagen können, sondern gesiegt hätte die deutsche, die europäische Revolution!); b) dazu kommt, dass die Stalinsche Bürokratie und Arbeiteraristokratie den Großteil des Reinertrages der sowjetrussischen Kollektivproduktion in ihre Schmarotzertaschen streift und die russischen Arbeitermassen mittels vollständiger Entrechtung, GPU usw. in jener Tiefe des Stalinschen „Sozialismus“ niederhält, der die ärgsten amerikanischen Kapitalisten im Ausbeutungsgrad übertrifft.

D. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft

Auf dem Wege zum vollendeten Kommunismus durchläuft die proletarischdemokratische Agrarpolitik vier gewaltige Übergangsperioden.

1. Die Vorbereitungsperiode der Agrarkollektivierung

In Ländern mit landwirtschaftlichem Großbetrieb wird diese erste Übergangsetappe anders sein als in Ländern des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs.

In den zurückgebliebenen Ländern herrschen mehr oder weniger halbfeudale Verhältnisse, vor allem in der Landwirtschaft, die Agrarbevölkerung ist dort weniger differenziert und bildet einen viel größeren Teil der Gesamtbevölkerung als in den vorgeschrittenen Ländern.

Wo es in den entwickelten kapitalistischen Ländern Großgrundbesitz gibt, stößt die siegreich aufgerichtete Diktatur der proletarischen Demokratie auf folgende Gliederung der Landwirtschaft: Kleinbetrieb, (Halbproletarier, Kleinbauern); (kleiner) Mittelbetrieb der nichtausbeutenden Mittelbauern; (großer) Mittelbetrieb der ausbeutenden Bauern (der Großbauern, dieser Mittelkapitalisten, und der Oberschicht der Mittelbauern, dieser Kleinkapitalisten des Dorfes, welche beide Schichten zusammen die begüterten Bauern, die Dorfbourgeoisie bilden; Großbetrieb der Großgrundbesitzer, unter Umständen auch des kapitalistischen Staates (Staatsdomänen).

a) In Bezug auf die Großbetriebe

Die nichtstaatlichen landwirtschaftlichen Großbetriebe werden entschädigungslos enteignet. Je nach den Bedingungen des Landes wird ein mehr oder weniger großer Teil des so in das Eigentum des proletarischdemokratischen Staates gelangten Bodens zur landwirtschaftlichen Nutzung auf die Halbproletarier und Kleinbauern entschädigungslos aufgeteilt. Die geeigneten landwirtschaftlichen Großbetriebe werden landwirtschaftliche Staatsbetriebe, landwirtschaftliche Mustergroßbetriebe. [115] Die Land- und Forstarbeiter genießen hinsichtlich Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsintensität, Arbeiterschutz, Sozialversicherung, Betriebsdemokratie, kurz nach jeder Richtung hin dieselbe Stellung wie die Industriearbeiter, wie alle sonstigen Arbeiter; nur die Einteilung der Jahresarbeitszeit ist bei ihnen den besonderen Bedingungen der Landwirtschaft angepasst.

b) in Bezug auf die Mittelbetriebe der ausbeutenden Bauern

Wo es die besonderen Bedingungen des Landes erfordern, wird auch ein mehr oder minder großer Teil der großbäuerlichen Betriebe – nötigenfalls entschädigungslos – enteignet; der so in das Eigentum des proletarischen Staates gelangte Boden wird zur landwirtschaftlichen Nutzung ebenfalls auf die Halbproletarier und Kleinbauern entschädigungslos aufgeteilt. Jedenfalls aber wird der Widerstand der reichen Bauern, werden ihre gegenrevolutionären Neigungen unterdrückt, Man muss stets eingedenk bleiben des Leninschen Wortes: „Man kann den Kulak mit dem Großgrundbesitzer, mit dem Zaren und dem Priester leicht genug versöhnen, selbst wenn sie miteinander Streit gehabt haben, aber niemals mit der Arbeiterklasse“ (zitiert von Trotzki: Die wirkliche Lage in Russland, 1927, S.33). Alle Versuche der ausbeutenden Bauern, die Halbproletarier, Kleinbauern, die nichtausbeutenden Mittelbauern auf ihre Seite zu ziehen, sie den Großgrundbesitzern, Kapitalisten zuzuführen, werden konsequent bekämpft.

Die Knechte, Mägde, Tagelöhner genießen hinsichtlich Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsintensität, Arbeiterschutz, Sozialversicherung usw. dieselbe Stellung wie die Land- und Forstarbeiter, die Industriearbeiter, wie alle sonstigen Arbeiter. Soweit ausbeutende Bauern weiter bestehen, haben sie gegenüber den von ihnen ausgebeuteten Knechten, Mägden, Tagelöhnern alle Vorschriften des proletarischdemokratischen Staates beziehungsweise die in deren Rahmen mit der landwirtschaftlichen Gewerkschaft getroffenen Kollektivvereinbarungen pünktlich zu erfüllen. Ihre ausbeuterischen Tendenzen sowohl den Knechten, Mägden, Tagelöhnern als auch den ärmsten und armen Bauern und selbst den nichtausbeutenden Mittelbauern gegenüber unterliegen fortwährend einer strengen Überwachung durch den Arbeiter- und Kleinbauernrat, den proletarischdemokratischen Staat.

Sie unterliegen einer höhern Besteuerung.

Nach Zahlung der Steuern verfügen sie frei über die von ihnen erzielten Produktionsüberschüsse.

Zur „Steigerung der Produktion“ nahmen Stalin-Bucharin 1924-26 Kurs auf den Kulaken. Deren Förderung hätte unvermeidlich zur Wiedererstehung des Kapitalismus geführt. Der Kampf der Linksopposition hat dies durchkreuzt, auch wenn sie leider nicht Kraft genug hatte, das fortschreitende Entarten des proletarischen Staates durch die demokratisierte Stalinbürokratie zu verhindern.

Die Erstarkung des Kulaken überholt bei weitem das allgemeine Erstarken der Landwirtschaft. Unter der Losung „Das Gesicht zum Dorf“ wendete die Regierung ihr Gesicht faktisch dem Kulaken zu ... Bucharin, der damalige Theoretiker der herrschenden Fraktion, rief den Bauern seine berühmte Losung zu: „Bereichert Euch!“ In der Sprache der Theorie sollte dies ein allmähliches Hineinwachsen des Kulaken in den Sozialismus bedeuten. In der Praxis bedeutete es die Bereicherung einer Minderheit [116] auf Kosten der überwältigenden Mehrheit“ ... Es „befanden sich im Frühjahr 1926 an die 60% des zum Verkauf bestimmten Getreides in Händen von der Bauernwirtschaften; dem Staat mangelt es an Korn nicht nur für den Außenhandel, sondern auch für den innern Bedarf. Der winzige Umfang des Exports zwang zum Verzicht auf den Import von fertigen Produkten und schmälerte aufs äußerste die Einfuhr von Maschinen und Rohstoffen. Der Einsatz auf den Großbauern hemmte die Industrie, benachteiligte die Hauptmasse der Bauern und sollte im Laufe der Jahre 1924-26 unzweideutig auch seine politischen Folgen zeitigen: außerordentliche Hebung des Selbstbewusstseins des Kleinbürgertums von Stadt und Land, Eroberung vieler lokaler Sowjets durch dieses, Zunahme der Kraft und Selbstsicherheit der Bürokratie, wachsender Druck auf die Arbeiter, völlige Tötung der Partei- und Sowjetdemokratie“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.28/29).

c) in Bezug auf die Kleinbetriebe

Die revolutionär siegreiche Arbeiterklasse strebt ein dauerhaftes Bündnis mit den Kleinbauern an auf Grund der tatsächlich vorhandenen Interessengemeinschaft. Sie will die dauernde Unterstützung durch den Großteil des Kleinbauernertums, möglichst durch die ganze kleinbäuerliche Klasse, der sie ihrerseits alle Unterstützung zukommen lässt.

Das Proletariat gibt nach seinem revolutionären Sieg über die Kapitalistenklasse einen Teil des enteigneten Bodens den Halbproletariern und Kleinbauern entschädigungslos in landwirtschaftliche Nutzung und schützt sie gegen Großgrundbesitzer und ausbeutende Bauern. Sie befreit sie zugleich vom Pachtzins, von der Last ihrer Steuerschulden, ihrer Hypotheken, all dies auf Kosten der Bourgeoisie.

Der proletarischdemokratische Staat gewährt ihnen, insbesondere den bäuerlichen Genossenschaften, finanzielle Hilfe, Kredit. Er befreit die landwirtschaftlichen Genossenschaften von der Herrschaft der ausbeutenden Bauern,

macht sie zu demokratisch sich selbst verwaltenden Genossenschaften unter der Führung der Halbproletarier und Kleinbauern. Wo solche Genossenschaften noch nicht bestehen, ruft er sie ins Leben; wo sie bestehen, fördert er deren Ausbau nach allen Richtungen, als Einkaufs-, Absatz-, Kredit- und vor allem als Produktivgenossenschaften. Sie umfassen schließlich alle bäuerlichen Produzenten. Er stellt deren organisierte Verbindung her mit den im staatlichen Maßstab zusammengefassten, durchorganisierten, die große Masse der Konsumenten umfassenden Konsumgenossenschaften. Er arbeitet darauf hin, den bäuerlichen Genossenschaften die modernsten landwirtschaftlichen Maschinen leihweise gegen maßvolles Entgelt zur Verfügung zu stellen und staatliche Agronomen, die ihnen beim Anwenden der vorgeschrittensten Methoden der landwirtschaftlichen Produktion an die Hand gehen, Er verknüpft sie auch organisatorisch mit der staatlichen Industrie und mit den landwirtschaftlichen Muster- und Zuchtanstalten. Er sorgt für deren ständige Belieferung mit allen erforderlichen Produktionsmitteln, wie vorzüglichem Saatgut, Zuchtvieh usw., Dünger, Maschinen, Elektrizität, Kohle, Benzin usw. zu möglichst billigen Preisen. Innerhalb des Kapitalismus sind und bleiben Genossenschaften welcher Art immer von den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft durchaus abhängig. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften insbesondere werden durchaus beherrscht von den ausbeutenden Bauern, vor allem den Großbauern, sie sind eine Form der kapitalistischen Zentralisation, Konzentration unter Kontrolle, Abhängigkeit letzten Endes des Bank-, Finanzkapitals. Etwas ganz anderes als die Agrargenossenschaften im kapitalistischen Staate sind [117] die landwirtschaftlichen Genossenschaften im proletarischdemokratischen Staat. Denn hier liegt das Schwergewicht, das Steuer in den Händen der ärmsten und armen Bauern; nicht durch Zwang, sondern kraft Vorteil, eigener Einsicht, freiwillig werden die Agrargenossenschaften im Arbeiter- und Kleinbauernstaat allmählich, schrittweise immer mehr in die proletarischdemokratische Planwirtschaft einbezogen.

Der Staat der proletarischen Demokratie besteuert die Kleinbetriebe nur in durchaus maßvoller Weise.

Er baut das Schulwesen auf dem Lande und das landwirtschaftliche Fachschulwesen gründlich und allumfassend aus, derart, dass die gesamte junge bäuerliche Generation beiderlei Geschlechts sowohl im landwirtschaftlichen Fach als auch im allgemeinen Kulturniveau immer höher gehoben wird.

Er sucht einen immer engeren, auch kulturellen und gesellschaftlichen Kontakt zwischen den Land- und Forstarbeitern, Knechten, Mägden, Tagelöhnern, Halbproletariern, Kleinbauern einerseits und den städtischen Arbeitern und armen Kleinbürgern andererseits herzustellen und immer mehr zu verdichten. Er arbeitet überhaupt darauf hin, der Dorfbewölkerung alle kulturellen Möglichkeiten immer mehr zu erschließen.

Er baut eine auch die gesamte bäuerliche Bevölkerung umfassende Sozialversicherung aus, insbesondere deren Versicherung gegen Krankheit, Unfall, Alter, worin die Versicherung für die Schwangeren, für die Witwen und Waisen, aber auch für den Erholungsurlaub inbegriffen.

Die Hauptaufgabe der Bauern ist das Versorgen der städtischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und die Belieferung der staatlichen Industrie mit den landwirtschaftlichen Rohstoffen, all dies zu jeweils angemessenen Preisen.

Die bäuerlichen Produzenten (Halbproletarier, Kleinbauern, Mittelbauern, Großbauern) verfügen nach Bezahlung ihrer Steuern frei über die von ihnen erzeugten Überschüsse. Sie können sie frei auf dem Markte verkaufen. Sie müssen sich dabei selbstverständlich im Rahmen der zur Regelung von Handel und Verkehr vom Arbeiter- und Kleinbauernstaat erlassenen Gesetze, Vorschriften halten, auch innerhalb etwaiger Preisregulierungsvorschriften, wie sie in kritischen Lagen zeitweilig nötig sind. Besonders schwierige Lagen, wie sie insbesondere im Bürgerkrieg, im Krieg vorkommen, können zum Beispiel auch ein staatliches Getreidemonopol nötig machen.

„Soweit der Staat nicht in der Lage sein würde, dem Bauerntum die Produkte der proletarischdemokratischen Fabriken im Austausch für alle diese Überschüsse zu geben, soweit würde die Freiheit des Handels mit diesen Überschüssen unbedingte Freiheit der Entwicklung des Kapitalismus bedeuten“ (siehe die Thesen über die Politik der KP Russlands, III. Weltkongress der KI, 1921). „Der Handel ist die einzig mögliche ökonomische Verbindung zwischen Dutzenden Millionen kleiner Ackerbauern und der Großindustrie, wenn ... nicht neben diesen Ackerbauern eine glänzende Maschinenindustrie, Großindustrie existiert, mit einem Netz elektrischer Leitungen, eine Industrie, die sowohl ihrer technischen Kraft nach wie auch ihren organisatorischen „Überbauen“ nach wie auch den dazu gehörigen Erscheinungen nach fähig ist, die kleinen Ackerbauern mit bessern Produkten in größerer Zahl, schneller und billiger als vorher zu versorgen. Im Weltmaßstab ist dieses „Wenn“ schon [118] verwirklicht, sind diese Bedingungen schon vorhanden, aber das einzelne Land, dazu noch eins der zurückgebliebensten kapitalistischen Länder, welches versucht hat, auf einen Schlag unmittelbar praktisch eine neue Verbindung der Industrie mit dem Ackerbau zu realisieren, ins Leben zu rufen, einzurichten, ist mit dieser Aufgabe vermittels eines „Sturmangriff“ (gemeint ist: vermittels des „Kriegskommunismus“; d.Verf.) nicht fertig geworden und muss sie jetzt durch eine Reihe langsamer, allmählicher, vorsichtiger „Belagerungs“-Aktionen bewältigen. Die Herrschaft über den Handel gewinnen, ihm Richtung, geben, ihn in bestimmten Rahmen setzen – das kann eine proletarische Staatsmacht“ (Lenin: Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus, 1921, in Lenin: Der „Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus, 4. A., herausgegeben von Dr. H. Duncker, 1930). Das Proletariat der entwickelten kapitalistischen Länder wird nach seinem revolutionären Sieg in dieser Richtung zwar besser daran sein als die russische Arbeiterklasse, aber der unvermeidliche Bürgerkrieg usw. wird die Industrie derart desorganisieren, dass es nicht möglich sein wird, mit einem Schlag eine bessere, umfassendere, billigere Belieferung der bäuerlichen Bevölkerung mit den Produkten der Industrie in Gang zu setzen, dies wird vielmehr auch hier nur allmählich durchgeführt werden können.

d) in Bezug auf die nichtausbeutenden Mittelbauern

Diese Bauern, die einen kleinen Mittelbesitz mit eigener und ihrer Familie Kraft bebauen, Überschüsse erzielen, aber nicht allzu große, beuten keine fremde Arbeitskraft aus, aber sie sind doch Privateigentümer, darum schwanken sie durch eine mehr oder minder lange Zeit hin und her. Die siegreiche revolutionäre Arbeiterklasse sucht sie daher zunächst möglichst zu neutralisieren, mit dem Ziel, allmählich zu einem Bündnis mit den nichtausbeutenden Mittelbauern zu gelangen.

Der mittlere Bauernstand ist eine Klasse, „die hin und herschwankt, eine Klasse, die einesteils Eigentümer, andererseits werktätig ist. Sie beutet andere Vertreter der werktätigen Masse nicht aus. Jahrzehntlang hat diese Klasse unter unendlichen Mühen ihren Platz behaupten müssen, hat am eigenen Leib die Ausbeutung durch Gutsbesitzer und Kapitalisten erfahren, hat alles ertragen und ist dabei doch – Eigentümerin“ (Lenin: Das Verhältnis der Kommunisten zu den Mittelbauern, Referat auf dem VIII. Parteitag der KPR, 1919, S.13). „Wie ist das Verhältnis des Proletariats zum mittleren Bauernstand genau zu definieren? Diese Frage ist für Marxisten vom theoretischen Standpunkt ... nicht schwer zu lösen ... In Kautskys „Agrarfrage“, die zu einer Zeit geschrieben wurde, als Kautsky Marxens Lehren noch richtig auslegte, ... sagt Kautsky in Bezug auf den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus folgendes: Die Aufgabe der sozialistischen Partei ist die Neutralisierung der Bauernschaft, mit andern Worten, es muss erwirkt werden, dass im Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat der Bauer neutral bleibt, dass er der Bourgeoisie keine aktive Hilfe gegen uns leistet ... Wir können nicht erwarten, dass der mittlere Bauer sofort auf unsere Seite tritt, aber wenn wir eine richtige Politik treiben werden, so wird zweifellos nach einiger Zeit dieses Zögern und Schwanken aufhören, und der Bauer wird sich uns anschließen“ (Lenin: ebenda, S.10).

Landbesitz und Inventar der nichtausbeutenden Mittelbauern bleiben unberührt. Auch diese Schicht befreit der proletarischdemokratische Staat auf Kosten der Bourgeoisie von Pachtzins, Steuerschulden, Hypotheken. Gleichzeitig bekämpft er nachhaltig jeden Versuch der ausbeutenden Bauern, die nichtausbeutende mittlere Bau- [119] ernschicht auf die Seite der Großbauern, Großgrundbesitzer, Kapitalisten zu ziehen. Nach Zahlung ihrer Steuern verfügen sie frei über die von ihnen erzielten Produktionsüberschüsse, worüber das Nötige oben bereits gesagt wurde.

Die nichtausbeutenden Mittelbauern müssen wir allmählich immer mehr auf unsere Seite herüberziehen, indem wir sie durch die Praxis überzeugen, ihr Vertrauen gewinnen.

„Zwangsmaßregeln den mittleren Bauern gegenüber würden nur den größten Schaden hervorrufen ... Hier Gewalt anwenden zu wollen, hieße die ganze Sache von Grund aus verderben. Es bedarf hier einer andauernden Erziehungsarbeit. Wir müssen dem Bauern, der bei uns, wie überall, ein Realist und Praktiker ist, konkrete Beispiele dafür bringen, dass es tatsächlich nichts Besseres als die „Kommunismus“ gibt ... Es ist klar, dass wir in dieser Frage sagen müssen, dass wir die Kommune fördern, aber diese müsse derart beschaffen sein, dass sie das Vertrauen der Bauern gewinnt. Ehe wir dies fertig bringen, müssen wir nicht als Lehrer des Bauern auftreten, sondern wir müssen selbst noch vieles bei ihm lernen ... Unsere Aufgabe ist nicht die Enteignung des Mittelbauern, sondern muss einzig und allein darauf gerichtet sein, die besondern Lebensbedingungen der Bauern zu studieren, bei ihm die Mittel und Wege zu lernen, wie der Übergang zu einer bessern Gesellschaftsordnung leichter bewerkstelligt werden kann, ohne uns zu unterstehen, ihm zu kommandieren ... Wir müssen mit der mittleren Bauernschaft in Frieden leben. Der Mittelbauer in der kommunistischen Gesellschaft wird erst dann auf unserer Seite sein, wenn wir ihm seine wirtschaftlichen Lebensbedingungen verbessern und erleichtern werden ... Erst helfen, dann kann man Vertrauen erwecken. Nur wenn wir die Sache richtig anpacken, wenn jeder Schritt unserer Gruppen ... sorgfältig von diesem Gesichtspunkt aus bedacht wird, dann erobern wir sicher das Vertrauen der Bauern, und dann erst werden wir unsern Weg fortsetzen können. Jetzt heißt es, ihm mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Das wird nicht der Befehl eines Vorgesetzten sein, sondern der Rat eines Kameraden, dann wird sich der Bauer voll und ganz zu uns stellen“ (Lenin: ebenda, S.17/18,21/22).

Nach dem Sieg der proletarischen Revolution vollzieht sich im Laufe einer gewissen Zeit folgende Verschiebung in der bäuerlichen Bevölkerung: Die Halbproletarier und Kleinbauern werden wirtschaftlich gehoben, der Unterschied zwischen ihnen und den nichtausbeutenden Mittelbauern verringert sich merklich. Zu gleicher Zeit entfernen sich die nichtausbeutenden Mittelbauern langsam von der begüterten, ausbeutenden, bäuerlichen Oberschicht, von der Dorfbourgeoisie. So entwickelt sich allmählich ein breites nichtausbeutendes Mittelbauerntum, das nun den Hauptteil der bäuerlichen Produzenten bildet. Umso wichtiger wird es, durch die richtige, eben umrissene Politik, das feste Bündnis dieser Klasse mit dem Proletariat herzustellen, aufrecht zu erhalten, sie durch festes Vertrauen mit dem proletarischen Staat dauernd zu verknüpfen.

e) Die Vorbereitungsperiode in bäuerlichen Ländern

Wodurch unterscheidet sich die proletarischdemokratische Agrarpolitik der Vorbereitungsperiode in Ländern ohne oder fast ohne Großgrundbesitz von der Agrarpolitik der siegreichen proletarischen Demokratie in Ländern des Großgrundbesitzes?

[120] Da es keinen oder nur sehr wenig Großgrundbesitz gibt, kann kein Boden von Großgrundbesitzern oder nur sehr wenig davon auf die Halbproletarier und Kleinbauern zur landwirtschaftlichen Nutzung aufgeteilt werden. In solchen Ländern wird die Frage einer mehr oder minder weitreichenden Enteignung der Großbauern – ohne oder mit Entschädigung – eine größere Rolle spielen als in den Ländern des Großgrundbesitzes. Zwei Dinge müssen im Auge behalten

werden. Die Großbauern sind das Hauptelement der kapitalistischen Gegenrevolution in den Dörfern. Gleichzeitig ist es unumgänglich notwendig, dass der Sieg der proletarischen Revolution den ärmsten und armen Bauern sofort eine fühlbare Entlastung bringt, vor allem in der Frage, die ihnen am nächsten geht, in der Landfrage. Unter allen Umständen muss die Führung der Dorfmassen den Händen der Dorfbourgeoisie entrissen werden, was in den Ländern ohne Großgrundbesitz kaum möglich sein wird, ohne die ökonomische Machtposition der Großbauern zu brechen oder zumindest empfindlich zu schwächen.

Das Ziel der proletarischdemokratischen Agrarpolitik ist und bleibt auch hier, das feste Bündnis mit den Halbproletariern, Kleinbauern und den nichtausbeutenden Mittelbauern herzustellen, aufrecht zu erhalten, deren dauerndes Vertrauen zum Arbeiter- und Kleinbauernstaat.

Die revolutionär siegreiche Arbeiterklasse befreit auch hier die Halbproletarier, Kleinbauern, nichtausbeutenden Mittelbauern vom Pachtzins, entschuldet sie sowohl von den Hypotheken als auch von den Steuerschulden, all dies auf Kosten der Bourgeoisie.

Sie beseitigt in den bäuerlichen Genossenschaften das Kommando der Dorfbourgeoisie, verwandelt sie in demokratisch sich selbst verwaltende Genossenschaften unter Führung der Halbproletarier und Kleinbauern. Der Staat der proletarischen Demokratie fördert den Ausbau der bäuerlichen Genossenschaften nach allen Richtungen, als Einkaufs-, Absatz-, Kredit-, vor allem als Produktivgenossenschaften. Er stellt ihnen die modernsten landwirtschaftlichen Produktionsmittel leihweise gegen mäßiges Entgelt zur Verfügung, ebenso staatliche Agronomen, er gibt ihnen billigen Kredit usw. Er stellt deren organisierte Verbindung her mit der staatlichen Industrie und mit den landwirtschaftlichen Muster- und Zuchtanstalten des proletarischen Staates. Er liefert ihnen alle erforderlichen Behelfe zu billigen Preisen.

Er baut das Schulwesen auf dem Land und das landwirtschaftliche Fachschulwesen immer mehr aus und organisiert einen immer engeren, auch kulturellen und gesellschaftlichen, Kontakt zwischen den Landproletariern, den ärmsten und armen Bauern und den nichtausbeutenden Mittelbauern sowie den Arbeitern und armen Kleinbürgern der Städte.

Er baut die Sozialversicherung so aus, dass sie auch die werktätigen, nichtausbeutenden Dorfmassen umfasst.

2. Die Periode der Agrarkollektivierung

Sie wird schon in der ersten Periode vorbereitet. Propagandistisch: in Presse, Radio, Vorträgen, Diskussionen usw. Erzieherisch: durch zweckentsprechende Behandlung dieser Frage im Unterricht und durch planmäßige fachmännische Schulung der jungbäuerlichen Generation beiderlei Geschlechtes, damit sie nicht nur die [121] großen Vorteile der kollektiven Landwirtschaft für sich, für den proletarischdemokratischen Staat, für die Gesellschaft überhaupt erkennen, sondern auch befähigt werden, die Verwaltung der großen landwirtschaftlichen Kollektive in die Hand zu nehmen und erfolgreich betreiben zu können. Organisatorisch: durch den umfassenden, zweckentsprechenden Ausbau des gesamten bäuerlichen Genossenschaftswesens als Einkaufs-, Absatz-, Kredit-, und vor allem als Produktivgenossenschaften, sodass der schließliche Übergang zum kollektiven Landwirtschaftsbetrieb nicht etwas gänzlich unbekanntes ist, der plötzlich die nichtausbeutende Bauernschaft überfällt, sondern etwas ihr Bekanntes, womit sie sich immer mehr vertraut macht, die großen Vorteile davon für sich, für den Staat der proletarischen Demokratie, für die ganze Gesellschaft immer deutlicher erkennend. Denn nicht früher wird die Vorbereitungsperiode abgeschlossen sein, bevor nicht die große Masse der Halbproletarier, Kleinbauern, nichtausbeutenden Mittelbauern aus eigenen Stücken diese Vorteile erkennt und nicht bevor sie – aus dieser freien Erkenntnis heraus! – ihre Zustimmung zum planmäßigen Durchführen der Agrarkollektivierung gibt. Und nur in demselben Maße, als sie ihre freiwillige überzeugte Zustimmung gibt, wird der proletarischdemokratische Staat den Übergang zur kollektiven Landwirtschaft vollziehen. Das gilt in vollem Maße auch in Bezug auf die nichtausbeutenden Bauern. Vielleicht wird es schon in der Vorbereitungsperiode möglich sein, mit Zustimmung der schon für die Agrarkollektivierung überzeugten Teile der Halbproletarier, Kleinbauern, nichtausbeutenden Mittelbauern einige Musterkollektive ins Leben zu rufen, die es dem noch zögernden Teil ermöglichen, sich bis zu einem gewissen Grad an diesen praktischen Beispielen eine praktische Vorstellung des kollektiven Landwirtschaftsbetriebs und seiner Vorteile zu verschaffen. Wo die Organisierung derartiger Musterkollektive schon in der Vorbereitungsperiode gelingt, wird sie diese bestimmt abkürzen. Jedenfalls hängt die Dauer der Vorbereitungsperiode ausschlaggebend vom freien Willen der großen Masse der Halbproletarier, Kleinbauern, nichtausbeutenden Mittelbauern ab: Sie wird solange dauern, solange sie selbst es wollen, sie wird zu Ende sein, bis sie selbst es wollen, bis sie selbst die Einführung, Durchführung der kollektiven Landwirtschaft wollen. Die Arbeiterklasse, der proletarischdemokratische Staat werden ihnen die Vorteile darlegen, sie werden sie nicht dazu zwingen, sondern sie werden sie ausschließlich durch die Mittel des Überzeugens dafür gewinnen – im Gegensatz zur Stalinschen Kollektivierung, die die Bauern vergewaltigt hat.

Nach der Enteignung der Großgrundbesitzer, da und dort vielleicht auch noch eines mehr oder minder großen Teiles der Großbauern, erreicht die Teilung des Bodens einen Grad, dass die Zusammenfassung der kleinen Parzelle zu großen Betriebsflächen immer notwendiger wird. Immer notwendiger für die Bauernschaft, für die Landwirtschaft: weil sie immer dringender größerer Produktionserträge bedarf, um dafür wachsende Mengen von Industrieprodukten einzutauschen, zum Steigern ihrer landwirtschaftlichen Produktion, zum Ausgestalten ihrer Lebenshaltung. Immer notwendiger für die Arbeiterschaft, für die Industrie, für die Gesellschaft: weil sie immer dringender wachsender

Mengen von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen benötigen, um die industrielle Produktion, die Lebenshaltung der städtischen Massen, der Gesellschaft überhaupt weiter zu heben.

Jedenfalls muss die Industrie zu einer sehr hohen Entwicklungsstufe gehoben sein, damit die Agrarkollektivierung mit ernster Aussicht auf Erfolg praktisch in Angriff genommen werden kann. Die Industrie muss so hoch gebracht sein und ihr planmäßig organisierter Gesamtmechanismus muss derart gut und sicher laufen, dass das dauernde Versorgen der Landwirtschaft mit Produktionsmitteln, Behelfen aller Art gesichert ist, die zum Übergang zu maschinelltem Großbetrieb, zum Betrieb mit den Methoden der modernsten Agrikulturwissenschaft nötig. Was Lenin für das zurückge- [122] bliebene Russland ausgesprochen, gilt in Bezug auf die in jedem Bourgeoisstaat hinter der Industrie gewaltig zurückgebliebene Landwirtschaft in hohem Maße auch für die entwickelten kapitalistischen Länder: „Wir dürfen den Sieg des Sozialismus und seine Dauer nur dann für gesichert halten, wenn die proletarische Staatsgewalt, nachdem sie endgültig den Widerstand der Ausbeuter unterdrückt und sich ihrer völligen Unterwerfung und Zuverlässigkeit versichert hat, die gesamte Industrie auf der Grundlage einer im großen Maßstab angelegten kollektiven Produktion und der neuesten auf der Elektrifizierung der ganzen Wirtschaft beruhenden Technik neu organisiert. Nur auf diese Weise werden die Städter imstande sein, dem rückständigen und undifferenzierten Lande eine so starke technische und soziale Hilfe zu leisten, dass damit die materielle Grundlage für ein ungeheuerliches Anwachsen der Produktivität der agrarischen und kleinbäuerlichen Arbeit geschaffen wird und die Macht des Beispiels und die eigenen Interessen den Kleinbesitzer veranlassen, zu einem großzügigen, kollektiven und maschinellen Ackerbau überzugehen“ (Von Trotzki angeführt in: Die wirkliche Lage in Russland, 1927, S.35). Erst dies schafft die technische Voraussetzung der Agrarkollektivierung.

Darüber hinaus bedarf die Kollektivierung der Landwirtschaft bestimmter kultureller Voraussetzungen. Wohl ist das Kulturniveau der bäuerlichen Bevölkerung in den vorgeschrittenen Ländern höher als seinerzeit in Russland. Doch ist selbst dieses Niveau zu niedrig im Verhältnis zu den Anforderungen der kollektivierten Landwirtschaft, denn die Arbeiterklasse, der Staat der proletarischen Demokratie, wollen, dass die Halbproletarier, Kleinbauern, nichtausbeutenden Mittelbauern wirklich in der Lage sein, tatsächlich die Fähigkeit haben sollen, die landwirtschaftlichen Kollektive als demokratische, sich selbst verwaltende Genossenschaften zu betreiben, wohl unter der Anleitung und Kontrolle des proletarischdemokratischen Staates wie alle Wirtschaftsbetriebe überhaupt, aber frei von jeder bürokratischen Bevormundung. Es also einer mehr oder minder langen Vorbereitungsperiode, im Verlaufe derer das allgemeine Kulturniveau und die agrarfachliche Durchbildung der Halbproletarier, Kleinbauern, nichtausbeutenden Mittelbauern, insbesondere ihrer jungen Generation männlichen und weiblichen Geschlechtes, um das erforderliche beträchtliche Maß gehoben werden muss.

Diese Voraussetzungen müssen vorhanden sein und dazu noch der aus Überzeugung stammende freie Wille der großen Masse der Halbproletarier, Kleinbauern, nichtausbeutenden Mittelbauern – dann erst darf, soll, muss der proletarischdemokratische Staat am die Agrarkollektivierung schreiten. Und zwar in einem Tempo, das der tatsächlichen politisch-ökonomischen Kraft der Arbeiter als Klasse, der tatsächlichen Kraft des proletarischdemokratischen Staates, der Leistungsfähigkeit seiner Industrie, dem Kulturniveau der Dorfmassen angepasst ist. Ein schnelleres Tempo mag im allergünstigsten Fall schließlich zu einem Steigern der landwirtschaftlichen Produktion führen, wird aber mit folgenden ungeheuern Schäden bezahlt:

Da die ärmsten, armen Bauern und selbst die nichtausbeutenden Mittelbauern sogar der entwickeltsten kapitalistischen Länder zum Verwalten, Betreiben großer landwirtschaftlicher Kollektive, agronomisch, technisch, buchhalterisch usw. nicht befähigt sind, so würde der überschnelle Übergang zur Kollektivierung notwendigerweise deren tatsächliche Verwaltung, Führung bürokratischen Elementen in die Hände spielen. Diese würden vielfach großbäuerlichen und sonst bürgerlichen Kreisen entnommen werden müssen, die einigermaßen über agronomische Kenntnisse und gewisse Minimalvoraussetzungen zum Leiten größerer Betriebe verfügen. Zwangsläufig würde so die Klassenposition der nichtproletarischen, ja antiproletarischen Klassenelemente auf Kosten nicht nur der ärmsten, armen, nichtausbeutenden Dorfmassen, sondern sogar der Arbeiterklasse, der ausgebeuteten Massen überhaupt gestärkt.

[123] Eine vorschnelle, übereilte Kollektivierung würde überdies die – noch dazu etwa gegen ihren Willen – kollektivierten bäuerlichen Massen wirtschaftlich nicht befriedigen, sondern enttäuschen, ihr Vertrauen zur Arbeiterklasse, zum proletarischen Staat erschüttern und so auch von dieser Seite her die Macht der Arbeiter als Klasse, den proletarischen Klassencharakter des Staates schwächen, gefährden.

Gerade das war und ist das Ergebnis der zwangsmäßigen und rekordmäßigen stalinistischen Agrarkollektivierung. „Überflüssig zu sagen, dass wir diese Aufgabe (nämlich die Technik der Landwirtschaft auf eine höhere Stufe zu heben und damit die Voraussetzung für die Kollektivierung des Landbaues zu schaffen) noch nicht gelöst haben; wir schaffen erst die Vorbedingungen für ihre konsequente allmähliche Durchführung“ (Trotzki: Kapitalismus und Sozialismus, 1925, S.8).

„Das Problem des sozialistischen Aufbaues auf dem Land ist die Reform der Landwirtschaft auf Grundlage des maschinellen, landwirtschaftlichen Großbetriebs. Für die breite Masse der Bauern besteht der einfachste Weg dahin in der Genossenschaftsbildung, wie es Lenin in seinem Werk „Über die Genossenschaftsbildung“ beschrieben hat“ ... „Ein erfolgreicher genossenschaftlicher Aufbau lässt sich überhaupt nur auf der Grundlage einer möglichst großen Unabhängigkeit der zusammenarbeitenden Bevölkerung denken. Eine wirkliche Union der Genossenschaften mit den

Großindustrien und dem proletarischen Staat verlangt eine geregelte Leitung der Genossenschaftsorganisationen unter Ausschluss aller bürokratischen Regierungsmethoden“ (Trotzki: Die wirkliche Lage in Russland, 1927, S.62,63).

„Die einzige materielle Grundlage für den Sozialismus“, sagt Lenin, „ist eine ausgedehnte Maschinenindustrie, die imstande ist, den Ackerbau neu zu gestalten ... Trotz unseres beträchtlichen Erfolges auf dem Gebiete der Industrie, des Transports und der Elektrifizierung ist die Entwicklung unserer Industrie noch weit entfernt von dem, was notwendig und möglich ist ... Die unabweisliche Schlussfolgerung aus dem ganzen wirtschaftlichen Experiment der vergangenen Jahre ist die Forderung einer schnellen Beseitigung dieser Missverhältnisse, eine Vergrößerung der Menge der Industriewaren, eine Beschleunigung des Tempos der industriellen Entwicklung“ ... (Trotzki: ebenda, S.65,66,68).

„Die „durchgehende“ Kollektivierung ... würde keineswegs die Liquidierung des Kulakentums als Klasse bedeuten. Die Form der produktiven Kooperation (der Produktivgenossenschaft) ist bei fehlender technischer und kultureller Basis unfähig, die Differenzierung innerhalb der kleinen Warenerzeuger und die Aussonderung kapitalistischer Elemente aus deren Mitte aufzuhalten. Zur wirklichen Liquidierung des Kulakentums ist eine völlige Revolution der landwirtschaftlichen Technik erforderlich und die Verwandlung des Bauern, zusammen mit dem Industriearbeiter, in Arbeiter der sozialistischen Wirtschaft und Mitglieder der klassenlosen Gesellschaft. Bei Überwiegen des individuellen bäuerlichen Inventars und der persönlichen und gruppenmäßigen Interessiertheit seiner Eigentümer, wird sich die Differenzierung neu bilden und verstärken – gerade im Fall eines Gelingens der Kollektivierung, das heißt bei allgemeiner Steigerung der Produktion der Landwirtschaft ... Unter der kurzsichtigen Leitung, die die Kolchosen von vorneherein als sozialistisches Unternehmen erklärt, können kapitalistisch-farmerische Elemente in der Kollektivierung beste Deckung für sich finden und umso gefährlicher für die proletarische Diktatur werden“ ... „Die Kollektivierung der Bauernwirtschaften ist auf das Geleise der tatsächlichen Selbsttätigkeit des landwirtschaftlichen Proletariats und der Dorfarmut und ihres [124] Bündnisses mit den Mittelbauern umzuleiten ... Das Arbeitsprogramm des Kolchosenaufbaues in Einklang bringen mit den tatsächlichen Resultaten der Erfahrung und mit den gegebenen technischen und gesamtökonomischen Hilfsquellen“ (Trotzki: Probleme der Entwicklung der USSR, 1931, S.6,30).

„Die Jagd nach rekordmäßiger Kollektivierung, ohne die technischen, wirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten der Landwirtschaft zu berechnen, führte zu in der Tat verderblichen Folgen. Sie beseitigte für die Kleinwarenerzeuger alle Anreize, noch lange bevor sie imstande waren, dieselben durch andre hohe wirtschaftliche Anreize zu ersetzen. Der administrative Druck, der sich auch in der Industrie rasch selbst erschöpft, erweist sich in der Landwirtschaft als vollständig ohnmächtig“ ... „Die Kollektivierung kann nur insoweit lebensfähig sein, insoweit sie die persönliche Interessiertheit der den Kollektiven Angeschlossenen in Kraft lässt, indem sie deren gegenseitige Beziehungen, wie auch das Verhältnis der ganzen Kollektive zur Außenwelt auf Grund kaufmännischen Rechnens aufbaut. Das bedeutet, dass eine richtige, wirtschaftlich begründete Kollektivierung im gegebenen Stadium nicht zur Beseitigung der NEP, sondern zur allmählichen Umbildung ihrer Methoden führen muss“ ... „Die Politik der mechanischen „Liquidierung des Kulaken“ ist faktisch schon aufgegeben. Man muss offiziell unter sie ein Kreuz machen. Gleichzeitig muss man die Politik strenger Beschränkung der ausbeuterischen Tendenzen des Kulaken wieder einführen. Zu diesem Zweck sind die untern Schichten des Dorfes in einen Bund der armen Bauern zusammenzuschließen“ (Trotzki: Sowjetwirtschaft in Gefahr: Vor dem zweiten Fünfjahresplan, 1932, S.14,20,28/29).

„Am 15. Februar 1928 erfuhr die Bevölkerung nicht ohne Erstaunen aus einem Leitartikel der „Prawda“, dass es auf dem Land gar nicht so aussehe, wie bisher die Machthaber es schilderten, dafür aber dem Bild sehr nahekam, dass die vom Kongress ausgeschlossene (Links-) Opposition gegeben hatte. Die Presse, die gestern noch buchstäblich die Existenz des Kulaken leugnete, entdeckte ihn jetzt auf ein Signal von oben nicht nur im Dorf, sondern sogar in der Partei ... Stalin und Molotow räumten zwar nach wie vor der individuellen Wirtschaft die erste Stelle ein, begannen aber die Notwendigkeit einer raschen Ausdehnung der Sowchosen und Kolchosen zu betonen. Da jedoch die Schärfe der Lebensmittelknappheit nicht erlaubte, auf Militärexpeditionen ins Dorf zu verzichten, so hing das Programm der individuellen Wirtschaft in der Luft. Man musste in die Kollektivierung „schliddern“. Die „zeitweiligen außerordentlichen Maßnahmen“ zur Kornbeschlagnahme verwandelten sich unvorhergesehener Weise in ein Programm zur „Liquidierung des Kulakentums als Klasse“ ... Im November 1929 machte Stalin mit seinem Schwanken Schluss und proklamierte das Ende der individuellen Wirtschaft ... Auftrag „das Kulakentum als Klasse zu liquidieren“ und die restlose Kollektivierung „in kürzester Frist“ zu verwirklichen. Im Laufe des Jahres 1929 stieg die Zahl der kollektivierten Anwesen von 1,7 Prozent auf 3,9 Prozent, 1930 auf 23,6 Prozent, 1931 auf 52,7 Prozent und 1932 auf 61,5 Prozent“ ... „Die realen Möglichkeiten der Kollektivierung wurden weder durch die ausweglose Lage auf dem Land noch durch die administrative Energie der Regierung bestimmt, sondern vor allem durch die vorhandenen Ressourcen (Hilfsquellen) der Produktion, das heißt durch die Fähigkeit der Industrie, der Großlandwirtschaft das notwendige Inventar zu liefern. Die materiellen Voraussetzungen waren nicht vorhanden. Die Kolchosen wurden mit einem Inventar gebildet, das meistens nur für die Parzellenwirtschaft geeignet war; unter diesen Umständen wurde die übertrieben schnelle Kollektivierung zum ökonomischen Abenteuer“ ... „Tatsächlich erfüllte sich genau die Karikatur, die man sich seinerzeit von der Linksopposition gemacht hatte: Die Bürokratie „plünderte das Dorf“. Die Kollektivierung stellte sich dem Bauern vor allem als eine Enteignung all seiner Habe dar“ ... „25 Millionen isolierter Bauernegoisten, gestern noch die einzige Treibkraft der Landwirt- [125] schaft ... versuchte die Bürokratie mit einem Federstrich durch das Kommando von 200.000 Kolchosverwaltungen zu ersetzen, ohne technische Mittel, ohne agrono-

mische Kenntnisse und ohne Stütze in der Bevölkerung selbst. Die verheerenden Folgen dieses Abenteueriums blieben nicht aus und erstreckten sich über mehrere Jahre ... Die Schuld für diese Opfer trifft nicht die Kollektivierung, sondern die blinden Hasard- und Gewaltmethoden der Durchführung. Die Bürokratie hatte nichts vorgesehen“ ...

“In der Periode, wo die Bauernpolitik noch auf den Farmer orientiert war, wurde angenommen, dass die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft auf der Grundlage der NEP sich im Verlauf von Jahrzehnten mittels des Genossenschaftswesens vollziehen werde. Das Genossenschaftswesen sollte nacheinander die Einkaufs-, Absatz-, Kreditfunktionen und schließlich auch die Produktion selbst vergesellschaften“ ... „Die (Stalinsche) Kollektivierung erfolgte in einer Weise, als handle es sich um die sofortige Verwirklichung des kommunistischen Regimes in der Landwirtschaft. Die unmittelbare Folge war nicht nur die Vernichtung von mehr als der Hälfte des lebendigen Inventars, sondern was noch wichtiger ist, eine völlige Gleichgültigkeit des Kolchosbauern gegenüber dem vergesellschafteten Eigentum und den Resultaten der eigenen Arbeit“ ...

„Sind die Industrietrusts „im Prinzip“ sozialistische Unternehmungen, von den Kolchosen kann man das nicht sagen. Sie fußen nicht auf staatlichem, sondern auf Gruppeneigentum. Das ist, verglichen mit der spreuartigen Individualwirtschaft, ein tüchtiger Schritt vorwärts. Aber ob die kollektiven Wirtschaften zum Sozialismus führen werden, das hängt von einer ganzen Reihe Umständen ab, von denen ein Teil innerhalb der Kolchosen zu suchen ist, ein anderer außerhalb derselben, in den allgemeinen Bedingungen des Sowjetsystems, schließlich ein weiterer Teil, und nicht der kleinste, auf dem Weltchauplatz“ ... „Um mit den Bauern Frieden zu stiften, sah sich der Staat gezwungen, den Privatbesitz – und individuellen Tendenzen des flachen Landes weitgehende Zugeständnisse zu machen, angefangen mit der feierlichen Übergabe der Ländereien an die Kolchosen in „ewige“ Nutzung, womit im Grunde die Sozialisierung des Bodens liquidiert war. Eine juristische Fiktion? Je nach dem Kräfteverhältnis kann sie sich als Relativität erweisen“ ... „Viel wichtiger jedoch ist, dass der Staat sich gezwungen sah, die Wiederherstellung der individuellen Bauernwirtschaft auf besonders winzigen Parzellen mit eigenen Kühen, Schweinen, Schafen, Geflügel usw. zuzulassen ... Vieles erlaubt ... darauf zu schließen, dass die Zwergwirtschaften für das natürliche Dasein der Bauern bislang nicht weniger bedeuten als die Kolchosen“ ... „Die Verpachtung des Bodens, gesetzlich verboten, ist in Wirklichkeit recht verbreitet, und zwar in ihrer schädlichsten Form, des Abarbeitens. Land wird verpachtet von Kolchosen an Kolchosen, zuweilen an fremde Personen, schließlich an eigene unternehmungslustige Mitglieder. Zur Verpachtung nehmen, so unwahrscheinlich es klingen mag, auch Sowchosen Zuflucht, das heißt „sozialistische“ Unternehmungen“ ...

„Im Durchschnitt entfiel 1935 auf einen Kolchoshof ein Geldeinkommen von 4000 Rubel ... Andererseits gibt es Kolchosen, wo auf jeden rund 30.000 Rubel entfallen, ohne die Geld- und Naturaleinkünfte der Individualwirtschaften und die Naturaleinkünfte des Betriebes in seiner Gesamtheit mitzurechnen. Im Allgemeinen ist das Einkommen jedes dieser Kolchos-Großbauern zehn bis fünfzehn Mal höher als der Verdienst des „Durchschnitts“arbeiters oder eines gewöhnlichen Kolchosbauern ... Als 1927 die Linksopposition feststellte, dass „das Einkommen des Kulaken unvergleichlich schneller wuchs als das des Arbeiters“, so gilt das auch heute noch, freilich in abgeänderter Form: Das Einkommen der Kolchosspitzen ist viel höher gestiegen als das der großen Bauern- und der Arbeitermasse. Der Unterschied im materiellen Niveau ist heute sogar wohl noch bedeutender als knapp vor der Entkulakisierung ... Gedeihende Kolchosen dängen häufig Arbeitskräfte bei den armen Kolchosen, und die Machthaber drücken ein Auge zu ... Die Verschiebung der nichtgleichwertigen Grundstücke an die Kolchosen muss die weitere Differenzierung zwischen ihnen und folglich die Aussonderung einer Art „bourgeoiser“ Kolchosen oder „Kolchosenmillionäre, wie sie jetzt schon genannt werden, außerordentlich fördern“ ...

„In Wirklichkeit stellt die Kolchosenwirtschaft ein Mittelding zwischen der einzelbäuerlichen und der staatlichen (Wirtschaft) dar, wobei die kleinbürgerlichen Tendenzen innerhalb der Kolchosen durch die Entwicklung der Hausgarten- und Privatwirtschaften des Kolchosbauern auf das beste ergänzt werden. Obwohl die individuelle Anbaufläche der Kolchosbauern insgesamt nur vier Millionen Hektar beträgt, gegenüber 108 Millionen der kollektiv-wirtschaftlichen Anbaufläche, das heißt weniger als 4 Prozent, deckt sie doch dank intensiver Bearbeitung, besonders im Gemüsebau, den Hausbedarf der Bauernfamilien. Hornvieh, Schafe und Schweine sind größtenteils Eigentum der Kolchosbauern und nicht der Kolchose selbst. Die Bauern machen ihre Nebenwirtschaft durchwegs zur Hauptwirtschaft und drängen die unrentablen Kolchosen in den Hintergrund. Umgekehrt steigen die Kolchosen mit hohem Arbeitslohn auf eine höhere soziale Stufe und bilden eine Kategorie von wohlhabenden Farmern ... Jedenfalls haben die Kolchosen bisher nur die juristischen Formen der ökonomischen Beziehungen auf dem Land umzuwandeln vermocht, insbesondere die Art der Gewinnverteilung, aber die alte Kate, den Gemüsegarten, die Viehhaltung, den ganzen Rhythmus der schweren Arbeit des Muschik hat sie fast unverändert gelassen, in bedeutendem Maße auch das alte Verhältnis zum Staat, der zwar nicht mehr Gutsbesitzern und Bourgeoisie dient, aber dem Dorfe zum Besten der Städte allzu viel fortnimmt und allzu viel gefräßige Beamte unterhält“ (Trotzki: Die verratene Revolution, 1936, S.38/42,75/76, 127/128, 130/132, 237).

„Die praktische Teilnahme der ausgebeuteten Bauern an der Kontrolle der verschiedenen Wirtschaftszweige wird den Bauern selbst gestatten, die Frage zu entscheiden, ob, wann und inwieweit sich der Übergang zur kollektiven Bearbeitung des Bodens für sie lohnt. Die Industriearbeiter verpflichten sich, den Bauern dabei all ihre Hilfe zuteilwerden zu lassen: durch die Gewerkschaften, die Fabrikkomitees und insbesondere durch die Arbeiter- und (Klein-) Bauernregierung“ ... „Reorganisation der Kolchosen entsprechend dem Willen und im Interesse der Kolchosmitglieder!“ (Übergangsprogramm der IV. Internationale, 1938, S.12,25).

„Keiner unter uns zweifelt, dass man das Staatseigentum nicht nur gegen den Parasitismus der Bürokratie verteidigen muss, sondern auch gegen die Tendenz zur Rückkehr des Privateigentums zum Beispiel seitens der Kolchosenaristokratie“ (Trotzki: Die USSR im Krieg, 25.9.1939, S.9).

3. Die Periode des organisierten Abbauens des Gegensatzes von Stadt und Land

Es wird wohl Generationen brauchen, bis – nach genügender Vorbereitung – die Kollektivierung der Landwirtschaft voll durchgeführt und sowohl als Ganzes wie auch in allen ihren Teilen gut eingespielt sein wird, sodass sie im Rahmen der Gesamtwirtschaft harmonisch sich bewegt, entfaltet, zum Vorteil der landwirtschaftlichen Produzenten, zum Vorteil der Gesamtheit. Im Laufe dieser beträchtlichen Zeit [127] wird der große Unterschied zwischen Stadt und Land nach allen Richtungen hin schon wesentlich verringert sein, sowohl was die Lebenshaltung als auch was das kulturelle Niveau betrifft. Die gewaltige Verbesserung, Verdichtung des Verkehrswesens hat mittlerweile den lebendigen Kontakt zwischen Dorf und Stadt viel enger gestaltet. Viele Arbeiter sind aus der Stadt auf das Land übersiedelt, das proletarischdemokratische Gemeinwesen hat bereits gar manche modernste Wohnungen in den Dörfern errichtet, für die Werktätigen der Dörfer und auch der Städte. Die Dörfler verbringen den Großteil ihres Erholungsurlaubs in den Städten, im engsten Kontakt mit den städtischen Kameraden, und diese umgekehrt einen Großteil ihres Urlaubs auf dem Land, in den Dörfern. Die allgemeine und fachliche Erziehung hat im Verlaufe dieser Zeit so große Fortschritte gemacht, dass der proletarischdemokratische Staat einen wenigstens zeitweisen, teilweisen Wechsel der Arbeit zu organisieren beginnen kann, vor allem zwischen Industrie und Landwirtschaft und umgekehrt.

Wie die Werktätigen der Städte auf dem Wege der proletarischen Demokratie den Gang der Gesamtwirtschaft und in deren Rahmen die Landwirtschaft kontrollieren, ja letzten Endes immer wieder bestimmen, so ihrerseits auch die Werktätigen der Dörfer auf demselben Wege die gesamte Wirtschaft und in ihrem Rahmen die Industrie usw. Das gegenseitige Vertrauen, das Vertrauen jedes Einzelnen in das proletarischdemokratische Gemeinwesen hat sich bereits derart vertieft, gefestigt, dass der formell noch im bäuerlichen Privateigentum stehende Boden tatsächlich immer mehr in den auf dem Wege der proletarischen Demokratie wahrhaft von der Gesamtheit der Werktätigen kontrollierten, ja letzten Endes geleiteten Produktionsmittelapparat der Gesellschaft übergeht. Der gesamte Grund und Boden wird so schließlich auf durchaus friedliche Weise unter freier Zustimmung der bäuerlichen Produzenten sich tatsächlich Grundeigentum. Nachdem sich dieser faktische Zustand völlig eingelebt, wird er bei passender Gelegenheit unter freier Zustimmung der bäuerlichen Produzenten gegen eine in vollem Einvernehmen mit ihnen bestimmte angemessene Entschädigung als allgemeiner Rechtszustand ausgesprochen: Alle entscheidenden Produktionsmittel, der Grund und Boden inbegriffen, sind nun nicht nur tatsächlich, sondern auch in aller Form rechtens Gemeineigentum des proletarischdemokratischen Staates, der sich inzwischen bereits zum sozialistischen Staat entwickelt hat, in dem alle Menschen ohne Unterschied voll berechnete Glieder sind des öffentlichen Lebens in allen seinen Ausstrahlungen.

Die dritte Periode ist die große Zeit der organisierten gewaltigsten Baubewegung. Die Großstädte schwinden planmäßig dahin, ebenso blühen, über das ganze Land planvoll zerstreut, neue Wohngemeinden auf, untereinander und mit den Arbeitsstädten, die in einer gewissen Entfernung gesondert liegen, wohlverbunden. Die neuen Gemeinden, Häuser, Wohnungen sind bereits derart angelegt, dass die Frauen nunmehr auf immer größerer Stufenleiter von der Last des Einzelhaushalts befreit werden, der für die Allgemeinheit mit einer so großen Vergeudung der Kräfte und Mittel verbunden ist. Die Haushaltsarbeit wird nun immer umfassender zu einem demokratisch wohlorganisierten Betrieb, der innerhalb jeder Gemeinde von allen Angehörigen beiderlei Geschlechtes wechselweise besorgt wird.

[128]

4. Die Periode des Organisierens des durchgehenden, regelmäßigen Wechsels im Besorgen der öffentlichen Funktionen

Auch die wirtschaftlichen Arbeiten sind nun längst schon öffentliche Funktionen geworden. Bereits in den vorangehenden Perioden hat der proletarischdemokratische, später der sozialistischdemokratische Staat planmäßig daran gearbeitet, alle Mitglieder der Gesellschaft zu einem immer umfassenderen Wechsel im Besorgen aller öffentlichen Funktionen vorzubereiten und diesen Wechsel allmählich durch die Tat in die Wege zu leiten. Zunächst zeitweise, teilweise, vor allem im Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie und umgekehrt, aber auch immer mehr in Bezug auf alle Funktionen der öffentlichen Körperschaften wie Staat, Gemeinde und auch der Gewerkschaften, Genossenschaften usw.

Mittlerweile wurde die gesellschaftliche Produktion auf eine gewaltige Höhe entwickelt, und sie wird immer weiter entwickelt. Hand in Hand damit wurde die allgemeine Arbeitszeit um ein sehr bedeutendes Maß verkürzt, und sie wird immer weiter verkürzt. Nicht nur steht jedem Einzelnen viel freie Zeit zum Ausleben, Entfalten seiner Persönlichkeit zur Verfügung, sondern überdies ist noch Zeit genug, um die allseitige Ausbildung jedes einzelnen Mitglieds der Gesellschaft ohne Unterschied auf höchste und immer höhere Stufe zu heben. Auf dieser Grundlage vermag nun der sozialistische Staat endlich den durchgehenden, alle Glieder der Gesellschaft ohne Ausnahme umfassenden, regelmäßigen Wechsel im Besorgen aller öffentlichen Funktionen, auch der wirtschaftlichen, zu organisieren, bis er endlich im Laufe einiger Generationen sich im Maßstab der ganzen Gesellschaft eingespielt hat, harmonisch verläuft

und sich als selbstverständliche Einrichtung des gesamten öffentlichen Lebens der Menschen durch und durch eingelebt hat. Und zwar auf der ganzen Erde, die der Sozialismus inzwischen erobert und planvoll organisiert hat. Alle beamteten Funktionen sind nunmehr überflüssig geworden, damit auch der Staat der sozialistischen Demokratie. Damit sind die Perioden des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus abgeschlossen. Es beginnt das große Zeitalter der klassenlosen, staatenlosen, parteilosen Gemeinschaft, das große Zeitalter des vollendeten Kommunismus, das große Zeitalter der sich in freier Gemeinschaft selbstverwaltenden, brüderlich organisierten, weltumspannenden Genossenschaft aller Menschen ohne Unterschied auf dem ganzen Erdball.

E. Auf dem Gebiet der Verteilung

Sozialismus, Kommunismus sind in erster Linie eine Sache des planmäßigen Steigerns der Produktion. Die kapitalistische Verteilung, die der Bourgeoisie sehr viel, dem Proletariat, den werktätigen Massen jedoch sehr wenig gibt, wurzelt letzten Endes darin, dass das Privateigentum der Kapitalistenklasse an den entscheidenden Produktionsmitteln, der daraus entspringende Profitzweck der Produktion die menschliche Gesellschaft, hindert, die Produktion weit über das kapitalistische Höchst- [129] niveau hinaus zu heben. Damit allen Menschen ohne Unterschied immer mehr und mehr, damit ihnen alles, was sie brauchen, in Fülle zugeteilt werden könne, muss die Gesellschaft in Überfülle produzieren. Eben darum muss die Produktion von den kapitalistischen Schranken, dem kapitalistischen Privateigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln und der kapitalistischen Staatsgewalt, befreit werden, muss sie sozialistisch, schließlich kommunistisch organisiert werden.

Nicht mit einem Ruck vermag die revolutionär siegreiche Arbeiterklasse die gesellschaftliche Produktion auf höhere und immer höhere Stufe zu heben. Das bedarf großer Mühen, Anstrengungen, und in der ersten Phase dieser Übergangszeit muss sogar mit einem Rückgang der Produktion gerechnet werden, infolge der Sabotage der Bourgeoisie, der durch sie provozierten Bürgerkriege, Kriege usw. Auch in dieser ganzen Periode bis zum klaren, anhaltenden, weit ausgreifenden Steigern der gesellschaftlichen Erzeugung bleibt die Produktion die Grundlage, doch die Verteilung spielt in dieser Übergangsperiode eine erhöhte Rolle: Die Erträge der zeitweilig schrumpfenden und sich mehr oder minder lang nur allmählich entfaltenden Produktion müssen durch den proletarischdemokratischen Staat – auf der Grundlinie des Behauptens und Festigens der Macht der Arbeiter als Klasse – so verteilt werden, dass in erster Linie die Arbeitskraft der Arbeiter, der werktätigen Massen überhaupt, deren Existenz und Entwicklung gesichert ist.

Die Verteilung umfasst zwei große Gebiete. Die Verteilung der Konsummittel dient dem unmittelbaren Konsum, dem Erhalten, Entfalten der Arbeitskraft der Arbeiter, der werktätigen Massen überhaupt – die Verteilung der Produktionsmittel dient dem Konsum nur mittelbar, unmittelbar dient sie der Produktion, die mit allen nötigen sachlichen Mitteln – Arbeitsmitteln, Rohstoffen, Hilfsstoffen – beliefert.

Inbegriffen in der Verteilung ist das Verkehrswesen. Der proletarischdemokratische Staat fasst alle großen Transportmittel zusammen – Eisenbahn, Schifffahrt, Straßen, Kanäle, Post, Telegraph, Telefon, Radio, Autobusverkehr usw. – und bewirtschaftet sie zentral.

Die Produkteneinfuhr und -ausfuhr besorgt vollkommen der proletarischdemokratische Staat (Außenhandelsmonopol). „Das (Außen-) Handelsmonopol hat für uns eine prinzipielle Bedeutung. Das ist der Schutz gegen den Kapitalismus, der den beginnenden Sozialismus aufkaufen will“ (Trotzki: Die Neue Ökonomische Politik Sowjetrusslands und die Weltrevolution, Rede auf dem IV. Weltkongress der KI, 1922, S.23). Das Außenhandelsmonopol ist eine Voraussetzung der proletarischdemokratischen Planwirtschaft, die nicht in Gang gesetzt, entwickelt werden könnte, wenn nach Belieben in das oder aus dem Staatsgebiet der proletarischen Demokratie Waren nach Belieben ein- oder ausgeführt werden könnten. Durch das Außenhandelsmonopol wird die wirtschaftliche Abhängigkeit des proletarischdemokratischen Staates vom Weltmarkt – solange dieser besteht – zwar nicht beseitigt, aber proletarischdemokratisch geregelt und kontrolliert. „Das Monopol des Außenhandels ist eine notwendige Waffe für das Lebendigbleiben einer sozialistischen Entwicklung, solange die kapitalistischen Länder eine höhere Technik besitzen. Aber die jetzt in Bildung begriffene sozialistische Wirtschaft kann dieses Monopol nur verteidigen, wenn sie sich ständig der Weltwirtschaft in der Technik, in den Produktionskosten, in der Qualität und den Preisen ihrer Produkte nähert (versteht sich – bei sonstigem Entarten – auf der Grundlage des ständigen Wahrens des proletarischdemokratischen Charakters des Staates, also auf Grundlage des Festhaltens an der Linie der internationalen proletarischen Revolution – was aus Trotzki's Schriften zur Genüge hervorgeht; d.Verf.). Das Ziel der wirtschaftlichen Führerschaft sollte nicht eine abgeschlossene, sich selbst genügende Wirtschaft sein, [130] die zu einer unvermeidlichen Senkung ihres Niveaus und ihres Entwicklungstemplos führen muss, sondern ganz im Gegenteil ein allseitiges Anwachsen unserer relativen Bedeutung im Weltsystem, eingeleitet durch eine möglichst hohe Beschleunigung dieses Tempos“ (Trotzki: Die wirkliche Lage in Russland, 1927, S.72).

Im vollendeten Kommunismus erfolgt die Verteilung nach dem Prinzip: „Jeder nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seinem Bedürfnis“. In der langen Übergangsperiode dazu vollzieht sich die Verteilung nach dem Prinzip „Jedem nach seiner Leistung“, also dem Wesen nach – wenn auch in immer abnehmendem Maße – noch nach bürgerlichen Verteilungsformen, noch nach bürgerlichem Recht; auf dem Gebiete der Verteilung besteht also nach dem revolutionären Sieg der Arbeiterklasse der bürgerliche Staat eine gewisse Zeit noch weiter, doch ohne Bourgeoisie. „Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und die dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft“ (Marx: Zur Kritik des Gothaer Programms, 1875; siehe Lenin: Staat und Revolution, 2. A., 1918, S.64). Allein die Praxis

dieses Verteilens nach bürgerlicher Verteilungsnorm, nach bürgerlichem Recht wird bereits ausgeübt, bestimmt, kontrolliert durch die proletarische Demokratie, nicht mehr durch die Bourgeoisie, dieser „bürgerliche Staat auf dem Gebiete der Verteilung“ wird beherrscht, gehandhabt durch die siegreichen Arbeiter, armen Bauern, Kleinbürger, durch den sich immer fester aufbauenden proletarischdemokratischen Staatsapparat unter Kontrolle der Arbeiter, armen Bauern, Kleinbürger.

„Sofern der Staat, der sich die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zur Aufgabe macht, gezwungen ist, mit Zwangsmethoden Ungleichheit, das heißt materielle Vorteile einer Minderheit, zu schützen, sofern bleibt er immer noch in gewissem Grad ein „bürgerlicher“ Staat, wenn auch ohne Bourgeoisie ... Die bürgerlichen Verteilungsnormen sollen, indem sie das Wachstum der materiellen Machtfülle beschleunigen, sozialistischen Zielen dienen. Doch nur in letzter Hinsicht, unmittelbar nämlich bekommt der Staat von Anfang an einen Doppelcharakter: einen sozialistischen, soweit er das vergesellschaftete Eigentum an den Produktionsmitteln schützt, einen bürgerlichen, soweit die Verteilung der Lebensgüter mit Hilfe des kapitalistischen Wertmessers erfolgt, mit allen daraus sich ergebenden Folgen“ ... „Das endgültige Gesicht des Arbeiterstaates wird durch das sich wandelnde Verhältnis zwischen seinen bürgerlichen und sozialistischen Tendenzen bestimmt werden. Der Sieg der letztern muss eben damit die endgültige Liquidierung des Gendarmen bedeuten, das heißt das Aufgehen des Staates in eine sich selbst verwaltende Gesellschaft“ (Trotzki: Die verrätene Revolution, 1936, S.56).

Die Gesellschaft des vollendeten Kommunismus teilt jedem „nach seinen Bedürfnissen“ zu, bedarf also keines Geldes. Dagegen wird sich die proletarische Demokratie nach ihrem revolutionärem Sieg der Geldform – Geld ist in letzter Instanz Gold, in mehr oder minder breitem Rahmen Goldersatz – noch durch einige Jahrzehnte bedienen müssen. Um die proletarischdemokratische Planwirtschaft vermittelt des Geldäquivalentes fortlaufend auch „von unten her“ zu kontrollieren. Um immer wieder zu prüfen, zu sehen, ob der „von oben her“, durch die Zentrale Plankommission errechnete, durch den Obersten Wirtschaftsrat angenommene gesellschaftliche Bedarf als Gesamtheit und in allen seinen Abteilungen und Unterabteilungen dem tatsächlichen gesellschaftlichen Bedürfnis entspricht. Um überhaupt den Verteilungsaustausch der Produkte tatsächlich nach der in ihnen enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Arbeit, gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit durchführen zu können.

Es erfordert eine gewaltige Höhe der wirtschaftlichen Entwicklung, damit das Geld überflüssig wird, damit die Gesellschaft die Verteilung aller Produkte, die Zuteilung auch der Konsummittel ohne Geld, durch direkte Anweisungen dauernd vollziehen [131] kann. Eine Gesellschaft, die alle Produzenten ohne Unterschied immer mit den jeweils besten Produktionsmitteln, Produktionsmethoden, Produktionsbedingungen ausstatten wird; eine Gesellschaft, die die Arbeitskraft aller Produzenten zur jeweils höchsten Qualifikation heben wird, und zwar zur höchsten Qualifikation auf immer mehr Gebieten der Produktion; eine Gesellschaft, die zugleich durch immer höhere, immer umfassendere Entwicklung der Technik das Bedienen der Produktionsmittel, das Anwenden der Produktionsmethoden auf das Äußerste vereinfacht und immer mehr vereinfacht – eine solche Gesellschaft wird sich fortschreitend immer mehr der Entwicklungsstufe nähern, wo jede Arbeitsstunde eines Produzenten der Arbeitsstunde jedes andern Produzenten praktisch gleichkommt. Versteht sich, im Rahmen des gesellschaftlichen Bedarfs! Nach Jahrzehnten des sukzessiven Annäherns ist die Gesellschaft soweit, dass sie den jeweiligen gesellschaftlichen Bedarf, sowohl insgesamt als auch in allen Teilen und Unterteilen, im Großen und Ganzen für den praktischen Gebrauch genügend genau berechnen kann. Voll durchführbar wird dies erst sein in der entwickelten, den ganzen Erdball umfassenden sozialistischen Gesellschaft. Dann erst wird es möglich sein, dass die Gesellschaft jedem nach seiner Leistung nicht mehr Geld, sondern einfache Anweisungen gibt ungefähr mit folgendem Wortlaut: „Inhaber dieses ist berechtigt, in den gesellschaftlichen Verteilungsstellen eine der hier genannten bestimmten Zahl von Arbeitsstunden entsprechende Menge von Produkten nach seiner Wahl zu beziehen.“ Im vollendeten Kommunismus werden auch diese Anweisungen entfallen, bloße Quittungen werden genügen, die der Gesellschaft fortgesetzt Übersicht über die tatsächlichen Produktenbezüge geben im Vergleich zum gesellschaftlichen Gesamtprodukt samt gesellschaftlichen Vorräten.

„Wenn wir im Weltmaßstab gesiegt haben werden, dann werden wir, denke ich, in den Straßen einiger Großstädte der Welt öffentliche Bedürfnisanstalten aus Gold machen“ ... „Aber so „gerecht“, so nützlich, so human besagte Verwendung des Goldes auch wäre, wir werden doch sagen müssen: Man muss noch einige Dutzend Jahre mit derselben Anstrengung und demselben Erfolg arbeiten, wie wir 1917-1921 gearbeitet haben, nur auf viel weiterem Betätigungsfeld, um das zu erreichen“ (Lenin: Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Siege des Sozialismus, 1921, In Lenin: Die „Kinderkrankheiten“ des Kommunismus, herausgegeben von Dr. H. Duncker, 1930, S.110/111).

Eine große und immer größere Rolle in der gesellschaftlichen Verteilung werden die Genossenschaften spielen. Auf Grundlage des Privateigentums der Kapitalistenklasse an den entscheidenden Produktionsmitteln sowie auf Grundlage des klassenmäßig bürgerlichen Staatsapparats bleiben die Genossenschaften – obwohl objektiv „Übergangsformen der kapitalistischen Produktionsweise in die assoziierte“ (Marx: Das Kapital, Bd. III/1, 4. A., 1919, S.427) – kapitalistische Kollektiveinrichtungen. Auf Grundlage des Eigentums des proletarischdemokratischen Staates, das heißt des Eigentums der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten armen Bauern und Kleinbürger, sowie des klassenmäßig proletarischen Staatsapparats, sind die Genossenschaften proletarischdemokratische Kollektiveinrichtungen, die bewusst dem Übergang zum Sozialismus dienen und schließlich dessen Verteilungsapparat werden. Das gilt in vollem Umfang von den Konsumgenossenschaften. Auch die bäuerlichen Genossenschaften, die in bedeutendem Maße auf

bäuerlichem Privateigentum am Boden aufgebaut sind, nähern sich diesem Typus immer mehr, indem durch die wachsende vertrauensmäßige Verknüpfung mit der Arbeiterklasse, mit dem Staat der proletarischen Demokratie ihr privates Bodeneigentum allmählich nur formale Bedeutung erhält und schließlich – mit freier Zustimmung der bäuerlichen Privateigentümer und gegen deren einvernehmlich bestimmten Entschädigung – auch diese verliert, das heißt in aller Form im Gemeineigentum der Werktätigen an den entscheidenden Produktionsmitteln, nun auch den gesamten Boden inbegriffen, aufgeht. (Die Stalinschen Genossenschaften sind Organe der Stalinbürokratie gegen die Arbeiterklasse, denn nicht nur gibt es in ihnen keine Genossenschaftsdemokratie, sondern ihre Grundlage ist die politische Entrechtung der Arbeiterklasse überhaupt, das ausschließliche Verfügen der Stalinbürokratie über das Kollektiveigentum und die Staatsmacht ist tatsächlich in ihren Händen).

„Zweifellos ist das Genossenschaftswesen eine kapitalistische Kollektiv-Einrichtung ... Bei unserm heutigen Regime unterscheiden sich die genossenschaftlichen Unternehmungen von privatkapitalistischen als kollektive Unternehmungen, aber sie unterscheiden sich nicht von den sozialistischen Unternehmungen, wenn sie auf Grundlage des Staatseigentums, das heißt des Eigentums der Arbeiterklasse am Grund und Boden und den Produktionsmitteln stehen“ (Lenin: Über das Genossenschaftswesen, 1923, Sammelband, 1925, S.712).

Die Verbrauchsgenossenschaften organisieren die Verteilung der Konsummittel. Sie stellen die organisierte Verbindung mit den bäuerlichen Produzenten her, wo bäuerliche Genossenschaften bestehen, auf dem Wege über diese. Sie organisieren den Bezug der Lebensmittel und der landwirtschaftlichen Rohstoffe von diesen. Die Verteilung der Industrieprodukte erfolgt durch die Wirtschaftsorgane des proletarischdemokratischen Staates in organisiertem Kontakt mit den bäuerlichen Genossenschaften.

Die Verteilung im Großen ist also durchaus in den Händen des proletarischdemokratischen Staates, in hohem Maße auch die Verteilung im Kleinen, die Detailverteilung. Die bäuerlichen Produzenten verfügen nach Bezahlung ihrer Steuern frei über die ihnen verbleibenden Überschüsse. Soweit nicht die Staatsindustrie diese Überschüsse gegen Industrieprodukte austauscht, verkaufen die Bauern den dann noch verbleibenden Rest auf dem Markt. In diesem Rahmen vollzieht sich eine Verteilung auf dem Wege des freien Handels, der allerdings vom proletarischdemokratischen Staat reguliert, kontrolliert wird, sodass die daraus sich entwickelnden kapitalistischen Tendenzen in für die Arbeiterklasse, für den Staat der proletarischen Demokratie tragbaren Grenzen gehalten werden. (In diesem Rahmen bleiben die Kleinhandelsgeschäfte bestehen. Alle andern Handelsbetriebe werden enteignet, die groß- und mittelkapitalistischen ohne Entschädigung, die kleinkapitalistischen und erst recht die nichtkapitalistischen bei voller Entschädigung der Eigentümer. Diese letztern werden außerdem im öffentlichen Verteilungsapparat an passenden Stellen untergebracht, nach Tunlichkeit auch die enteigneten kleinkapitalistischen Händler. Unter denselben Bedingungen und in derselben Art und Weise wie die Kenntnisse und Fähigkeiten der Industriekapitalisten werden auch die Kenntnisse und Fähigkeiten der Handelskapitalisten dem proletarischdemokratischen Aufbau nutzbar gemacht). Durch Entfallen der Staatsindustrie auf dem Boden der proletarischen Demokratie, womit Hand in Hand geht das wachsende Vertrauen, die wachsende Verflechtung der Arbeiterklasse und der Masse der bäuerlichen Produzenten, werden diese kapitalistischen Tendenzen immer mehr zurückgedrängt, die sozialistischen Tendenzen gewinnen einen immer größeren Vorsprung. Der freie Handel verschwindet praktisch immer mehr dadurch, dass die bäuerlichen Produzenten fortschreitend ihre Überschüsse durch ihnen nach Qualität und Preis passende Industrieprodukte immer mehr decken können und in der Tat decken.

[133]

F. Auf dem Gebiet des Finanzwesens

Die gesamte proletarischdemokratische Finanzpolitik dient dem Umbau, Aufbau der Wirtschaft in die Richtung zum Sozialismus: der Förderung der Staatsindustrie, des staatlichen Transportwesens, der staatlichen und der bäuerlichen Landwirtschaft, der Konsumgenossenschaften, der bäuerlichen Genossenschaften, der Unterstützung der Handwerksbetriebe, insbesondere durch Förderung ihres Übergangs zur genossenschaftlichen Großproduktion usw.

Alle Banken werden entschädigungslos enteignet und zu einer einheitlichen proletarischdemokratischen Staatsbank zusammengefasst mit einem dichten Metz von Filialen über das ganze Land. Eine möglichst stabile, einheitliche proletarischdemokratische Währung zu schaffen, aufrecht zu erhalten, ist eine Hauptaufgabe der Staatsbank. Nur auf dieser Grundlage vermögen die Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger wirksam immer wieder zu prüfen, zu erkennen, wie die staatliche Planwirtschaft wirklich verläuft und wie ihre eigene materielle Lage im Rahmen derselben tatsächlich ausschaut, sich gestaltet. Große Schwankungen der Währung, verschiedene Währungen nebeneinander geben schmarotzerisch-bürokratischen, schmarotzerisch-arbeiteraristokratischen und sogar ausbeuterischen Elementen die erwünschte Gelegenheit, große Teile des Staatseinkommens auf verschiedenen Wegen zum Nachteil der Massen an sich zu reißen und zugleich die Tatsache und den Umfang dieses fortgesetzten Riesendiebstahls vor den Massen zu verschleiern, sie fördern das Entstehen kapitalistischer Tendenzen, erleichtern die Herausbildung neuer kapitalistischer Elemente.

Die von dem gestürzten kapitalistischen System gemachten Auslandsschulden, vor allem soweit sie unproduktiven Zwecken wie Rüstungen usw. dienten, schüttelt der proletarischdemokratische Staat nach Möglichkeit ab, und zwar

möglichst entschädigungslos. Er entscheidet diese Zweckmäßigkeitfrage nach machtpolitischen Erwägungen und in diesem Rahmen nach der Notwendigkeit, den Wirtschaftsaufbau in die Richtung zum Sozialismus zu entwickeln.

Die vom gestürzten kapitalistischen System gemachten innern Anleihen werden, soweit sie sich in den Händen der inländischen Groß- und Mittelkapitalisten befinden, entschädigungslos gestrichen. Alle andern inländischen Staatsgläubiger, soweit sich ihr Anleihebesitz in maßvollen Grenzen hält, werden voll entschädigt; zum Zwecke der Neutralisierung auch die kleinkapitalistischen Staatsgläubiger.

Die proletarischdemokratische Budgetpolitik geht darauf aus, den gesamten öffentlichen Bedarf direkt aus dem Ertrag der gesellschaftlichen Produktion zu decken. Sie verwirklicht dies in demselben Maße, als der Staat der proletarischen Demokratie seine Wirtschaft immer mehr entfaltet, deren Reinertrag immer mehr steigert. Daraus folgt:

1. Der proletarischdemokratische Staat kann die Steuern durch eine mehr oder minder lange Übergangszeit nicht entbehren. Aber er schont auf das Äußerste die Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger. Die nichtausbeutenden Mittelbauern besteuert er maßvoll. Auch den Kleinkapitalisten kommt er entgegen. Stärker besteuert er alle andern ausbeuterischen Elemente, die Dorfbourgeoisie inbegriffen.

[134] 2. Das revolutionäre Proletariat ist prinzipiell gegen die indirekten Steuern, sowohl vor als auch nach der Machtaufrichtung. Wir kämpfen schon im Kapitalismus für die Abschaffung aller indirekten Steuern und deren Ersatz durch direkte Besteuerung der Kapitalisten mit revolutionär hohen Sätzen. Die Stalinbürokratie hat die indirekten Steuern – trotz wachsender Produktion – nicht nur nicht abgebaut, sondern ausgebaut! – sogar die Alkoholsteuer – sodass das Stalinsche Budget zum Großteil durch indirekte Steuern gedeckt wird. Der proletarischdemokratische Staat vermag die indirekten Steuern, die einen so großen Teil der Einnahmenseite des öffentlichen Budgets im Kapitalismus bilden, nicht mit einem Ruck abzuschaffen, sondern nur in planmäßiger Allmählichkeit.

Die proletarischdemokratische Budgetpolitik baut zuerst die indirekten Steuern allmählich immer mehr ab, ersetzt sie zunächst durch direkte Steuern und durch Anteile aus dem Reinertrag der gesellschaftlichen Produktion. Je mehr diese wächst, desto mehr beseitigt die proletarische Demokratie die indirekten, schließlich auch die direkten Steuern und deckt den ganzen öffentlichen Bedarf zuletzt unmittelbar aus dem gesamten Reinertrag der gesellschaftlichen Produktion.

Prinzipiell ist es nicht unzulässig, dass der Arbeiter- und Kleinbauernstaat, um seinen Wirtschaftsaufbau zu beschleunigen, um die proletarische Revolutionsarmee schneller aufzurüsten, um die Kosten des proletarischrevolutionären Bürgerkriegs, Kriegen leichter zu bestreiten, proletarischdemokratische Staatsanleihen ausgibt. Doch müssen seine innern Anleihen folgenden Bedingungen entsprechen:

a) Arbeitern, armen Bauern und Kleinbürgern, nichtausbeutenden Mittelbauern dürfen keine Zwangsanleihen auferlegt werden, weder formell noch faktisch. Bei den nichtausbeutenden Elementen dürfen tatsächlich nur freiwillige Staatsanleihen aufgenommen werden.

b) Eine Verzinsung der proletarischdemokratischen Staatsanleihen ist nicht unzulässig, doch müssen die Zinsen so mäßig sein, dass eine Kapitalbildung nicht erfolgen kann. Aus diesem Grunde müssen zweckentsprechende Vorkehrungen gegen die Übertragbarkeit getroffen werden, damit sich nicht in einzelnen Händen allzu große Anleihebeträge ansammeln können. –

In der proletarischdemokratischen Staatsbank zentralisiert sich die öffentliche Verrechnung und Buchhaltung, der Staatswirtschaft inbegriffen. Sobald im weitem Verlauf das Geld schließlich überflüssig wird, durch Anweisungen, zuletzt durch bloße Quittungen ersetzt wird, verwandelt sich die Staatsbank in die staatliche Verrechnungs- und Buchungsanstalt des da nun schon sozialistischdemokratischen Staates. Als solche bleibt sie weiterhin ein wichtiges Glied der weltgenossenschaftlichen Planwirtschaft in der Gesellschaft des vollendeten Kommunismus, nur streift sie in demselben Maße, als der Staat überhaupt verschwindet, ihren staatlichen Charakter ab und wird eine zentrale Hilfsorganisation für Verrechnungs- und Buchungszwecke, des kommunistischen Gemeinwesens, das gegenüber seinen Mitgliedern keine Gewalt mehr kennt, also kein Staat mehr ist.

[135]

G. Auf dem Gebiet der nationalen Beziehungen im Innern

Der Staat der proletarischen Demokratie muss in seinem Gebiet jede nationale Unterdrückung beseitigen. „Wir könnten nicht das Ruder ergreifen, noch dran bleiben, ohne die Sünden unsrer Vorgänger gegen andere Nationalitäten wieder gut zu machen“ (Engels: Politisches Vermächtnis, S.24, Brief vom 24.10.1891).

Nationaler Hass, nationales Misstrauen sind das Ergebnis jahrzehntelanger, jahrhundertelanger nationaler Unterdrückung. Die bloße Machtaufrichtung der proletarischen Demokratie an sich schafft diese Tatsache nicht aus der Welt, sondern es bedarf dazu überdies einer entsprechenden proletarischdemokratischen Nationalpolitik im Innern. „Die nationalen Antipathien werden so schnell nicht verschwinden; der Hass – und zwar ein durchaus berechtigter Hass – der unterdrückten Nationen gegen ihre Unterdrücker wird eine Zeitlang noch bestehen; er wird verschwinden erst nach dem Siege des Sozialismus und nach der endgültigen Herstellung vollkommen demokratischer Beziehungen zwischen den Nationen“ (Lenin: Ergebnisse der Diskussionen über das Selbstbestimmungsrecht, 1916, Gegen den Strom, S.410).

Die Arbeiterklasse anerkennt allen Nationen, Nationsteilen, die von der Bourgeoisie unterworfen, unterjocht, annektiert, dem kapitalistischen Staat gewaltsam eingegliedert, zwangsweise in dessen Grenzen festgehaltenen, das unbeschränkte Recht zu, sich unabhängig zu erklären und ihren selbständigen Staat aufzurichten. Daran hält die Arbeiterklasse fest auch nach ihrem revolutionären Siege. In dem von ihr aufgerichteten proletarischdemokratischen Staat anerkennt sie das Recht jeder bisher unterdrückten Nation (jedes bisher unterdrückten Nationsteils), sich vom proletarischdemokratischen Staat loszulösen und ihren eigenen Staat zu bilden.

Keineswegs will das Proletariat damit nationalen Separatismus, Kleinstaaterei fördern. Gerade durch diese Einstellung überwindet es vielmehr die Grundursache der nationalen Abneigung, des nationalen Misstrauens: Indem jede Nation, jeder Nationsteil das Recht bekommt und behält, sich vom proletarischdemokratischen Staat zu trennen und einen selbständigen Staat schaffen zu können, ist die Zugehörigkeit zum Staat der proletarischen Demokratie in die aus freiem Willen entspringende Überzeugung verankert, dass dieser Zusammenschluss zum einheitlichen Arbeiter- und Kleinbauernstaat den wirtschaftlichen, politischen, nationalkulturellen Interessen dieser Nationen, Nationsteile tatsächlich entspricht. Indem der Staat tatsächlich eine freie Vereinigung ist von Nationen, Nationsteilen, der Staat der proletarischen Demokratie aufs tiefste in den unterdrückten Nationen, Nationsteilen verwurzelt und besonders gefestigt. Der proletarischdemokratische Staat, zunächst organisiert in Form einer Föderation, verwächst, verschmilzt durch das wachsende Vertrauen aller ihm angeschlossenen Nationen, Nationsteile allmählich immer mehr zu einem proletarischdemokratischen Einheitsstaat.

Dieser Grundeinstellung muss auch die nationalpolitische Praxis des Staates der proletarischen Demokratie entsprechen. Die wirtschaftlichen und militärischen Interessen erheischen den freiwilligen Zusammenschluss, insbesondere der kleinen, schwachen Völker, zu einem straff zusammengeschlossenen, möglichst starken proleta- [136] rischdemokratischen Staat. Die zentralisierte proletarischrevolutionäre Armee wird sich gegen die übermächtige Weltbourgeoisie besser behaupten können, als wenn die selbständigen revolutionären Armeen zweier oder mehrerer unabhängiger Staaten der proletarischen Demokratie zusammenwirken würden. Je größer das Wirtschaftsgebiet desto bedeutender die Erfolge der zentralisierten, einheitlich geführten Wirtschaft. Die Planwirtschaft vollends setzt ein einheitliches geschlossenes Wirtschaftsgebiet als Grundbedingung voraus. Die proletarische Klassenpartei steht auf dem Boden des nationalen Selbstbestimmungsrechtes auch der zum proletarischdemokratischen Staat zusammengeschlossenen Völker, Volksteile. Doch auf diesem Boden berät sie alle diese Völker, Volksteile, im wohlverstandenen eigenen Interesse das starke Band des zentralisierten proletarischdemokratischen Staates aufrecht zu erhalten, zu wahren, auszubauen, zu festigen und alle wie immer gearteten kleinbürgerlich, bürgerlichnationalen Zersplitterungstendenzen abzulehnen, zu bekämpfen.

Besonders gegenüber lang geknechteten Völkern, Volksteilen, insbesondere zurückgebliebenen, bedarf es großer Vorsicht, große Aufmerksamkeit gegenüber ihren an sich überlebten nationalen Gefühlen, Vorurteilen, denen gegenüber man zu Zugeständnissen verpflichtet ist, um sie desto leichter überwinden zu können (siehe die zwölfte These in den Leitsätzen über die nationale und koloniale Frage, II. Weltkongress der KI, 1920).

So führte Lenin in seinem Schlusswort zum Programm auf dem VIII. Parteitag der KPR, März 1919, unter anderem aus: „Mir scheint, dass dieses Beispiel Finnlands sowie das Beispiel der Baschkiren-Republik zeigt, dass man in der nationalen Frage sich nicht um jeden Preis von der wirtschaftlichen Einheit leiten lassen darf. Natürlich ist diese Einheit notwendig! Aber wir müssen diese Einheit durch Aufklärung, durch Agitation, durch ein freiwilliges Bündnis erreichen. Die Baschkiren hegen Misstrauen gegen die Großrussen, weil die Großrussen kulturell höher stehen und ihre Kultur dazu ausnützen, die Baschkiren auszurauben. Deshalb bedeutet in diesen abgelegenen Gegenden das Wort Großrusse für den Baschkiren so viel wie „Unterdrücker“ oder „Betrüger“. Das muss man berücksichtigen. Dagegen muss man den Kampf führen. Und das ist ein langwieriger Weg. Das kann man durch keinerlei Dekret beseitigen. In dieser Einsicht muss man sehr vorsichtig sein“ (Lenin: Die nationale Frage, 2. Teil, 1931, S.63).

Noch deutlicher schrieb darüber Lenin in seiner Schrift „Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats“ (Dezember 1919, S.21): Wir sind „verpflichtet, grade in der Nationalitätenfrage, als einer verhältnismäßigen unwichtigen (für die Internationalisten ist die Frage der Staatsgrenzen von minderwertiger, falls überhaupt von irgendwelcher Bedeutung) auf Kompromisse einzugehen. Viel wichtiger sind andre Fragen; wichtig sind die grundlegenden Interessen der proletarischen Diktatur; wichtig sind die Interessen der Einheit und Disziplin in der gegen Denikin kämpfenden Roten Armee; wichtig ist die führende Rolle des Proletariats in Bezug auf den Bauernstand. Bedeutend weniger wichtig ist die Frage, ob die Ukraine einen selbständigen Staat bilden soll oder nicht. Uns darf nicht einmal wundern – oder gar erschrecken – wenn die Arbeiter und Bauern der Ukraine verschiedene Systeme erproben und im Laufe von, sagen wir, einigen Jahren in der Praxis die Verschmelzung mit der sozialistisch-föderativen Sowjetrepublik Russlands, die Absonderung von der letztern in eine selbständige ukrainische sozialistische Sowjetrepublik, verschiedene Formen des mehr oder minder engen Bündnisses der beiden usw. erproben werden. Dieses Problem im Voraus, ein für alle Mal, „endgültig“ und „unwiderruflich“ lösen zu wollen, hieße Beschränktheit und einfach Stumpfsinn an den Tag zu legen; denn die Unschlüssigkeit der nichtproletarischen werktätigen Massen in einer solcher Frage ist durchaus natürlich und unvermeidlich, [137] jedoch dem Proletariat nicht im geringsten gefährlich. Ein Vertreter des Proletariats, der es wahrhaft versteht, Internationalist zu sein, muss solche Unschlüssigkeit mit der größten Vorsicht und Duldsamkeit behandeln, muss es den nichtproletarischen werktätigen Massen selbst

überlassen, durch eigene Erfahrung ihre Schwankungen zu überwinden. Unduldsam und erbarmungslos aber, unversöhnlich und unerbittlich müssen wir in andern, bedeutsamern Fragen sein, auf die ich zum Teil bereits hingewiesen habe.“

Wir sind für das volle Recht auf Trennung, wenn die Nationen, die Nationsteile, die unterdrückt sind, sich unterdrückt fühlen, die staatliche Trennung selbst wollen. Wir anerkennen ihr Recht, darüber selbst zu entscheiden. Im kapitalistischen Staat, durch freie, allgemeine, gleiche, direkte und geheime Abstimmung der Gesamtbevölkerung des betreffenden Gebietes. Nach Aufrichtung der proletarischdemokratischen Staatsmacht entscheiden darüber selbstverständlich die Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger des betreffenden Gebietes, das heißt ihr Arbeiter- und Kleinbauernrat (in Kolonialländern, solange der Klassengegensatz in den Dörfern noch nicht zutage getreten, die Arbeiter, revolutionären Bauern und Kleinbürger, also ihr Arbeiter- und Bauernrat).

Ganz anders als auf dem Gebiete der Wirtschaft, des Heerwesens steht es auf dem Gebiet der nationalen Kultur. Jene erheischt (auf der Basis der freien Erkenntnis aller, dass dies ihren eigenen Interessen entspricht) eine zentralisierte Organisation, Verwaltung, Führung – diese fordert die unbehinderte Möglichkeit, die Angelegenheiten der nationalen Kultur selbst zu verwalten, frei zu führen. Grundlegend müssen die Verwaltungsgebiete den wirtschaftlichen Gesichtspunkten entsprechen. Auf dieser Grundlage aber können und sollen die Verwaltungsgebiete so umrissen werden, dass sie die breiteste Autonomie, das Selbstverwalten der national-kulturellen Angelegenheiten ermöglichen.

Das ist notwendig nicht nur vom Standpunkt der innern Nationalpolitik, sondern ebenso sehr vom Standpunkt der allgemeinen Aufgaben des proletarischdemokratischen Staates. Um den Sozialismus, Kommunismus tatsächlich zu verwirklichen, muss die Millionenmasse der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger auch kulturell gewaltig gehoben und immer höher gehoben werden. Was unter andern eine Grundbedingung dafür ist, um die Produktivkräfte auf jene gigantische Höhe zu bringen, die überhaupt erst den Sozialismus, Kommunismus wahrhaft ermöglichen. Am besten und schnellsten vollzieht sich der kulturelle Aufstieg auf dem Wege über die eigene Sprache eines jeden Volkes, Volksteils. Die Erziehung muss daher in der Nationalsprache jeder Nation, jedes Nationsteils erfolgen. Überhaupt darf der proletarischdemokratische Staat in Bezug auf die Sprache nicht kleinlich sein, sondern muss darin jedem Volk, jedem Volksteil auf das äußerste entgegenkommen. Auch wenn deshalb manche Schwierigkeiten, Kosten, ja manche Reibungen entstehen. Das ist bis zu einem gewissen Grad nicht zu vermeiden. Gerade dadurch wird das Vertrauen, der Kontakt unter allen Gliedern des proletarischdemokratischen Staates wesentlich gefördert. Indem sich dieser Kontakt mit den wachsenden Bedürfnissen der Wirtschaft, des Verkehrs usw. immer mehr verdichtet, wächst allseitig immer mehr das Bedürfnis nach einem gemeinsamen sprachlichen Verkehrsmittel, die Einsicht für diese Notwendigkeit, die allseitige Bereitwilligkeit, die dazu tatsächlich geeignetste Sprache zu erlernen, sie zu gebrauchen. Gerade auf diesem sehr langen „Umweg“ vollzieht sich das nationale Verschmelzen in Wirklichkeit am schnellsten und am billigsten, in einem freiwilligen, schmerzlosen, allmählichen Umwandlungs-, Wachstumsprozess.

Der proletarischdemokratische Staat gibt volle Freiheit, Autonomie, Selbstverwaltung in den nationalkulturellen Bedürfnissen, Angelegenheiten, doch selbstverständlich [138] sorgt er konsequent für die klassenmäßig streng proletarische Richtung, Gestaltung aller in seinem Staatsbereich lebenden, sich entfaltenden nationalen Kultur. Er sichert und fördert zum Beispiel den Unterricht, die Erziehung der Angehörigen eines jeden Volkes, Volksteils in dessen eigener Sprache, er sorgt dafür, dass dies kein kapitalistischer, sondern ein klassenmäßig streng proletarischer Unterricht, eine proletarischrevolutionäre Erziehung ist.

Der proletarischdemokratische Staat bekämpft systematisch auf allen Gebieten jeden nationalen Hass, jeden Chauvinismus, alle Rassenvorurteile, und zwar nicht nur in Bezug auf die ihm zugehörigen Nationen, Nationsteile, Rassen (er bekämpft also auch den russischen Chauvinismus), sondern in Bezug auf alle Nationen, Völker, Rassen der Erde überhaupt. Er bekämpft konsequent die deutschen, englischen, amerikanischen usw. Kapitalisten, Imperialisten, Chauvinisten usw., aber er bekämpft nie und nimmer die „Deutschen“, die „Engländer“, die „Amerikaner“, weder mit seiner Armee noch in seinem Radio noch in seiner Presse noch in seiner Schule usw. – anders ausgedrückt: Er macht das Gegenteil von dem, was die LP, SP, StP, AFL, CIO, UMW usw. tun, die alle nationale Verhetzung betreiben (während des zweiten imperialistischen Weltkriegs: insbesondere gegen die deutschen und auch gegen die japanischen Arbeiter), die Stalinpartei im Dienste des russischen Chauvinismus, die andern im Dienste ihrer Bourgeoisie, ihres Imperialismus, alle zusammen zu Nutz und Frommen des Weltkapitals.

Die proletarischdemokratische unterscheidet sich also durchweg von der innern Nationalpolitik der Stalinbürokratie. Als Lenin am 1.10.1917 gegen das „durch pomphafte Phrasen verhüllte Streben, die zaristische Politik in der Republik fortzusetzen“, schrieb (Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?, S.20/21), ahnte er nicht, dass dieses Streben in Gestalt der Stalinschen Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion Tatsache würde. Im Jahre 1919 sagte er: „Wenn man manche Kommunisten kratzt, dann kommt ein großrussischer Chauvinist zum Vorschein“ (im Schlusswort zum Programm auf dem VIII. Parteitag der KPR; in Lenin: Die nationale Frage, 2. Teil. 1931, S.63). – damals ahnte er nicht, dass unter der Stalinbürokratie der großrussische Chauvinismus den Marxismus-Leninismus verdrängen würde.

„Das Selbstbestimmungsrecht, das heißt das Recht auf Lostrennung, wurde von Lenin ebenfalls auf Polen und die Ukraine ausgedehnt. Er anerkannte keine aristokratischen Nationen an. Jeden geringsten Versuch, das Problem einer unterdrückten Nationalität zu umgehen oder hintanzustellen, betrachtete er als einen Ausdruck des großrussischen

Chauvinismus“ (Trotzki: Das ukrainische Problem, 22.4.1939, „Unser Wort“, Juni-Juli 1939). Doch eben diesen großrussischen Chauvinismus, der die Probleme der unterdrückten Nationalitäten umgeht oder hintanstellt, ja ebenso missachtet, mit Füßen tritt wie die imperialistischen Räuber, eben diesen großrussischen Chauvinismus betätigt die Stalinbürokratie als ausnahmslose Regel. „Es handelt sich“ (in Stalinrussland; d.Verf.) ... nicht um die Unterwerfung einer Nationalität durch die andere im eigentlichen Sinn des Wortes, sondern um die Unterjochung der kulturellen Entwicklung aller Nationen, angefangen mit der großrussischen durch den zentralisierten Polizeiapparat ... Da nun aber die Residenz der Macht der Kreml ist und die Peripherie sich nach dem Zentrum richten muss, bekommt die Bürokratie unvermeidlich einen großmachtähnlichen russifizierenden Anstrich: Den andern Nationalitäten überlässt sie nur ein unbestrittenes Recht: dem Schiedsrichter in ihrer Sprache lobzusingen ...“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.172/173).

[139]

H. Auf dem Gebiet der Religion

Die Religion ist die Weltauffassung der Menschen durch die Jahrhunderttausende ihrer Kindheitsstufe, in der sie ohnmächtig den Gewalten der Natur gegenüberstehen und dann immer mehr dem ihnen undurchsichtigen, scheinbar übermächtigen Walten der Gesellschaft. Der proletarische Sozialismus, der Kommunismus, ist keine Religion, ist auch keine Philosophie, sondern ruht auf dem Fundament des dialektischen Materialismus. Dieser überwindet sowohl die religiöse Auffassung von Welt und Gesellschaft der menschlichen Kindeszeit als auch die philosophische Auffassung von Welt und Gesellschaft der menschlichen Jünglingszeit, durch die Weltauffassung des sich seiner Stellung, seiner Rolle in der Gesamtwelt, in der Gesamtgesellschaft schließlich voll bewussten Menschen.

Die dialektisch-materialistische Weltauffassung konnte erst herausgearbeitet werden, als die Entwicklung der Produktivkräfte eine solche Höhe erreicht hatte, dass es zum ersten Mal in der ganzen Geschichte der Menschheit möglich wurde, die Ohnmacht gegenüber Natur und Gesellschaft für alle Menschen zu überwinden, Natur und Gesellschaft im Interesse der menschlichen Gemeinschaft und, im Rahmen derselben, im Interesse jedes einzelnen Menschen zu kontrollieren und immer besser zu kontrollieren, die Menschheit tatsächlich zur Herrin ihrer eigenen Geschicke zu machen – versteht sich im Rahmen immer der durch die Allnatur gegebenen Notwendigkeiten.

Erst im vollendeten Kommunismus wird der dialektische Materialismus die bewusste Weltauffassung aller Menschen, weil erst dann jene Ohnmacht gegenüber Natur und Gesellschaft für alle Menschen tatsächlich überwunden sein wird, weil erst dann die menschliche Gesellschaft die Kräfte der Natur und der Gesellschaft im Interesse des gesellschaftlichen Ganzen wie aller seiner Teile ohne Unterschied planmäßig meistern, immer besser meistern wird, weil erst dann wirklich alle Menschen das Bewusstsein der Stellung, Rolle des Menschen in Natur und Gesellschaft voll, klar, tief, fest in sich aufgenommen haben werden, weil erst dann jeder Mensch ohne Ausnahme seinen Daseinskampf austrägt mit klarem Selbstbewusstsein, mit festem Selbstvertrauen, verankert in der stets lebendigen brüderlichen Gemeinschaft aller Menschen. Erst im vollendeten Kommunismus werden Religion und Philosophie voll überwunden sein im Bewusstsein aller Menschen. In demselben Maße, als sich die Menschheit diesem Stadium nähert, in demselben Maße als sie die Kontrolle der Gesellschaft und, darauf gegründet, die gesellschaftliche Kontrolle der Natur immer bewusster, immer planvoller organisiert, in demselben Maße stirbt die Religion in den Massen ab.

Unter der Wirtschaft und Herrschaft der Kapitalistenklasse kümmern die Hundertmillionenmassen der Arbeiter, armen Bauern, Kleinbürger und der kolonialen Volksmassen unter den kärglichsten Bedingungen dahin; stete Sorge um das nackte Dasein und das bisschen Nahrung, Wohnung, Kleidung, Heizung, Lohn drückt sie nieder, stete Furcht vor Arbeitslosigkeit, Prostitution, Krieg usw. hält sie in Bann; völlig unwissend stehen sie den Zusammenhängen in Natur und vor allem in der Gesellschaft gegenüber, die ihnen als scheinbar übermächtige Gewalt gegenübertritt, sie niedertritt und oft zertritt. Solange die Massen keinen Ausweg hier auf Erden sehen, suchen sie unvermeidlich Hilfe wenigstens im Nebelreich der Phantasie, im Phantasie Reich der Religion.

Die blindwaltenden Kräfte der kapitalistischen Wirtschaft, Gesellschaft, mit all den [140] schrecklichen Leiden, die sie über die Massen verhängen, sie bilden die elementar treibende soziale Wurzel, die Hauptwurzel der modernen Religion. Ihrerseits benützt die Bourgeoisie die Religion bewusst als eine Hauptwaffe, um die Massen mit diesem Opium zu betäuben, um sie geistig auf der menschlichen Kindheitsstufe niederzuhalten, vor allem um sie vom Kampf für die eigenen Grundinteressen auf Erden ins Reich der Phantasie abzulenken, ins Himmelreich, ins Reich der Traume oder Gebete, der Fügsamkeit in das eigene irdische Sklavenschicksal, der Unterwürfigkeit, Knechtseligkeit, der Ohnmacht, des Entsagens, der revolutionären Passivität. Zu gleicher Zeit, da die Bourgeoisie mittels des imperialistischen Krieges Millionen abschlachtet, drei Mal so viel verkrüppelt, hundert Mal so viel wirtschaftlich zugrunde richtet, vertröstet sie die Geschädigten auf den Himmel – und streicht vergnügt die Milliardenprofite ein, schmunzelnd den nächsten imperialistischen Raubkrieg vorbereitend.

Um die Religion in den Massen zu überwinden, genügt die bloße Aufklärung, der bloße Kampf gegen ihre Unwissenheit keineswegs. Gerade darauf beschränkt sich der bürgerliche Antiklerikalismus, die kleinbürgerliche Freidenkerei der Sozialdemokratie usw., die Stalinsche Gottlosenbewegung, die anarchistische Bekämpfung der Religion, während sie die wirklichen Wurzeln der Religion nicht nur nicht antasten, sondern sogar festigen. Der Kampf muss vielmehr vor allem gegen die sozialen Wurzeln der Religion gerichtet werden, gegen das kapitalistische Verelenden der Massen,

gegen die kapitalistische Herrschaft, Wirtschaft, gegen das Eigentum der Kapitalistenklasse an den entscheidenden Produktionsmitteln, gegen den kapitalistischen Staat, für die internationale proletarische Revolution, für den proletarischdemokratischen Staat, für den Weltsozialismus, Weltkommunismus, und zwar so, dass der vorbereitende Kampf für diese Hauptziele stets verknüpft wird mit dem unmittelbaren Kampf für die tagtäglichen Bedürfnisse der Massen. Indem wir die Massen für diesen Kampf gewinnen, in diesen Kampf immer mehr hineinziehen, nur auf dieser Grundlage befreien wir die Massen allmählich vom Spuk der Religion, indem wir auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen in diesem Kampf ihr Bewusstsein fortschreitend klären, festigen. Der Hauptkampf ist nicht zu führen gegen die Unwissenheit der Massen, sondern gegen die sozialen Wurzeln der Religion, gegen das Elend und die Lebensunsicherheit der Massen, gegen die Grundursachen ihrer Not, und auf dieser Grundlage gegen die mangelnde Bildung, Schulung, Erkenntnis der Massen. Und der Hauptkampf darf nicht geführt werden gegen die Religion, wie die Anarchisten es wollen, sondern er muss werden gegen die Fundamente des Kapitalismus, gegen das kapitalistische Eigentum, gegen den kapitalistischen Staat, für die dringendsten Tagesbedürfnisse der Massen, ausgerichtet stets auf das Kollektiveigentum der Arbeiterklasse an den entscheidenden Produktionsmitteln im Bündnis mit den armen Bauern und Kleinbürgern, auf den proletarischdemokratischen Staat, auf die Weltrevolution, auf den Weltkommunismus – nur auf Grundlage dieses Hauptkampfes und im steten Zusammenhang mit ihm wird der Kampf gegen die Religion, für den dialektischen Materialismus praktisch in den Massen wirksam,

„Der einzige Dienst, den man Gott heutzutage noch tun kann, ist der, den Atheismus zum zwangsmäßigen Glaubensartikel zu erklären“ (Engels: Das Programm der blanquistischen Kommune-Flüchtlinge; 1874, in Engels: Internationales aus dem Volksstaat, 1894, S.44). „Engels beschuldigt die Blanquisten der Unfähigkeit einzusehen, dass nur der Kampf der Arbeitermassen, der die breitesten Schichten des Proletariats in eine bewusste und revolutionär öffentlich politische Praxis hineinzieht, imstande ist, in der Tat die unterdrückten Massen vom Joch der Religion zu befreien, während die Kriegserklärung an die Religion, als politische Hauptaufgabe, eine anarchistische Phrase ist“ (Lenin: Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion, 1909, Sammelband 1925, S.276).

[141] Es wäre unsinnig zu glauben, dass man in einer Gesellschaft, die auf schrankenloser Unterdrückung und Verrohung der Massen aufgebaut ist, rein propagandistisch die religiösen Vorurteile zerstreuen könne. Es wäre bürgerliche Beschränktheit zu vergessen, dass der auf der Menschheit lastende Druck der Religion nur das Produkt und die Widerspiegelung des ökonomischen Drucks innerhalb der Gesellschaft ist. Durch keine Broschüren, durch keine Propaganda kann man das Proletariat aufklären, wenn es nicht durch seinen eigenen Kampf gegen die finstern Gewalten des Kapitalismus aufgeklärt wird. Die Einheitlichkeit dieses wirklichen revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für die Schaffung eines Paradieses auf Erden ist uns wichtiger als die Einheitlichkeit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel. Das ist der Grund, warum wir in unserem Programm nichts über unsern Atheismus verlautbaren und nicht verlautbaren dürfen. Das ist der Grund, warum wir den Proletariern, die noch diese oder jene Überbleibsel der alten Vorurteile bewahrt haben, die Annäherung an unsere Partei nicht verbieten und nicht verbieten dürfen. Die wissenschaftliche Weltanschauung werden wir immer propagieren ... Das bedeutet aber keineswegs, dass man die religiöse Frage an die erste Stelle, die ihr durchaus nicht zukommt, rücken muss“ (Lenin: Sozialismus und Religion, 1905, in Lenin: Über Religion, 1931, S.17).

„Beim Kampf gegen die religiösen Vorurteile muss man außerordentlich behutsam vorgehen; und Leute, die in diesem Kampf Verletzung der religiösen Gefühle hineinragen, stiften großen Schaden (genau das tat die Stalinsche Gottlosenbewegung; d.Verf.). Wir müssen den Kampf durch Propaganda, durch Aufklärung führen. Wenn wir in den Kampf Schärfe hineinragen, können wir die Massen erbittern; ein so geführter Kampf bestärkt die Scheidung der Massen nach religiösen Gesichtspunkten, unsere Kraft aber liegt in der Einigkeit. Die tiefste Wurzel der religiösen Vorurteile ist das Elend und die Unwissenheit; und das ist das Übel, das wir bekämpfen müssen“ (Lenin in seiner Rede auf dem I. Allrussischen Arbeiterinnenkongress, 1918, in Lenin: Über die Frauenfrage, S.14).

Die Partei ist die Organisation der Klassenbewussten zum Führen, Lenken, Leiten des Kampfes der ihrer Klasseninteressen noch nicht bewussten Masse. Die dialektisch-materialistische Erkenntnis der Stellung, der Rolle der Menschen in der Natur, in der Gesellschaft, vor allem in der kapitalistischen Gesellschaft, bildet die Grundlage, auf der allein sich das klare, feste proletarische Klassenbewusstsein aufbaut. Die Erkenntnis der proletarischen Klasseninteressen, das bewusste politische Handeln darnach setzt also die Klarheit voraus über die Religion. In Bezug auf die proletarische Partei ist die Religion daher ganz und gar nicht Privatsache. Wer für die Religion, für religiöse Auffassungen aktiv eintritt, auftritt, kann nicht Mitglied sein der Klassenpartei des Proletariats.

„In Bezug auf die Partei des sozialistischen Proletariats ist die Religion keine Privatsache. Unser Bund ist ein Bund der klassenbewussten vorgeschrittenen Kämpfer um die Befreiung der Arbeiterklasse. Ein solcher Bund darf und kann sich gegenüber dem Fehlen des Klassenbewusstseins, gegenüber der Unwissenheit und dem Irrsinn des religiösen Glaubens nicht gleichgültig verhalten ... Wir haben unsern Bund, die sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands, unter anderem gerade für einen solchen Kampf gegen jede religiöse Verdummung der Arbeiter gegründet. Für uns ist der geistige Kampf keine Privatsache, sondern eine Angelegenheit der ganzen Partei, des gesamten Proletariats“ (Lenin: Sozialismus und Religion, 1905, in Lenin: Über Religion, 1931, S.16).

[142] „Wir müssen alle Arbeiter, die den Glauben an Gott bewahren, zur Sozialdemokratischen Partei nicht nur zulassen, sondern mit aller Energie heranziehen; wir sind unbedingt dagegen, dass sie in ihren religiösen Überzeugungen auch nur im geringsten gekränkt werden, aber wir ziehen sie heran, um sie im Geiste unsres Programms zu erziehen

und nicht damit sie dieses Programm aktiv bekämpfen. Wir lassen innerhalb der Partei Meinungsfreiheit gelten, doch in gewissen Grenzen ... „Wir sind nicht verpflichtet, Hand in Hand mit Leuten zusammenzugehen, die Ansichten propagieren, die von der Mehrheit abgelehnt werden“ ... „Die Partei des Proletariats fordert vom Staat, die Erklärung der Religion zur Privatsache, betrachtet jedoch keineswegs den Kampf gegen das Opium des Volkes, den Kampf gegen den religiösen Aberglauben als „Privatsache““ (Lenin: Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion, 1909, Sammelband, 1925, S.407,408). Daraus, dass die Wurzeln der Religion in den modernen kapitalistischen Ländern hauptsächlich sozialer Natur sind, folgt keineswegs, dass Aufklärungsbroschüren gegen die Religion schädlich und überflüssig sind. „Daraus folgt etwas ganz anderes. Daraus folgt, dass die atheistische Propaganda der Sozialdemokratie ihrer Grundaufgabe untergeordnet sein muss: der Entfaltung des Klassenkampfes der ausgebeuteten Massen gegen die Ausbeuter“ ... „Der Anarchist, der den Krieg gegen Gott um jeden Preis predigt, würde in Wirklichkeit den Pfaffen und der Bourgeoisie helfen (wie die Anarchisten in Wirklichkeit stets der Bourgeoisie helfen)“ (Lenin: ebenda, S.403,405).

In seiner Einleitung zur dritten Auflage der Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ (1891) hob Engels hervor, dass die Religion bloße Privatsache ist dem Staat gegenüber“. Engels unterstrich die Worte „dem Staat gegenüber“ mit Absicht und traf den deutschen Opportunismus an seiner verwundbarsten Stelle, der die Religion zur Privatsache der Partei gegenüber erklärte und somit die Partei des revolutionären Proletariats auf das Niveau eines banalen „freidenkerischen“ Spießertums hinabdrückte, das bereit ist, die Konfessionslosigkeit zu dulden, aber auf den Kampf der Partei gegen das verdummende religiöse Opium verzichtet“ (Lenin: Staat und Revolution, 2.A., 1918, S.49).

„Die Kommunistische Partei kann sich auf keinen Fall gleichgültig gegenüber der Tatsache verhalten, dass einzelne ihrer Mitglieder, und sei es auch als „Privatperson“ sich religiöser Propaganda widmet. Die Kommunistische Partei stellt einen aus freiem Willen beschlossenen Bund bewusster, fortschrittlicher Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse dar. Die kommunistische Avantgarde der Arbeiterklasse kann und darf sich zur Unaufgeklärtheit, Unbildung und zum religiösen Obskurantismus nicht gleichgültig verhalten. Die Kommunistische Partei hat die Pflicht, ihre Mitglieder zu erziehen nicht nur im Sinn der hingebungsvollen Befolgung eines bestimmten Programms ökonomischer Forderungen und der Statuten der Partei, sondern ihnen auch die scharf umschriebene, einheitliche Weltauffassung des Marxismus (das ist des dialektischen Materialismus; d.Verf.) einzuimpfen, von dem der Atheismus einen wesentlichen Bestandteil bildet. Es versteht sich von selbst, dass die antireligiöse Propaganda besonders vorsichtig und in überlegter Weise, mit Rücksicht auf die Schichten, unter die sie getragen wird, betrieben werden muss. Die antireligiöse Propaganda der Kommunisten muss, insbesondere unter der Jugend, nach einem gründlich durchdachten Programm und unter Berücksichtigung aller besondern Umstände geführt werden.

„In einer kommunistischen Massenpartei befinden sich zuweilen Mitglieder, die sich religiöser Stimmungen und Vorurteile noch nicht entledigt haben. Die Partei als Ganzes dagegen, insbesondere ihre führende Schichte, müssen die religiösen Vorurteile bekämpfen und in zweckentsprechender Weise den Atheismus propagieren. Eine aktive [143] Religionspropaganda seitens führender Genossen, besonders der Intellektuellen unter ihnen, mag sie auch noch so moderne Formen annehmen, ist absolut unzulässig.

„Die Kommunisten sind dafür, dass man alle Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre religiösen Anschauungen in die Reihen der Klassencharakter tragenden Gewerkschaften einbezieht. Eingedenk dessen, dass es in verschiedenen Ländern noch Millionen Arbeiter gibt, die in dieser oder jener Weise religiös gesinnt sind, müssen die Kommunisten sie in den allgemeinen ökonomischen und politischen Kampf hineinziehen und sie unter keinen Umständen wegen ihrer religiösen Vorurteile etwa zurückweisen. Im Besondern haben die Kommunisten bei der Agitation für eine Arbeiterregierung oder eine Arbeiter- und Bauernregierung immer wieder zu betonen, dass sie damit allen Arbeitern, ohne Rücksicht darauf, ob sie religiös gesinnt oder Atheisten sind, ein brüderliches Bündnis vorschlagen“ (Sinowjew in seinem Referat zum Bericht des Präsidiums der Exekutive der KI, Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der KI, Juni 1923, S.290/291).

Ganz anders gegenüber dem Staat. „Wir fordern, dass die Religion Privatsache sei dem Staat gegenüber, können aber keinesfalls die Religion in Bezug auf unsre Partei als Privatsache betrachten. Der Staat soll mit der Religion nichts zu tun haben, die Religionsgemeinschaften dürfen mit der Staatsmacht nicht verknüpft sein. Jedem muss es vollkommen frei stehen, sich zu jeder beliebigen Religion frei zu bekennen oder auch keine Religion anzuerkennen, das heißt Atheist zu sein, was ja in der Regel jeder Sozialist auch ist. Irgendwelche durch das religiöse Bekenntnis bestimmte Unterschiede in den Rechten der Staatsbürger sind völlig unzulässig. Selbst die Erwähnung der Konfessionszugehörigkeit der Staatsbürger in offiziellen Dokumenten muss unbedingt ausgemerzt werden. Keine Zuwendungen von Staatsmitteln an Kirche und religiöse Gemeinschaften, die vielmehr völlig freie, von den Behörden unabhängige Vereinigungen gleichgesinnter Bürger sein müssen ... Völlige Trennung der Kirche vom Staat – das ist eine Forderung, die das sozialistische Proletariat an den heutigen Staat und die heutige Kirche stellt“ (Lenin: Sozialismus und Religion, 1905, in: Lenin: Über Religion, 1931, S.13/14). Darin ist inbegriffen die Forderung: Die Schule muss getrennt sein von der Kirche, von religiösen Organisationen.

Das ist unsere Einstellung vor und auch nach der Aufrichtung der proletarischdemokratischen Staatsmacht.

Der Staat der proletarischen Demokratie behandelt die Religion als Privatsache, Kirche, Religionsgemeinschaften überhaupt werden aus öffentlichen Mitteln nicht unterstützt. Sie haben keinen Einfluss auf die Schule. Religionsunterricht wird in den Schulen nicht erteilt. Doch genießen Kirche, Religionsgemeinschaften denselben Schutz wie alle

andern staatlich erlaubten Privatorganisationen. Religiöse Propaganda ist erlaubt, verboten jedoch der Missbrauch von Religion, Kirche, Religionsgemeinschaft, ihrer religiösen Tätigkeit zu gegenrevolutionären Zwecken. Andererseits ist auch die atheistische Propaganda gestattet.

Der Klassenpartei der Arbeiter ist auch nach Aufrichtung der Staatsmacht der proletarischen Demokratie die Religion nie und nimmer Privatsache. Sie führt, den Kampf gegen die religiösen Vorurteile in zweckentsprechender Weise konsequent weiter. Grundlegend dabei ist und bleibt ihr Kampf für das Steigern des materiellen und kulturellen Niveaus der Massen der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger, eingebettet in den Kampf gegen die Weltbourgeoisie, für die internationale proletarische Revolution.

Dor Stalinsche „Kampf gegen die Religion“ durchlief folgende Etappen:

[144] Zuerst betrieb die Stalinbürokratie durch Jahre die „Gottlosenbewegung“ Es war Scheinradikalismus der ärgsten Sorte. Äußerlich ging sie höchst radikal gegen Religion, Kirche vor, wobei sie noch dazu auch in der Form auf die religiösen Stimmungen, Gefühle der Massen gar keine Rücksicht nahm. Gleichzeitig aber ließ sie die sozialen Wurzeln der Religion in den Massen nicht nur unberührt, sondern trieb ihnen neue Kraft zu. Sie drückte das soziale Niveau der Massen, der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger immer tiefer im Vergleich zur Stalinschen Bürokratie, Arbeiteraristokratie, im Vergleich zu den in der Stalinbürokratie und um sie herum sich herausbildenden Elementen der neuen russischen Bourgeoisie. Zugleich nahm sie den russischen Massen die Perspektive der Weltrevolution und ersetzte sie durch die Sackgasse des „Sozialismus in einem Land“. Indem sie den Massen keinen Ausweg wies, die gesellschaftliche Lage der breiten Massen im Vergleich zu den Stalinschen Emporkömmlingen, zu den aufsteigenden neuen Bourgeoisieelementen immer tiefer senkte, indem sie die Macht am sich riss, die Massen völlig entrechtete, in Ohnmacht zurückwarf, stieß sie die Massen wieder auf die Bahn zurück der Religiosität. Als sie diesen reaktionären Prozess weit genug getrieben, sodass Religion, Pfaffen, Kirche wieder in größerem und zunehmendem Umfang Boden unter den Massen gefunden hatten, begann sie sich „realistisch“ nun auch auf Kirche, Pfaffen, Religion zu stützen, um trotz des sich für die Massen der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger, für den proletarischen Staat immer mehr auswirkenden Bankrotts der Stalinpolitik die Macht der Stalinbürokratie dennoch weiter zu behaupten, gegen die Massen, gegen die Revolution.

Mit dem modernen Kommunismus versucht die Stalinbürokratie denselben Riesenbetrug durchzuführen wie vor mehr als 1800 Jahren die entartete Bürokratie der Organisationen des Urchristentums, der „Klerus“ mit dem urchristlichen Kommunismus. Diese verfälschten die für die damaligen Zeiten revolutionären urchristlichen Lehren, verwandelten unter heuchlerischem Lippendienst für Jesus die Kirche in eine Organisation gegen die Sklavenmassen, gegen die Bedrückten, gegen die Armen, stellten die Kirche in den Dienst der Sklavenhalterklasse, sich selbst in diesem Dienst große Macht, großen Reichtum, großes Einkommen sichernd. So verfälscht die Stalinbürokratie den modernen Kommunismus; den Marxismus-Leninismus verwandelt sie unter heuchlerischem Lippendienst für Marx, Engels, Lenin die Kommunistische Partei, den Sowjetstaat immer mehr in Organisationen gegen die Massen der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger, gegen die Kolonialvölker, gegen das Weltproletariat, gegen die Weltrevolution, stellt sie immer mehr in den Dienst der Weltbourgeoisie, des Weltimperialismus, sich selbst in diesem Dienst große Macht, großen Reichtum, großes Einkommen sichernd. Dasselbe Betrugsmanöver mit dem Sozialismus, mit Marx, Engels treiben Sozialdemokratie, Labourparty usw. Die sozialdemokratischen, labouristischen, stalinistischen Bürokraten sind so neben den kirchlichen Originalpfaffen richtige Ersatzpfaffen, Pfaffen zweiter Garnitur im Dienste der Weltbourgeoisie gegen das internationale Proletariat, gegen dessen Revolution: Heuchlerisch versprechen sie den Massen, ihnen das sozialistische Himmelreich zu schaffen – ausgerechnet in Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Teufeln und mit deren Zustimmung ...

Zu gleicher Zeit betreibt die Stalinsche Bürokratie und Arbeiteraristokratie den scheußlichsten Kultus ihren „unfehlbar“ erklärten Papst Stalin. Sie hat das zu einer wahren Götzenanbeterei modernsten Stils gesteigert, mit einem Riesenaufwand von Weihrauch und Opium zum Betäuben der Massen.

Wir lehnen es grundsätzlich ab, aus Marx, Lenin Übermenschen, Götzen zu machen. Wir lehnen es grundsätzlich ab, Menschen zu vergöttern, zu vergötzen, und seien sie selbst die allergrößten.

[145] Wir ehren alle, die im Kampf für die Befreiung der Massen von Ausbeutung und Knechtschaft, für den Aufstieg der Menschheit als Märtyrer gelitten, gefallen.

Wir ehren alle, die den um Freiheit ringenden Massen den richtigen Weg gewiesen, die großen Führer im Freiheitskampf der Massen, der Menschheit.

Wir ehren alle die großen Forscher, Denker, Dichter, Künstler, Erfinder, die durch ihre Leistungen, auf welchem Gebiet immer, den Aufstieg der Massen, der Menschheit erleichtert.

Aber wir ehren sie nicht als Götzen, sondern als Menschen unter Menschen, als Menschen, die sich geopfert, als Menschen, die Großes geleistet für die Ausgebeuteten, Geknechteten, für die Menschheit. Und wir ehren sie nicht mit Gebeten, mit nichtigem Lippendienst, sondern indem wir von ihnen lernen, indem wir ihre Lehren erfassen, beherzigen, indem wir ihrem Beispiel folgen, indem wir mit derselben Hingabe, Leidenschaft, mit allen Kräften wie sie kämpfen für die Grundaufgabe aller menschlichen Aufgaben: die Menschheit von jeglicher Ausbeutung, Knechtschaft zu befreien, sie zu einer Gemeinschaft freier, selbstbewusster Individuen, zu einer in der Tat brüderlichen Gemeinschaft aller Menschen ohne Unterschied umzugestalten.

Die scheinbar vollkommene Ohnmacht gegenüber den blind waltenden Kräften des Kapitalismus, die die Massen so tief niederdrücken, niederhalten, ist die tiefste Wurzel der Religion in den Ländern des modernen Kapitalismus. Dieser Ohnmacht entspringt auch das Trostbedürfnis. Das Zerrissensein der menschlichen Gesellschaft in Klassen setzt sich im Verhältnis von Mensch zu Mensch, also auf moralischem Gebiet, als Selbstsucht aller Art fort. Von der jeweils herrschenden Ausbeuterklasse bewusst gezüchtet, erreicht diese in der kapitalistischen Gesellschaft den Höhepunkt. So steht der Mensch der Klassengesellschaft auch jenen schweren Schicksalsschlägen gegenüber, wie sie der Lebensprozess der Menschheit zwangsläufig mit sich bringt, seelisch hilflos da und sucht – der Masse nach – eine Stütze im Himmelreich der Phantasie, in der Religion. Nur der proletarische Klassenkampf, nur die proletarische Klassen-solidarität, die um die Bedingungen für die allgemeine menschliche Solidarität ringen, öffnen einem wachsenden Teil der Massen den seelischen Ausweg, je weiter sie sich entfalten. Doch erst die klassenlose, die kommunistische Gesellschaft überwindet diese seelische Hilflosigkeit in vollem Umfang. Jeder Mensch ist hier zur Persönlichkeit gehoben, aber jene Selbstsucht aller Art, aller Stufen – die individuelle, die familiäre, die gruppen-, berufs-, kasten-, schichten-, klassenmäßige, nationale usw. – soweit sie in irgendeiner Form das Ich letzten Endes über alles andere stellt, ist hier bereits überwunden, ist voll übergegangen in die brüderliche Solidarität aller Menschen, wo jedes Ich sich selbst dient in voller Selbstverständlichkeit stets nur im Einklang mit Interessen aller andern Menschen und sich so in der Tat am besten dient. Die wahrhaft tätige brüderliche Solidarität aller Menschen gibt jedem einzelnen Menschen gegenüber allen jenen Schicksalsschlägen des Lebens einen seelischen Rückhalt von solcher Stärke, dass er der tröstlichen Phantasiestütze der Religion überhaupt nicht mehr bedarf. In dieser brüderlichen Gemeinschaft, an der er mitbestimmend als Bruder unter Brüdern mitbaut, lebt er fort, nachdem er den Weg alles Irdischen gegangen, er hat keinen Bedarf mehr nach einem phantastischen Weiterleben in irgendeinem Wolkenkuckucksheim; in demselben Maße, als die proletarische Revolutionspartei in und durch den revolutionären Kampf die Massen, immer breiter und tiefer greifend, materiell und kulturell hebt, zur Solidarität und auf dieser Grundlage zu Selbstbewusstsein, Selbstvertrauen erzieht, macht sie die Religion auch als Methode, dem leidenden Menschen mittels Phantasie Trost zu schaffen, fortschreitend zunächst [146] für einen immer wachsenden Teil der Massen, in demselben Maße, als sie den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft verwirklicht, vollendet, schließlich für die ganze Menschheit immer mehr überflüssig.

J. Auf dem Gebiet der Familie

„Die Gewalt der Tatsachen zwang jedoch, endlich anzuerkennen, dass die Großindustrie mit der ökonomischen Grundlage des alten Familienwesens und der ihr entsprechenden Familienarbeit auch die alten Familienverhältnisse selbst auflöst. Das Recht der Kinder musste proklamiert werden“ ... „So furchtbar und ekelhaft nun die Auflösung des alten Familienweges innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint, so schafft nichtsdestoweniger die Großindustrie mit der entschiedenen Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern weiblichen Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Prozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter“ (Marx: Das Kapital, Bd.I, Volksausgabe, 1914, S.430/431).

Das Kapital schafft diese Grundlage blind, anarchisch. Das siegreiche Proletariat dagegen verwirklicht die wirtschaftliche Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter völlig bewusst, in planvollem Ausschreiten, indem es die proletarischdemokratische, dann die sozialistische Wirtschaftsordnung, schließlich die kommunistische Wirtschaftsordnung planmäßig aufbaut.

In der kommunistischen Wirtschaft, Gesellschaft sind alle Frauen im gesellschaftlichen Produktionsprozess tätig, so wie alle Männer; sie haben dieselben Pflichten, sie haben dieselben Rechte. Selbstverständlich nimmt der Arbeiterschutz auf die Besonderheiten ihres Geschlechts, wie Schwangerschaft usw., besondere Rücksicht. Die kapitalistische Doppellast der Arbeit sowohl in Betrieb als auch im Haushalt ist von den Schultern der Frauen genommen. Der Haushalt ist in der Hauptsache ein Teil des öffentlichen Wirtschaftsbetriebs mit solchen umfassenden, sorgfältig organisierten Einrichtungen wie allgemeine Entbindungsanstalten, Krippen, Kliniken, Sanatorien, Kindergärten, Schulen, vorzüglichen Speisehäusern, Waschanstalten usw. Die kulturelle Rückständigkeit, durch die mehrtausendjährige Klassengesellschaft über die große Masse der Frauen gebracht, ist schon überwunden. Die allgemeine Arbeitszeit ist sehr bedeutend verkürzt. Die Frauen nehmen durchgehend am gesamten öffentlichen Leben teil so wie die Männer. Alle öffentlichen Funktionen, auch die Wirtschaftsfunktionen, darunter auch die Funktionen in jenen Betrieben, welche die Haushaltsarbeiten besorgen, werden von den Mitgliedern der Gesellschaft, also von den Männern und den Frauen, in planmäßiger Abwechslung erfüllt. Vermittels des sorgfältig gegliederten, auf dem Fuße voller, tatsächlicher Gleichberechtigung organisierten kommunistischen Gemeinwesens und des regelmäßigen Wechselns aller öffentlichen Funktionen in Gesellschaft, Wirtschaft sorgen die Beteiligten selbst dafür, dass zum Beispiel die öffentlichen Speisehäuser ihren Bedürfnissen, ihrem Geschmack, ihren Neigungen entsprechen.

„Ohne die Heranziehung der Frauen zur selbständigen Teilnahme sowohl am politischen Leben überhaupt, wie auch zur selbständigen allgemeinen Arbeit im Staatsinteresse, ist nicht nur kein Sozialismus, sondern auch keine vollständige und dauerhafte Demokratie möglich“ (Lenin: Die Aufgabe des Proletariats in unserer Revolu- [147] tion; Entwurf einer Plattform der proletarischen Partei, 16.4.1917, Sammelband, 1925, S.392). „Die Lage der Frau bleibt; solange sie sich mit der Hauswirtschaft beschäftigt, immer noch eine beengte. Zur vollständigen Befreiung der Frau und ihrer

wirklichen Gleichstellung mit dem Mann bedarf es der Gemeinwirtschaft und bedarf es ferner der Teilnahme der Frauen an der allgemeinen produktiven Arbeit. Dann wird die Frau die gleiche Stellung einnehmen wie der Mann“ (Lenin in der Rede auf der IV. Stadtkonferenz parteiloser Arbeiterinnen in Moskau, 1919, in Lenin: Über die Frauenfrage, S.23). „Die wirkliche Emanzipation der Frau, der wirkliche Kommunismus, beginnt erst dort, wo der vom Proletariat am Staatsruder geleitete Kampf der Massen gegen diesen kleinen Haushalt einsetzt oder richtiger, wo dessen Massenumwandlung in die sozialistische Großwirtschaft beginnt“ (Lenin: Die große Initiative, 1919, S.25).

Der kapitalistische Individualismus, der Befriedigung auf Kosten der andern sucht, hat Platz gemacht einem viel höhern, dem Individualismus, der die Befriedigung aller seiner Bedürfnisse ausschließlich sucht im Einklang mit den Interessen aller andern Menschen. Jede Frau, jeder Mann ohne Unterschied sind in der kommunistischen Gesellschaft zur kommunistischen Individualität, zur vollen Persönlichkeit gehoben. Für die Gesellschaft arbeitend, ist jeder von ihnen in Existenz und Entwicklung von der Gesellschaft völlig gesichert. Wirtschaftliche Erwägungen, Mitgiftjägerei, Karriererücksichten und dergleichen spielen bei der Wahl der Lebensgefährtin überhaupt keine Rolle mehr. Was ins Gewicht fällt, ist ausschließlich die Ausstrahlung, die Anziehungskraft der Persönlichkeit. So ist die kommunistische Ehe individuelle Ehe, aber auf einer viel höhern Stufe als die kapitalistische; sie ist individuelle Ehe gegründet auf echte Zuneigung, auf wahre Liebe, und sie ist frei von jener Eiterbeule der Klassengesellschaft, von der Prostitution. Keine Frau hat es mehr nötig, sich aus wirtschaftlicher Not hinzugeben, für die Gesellschaft arbeitend, von der Gesellschaft wirtschaftlich völlig gesichert, verfügt sie, frei von jeder Not, über ihre Weiblichkeit.

Die bloße Tatsache der proletarischdemokratischen Machtaufrichtung schafft die von der kapitalistischen Gesellschaft geschaffenen Bedingungen der Familie, Ehe keineswegs sofort aus der Welt. Ja die Sabotage der Bourgeoisie, der von ihr unvermeidlich heraufbeschworene Bürgerkrieg usw. führen vorübergehend sogar zu einem Rückgang der Produktion. In der Zeit nach dem revolutionären Sieg bewegt sich daher die proletarischdemokratische Familienpolitik im Großen und Ganzen zunächst in folgende Richtung:

- 1) Wesentliche Besserung der Löhne der weiblichen Arbeiter, ihrer Lebenshaltung überhaupt; Ausbau des Arbeiterschutzes und der verschiedenen Formen der Sozialversicherungen in Bezug auf die Frauen.
- 2) Erste Schritte zur Entlastung der Frauen von der Haushaltsarbeit durch Neuorganisation oder Verbesserung der entsprechenden öffentlichen Betriebe.
- 3) Volle Heranziehung der Frauen ins öffentliche Leben.
- 4) Gegenseitige Fürsorgepflicht beider Ehegatten; beiderseitige Fürsorgepflicht der Ehegatten gegenüber ihren Kindern und umgekehrt. Für uneheliche Kinder haben beide uneheliche Elternteile zu sorgen.
- 5) Recht der Frau auf Abtreibung in den gesetzlich bestimmten Fällen, insbesondere bei wirtschaftlicher Not. Kostenlose Durchführung der Operation in öffentlichen Kliniken.

Die weitere Ausgestaltung des proletarischdemokratischen Familien-, Eherechts hängt ab von dem fortschreitenden proletarischdemokratischen Wirtschaftsaufbau.

Die proletarischdemokratische Familienpolitik geht grundlegend darauf aus, den kapitalistischen Familienegoismus zu überwinden. Sie will und stärkt die Solidarität innerhalb der Familie, aber sie lenkt die Familiensolidarität in eine Richtung, die sie immer mehr dem Interesse der Gesellschaft unterordnet, einordnet, sie lenkt sie immer mehr so, dass jede Familie ihr solidarisches Familieninteresse sucht, wahrt nicht auf Kosten anderer Menschen, anderer Familien, sondern stets im Einklang mit dem Interesse aller Familien, aller Menschen, sie verwirklicht immer mehr die kommunistisch ausgerichtete Solidarität einer jeden Familie, aller Familien, die allgemein menschliche Solidarität.

Nach dieser Richtung, im Großen und Ganzen, bewegte sich die Familienpolitik der proletarischdemokratischen Staatsmacht unter Lenin, so wie sie überhaupt auf die Überwindung jeder Art von Egoismus ausging, durch dessen Unterordnung, Einordnung in die proletarischdemokratische, schließlich menschliche Solidarität. Innerhalb der proletarischrevolutionären Partei muss diese Unterordnung, Einordnung des Einzelinteresses unter, in das Klasseninteresse des Proletariats und damit letzten Endes auch unter das Gesamtinteresse der Menschheit von Haus aus vollzogen sein, die ganze Auslese, Erziehung muss darauf gerichtet sein, egoistische Elemente, denen ihr Ich tatsächlich allem andern vorausgeht, sind für die proletarische Partei grundsätzlich unbrauchbar, gefährlich, schädlich. Gerade dadurch hat die Stalinbürokratie die proletarische Partei zersetzt, dass sie die egoistischen Instinkte mit raffinierter Korruption köderte, stachelte und, auf die korruptierten, korrupten Elemente gestützt, den Geist der proletarischrevolutionären Solidarität in der Partei unterwühlte, erschütterte, dessen Vorkämpfer, die proletarischen Revolutionäre, vermittels eines skrupellosen Feldzugs aus der Partei austrieb und die Selbstsucht der entarteten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie zum tatsächlichen Gesetz von Partei und Staat machte, sie, wie die Bourgeoisie, mit der Losung, Politik des nationalen Egoismus bemäntelnd“ („Sozialismus in einem Land“). Indem sich die Partei am die Massen wendet, muss sie notwendigerweise ausgehen von den durch die mehrtausendjährige Klassengesellschaft geschaffenen Bedingungen, die unvermeidlicher Weise den Egoismus in den Massen gezüchtet, tief verwurzelt haben. Sie ist gezwungen, an den historisch gewordenen Egoismus der Massen anzuknüpfen, aber sie ist zugleich verpflichtet, ihn nicht zu einem neuen Egoismus, zum Beispiel nicht zu einem neuen nationalen Egoismus, hinzuleiten, sondern ihn immer mehr der proletarischen Solidarität, den proletarischen Klasseninteressen, den Interessen des Weltproletariats, der Weltrevolu-

tion, des Weltsozialismus, Weltkommunismus, letzten Endes also den Interessen der gesamten menschlichen Gesellschaft unterzuordnen, einzuordnen und eben dadurch tatsächlich immer mehr zu überwinden, tatsächlich überzuleiten in die gesellschaftliche, in die allgemein menschliche Solidarität.

Die Stalinsche Bürokratie, Arbeiteraristokratie, und nicht nur sie, sondern auch die sozialdemokratische, labouristische Bürokratie, Arbeiteraristokratie macht es gerade umgekehrt. Sie schwatzen von proletarischer Solidarität, so wie sie von Sozialismus, Kommunismus und dergleichen schwadronieren, aber tatsächlich tun sie alles, um die Arbeiter zu einem neuen Egoismus hinzulenken, zu erziehen, vor allem zum nationalen Egoismus, im Dienste letzten Endes der Weltbourgeoisie. Russland über alles, England über alles, USA über alles, Schweden über alles, Finnland über alles usw. – das ist der wirkliche Sinn der „proletarischen Solidarität“ im Munde der stalinisti- [149] schen, labouristischen, sozialdemokratischen Parteien, das ist der Mantel, hinter dem sie in Wirklichkeit der Selbstsucht, dem Eigennutz der demoralisierten, verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie dienen. Das zeigt sich auch auf dem Gebiet der Stalinschen Familienpolitik. Sie arbeitet an der Wiederherstellung der kleinbürgerlichen Familie, wobei jede Arbeiterfamilie vor allem an sich, an ihr Familieninteresse denken soll – ja nicht an den solidarischen Kampf der Arbeiterklasse; denn dieser müsste sich zwangsläufig gegen die Stalinschen Emporkömmlinge, politischen Parasiten richten ... „Die massenhafte Kinderverwahrlosung ist zweifellos das unfehlbarste und tragischste Zeichen für die schwere Lage der Mutter ... Die Revolutionsmacht hatte der Frau das Recht auf Abtreibung gebracht, das, wo Not und Familienjoch bestehen, eines der bedeutendsten politischen und kulturellen bürgerlichen Rechte ist“ ... „Der (Stalinsche) Gesetzentwurf über das Abtreibungsverbot wurde zur sogenannten Diskussion gestellt ... Am 27.6. (1936) machte das Zentrale Exekutivkomitee aus dem unverschämten Gesetzentwurf ein dreifach unverschämtes Gesetz“ ... „Eine Tatsache wie die grausame Kriminalstrafe gegen verwahrloste Kinder kann einen denken lassen, dass die sozialistische Gesetzgebung zum Schutz der Frau und des Kindes nichts weiter ist als eine einzige Heuchelei“, so musste schon 1936 Trotzki feststellen (Die verratene Revolution, S.146,148,154). Seither ist es nicht besser, sondern schlechter geworden, denn mit der allgemeinen Verschlechterung der gesellschaftlichen Lage der russischen Arbeiterklasse Hand in Hand geht die allgemeine Verschlechterung der gesellschaftlichen Lage der Arbeiterfrauen und der Arbeiterkinder, der Frauen und Kinder der armen Bauern und Kleinbürger.

K. Auf dem Gebiet der Erziehung

Die revolutionär siegreiche Arbeiterklasse zerschlägt den kapitalistischen Erziehungsapparat, entfernt daraus alle gegenrevolutionären Elemente und baut einen der Arbeiterklasse, der proletarischen Demokratie, der internationalen proletarischen Revolution ergebenden, verlässlichen Erziehungsapparat auf, dessen fachliche Qualitäten auf dem Gebiet des Erziehungswesens sie immer mehr steigert. Sie macht die Schule auf allen ihren Stufen frei von der Kirche.

Die siegreiche Arbeiterklasse reinigt den gesamten Unterrichtsstoff von allem kapitalistischen Mist, das heißt von allem, was bestimmt ist, die Erziehung in den Schranken der Ausbeutungs-, Herrschafts-, Profitbedürfnisse der Kapitalistenklasse zu halten, sie in die Richtung der kapitalistischen Klasseninteressen zu lenken. Sie entfernt den Religionsunterricht aus den Schulen, sie reinigt insbesondere den Geschichtsunterricht von allen kapitalistischen Fälschungen, Verdrehungen usw.; sie beseitigt jedes Umbiegen der positiven Wissenschaften in metaphysischen Idealismus oder in irgendeinen Agnostizismus.

Die proletarischdemokratische Erziehung hat den Kampf der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger, der Kolonialvölker, den Kampf für die internationale proletarische Revolution, für die Befreiung der ganzen Menschheit von jeglicher Ausbeutung, Unterdrückung gegen die Ausbeuter, Unterdrücker zur dauernden Grundlage: Aller Unterricht welcher Stufe immer muss sich stets auf dieser Grundlage bewegen, muss daran immer wieder anknüpfen. „Wie müssen wir lernen? Nur indem wir jeden Schritt unserer Tätigkeit in der Schule, jeden Schritt auf dem Gebiete der Erziehung und der Bildung unlösbar in den Kampf aller Arbeitenden gegen die Ausbeuter anknüpfen“ [150] (Lenin: Rede auf dem III. Allrussischen Kongress des Russischen Kommunistischen Jugendverbandes, 1920, in Lenin: An die Jugend, 1925, S.54).

Die proletarischdemokratische Erziehung geht bewusst, planmäßig darauf aus, in allen Lernenden die Erkenntnis, Überzeugung, unerschütterlich zu verankern und immer mehr zu vertiefen, dass für die Befreiung der Arbeiter, armen Bauern, Kleinbürger, der Kolonialvölker, letzten Endes der ganzen Menschheit von Ausbeutung und Knechtschaft in jeglicher Form die proletarischinternationale Solidarität aller Arbeiter, überhaupt aller Ausgebeuteten, Unterdrückten ohne Unterschied die unumgänglich notwendige oberste bedingungslose Pflicht ist jedes Arbeiters, armen Bauern, Kleinbürgers, ja jedes ehrlichen Bürgers des proletarischdemokratischen Staates überhaupt.

Die proletarischdemokratische Erziehung arbeitet ausdauernd daran, das Erbe der kapitalistischen Selbstsucht in den Schülern zu schwächen, zu überwinden, den sozialistischen, kommunistischen Individualismus in ihnen zu verwurzeln und immer mehr zu festigen, der den eigenen Interessen nachgeht stets im Einklang mit den Interessen der Arbeiterklasse, letzten Endes der ganzen Menschheit, niemals auf deren Kosten; sie muss in Herz und Geist der Jugend immer stärkere innere Sicherungen verwurzeln gegen jegliche Tendenzen, gegen jegliche Elemente, die den revolutionären Sieg der proletarischen Demokratie, den proletarischdemokratischen Staat egoistische Interessen einzelner Teile, wie zum Beispiel der beamteten Personen des proletarischdemokratischen Staates und der proletarischen Oberschicht, oder gar einzelner Personen zu missbrauchen versuchen. Sie arbeitet ausdauernd daran, das Erbe der kapitalistischen Eingeschüchtertheit, Unterwürfigkeit, Knechtseligkeit, jeden Sklavensinn in den Schülern zu überwinden

und sie zu aufopfernden, mutigen, ja kühnen, zugleich klugen Menschen zu erziehen, ihr Selbstbewusstsein immer mehr zu klären und zu festigen, ihr Selbstvertrauen immer mehr zu stärken, immer auf der Grundlage der proletarisch-revolutionären, proletarischinternationalen Solidarität der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger der ganzen Welt. Die proletarischdemokratische Erziehung muss die Schüler mit der proletarischdemokratischen Moral erfüllen: „Gut sind alle Mittel und Methoden, die das Klassenbewusstsein der Arbeiter, ihr Vertrauen in ihre eigene Kraft, ihre Bereitschaft zu selbstaufopferndem Kampf erhöhen. Unzulässig sind die Methoden, die den Unterdrückten Furcht und Demut vor den Unterdrückern einflößen, den Geist des Protestes und der Auflehnung ersticken oder den Willen der Massen durch den Willen der Führer, Überzeugung durch Zwang, die Analyse der Wirklichkeit durch Demagogie und Schwindel ersetzen“ (Übergangsprogramm der IV. Internationale, 1938, S.26).

Die proletarischdemokratische Erziehung umfasst alle Bürger des proletarischdemokratischen Staates, vor allem restlos die junge Generation beiderlei Geschlechtes der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger; gerade diesen sucht sie alle Quellen der Erziehung zu erschließen, um die ungeheuerliche Vernachlässigung wettzumachen, die die Klassengesellschaft an ihnen verübt: Sie sollen, müssen das kapitalistische Bildungs-, Kulturniveau einholen und weit überholen und immer weiter überholen.

Die proletarischdemokratische Erziehung bewegt, entfaltet sich in planmäßigem, organisiertem, stufenweisem, Annähern nach folgenden Hauptzielen:

1) Gründliche körperliche Erziehung aller Lernenden beiderlei Geschlechts; Unterricht in der Körperpflege, Diät, Hygiene, erste Hilfe bei Unfällen. Hand in Hand damit planmäßige Vorbildung für die proletarischrevolutionäre Armee.

[151] 2) Die Schulpflicht soll etappenweise so ausgedehnt werden, dass alle jungen Menschen ohne Ausnahme mindestens eine gründliche Mittelschulbildung erhalten. Sobald die Produktivkräfte soweit gehoben sind, dass auch darüber hinausgegangen werden kann, soll die allgemeine Schulpflicht stufenweise derart ausgeweitet werden, dass alle jungen Menschen ohne Ausnahme eine gründliche Hochschulbildung durchmachen.

3) Technologischer Unterricht, theoretisch und praktisch, angefangen vom Kindergarten bis hinauf zur Hochschule. Stufenweise muss die Erziehung planmäßig daran arbeiten, die Gesellschaft instand zu setzen, im Laufe mehrerer Generationen allmählich das regelmäßige Abwechseln aller im Besorgen der öffentlichen Funktionen, der wirtschaftlichen inbegriffen, in Gang zu setzen, dauernd in Gang zu halten.

In erster Linie muss die Jugend beiderlei Geschlechts zu guter landwirtschaftlicher Arbeit erzogen werden. Theorie und Praxis der Landwirtschaft (Viehzucht, Gärtnerei usw. eingeschlossen) bilden ein Hauptfach aller Jahrgänge. Nach Erfüllung der Schulpflicht soll jeder einzelne Schüler über eine gründliche theoretische und praktische Ausbildung in der Landwirtschaft verfügen. Das gleiche in Bezug auf die Industrie (Transport-, Verteilungs-, Bankwesen inbegriffen). Auf Grundlage dieser allgemeinen industriellen Ausbildung in Theorie und Praxis soll jeder Schüler in mindestens zwei industriellen Spezialfächern zur Qualifikation eines gut gelernten Arbeiters ausgebildet sein. In den höhern Jahrgängen soll dieser Unterricht bereits mit einer gewissen praktischen Arbeit jedes Schülers in der Landwirtschaft und Industrie Hand in Hand gehen.

In zweiter Linie muss die Jugend beiderlei Geschlechts für das öffentliche Leben derart erzogen werden, dass sie mit den wichtigsten Gesetzen des proletarischdemokratischen Staates, mit seinen Einrichtungen vertraut wird. Jeder einzelne Schüler, männlichen und weiblichen Geschlechts, soll immer mehr fähig gemacht werden, öffentliche Funktionen (auch staatswirtschaftliche) mit Sachkenntnis übernehmen und tatsächlich gut erfüllen zu können.

In dritter Linie muss die Jugend beiderlei Geschlechts so erzogen werden, dass sie alle Haushaltsarbeiten, die das Familienleben mit sich bringt, wie Kochen, Nähen, Waschen, Reinigen usw., aber auch ein gewisses Maß von Krankenpflege gut beherrscht.

Nach Vollendung des Gesamtunterrichtes muss jeder Absolvent, ob männlichen oder weiblichen Geschlechtes, die volle Befähigung erreicht haben: zu guter landwirtschaftlicher Arbeit, zu tüchtiger industrieller Arbeit mindestens in zwei Spezialfächern, zum ordentlichen Besorgen der Haushaltarbeiten und zum wirksamen Erfüllen öffentlicher Funktionen.

4) Der gesamte Unterricht hat zur Grundlage die Weltauffassung des dialektischen Materialismus. Grundlage des Geschichtsunterrichts ist die materialistische Geschichtsauffassung, die Erkenntnis, dass die Geschichte der Klassengesellschaft eine Geschichte ist des Kampfes der Klassen. Der proletarischdemokratische Geschichtsunterricht bindet sich nicht an die bisherige geschriebene Geschichte, die ein Machwerk der ausbeuterischen, unterdrückenden Klassen, sondern er hat die Rolle aller Klassen zur Grundlage, er muss insbesondere die Rolle der Ausgebeuteten, Unterdrückten in jeder Geschichtsphase klar herausarbeiten.

5) Unterricht in der Theorie und Geschichte der Wirtschaft, sowie in den Grundzügen der proletarischdemokratischen Wirtschaftspolitik, in der Organisation des proletarischdemokratischen Staates und seiner Wirtschaft.

[152] 6) Unterricht in der Gesellschaftslehre, die Zusammenhänge der urkommunistischen Gesellschaft, der Klassengesellschaft und ihrer Formen; die Klassen, ihr Wesen, ihr Entstehen, Werden, Vergehen; der Klassenkampf; die Klassenorganisationen: Staat, Partei, Massenorganisation; das unumgänglich notwendige Überwinden der Klassen-

spaltung der Gesellschaft; die Hauptmittel, Hauptmethoden zum Überwinden dieser Spaltung; die Stellung, die Pflichten und Rechte jedes Einzelnen und jedes wie immer gearteten Teiles, der Familie inbegriffen, im Verhältnis zum proletarischdemokratischen Staat, letzten Endes zur Gesamtheit der Menschen, zur menschlichen Gesellschaft.

7) An die Stelle des Unterrichts in den alten Sprachen tritt der Unterricht in den modernen Sprachen. Jeder Schüler soll neben seiner Heimatsprache mindestens eine Weltsprache beherrschen. Alle Weltsprachen werden unterrichtet, doch aufgeteilt so, dass je ein entsprechender Hundertsatz der Schüler in einer bestimmten Weltsprache spezialisiert wird-

L. Auf dem Gebiet der Wissenschaft

Indem die Arbeiterklasse die Kapitalistenklasse besiegt, den Kapitalismus überwindet, räumt sie auch die Schranken hinweg, die die kapitalistischen Profitinteressen dem weiteren Entfalten der Wissenschaft setzen. Auf allen Wissensgebieten zwingt die Kapitalistenklasse die Forscher, Gelehrten, die Wissenschaft ausschließlich in jene Richtung hin zu betreiben, die das kapitalistische Herrschafts- und Ausbeutungsbedürfnis nicht schwächt, sondern stärkt, nicht erschüttert, sondern festigt. Forscher, Gelehrte, die sich darüber hinwegsetzen und sich nur von dem reinen Drang nach Wissenschaft, nach Wahrheit, nur von dem Interesse des Aufstiegs der Menschheit leiten lassen, stoßen auf schwerste Hindernisse, sind in ihrer Existenz bedroht, die öffentlichen Hilfsmittel, ohne die das moderne wissenschaftliche Forschen, der moderne wissenschaftliche Betrieb immer schwerer wird, sind ihnen verschlossen.

Damit macht der proletarischdemokratische Staat Schluss. Er macht das wissenschaftliche Forschen frei. Er schützt sich gegen konterrevolutionäres Handeln, aber er unterbindet nicht das freie Forschen der Wissenschaft.

Das individuelle Forschen bleibt nach wie vor bedeutsam. Ohne dies aufzugeben, erfordert die gesellschaftliche Entwicklung einen großen Schritt weiter: der handwerksmäßige wissenschaftliche Kleinbetrieb muss dem planmäßig organisierten wissenschaftlichen Großbetrieb weichen. Der proletarischdemokratische Staat bildet aus den besten Forschern, Gelehrten aller Gebiete einen wissenschaftlichen Generalstab, dessen Aufgabe es ist, wissenschaftliche Feldzüge großen und immer größeren Maßstabs zu organisieren, durchzuführen zur Lösung bestimmter für die menschliche Gesellschaft entscheidend wichtiger wissenschaftlicher Fragen.

Über Vorschlag der vom wissenschaftlichen Generalstab beratenen proletarischdemokratischen Regierung beschließt der Reichsarbeiter- und Kleinbauernrat, auf welches Problem jeweils der wissenschaftliche Feldzug zu konzentrieren; er beschließt die hiezu nötigen organisatorischen Maßnahmen, stellt die hiezu notwendigen finanziellen Mittel und sonstige Behelfe zur Verfügung. Sowie der proletarisch- [153] demokratische Staat voll gefestigt, sowie sich seine Produktivkräfte, seine Produktion hoch genug entfaltet haben, wird er wirkliche Feldzüge allergrößten Maßstabs organisieren, zum Beispiel gegen die Tuberkulose, das Rheuma, die Geisteskrankheiten, Geschlechtskrankheiten usw., wird eine große Zahl von Forschern, Ärzten, zu einer wahren Armee zusammenfassen mit einem speziellen Generalstab der besten Fachleute auf diesem Gebiete, er wird ihnen ein Milliardenbudget zur Verfügung stellen, damit sie einen jahrelangen Feldzug führen können, um die Ursachen dieser Volkskrankheiten, die Mittel, Methoden, Einrichtungen zu ihrer Überwindung zu entdecken. So wird er es nach Maßgabe seiner wachsenden Mittel, Möglichkeiten auf allen Gebieten der Wissenschaft ohne Ausnahme machen, immer auf das konzentrierend, was jeweils für die Gesellschaft am wichtigsten und wozu die jeweiligen Mittel, Möglichkeiten des proletarischdemokratischen Staates reichen. So wird er Feldzüge zum Ausbau der gesamten Wasserkräfte der Erde, zur Regulierung ihrer Ströme und Flüsse, Feldzüge zum Bau von schönen, gesunden Wohnungen für die gesamte Menschheit, zum Umbau der gesamten Dörfer, zum Überwinden des Gegensatzes von Stadt und Land überhaupt durch Neugestaltung des gesamten Wohn- und Verkehrswesens usw. organisieren. An die Stelle des Krieges gegen die Menschen setzt der proletarischdemokratische Staat so immer mehr den auf immer höherer Stufenleiter organisierten dauernden Krieg der Wissenschaft gegen die der Menschheit feindlichen Elemente der Natur, den Krieg der Wissenschaft für die menschliche Gesellschaft.

Die Wissenschaft, die Forschung, ihre Ergebnisse, die Forscher und Gelehrten werden im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen, zur Verfügung nicht mehr einer dünnen besitzenden Schichte von Ausbeutern, Unterdrückern, Parasiten, sondern im Dienste der großen Millionenmasse aller Arbeiter, aller Werktätigen überhaupt. Die Wissenschaft und ihre Vorkämpfer, die Forscher und Gelehrten, werden wahrhaft mit dem Volk verbunden sein und das Volk mit ihnen. Das bezieht sich nicht nur auf die der Wirtschaft und der Volksgesundheit usw. unmittelbar zugutekommenden Wissenschaften, sondern auch auf die im engern Sinne geistigen Wissenschaften, die jedoch für die menschliche Gesellschaft eine nicht minder große praktische Bedeutung haben. So muss die geschriebene Geschichte, welche die letzten 5000-6000 Jahre umfasst, die Geschichte der Klassengesellschaft, neu geschrieben werden, diese Geschichte wurde geschrieben von Ausbeutern, Unterdrückern in ihrem Interesse. Die Kämpfe der Sklaven, der leibeigenen, hörigen Bauern, der Ketzer, der Lohnarbeiter, überhaupt aller, die gegen die Ausbeuter, Unterdrücker anstürmten, das Andenken ihrer Märtyrer, Führer, Helden, all das ist unter dem vieltausendmeterdicken Mist begraben, den die Sklavenhalter, Fronherren, Kapitalisten und ihre Gehilfen, Schergen, Lakaien mit Fälschungen, Lügen, Verleumdungen, Verdrehungen, Betrugereien, Gaunereien aller Art darüber gebreitet, von den zahllosen Verschweigungen nicht zu reden. Wir sind es dem Andenken der in diesen Kämpfen gefallenen unzähligen namenlosen Kämpfer, wir sind es den Opfern, den Märtyrern, den Führern, wir sind es all diesen Helden im Dienste der Menschheit, wir sind es der Wahrheit, wir sind es uns selbst, wir sind es der ganzen Gesellschaft schuldig, die Wahrheit über all diese Kämpfe zutage und allen Menschen zur Kenntnis zu bringen. Denn die Geschichte in ihrer Wahrheit als Wissenschaft erfasst,

ist eines der wichtigsten Mittel, um sich in der menschlichen Gesellschaft auszukennen, um die Ausgebeuteten, Unterdrückten zu befreien, weiter vorwärts, aufwärts zu bringen. Sie ist ja nichts anderes als der Kampf der Menschheit um Selbstbehauptung und Aufstieg im Rahmen der Allnatur, und auf dieser Grundlage, was die Klassengesellschaft betrifft, nichts anderes als der Kampf der Klassen – doch dies alles nicht mehr als lebendiger Kampf, sondern nur als Erinnerung, Erfahrung der vergangenen Kämpfe samt den überaus wichtigen Lehren, die daraus das wirklich wissenschaftliche Untersuchen der Menschheit [154] für ihren weiteren Kampf herausarbeitet. Die Geschichte der Menschheit muss neu durchforscht, neu geschrieben werden. Das ist ein gigantisches wissenschaftliches Werk, das einen sehr großen Feldzug erfordern wird. Denn nicht nur die allgemeine Geschichte, sondern auch die Geschichte jedes Teilgebiets muss neu geschrieben werden, vor allem die Geschichte der Religion, der Philosophie, der Naturwissenschaften, der Literatur, der Kunst usw.

Indem das kulturelle Niveau der gesamten Massen immer mehr gehoben wird, wird das Interesse aller für die Wissenschaft ständig steigen. Indem die allgemeine Arbeitszeit immer mehr verkürzt wird, wird die Zahl derer wachsen, die sich nach Abschluss ihrer gründlichen obligatorischen Ausbildung in ihrer freien Zeit der wissenschaftlichen Forschung, der wissenschaftlichen Arbeit widmen werden. So wird von allen Seiten her die Bedeutung der Wissenschaft, die Anteilnahme aller Menschen daran und die aktive wissenschaftliche Betätigung einer immer größeren Zahl von Mitgliedern der Gesellschaft mit dem Entfalten der proletarischen, dann der sozialistischen Demokratie, schließlich der kommunistischen Gesellschaft immer mehr wachsen.

Die bedeutenden Forscher, Gelehrten – und auch die bedeutenden Künstler beziehen im proletarischdemokratischen Staat ein den allgemein gültigen Höchstlohn übersteigendes, unter Umständen sogar weit übersteigendes Einkommen. Die revolutionär siegreiche Arbeiterklasse macht diese Ausnahme für eine mehr oder minder lange Übergangszeit mit vollem Bewusstsein, um den bedeutenden Forschern, Gelehrten, Künstlern ihre für die gesamte Gesellschaft so wichtige wissenschaftliche, künstlerische Tätigkeit möglichst zu erleichtern. Dieser Einkommensvorsprung verringert sich allmählich immer mehr dadurch, dass der proletarischdemokratische Staat planmäßig zunächst die Lage der schlechtestbezahlten Schichten der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger, im weiteren Verlauf die Lage aller Werktätigen überhaupt immer mehr hebt, bis die Spanne schließlich ganz dahinschwindet.

M. Auf dem Gebiet der Kunst

So wie die Wissenschaft, so ist auch die Kunst ein entscheidend wichtiges Mittel der Menschheit im Kampf ums Dasein innerhalb der Allnatur. Verschieden sind nur die Mittel und Methoden. Die Wissenschaft arbeitet mit Begriffen, die Kunst mit sinnhaften Mitteln, Methoden. Aber beide sollen die Menschheit im Kampf um Selbstbehauptung, Entfaltung, Aufstieg des Menschengeschlechts im Rahmen des Weltalls auf jeder Etappe des Lebens-, Entwicklungsprozesses der menschlichen Gesellschaft stärken. Wissenschaft, die das nicht leistet, ist Afterwissenschaft – Kunst, die das nicht leistet, ist Afterkunst.

Doppelt stärkt die Kunst die Menschen auf die nur ihr eigene, einzigartige Weise. Sie entspannt sie von der täglichen Mühsal, vom täglichen Ringen um Sein und Werden, und eben dadurch erfrischt, belebt sie ihre Kampfkraft, Arbeitskraft, Schaffenskraft, schöpferische Kraft. Edle, edelste Kunst vollends greift tief und immer tiefer in die innersten Seiten der Menschen, wühlt sie auf im Fühlen, Denken, reißt sie empor zu den höchsten Höhen der Menschheit, wo Gefühl und Geist zur lebendigen Einheit verschmelzen der Hingabe für die größten Fragen der Menschheit, sie entzündet und vertieft, hält lebendig und entfacht immer höher die Glut des Wollens, der Einsatz-, Opfer, Tat-, Kampfbereitschaft der Menschen für den Aufstieg der Menschheit.

[155] Echte Kunst ist wahrhaft produktiv. Sie macht die Menschen schaffensfreudiger, leistungsfähiger, belebt Gemüt, fördert in der ihr eigenen, einzigartigen Weise die Reproduktion der gesellschaftlichen Arbeitskraft und eben dadurch die gesellschaftliche Produktion, die Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens. Echte Kunst wirkt mit bei der Reproduktion der gesellschaftlichen Arbeitskraft, ebenso wie Erziehung, Heilkunst, echte Wissenschaft. Sie erhöht die Spannkraft, die Leistungskraft der menschlichen Arbeit, Ihre Kosten gehen ein in den Wert der gesellschaftlichen Arbeitskraft, so wie auch die Kosten der Heilkunst und auch die Kosten der Erziehung und der echten Wissenschaft, welche letztere die Qualifikation der menschlichen Arbeitskraft steigern, (Die Kosten der echten Kunst, der echten künstlerischen Arbeitskraft selbst lösen sich letzten Endes auf in menschliche Arbeitskraft, so auch die Kosten der Heilkunst, der Erziehung und der echten Wissenschaft. Afterwissenschaft, Afterkunst dagegen stellen falsche Kosten dar, dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozess auferlegt von Ausbeuter-, Unterdrückerklassen, -schichten, die, ihre fortschrittliche Rolle erschöpfend, immer mehr zum Hemmnis des weiteren gesellschaftlichen Aufstiegs, immer mehr Parasiten werden am Körper der Gesellschaft).

Mit den ihr eigenen Mitteln und Methoden ist die Kunst unersetzbar, unumgänglich im Kampf der Menschheit ums Dasein in der Welt. Sie stärkt die menschliche Gesellschaft moralisch, geistig und selbst physisch.

In der Klassengesellschaft verwandelt sich der menschliche Daseinskampf unvermeidlich in den Kampf der Klassen, Wissenschaft und Kunst werden unvermeidlich Instrumente des Klassenkampfes. Jede herrschende Ausbeuterklasse bemächtigt, bedient sich ihrer, um die andern Klassen leichter niederzuhalten, leichter, gründlicher ausbeuten zu können. Soweit die Forscher, Gelehrten, Künstler nicht selbst der herrschenden Ausbeuterklasse angehören, werden sie – ihrer Masse nach – von dieser an der goldenen Kette gehalten. Wissenschaft und Kunst sind von ihr wirtschaftlich

abhängig, müssen in der Stoffwahl, Stoffbehandlung den Klasseninteressen, dem Klassenbedürfnis, dem Klassengeschmack der herrschenden Ausbeuterklasse, Ausbeuterschichte dienen, die überdies über die öffentlichen Behelfe der Kunst, wie Kunstgalerien, Theater, Konzertsäle usw. verfügt. Mit ihrer gesellschaftlichen Macht, mit der von ihr beherrschen, dirigierten „öffentlichen Meinung“ hilft sie nach, im äußersten Fall mit den drastischen Mitteln des Ausbeuterstaats: mit Polizei, Gericht, Gefängnis und selbst Tod, wobei die Kirche und dergleichen als bereitwilliges Werkzeug der ausbeuterischen Klassenmacht in die Speichen greift, um den Wagen der Wissenschaft und Kunst auf der Bahn zu halten, die den Klasseninteressen der herrschenden Ausbeuter entspricht. Die belebenden Einflüsse der Kunst aber kommen in der Klassengesellschaft in letzter Instanz den Ausbeutern zugute: Die ermöglichen ihnen objektiv – dem tatsächlichen Ergebnis nach – größere Arbeitsleistung, größern Mehrwert aus den Ausgebeuteten herauszuholen. Dafür sorgt der Mechanismus der Klassengesellschaft, der die stärkenden, anfeuernden Wirkungen der Kunst auf die Massen ebenso in Gewinn für die Ausbeuter ummünzt, wie letzten Endes die Kraftquelle der aus verbesserten Verkehrsmitteln den Ausgebeuteten erwachsenden Freizeit, ebenso wie den aus sozialpolitischen Verbesserungen im kapitalistischen Staat den Ausgebeuteten erstehenden Zuwachs an Muskel-, Nerven-, Lebens-, Arbeitskraft. Ob sich der einzelne Forscher, Gelehrte, Künstler dessen bewusst ist oder nicht, ob er der Ausbeuterklasse mit Absicht dient oder nicht, ist nicht ohne Bedeutung, doch wie in der Politik, wie bei allem menschlichen Handeln überhaupt, kommt es entscheidend an auf die gesellschaftliche Wirkung, auf die gesellschaftliche Richtung, [156] in die das künstlerische Schaffen tatsächlich wirkt, vermöge der Art und Weise, in der der Künstler jeweils den gesellschaftlichen Stoff behandelt, tatsächlich wirken muss. Entscheidend ist, ob es – immer historisch gesehen: also in der jedesmaligen geschichtlichen Etappe – tatsächlich für oder gegen die gesellschaftliche Entwicklung, für oder gegen den Aufstieg der Menschheit wirkt, also vor allem für oder gegen die Entwicklung und den Aufstieg der breiten Millionenmassen der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger. Jedes Kunstwerk in seiner Gesamtheit, jede künstlerisch schaffende Tat gibt, gewollt oder ungewollt, beabsichtigt oder unbeabsichtigt, dem Fühlen, Denken der Menschen eine bestimmte gesellschaftliche Richtung. Das gilt auch von den Forschern, Gelehrten.

Es gibt Künstler, die die gesellschaftliche Frage, die sie behandeln, im Interesse der herrschenden Ausbeuter, bewusst oder unbewusst verfälschen, entstellen, verdrehen, vernebeln, dadurch die Ausgebeuteten, Unterdrückten verwirren, deren Bewusstsein trüben, vernebeln, deren Kampfwillen, Kampfkraft schwächen und eben dadurch die gesamte Position der herrschenden Ausbeuter stärken, das Überwinden ihres durch den Gang der Dinge bereits zum gesellschaftlichen Hemmnis gewordenen Wirtschafts-, Gesellschaftssystems erschweren, verzögern.

Es gibt Künstler, die den bestimmten gesellschaftlichen Stoff, den sie künstlerisch behandeln, bewusst oder unbewusst, in seiner Bedeutung bei weitem übersteigern, ihm ein bei weitem größeres Gewicht verleihen, als ihm im Gesamtzusammenhang des Lebens, der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft tatsächlich zukommt (so zum Beispiel in der kapitalistischen Niedergangsepoche insbesondere der Geschlechtsliebe). Dadurch lenken sie tatsächlich, ob sie wollen oder nicht wollen, das Interesse, die Kraft der Ausgebeuteten, Unterdrückten von der gesellschaftlich entscheidenden Hauptrichtung (nämlich vom unumgänglich notwendigen Kampf gegen die herrschende Ausbeuterklasse) ab in eine Richtung, die zwar von mehr oder minder wichtiger Bedeutung sein kann (im Falle der Geschlechtsliebe sogar von wichtiger Bedeutung ist), aber tatsächlich die Massen von der im gesellschaftlichen Zusammenhang für den weitem Aufstieg der Menschheit weitaus entscheidenden Hauptrichtung ablenkt. Dadurch erschweren sie das Klären des Bewusstseins der Massen, dadurch schwächen sie die Ausgebeuteten, Unterdrückten, dadurch stärken sie die Ausbeuter, Unterdrücker, dadurch konservieren sie das bereits niedergehende Wirtschafts-, Gesellschaftssystem, dadurch erschweren, verlangsamen sie dessen Ersetzung durch ein entwickeltes, höher organisiertes, für die Menschheit bei weitem günstigeres Wirtschafts-, Gesellschaftssystem, dadurch wirken sie dem Aufstieg der Menschheit tatsächlich entgegen.

Es gibt schließlich Künstler, die dem Kampf um die großen Fragen der Menschheit überhaupt den Rücken kehren, doch wohin immer sie flüchten, ob in Nichtigkeiten, ob in Stoffe der Vergangenheit, die mit der Gegenwart, Zukunft möglichst wenig Zusammenhang haben, ob in das Gebiet mehr oder minder müßiger Phantasterei – je kunstvoller sie der Form nach diese Stoffe behandeln, je anziehender der Form nach, mit der sie da dichten, malen, in Töne setzen usw., desto gründlicher dienen sie, bewusst oder unbewusst, tatsächlich der herrschenden Ausbeuterklasse, deren Interesse verlangt, dass die Ausgebeuteten, Unterdrückten von den entscheidenden Fragen der menschlichen Gesellschaft abgelenkt werden in Sphären, die den herrschenden Ausbeutern ungefährlich sind, damit sie weiterhin ausgebeutet, niedergehalten werden können trotz der für immer größere Massen immer unerträglicher werdenden Unhaltbarkeit des überkommenen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, dessen gehäufte Widersprüche nach einem höhern, entwickelteren System der Wirtschaft, Gesellschaft schreien.

[157] All das gilt sinngemäß auch von der Wissenschaft.

In der Gesellschaft des vollendeten Kommunismus lebt und wirkt der Künstler, Forscher, Gelehrte, wie jeder andere Mensch, in seiner Existenz vollkommen gesichert. „Jeder nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seinen Bedürfnissen.“ Die allgemeine Arbeitszeit ist so bedeutend verkürzt, dass jeder einzelne über sehr viel freie Zeit verfügt, die er nach seinem Belieben, nach seinem Drang, Geschmack verwendet. Fast alle werden sie in mehr oder minder großem Maße zu wissenschaftlicher und künstlerischer Betätigung nützen.

Die Arbeitsteilung in der Gesellschaft, in der Wirtschaft war und ist weiterhin ein gewaltiger Fortschritt, aber in ihrer kapitalistischen Form weiter getrieben, vereinseitigt sie die Menschen immer mehr. Es gilt die Vorteile der arbeitsteiligen Arbeit in Werkstatt und Gesellschaft zu bewahren, den Nachteil der Vereinseitigung aber zu überwinden. An die Stelle des Nur-Spezialistentums muss immer mehr treten eine Spezialisierung auf Grundlage und im Rahmen der planmäßig gesteigerten harmonischen Allseitigkeit in der Ausbildung eines jeden Menschen. Im Rahmen der notwendigen Arbeitszeit – notwendigerweise von jedem zu leisten, damit die Gesellschaft all das produziert, was zur Erhaltung und Entfaltung der Menschheit als Ganzes und aller ihrer Teile jeweils nötig – regel-mäßiges Abwechseln im Erfüllen der öffentlichen Funktionen ausnahmslos durch alle, in diesem Rahmen möglichst große und immer umfassendere, höher entwickelte Allseitigkeit in der Ausbildung jedes Einzelnen. Aber auf dieser Grundlage, durch planmäßiges Senken der notwendigen Arbeitszeit, im Rahmen der so immer größer werdenden Freizeit Spezialisierung jedes Einzelnen nach der Richtung, in die es ihn drängt, für die er besondere Anlagen hat. Auf dieser Bahn wird sich auch das wissenschaftliche Forschen, Schaffen, wird sich auch die künstlerisch schöpferische Tätigkeit immer breiter, höher entfalten, Die notwendigen Mittel und Behelfe für die forschende sowohl wie für die künstlerische Arbeit, für die progressive Spezialisierung überhaupt, stellt in vollem Umfang die vollendete kommunistische Gesellschaft zur Verfügung nach dem Grundsatz: Jeder nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seinen Bedürfnissen.

Wie aber wird es mit der Kunst, mit den Künstlern sein auf dem langen Wege bis zum vollendeten Aufbau des Kommunismus? So wie die Wissenschaft, so wird auch die Kunst schon in der proletarischdemokratischen und dann in der sozialistischdemokratischen Übergangszeit an gesellschaftlicher Bedeutung ständig wachsen, immer mehr wahrhaft eine Sache des gesamten Volkes, der gesamten Menschheit werden, mit der jeder Einzelne immer mehr verwächst. Wie die bedeutenden Forscher, Gelehrten, so werden auch die bedeutenden Künstler ein über das allgemeine Höchstmaß hinausgehendes Einkommen beziehen, die proletarische Demokratie wird da keineswegs kleinlich sein. Das Einkommen aller andern Mitglieder der Gesellschaft wird dem in einem planmäßigen Steigerungsprozess allmählich angeglichen werden, indem zuerst das Einkommen der schlechtest bezahlten Schichten der Arbeiterschaft, der armen Bauern und Kleinbürger wesentlich erhöht, sodann das Einkommen aller Werktätigen überhaupt Schritt für Schritt immer höher gehoben werden wird. In der vollendeten kommunistischen Gesellschaft schließlich wird jeder nach seinen Fähigkeiten arbeiten und jedem nach seinen Bedürfnissen zugeteilt werden, damit wird die Ausgleichung in der sozialen Lage aller ohne Ausnahme restlos verwirklicht sein.

Mehr denn je wird es da Forscher, Gelehrte, Künstler geben, aber nicht mehr als mehr der weniger genial vereinseitigte Spezialisten, sondern als allseitig ausgebildete, harmonisch ausgeglichene Menschen, die wie alle andern Menschen mit selbstbewusster Selbstverständlichkeit am gesellschaftlichen Produktionsprozess, am Besor- [158] gen der öffentlichen Funktionen der Gesellschaft vollen Anteil nehmen und auf dieser Grundlage kraft innern Dranges, kraft ihrer Anlagen die Wissenschaft, die Kunst immer höher führen, entfalten für den Aufstieg der Gesamtheit und aller einzelnen.

N. Auf dem Gebiet der Klassenbeziehungen

Alle proletarischdemokratische, dann die sozialistischdemokratische Politik im Größten wie im Kleinsten läuft letzten Endes darauf aus, muss so geartet sein, dass sie durch das Gesamtauswirken all ihrer Schritte, Maßnahmen immer mehr zum tatsächlichen Verschwinden der Klassen führt, die Spaltung der Gesellschaft in Klassen fortschreitend überwindet und schließlich die klassenlose, das ist die vollendete kommunistische Gesellschaft verwirklicht.

Die Zerklüftung der Gesellschaft in Klassen ist endgültig überwunden, sobald alle Menschen auf dem ganzen Erdball ohne Unterschied tatsächlich gleich sind im Verhältnis zu den Produktionsmitteln. Sobald sie alle zusammen und im Einklang damit jeder Einzelne nicht nur formell, sondern tatsächlich Herren sind dieser Springquellen des Lebens der menschlichen Gesellschaft, sobald infolgedessen alle Menschen zusammen und alle Einzelmenschen ohne Unterschied in ihrer Existenz und Entwicklung durch die Gesellschaft derart gesichert sind, dass kein einziger unter ihnen auch nur auf den Gedanken kommt, ein Privatvermögen anzusammeln. „Vernichtung der Klassen“ im sozialistischen Sinn bedeutet, allen Mitgliedern der Gesellschaft derartige Lebensbedingungen zu gewährleisten, dass jeder Anreiz zur individuellen Akkumulation beseitigt wird“ (Trotzki: Die „Terroristen“-Prozesse in der USSR, 1936, S.8/9).

Das ist ein überaus langwieriger, schwerer Prozess, der die gesamte proletarischdemokratische und dann auch noch die gesamte sozialistischdemokratische Epoche beansprucht.

1. Das Überwinden der Kapitalistenklasse

Nachdem die Arbeiterklasse mittels der proletarischen Revolution die Kapitalistenklasse besiegt hat, flammt deren äußerster Widerstand erst recht auf. Indem das revolutionäre Proletariat die kapitalistische Staatsmaschine zertrümmert und das kapitalistische Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln entschädigungslos enteignet, nimmt sie der Kapitalistenklasse die zwei Hauptstützpunkte ihrer Klassenmacht im Inland. Die Bourgeoisie greift dennoch zum gegenrevolutionären Bürgerkrieg, muss mit den Mitteln des revolutionären Bürgerkrieges niedergeworfen und mit dem immer besser auszubauenden Machtapparat des proletarischdemokratischen Staates dauernd niedergehalten werden. Dadurch wird der Widerstand der alten Kapitalistenklasse soweit gebrochen, dass manche ihrer Elemente die

Einsicht gewinnen, es sei vernünftiger, sich auf den Boden der durch die proletarische Revolution geschaffenen Tatsachen zu stellen. Nachdem er die untauglichen, sabotierenden Elemente ausgeschieden, zieht der proletarischdemokratische Staat solche loyal gewordene Elemente zum proletarischdemokratischen Aufbau heran, nützt ihre Erfahrungen und billigt ihnen je nach ihrer Qualität und ihren tatsächlichen Leistungen für eine gewisse, mehr oder weniger lange Übergangszeit ein sogar über das allgemeine Maximum hinausgehendes, unter Umständen sogar sehr hohes Entgelt zu. Doch bleiben auch diese loyalen Bourgeoiselemente unter dauernder proletarischdemokratischer Kontrolle von unten und oben.

Nach wie vor bleiben drei große Gefahrenquellen.

Die Kapitalistenklasse (die Großgrundbesitzer inbegriffen) verfügt aus jahrzehnter, jahrhundertelanger Praxis, Übung, Erfahrung über die zum Leiten, Organisieren der Produktion und auch des Heeres nötigen Fähigkeiten. Die Arbeiterklasse, die armen Bauern und Kleinbürger müssen diese Fähigkeiten erst erlernen, das braucht eine mehr oder weniger lange Übergangszeit, während welcher die brauchbaren, einsichtig gewordenen Elemente der besiegten Bourgeoisie, deren Widerstand gebrochen wurde, mehr oder weniger herangezogen werden müssen, um der proletarischen Demokratie das Lösen dieser Aufgabe zu erleichtern.

Die besiegte Bourgeoisie verfügt nach wie vor über große internationale Beziehungen. Die Weltbourgeoisie arbeitet ununterbrochen daran, den proletarischdemokratischen Staat zu zerstören oder zum Entarten zu bringen. Gerade zu diesem Zweck unterhält sie mit allen Mitteln engste Verbindungen mit der geschlagenen Bourgeoisie. Im Innern, wenn nicht anders möglich, geheim, getarnt – im Ausland vermittelt der ausländischen Klassenorganisationen, welche die geflüchteten Teile der besiegten Bourgeoisie dort auftauen.

Die kleinbäuerlichen Schichten in den Dörfern, die kleinbürgerlichen Schichten in den Städten reproduzieren aus ihrer Mitte immer wieder aufs Neue kapitalistische Tendenzen, kapitalistische Elemente. Aus dieser Wurzel fließen der geschlagenen Bourgeoisie immer wieder neue Kräfte zu.

Insbesondere in kritischen Situationen werden die alten kapitalistischen Elemente von außen und innen immer wieder versuchen, ihre alte Position wieder zu gewinnen. Gerade dazu organisieren sie, letzten Endes geheim, eine zähe, vorbereitende Miniarbeit, unterstützt durch Elemente, die sich getarnt in den proletarischdemokratischen Staats- und Wirtschaftsapparat usw. eingeschlichen haben. Zu besonders großer Gefahr wächst all dies an, wenn eine andauernd falsche Politik des proletarischdemokratischen Staates, das damit verbundene Entarten der Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie die kapitalistischen Tendenzen verstärkt, zum Entstehen neuer kapitalistischer Elemente führt.

Von Einzelausnahmen abgesehen, gewinnt die siegreiche proletarische Demokratie aus der alten kapitalistischen Generation keine bewussten, überzeugten, völlig verlässlichen Mitkämpfer. Mehr oder weniger gilt das auch für die zweite Generation der Bourgeoisie, die noch unter kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen aufgewachsen ist. Erst die dritte Generation der Bourgeoisie, die auf Grundlage des gebrochenen Widerstandes im gefestigten proletarischdemokratischen Staat aufwächst, dessen Erziehung genießt, den proletarischdemokratischen Aufbau tätig mitmacht, das wirtschaftliche und kulturelle Aufsteigen der proletarischen, kleinbäuerlichen, kleinbürgerlichen Massen in Stadt und Dorf miterlebt, erst sie beginnt sich in allmählich wachsender Zahl bewusst, ehrlich der proletarischen Demokratie einzufügen. In demselben Maße, als dies tatsächlich geschieht, reiht sie der Arbeiter- und Kleinbauernstaat der proletarischen Demokratie ein, verleiht ihnen aktives und passives Wahlrecht zum Arbeiter- und Kleinbauernrat. Endgültig abgeschlossen ist dieser Prozess erst mit dem Abschluss der sozialistischdemokratischen Epoche, die in den vollendeten Kommunismus überleitet. Denn restlos und endgültig überwunden auch nur in einem einzigen Land ist die Kapitalistenklasse tatsächlich erst, wenn sie im Weltmaßstab restlos überwunden ist, erst bis alle Klassen auf dem gesamten Erdball endgültig verschwunden sind, erst in der vollendeten kommunistischen Gesellschaft. Während der langen Übergangszeit bis dahin wirken mehr oder weniger die schon genannten Gefahrenquellen, denen die wiederholten Anstrengungen der Weltbourgeoisie entspringen, den proletarischdemokratischen, dann sozialistischdemokratischen Staat zu zerstören oder zum Entarten zu bringen. Diese immer wiederkehrenden wirtschaftlichen, politischen und selbst kriegerischen Versuche, Bemühungen der Weltbourgeoisie rufen auch in den spätern Phasen Schwankungen bei einem mehr oder weniger großen Teil jener Elemente hervor, die von der alten Kapitalistenklasse abstammen. Bei konsequent richtiger proletarischrevolutionärer, proletarischinternationaler Politik klingt das Ausmaß dieses Schwankens fortschreitend immer mehr ab. Umgekehrt, wenn infolge dauernd falscher Politik das damit zwangsläufig verbundene Entarten des proletarischen Staates neue kapitalistische Elemente aufzucht, emporbringt. Das Auflösen, Überwinden der Kapitalistenklasse ist ein lang andauernder und in keinem Fall gleichmäßiger Prozess.

Besonders hartnäckigen Widerstand leistet die Dorfbourgeoisie. Wo und soweit es ausnahmsweise nötig ist, müssen die Großbauern – erforderlichenfalls entschädigungslos – enteignet werden. Jedenfalls muss sie der proletarischdemokratische Staat mit größter politischer Festigkeit dauernd niederhalten, ihnen für jeden von ihnen angezettelten Aufstandsversuch eine eiserne Lehre erteilen. Von Haus aus muss die proletarischrevolutionäre Politik die untern und mittlern Schichten im Dorf von den ausbeutenden Bauern und den mit diesen verbundenen Großgrundbesitzern, Kapitalisten trennen. Das wird erreicht durch organisatorisches Zusammenfassen des Landproletariats (der Land- und Forstarbeiter, Knechte, Mägde, Tagelöhner), des Halbproletariats und der armen ausgebeuteten Bauern zu Arbeiter- und Kleinbauernräten auf der Grundlage des festen Bündnisses dieser Klassen unter Führung des Proletariats. Das wird weiter erzielt durch Neutralisieren der nichtausbeutenden Mittelbauern mittels einer ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen entgegenkommenden Politik bei größter politischer Festigkeit gegenüber ihren Schwankungen. Erst die

unter dem gefestigten proletarischdemokratischen Staat aufgewachsenen großbäuerlichen Generationen beginnen allmählich den Gedanken an eine Wiederherstellung ihrer alten Ausbeuterposition, der Ausbeutung überhaupt aufzugeben; in demselben Maße, als sie das tun, wird sie die proletarische Demokratie als vollwertige Glieder einreihen. Doch vollzieht sich dieser Prozess unter wiederholten Schwankungen, die sich zu einer wahren Gefahr auswachsen, wenn eine andauernd falsche Politik die Großbauern nur äußerlich „liquidiert“, sie in Wirklichkeit getarnt weiter bestehen lässt, noch dazu in Positionen, die ihren Wirkungsbereich, ihre Machtstellung tatsächlich erhöhen, und wenn überdies die damit verbundene Degeneration des proletarischen Staates neue kapitalistische Elemente aufzucht. Das Auflösen, Überwinden der Großbauern als Klasse, ihr Aufgehen als Brüder unter Brüdern mit allen andern Menschen ist voll und endgültig verwirklicht erst in der vollendeten kommunistischen Gesellschaft. Sehr befördert wird dieser Prozess durch eine richtige Agrarpolitik des proletarischdemokratischen Staates, welche die Agrarkollektivierung den nichtausbeutenden Bauern nicht aufzwingt, sondern sie dafür durch überzeugende Praxis allmählich gewinnt. Gerade die günstigen Ergebnisse, die sie nach allen Selten hin zeigt, erleichtert es den spätern großbäuerlichen Generationen, sich von den innerlich noch immer mehr oder weniger gehegten Ausbeuterhoffnungen endgültig zu [161] befreien und ehrlich der Gemeinschaft der Werktätigen einzureihen.

Die Kleinkapitalisten trennt der proletarischdemokratische Staat möglichst von den Groß- und Mittelkapitalisten, den Großgrundbesitzern und Großbauern, indem er ihnen nach vielen Beziehungen wirtschaftlich entgegenkommt. Allerdings müssen sie die proletarischdemokratischen Vorschriften hinsichtlich Lohn, Arbeitsbedingungen, Sozialversicherung, Steuern usw. einhalten. Der Arbeiter- und Kleinbauernstaat erleichtert es den Kleinkapitalisten und noch mehr ihren nächsten Generationen, sich von der kapitalistischen Vergangenheit endgültig zu lösen und sich als nichtausbeutende Werktätige unter Werktätigen, als Arbeiter unter Arbeitern der proletarischen Demokratie ehrlich anzuschließen, dass die Arbeiter, Kleinbauern, Kleinbürger inzwischen wirtschaftlich und kulturell gewaltig aufgestiegen, macht es den spätern, von den Kleinkapitalisten abstammenden Generationen leicht, sich in die Gemeinschaft der Werktätigen hineinzufinden, in ihr aufzugehen.

2. Das Überwinden der kleinbürgerlichen Klasse

Mit der echten, der nichtausbeutenden Mittelklasse, das ist mit den Kleinbauern, muss sich die revolutionär siegreiche Arbeiterklasse verständigen und sie in einem langandauernden Prozess allmählich umgestalten, neu erziehen, ohne Gewalt, durch Überzeugen, durch eine Politik, die sie wirtschaftlich befriedigt. Sie werden grundsätzlich nicht enteignet. Auf dem Wege über die genossenschaftliche Organisation, letzten Endes durch Zusammenfassen zu Produktivgenossenschaften, bemüht sich der proletarischdemokratische Staat, sie zu gesellschaftlichem Großbetrieb überzuleiten. Das mündet in der Landwirtschaft ein in die Agrarkollektivierung. In manchen Fällen wird es zweckmäßig sein, eine mehr oder minder große Zahl von kleingewerblichen Betrieben organisatorisch mit einem Großbetrieb zu verknüpfen. Durch das fortschreitende Verbessern der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den staatlichen Betrieben wird die junge Generation der Kleingewerbetreibenden (Handwerker, Kleinhändler, Kleingastwirte, Kleinfuhrleute usw.) immer mehr durch die Staatswirtschaft angezogen, sie verliert im Laufe der Zeit immer mehr das Interesse, den kleingewerblichen Betrieb fortzusetzen, stellt ihn schließlich freiwillig gegen vollkommene Entschädigung ein. Da es sich hier um durch eigene Arbeit erworbenes Eigentum handelt, ist die volle Entschädigung durchaus gerechtfertigt. Die besten, bewusst proletarischrevolutionären Elemente der jungen kleinbäuerlichen, kleinbürgerlichen Generation werden in den eigentlichen Apparat des proletarischdemokratischen Staates aufgenommen.

Die unvermeidlichen Schwankungen des Kleinbauernturns, Kleinbürgertums im Zuge dieses langen Prozesses macht der proletarischdemokratische Staat unschädlich, überwindet sie, indem er die wirtschaftlichen Interessen der Kleinbauern, Kleinbürger unentwegt befriedigt, dies jedoch mit der größten politischen Festigkeit verbindet gegenüber jedem Schwanken dieser Schichten oder eines Teiles derselben zur Bourgeoisie. Die eigene praktische Erfahrung zeigt den Mittelschichten immer wieder, dass es für sie vorteilhafter ist, mit der Arbeiterklasse, mit der Diktatur der proletarischen Demokratie, die sie im und durch den Arbeiter- und Kleinbauernrat mitbestimmen, gegen die Bourgeoisie zu gehen, als mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat, gegen den proletarischdemokratischen Staat. So kommen im Zuge der Generationen die Kleinbauern, Kleinbürger den Arbeitern immer näher, sie alle werden wirtschaftlich und kulturell durch die proletarische Demokratie immer höher gehoben, [162] und so verschmelzen sie alle immer mehr zu einer Gemeinschaft, die sich klassenmäßig immer weniger unterscheidet.

All dies gilt auch von den nichtausbeutenden Mittelbauern, die der proletarischdemokratische Staat zuerst neutralisiert, um sich mit ihnen schließlich zu einem dauernden Bündnis zu verständigen.

3. Das Überwinden der Arbeiterklasse

Unter der Führung ihrer zur proletarischdemokratischen Partei zusammengefassten klassenbewussten Elemente überwinden die Arbeiter sich selbst als Klasse in einem langen, langjährigen Prozess. Um ihren proletarischen Klassencharakter endgültig abzustreifen, müssen die Arbeiter die fünffache Riesenhypothek liquidieren, womit das große Erbe, das sie von der durch sie besieigten kapitalistischen Gesellschaft übernehmen, belastet ist.

Die Klassengesellschaft hat die Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt. Diese Trennung muss beseitigt, die Verbindung der Arbeiter mit den Produktionsmitteln wieder hergestellt werden. Formell geschieht dies durch die

Enteignung der Kapitalistenklasse, durch die Begründung des Gemeineigentums der Arbeiterklasse an den entscheidenden Produktionsmitteln, welches Kollektiveigentum die Arbeiterschaft auf dem Wege über den proletarischdemokratischen Staat ausübt. Doch damit die Arbeiter tatsächlich Herren der Produktionsmittel, Herren der Produktion seien, müssen sie auch die Fähigkeit erwerben, die Produktion organisieren, verwalten, leiten zu können, müssen sie fähig sein, über die Produktionsmittel mit voller Sachkenntnis zu verfügen.

Die Klassengesellschaft hat die Arbeiter bewusst von aller Theorie und Praxis getrennt, die ihnen die Fähigkeit vermittelt hätte, die Produktion zu organisieren, zu verwalten, zu leiten. Sie hat sie bewusst von der Wissenschaft, von der Kultur getrennt. Sie hat ihnen von all dem jeweils nur so viel zuteilwerden lassen, als die Ausbeuterwirtschaft, Ausbeutergesellschaft es im maximalen Interesse der Ausbeuter, Unterdrücker selbst erforderte, Um sich selbst als Klasse zu liquidieren, müssen die Arbeiter eine Wirtschaft, eine Gesellschaft aufbauen, die alle Arbeiter ohne Unterschied kulturell auf eine solche Höhe hebt, dass jeder einzelne von ihnen fähig ist, die Aufgaben der Betriebsleitung, der Produktionsleitung überhaupt mit dem besten Erfolg zu erfüllen. Das leistet die proletarischdemokratische, dann die sozialistischdemokratische Gesellschaft, indem sie die Arbeitermassen zugleich und vor allem auch wirtschaftlich immer höher hebt. Schließlich wird es volle Wirklichkeit in der vollendeten kommunistischen Gesellschaft, in der jeder nach seinen Fähigkeiten arbeitet und jedem nach seinen Bedürfnissen zugeteilt wird.

Die Klassengesellschaft hat die aus dem Urkommunismus übernommene primitive Arbeitsteilung aufs äußerste verbreitert, vertieft, gesteigert. Sie hat die Arbeitsteilung auch in die Werkstatt, in die Fabrik eingeführt und aufs äußerste potenziert. Das war ein ungeheurer Schritt vorwärts in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Doch dieser Fortschritt wurde bezahlt mit einer ungeheuerlichen Vereinseitigung nicht nur jedes einzelnen Menschen, sondern ganzer Menschengruppen, eben der Klassen. Solange die vereinseitigende Arbeitsteilung der Klassengesellschaft besteht, solange werden auch die Klassen weiter bestehen. Damit die Arbeiter [163] sich selbst als Klasse aufheben, müssen sie den gesellschaftlichen Arbeitsprozess so umorganisieren, dass die gewaltigen Vorteile der Arbeitsteilung gewahrt bleiben, aber deren vereinseitigende Wirkung überwunden, ausgeschaltet wird. Gerade diese gesellschaftliche Organisation verwirklicht der proletarischdemokratische, dann der sozialistischdemokratische Staat, indem er das durchgehende regelmäßige Abwechseln aller Menschen ohne Unterschied im Erfüllen aller öffentlichen Funktionen, auch der öffentlichwirtschaftlichen, wozu auch die hauswirtschaftlichen gehören, stufenweise in die Tat umsetzt. Aber nur auf Grundlage des andauernd planmäßigen Steigerns des wirtschaftlichen und kulturellen Niveaus der Arbeiter und aller Menschen überhaupt kann die Neuorganisation der Gesellschaft verwirklicht werden.

Die urkommunistische Gesellschaft kannte nicht und konnte noch nicht kennen die brüderliche Gemeinschaft aller Menschen. Bei der Kärghlichkeit der Produktionsmittel, der Produktion der Urzeit war das unmöglich. Im kleinen Kreis der blutsverwandtschaftlichen Gemeinschaft, innerhalb des Geschlechts, des Stammes, herrschte das brüderliche Verhältnis der Urmenschen, außerhalb desselben gab es grundsätzlich keinen Bruder, keinen Menschen, nur Feinde. Selbst diese urzeitliche Menschensolidarität hat die Klassengesellschaft vollkommen vernichtet. Sie hat nicht nur die Ausbeuter, Unterdrücker, sondern unvermeidlicher Weise auch die Ausgebeuteten, Unterdrückten demoralisiert. Selbstsucht, Eigennutz, Egoismus in allen möglichen Gestalten und Abstufungen war und ist die tatsächliche Moral der Klassengesellschaft, auch wann und wo sie das mit religiösen und sonstigen Phrasen deckt, die in Worten vom Gegenteil reden. Bedingungen, unter denen das Kapital die Arbeiter zu leben zwingt, sind so schwer, dass sie die Masse der Arbeiter nicht nur schwach im Bewusstsein machen, sondern sie auch moralisch schwächen. Mehr oder weniger haben die Sklavenhalter, die Fronherren, die Kapitalisten in den Massen der Ausgebeuteten, Unterdrückten den Sklavensinn gezüchtet, die Knechtseligkeit, Fügsamkeit, das kurzsichtige Starren. Schnappen nur nach dem unmittelbaren Vorteilchen, die Selbstsucht, die nur an sich oder nur an einen kleinen Kreis denkt und bereit ist, um dessentwillen die andern Unterdrückten, Ausgebeuteten im Stiche zu lassen, preiszugeben, mit dem eigenen Vorteil auf deren Kosten zufrieden zu sein. Das bürgerliche und kleinbürgerliche Milieu, in dem die Arbeiter leben, die zahllosen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Einflüsse, die bewusst und unbewusst immer wieder in ihre Reihen getragen werden, suchen all diese Sklaveneigenschaften in der Arbeiterschaft möglichst zu verbreitern, zu vertiefen, dauernd zu erhalten. Gerade die klassenbewussten, die revolutionären Elemente des Proletariats, ihre Organisationen, die proletarischdemokratische Partei, müssen dies klar erkennen, dürfen sich darüber keiner Selbsttäuschung hingeben: Ihre und auch des proletarischdemokratischen Staates Grundaufgabe besteht gerade darin, die großen Massen der Arbeiter nicht nur im Bewusstsein, sondern auch moralisch immer höher zu heben, zu immer bewussterer, immer stärkerer, immer umfassenderer proletarischer Klassensolidarität, die sich selbst als unumgängliches Mittel erkennt zum Erkämpfen der menschlichen Solidarität alles dessen, was da Menschenantlitz trägt.

Das muss Hand in Hand gehen mit dem unversöhnlichen Kampf gegen alle in der Arbeiterbewegung wirkenden bürgerlichen, kleinbürgerlichen Einflüsse. Mehr noch. Die proletarische Partei muss wissen, dass auch der Sieg der proletarischen Revolution, die bloße Tatsache der Aufrichtung der proletarischdemokratischen Staatsmacht diese Schwächen keineswegs schon beseitigt, sondern dass es dazu des immer weitergreifenden weltrevolutionären Kampfes durch die ganze Epoche der proletarischen, dann der sozialistischen Demokratie bedarf, solang, bis sie auf dem ganzen Erdball [164] zum Siege geführt, gefestigt und voll durchgeführt ist. Im gleichen Maß erhebt und festigt sich die neue gesellschaftliche Disziplin, die immer mehr die alte Sklavendisziplin verdrängt, die proletarischdemokratische, sozialistischdemokratische, die selbstbewusste, freiwillige, freie Disziplin.

Die Klassengesellschaft hält die Spaltung der Menschheit in Nationen aufrecht und konserviert auch dadurch die Klassenspaltung. Nur indem die Arbeiterklasse all das: die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln, die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der Arbeitermassen, der mit der Arbeitsteilung verbundenen Vereinseitigung der Arbeiter und deren aus der Klassengesellschaft erwachsene geistige und moralische Schwächen auf der ganzen Erde, in allen Ländern ohne Ausnahme, auch in den zurückgebliebensten, voll überwindet, nur indem sie in allen Ländern ohne Ausnahme alle Klassen, alle Klassenreste, alle Klassenideologien, alle Klassenmoral in der Wurzel aufhebt, hebt sich die Arbeiterklasse selbst als Klasse auf, geht sie mit allen andern Menschen auf in der klassenlosen, brüderlichen Gemeinschaft des vollendeten Kommunismus.

„Während wir den Arbeitern sagen: Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen, sagt ihr das Gegenteil: „Wir müssen gleich zur Herrschaft kommen oder wir können uns schlafen legen“. Während wir speziell die deutschen Arbeiter auf die unentwickelte Gestalt des deutschen Proletariats hinweisen, schmeichelt ihr auf das plumpste dem Nationalgefühl und dem Standesvorurteil der deutschen Handwerker, was allerdings populärer ist. Wie von den Demokraten das Wort Volk zu einem heiligen Wesen gemacht wird, so von Euch das Wort Proletariat“, sagt Marx den Ultra-„radikalen“ zu Beginn der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts (Enthüllungen über den Kommunistenprozess zu Köln, S.123).

„Sie (die Arbeiterklasse) weiß, dass, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, dass sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden“ (Marx: Adresse des Generalrats über den Bürgerkrieg in Frankreich, 1871, S.50).

„Das Proletariat wird noch lange nicht zum Heiligen werden und ist noch lange nicht gegen Fehler und Schwächen gefeit, nur aus dem einzigen Grund, weil es die soziale Revolution vollzogen haben wird“ (Lenin: Ergebnisse der Diskussionen über das Selbstbestimmungsrecht, 1916, Gegen den Strom, S.410).

„In Wirklichkeit seid ihr vor den verhältnismäßig kleinen Schwierigkeiten, die der Kampf gegen den bürgerlichen Einfluss innerhalb der Arbeiterbewegung mit sich bringt, erschreckt, während euer Sieg, das heißt der Sturz der Bourgeoisie und die Eroberung der Macht durch das Proletariat, diese selben Schwierigkeiten in noch größerem und unermesslich größerem Umfang schaffen wird“ (Lenin: Der „Radikalismus“ die Kinderkrankheit des Kommunismus, 1920, S.93).

„Die Schaffung der sozialistischen Gesellschaft bedeutet die Organisierung der Werktätigen auf neuen Grundlagen, ihre neue Arbeitserziehung mit dem unveränderlichen Ziel – der Hebung der Arbeitsproduktivität, Die Arbeiterklasse muss unter Leitung ihres Vortrupps sich selbst auf den Grundlagen des Sozialismus neu erziehen“ (Trotzki: Terrorismus und Kommunismus, 1920, S.121).

4. Das Überwinden des Klassencharakters der Intellektuellen

Die Intellektuellen sind keine Klasse. Je nach Ihrer Rolle im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess gehören sie klassenmäßig zur Bourgeoisie oder zum Kleinbürgertum oder zum Proletariat. In dieser Richtung gilt all das über das Auflösen, Liquidieren der kapitalistischen oder kleinbürgerlichen und der proletarischen Klasse Gesagte auch für die Intellektuellen.

Allein selbst denjenigen Intellektuellen, die kraft ihrer Funktionen im Gesamtprozess der gesellschaftlichen Produktion objektiv zum Kleinbürgertum, ja zur Arbeiterklasse gehören, ist der Masse nach eine Besonderheit eigen, die von der proletarischdemokratischen Klassenpolitik berücksichtigt werden muss. Die vorwiegend intellektuellen Funktionen der Wirtschaft, Gesellschaft überträgt die Bourgeoisie Elementen, die sie durch bewusste Auslese der Masse nach der großbürgerlichen oder der kleinbürgerlichen Klasse nimmt. Die Intellektuellen entstammen daher der weitaus überwiegenden Zahl nach dem Großbürgertum oder dem Kleinbürgertum, mit dem sie durch Familienbände, Verkehr, Verbindungen aller Art eng verknüpft bleiben. Hand in Hand mit dieser klassenmäßig bewussten Auslese geht eine klassenmäßig wohlberechnete Spezialerziehung der Intellektuellen an Hochschulen, Kadettenschulen usw., wo sie systematisch mit einem Bewusstsein erfüllt werden, das sie vom Proletariat möglichst scharf trennt und geistig der Kapitalistenklasse, zumindest aber der Mittelklasse einreicht. In der Regel können nur bürgerliche oder halbwegs bürgerliche kleinbürgerliche Kreise die Kosten einer solchen Erziehung aufbringen. Schließlich stellt die Bourgeoisie die Intellektuellen auch materiell über die Arbeiter und hält ihnen die Aussicht einer mehr oder minder großen Karriere in der kapitalistischen Wirtschafts- und Staatshierarchie offen, unter der Bedingung, dass sie klassenmäßig mit der Kapitalistenklasse oder zumindest mit dem Kleinbürgertum zusammengehen. All das hat zur Folge, dass selbst jene Intellektuellen, die kraft ihrer Produktionsrolle Kleinbürger, ja Proletarier sind, dem Bewusstsein nach sich als Teil der Bourgeoisie fühlen, verhalten oder als Teil des Kleinbürgertums, der Masse nach gegen die Arbeiterklasse, gegen die proletarische Revolution eingestellt. Durch die Staatskunst der Kapitalistenklasse ist diese bürgerliche oder kleinbürgerliche Einstellung der Intellektuellen in ihnen im Laufe vieler Generationen so verwurzelt, dass die Tatsache des revolutionären Sieges der Arbeiterklasse über die Kapitalistenklasse daran für sich allein, von mehr oder weniger

vereinzelten Ausnahmen abgesehen, der Masse nach nichts ändert. Sie sind ein Hauptelement, worauf sich die Bourgeoisie gegen die revolutionär siegreiche Arbeiterklasse stützt, insbesondere bei allen Anstrengungen, den eben aufgerichteten proletarischdemokratischen Staat durch Sabotage möglichst zu desorganisieren und durch gegenrevolutionären Aufstand, Bürgerkrieg zu zertrümmern.

Um das bürgerliche oder kleinbürgerliche Bewusstsein der Intellektuellen zu überwinden, muss die siegreiche proletarische Demokratie deren Widerstand zunächst einmal mit hart durchgreifender Hand brechen und ihre Reihen von allen untuglichen, sabotierenden, überhaupt unheilbaren Elementen gründlich reinigen. Erst nachdem dies durchgeführt, kann, soll, muss der Staat der proletarischen Demokratie sie zum proletarischdemokratischen Aufbau heranziehen, auch die Offiziere. Er weist den lo- [166] yalen Elementen eine ihrem Bildungsgrad, ihrer besondern Eignung entsprechende Arbeit zu. Soweit es sich um besonders befähigte Spezialisten handelt, stellt er sie für eine mehr oder minder lange Übergangszeit über das allgemein gültige Lohnmaximum, billigt ihnen unter Umständen sogar ein sehr hohes Einkommen zu. Doch bleiben sie unter fester proletarischdemokratischer Kontrolle von unten und oben.

Der Prozess des Auflösens des Klassencharakters der Intellektuellen vollzieht sich allmählich in den folgenden Generationen in demselben Maße, als die proletarische, dann die sozialistische Demokratie die Trennung zwischen geistiger und manueller Arbeit immer mehr überwindet, indem sie das allgemeine wirtschaftliche und kulturelle Niveau der werktätigen Massen immer höher hebt, die Arbeitsteilung von ihren vereinseitigenden Wirkungen befreit, das regelmäßige Abwechseln aller Menschen ohne Unterschied im Besorgen aller öffentlichen Funktionen immer besser organisiert.

„Nicht mit Hilfe der Gebildeten, sondern trotz ihres Widerstandes – wenigstens in den meisten Fällen – wird das Proletariat siegen, wird es die unverbesserliche bürgerliche Intelligenz beiseiteschieben, die Schwankenden ummodeln, neu erziehen, sich gefügig machen und nach und nach sie immer mehr auf seine Seite herüberziehen“ (Lenin: Die große Initiative, 1919, S.18). „Ohne den journalistischen Apparat kann keine Massenbewegung auskommen in einem einigermaßen zivilisierten Land. Und keinerlei Gezeter gegen „Führer“, keinerlei eidliche Versprechungen, die Massen von dem Einfluss dieser Führer rein zu halten, können sie von der Notwendigkeit befreien, die Vertreter dieses bürgerlichen „intellektuellen“ Milieus für diese Arbeit zu benutzen, können uns von der bürgerlich-demokratischen „Besitzer“-Atmosphäre und der Umgebung befreien, in der diese Arbeit beim Kapitalismus durchgeführt wird“ ... „Bei der Sowjetmacht werden sich eurer und unserer proletarischen Partei noch mehr bürgerlich-„intellektuelle“ Elemente aufdrängen. Sie werden sich in die Räte drängen und in die Gerichte und in die Administration, denn man kann den Kommunismus nur aus dem Menschenmaterial aufbauen, das der Kapitalismus geschaffen hat, denn man kann das bürgerliche „Intellektuellentum“ nicht zertreten und vernichten, man muss es besiegen, ummodeln, umbauen, neu erziehen“ (Lenin: Die Kinderkrankheiten, 1920, S.91,93/94).

„Erst nachdem der Widerstand der Intellektuellen in hartem Kampf gebrochen wurde, öffnet sich die Möglichkeit, die Fachleute zur Arbeit heranzuziehen“ ... (Trotzki: Am 28.3.1918 auf der Moskauer Stadtkonferenz) „Wie in den toten Maschinen, so ist auch in diesen Technikern, Ingenieuren, Ärzten, Lehrern, ehemaligen Offizieren ein bestimmtes nationales Kapital unseres Volkes verkörpert, das wir verpflichtet sind auszubeuten, auszunutzen, wenn wir die grundlegenden Fragen, vor denen wir stehen, überhaupt lösen wollen“ ... „Zu den Ämtern, die Fachkenntnisse erfordern, werden Fachleute der bürgerlichen Schule herangezogen; ihnen wird die erforderliche Selbständigkeit gegeben, aber die Kontrolle über die Arbeit verbleibt in den Händen der Arbeiterklasse, in der Person der Kommunistischen Partei“ (Trotzki: Terrorismus und Kommunismus, 1920, S.95,126). „Dieser Kampf um eine größere Gleichheit schließt in der Übergangszeit eine höhere Bezahlung der gelernten Arbeiter, eine Hebung der materiellen Lage der Spezialisten keineswegs aus. Ebenso wenig schließt er für Lehrer und dergleichen eine bessere Bezahlung aus, als sie in den bürgerlichen Staaten üblich ist“ (Trotzki: Die wirkliche Lage in Russland, 1927, S.583).

Bei weitem höhere Anforderungen an die Intellektuellen als der proletarischdemokratische Staat stellt die proletarischdemokratische Partei, soweit sie sie in ihre Mitte nimmt. Diese Anforderungen sind sogar höher als diejenigen, die sie an die [167] klassenbewussten Arbeiter stellt.

5. Das Überwinden des Lumpenproletariats

Die Lumpenproletarier bilden keine Klasse, sie erfüllen keine Rolle im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess. Sie sind Opfer, Zersetzungsprodukte der mehrtausendjährigen Klassengesellschaft, die allen Klassen, vorwiegend dem Proletariat, entspringen. Der große Sieg der revolutionären Klasse kann dieses Erbe vieler Jahrtausende nicht aus der Welt schaffen. Der proletarischdemokratische Staat hat daran noch lange zu tragen und muss mit fester Hand insbesondere allem verbrecherischem Handeln entgegenreten, nicht zuletzt denjenigen, die durch List, Gewalt Vorteile auf Kosten der Gesellschaft oder ihrer Glieder an sich reißen. Aber der Kampf gegen alle lumpenproletarische Erscheinungen, darunter auch gegen die Prostitution, bewegt sich grundlegend auf der unausgesetzten Arbeit daran, die gesamten werktätigen Massen ohne Unterschied, vor allem ihre schlechtest bezahlten, gedrücktesten Schichten, wirtschaftlich, kulturell und moralisch immer höher zu heben. Die armen Opfer, die durch die Widersprüche der Klassengesellschaft in die Abgründe des Lumpenproletariats hinabgeschleudert wurden, finden so fortschreitend in der Tat immer mehr die Möglichkeit, in der Wirtschaft unter Bedingungen unterzukommen, die ihnen immer mehr eine menschenwürdige Existenz und die brüderliche Achtung der Mitarbeiter, Mitmenschen eröffnen. Sie werden so in einem allmählichen Prozess immer mehr aufgesogen und verschwinden im Verlaufe der sozialistischdemokratischen Epoche

schließlich auf dem ganzen Erdball überhaupt. Die klassenlose Gesellschaft ist frei von jedem Lumpenproletariat, mit der Klassengesellschaft verschwindet auch deren lumpenproletarisches Zersetzungsprodukt.

6. Die Stalinsche Klassen„liquidierung“

Soweit es sich um die alten Klassen der besiegten zaristischen halbfeudal-bürgerlichen Gesellschaft handelt, hat die Stalinbürokratie das von der siegreichen Oktoberrevolution übernommene Erbe auch in diesem Punkt heruntergebracht und bringt es immer weiter herunter. Die Oktoberrevolution hat die russischen Großgrundbesitzer und Kapitalisten als Klasse in der Hauptsache aufgehoben, die Kulaken stark geschwächt, die Mittelbauern ernstlich sich nahe gebracht und die armen Bauern und Kleinbürger fest mit sich verbunden. Die Stalinbürokratie hat wohl mehr oder minder zahlreiche Einzelindividuen der restlichen Elemente der Großgrundbesitzer, Kapitalisten, Kulaken mehr oder minder gewaltsam „liquidiert“, aber sie hat diese Klassenreste, im Falle der Kulaken noch ziemlich bedeutend am Umfang, keineswegs aufgehoben, sondern zumeist nur deren äußere Erscheinungsform geändert, sie aber dem Wesen nach gestärkt; unter allen möglichen Tarnungen haben sie in der Stalinschen Ära ein neues, viel wirksameres Betätigungsfeld gefunden, und zwar gerade durch die Stalinsche „Staatskunst“. Das gilt besonders von den Kulaken. Doch waren diese alten Klasselemente an sich keine große Gefahr, wenn nicht neue Ausbeuterelemente hinzukämen, die durch die tatsächlichen Auswirkungen der Stalinschen Politik, trotz der entgegengesetzten Absichten der Stalinbürokratie, in ihr und um sie herum immer mehr aufgezüchtet werden. Nach der Stalinlegende sind in Russland „die Klassen fast vollständig liquidiert“, die klassenlose Gesellschaft ist dort angeb- [168] lich beinahe voll verwirklicht. In Wirklichkeit geht dort infolge der Stalinschen Politik gerade im Gegenteil ein andauernder Prozess des Herausbildens der Klassen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft vor sich, ein Prozess, der die Gefahr der Wiederherstellung eines modernen, äußerst gewaltsamen, monopolistischen Kapitalismus immer mehr vergrößert.

Wenn die Temperatur des Wassers fortgesetzt gesenkt wird, so ändert sich äußerlich scheinbar gar nichts an der Beschaffenheit des Wassers. Erst auf einem gewissen Tiefpunkt werden die Veränderungen sichtbar: Das Wasser schlägt um in eine neue Qualität, wird Eis. Ob 30, 20, 10, 5, 1 Grad, dem Auge scheint das Wasser gleich, es bedarf eines solchen Instrumentes wie des Thermometers, damit der Mensch die Wandlungen, die das Wasser unter dem Einfluss des fortgesetzten Senkens der Temperatur mitmacht, sehen kann.

24 Stunden vor dem Sturz Robespierres schien es in Frankreich nur da und dort vereinzelte Spekulanten, Wucherer usw. zu geben, die sich maßlos bereicherten, aber es gab scheinbar keine neue Ausbeuterklasse, alle hatten den Ruf, „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ auf den Lippen. Das Abzeichen der Jakobinermütze zumindest im Knopfloch, alle übertrafen einander in Schmeicheleien gegenüber der Person des Diktators Robespierre, alle waren dem äußern Anschein nach durch und durch revolutionär. 24 Stunden nach dem Sturz des „großen Realisten“ Robespierre feierte die neue Ausbeuterklasse, die französische Bourgeoisie, zu Tausenden und Abertausenden Jubelfeste, von denen die Städte Frankreichs widerhallten, ihre Söhne, die „goldene Jugend“, beherrschten mit dem Knüttel die Straßen.

Beim Prozess des Herausbildens einer neuen Ausbeuterklasse gibt es kein solches Instrument wie das Thermometer, um das Fortschreiten dieses Klassenbildungsprozesses dem Auge sichtbar zu machen. Die breiten Massen glauben nur das, was sie jeweils sehen, sie erkennen das Resultat solcher Prozesse erst, wenn es gewöhnlich schon zu spät ist. Insbesondere wenn diejenigen, die diesen Klassenbildungsprozess – obwohl sie dagegen ankämpfen – mit ihrer Politik tatsächlich hervorrufen, fördern, sich selbst und die Massen über diesen Prozess immer wieder täuschen. Nur das sorgfältige Prüfen der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer fortgesetzten Bewegung, Änderung, in ihrer Entwicklungsrichtung ersetzt das „Thermometer“.

Das Stalinsche Differenzieren der Arbeiterklasse

Unter Lenin ging das Grundbestreben dahin, die großen Einkommensdifferenzen innerhalb der Arbeiterschaft allmählich abzubauen. Die Stalinbürokratie betreibt nach dem Muster der Bourgeoisie die gerade entgegengesetzte Linie. Wohl steigert sie auf diese Weise die Produktion, doch nach kapitalistischem Vorbild auf Kosten der Massen. Sie hebt die proletarischen Bestverdiener zu einer eigenen Schichte immer höher über die Massen, während sie diese im Vergleich dazu immer tiefer drückt. Sie steigert die Einkommensunterschiede in der Arbeiterschaft immer mehr, statt sie fortschreitend zu verringern. Die Produktion wird zwar gehoben, aber das Proletariat wird gesenkt, gespalten: Die Machtstellung der Arbeiter als Klasse wird so immer mehr geschwächt, erschüttert; die Produktion wächst, aber zugleich wachsen mit ihr als Folge dieser Politik immer mehr die kapitalistischen Tendenzen, die den proletarischen Klassencharakter des Wirtschafts- und Staatssystems immer mehr gefährden.

[169] Während die große Masse der russischen Arbeiter bei wachsendem Überspannen ihrer Kräfte mit ihrem Reallohn nur das kärglichste Leben in einer armseligen Wohnung bestreiten kann und nichts mehr, beziehen Udarniki, Stachanowzen das 10-20-fache des Realeinkommens des einfachen Arbeiters und haben dazu noch eine Reihe von Vorrechten von mehr oder minder materieller Bedeutung. Auf dem Rücken der Massen erhebt sich so immer mehr eine Schichte, die der Arbeiterklasse entfremdet, entartet, verkleinbürgerlicht: die Stalinsche Arbeiteraristokratie. Sie ist ihren wirtschaftlichen Interessen, ihrer Ideologie nach eine kleinbürgerliche Schichte, der es vor allem um das Erhalten und Vermehren ihres hohen Einkommens, ihres bereits angesammelten kleinbürgerlichen Besitzes, ihrer Vorrechte auf Kosten der breiten Masse geht.

Dieselbe Politik hat die beamteten Personen des Proletariats in Staat, Staatswirtschaft, Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft usw. materiell und durch Privilegien aller Art über die Massen gehoben, sie der Arbeiterklasse immer mehr entfremdet. So sind sie schließlich zu einer regelrechten Arbeiterbürokratie entartet. Diese kleinbürgerliche Schichte bezieht legal, offen und unter allen möglichen Formen auch verdeckt, ein Geldeinkommen, das die Bezüge der Arbeiteraristokratie noch bei weitem übertrifft; darüber hinaus genießt sie Vorrechte aller Art in Bezug auf die besten und größten Wohnungen, in Bezug auf Autos, freie Fahrt auf den staatlichen Eisenbahnen I. Klasse, freie Benützung der allerbesten staatlichen Sanatorien, der allerbesten staatlichen Schulen aller Grade für ihre Kinder usw. usw., Vorrechte, die, in Geld umgerechnet, ihr Geldeinkommen mehr als verdoppeln. So hebt sich die Bürokratie immer höher über die Massen empor. Sie ist eine kleinbürgerliche Schichte, die vor allem darauf bedacht ist, ihr riesiges Einkommen, ihren bereits angesammelten beträchtlichen Besitz (Hausbesitz, Besitz von Feriengütern, Staatsanleihen usw.), ihre Privilegien auf Kosten der Massen zu behaupten und immer mehr auszubauen.

Statt den Klassencharakter der bürgerlichen Spezialisten immer mehr zu lockern, wurden diese vielmehr durch die Stalinsche Politik in ihrem bürgerlichen Klassencharakter konserviert, ja gestärkt. Die Hoffnung belebt sie, verwurzelt sich in ihnen immer tiefer auf eine kapitalistische Restauration höherer Ordnung vermittels dieses neuen gesellschaftlichen Differenzierungsprozesses, den zu fördern sie allen Anlass haben. Entartete Bürokratie und bürgerliche Spezialisten suchen, finden einander, verfilzen sich und verschmelzen überhaupt immer mehr mit den Resten der besiegten Klassen, denen die Stalinsche Reaktion neuen Mut, neuen Ausblick, neue Aussicht gibt. Sie verwachsen zur Stalinbürokratie, die weitergreifend sich immer mehr auch mit der Kolchosenaristokratie verflucht, sie in sich aufsaugt; diese ihrerseits wird vorwiegend aus kulakischen Elementen rekrutiert.

Doch hier bleibt der Prozess nicht stehen, er geht weiter. Die allen Stalinbürokraten bereits tief eingefressene Selbstsucht treibt die skrupellosesten unter ihnen auf dem Wege der Entartung immer weiter. Durch Veruntreuung, Diebstahl, Betrug bereichern sie sich schamlos am öffentlichen Gut. Sie nützen die tiefen Einblicke, die ihnen ihre hohen Stellungen im Wirtschafts- und Staatsapparat bieten, gründlich für ihren privaten Vorteil aus. So sammeln sie illegal Reichtum an. Um ihn besser verbergen, sicherer vermehren zu können, verbünden sie sich mit Personen ihrer vertrauten Umgebung außerhalb der Stalinbürokratie. So bilden sich in und um die Stalinbürokratie herum immer mehr neue kapitalistische Elemente heran, die sich äußerlich auf das raffinierteste tarnen und es vor allem an der schmeicheleischsten Ergebnisheit gegenüber Väterchen Stalin nicht fehlen lassen. Die Stalinbürokratie ist eine politische Schmarotzerschicht am Leib des Proletariats, in der Haupt- [170] sache zusammengesetzt aus ehemals proletarischen Elementen, die zu kleinbürgerlichen Interessen, kleinbürgerlicher Einstellung entartet sind. Sie erfüllt keine selbständige, sondern nur eine abgeleitete Rolle im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess, sie ist keine Klasse, keine Ausbeuterklasse, sondern eine politische Parasitenschichte; objektiv, das heißt durch die Auswirkungen ihrer Gesamtpolitik, züchtet sie in sich und um sich herum immer mehr neue kapitalistische Elemente, bahnt ihren gegenrevolutionären Bestrebungen durch die Stalinsche Reaktion immer mehr den Weg.

Die Bildungselemente der neuen russischen Bourgeoisie fassen zum dauernden Sichern ihrer vor allem illegal angehäuften Reichtümer immer bewusster die kapitalistische Gegenrevolution ins Auge, mittels der sie letzten Endes die entscheidenden Produktionsmittel in irgendeiner monopolkapitalistischen Form in ihr Privateigentum bringen wollen, vorübergehend vielleicht gar – um den Schein zu wahren – in Gestalt eines monopolkapitalistischen „Kollektivismus“, „Kommunismus“. Dieser Prozess der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation ist möglich geworden einzig und allein dadurch, weil die Stalinbürokratie die Massen vollkommen entrechtet, sich jeder Kontrolle entledigt hat, ausgeübt durch die Massen von unten. Wohl bemüht sich der materiell etwas weniger gierige Teil der Stalinbürokratie, diese skrupellosesten Elemente in Schach zu halten. Dann und wann, da und dort schlägt er manchen von ihnen den Kopf ab. Doch dank der zwangsläufigen Auswirkungen der Stalinschen Gesamtpolitik, die in ihrer antirevolutionären, antiproletarischen, antikommunistischen Grundrichtung trotz alldem konsequent weitergeführt wird, wachsen der Hydra immer mehr neue Köpfe nach.

Der zweite imperialistische Weltkrieg beschleunigt das Wachstum der russischen Bourgeoisie, aber er verzögert vorübergehend ihre gegenrevolutionäre Aktion gegen den entarteten proletarischen Staat. Sie, die die kollektivierten Produktionsmittel räuberisch an sich reißen will, sie muss zunächst verhindern, dass diese zum Eigentum der imperialistischen Räuber Deutschlands werden. Doch diese Gefahr abgewendet, wird sie früher oder später schließlich den entscheidenden Stoß wagen, um mit dem proletarischen Staat sich auch der Stalinbürokratie zu entledigen, die ihr so gut den Weg bereitet. Je mehr unter dem Druck des imperialistischen Krieges die revolutionäre Entwicklung in Europa fortschreiten wird, desto mehr wachsen die Aussichten, dass die dadurch belebten Millionenmassen der russischen Arbeiter und armen Bauern im und durch ihren revolutionären Kampf die Gegenrevolution der neuen russischen Bourgeoisie niederwerfen, den entarteten proletarischen Staat von der Stalinpest reinigen, gesunden und wieder auf die Linie Lenins und Trotzki zurückführen, auf die Linie der proletarischen Demokratie, auf die Linie der internationalen proletarischen Revolution.

IV. Die Außenpolitik des proletarischdemokratischen Staates

Die proletarischdemokratische Außenpolitik muss sich immer, ausnahmslos, im Frieden und im Krieg, auf derselben Grundlinie bewegen wie die proletarischdemokratische Innenpolitik, das ist auf der Linie der internationalen proletarischen Revolution. „Die Außenpolitik jeder Klasse ist die Fortsetzung und Weiterentwicklung ihrer Innenpolitik“ (Die IV. Internationale und der Krieg, 1934, S.21). „Die Außenpolitik ist immer und überall eine Fortsetzung der Innenpolitik, denn sie wird von derselben Klasse betrieben und verfolgt historisch dieselben Aufgaben“ (Trotzki: Die verrätene Revolution, 1936, S.183). Die Außenpolitik jedes proletarischdemokratischen Staates muss sich darin bewähren, dass sie in allen Ländern das Aufrichten und Behaupten der proletarischdemokratischen Staatsmacht, also die proletarische Revolution, der proletarischdemokratischen, sich in die Richtung zum Sozialismus bewegenden Planwirtschaft der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger tatsächlich fördert. Über die Vereinigten proletarischdemokratischen Staaten von Europa, Amerika usw. als Etappen muss sie bewusst und der Wirkung nach ausgerichtet sein letzten Endes auf den Weltstaat der proletarischen Demokratie, auf die proletarischdemokratische Weltplanwirtschaft, auf den Weltsozialismus, Weltkommunismus.

Wie alle proletarische Politik, so muss auch die Außenpolitik des proletarischdemokratischen Staates sich stets im Rahmen der proletarischen Klassengrundsätze bewegen, sie darf nie opportunistisch sein! Das bedeutet erstens: Sie muss international sein, sie muss die Interessen der eigenen Nation, ja selbst die Interessen der eigenen, heimischen Arbeiterschaft immer unterordnen, einordnen den Interessen und Aufgaben des Weltproletariats, in dem klaren Bewusstsein, dass sie gerade dadurch und einzig und allein dadurch den richtig verstandenen Interessen der heimischen Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger, dass sie damit den wohlverstandenen Interessen der eigenen Nation, des eigenen proletarischdemokratischen Staates am besten dient. Der proletarische Internationalismus muss der Leitgedanke aller proletarischdemokratischen Außenpolitik sein und bleiben. Nicht als bloßer Lippendienst – sondern als Internationalismus der Tat! Nicht als Schmarotz-Internationalismus nach Stalinschem Muster, der die Kampfkraft des internationalen Proletariats ausnützt für die Interessen des russischen Chauvinismus, dahinter die parasitischen Interessen der Stalinschen Bürokratie und Arbeiteraristokratie verbirgt, der internationalen Arbeiterklasse die politische Unterstützung verweigert, ja ihren Interessen entgegenwirkt, tatsächlich der Weltbourgeoisie, dem Weltimperialismus dient – sondern als Internationalismus der wechselseitigen, brüderlichen Pflicht, die initiativ die Weltarbeiterklasse im Kampf politisch unterstützt und von den Arbeitern aller Länder initiativ politische Unterstützung erwarten kann und in der Tat erhält!

Die proletarischdemokratische Außenpolitik muss prinzipiell proletarisch sein, [172] das bedeutet zweitens: Sie muss stets dem proletarischen Klassenkampfprinzip entsprechen, ungeachtet dessen, dass sich dieses Prinzip in der Außenpolitik des proletarischdemokratischen Staates in andern Formen ausdrückt als in der Politik der proletarischdemokratischen Partei. Ob Parteibündnis oder Staatsbündnis, in beiden Fällen muss die proletarische Demokratie letzten Endes dem gleichen Zweck dienen, der proletarischen Weltrevolution, aber der Bündnispolitik der proletarischdemokratischen Partei im entwickelten Weltkapitalismus sind viel engere Grenzen gesetzt als der Bündnispolitik des proletarischdemokratischen Staates. Dieser kann grundsätzlich mit diesem oder jenem Teil der Weltbourgeoisie, mit diesen oder jenen kapitalistischen, imperialistischen Staaten, dieser oder jener kapitalistischen, imperialistischen Mächtegruppe Bündnisse schließen, sofern diese in der bestimmten jeweiligen Lage taktisch zweckmäßig sind vom Standpunkt der Weltrevolution, des Weltproletariats, des proletarischen Staates inbegriffen; so vermag er die Interessengegensätze, Interessenkonflikte innerhalb der Weltbourgeoisie im proletarischen Klasseninteresse auszunützen. Aber es dürfen nicht Bündnisse sein auf Kosten des internationalen Proletariats, auf Kosten der deutschen, auf Kosten der englisch-amerikanischen Arbeiterklasse usw., wie dies bei allen Bündnissen des durch die Stalinbürokratie vergewaltigten, entarteten proletarischen Staates der Fall ist. Anders ausgedrückt: Die proletarische Partei jedes mit dem proletarischen Staat verbündeten kapitalistischen Staates darf nicht gezwungen werden, ihren grundsätzlich proletarisch-revolutionären Kampf gegen die „eigene“ Bourgeoisie einzustellen, aufzugeben, sondern sie muss diesen Kampf gerade im Gegenteil konsequent fortsetzen; das schließt nicht aus, sondern begreift in sich eine Parteitaktik, welche die jedesmalige konkrete internationale und nationale Lage wohl berücksichtigt, selbst im Kriege – doch immer und ohne Ausnahme streng im Rahmen der proletarischrevolutionären Grundsätze: also nie und nimmer durch Beziehen einer Parteilinie des Sozialpatriotismus, Sozialchauvinismus, Sozialimperialismus, nie und nimmer durch eine Parteipolitik der kapitalistischen Landesverteidigung, nie und nimmer durch eine Parteipolitik des verkappten oder offenen Bündnisses mit der heimischen Bourgeoisie oder mit einem Teil derselben, nie und nimmer durch das Hinarbeiten auf solches Bündnis, nie und nimmer durch parteipolitische Preisgabe des revolutionären Defaitismus! Die proletarische Außenpolitik darf den Massen deren Freunde nicht als Feinde, deren Feinde nicht als Freunde darstellen, sie darf –

auch im Kriegsbündnis – die prinzipiellen Gegensätze im Verhältnis zu ihren kapitalistischen, imperialistischen Verbündeten vor den Massen nicht verschweigen, nicht verhüllen, geschweige denn diesen prinzipiellen Gegensätzen zuwiderhandeln.

Die Bündnispolitik des proletarischen Staates muss dauernd von dem klaren Bewusstsein ausgehen und darnach handeln, dass für den Staat der proletarischen Demokratie wichtiger als selbst das Militärbündnis mit der mächtigsten imperialistischen Staatengruppe ist und bleibt das Bündnis mit dem Weltproletariat, mit den mit diesem verbündeten armen Bauern und Kleinbürgern und – auf dieser Grundlage, in diesem Rahmen – das Bündnis mit den unterdrückten, ausgebeuteten Nationen, Kolonialvölkern! Nie und nimmer darf der proletarische Staat zum Beispiel um des Bündnisses mit dem imperialistischen England willen das Vertrauen des von den englischen Imperialisten unterdrückten, ausgebeuteten indischen Volkes zum Weltproletariat, zum proletarischen Staat erschüttern, was die Stalinsche Außenpolitik tatsächlich tut; denn die Stalinbürokratie betreibt ein mit den verbündeten Kapitalisten abgekartetes räuberisches Halbpartgeschäft, sie anerkennt und garantiert den neuen und den alten Raub ihrer imperialistischen Verbündeten und streift als Judaslohn dafür einen Teil der neuen räuberischen Beute ein. Das Weltproletariat ist nicht zu ersetzen durch Kanonen, Tanks, Schlachtschiffe, Kampfflugzeuge, Divisionen, Armeen, nicht durch sowjetrussische, erst recht nicht durch ameri- [173] kanisch-englisch-imperialistische, noch durch beide „zusammen“.

Die proletarischdemokratische Außenpolitik muss realistisch handeln, aber nicht opportunistisch! Das heißt realistisch stets im Rahmen der Grundsätze der internationalen proletarischen Revolution. Wo und solange es die tatsächlichen Bedingungen, die tatsächlichen Kräfteverhältnisse erfordern, tritt sie taktische Rückzüge an, schließt sie taktische Kompromisse.

Wirtschaftlich: zum Beispiel durch Anerkennung – ganz oder teilweise – der Schuldverpflichtungen der früheren (kapitalistischen) Regierungen des eigenen Landes gegenüber der Auslandsbourgeoisie, durch Sicherheitsleistung für die Zahlung dieser Anleihen und ihrer Zinsfälligkeiten; durch Gewährung von zeitweiligen Konzessionen an Auslandskapitalisten, zur Errichtung und Führung von kapitalistischen Betrieben im Gebiete des proletarischen Staates und im Rahmen seiner Gesetze. Keineswegs jedoch durch Preisgabe des Außenhandelsmonopols, denn dieses ist eine prinzipielle Voraussetzung für den proletarischdemokratischen Wirtschaftsaufbau in die Richtung zum Sozialismus: Wenn es auch die Abhängigkeit der Wirtschaft des proletarischen Staates von der kapitalistischen Weltwirtschaft nicht beseitigt, so regelt es sie doch derart, dass sie den Wirtschaftsaufbau in die Richtung zum Sozialismus nicht unmöglich macht.

Politisch: zum Beispiel durch die Bereitwilligkeit, Kontributionen zu leisten, den Verlust eines Teiles des Staatsgebiets zeitweilig hinzunehmen usw. So Sowjetrussland im Brest-Litowsker-Frieden 1918 gegenüber dem deutschen und 1919 gegenüber dem amerikanisch-englisch-französisch-polnischen Imperialismus. „Am 4. Februar 1919 erklärte sich die Sowjetregierung gegenüber den Entente-Mächten bereit, „auf Annexionen, Kontributionen, Konzessionen einzugehen, um die russischen Arbeiter und Bauern von dem ihnen durch die Entente aufgezwungenen Krieg zu befreien“. Die Entente ließ dieses Friedensangebot Sowjetrusslands ohne Antwort“ (Leitsätze über die internationale Lage und die Politik der Entente, Gründungskongress der Kommunistischen Internationale, 1919). Oder zum Beispiel durch die Bereitschaft, in einer bestimmten Zwangslage und für deren Dauer einen so räuberischen Friedensvertrag wie den Versailler Frieden von 1919 zu unterschreiben (Lenin über die Taktik der deutschen Kommunisten gegenüber dem Versailler Frieden im Hinblick auf die mögliche Aufrichtung einer proletarischen Staatsmacht in Deutschland, in: Die Kinderkrankheiten, 1920, S.55). Dagegen war der Stalinsche Eintritt in den Völkerbund (1934), in diese Machtorganisation des französisch-englischen Imperialismus, prinzipiell unzulässig, weil tatsächlich gebunden an die Parteizusammenarbeit mit der Bourgeoisie (offen vollzogen 1935 in Form der Einheitsfront mit der SPF zum Zwecke der „Volks“front mit der französischen Linksbourgeoisie) und an die Verpflichtung zum Verteidigen des kapitalistischen Staates, zum Eintreten für die imperialistische Armee der französischen Bourgeoisie (ausgedrückt in der öffentlichen Erklärung Stalins gegenüber Laval 1935 und bekräftigt durch das darauffolgende tatsächliche Verhalten der Stalinpartei Frankreichs und der tschechoslowakischen Stalinpartei). Mittels der Ermordung Sinowjews und Kamenjews unterstrich Stalin überdies seine antirevolutionäre Zuverlässigkeit für die Weltbourgeoisie. „Der Eintritt der USSR in den Völkerbund, der dem eigenen Volk ... als Triumph des Sozialismus und Resultat des „Druckes“ des Weltproletariats dargestellt wurde ... war kein Sieg der USSR, sondern eine Kapitulation der thermidorianischen Bürokratie vor der durch und durch kompromittierten Genfer Anstalt, die nach den ... Worten des Programms „ihre nächsten Anstrengungen darauf richtet, die revolutionären Bewegungen zu unterdrücken“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.190). Prinzipiell unzulässig war der seinerzeitige Stalinsche Übergang zur Politik der „internationalen Abrüstung“. Das Programm der „Abrüstung“ bei Erhaltung der imperia- [174] listischen Gegensätze ist die schädlichste aller Fiktionen. Selbst wenn sie durch eine allgemeine Einvernahme verwirklicht wäre – eine sichtlich phantastische Annahme –, würde dadurch keinesfalls ein neuer Krieg verhindert. Die Imperialisten führen nicht Krieg, weil sie Waffen haben, sondern umgekehrt; sie schmieden Waffen, weil sie Krieg führen müssen“ (Trotzki: ebenda, 1936, S.196).

Alle Stalinsche, labouristische, sozialdemokratische Außenpolitik, welches immer ihre Worte, dient tatsächlich, der Wirkung nach, der kapitalistischen Gegenrevolution. An die Macht, an die Futterkrippe gelangen, sie behaupten, sei es auch durch ständiges Preisgeben, Verraten der Klasseninteressen des Proletariats zu Gunsten der Weltbourgeoisie, dieser tatsächlich oberste Leitgedanke aller Stalinschen, labouristischen, sozialdemokratischen Politik, liegt auch aller

Außenpolitik der Stalinschen, labouristischen, sozialdemokratischen Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie zugrunde. Die Stalinschen, labouristischen, sozialdemokratischen Parteien und die von ihnen verführten, missbrauchten Gewerkschaften, Genossenschaften, kurz Massenorganisationen sind gegen die proletarische Revolution, weil sie mit Recht fürchten, dass der revolutionäre Sieg der Arbeiterklasse dem politischen Masseneinfluss, der politischen Schmarotzerrolle der entarteten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie ein Ende bereiten würde. Sie sind gegen die internationale proletarische Revolution, weil sie wissen, dass die Arbeiterrevolution zum Beispiel in Deutschland bei der heutigen Lage die Arbeiterrevolution in Frankreich, Europa, Stalin-russland usw. nach sich ziehen würde. Darum treten sie ein für die jahrelange militärische Besetzung Deutschlands durch den amerikanisch-englischen Imperialismus sowie durch das Stalinregime und auch für das räuberische Kriegsziel der angelsächsischen Imperialisten, die deutsche Wirtschaftskonkurrenz auszuschalten durch Vernichtung oder Stilllegung des Großteils der deutschen Industrie und durch ihre Unterstellung ihres dann noch verbleibenden Restes unter die Kontrolle der amerikanisch-englischen Bourgeoisie. Und auch für den imperialistischen Plan, Deutschland zu zerreißen, treten sie ein. Wie sie überhaupt auch außenpolitisch die imperialistische Raubpolitik der Weltbourgeoisie, gegenwärtig ihres amerikanisch-englischen Teiles, gegen einen entsprechenden Anteil an der Raubbeute, durch dick und dünn unterstützen. All dies gilt in vollem Umfang auch von der entarteten amerikanischen Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie, die sich der AFL, CIO, MWU als Hauptinstrumente bedienen.

Verfolgt man die Außenpolitik der sozialdemokratischen, labouristischen, stalinistischen Bürokratie, Arbeiteraristokratie der Nachkriegszeit, so zeigt sie konsequent die Linie des Kampfes gegen die proletarische Revolution.

Die militärische Intervention der englischen, französischen, amerikanischen, italienischen, japanischen Imperialisten 1918/19 gegen die siegreiche russische Oktoberrevolution, die finanzielle und militärische Unterstützung, die sie den Weißgardisten, der gesamten russischen Gegenrevolution überhaupt, jahrelang angedeihen ließen, haben die LP, SP, AFL usw. nicht nur nicht bekämpft, sondern sie machten all dem tatsächlich die Mauer.

Hand in Hand mit der Bourgeoisie Englands, Frankreichs, Amerikas kämpfte die LP, SP, AFL 1918/19/23 gegen die deutsche, ungarische, österreichische, italienische Revolution, immer unterstützt durch die SP Deutschlands, Ungarns, Österreichs, Italiens usw., seit 1923/24 diesen Kampf fortsetzend unter tatsächlicher Unterstützung durch die Stalinpartei.

Die Katastrophe der chinesischen Revolution 1927, die deutsche Katastrophe 1933, [175] die österreichische Katastrophe 1934, die spanische Katastrophe 1938/39, die französische Katastrophe 1936/39 wurde nicht zuletzt dadurch herbeigeführt, dass die entartete Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie sozialdemokratischer, labouristischer, stalinistischer und sonstiger Färbung (darunter auch die Bürokratie der AFL) dem Weltimperialismus auch außenpolitisch in die Hände arbeitete, im tatsächlichen Bündnis mit der Weltbourgeoisie gegen die revolutionären Anstrengungen der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger kämpfte. Zusammen mit der Weltbourgeoisie haben sie alle den national-„sozialistischen“ Folterknechten der deutschen Bourgeoisie die Bahn zum Sieg bereitet, ihnen ermöglicht, die deutsche Arbeiterklasse blutig niederzuwerfen, ans Kreuz zu schlagen. Um ihre antirevolutionäre Zuverlässigkeit für die Weltbourgeoisie zu beweisen, hat die Stalinbürokratie nach Sinowjew, Kamenjew auch Tuchatschewski, dann Bucharin, schließlich auch Trotzki gemeuchelmordet. So haben sie alle zusammen, auch durch ihre Außenpolitik, das Weltproletariat derart geschwächt, gelähmt, dass die Weltbourgeoisie das zweite imperialistische Weltgemetzel wagen konnte, ohne die proletarische Revolution für absehbare Zeit fürchten zu müssen.

Fast auf der gemeinsamen Linie „für den Weltimperialismus – gegen die internationale proletarische Revolution!“ suchten die verschiedenen nationalen Sektionen der entarteten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie ihren eigensüchtigen Vorteil zunächst im Dienst verschiedener Sektionen der Weltbourgeoisie. Unter dem Titel eines heuchlerischen „Kampfes für den Frieden“ ging die englische, französische, amerikanische usw. Sektion der Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie für das Münchener Abkommen (1938/39) ins Feuer, welches den imperialistischen Krieg Deutschlands im Dienste der Weltbourgeoisie zur Zerstörung des proletarischen Staates vorsah, wobei dem deutschen Imperialismus als Vorauszahlung Österreich und die Tschechoslowakei ausgeliefert wurden, gegen Nachzahlung des Restes – nämlich eines großen Teiles Westrusslands und sonstige Konzessionen –, sobald das Opfer zur Strecke gebracht. Die russische Sektion samt ihren Söldlingen in den verschiedenen Ländern führte ihrerseits den „Kampf für den Frieden“, den „Kampf für die Verteidigung des proletarischsozialistischen Landes“ durch „realistisches“ Kriegsbündnis mit dem deutschen Imperialismus, der ihr einen erklecklichen Happen räuberischer Beute als Riesenköder zuschob, auf den sie flink einschnappte. Entgegen den proletarischen Klasseninteressen, den Interessen des proletarischen Staates inbegriffen, schloss die Stalinbürokratie 1939 den Pakt mit Hitler, stärkte dessen Übergewicht gegen die deutschen Arbeiter noch mehr, lieferte ihm Europa, militärisch, politisch, wirtschaftlich aus, setzte ihn so imstand, sich mit ungeheurer Übermacht auf die Sowjetunion zu stürzen und rund die Hälfte des sowjetrussischen Industrieparats zu vernichten, während zugleich die amerikanische Bourgeoisie ihren Wirtschaftsapparat noch mehr vergrößern konnte, sodass Russland im Verhältnis zum führenden kapitalistischen Staat der Welt, das ist den Vereinigten Staaten von Amerika, weit zurückgeschleudert wurde, woran selbst ein voller Sieg gegen den deutschen Imperialismus dem Wesen nach nichts ändert. Nachdem die Stalinsche, labouristische, sozialdemokratische Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie, auch durch ihre Außenpolitik, die Arbeiter Deutschlands dem deutschen Imperialismus, sogar als dieser in national-„sozialistischer“ Gestalt auftrat, verräterisch ausgeliefert, sie in vollkommene Ohnmacht gestürzt hat, wirft

sie heute verbrecherisch-heuchlerisch der deutschen Arbeiterschaft die Anklage entgegen, dass sie durch ihre Passivität das Hitlersystem stütze. Mit dieser teuflischen Heuchelei fördert sie die Pläne der anglosächsischen imperialistischen Räuber, die darauf ausgehen, das ganze deutsche Volk, die deutschen Arbeiter inbegriffen, seiner Lebensquellen zu berauben, politisch zu unterjochen, wirtschaftlich zu versklaven. Die Stalinbüro- [176] kratie und ihre Helfer stellen den Pakt mit Hitler als ein besonders „realistisches“ Manöver Stalins dar: Es in der Tat ein Manöver, aber ein verräterisches, das die Interessen der Weltproletariats, des proletarischen Staates inbegriffen, auf das schwerste geschädigt hat.

„Den Frieden gewinnen“, „Anarchie und Chaos verhüten“, „Verhinderung des Bürgerkriegs in Deutschland, in Europa!“, das heißt Verhinderung der deutschen, der europäischen Revolution – das ist die leitende Linie auch der Stalinschen, labouristischen, sozialdemokratischen Außenpolitik, der Außenpolitik der AFL, CIO, UMW usw. Das deutsche „Freiheits“-Komitee in Moskau bietet sich durch den Mund eines preußischen Junkergenerals unter der Patronanz des Kreml als Werkzeug an „zur Verhinderung des in Deutschland immer drohenden Bürgerkriegs“. Die „linkste“ sozialdemokratische Partei, die austromarxistische Nachgeburt, erklärt zu ihrem Hauptziel: Chaos und Anarchie – so bezeichnen diese „revolutionärsozialistischen“ Helden die proletarische Revolution – dürfen nicht an der Wiege des neuen Österreich stehen“. 1934, nach der Februarkatastrophe, riefen sie, um ihren Masseneinfluss trotz des riesigen politischen Bankrotts möglichst zu bewahren: „1918 darf sich nicht wiederholen!“ Aber es wiederholt sich der sozialdemokratische Verrat von 1918: Es wiederholt sich die sozialdemokratische Koalition mit der österreichischen Bourgeoisie, die das Regime der Seipel-Dollfuß-Schuschnigg aufgebaut, das 1934 die österreichischen Arbeiter niederkartätscht und gehängt hat! Es wiederholt sich die antirevolutionäre Politik der austro-„marxistischen“ Sozialdemokratie, die an Revolutionsfeindschaft von der österreichischen Stalinbürokratie allerdings noch übertroffen wird.

Eine Zeitlang bemühte sich die Stalinbürokratie, ihre revolutionsfeindliche Außenpolitik vor den Massen mit der in Wirklichkeit antirevolutionären, doch scheinbar revolutionär klingenden Schwindellosung der „Revolution in einem Land“ zu verschleiern. Nach der Auflösung der Stalinschen Schmarotz-„internationale“, nach der Ersetzung der „Internationale“, dieses Kampfgesanges des Weltproletariats, durch die russischchauvinistische Nationalhymne, wird der Stalinschen Außenpolitik dieser Schwindeltrick immer schwerer; immer offener, unverhüllter, unverschämter tritt deren antirevolutionärer Charakter zutage. Während sie mit dieser Losung auf „legaler“ Platte den Arbeitern verkündet: „Ihr müsst euch allein befreien, auf Unterstützung durch Stalinrussland habt ihr nicht zu rechnen, dagegen fordern wir von euch im Namen des Stalinschen (Schmarotz-) „Internationalismus“ Unterstützung Stalinrusslands, des Stalinregimes!“ – spielt sie zugleich „illegal“ die entgegengesetzte Stalinplatte: „Die Stalinarmee wird euch, Arbeiter, befreien!“ – Mit beiden Platten treibt sie bewussten Betrug; denn es geht ihr überhaupt nicht um die Befreiung der Arbeiterklasse, um die proletarische Revolution, sondern einzig und allein um das Ausschmarotzen der proletarischen Kampfkraft für die usurpierte Macht – und die Pfründenposition der Stalinbürokratie, die sich hinter dem russischen Sozialnationalismus verbirgt.

Nichtsdestoweniger ziehen die Stalinschen ebenso wie die sozialdemokratischen und labouristischen Bürokraten, Arbeiteraristokraten auch die proletarische Revolution in den Kreis ihrer politisch-parasitischen Spekulationen. Sobald sie nämlich trotz und entgegen ihrer antirevolutionären Außenpolitik, Politik überhaupt ausbricht – und anders kann sie überhaupt nicht ausbrechen! – sind diese Revolutionsschmarotzer heute schon fest entschlossen, den revolutionären Arbeitermassen wieder auf den Rücken zu springen und die proletarische Revolution wieder für sich, das ist für die eigennützige Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie, auszunutzen, sie zugrunde zu richten.

[177] Wie die labouristische, sozialdemokratische, so ist auch die Stalinsche Außenpolitik durch und durch nationalistisch, chauvinistisch. Amerika über alles – England über alles! – Frankreich über alles! – Holland über alles! – Schweden über alles! – Österreich über alles! – usw., usw. – das ist das tatsächliche Leitmotiv der Außenpolitik der einen, wohinter AFL, CIO, UMW, LP, SP schlaue den selbstsüchtigen Interessen der Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie auf Kosten der Massen, im Dienste der Weltbourgeoisie frönen. Russland über alles! – das ist das tatsächliche Leitmotiv der Stalinschen Außenpolitik, wohinter die Stalinsche Bürokratie und Arbeiteraristokratie und ihre bezahlten Helfer in den verschiedenen Ländern ihre eigennützigen Interessen nicht minder schlaue betreiben, auf Kosten der Massen, im Dienste der Weltbourgeoisie. Nach Bedarf decken sie alle diesen Riesenbetrug an der Arbeiterschaft mit „revolutionären“, „sozialistischen“, „kommunistischen“ Phrasen. Heute zeitweilig im Dienste ein und derselben Sektion der Weltbourgeoisie, nämlich der anglosächsischen, sind sie gegen „Deutschland“, gegen das „deutsche Volk“, gegen die „Deutschen“, das heißt auch gegen die deutschen Arbeiter, sie alle betreiben eine systematische nationalchauvinistische Völkerverhetzung, nicht zu vergessen, auch gegen die japanischen Arbeiter. Mehr noch: Die Stalinbürokratie fordert Reparationen, nicht von den deutschen Kapitalisten, sondern vom „deutschen Volk“, das heißt auch von den deutschen Arbeitern. Den Großteil dieser Reparationen fordert sie sogar in Form von Zwangsarbeit der deutschen Arbeiter! Das alte russischchauvinistische Kampfmittel der blutigen Zaren, der Panslawismus, erlebt als „Einheitsfront der slawischen Völker“ seine Wiedergeburt im Munde der russischchauvinistischen, räuberischen Stalinbürokratie. Labouristen, AFL, CIO, UMW, Sozialdemokratie usw. geben dazu ihren Segen, zumindest durch wohlwollendes Schweigen. Sogar für Zwangsumsiedelung von Millionen deutscher Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger tritt die Stalinbürokratie ein im Bündnis mit den imperialistischen Räubern von USA, England, unter Zustimmung der LP, SP, AFL, CIO, UMW. Sie alle kämpfen zusammen für jenes Kriegsziel der anglosächsischen Imperialisten, den Produktionsapparat Deutschlands, diese Lebensquelle der deutschen Arbeiter, teils zu zerstören, teils in Kontrolle zu

nehmen, um die deutsche Wirtschaftskonkurrenz ein für alle Mal auszuschalten und der amerikanischen, englischen Profitproduktion so für absehbare Zeit ausreichenden Spielraum zu schaffen.

Die proletarischdemokratische Außenpolitik dagegen verwirft, bekämpft ausnahmslos jede Völkerverhetzung, jeden Chauvinismus, jeden Imperialismus, sie ist vielmehr ausgerichtet und muss der Wirkung nach dienen den friedlichen Beziehungen, dem Annähern, dem wachsenden Vertrauen, letzten Endes dem freiwilligen Verschmelzen aller Nationen. Sie arbeitet darauf hin, alle Staaten der Welt letzten Endes zum Weltbund, zum proletarischdemokratischen Weltstaat, zu verbünden, zu vereinigen, zu verschmelzen, als dem notwendigen Übergang zum Weltsozialismus, Weltkommunismus. Der freiwillige Bund, darauffolgend die freiwillige Einheit der proletarischdemokratischen Staaten Europas, Nordamerikas, Australiens, Südamerikas, Asiens, Afrikas sind notwendige Etappen auf diesem Wege.

Die europäische Einheit, politisch und wirtschaftlich, als Bund freier Völker, der auch den kleinen Nationen eine freie Existenz sichert, kann niemals mit, sondern nur im Kampf gegen die Bourgeoisie verwirklicht werden, nur durch die proletarische Revolution, nur durch die Liquidierung der kapitalistischen Herrschaft und Wirtschaft. Die europäische Bourgeoisie ist durch die kapitalistische Konkurrenz zerrissen, sie kann Europa als Einheit nicht verwirklichen. SP, LP, StP sind gegen die proletarische Revolution, gegen die europäische Revolution insbesondere, darum auch zwangsläufig auch gegen Europa als wirtschaftliche und politische Einheit; nie und nimmer kann Europa geeinigt werden in Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, [178] und nie und nimmer vom Boden einer national beschränkten Politik, sondern nur vom Boden des proletarischen Internationalismus aus, nur auf der Grundlinie der proletarischen Weltrevolution. Nur in Form der Vereinigten proletarischdemokratischen Staaten von Europa, die sich schließlich – nach genügend langer föderativer Zusammenarbeit, die sie einander im Vertrauen immer näher bringt – freiwillig zum Einheitsstaat der proletarischen Demokratie von Europa zusammenfinden. Der deutsche Imperialismus kämpft für die europäische Sklaveneinheit zu Nutz und Frommen der deutschen Bourgeoisie. Die amerikanische und englische Bourgeoisie, samt AFL, CIO, UMW, LP, führen den zweiten imperialistischen Weltkrieg gerade zu dem Zweck, um die europäische Einheit unter allen Umständen, unter welchem Regime immer, zu verhindern; denn die wollen die europäische Konkurrenz möglichst ausschalten, die europäische Industrie teils liquidieren, teils sich unterordnen, einordnen, Europa unter ihre Kontrolle stellen, sich als Absatzmarkt einverleiben; die Sozialdemokratie samt ihren Untergehilfen fördert diesen Plan, um als Statthalter der angelsächsischen imperialistischen Räuber Europa mitzuregieren und an der Ausbeutung der europäischen Massen durch das anglosächsische Kapital mitzuschmarotzen. Die Stalinbürokratie kämpft gegen die freie europäische Einheit. Sie will aus dem europäischen Leib ohne den Willen der Arbeiter und der ärmsten Bauern der betreffenden Gebiete um jeden Preis Stücke reißen (finnisches Gebiet, Baltenländer, Ostpolen, Bessarabien), um mit diesen Eroberungen die von ihr betrogenen Massen der russischen Arbeiter und armen Bauern über die durch die Stalinpolitik herbeigeführte Riesenkatastrophe hinwegzutäuschen, die infolge der Zerstörung von rund der Hälfte des russischen Industriearrangs die Sowjetunion weit hinter den entwickeltsten kapitalistischen Staat, die USA, zurückgeschleudert. Der Länderraub, den die Stalinbürokratie aus dem Raubbündnis mit den „demokratischen“ Imperialisten herausholt, wird sich im Ernstfall als höchst vorübergehender Schutz gegen die Angriffe der Weltbourgeoisie erweisen, so wie seinerzeit der aus dem Pakt mit Hitler herausgeholte Länderraub. Über diese „Eroberungen“ hinaus will die Stalinbürokratie möglichst große Teile von Osteuropa als Einflusszone des russischen Sozialchauvinismus kontrollieren, wofür sie dem anglosächsischen Imperialismus die Kontrolle über West- und Mitteleuropa zugesteht. Im Fall besten will die Stalinbürokratie Europa „einigen“ durch systematisches Annektieren der europäischen Länder zu Gunsten des russischen Sozialnationalismus, durch gewaltsames Einverleiben in den Stalinstaat unter Peitsche und Revolver der GPU.

Allee Gerede sozialdemokratischer, labouristischer Organisationen von europäischer Einheit ist blanke Schaumschlägerei zum Betören der Massen. Es gibt überhaupt keine imperialistische Lumperei der monopolkapitalistischen Banditen von USA, England, die diese ihre Lakaien nicht mitmachen. Und sie unterstützen auch alle russischchauvinistischen Räubereien, Raubpläne der Stalingangster – soweit ihre anglosächsischen imperialistischen Herren damit einverstanden.

Was die Kolonialländer betrifft, so hat schon Engels den Weg gewiesen. „Meiner Ansicht nach werden die eigentlichen Kolonien, das heißt die von europäischer Bevölkerung besetzten Länder, Kanada, Kap, Australien, alle selbständig werden; dagegen die bloß beherrschten, von Eingeborenen bewohnten Länder, Indien, Algier, die holländischen, portugiesischen und spanischen Besitzungen vom Proletariat vorläufig übernommen werden und so rasch wie möglich der Selbständigkeit entgegengeführt werden müssen. Wie sich dieser Prozess entwickeln wird, ist schwer zu sagen. Indien macht vielleicht Revolution, sogar sehr wahrscheinlich, und da das sich befreiende Proletariat keine Kolonialkriege führen kann, würde man es gewähren lassen müssen, wobei es natürlich nicht ohne allerhand Zerstörungen abgehen würde, aber dergleichen ist von allen Revolutionen unzertrennlich. Das könnte sich aber auch [179] noch anderwärts abspielen, zum Beispiel in Algier und Ägypten und wäre für uns sicher das Beste. Wir werden genug zu Hause zu tun haben. Ist erst Europa reorganisiert und Nordamerika, so gibt das eine so koloniale Macht und ein solches Exempel, dass die halbzivilisierten Länder ganz von selbst ins Schlepptau kommen; das besorgen allein schon die ökonomischen Bedürfnisse“ (Engels: Brief an Kautsky, 12.9.1892, in Marx: Ausgewählte Schriften, Bd. II, S.681/682).

„Eine freie Vereinigung der Nationen im Sozialismus ist unmöglich ohne einen mehr oder weniger langwierigen, hartnäckigen Kampf der sozialistischen Republiken mit den übrigen Staaten“ (Lenin: Über die Losung der Vereinigten

Staaten Europas, 1915, Gegen den Strom, S.126). Die Weltbourgeoisie wirkt dieser Einigung mit allen Mitteln entgegen, mit den Mitteln der wirtschaftlichen und politischen Pression, durch gegenrevolutionäre Aufstände, durch imperialistische Kriege. Die proletarischdemokratische Außenpolitik kann den Kampf für diese Einigung wirksam führen einzig und allein auf der proletarischen Klassenlinie, das ist auf der Linie der proletarischrevolutionären Grundsätze, wozu insbesondere auch das proletarischrevolutionäre, proletarischdemokratische Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter und ärmsten Bauern gehört.

Die Außenpolitik des proletarischdemokratischen Staates muss die staatliche Einigung der Nationen, die staatliche Einigung mit diesem oder jenem Volk, Volksteil erkämpfen, herstellen, einzig und allein mit dem freien Willen der Arbeiter und der ärmsten Bauern, niemals gegen oder auch nur ohne deren Willen! Sie muss diese Massen gewinnen, überzeugen! Und sie gewinnt, überzeugt sie nicht mit bloßen Worten, sondern indem sie ihnen mittels unwiderleglicher Tatsachen immer wieder vor Augen führt, dass im proletarischdemokratischen Staat die Arbeiter und ärmsten Bauern an realem Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Lebensbedingungen über die Arbeiter, ärmsten Bauern der kapitalistischen, selbst der entwickelten kapitalistischen Länder gehoben und darüber hinaus immer höher gehoben werden, materiell und kulturell; indem sie sie mittels unumstößlicher Tatsachen immer wieder leibhaftig sehen, erleben lässt, dass im proletarischdemokratischen Staat wirklich die Arbeiter als Klasse die wahren Herren sind in Staat und Wirtschaft, die Herren nicht nur gegenüber den besiegten Kapitalisten und Großgrundbesitzern, sondern auch die Herren über den ganzen Apparat der beamteten Personen, welche den Staat, die Staatswirtschaft, die Gewerkschaften, Genossenschaften usw., wie auch die Partei bedienen.

„Gerade die Trennungsfreiheit ... wird die kleinen, aber kulturell und politisch anspruchsvollen unterdrückten Nationen zum Bündnis mit den großen sozialistischen Staaten anlocken, da dies in einem Großstaat unter dem sozialistischen Regime heißen wird: soundso viel Arbeitsstunden am Tage weniger, soundso viel Verdienet am Tage mehr. Die arbeitenden Massen, die sich vom Joch der Bourgeoisie befreien, werden mit allen Kräften zum Bündnisse und zur Verschmelzung mit den großen und vorgeschrittenen Nationen hinstreben, gerade wegen dieser „kulturellen Hilfe“, wenn nur die Unterdrückten von gestern das hochentwickelte, demokratische Gefühl, die Selbstachtung der lang unterdrückten Nationen nicht verletzen. und wenn sie ihnen nur in allem volle Gleichheit gewähren, darunter auch im staatlichen Ausbau, im „Versuche“. ihren Staat zu schaffen. Unter dem kapitalistischen Regime bedeutet dieser „Versuch“ Krieg, Isolierung, Abgeschlossenheit, engen Egoismus der privilegierten kleinen Nationen (Holland, Schweiz). Unter dem sozialistischen Regime werden die arbeitenden Massen sich nirgends auf Abgeschlossenheit aus rein ökonomischen Motiven einlassen, sondern die Verschiedenheit der politischen Form, die Freiheit, aus dem Staatsverband auszutreten, die auf dem Gebiet des Staatsaufbaues gemachten Versuche – all dies wird, bis der Staat nicht ausgestorben sein wird – die Grundlage eines [180] reichen Kulturlebens, das Unterpfand der Beschleunigung des Prozesses der freiwilligen Annäherung und Verschmelzung der Nationen sein“ (Lenin: Ergebnisse der Diskussionen über das Selbstbestimmungsrecht, 1916, S.398/399).

Die Stalinbürokratie hat die russischen Arbeiter in Betrieb und Staat, in Gewerkschaft und Partei vollkommen entrechtet. Sie sind nicht Herren, sondern von der auf dem Rücken der von ihr verratenen Oktoberrevolution hochgekommenen Stalinbürokratie unterdrückt, niedergehalten, elendiglich behandelt worden, An Reallohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, an materiellen und kulturellen Lebensbedingungen stehen sie nicht über den Arbeitern der kapitalistischen Länder, sondern tief unter ihnen, werden hier von den Stalinbürokraten noch ärger ausgeschunden als dort von den Kapitalisten. Kein Wunder, dass zum Beispiel die finnischen Arbeiter, die all diese Tatsachen aus allernächster Nähe durch Jahre beobachten konnten, dadurch nicht angelockt wurden, dass sie keine Neigung zeigten, zeigten, sich mit dem von der Stalinbürokratie entarteten, missbrauchten, vergewaltigten proletarischen Staat staatlich zu vereinigen.

Die finnischen Arbeiter waren und sind also vom proletarischrevolutionären Standpunkt vollkommen im Recht, wenn sie sich gegen den gewaltsamen Versuch der Stalinbürokratie, sie gegen ihren Willen staatlich dem Stalinstaat einzuverleiben, widersetzen, widersetzen. Ihr schwerer Fehler liegt darin, dass sie diesen Widerstand im Bündnis mit der finnischen Bourgeoisie, also gegenrevolutionär, betätigen, statt ihre Front prinzipiell sowohl gegen die konterrevolutionäre Bourgeoisie Finnlands als auch in Unterordnung darunter gegen die reaktionäre Stalinbürokratie zu wenden, mit dem Ziel der revolutionären Aufrichtung der Diktatur der proletarischen Demokratie Finnlands, Und eines solchen unabhängigen finnischen Sowjetstaates, der sein staatliches Verhältnis zu andern proletarischdemokratischen Staaten aus dem Willen seiner Arbeiter und ärmsten Bauern bestimmt und im Verhältnis zu dem von der Stalinschen Bürokratie und Arbeiteraristokratie vergewaltigten russischen Sowjetstaat selbstverständlich für die Befreiung der russischen Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger kämpft von der verräterischen Stalinbürokratie.

Nur gegen die Weltbourgeoisie ist die freie Einigung der Nationen im Sozialismus zu erkämpfen. Damit dieser Kampf erfolgreich sei, muss die Außenpolitik des proletarischdemokratischen Staates unter anderem darauf ausgehen, die vom Weltimperialismus unterdrückten, ausgebeuteten Nationen, Kolonialvölker zur vertrauensvollen Zusammenarbeit, als Bundesgenossen zu gewinnen. Der Staat der proletarischen Demokratie kämpft für das nationale Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten, ausgebeuteten Nationen, für ihr Recht, einen eigenen, selbständigen, unabhängigen Staat zu bilden und in voller Freiheit über dessen staatliche Bindungen im Verhältnis zu andern Völkern, Ländern, Staaten zu entscheiden. Der Staat der proletarischen Demokratie fördert, unterstützt den nationalrevolutionären Frei-

heitskampf der unterdrückten, ausgebeuteten Nationen, Kolonialvölker, gegen alle feudalen, kapitalistischen, imperialistischen Staaten, er anerkennt das Recht der unterdrückten Nationen, der Kolonialvölker, über ihre Eigenstaatlichkeit, über ihre staatlichen Beziehungen auch im Verhältnis zum schon bestehenden proletarischdemokratischen Staat in voller Freiheit selbst zu entscheiden. Er anerkennt das nationale Selbstbestimmungsrecht, obwohl es nur ein bürgerlichdemokratisches Prinzip ist; er lässt sich durch das nationale Selbstbestimmungsrecht jedoch nicht die Hände binden, wenn sich die Weltbourgeoisie und ihre Helfer dieser Losung als einer Waffe bedienen gegen die internationale proletarische Revolution, gegen das Weltproletariat, den proletarischen Staat inbegriffen. Das nationale Selbstbestimmungsrecht ist und bleibt den gemeinsamen dauernden Interessen der Arbeiter und der ärmsten Bauern [181] der ganzen Welt, das ist dem allumfassenden, höchsten Prinzip des Weltproletariats, der proletarischen Weltrevolution stets untergeordnet, eingeordnet.

Im Jahre 1939/40 annektierte die Stalinbürokratie die drei Baltenländer, sie gliederte sie ohne, ja gegen den Willen der lettischen, estnischen, litauischen Arbeiter dem Stalinstaat gewaltsam ein; ebenso gut wie die finnischen Arbeiter, so sahen die Proletarier von Estland, Lettland, Litauen aus nächster Nähe die wahre Lage der Arbeiterschaft in Stalinrussland. Die Stalinbürokratie vollzog diese gewaltsame Einverleibung auch gegen den freien Willen der Gesamtbevölkerung der Baltenländer, deren nationales Selbstbestimmungsrecht missachtend. Der englisch-französisch-amerikanische Imperialismus war damals – sehr gegen seinen Willen – tatsächlich nicht in der Lage, die drei kleinen Länder als imperialistische Stütze gegen die Sowjetunion zu missbrauchen. Zu gleicher Zeit „sicherte“ der Stalin-Hitlerpakt die Stalinbürokratie vor dem Zugriff des deutschen Imperialismus. Als Preis für die Rückendeckung, die er dem deutschen Faschismus gab, bedung sich Stalin unter anderem den Raub der drei Baltenländer aus. Im Herbst 1939 zwang die Stalinbürokratie die drei kleinen Völker zu „Verträgen“ über die Einräumung militärischer Basen und deren Besetzung durch russische Truppen. Im Verlaufe von 1940 führte die Stalinbürokratie denselben Abstimmungsschwindel durch, den Hitler 1938 in Österreich vollzogen hatte, nämlich eine „freie“ Abstimmung unter dem „Schutz“ der GPU-Revolver.

Auch Ostpolen (Weißrussland und Westukraine) und Bessarabien hat die Stalinbürokratie auf Grund ihres Raubpaktes mit Hitler annektiert, sich gewaltsam eingegliedert, ohne den Willen der dortigen Arbeiter und ärmsten Bauern, ohne den Willen ihrer Gesamtbevölkerung. Auch da war die Konstellation so, dass die englisch-französisch-amerikanische Bourgeoisie diese Gebiete nicht als imperialistische Stützpunkte gegen Sowjetrussland verwenden konnte und der Stalin-Hitlerpakt diese Gebiete der Stalinbürokratie als Raubanteil zusprach. Gerade von diesen Arbeitern und ärmsten Bauern, die unter dem schweren Joch der polnischen Sohlachzicen, der rumänischen Bojaren stöhnten, musste am ehesten erwartet werden, dass sie in ihrem Kampf um Befreiung aus diesem Ausbeuterjoch in diesem so günstigen Augenblick Stalins Hilfe anrufen würden. Dies umso mehr, als Bessarabien 1918, Weißrussland 1920 von Sowjetrussland gewaltsam losgerissen war und die Einwohnerschaft aller dieser Gebiete durch Sprache und Kultur mit der russischen Bevölkerung eng verbunden war. Wie scheußlich muss die Stalinsche Entrechtung, Ausnützung, Auspöwerung, Ausgaunern der russischen Arbeiter und armen Bauern sein, dass selbst die von den Schlachzicen, Bojaren ausgebeuteten, gepeinigten Massen der Arbeiter und armen Bauern kein Zeichen des Wunsches sichtbar oder hörbar werden ließen, mit Stalinrussland vereinigt zu werden.

Nachdem Stalin auf Grund seines räuberischen Schachergeschäftes mit Hitler diese Annexionen unter der Patronanz des deutschen Imperialismus vollzogen, verteidigt er nun diesen Raub unter der heuchlerischen Losung der Verteidigung des proletarischen Vaterlandes „in den Grenzen von 1941“. Das proletarische Vaterland hat er inzwischen zum russischen Vaterland, zu Stalinrussland entartet ... Eine durch und durch räuberische, russischchauvinistische Politik, die dem Monopolkapitalismus, Imperialismus, der neuen russischen Bourgeoisie, die sie in sich und um sich herum aufzucht, die Bahn völlig ebnet und überhaupt den Imperialisten für ihre Räubereien die erwünschte moralische Rechtfertigung bietet. Alle diese Räubereien, Gaunereien segeln unter der Fahne des Stalinschen „Kommunismus“.

Indem die Stalinbürokratie das proletarischrevolutionäre, proletarischdemokratische Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter und ärmsten Bauern der annektierten Länder, in- [182] dem sie das nationale Selbstbestimmungsrecht dieser Völker, Volksteile missachtet, vergewaltigt hat, hat sie die proletarischen, die ausgebeuteten, werktätigen Massen aller Länder aufs äußerste verwirrt, ihren Glauben an die Sowjetunion als eines proletarischen Staates, als Befreierin der Ausgebeuteten und Unterdrückten untergraben, hat sie die unterdrückten Nationen, Kolonialvölker der ganzen Welt in ihrem Vertrauen auf Sowjetrussland als Hort der proletarischen Weltrevolution, der Völkerbefreiung aufs tiefste erschüttert und durch all dies die Gesamtposition des Sowjetstaates als eines Staates der Weltrevolution, des Weltproletariats, der russischen Arbeiter äußerst geschwächt.

In dieser Lage bleibt den Arbeitern und ärmsten Bauern Lettlands, Estlands, Litauens, Ostpolens, Bessarabiens, so wie in Finnland, nur der Weg: revolutionärer Kampf gegen die heimische Bourgeoisie, Kampf gegen den deutschen, gegen jeden Imperialismus überhaupt – auf dieser Grundlinie zugleich Kampf für die Befreiung vom Stalinstiefel – Kampf für ein proletarischdemokratisches Sowjetlettland, Sowjetestland, Sowjetlitauen, Sowjetweißrussland, für eine das ganze ukrainische Volk (also auch die Westukraine und Bessarabien) umfassende Sowjetukraine, und zwar als selbständige, unabhängige proletarischdemokratische Diktaturen, Staaten, die ihr Verhältnis zu den andern Arbeiter- und Kleinbauernstaaten völlig frei selbst bestimmen.

„Meiner Meinung nach kann es heute keine andere Losung geben als diese: eine einige, freie und unabhängige Arbeiter- und (Klein-) Bauern-Sowjetukraine! ... Das Programm der Unabhängigkeit der Ukraine ist in der imperialistischen Epoche direkt und unlöslich verbunden mit dem Programm der proletarischen Revolution. Aber die Unabhängigkeit einer Vereinigten Ukraine würde die Lostrennung der Sowjetukraine von der USSR bedeuten ... Was ist daran so furchtbar. Verherrlichung der Staatsgrenzen ist uns fremd ... Außerdem gewährt sogar die Verfassung der USSR den Völkern, die einen Teil der Föderation bilden, das Selbstbestimmungsrecht, das heißt das Recht auf Lostrennung ... Einigung der Ukraine (hat) die Befreiung der sogenannten Sowjetukraine vom stalinistischen Stiefel zur Voraussetzung ... Aber würde das nicht eine Schwächung der USSR bedeuten? ... Die Ursache der Schwächung der USSR liegt in den stete wachsenden zentrifugalen Tendenzen, die die bonapartistische Diktatur erzeugt ... Eine unabhängige Sowjetukraine andererseits würde, allein schon auf Grund ihrer eigenen Interessen, ein mächtiges Bollwerk für die USSR im Südwesten bedeuten. Je eher die heutige bonapartistische Kaste geschwächt, gestürzt, vernichtet und hinweggefegt wird, desto stärker wird die Verteidigung der Sowjetrepublik werden und desto sicherer wird ihre sozialistische Zukunft sein. Natürlich müsste eine unabhängige Arbeiter- und (Klein) Bauernukraine sich in der Folge der Sowjetföderation anschließen, aber freiwillig und unter Bedingungen, die sie selbst als annehmbar bezeichnet und die natürlich eine revolutionäre Erneuerung der USSR voraussetzen. Die wirkliche Befreiung des ukrainischen Volkes ist untrennbar ohne eine Revolution oder eine Reihe von Revolutionen im Westen, die schließlich zur Schaffung der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa führen müssten ... bei engstem Bündnis „zwischen den Vereinigten Sowjetstaaten von Europa und der erneuerten USSR“ (Trotzki: Das ukrainische Problem, 22.4.1939, „Unser Wort“, Anfang Juli, 1939).

„Wir anvertrauen dem Kreml keinerlei historische Mission. Wir waren und bleiben gegen die Eroberung neuer Gebiete durch den Kreml. Wir sind für die Unabhängigkeit der Sowjetukraine und, wenn es die Weißrussen selbst wollen, für die von Sowjetrußland. Gleichzeitig nehmen die Anhänger der IV. Internationale in den von der Roten Armee besetzten Teilen Polens entscheidenden Anteil an der Enteignung der Großgrundbesitzer und Kapitalisten, an der Verteilung des Land an die Bauern, an der Gründung von Sowjets und Arbeiterkomitees usw. Sie halten weiter ihre politische Unabhängigkeit aufrecht, kämpfen im Moment der Wahlen zu den Sowjets und [183] Fabrikräten für die völlige Unabhängigkeit dieser gegenüber der Bürokratie, führen die revolutionäre Propaganda im Geiste des Misstrauens gegen den Kreml und seine lokalen Agenten. Stellen wir uns nun vor, Hitler wende seine Waffen gegen Osten und überflute die von der Roten Armee besetzten Provinzen. Unter diesen Bedingungen setzen die Anhänger der IV. Internationale, ohne ihre Haltung gegenüber der Kremloligarchie zu ändern, den militärischen Widerstand gegen Hitler als Hauptaufgabe des Augenblicks an erste Stelle. Den Arbeitern werden wir sagen: „Wir können den Sturz Stalins nicht Hitler überlassen, das ist unsere Aufgabe. Während des militärischen Kampfes gegen Hitler werden sich die revolutionären Arbeiter bemühen, mit den Kämpfern der Roten Armee möglichst enge freundschaftliche Beziehungen herzustellen. Während sie auf dem militärischen Felde ihre Schläge gegen Hitler führen, werden die Bolschewiki-Leninisten gleichzeitig die revolutionäre Propaganda gegen Stalin führen und so für die nächste, möglichst nahe Etappe seinen Sturz vorbereiten“ (Trotzki: Die USSR im Kriege, 25.9.1939, S.13).

Wiederholt ruft Lenin die Engelsschen Worte in Erinnerung: „Ein Volk, das andere Völker unterdrückt, kann nicht frei sein“ – „Das siegreiche Proletariat kann keinem fremden Volk irgendeine Beglückung aufzwingen, ohne damit seinen eigenen Sieg zu untergraben. „Nicht auf dem Wege der Gewalt fasst der Kommunismus Wurzel“, sagt Lenin ausdrücklich in seiner Rede zum Programm auf dem VIII. Parteitag der KPR (Lenin: Über die nationale Frage, 2. Teil, 1931, S.62). Doch die Leninsche Linie gilt der Stalinbürokratie längst nicht mehr, sie tritt sie vielmehr tagtäglich mit Füßen, sie ist durch und durch antileninistisch, sie braucht nur den bloßen Namen und vertuschte Worte Lenins, um ihn zu missbrauchen, um die Massen zu betrügen, so wie die Kirche es tut mit dem Namen Jesus und seinen von ihr verfälschten Worten.

Diese Einstellung schließt eine militärische Intervention durch den proletarischdemokratischen Staat keineswegs aus. Grundsätzlich unzulässig, antirevolutionär, antiproletarisch ist jedes militärische Einschreiten zum Zwecke der Annexion, zum Zwecke der staatlichen Eingliederung in den Staat der proletarischen Demokratie gegen, ja ohne den frei zum Ausdruck gebrachten Willen der Arbeiter und der ärmsten Bauern des betreffenden Gebietes. Wenn aber diese, im revolutionären Kampf gegen ihre Ausbeuter, Unterdrücker stehenden Massen selbst die Hilfe des proletarischdemokratischen Staates in dieser oder jener Weise anrufen, so ist dieser prinzipiell berechtigt, ja verpflichtet, ihnen mit allen zweckdienlichen Mitteln zu helfen, nötigenfalls auch mit der Gewalt der Waffen. In welcher Form, in welchem Ausmaß, in welchem Zeitpunkt diese Hilfe zu leisten, das muss die proletarischdemokratische Außenpolitik jeweils nach der konkreten Weltlage, nach den bestimmten Kräfteverhältnissen, kurz nach den Erfordernissen der taktischen Zweckmäßigkeit bestimmen vom Standpunkt der Weltrevolution, des Weltproletariats, des proletarischen Staates inbegriffen. Der proletarischdemokratische Staat interveniert militärisch, nicht um zu annektieren, sondern um an der proletarischen Revolution der Arbeiter und ärmsten Bauern des betreffenden Landes teilzunehmen, sie zu unterstützen, ihren Sieg zu erleichtern, wobei grundlegend ist und bleibt die revolutionäre Aktion dieser Massen selbst.

Gerade Trotzki hob hervor, „dass die auswärtige Militärgewalt im revolutionären Prozess nicht berufen sei, die Haupt-, sondern eine Hilfsrolle zu spielen: Nur bei Vorhandensein günstiger Bedingungen vermöge sie den Ausgang zu beschleunigen und den Sieg zu erleichtern. Die militärische Einmischung ist wie eine Gebärzange: Rechtzeitig (im richtigen Zeitpunkt) angewendet, ist sie imstande, die Geburtswehen zu lindern; vorzeitig (im unrichtigen Zeitpunkt) angesetzt, kann sie nur eine Fehlgeburt bewirken“ (5.12.1921)“ (Verratene Revolution, 1936, S.206)

[184] Etwas ganz anderes ist eine durch eisernen Zwang der Kriegsnotwendigkeit herbeigeführte vorübergehende Besetzung eines Gebietes, um den proletarischen Staat gegen den bereits durchgeführten oder unmittelbar drohenden imperialistischen Kriegsüberfall wirksamer zu schützen. Der tödlichen Bedrohung durch die übermächtige Kriegsmaschine des deutschen Imperialismus gegenüber war an sich die militärische Besetzung von Karelien, Estland, Lettland, Litauen, Weißrussland, Westukraine, Bessarabien durch die Rote Armee durchaus zweckmäßig, ja notwendig. Aber statt den Arbeitern und ärmsten Bauern dieser Länder, den betreffenden Völkern überhaupt in aller Form feierlich zu erklären: Die Rote Armee kommt nur, um die Verteidigung des Sowjetstaates wirksamer durchzuführen, sie wird das Gebiet spätestens bei Kriegsende wieder räumen usw., machte die Stalinbürokratie daraus eine Annexion, missbrauchte sie die Rote Armee zur gewaltsamen staatlichen Eingliederung dieser Länder. Gerade diese Politik hätte die freiwillige Annäherung dieser Massen, dieser Völker an Sowjetrussland gefördert, während die Stalinsche Politik das gerade Gegenteil bewirkt hat. Die Politik der Stalinbürokratie hat die finnischen Arbeiter in die Arme der finnischen Bourgeoisie und deren sozialdemokratischer Helfer gestoßen, sie ist schuld, dass sie so lang der Bourgeoisie Kriegsgefolgschaft leisten gegen die Sowjetunion. Die Stalinpolitik ist schuld, dass die baltische Bourgeoisie die Arbeiter und armen Bauern der Baltenländer schließlich dem deutschen Imperialismus als Kanonenfutter liefern konnte gegen Sowjetrussland.

Der proletarischdemokratische Staat, einmal aufgerichtet, ist die Hauptbasis der internationalen proletarischen Revolution; seine Verteidigung als „Truppensammelplatz der Weltrevolution“ (Trotzki), in diesem Sinn als Vaterland der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger der ganzen Welt, mit allen zweckdienlichen Mitteln, nötigenfalls durch proletarischrevolutionären Krieg, ist die Hauptaufgabe der Außenpolitik des Staates der proletarischen Demokratie; sie darin mit allen Mitteln zu unterstützen, ist proletarische Klassenpflicht der Arbeiter aller Länder. Das sichert zugleich die Hauptbasis des proletarischdemokratischen Wirtschaftsaufbaues in die Richtung zum Weltsozialismus, Weltkommunismus im proletarischdemokratischen Staat und weiterwirkend die fortschreitende Ausdehnung der Basis des proletarischdemokratischen Aufbaus in einem immer größeren Teil der Erde und schließlich auf der ganzen Erdoberfläche.

Diese Aufgabe erfüllt die proletarischdemokratische Außenpolitik, indem sie ständig darauf hinarbeitet, den Weltimperialismus in allen Ländern zu schwächen und das Weltproletariat, die nationalrevolutionären, kolonialrevolutionären Freiheitsbewegungen überall gegen die Weltimperialisten zu stärken.

Der proletarischdemokratische Staat ist, zusammen mit dem Weltproletariat, das wichtigste Instrument des Weltfriedens. Diesen zu erkämpfen, der Menschheit dauernd zu erhalten, ist das bewusste Ziel der proletarischdemokratischen Außenpolitik. Aber der Staat der proletarischen Demokratie erkennt klar gegenüber der Welt der imperialistischen Raubtiere der Weltfrieden erkämpft, dauernd behauptet werden kann einzig und allein durch restlose Beseitigung des Imperialismus, des Kapitalismus, also durch den Sturz der Weltbourgeoisie in allen Ländern, durch das Aufrichten der proletarischdemokratischen Staatsmacht, durch das Aufbauen des Sozialismus, Kommunismus in allen Ländern, auf dem ganzen Erdball.

Jeder Krieg der proletarischdemokratischen Außenpolitik, das heißt jeder Krieg des gesunden proletarischen, das ist des proletarischdemokratischen Staates ist proletarischrevolutionärer Krieg. Ob defensiv, ob offensiv geführt, dient er stets dem Verteidigen der Interessen des Weltproletariats, des Staates der proletarischen Demokratie inbegriffen, dem Verteidigen der proletarischen Weltrevolution, [185] des Sozialismus, Kommunismus gegen die nie aussetzende Offensive des Weltimperialismus, die dieser überall und immer gegen die Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger, gegen den proletarischdemokratischen Staat, gegen die nationalrevolutionäre und kolonialrevolutionäre Freiheitsbewegung führt. Die proletarischdemokratische Außenpolitik, das militärische Handeln der Roten Armee muss ausnahmslos immer Diener sein und bleiben einer grundsätzlich proletarischrevolutionären, proletarischinternationalen, auf den Weltsozialismus, Weltkommunismus ausgerichteten Politik. Im entartenden, entarteten proletarischen Staat wird die Außenpolitik nicht bestimmt durch die proletarische Demokratie der Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger, nicht bestimmt durch die proletarischen Klasseninteressen, die den wohlverstandenen Interessen der armen Bauern und Kleinbürger völlig entsprechen, nicht bestimmt durch die Weltrevolution. In den Händen der demoralisierten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie dient die Außenpolitik, die Rote Armee inbegriffen, leitend den Interessen dieser verkleinbürgerlichten Schicht und wird vielfach das Instrument einer antiproletarischen, antirevolutionären, antisozialistischen, antikommunistischen Politik. Die Stalinbürokratie entartet schließlich immer mehr, auch die Rote Armee. Sie ersetzt deren mit den Massen der Arbeiter und armen Bauern klassenmäßig fest verbundenen Kommandobestand in seinem obern Teil durch eine bewusst über diese Massen an Vorrechten und auch materiell weitgehobene Militärkaste, Militäraristokratie, die sich von den Arbeitern und armen Bauern klassenmäßig immer mehr entfernt; sie vergewaltigt, missbraucht die Rote Armee in gar manchen Fällen zu antirevolutionären, antiproletarischen, antisozialistischen, antikommunistischen Aktionen. Das revolutionäre Proletariat und dessen Partei unterstützt die Außenpolitik des entarteten proletarischen Staates in allen Fällen, wo sie objektiv, der Wirkung nach, tatsächlich der Weltrevolution, dem Weltproletariat, der Verteidigung des proletarischen Klassencharakters des Sowjetstaates dient, sie unterstützt jedoch keineswegs, sondern bekämpft – ob im Frieden oder Krieg –, die antiproletarischen, antirevolutionären, antisozialistischen, antikommunistischen Maßnahmen, Handlungen, Unterlassungen der entarteten Stalinbürokratie, also auch des von dieser missbrauchten, vergewaltigten proletarischen Staates, der Roten Armee inbegriffen, allein sie beschränkt diesen Kampf auf bloß vorbereitende Mittel, Methoden (Kritik, Propaganda, Organisation), wann und solange der entartete proletarische Staat durch imperialistischen Krieg bedroht ist. Dagegen eine im Gang befindliche

proletarische Revolution, einen proletarischdemokratischen Staat verteidigt die revolutionäre Arbeiterklasse und ihre Partei mit allen Mitteln auch gegen eine antirevolutionäre Militärintervention des Stalinschen Russsochauvinismus, indem sie für die Verbrüderung kämpft mit den Rotarmisten gegen die Sowjetgangster.

Die proletarische Partei bekämpfte, bekämpft den „Sozialismus in einem Land“ als Grundlage nicht nur der Innen-, sondern auch der Außenpolitik des proletarischen Staates. Indem die Stalinsche Politik das Fördern des russischen Wirtschaftsaufbaus mittels der Lieferungen des deutschen Imperialismus voranstellte, wirkte sie zwangsläufig gegen die proletarische Revolution in Deutschland, um ja nicht diesen Strom der deutschkapitalistischen Lieferungen zu stören. So – durch das Bekämpfen der proletarischen Einheitsfront, durch ihren „Sozialfaschismus“ usw. – hat sie 1924 bis 1933 die Sozialdemokratie konserviert, die Kampfkraft der Massen zersetzt, der deutschen Monopolbourgeoisie die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland ermöglicht und dadurch die außenpolitische Gesamtlage der Sowjetunion, die Weltstellung der Arbeiter, die Aussichten der Weltrevolution aufs äußerste geschädigt und zugleich der Weltbourgeoisie das Vorbereiten des zweiten imperialistischen Weltkriegs, des Krieges insbesondere gegen Sowjetrußland, wesentlich erleichtert. Durch die Außenpolitik wie die Innenpolitik auf der Basis des „Sozialismus in [186] einem Land“ verschob, verschiebt die Stalinbürokratie zwangsläufig das Kräfteverhältnis der Klassen international und national immer mehr zum Vorteil des Weltimperialismus, der Weltbourgeoisie, zum Nachteil der Weltrevolution, des Weltproletariats, des proletarischen Staates inbegriffen.

Auf der Grundlage des „Sozialismus in einem Land“ hat die Außenpolitik der Stalinbürokratie das Weltproletariat und damit die Sowjetunion als proletarischen Staat von Niederlage zu Niederlage geführt, seine Position im Verhältnis zur internationalen Gesamtbourgeoisie immer mehr untergraben. Alle Stalinschen „Erfolge“, „Fortschritte“ wurden und werden jedes Mal erzielt auf Kosten der internationalen Arbeiterklasse, des russischen Proletariats inbegriffen, auf Kosten der Machtstellung der Arbeiter als Klasse, auf Kosten der Klassenkraft der Arbeiter aller Länder, auch der Arbeiter Rußlands, insbesondere durch fortgesetztes Verwirren, Trüben, Schwächen, Lähmen ihres proletarischen Bewusstseins. Dass die Labourparty, Sozialdemokratie usw., die von ihnen verführten Massenorganisationen ähnlich handeln, nämlich ihr gesamtes politisches, auch ihr außenpolitisches Verhalten leitend nach nationalen Gesichtspunkten bestimmen, bildet für die Stalinbürokratie, Stalinpartei keine Entschuldigung.

Die Stalinsche Außenpolitik hat leitend zum obersten Ziel, die usurpatorische, schmarotzerische Position der Stalinschen Bürokratie, Arbeiteraristokratie mit allen Mitteln zu behaupten, auszubauen, sei es auch durch fortgesetztes Preisgeben des Weltkommunismus, Weltsozialismus, der Weltrevolution, des Weltproletariats, des proletarischen Staates inbegriffen. So trägt die Außenpolitik der Stalinbürokratie, Hand in Hand mit ihrer Innenpolitik, dazu bei, das revolutionäre Rußland in ein immer mehr reaktionäres Rußland zu verwandeln, so bereitet sie objektiv, durch die tatsächlichen Auswirkungen dieser ihrer Gesamtpolitik, den Weg vor für den Sieg der kapitalistischen Gegenrevolution im Sowjetstaat, für ein gegenrevolutionäres Rußland. Diese Linie mit diesen ihren zwangsläufigen Auswirkungen ist es, die der Stalinbürokratie und ihrem Hauptexponenten Stalin das höchste Lob und den immer größeren Beifall der Weltbourgeoisie einträgt.

Entscheidend ist außenpolitisch nicht das Verhältnis zu diesem oder jenem Teil der Weltbourgeoisie an sich – zum Beispiel auch nicht der volle Sieg über den deutschen Imperialismus – sondern ist und bleibt das Verhältnis zur internationalen Gesamtheit der Imperialisten, Kapitalisten überhaupt, zur Weltbourgeoisie, zum Weltimperialismus, zum Weltkapital. Wenn die Stalinbürokratie zum Beispiel selbst den vollen Sieg über das imperialistische Deutschland erringt, so müsste das die Sowjetunion infolge der Stalinschen Politik, darunter auch ihrer Außenpolitik, dennoch bezahlen mit dem zu 50% zerstörten Industriemittelstand Rußlands, während der amerikanische Imperialismus, seinen Industriemittelstand zu gleicher Zeit um mindestens 20% vergrößern konnte und weiter bezahlen mit bis jetzt 8 Millionen Toten, während die Menschenverluste des imperialistischen Amerika demgegenüber überhaupt nicht in die Waagschale fallen. Auf dem XVIII. Kongress der russischen Stalinpartei im März 1939 erklärte Stalin, Rußland werde nicht für andere Nationen die Kastanien aus dem Feuer holen. Die Tatsachen zeigen jedoch, das gerade Gegenteil.

Um diesen katastrophalen Bankrott ihrer Politik, auch ihrer Außenpolitik, vor den Massen der russischen Arbeiter und armen Bauern zu verbergen, zu bemänteln, darum greift die Stalinbürokratie zu Annexionen, darum sucht sie Eroberungen um jeden Preis. Nachdem Sowjetrußland infolge der Stalinpolitik ungeheure Opfer an Gut und Blut gebracht, während das imperialistische England im Verhältnis dazu wenig, [187] das imperialistische Amerika im Verhältnis dazu aber nichts geopfert hat, haben die imperialistischen Räuber in Teheran (Dezember 1943) der Stalinbürokratie einen besonders großen Eroberungsköder zugeworfen, damit Sowjetrußland noch größere Opfer bringe, dem anglosächsischen Imperialismus die Kastanien weiter aus dem Feuer hole. Der große „Realist“ Stalin sprang flink darauf ein, weil dies das einzige, letzte Feigenblatt ist, womit er hofft, die russischen Massen über die durch ihn und seine Clique verschuldete Riesenkatastrophe hinwegzutäuschen. Die amerikanisch-englische Bourgeoisie rechnet, dass Sowjetrußland sich derart verbluten, derart wirtschaftlich schwächen werde, dass es – ob nun mit oder ohne Eroberungen: denn es ist ganz und gar nicht sicher, ob die imperialistischen Banditen von USA-England die von ihnen in Teheran im Punkte der Eroberungen usw. ausgestellten Wechsel letzten Endes tatsächlich einlösen werden – wirtschaftlich und politisch für eine beträchtliche Zeitspanne in tatsächlicher Abhängigkeit vom amerikanisch-englischen Imperialismus stehen wird, in die es dank der Stalinpolitik immer mehr gerät. Während so das proletarische Rußland durch die Stalinsche Bankrottopolitik immer tiefer gleitet, sucht die Stalinsche Prestigepolitik die Fehler, Niederlagen,

Katastrophen von gestern immer wieder zu decken durch verlogenes Geschrei über neue „Triumphe“, die – im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Stalinschen Gesamtpolitik – in Wirklichkeit die Fehler, Niederlagen, Katastrophen von morgen vorbereiten.

Um eben dieser „Eroberungen“ willen, welche die Stalinbürokratie so dringend braucht, um die russischen Massen über den Stalinschen Bankrott zu foppen, hat sich Stalin schließlich mit der gründlichsten Schwächung Deutschlands einverstanden erklärt, welche die anglosächsischen Imperialisten brauchen, um der deutschen Wirtschaftskonkurrenz auf dem Weltmarkt los zu sein. Die deutsche Industrie soll teils zerstört, stillgelegt oder unter amerikanisch-englische Kontrolle kommen. Praktisch sollen so die deutschen Arbeiter um den Großteil ihrer Lebensquellen kommen. Damit sie sich dagegen nicht wehren können, soll Deutschland durch lange Jahre von amerikanischer Polizei usw. besetzt werden. Mit all dem sind die Stalin & Co einverstanden, um ja nur von den imperialistischen Räubern Amerikas und Englands jene annexionistischen Eroberungen zugesprochen zu bekommen, mit denen sie die russischen Arbeiter und armen Bauern zu betören hoffen, um sich selbst an Macht und Futterkrippe weiter behaupten zu können. Nicht nur der anglosächsische Imperialismus, sondern auch und vor allem die Stalin & Co – Hand in Hand mit der Labourparty, Sozialdemokratie, Gewerkschaftsbükratie usw. – versperren den deutschen Arbeitern den revolutionären Weg; niemand zittert vor der deutschen, der europäischen Revolution heute so sehr wie Stalin und seine Bürokraten. So halten sie die deutschen Arbeiter, die Todfeinde der faschistischen, überhaupt imperialistischen deutschen Bourgeoisie, in Apathie, so sichern sie dem deutschen Faschismus, der deutschen Monopolbourgeoisie die Hauptbedingungen zum Weiterführen des imperialistischen Krieges, so verlängern sie das imperialistische Weltgemetzel.

Es ist nicht vollkommen ausgeschlossen, dass die Stalinbürokratie zu einem neuerlichen Pakt mit dem deutschen Imperialismus greift, um sich aus der von ihr selbst gelegten Schlinge zu befreien. Die ungeheure wirtschaftliche Abhängigkeit vom imperialistischen Amerika, England, in die Sowjetrußland dank der Stalinpolitik geraten, wächst von Tag zu Tag; das imperialistische Deutschland wird aber je weiter desto weniger in der Lage sein, die amerikanisch-englischen Lieferungen rechtzeitig zu ersetzen, insbesondere was die Ernährung betrifft; selbst ein abseits vom Kriege stehendes Rußland könnte bei voller Hilfe durch das kriegführende Deutschland von heute die russischen Massen nicht mehr ernähren, die Revolution gegen die Stalinbürokratie stünde sehr schnell auf der Tagesordnung. So wird die Stalinbürokratie durch die Folgen ihrer eigenen Politik immer mehr an den amerikanisch-englischen Imperialismus gekettet. Das schließt das Hinüberwechseln zum deutschen Imperialismus nicht vollkommen aus. Doch würde ihr ein solches Bündnis im allergünstigsten Fall nur vorübergehend helfen. Ob so oder so, in allen Fällen arbeitet die Stalinbürokratie gegen die proletarische Revolution, gegen die Revolutionierung der Massen, sie unterbindet, hemmt, verlangsamt so in jedem Fall das Entfalten derjenigen Kraft, die einzig und allein den Sowjetstaat retten kann als proletarischen Staat.

V. Die Perspektiven des entarteten proletarischen Staates

Beim Nachdenken über den bisherigen und den voraussichtlichen Werdegang der Sowjetunion unterlaufen dem einfachen, ehrlichen Arbeiter, der im Fluss der Veränderungen, Entwicklungen nur oberflächlich betrachtet, immer wieder zwei wechselseitig ineinandergreifende Grundfehler. Er erkennt im Großen und Ganzen richtig, dass der proletarische Staat von der Weltbourgeoisie nur durch unmittelbare Zerstörung tatsächlich liquidiert werden kann. Er übersieht aber, dass die Liquidierung auch erfolgen kann, und in der Tat erfolgt durch einen langsam schleichenden Entartungsprozess, dem die tatsächliche Zerstörung letzten Endes schließlich folgen muss, wenn nicht die proletarische Revolution vorher siegreich dazwischenfährt. Allein was ihn noch immer täuscht, ist das offenkundige Anwachsen der Machtstellung, des Ansehens Russlands. Er betrachtet Rußland „an sich“, so wie er gewohnt ist, USA, England, Deutschland usw. „an sich“ zu betrachten. Uns aber geht es und jedem bewusst für die Interessen der Arbeiterklasse ringenden Arbeiter muss es gehen einzig und allein um das proletarische Rußland, um die Sowjetunion als proletarischen Staat, das heißt um seine proletarischen, revolutionären, sozialistischen Tendenzen, Elemente im Gegensatz zu seinen antiproletarischen, antirevolutionären, antisozialistischen, kapitalistischen Tendenzen, Elemente.

Was vor unsern Augen als zwangsläufige Auswirkung der Stalinschen Gesamtpolitik vor sich geht, ist ein ständiges Schwächen der proletarischen, revolutionären, sozialistischen, ein ständiges Stärken der antiproletarischen, antirevolutionären, antisozialistischen, kapitalistischen Elemente in Rußland. Das heutige Rußland wird mächtiger, angesehener, aber nicht in seinem proletarischen Klassencharakter, sondern gerade umgekehrt in denjenigen Tendenzen, Elementen, die zur Wiederaufrichtung eines neuen Kapitalismus in Rußland drängen. Gerade darum überschüttet die Weltbourgeoisie Stalin mit Lob, Anerkennung, Beifall, weil seine Politik tatsächlich diese für den proletarischen Staat verhängnisvolle Entwicklung fördert. Nur die revolutionäre Massenbewegung außerhalb Russlands wirkt, wenn sie steigt, stärkend auf die Stellung der russischen Arbeiterklasse, nur die internationale proletarische Revolution, wenn sie rechtzeitig in Schwung kommt, siegreich vormarschiert, kann und wird die Sowjetunion als proletarischen Staat retten, indem sie die politische Revolution der russischen Arbeiter und armen Bauern zum siegreichen Durchbruch bringt: zum Sturz der Stalindiktatur, der Stalinbürokratie, zur Leninschen Reform des Sowjetstaates, zur Wiederherstellung der proletarischen Demokratie, des proletarischdemokratischen Staates, der zur Grundlage hat die proletarische Weltrevolution. Andernfalls wird das russische Proletariat dem Ansturm der kapitalistischen Gegenrevolution

schließlich erliegen, Russland wird dann ein zwar sehr mächtiger, sehr angesehener, aber antiproletarischer, gegenrevolutionärer, antisozialistischer, modernkapitalistischer, monopolkapitalistischer Staat werden.

[189]

1. Die Ursachen des Sieges der Stalinbürokratie

Dank der Unterstützung durch die SP, LP, AFL usw. in allen Ländern war die Bourgeoisie imstand, die proletarische Revolution außerhalb Russlands, insbesondere in Mitteleuropa, 1918/21 niederzuschlagen. Durch den sozialdemokratischen Verrat blieb die russische Revolution, das russische Proletariat, der Sowjetstaat isoliert. Der durch die SP, LP, die antirevolutionäre Gewerkschaftsbürokratie verschuldete Niedergang der Weltrevolution war die Grundbasis des Sieges der Stalinschen Reaktion. Durch die sozialdemokratische, labouristische Hilfe gelang es der Weltbourgeoisie, die weltrevolutionäre Entwicklung aufzuhalten, zu verlangsamen, zurückzuschlagen. Doch nur zeitweilig. Immer wieder bricht die Weltrevolution durch. Doch die Stalinpolitik führte jeden revolutionären Aufschwung, selbst den aussichtsreichsten, zwangsläufig in die Katastrophe: 1923 in Deutschland, 1925/26 in England, 1925/27 in China, 1929/33 in Deutschland, 1936/39 in Frankreich und Spanien. Diese vor allem durch sie selbst verursachten revolutionären Katastrophen ermöglichen es der Stalinbürokratie, sich weiter zu behaupten.

Die durch den sozialdemokratischen, labouristischen Verrat verursachte Isolierung des revolutionären Russland, führte weiterwirkend zu schwerwiegenden Folgen.

a) Bei der Rückständigkeit des Großteils der russischen Arbeiter hätten die russischen Revolutionäre einen klassenmäßig proletarischen Staatsapparat nur aufbauen können, wenn ihnen der Weiteraufstieg der Weltrevolution vor allem in Mitteleuropa den Kampf erleichtert hätte; so waren sie gezwungen, einen viel zu großen Teil des alten zaristischen Apparats wieder ins Amt zu setzen. An diesen alten bürokratischen Elementen fanden die vor allem auf den Aufstieg ihrer lieben Person Bedachten, die Revolutionsschmarotzer, bald einen starken Rückhalt, als die russischen Arbeiter erlahmten, infolge der Isolierung erlahmen mussten.

b) Invasion folgte auf Invasion, vorgetragen durch die Weltbourgeoisie, denen SP, LP, AFL usw. den Rücken deckten. Der infolgedessen lang andauernde Bürgerkrieg überlastete, überspannte die Kraft der russischen Arbeiter, deren beste Elemente dadurch nicht nur der Produktion, sondern auch dem Staats- und Wirtschaftsapparat entzogen wurden. Trotzdem siegten die russischen Arbeiter durch ihren Heroismus, doch der Großteil ihrer besten, kampfgewilltesten, bewussten, erprobtesten Elemente war gefallen. Die Ereignisse entwickelten sich so schnell, dass die Arbeiterklasse, ihre Partei diesen Verlust nicht so schnell, als es nötig gewesen wäre, durch neue Kräfte ersetzen konnte. Das schwächte die Partei, die Arbeiterklasse, machte sie müde. Die aus dem siegreichen Bürgerkrieg Heimgekehrten waren zumeist erst nach der Oktoberrevolution zur Partei gestoßen, verfügten über wenig revolutionäre Erfahrung, Schulung. Notwendiger Weise wurde ein Großteil von ihnen in den Staats-, Wirtschafts-, Partei-, Gewerkschaftsapparat eingesetzt, sie verwandelten sich plötzlich in beamtete Personen. Nach den Riesenanstrengungen des Bürgerkriegs sehnten sie sich nach Ruhe. All dies kam den Revolutionsschmarotzern zugute, die zusammen mit den alten bürokratischen Elementen diese Müdigkeitsstimmungen verstärkten und erfolgreich ausnützten, um die Ergebnislosigkeit für den opferreichen Weg der internationalen proletarischen Revolution in den Heimgekehrten zu schwächen, zu lähmen, abzutöten.

c) Die durch Krieg und Bürgerkrieg gesteigerte Zerrüttung der Produktion ließ nur die allerknappste Versorgung der Arbeiter mit Nahrung, Lebensmitteln überhaupt [190] zu. Je gewaltiger der Sprung, den die russischen Arbeiter gemacht, indem sie durch ihren revolutionären Sieg das rückständige zaristische Russland zum proletarischen Staat vorwärtsrissen, der den Sozialismus auf seine Fahne schrieb, je größer ihre Hoffnungen auf den sozialistischen Aufbau, desto größer ihre Enttäuschung über die harte Wirklichkeit, die den durch viele unvermeidliche Illusionen ins Rieghafte geschwellte Erwartungen so wenig entsprach. Zusammen mit den schon angeführten Umständen führte dies zu einer tiefen Ermüdung, zu einer wachsenden politischen Teilnahmslosigkeit der Massen.

d) Die Not der Massen zu überwinden, reichte der durch Krieg und Bürgerkrieg an den Rand des Abgrunds gekommene Produktionsapparat nicht aus. Die unzureichende Produktion machte einen Schiedsrichter notwendig zum Regeln der Verteilung ihres kärglichen Ertrages. So hoben die letzten Endes durch die Isolierung herbeigeführten Verhältnisse als Schiedsrichter über die Massen immer mehr die Bürokratie empor. Außerstande, die russische Revolution sofort zu besiegen, war die Bourgeoisie durch die Stütze von SP, LP, AFL usw. immerhin imstand, den proletarischen Staat mittels des Hebels der schmarotzerischen Stalinbürokratie immer mehr in die Entartung zu treiben. Als sich die Produktion langsam zu heben begann, dachte der Schiedsrichter unter seiner Stellung vor allem an sich, verbesserte seine Lage auf Kosten der darbenenden Massen. So begannen die neuen massenfeindlichen, revolutionsfeindlichen, schließlich bürgerlichen Tendenzen, Elemente aufzukommen. Sie wurden bereitwilligst unterstützt durch die alten kleinbürgerlichen Elemente in Stadt und Land, durch die alten bürgerlichen Elemente in der Bürokratie, deren Hoffnung und Aktivität dadurch fortschreitend belebt, gestärkt wurde.

e) Solange die Perspektive der Weltrevolution die russischen Arbeiter belebte, fanden sie die innere Kraft, trotz aller Schwierigkeiten vorzumarschieren. Die Stalinbürokratie nahm ihnen nicht nur die Leitidee der Weltrevolution, indem sie die Partei auf die Linie des „Sozialismus in einem Land“, des russischen Sozialchauvinismus umstellte, mehr

noch: Durch die vor allem von ihr verursachten revolutionären Katastrophen untergrub sie in den russischen Arbeitermassen die Hoffnung, das Vertrauen in die Weltrevolution.

Das sind die geschichtlichen Ursachen, die erklären, warum die proletarischen Revolutionäre unterlagen, warum die Revolutionsschmarotzer, die Stalinbürokraten, siegen.

2. Der Kampf der Richtungen

Die Schwierigkeiten begannen schon unter Lenin aufzutreten. Doch hielt seine gesamte Politik, ausnahmslos, selbst bei allen Rückzügen, Kompromissen, Manövern, die durch die Schwierigkeiten notwendig wurden, unverbrüchlich fest an der Grundlinie der internationalen, proletarischen Revolution. Zugleich fasste er einen systematischen Feldzug gegen den neu aufkommenden, erstarkenden Bürokratismus ins Auge. Mit seherischem Blick erkannte er in Stalin das Haupt der bürokratischen Gefahr. Durch schwere Krankheit gelähmt, empfahl er der Partei in seinem Testament, Stalin vom Posten des Generalsekretärs der Partei zu entfernen.

Kaum hatte Lenin (im Jänner 1924) die Augen geschlossen, brach der Kampf, der schon zur Zeit der Krankheit Lenins unterirdisch schwelte, offen aus, der Kampf um die Frage, mit welcher Richtung der Politik den Schwierigkeiten zu begegnen.

[191] Trotzki gab darauf die Antwort: durch realistische Politik auf Lenins Linie, auf der Linie der internationalen proletarischen Revolution. Aus dieser Richtung, der proletarischrevolutionären Richtung, entstand die Linksopposition, schließlich die Vierte Internationale.

Sinowjew gab darauf die ultra„linke“, Bucharin die „rechte“ die offen opportunistische, Stalin die zentristische, die verkappt opportunistische Antwort, zwischen der proletarischen und der kleinbürgerlichen Klassenlinie hin- und hersegelnd, den Opportunismus durch Ultra„radikalismus“ verschleiern. Doch zunächst traten sie geschlossen auf, zusammengehalten nur durch die gemeinsame Feindschaft „gegen Trotzki“, das heißt tatsächlich gegen die Linie der internationalen proletarischen Revolution. Der Kampf gegen den Leninismus, gegen die Weltrevolution, wurde unter der Losung „gegen den Trozskismus“ geführt, und zwar zunächst unter ultra„radikaler“ Flagge. Darum ließen sie den ultra„linken“ Sinowjew im Vordergrund. Nur mit Sinowjews und Bucharins Hilfe gelang es Stalin, sich entgegen dem Testament Lenins als Generalsekretär der Partei weiter zu behaupten. Nur mit Sinowjews und Bucharins Hilfe gelang es Stalin, das Korumpieren, Demoralisieren, Zersetzen des Hauptbollwerks der revolutionären Arbeiterklasse, der russischen Revolution, der Weltrevolution, das ist der Leninschen Partei und Internationale unter dem Titel der „Bolschewisierung der Partei“ in Gang zu setzen. „Sich Lenins Tod zunutze machend, rief die regierende Gruppe zum „Lenin-Aufgebot“ ... Die politische Absicht, die revolutionäre Avantgarde aufzulösen in menschliches Rohmaterial ohne Erfahrung, ohne Selbständigkeit, aber von alters her gewohnt, sich der Obrigkeit zu unterwerfen. Das Vorhaben gelang ... Der demokratische Zentralismus machte bürokratischem Zentralismus Platz ... Als Haupttugend der Bolschewiki gilt (nun) der Gehorsam. Unter der Fahne des Kampfes gegen die Opposition findet eine Ersetzung der Revolutionäre durch Beamte statt. Die Geschichte der Bolschewistischen Partei wird zur Geschichte ihrer raschen Entartung“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.98).

Der ultra„linke“ Kurs mit seiner Einheitsfront „nur von unten“ usw. führte von Niederlage zu Niederlage. Sinowjew erkannte schließlich seine Fehler und schloss sich 1926 der proletarischrevolutionären Linksopposition an. Er hatte die wahre Natur der Stalinschen „Linie“ aus der nächsten Nähe kennen gelernt; aber die ganze Tiefe des Gegensatzes zwischen der Leninschen Linie der Weltrevolution und Stalins „Sozialismus in einem Land“, wohinter die Stalinbürokratie die Linie ihrer egoistischen Macht- und Pfündeninteressen verbirgt, hatte er nicht erfasst. Als die Entscheidung schließlich nahte, als er die harte Wirklichkeit vor sich sah, den Kampf für die Leninsche Gesundung der Partei durch lange Jahre führen zu müssen, da wankte er vor dem Bruch mit der Stalinbürokratie zurück, seine Kapitulation mit der scheinenleninistischen Losung „Einheit der Bolschewistischen Partei um jeden Preis“ deckend. Wie so oft, so war auch bei ihm der Ultra„radikalismus“ nur die ehrliche Hülle einer dem Wesen nach schwankenden, opportunistischen Grundeinstellung.

Gestützt auf Bucharins „Rechte“ und die Kapitulation Sinowjews schloss die Stalinbürokratie 1927 Trotzki und seine Freunde aus der Partei aus. Der Kampf der proletarischrevolutionären Linksopposition war nicht vergeblich gewesen. Nur sie hat durch ihren Kampf 1924-1927 die immer größer werdende Gefahr der kapitalistischen Restauration verhindert; einzig und allein ihr Kampf war es, der damals die reaktionäre Stalinbürokratie zu energischen Maßnahmen gegen diese Gefahr zwang. Nur ihr Kampf für das Planprinzip, für die kühne Industrialisierung und Agrarkollektivierung hat diesen schließlich die Bahn gebrochen. Wütend bekämpfte die Stalinbürokratie diese Vorschläge als „Kleinbürgerei“, „Abenteurertum“. griff aber, [192] als sie nicht mehr aus und ein wusste, zuletzt doch zu dieser Politik; allerdings ersetzte sie das von der Linksopposition geforderte optimale, das heißt jeweils den wirklichen Kräften der Arbeiterklasse entsprechende Tempo durch ein abenteuerliches Rekordtempo, wodurch sie die Kräfteverhältnisse der Klassen immer mehr zum Nachteil des Proletariats, zum Vorteil der antiproletarischen, antirevolutionären, antisozialistischen Elemente verschob. Doch die Entartung des proletarischen Staates zu verhindern, dazu reichten die Kräfte der proletarischrevolutionären Opposition nicht aus.

Die Richtung Bucharins, die spätere Rechtsopposition, drängte offen nach rechts. Von Haus aus machte sie den Stalinschen Kampf gegen den „Trozskismus“, das heißt gegen die proletarische Revolution, gegen den Leninismus, durch

dick und dünn mit. Sie verfocht eine nationalrussisch orientierte Reformpolitik, den Aufbau einer isolierten nationalrussischen Wirtschaft, die Förderung der Kulaken zwecks Steigerung der Produktion, dies trotz der für die Arbeiterschaft nachteiligen Wirkungen auf das Kräfteverhältnis der Klassen. Sie machte die „Bolschewisierung der Partei“, das Liquidieren der Parteidemokratie, das Korrumpieren, Demoralisieren der Partei, deren Auslieferung an die Bürokratie mit. Sie half mit beim Liquidieren der Sowjetdemokratie, beim Aufrichten des bürokratischen Absolutismus in Partei und Staat. Als in einer Vollsitzung des Zentralkomitees im August 1927 Stalin mit den Worten: „Diese Kader können ersetzt werden nur durch den Bürgerkrieg!“ die Parteibürokratie als durch die Parteimitgliedschaft für unabsetzbar erklärte und jede Opposition gegen die Parteibürokratie von vornherein als Bürgerkrieg verkündete, also in aller Form die Diktatur der Bürokratie über die Partei proklamierte, wendete die Gruppe Bucharins dagegen nicht das geringste ein. (Die Gruppe Sinowjew gab dazu ihre Zustimmung durch ihre Kapitulation: „um jeden Preis“ Parteieinheit mit der Stalinbürokratie, auch um den Preis der Diktatur der Bürokratie über die Partei, auch um den Preis der Liquidierung der Sowjetdemokratie, auch um den Preis des maßlosen Steigerns der Privilegien der Bürokratie auf Kosten der Lebenshaltung der Massen, auch um den Preis der Fortsetzung der Politik des russischchauvinistischen Sozialnationalismus gegen die internationale proletarische Revolution.) Bucharin und Sinowjew waren mitschuldig an der Politik, die zur Katastrophe des englischen Generalstreiks/Bergarbeiterstreiks 1926, zur Riesenkatastrophe der chinesischen Revolution 1927 führte. Sie waren mitschuldig an der Einheitsfront „nur von unten“, die in allen Ländern, vor allem in Deutschland, den sozialdemokratischen Einfluss auf die Massen konservierte und so die Bourgeoisie, die faschistische Entwicklung tatsächlich förderte, stärkte. Klassenmäßig repräsentierte die Gruppe Bucharin die Linie der Interessen der wohlhabenden Bauern, der Kulaken, des Kleinbürgertums und der Arbeiteraristokratie; über die russischen Gewerkschaften suchte sie engen Anschluss an die reformistische Gewerkschaftsinternationale; objektiv arbeitete sie der Sozialdemokratie, letzten Endes der Bourgeoisie in die Hände.

Bucharins Freunde außerhalb Russlands, die Brandlerianer, waren für den „Sozialismus in einem Land“, für die bürokratische Diktatur, für den Stalinismus in Russland, sie verlangten nur für die außerrussischen Länder, für Deutschland, eine deutsch orientierte, für Frankreich eine französisch ausgerichtete „kommunistische“ Politik usw. Auf der ganzen Linie gingen sie mit beim Stalinschen Kampf gegen den „Trotzkismus“, also gegen die internationale proletarische Revolution. Was Stalins Kominternpolitik, seine Außenpolitik überhaupt betrifft, so bekämpften sie lediglich seine ultra-„linken“ Wendungen, Maskierungen, dagegen unterstützten sie konsequent Stalins Kurs nach rechts. Das gilt dem Wesen nach auch von der von der Brandler-Gruppe abgesplitterten SAP. Kein Wunder, dass sie später auch Stalins „Volks“front, die Politik des Parteibündnisses mit der französischen, spanischen Linksbourgeoisie [193] gegen die proletarische Revolution unterstützten, welche Politik die Katastrophe in Spanien und Frankreich 1936/39 herbeigeführt.

Die Richtung des bürokratischen Zentrismus (Stalin) – des Zentrismus auf dem Boden des proletarischen Staates – verfocht die Schmarotzinteressen der entartenden Arbeiterbürokratie, die sich immer mehr mit der Verwaltungsbürokratie zur Stalinbürokratie verfilzte. Ihrer Linie nach torkelte die parasitische Stalinbürokratie im Zickzack zwischen kleinbürgerlichem und proletarischem Kurs hin und her, offenen Opportunismus und Abenteuerertum miteinander abwechselnd. Von den ultra-„linken“ Abenteurern in Bulgarien und Estland von der scheinradikalen Einheitsfront „nur von unten“ in Deutschland, dem Ablehnen der Einheitsfront mit den Massengewerkschaften, mit der Sozialdemokratie überhaupt zum verräterischen Bündnis mit der streikbrecherischen Gewerkschaftsbürokratie im englischen Generalstreik, Bergarbeiterstreik 1925/26, zu dem noch verräterischen Parteibündnis mit dem der revolutionären Arbeiter und Bauern Chinas Tschangkaischek, 1926/27. Dabei wurden die Wendungen nach rechts immer länger, verhängnisvoller, die Wendungen nach links immer kürzer, immer unzuverlässiger, in Wirklichkeit waren es scheinrevolutionäre Manöver zum Verschleiern des grundlegend opportunistischen, kleinbürgerlichen Kurses vor den Arbeitermassen.

Mit der Gruppe der Rechten (Bucharin) hatten die bürokratischen Zentristen (Stalin) nur die Feindschaft gegen den „Trotzkismus“ gemeinsam. Hinter ihrer gleichen opportunistischen Grundrichtung verbarg sich aber ein tiefgehender Gegensatz. Denn bei all ihren schrecklichen Fehlern, die der Stalinschen Reaktion, letzten Endes der Bourgeoisie geholfen haben, waren Bucharin sowie auch Sinowjew der proletarischen Revolution subjektiv ehrlich ergeben und blieben es durch alle ihre schweren Irrtümer bis ans Ende. Sinowjew und Bucharin und dem Großteil ihrer Anhänger ging es letzten Endes nicht um materielle Vorteile für sich, und um die Macht kämpften sie nur als Mittel für ihre Politik, die objektiv zwar von Grund aus falsch und schädlich war, die sie aber für die proletarische Revolution, für die Weltarbeiterklasse, für den proletarischen Staat ihrer ehrlichen Überzeugung nach als die beste hielten. Sie waren der Wirkung ihres Verhaltens nach Opportunisten, objektiv Helfer der Sozialdemokratie, der Stalinbürokratie, letzten Endes der Bourgeoisie, der Absicht nach aber waren sie ehrliche proletarische Revolutionäre, nie und nimmer handelten sie als Revolutionsschmarotzer. Die Stalinbürokratie samt Stalin jedoch kämpft von Haus aus raffiniert und skrupellos für ihre Macht um jeden Preis, für ihre parasitischen Interessen als tatsächlich leitende Linie, für alle und jede Politik, wenn sie nur geeignet war, sie an der Macht und Futterkrippe zu halten, wobei sie auch den großen Schaden, den die Interessen der proletarischen Revolution, der Arbeiterklasse, des proletarischen Staates, dadurch erlitten, bewusst in Kauf nahmen.

Sobald sie gemeinsam die Linksoption aus der Partei gestoßen hatten, musste daher zwangsläufig der Kampf zwischen den Zentristen und den Rechten entbrennen. Um sich der Rechten zu entledigen, machte der politische Oberparasit Stalin, die Lage nutzend, eine scharfe Wendung nach „links“, in Wahrheit: ultra-„links“. Jahrelang hatte Stalin zusammen mit Bucharin den Kampf der Linksoption für die Planwirtschaft, für die kühne Industrialisierung

und Kollektivierung verhöhnt, abgelehnt, den Wirtschaftsaufbau, „wenn auch im Schneckentempo“, angeblich in die Richtung zum Sozialismus, verfochten. Jetzt sprang er im Handumdrehen abenteuerlich über zur Industrialisierung im äußersten Rekordtempo und zur Agrarkollektivierung in aller kürzester Zeit, zu bewerkstelligen mit allen Mitteln, um jeden Preis. Jahrelang hatte er zusammen mit Bucharin den Kampf der Linksopposition für das Eindämmen der kulakischen Gefahr verspottet, zurückgewiesen, eine solche Gefahr sei [194] überhaupt nicht mehr vorhanden, die Kulaken seien bereits liquidiert. Gar nichts hatte Stalin gegen Bucharins Losung einzuwenden, die den Kulaken zurief: „Bereichert Euch!“ Plötzlich, über Nacht, malte Stalin die Kulakengefahr noch bei weitem ärger, als sie wirklich war, gerade darum müsse die Kollektivierung der Landwirtschaft im Blitzzugtempo durchgeführt werden „zur restlosen Liquidierung der Kulaken als Klasse“ ... So brach der Kampf zwischen beiden Richtungen aus, der nicht anders enden konnte als mit der Niederlage Bucharins und seiner Freunde. Denn sie selbst hatten Stalin durch die ganzen Jahre geholfen, die Parteidemokratie, die proletarische Demokratie in Gewerkschaft, Staat zu beseitigen, die proletarischen Revolutionäre mit Trotzki an der Spitze aus der Partei, die Ultra„linken“ mit Sinowjew an der Spitze in entwürdigende Kapitulation zu stoßen. Sie selbst hatten die Peitsche geflochten (jahrelang unterstützt von den Sinowjiten), mit der sie nun die Stalinbürokratie traktierte und 1929 liquidierte.

3. Immer weiter nach rechts!

Nachdem sich die Stalinbürokratie sowohl der proletarischrevolutionären Linksopposition als auch der ultra„linken“ und der rechten Gruppierung entledigt hatte, die selbst bei ihren allerschwersten Fehlern es mit der proletarischen Revolution, mit den Klasseninteressen der Arbeiter wenigstens subjektiv ehrlich meinten, setzte sie ihren scheinrevolutionären Kurs zunächst weiter fort. Es galt, die Massen weiter darüber zu täuschen, dass die Stalinbürokratie der proletarischen Revolution den Rücken gekehrt, ja dass sie tatsächlich gegen die proletarische Revolution wirkte, es galt zugleich, die Massen noch mehr zu zersetzen und zu entrechten. Statt die 1929 ausgebrochene ungeheure Weltwirtschaftskrise vermittels der Leninschen Taktik der proletarischen Einheitsfront zum revolutionären Mobilisieren, zum revolutionären Sturm der Massen auszunutzen, vor allem gegen die deutsche Bourgeoisie – in der Tat wäre es damals ernsthaft möglich gewesen, die deutsche Arbeiterklasse zum revolutionären Sieg zu führen! – sabotierten Stalinclique, Stalinpartei, Stalininternationale die proletarische Einheitsfront bewusst. Der „Sozialismus in einem Land“, der russische Wirtschaftsaufbau ging ihr über alles, auch über die proletarische Revolution, letzten Endes aber handelte die Stalinbürokratie so aus ihren selbstsüchtigen Interessen; um ihrer usurpierten Schmarotzposition willen fürchtete und fürchtet sie nichts so sehr wie die proletarische Revolution. Mit ihrem „Sozialfaschismus“ usw. arbeitete sie der Bourgeoisie derart wirksam in die Hand, dass diese 1933 auf dem Leib des durch Stalinpartei und Sozialdemokratie aufs äußerste geschwächten, zersetzten, gelähmten deutschen Proletariats die faschistische Diktatur aufzurichten vermochte. Ohne Stalins Politik gäbe es keine faschistische Diktatur in Deutschland, ohne Stalin keinen Hitler. Eine Zeitlang suchte die Stalinclique ihre Schuld an der vor allem durch sie herbeigeführten ungeheuren Katastrophe des deutschen, ja des Weltproletariats und auch des proletarischen Staates vor den Arbeitermassen durch planmäßig ultra„revolutionäres“ Gekreis zu übertönen: der „Sozialfaschismus“ ist nach wie vor richtig, die Linie der KI, der KPD ist richtig, die „Generallinie“ geht weiter, das deutsche Proletariat ist nicht besiegt, die Revolutionswelle steigt, Hitler wird in Kürze abwirtschaften – so schallte es aus dem Stalinschen Blätterwald. Doch die Katastrophe gefährdete zugleich die Macht- und Pfündeninteressen der Stalinbürokratie selbst. So warf sie denn die schwindelrevolutionäre Maske, deren sie sich so lang bedient hatte, kurzerhand weg und sprang zum offenen Rechtskurs über. Die Stalinsche Reaktion ging verstärkt weiter, aber nun nicht mehr gehüllt in das Gewand der Revolution; diesen Betrugsflitter hatte sie nun nicht mehr [195] nötig, nachdem sie jeden Widerstand gegen ihre reaktionäre Politik von links – selbst die Bucharingruppe war ja vom Standpunkt der Stalinschen Schmarotzinteressen eine linke Gefahr, nachdem sie jede Möglichkeit zu solchem Widerstand in der Partei vor allem mittels der politischen Polizei, der GPU unmöglich gemacht hatte, nachdem sie die Arbeiterklasse atomisiert, entrechtet hatte. Die scheinrevolutionär verkappte Phrase der Stalinschen Reaktion war damit abgeschlossen, die Phase der offenen Stalinschen Reaktion hatte damit begonnen.

Die Stalinbürokratie, die die ungeheuerliche Niederlage des deutschen Proletariats herbeigeführt, die der deutschen Bourgeoisie zur monopolkapitalistisch geführten offenen Bourgeoisiediktatur verholfen, suchte Schutz dagegen bei der französischen, englischen, amerikanischen Kapitalistenklasse. 1934 trat sie in den Völkerbund ein, dieses Instrument des französisch-englischen Imperialismus, als das sie selbst ihm durch Jahre bezeichnet (solange sie im tatsächlichen Bündnis, auch Parteibündnis mit dem deutschen Imperialismus gestanden war). 1935 schloss sie ein Militärabkommen mit dem imperialistischen Frankreich, wogegen prinzipiell nichts einzuwenden. Aber sie verknüpfte dies mit der Übergang der französischen StP zum Sozialpatriotismus, zur kapitalistischen Landesverteidigung. Durch Jahre hatte sie jede Einheitsfront mit der SP als prinzipiell unzulässig erklärt, jeden ausgeschlossen, der sie verlangt. Jetzt schloss sie im Handumdrehen die Einheitsfront mit der SP Frankreichs, aber nicht als proletarische Einheitsfront zum Kampf gegen die Bourgeoisie, für die proletarische Revolution, sondern als kleinbürgerliche Einheitsfront zum Bündnis mit der Bourgeoisie gegen die proletarische Revolution (Volksfront). Hand in Hand damit ging in Russland die Wiederherstellung der kleinbürgerlichen Familie, die Ersetzung der Miliz durch die kasernierte Armee, die Wiedereinführung von Titeln und Orden, die wachsende materielle, gesellschaftliche Ungleichheit, die neue Verfassung, die der Diktatur der „über den Klassen“ thronenden Stalinbürokratie auf Kosten der Arbeiterklasse eine Art bürgerlichdemokratisches Mäntelchen gab und dem Wiederaufstehen einer neuen russischen Bourgeoisie die politische Bahn noch mehr ebnete.

Die zentristische Diktatur der Bürokratie wird nun immer mehr zum Sowjetbonapartismus. Klassenmäßig fest nur auf die Stalinsche Bürokratie und Arbeiteraristokratie gestützt, sowie auf den ihren Bedürfnissen angepassten, entarteten Staatsapparat, insbesondere die GPU, herrscht die bürokratische Diktatur jetzt immer mehr, indem sie nach Bedarf die verschiedenen Schichten, Klassen der Sowjetgesellschaft gegeneinander ausspielt, Zugleich beginnen aus der bonapartistischen Stalinbürokratie – entgegen ihren Absichten, entgegen ihres administrativ-polizeilichen Widerstands, aber durch die tatsächlichen Wirkungen ihrer eigenen Politik immer wieder reproduziert – aus ihren schmarotzerischen kleinbürgerlichen Elementen neue bürgerliche Elemente zu erstehen, äußerst raffiniert auftretend, sehr schwer zu fassen. Dieser sich in ihr selbst entfaltende Klassengegensatz treibt zwangsläufig immer mehr zum Verstärken der bürokratischen Spitze, zum persönlichen Regime Stalins. Um ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten, muss die Stalinbürokratie ihr inneres Gleichgewicht behaupten. Um dies angesichts des in ihrem Innern selbst sich entwickelnden Klassengegensatzes zu können, bedarf sie eines starken Schiedsrichters in ihrer eigenen Mitte. Die innere Mechanik dieses Prozesses führt notwendigerweise zu einer immer schärferen persönlichen Diktatur des „Schiedsrichters“, Stalins.

Die Linksoption, aus der Partei ausgeschlossen, führte die ganzen Jahre hindurch den Kampf um die innere Leninsche Reform von Staat und Partei. Indem sie neue revolutionäre Elemente sammelte, erzog, organisierte, kämpfte sie als Fraktion für die geistige Eroberung, Gesundung der Partei, für die Wiederaufnahme, um die Wiederherstellung der Partei-, Gewerkschafts-, Sowjetdemokratie, um Partei, Gewerkschaft, Sowjetstaat wieder auf die Linie Lenins zu bringen, auf die Linie der internationalen proletarischen Revolution. Die Linke Opposition bekämpfte die ganzen Jahre über alle Auffassungen als ultra, „linke“ Verfehlung, die aus Enttäuschung und berechtigter Erbitterung über den Demoralisierungsprozess in Russland, bewusst oder unbewusst, den proletarischen Klassencharakter des entarteten Sowjetstaates leugneten, aus richtigen Voraussetzungen grundfalsche Folgerungen ziehend; sie grenzte sich von allen Elementen scharf ab, auch organisatorisch, die solche Auffassungen vertraten. Das Verhalten der Stalinbürokratie, der Stalinparteien, der Stalininternationale nach der deutschen Katastrophe 1933/34 bewies endgültig, dass sie nicht mehr fähig waren, selbst aus der allergrößten proletarischen Katastrophe zu lernen, dass sie nicht mehr fähig waren, sich zu korrigieren, weil sie ihren Klassencharakter geändert, weil im Zuge des langen Entartungsprozesses der Großteil der Stalinbürokratie endgültig kleinbürgerlich geworden war, nicht nur dem Bewusstsein, sondern auch den Interessen, ihrer wirtschaftlichen Lage nach. Die Partei wurde immer mehr die politische Organisation der Stalinbürokratie und der Kandidaten für bürokratische Posten. Die Linksoption gab mit Recht den Kampf um das Gesunden der StP, StI auf und begann ihre Anstrengungen auf das Herausbilden der selbständigen proletarischrevolutionären Partei und Internationale auszurichten, der Vierten Internationale. Zu gleicher Zeit war aber durch dieselben Tatsachen bewiesen, dass es nicht mehr möglich, die Leninsche Gesundung auf dem Wege einer Reform des Sowjetstaates durchzuführen, sondern dass zur Befreiung der russischen Arbeiter und armen Bauern, zur Rettung der durch die Oktoberrevolution gelegten Grundlagen, insbesondere des Kollektiveigentums der Arbeiterklasse und der armen Bauern an den entscheidenden Produktionsmitteln, zur Sicherung einer tatsächlich in die Richtung zum Sozialismus sich bewegenden Planwirtschaft, zur Rettung des proletarischen Klassencharakters des Sowjetstaates überhaupt eine politische Revolution unumgänglich notwendig zum Sturz der stalinbürokratischen Usurpatoren und Revolutionsschmarotzer. „Alles deutet darauf hin, dass es im weiteren Verlauf der Entwicklung unvermeidlich zum Zusammenstoß der kulturell gewachsenen Kräfte des Volkes mit der bürokratischen Oligarchie kommen muss. Einen friedlichen Ausweg aus der Krise gibt es nicht. Kein Teufel hat jemals freiwillig seine Krallen beschnitten, Die Entwicklung führt eindeutig auf den Weg der Revolution“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S 279).

Der Bankrott der Stalinpolitik in Deutschland, die dadurch verursachte Katastrophe der deutschen Arbeiterklasse, die durch die Industrialisierung und Agrarkollektivierung im abenteuerlichsten Rekordtempo herbeigeführte schwerste Schädigung der russischen Arbeiter und armen Bauern, die offenkundige Schwächung der Gesamtposition des Sowjetstaates im Verhältnis zur Weltbourgeoisie – all dies hatte die Unzufriedenheit der russischen Massen zu einer wahren Hasswelle gegen die Stalinbürokratie gesteigert. Um die Massen abzulenken, zu verwirren, zu zersetzen, veranstaltete die Stalinbürokratie die Moskauer Hexenprozesse.

Was die Folge der Stalinpolitik war, das wurde den alten Bolschewiki zugeschoben. Sie wurden beschuldigt, bewusst durch Sabotage die wirtschaftliche Zerrüttung Russlands organisiert, sich mit den deutschen Faschisten, den japanischen Imperialisten gegen Russland verbündet zu haben usw. Zu Tausenden wurden sie verhaftet, mit blutigsten Drohungen, raffiniertem Druck und mit Folter wurden sie vor die Alternative gestellt: entweder die ihnen angelasteten fürchterlichen Lügen als wahre Beschuldigungen öffentlich vor Gericht in Form eines „freiwilligen Geständnisses“ auf sich zu nehmen – oder den sofortigen Tod zu erleiden. Diejenigen, die sich dazu trotz aller Qualen nicht erpressen ließen, wurden zu Tausenden kurzerhand erschossen, ohne Prozess. Denjenigen aber, die sich dazu verstanden, wurde als Belohnung das [197] Leben versprochen. Trotzki, der infolge der Stalinschen Verbannung seit 1929 im Ausland war, konnte Stalins Mörderhand damals noch nicht erreichen, obwohl er es an Versuchen nicht fehlen ließ. Sinowjew und Bucharin nahmen dieses „Geständnis“ auf sich. Keineswegs aus Feigheit, „Den Revolver an der Schläfe, sagen sich Sinowjew und Kamenjew: Wenn wir nicht alle Stalin abgepressten Hundsfötereien unterschreiben, dann wird uns Stalin ohne Gericht erschießen. Unterschreiben wir, dann bleibt uns eine Chance, mit dem Leben davonzukommen. Vielleicht wird Stalin ja nicht betrügen, wenn er uns für Geständnisse das Leben versprach ... Die Angeklagten dachten dabei nicht nur daran, ihr Leben zu retten, sondern sahen in der Erhaltung ihres Lebens die einzige Möglich-

keit, später in einer neuen Lage das Stalinsche Amalgam zu enthüllen und sich so wenigstens zum Teil zu rehabilitieren. Sie haben sich tragisch geirrt, und dieser Irrtum war nicht zufällig, sondern die Folge ihres ganzen bisherigen Verhaltens“ (L. Sedow: Über den Moskauer Prozess, 1936, S.39). Stalin betrog: Nachdem sie der erpressten Vereinbarung gemäß „freiwillig gestanden“, ließ er sie entgegen der von ihm mit ihnen getroffenen Abmachung dennoch erschießen. So erging es zwei Jahre später auch Bucharin. Stalin hatte sie aus dem Wege geräumt, weil sie vom Standpunkt der bürokratischen Schmarotzermasse eine linke Gefahr waren. Ihr Blut bewies, dass sie trotz all ihrer überaus schweren Fehler subjektiv ehrliche Revolutionäre waren. Fast die gesamten alten Bolschewiki wurden von den Stalinparasiten ausgerottet und zwischendurch auch fast alle Armeeführer, die die Oktoberrevolution, den Bürgerkrieg mitgemacht.

Wie erklärt es sich, dass die russischen Arbeitermassen diese und andre blutigen Schläge gegen die proletarische Revolution teilnahmslos hinnahmen? Die erfahrenen revolutionären Arbeiter waren zum Großteil im Bürgerkrieg gefallen, der Rest war von der Stalinbürokratie planmäßig vernichtet worden. Die Zahl derer, die an ihre Stelle in die Betriebe traten, wuchs zwar zahlenmäßig gewaltig an – von 3 auf 30 Millionen! –, aber es waren durchwegs Elemente, die eben aus dem Dorf kamen, bar noch aller proletarischer Klassenerfahrungen, die sie erst langsam zu sammeln beginnen unter Stalins blutiger Antreiberpeitsche durch bitteres Erleben am eigenen Leib. Der unentwickelte Bewusstseinszustand der neuen proletarischen Massen Russlands ist eine Hauptvoraussetzung der blutigen Diktatur der Stalinparasiten gegen die Arbeiterklasse im Allgemeinen und gegen die proletarischen Revolutionäre insbesondere. Die von den russischen Arbeitern instinktiv erkannte Gefahr, durch den Sturz der Stalinbürokratie in der gegebenen Lage der Weltbourgeoisie zu helfen, ist die Hauptursache dieses ihres Verhaltens.

Des Bündnisses mit dem französischen Imperialismus nicht sicher, suchte es die Stalinbürokratie zu festigen und durch das Bündnis mit dem englischen Imperialismus zu verbreitern, zu verstärken. Das Jahr 1936 bot dazu die ihr gerade besondere erwünschte Gelegenheit. Durch Abwürgen der revolutionären Massenbewegung in Frankreich, durch Liquidieren der proletarischen Revolution in Spanien ging sie daran, die ihre bürokratische Existenz von Grund aus bedrohende proletarischrevolutionäre Entwicklung zu durchkreuzen, zugrunde zu richten und zugleich durch eben diesen Verrat an der Arbeiterklasse das Vertrauen der Kapitalistenklasse von Frankreich, England, letzten Endes auch Amerikas zu erkaufen. Es kam gerade umgekehrt und musste so kommen. Leninsche Politik hätte das Proletariat in Spanien zum sichern revolutionären Sieg geführt. Die gesamte Massenbewegung in Frankreich, England, Westeuropa wären durch den Sieg der revolutionären Arbeiter und armen Bauern in Spanien scharf nach links gestoßen worden, die Arbeitermassen in Deutschland, Mitteleuropa, Russland wären revolutionär belebt worden. Niemals hätten die Chamberlain, Daladier & Co., diese Vertreter der imperialistischen Räuber, in England, Frankreich freie Bahn bekommen. Die durch die Stalinpolitik verursachten katastrophalen Niederlagen [198] der Arbeiterklasse in Spanien und Frankreich stießen die Dinge in Frankreich und England nach rechts, schufen die Voraussetzung der Münchener Politik, des Abkommens von München 1938, das auf den Krieg gegen Sowjetrußland ausging mittels des Degens des deutschen Imperialismus, damit sich beide zu Nutz und Frommen des französischen, amerikanischen Imperialismus möglichst verbluten und wirtschaftlich schwächen.

Stalins 15jähriger „Kampf gegen den Faschismus“ hatte – in tatsächlicher Zusammenarbeit mit SP, LP, AFL und dergleichen – das Weltproletariat derart heruntergebracht, zersetzt, gelähmt, die gesamte Position der Weltbourgeoisie derart gestärkt, dass diese schließlich an das Wagnis des zweiten imperialistischen Weltkriegs herantreten konnte, um wenigstens einen zeitweiligen Ausweg zu suchen aus der ungeheuern kapitalistischen Weltwirtschaftskrise in erster Linie auf Kosten des Weltproletariats, des proletarischen Staates inbegriffen, und, auf dieser Grundlage, auf Kosten eines Teiles der kapitalistischen Weltkonkurrenz.

4. Und immer weiter nach rechts

Und auch das Tor zum Weltkrieg öffnete den imperialistischen Räubern die Stalinbürokratie. Sie selbst, durch die von ihr verschuldete spanische und französische Katastrophe, hatte die Münchner Gefahr herbeigeführt. Nun suchte sie gegen die Drahtzieher, die englischen, französischen, amerikanischen Räuber, Schutz im Stalin-Hitler-Pakt (23. August 1939), Schutz bei den deutschen imperialistischen Räubern in einem mit dem faschistischen, national-,sozialistischen“ Deutschland, nachdem sie nicht lange vorher Sinowjew, Tuchatschewski, Bucharin und Genossen sowie unzählige Trotzkisten unter der verleumderischen Anklage, sich für dieses Bündnis verschworen zu haben, hingerichtet hatte. Opportunistisch wie immer, setzte sie um eines augenblicklichen Vorteils willen die ganze Zukunft des proletarischen Staates aufs Spiel. Der Ländergewinn, den sie von Hitler als Anteil an der räuberischen Beute erhielt, verbesserte die militärische Position Sowjetrußlands gegenüber Deutschland nur um ein Geringes, die spätern Ereignisse haben das klar bewiesen. Dieser verhältnismäßig untergeordnete Vorteil wurde mit ungeheuern Nachteilen bei Weitem überbezahlt. Durch das Bündnis mit Hitler wurde das deutsche Proletariat restlos verwirrt, die Position der national-,sozialistischen“ Diktatur gegenüber den deutschen Massen gewaltig verstärkt. Mehr noch: Das ganze Weltproletariat wurde dadurch aufs tiefste verwirrt, seine revolutionäre Entwicklung erschwert, verzögert und eben dadurch die lange Dauer des Kriegs verursacht, die gerade den Sowjetstaat am schwersten treffen musste und in der Tat getroffen hat. Die Stalinschen Annexionen erschütterten das Vertrauen der unterdrückten Nationen, insbesondere der Kolonialvölker, zu Sowjetrußland. Indem der Stalin-Hitler-Pakt dem deutschen Imperialismus den Rücken sicherte, ermög-

lichte er es ihm, sich mit geringen Opfern in kürzester Zeit ganz Europa zu unterwerfen, dessen gesamten Wirtschaftsapparat samt dessen ungeheurer menschlicher Arbeitskraft in Dienst der deutschen Kriegsmaschine einzuspannen und dann schließlich mit freiem Rücken diese ungeheure Übermacht gegen den isolierten Sowjetstaat zu schleudern. Das übertraf den Vorteil, den Sowjetrußland aus dem gewonnenen Zeitgewinn für das Steigern seiner Kriegsrüstung ziehen konnte, bei weitem.

Um möglichst ungestört nach Belieben die Interessen der Arbeiter und armen Bauern im Krieg mit Füßen treten, die proletarische Revolution bis zur Neige verraten zu [199] können, ließ die Stalinbürokratie Trotzki meuchlings ermorden. Wie bei den Moskauer Hexenprozessen tat die SP, LP usw. moralisch sehr entrüstet, solange Stalin im Bündnis mit den imperialistischen Herren Deutschlands war; als er aber zum Bündnis mit den imperialistischen Herren Englands, Amerikas wechselte, in deren Diensten LP, SP usw. seit langem stehen, da begannen sie, ihre hochmoralischen Bedenken vergessend, den „Realismus“ Stalins umso mehr zu koben, da mit dem Blut Trotzki die Abkehr der Stalinbürokratie von der proletarischen Revolution noch viel deutlicher unterstrichen war als seinerzeit mit dem Blut Sinowjews, Tuchatschewskis, Bucharins.

Auf Grund des Räuberabkommens mit Hitler besetzte die Stalinbürokratie Ostpolen, gliederte es gewaltsam dem Sowjetstaat an, die Annexion verschleiern durch eine „Volksabstimmung“ unter dem Stiefel der GPU. So 1939/40 auch im Baltenland. Auch Finnland suchte sie 1939/40 gewaltsam sich einzuverleiben gegen den Willen des finnischen Volkes, ja gegen den klaren Willen der Arbeiter und armen Bauern Finnlands. So handelte sie später auch gegenüber Bessarabien. Die Baltenländer, Polen, Bessarabien waren Sowjetrußland durch die Imperialisten geraubt worden, gewiss. Aber der proletarische Staat darf auch solche Gebiete nur dann sich eingliedern, wenn die revolutionären Massen der Arbeiter und ärmsten Bauern dieser Gebiete diese Eingliederung aus freiem Willen selbst wollen, wenn sie selbst die militärische Unterstützung des proletarischen Staates für ihre revolutionäre Behauptung herbeiführen. Davon war 1939/40 in keinem dieser Gebiete die Rede, obwohl die Arbeiter und ärmsten Bauern insbesondere Bessarabiens und Ostpolens unter der Ausbeutung, Unterdrückung durch die polnischen Schlachzigen, durch die rumänischen Bojaren äußerst zu leiden hatten. Aber sie hatten aus nächster Nähe gesehen, wie die russischen Arbeiter und armen Bauern unter dem Stiefel der Stalinbürokratie zu leben hatten und trugen daher kein Verlangen, äußerten keinen Wunsch, dem Stalinregime eingegliedert zu werden. Durch diese gewaltsamen Einverleibungen von Weißrußland, Ostgalizien, Estland, Lettland, Litauen, Bessarabien, durch diese Annexionen und durch den Annexionskrieg gegen Finnland wurde das proletarischdemokratische Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter und ärmsten Bauern, wurde das nationale Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Völker, Volksteile aufs gröblichste missachtet, verletzt, mit Füßen getreten. Da die Stalinbürokratie dies im Namen des proletarischen Staates vollzog, so wurden die Arbeiter und ärmsten Bauern dadurch verwirrt, geschwächt, so wurde das Vertrauen der unterdrückten Nationen, Kolonialvölker zur revolutionären Befreierrolle des proletarischen Staates schwer erschüttert.

Dafür schuf, züchtete sie eine immer größere Militäraristokratie, untermauerte das persönliche Regime Stalins mit dieser an Macht, Ehren, Einkommen, Vorrechten weit über die Massen gehobenen Militärkaste, wandelte die bonapartistische immer mehr in eine militärische Diktatur.

Am 22. Juni 1941 stürzte sich der deutsche Imperialismus auf den Sowjetstaat. Nach längern Verhandlungen kam das Bündnis Russlands mit dem imperialistischen England und Amerika zustande. An die Stelle Chamberlains war Churchill getreten, mit einer andern, viel schlauern Taktik, aber genau derselben Grundlinie wie sein Vorgänger. Zeitweilige Überwindung der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise zugunsten der englischen und amerikanischen Bourgeoisie in erster Linie auf Kosten des Weltproletariats, des proletarischen Staates inbegriffen, und in zweiter Linie auf Kosten der kapitalistischen Weltkonkurrenz Deutschlands-Italiens-Japans, Verhinderung jeder wie immer gearteten politischen, wirtschaftlichen Einigung Europas – das war und ist das Kriegsziel der Churchill-Roosevelt der englischen und amerikanischen Imperialisten. Dass beim Mitkämpfen zum Niederringen der kapitalistischen Weltkonkurrenten von England-USA der verbündete proletarische Staat möglichst geschwächt, [200] vor allem wirtschaftlich weit zurückgeschleudert, sein klassenmäßiges Entarten derart vorangetrieben, vertieft, gesteigert, dass der schließliche Sieg der kapitalistischen Wiederherstellung eines kapitalistischen Russland, die größtmögliche Abhängigkeit Russlands von USA-England möglichst gesichert werde, – das war und ist die kriegstaktische Linie der Roosevelt-Churchill.

Genau auf dieser Linie bewegt sich der Krieg. Sowjetrußland bringt zehnmal größere Blutopfer als England, hundertmal größere als USA. Rund die Hälfte seines Industrieapparats ist zerstört, während insbesondere Amerika seinen Industrieapparat noch vergrößert hat. Sowjetrußland hatte den entwickeltsten kapitalistischen Staat, die Vereinigten Staaten von Amerika, wirtschaftlich nicht überholt, auch nicht eingeholt, aber es hatte ihm gegenüber gewaltig aufgeholt. Jetzt wurde es weit dahinter zurückgeschleudert, während Amerika seinen Produktionsapparat noch bedeutend vergrößert. Kein Sieg über den deutschen Imperialismus ändert die grundlegende Tatsache, dass Sowjetrußland heute hinter Amerika wirtschaftlich weit mehr zurücksteht als vor dem Kriege, dass Sowjetrußland heute vom Weltkapital, vor allem vom amerikanischen Kapital, bei weitem mehr abhängig ist als vor dem Kriege. Der „Sozialismus in einem Land“, der auszog, Russland immer unabhängiger von der kapitalistischen Weltwirtschaft zu machen, hat diese Abhängigkeit gerade im Gegenteil aufs höchste gesteigert. Ohne die wirtschaftliche Hilfe von USA-England hätte Stalinrußland heute nicht genügend Ausrüstung, ja nicht einmal genügend Lebensmittel, um den Krieg auf großer Stu-

fenleiter weiterführen zu können, und um nur den Produktionsapparat wieder aufzubauen, den es vor dem Krieg bereits hatte, heute hängt es mehr denn je von der Weltbourgeoisie ab. Wie immer der Krieg gegen Deutschland ausfällt, gegen Amerika hat Sowjetrußland diesen Krieg wirtschaftlich bereits verloren, und dieser ganze imperialistische Weltkrieg ist grundlegend ein Wirtschaftskrieg und nichts anderes. 20 Jahre Stalinscher Politik haben diesen besiegt. Riesenbankrott vorbereitet, der besiegt wurde, als die Stalinbürokratie den proletarischen Staat dem Weitkapital auslieferte, indem sie in den mit ihr verbündeten, kapitalistischen, imperialistischen Staaten die Stalinparteien dem Sozialpatriotismus, der kapitalistischen Landesverteidigung verschrieb, die einzige Kraft verratend, die den Sowjetstaat als proletarischen Staat retten kann, die internationale proletarische Revolution. Die Stalinbürokratie holt den imperialistischen Räubern von Amerika, England Kastanien aus dem Feuer. Der Krieg ist der schärfste Prüfstein für jedes Regierungssystem; je länger er dauert – und durch die Schuld der Stalinbürokratie, die der Revolutionierung der Massen entgegenarbeitet, entgegenwirkt, wild er verlängert –, desto klarer wird zutage treten, dass die Stalinbürokratie das große Erbe der Oktoberrevolution verraten, dass sie nur davon gelebt hat und lebt, dieses Erbe stückweise an den Klassenfeind der Arbeiter, an die Weltbourgeoisie, preiszugeben.

Gegenüber dem wachsenden gegenrevolutionären Druck der Weltbourgeoisie behauptet sich die Stalinbürokratie, indem sie immer weiter rechts rückt. Sie versöhnt sich mit der Kirche, macht aus ihr eine Stütze der Stalindiktatur. Sie löst die Kommunistische Internationale auf und ersetzt das proletarischrevolutionäre Kampflied, „Die Internationale“, durch die russischchauvinistische Nationalhymne. Unterirdisch ihren Schmarotzerinternationalismus fortsetzend – den „Internationalismus“ zugunsten des Russoschauvinismus, zugunsten der parasitischen Interessen der Stalinbürokratie – schreibt sie auf ihre Fahne die alte Raublosung der zaristischen Banditen, den Panslawismus. Um ihre Annexionen heimzubringen, stachelt sie Polen zur Annexion, Zwangsaussiedlung, Polonisierung deutscher Gebiete. Wir unterstützen jede fortschrittliche Maßnahme der Stalinbürokratie, wie die Enteignung der Großgrundbesitzer usw. – obwohl diese Maßregel in ihrer Hand nur als Köder dienen, um damit die Massen für die [201] zwangsweise Eingliederung in den russisch-chauvinistischen Staat, in den Stalinstaat einzufangen –, aber bekämpfen nach wie vor jede Verletzung des proletarischdemokratischen Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiter und ärmsten Bauern von Westukraine, Weißrußland usw., wir bekämpfen das Missachten des nationalen Selbstbestimmungsrechtes des westukrainischen, weißrussischen usw. Volksteils, wir bekämpfen jede zwangsweise Eingliederung, jede Annexion irgendeines Gebietes in den proletarischen Staat. Um für den Stalinschen Länderraub die Zustimmung der imperialistischen Banditen von USA zu finden, kapituliert die amerikanische Stalinpartei vor den beiden nordamerikanischen Bourgeoisparteien: Sie löst sich in einen „Kommunistischen Verband für politische Erziehung“ auf, da „die nationalen Fragen innerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten im Rahmen des Zweiparteiensystems (das heißt: im Rahmen der demokratischkapitalistischen und der republikanischkapitalistischen Partei; d.Verf.) entschieden werden“. Durch ihre rein russischchauvinistische, annexionistische, antirevolutionäre Politik arbeitet die Stalinbürokratie an der Zerrei-ßung Europas; um ihre annexionistischen Eroberungen zu sichern, unterstützt sie die imperialistischen Räuber von England, USA, die Europa balkanisieren. Was Lenin der proletarischen Politik nächstes Hauptziel setzte, die Verwirklichung der Vereinigten Proletarischdemokratischen Staaten von Europa, das mit allen Mitteln zu verhindern, ist eines der Hauptkriegsziele, das die Weltbourgeoisie mit Unterstützung durch Stalinbürokratie, StP, SP, LP, AFL, CIO, UMW usw. verfolgt.

Wichtiger als alles ist der Stalinbürokratie die weitere Erhaltung ihrer usurpierten Macht, ihrer Privilegien, Privatvorrechte um jeden Preis. Deren höchste Sicherung, Festigung erblickt sie immer deutlicher darin, ihren Repräsentanten Stalin zum Marschall, Großmarschall, Imperator, Zaren empor zu heben. Die militärische Diktatur beginnt sich allmählich in eine kaiserliche Diktatur zu wandeln. Der entartete proletarische Staat soll zu einem Stalinschen Kaiserstaat gemacht werden, zu Nutz und Frommen der parasitischen Stalinkaste.

„Das Rußland Lenins und Trotzki – das Rußland der bolschewistischen Revolution – existiert nicht mehr. Mittels allmählicher, strenger und oftmals grausamer Lenkung der Entwicklung hat die (Stalinsche) Regierung das nunmehrige System des Staatssozialismus geschaffen, das nach kapitalistischen Prinzipien handelt und stetig und unaufhaltsam den Kurs weiter nach rechts nimmt“, so schreibt hochbefriedigt der amerikanische Dollarmillionär J. E. Davies im Schlusswort seines Buches: USA-Botschafter in Moskau (bis Oktober 1941). Der Mann hat leider völlig recht: Rußland bewegt sich in der Tat stetig und unaufhaltsam weiter nach rechts, das heißt zu einem neuen Kapitalismus; allein nur unter der Bedingung – das hat Davies zu erwähnen vergessen – des steten Fortsetzens der Stalinschen Politik ... Doch da wird noch jemand dreinreden: die internationale proletarische Revolution, das Weltproletariat, das russische Proletariat.

5. Welche Möglichkeiten stehen der Stalinbürokratie noch offen?

a

Sie kann im Bund mit der Kapitalistenklasse von USA-England bis ans Ende gehen, das heißt bis zur völligen Besiegung des deutschen und japanischen Imperialismus. Ein solcher Sieg würde, so hofft die Stalinclique, ein „langes friedliches Zusammen- [202] leben von Kapitalismus und Sozialismus (lies: Stalinismus)“ mit sich bringen „für eine lange Reihe von Jahren in der Nachkriegszeit“ (Browder, der Führer der amerikanischen Stalinpartei, in seiner Rede 10.1.44 in New York). Eine trügerische Illusion, eine grundfalsche Perspektive. Doch Stalin braucht in der Tat eine

jahrelange Periode des Friedens, um nur das wieder aufzubauen, was durch seine Schuld, als Folge seiner Politik in Russland zerstört wurde.

Durch einen solchen Krieg „bis ans Ende“ würde Sowjetrußland sich an Menschen und Produktionsapparat noch mehr erschöpfen als schon bisher und würde zum Schluss staatspolitisch völlig isoliert dastehen gegenüber der unter Führung der siegreichen amerikanischen und englischen Kapitalistenklasse geschlossenen Weltbourgeoisie. Der Stalinsche „Sicherheitsgürtel“ würde die Gesamtlage der Sowjetunion im Verhältnis zur Weltbourgeoisie ökonomisch, machtpolitisch ein wenig verbessern, aber nicht wesentlich. Auch wenn es der Stalinbande gelänge, sich so oder so einen mehr oder minder großen Teil der deutschen Industrie zu sichern – etwa einen mehr oder minder großen Teil des Maschinenparks räuberisch von Deutschland nach Rußland zu überführen und durch Zwangsarbeit deutscher Proletarier zu betreiben –, würde das die Niederlage Stalinrußlands im Verhältnis zum amerikanischen Imperialismus, zur Weltbourgeoisie, die gewaltig angewachsene ökonomisch-politische Abhängigkeit des Stalinschen Rußland von der USA-Bourgeoisie, vom Weltkapital zwar etwas abschwächen, aber keinesfalls grundlegend ändern.

Würde die Sowjetunion – nach eventuellem gemeinsamem Sieg über den deutschen Imperialismus – sich dem Endringen zwischen anglosächsischem und japanischem Imperialismus fernhalten, so würde sie dadurch ein Kompromiss zwischen den imperialistischen Räubern fördern – auf Sowjetrußlands Kosten. Im besten Fall würde sie dadurch ihre Gesamtposition im Verhältnis zur Weltbourgeoisie ökonomisch, machtpolitisch noch etwas verstärken, jedoch keineswegs grundlegend. Jedenfalls stünde die Sowjetunion schließlich auch dann völlig isoliert da gegenüber der zusammengeschlossenen Weltbourgeoisie.

Der einzige Ausweg, der der bankrotten Stalinbürokratie in diesem äußersten Ernstfall bliebe, wäre nur noch die internationale proletarische Revolution, der revolutionäre Appell an das Weltproletariat, die Rückkehr zur proletarischinternationalen, zur proletarischrevolutionären Politik. Darüber später.

Selbst der volle Sieg im Bunde mit USA-England führt – über diese oder jene Zwischentappen – unvermeidlicher Weise schließlich zur Aufrollung der entscheidenden Frage: Beseitigung der kollektiven Form des Eigentums an den Produktionsmitteln und des Außenhandelsmonopols, Wiederherstellung des kapitalistischen Eigentums, Aufrichtung eines kapitalistischen Staates in Rußland, der all dies sichert. Subjektiv hat das Weltkapital zur antirevolutionären Zuverlässigkeit der Stalinbande, die alle revolutionären Bewegungen seit 1923/24 zugrunde gerichtet, die proletarischen Revolutionäre zu Hunderttausenden ermordet, deren Führer gemeuchelt hat, bereits in hohem Grad Vertrauen; allein solange das Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln und das Außenhandelsmonopol besteht, solange ist die Gefahr der Wiederherstellung der Leninschen Diktatur, der Diktatur der proletarischen Demokratie der Arbeiter und armen Bauern in Rußland – gegen den Willen der Stalingangster – für das Weltkapital zu groß. Dieses muss im eigenen Interesse zur Wiederherstellung des kapitalistischen Eigentums in Rußland um jeden Preis drängen, solange es geht – mit der Stalinbürokratie, wenn es nicht anders geht, – gegen sie. Die Stalinbande weicht dieser Entscheidung immer mehr aus durch – immer weitem Ruck nach rechts. Doch wie immer sie sich dreht und wendet, sie muss schließlich, und zwar in nicht allzu langer Zeit, an [203] die entscheidende Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln und des Außenmonopols stoßen.

Wir haben gesehen, dass die Stalinsche Gesamtpolitik durch ihre objektiven Wirkungen zwangsläufig die Stalinbürokratie immer mehr in den schmarotzerischen kleinbürgerlichen und den räuberischen bürgerlichen Flügel teilt – welcher letzterer einstweilen nur unterirdisch, äußerst getarnt arbeiten kann – abgesehen von einem Rest passiver proletarischer Elemente, die erst der entscheidende blutige Zusammenprall der neuen Bourgeoisie Rußlands mit der russischen Arbeiterklasse zu revolutionärem Handeln aufrütteln wird. Wir haben gesehen, dass der Fortgang des Stalinkurses trotz aller Gegenmaßnahmen der Stalinspitze den bürgerlichen Flügel immer wieder verstärkt. Nur die siegreich fortschreitende internationale proletarische Revolution wird die russischen Arbeiter und armen Bauern beleben, in revolutionären Schwung versetzen, sodass sie die Stalinbürokratie stürzen, den Sowjetstaat auf allen Gebieten leninistisch reformieren, die proletarische Demokratie wieder herstellen, die Sowjetunion als proletarischen Staat retten. Doch kommt die siegreiche Weltrevolution nicht rechtzeitig, so wird der bürgerliche Flügel in dem ihm geeigneten Augenblick, mit dem Weltkapital hinter sich, schließlich – die Stalinbürokratie spaltend – zum offenen gegenrevolutionären Gegenangriff übergehen und siegen. Um sich das Aufrichten, Festigen der neuen kapitalistischen Macht zu erleichtern, wird die siegreiche neue russische Bourgeoisie das kollektive Eigentum für eine gewisse Übergangszeit unter irgendeiner äußerlichen Form (etwa mit Gewinnbeteiligung der Arbeiter und dergleichen) scheinbar fortbestehen lassen, um die Massen genügend lang zu täuschen, leichter in Schach zu halten. Bis ihr neuer, kapitalistischer Gewalt- und Verwaltungsapparat stark genug, wird sie auch diesen Schein fallen lassen und das offene kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln voll wieder herstellen. Alles Drehen und Wenden wird Stalin nichts nützen; wir haben gesehen, dass ihn letzten Endes gerade sein Opportunismus auch für die siegreiche kapitalistische Gegenrevolution, welcher er so große Wegbereiterdienste geleistet, schließlich untragbar macht. Nachdem er seine Judasrolle für sie bis zu Ende erfüllt, wird sie sich seiner entledigen; im besten Fall wird sie ihm das Schicksal des Judas Noske zuteilwerden lassen.

b

Die amerikanischen und englischen Imperialisten führen den Krieg, um den Sowjetstaat als proletarischen Staat so oder so zu liquidieren, Rußland wirtschaftlich weit zurückzuschleudern und die deutsche, japanische Bourgeoisie als

kapitalistische Weltmarktkonkurrenten mehr oder weniger möglichst auszuschalten – die deutschen und japanischen Imperialisten führen den Krieg, um den Sowjetstaat als proletarischen Staat so oder so zu liquidieren, Russland wirtschaftlich weit zurück zu schleudern und die amerikanische, englische Bourgeoisie als kapitalistische Weltmarktkonkurrenten mehr oder weniger möglichst zu schwächen. So scharf sich die imperialistischen Räuber bekriegen, in der Grundaufgabe, den proletarischen Staat als solchen so oder so zu beseitigen und Russland wirtschaftlich weit zurückzuwerfen, sind sie als Glieder der Weltbourgeoisie völlig eins; auf dieser Grundlinie des Weltkapitals arbeiten sie in ihrer gesamten Kriegsführung, in ihrer gesamten Politik tatsächlich zusammen, wenn auch mit verschiedenen Rollen und indem sie diese Grundlinie nach Bedarf mit einem Schwall gegenteiliger Worte, mit einem Aufwand mehr oder minder großer, scheinbar widersprechender Manöver verschleiern.

[204] Ist es möglich, dass die imperialistischen Banditen von dieser ihrer rein tatsächlichen, gegenwärtig verschleierten Zusammenarbeit wieder zur mehr oder weniger offenen Zusammenarbeit gegen den proletarischen Staat wechseln, zur mehr oder weniger offenen allimperialistischen Einheitsfront, in irgendeiner Form nach dem Muster des seinerzeitigen Münchner Abkommens? Die große Schwierigkeit eines Kompromisses zwischen ihnen besteht heute darin, dass die ungeheure Kluft der kapitalistischen Systemkrise jeden der großen imperialistischen Räuber zwingt, unumgänglich auf die äußerste Vergrößerung seines Warenabsatz-, Kapitalanlagemarktes, seiner Rohstoffquellen als Kriegsziel loszugehen, damit er seinen infolge seiner angeschwollenen Produktivkräfte viel zu eng gewordenen Spielraum für den profitablen Absatz seiner Erzeugnisse, für das Fortführen der kapitalistischen Profitwirtschaft überhaupt für einigermaßen längere Zeit ausreichend weite. Ein langandauerndes Kompromiss – auf den Boden der wirtschaftlichen politischen „Ebenbürtigkeit“ als Konkurrenten – ist aus kapitalistischen Profitgründen zwischen ihnen nicht mehr möglich. Aber ein kurzes Kompromiss zwischen ihnen ist durchaus möglich, ja wäre von ihrem Standpunkt aus unumgänglich, wenn eine unmittelbare Gefahr aufspränge, die den Weiterbestand des kapitalistischen Profitsystems überhaupt bedroht. (Eine Art längeres „Kompromiss“ aus diesem Anlass, zu diesem Zweck wäre denkbar, allerdings nur auf dem Boden, dass der eine Teil sich dem andern, dessen Überlegenheit anerkennend, effektiv unterordnet, einordnet, ökonomisch und politisch, mit der Gegenkonzession als kapitalistischer „Junior-Partner“ (Gesellschafter mindern Rechtes) mitmachen, am Profit mehr oder minder mitnaschen zu können und auf dieser Grundlage seine Position im weitem Verlauf sogar verbessern zu können, freilich bei steter effektiver Anerkennung der Überordnung, des tatsächlichen ökonomischen und politischen „Kommandos“ des überlegenen „Kompromiss“partners).

Ohne und trotz aller Gegenanstrengungen der Stalinbürokratie, der StP, LP, AFL, CIO, UMW, SP usw. beginnt die Weltrevolution wieder aufzusteigen, das Weltproletariat wieder revolutionär aufzumarschieren, wellenartig: weil der imperialistische Weltkrieg, weil die Krise des kapitalistischen Gesamtsystems weitergeht, weil der auf den Massen lastende Druck ihre Leiden, Opfer ungeheuerlich steigern, sie zum Denken treiben über das Warum, Wofür, Wozu, Wie ein Ende setzen dem Profitgemetzel, dieser Unsicherheit des gesamten Daseins in der von immer schwerer Krisen und Kämpfen gerüttelten kapitalistischen Welt, weil all dies zusammen sie immer mehr zur Gegenwehr zwingt, wenn sie nicht untergehen wollen. Sosehr die kapitalistischen Banditen sich mühen, den Weltkrieg rasch zu einem siegreichen, zu einem ihre kapitalistischökonomischen Bedürfnisse befriedigenden Ende zu bringen, die Krise des Kapitals ist zu tief, die kapitalistischen Widersprüche sind ihnen so über den Kopf gewachsen, dass sie nicht imstande sind, den Weltkrieg zeitgerecht zu einem kapitalistisch erfolgreichen Ende zu bringen, das heißt mit einem raschen, siegreichen imperialistischen Kriegsabschluss, der wenigstens den Siegerkapitalisten den profitablen Spielraum für hinreichende Zeit genügend weitsetzt, der internationalen proletarischen Weltrevolution zuvorzukommen.

Die Stalinbürokratie tut alles und wird noch mehr tun, um das Entfalten der proletarischen Weltrevolution zu verhindern, aber sie kann als Ganzes nicht so weit gehen, den Klassenboden, von dessen politischem Ausschmarotzen sie lebt, das heißt den Boden der Arbeiterklasse, völlig, endgültig zu verlassen, sonst würde sie selbst sich aufgeben. So reaktionär, verräterisch sie gegenüber dem Proletariat, sie ist vom kapitalistischen Klassenstandpunkt keine restlos verlässliche Stütze gegen die proletarische Revolution. Soweit es eine solche Stütze überhaupt gibt, bietet sie nur die so oder so hergestellte, geschlossene Klassenkraft der Weltbourgeoisie, die allimperialistische Einheitsfront. Im Falle des Aufschnellen, mächtigen Entfaltens der [205] Weltrevolution schon mitten im Weltkrieg werden sich die einander bekriegenden imperialistischen Räuber auf diesem oder jenem Wege, in diesen oder jenen Etappen, in diesen oder jenen mehr oder weniger neuartigen Formen zur offenen kapitalistischen Welteinheitsfront zusammenfinden gegen die Weltrevolution, gegen den proletarischen Staat (sofern nicht schon vorher der Kapitalismus in Russland in irgendeiner Form neu wieder hergestellt wäre).

c

Dem „Meister der realistischen Taktik“ Stalin muss sich unter dem der wachsenden ökonomisch-politischen Abhängigkeit Stalinrusslands vom amerikanisch-englischen Imperialismus immer wieder die Erwägung aufdrängen, ob er dagegen nicht Rettung suchen soll in einem Pakt mit dem deutschen, deutsch-japanischen oder (nach einer eventuellen Niederlage des deutschen) mit dem amerikanischen Imperialismus. Die Eroberungen, die die Stalinbürokratie braucht, um den Bankrott ihrer Politik, die Niederlage Stalinrusslands im Verhältnis zur Weltbourgeoisie vor den Massen zu verhüllen, würde ihr auch der deutsch-japanische Imperialismus zugestehen. Den Wiederaufbau könnte sie mit Hilfe der deutschen Industrie durchführen. Aber die deutsche Bourgeoisie wäre nicht imstand, ihr sofort mit ausreichenden Lebensmittelzufuhren auszuhelfen. Gerade diese aber würde die Stalinbürokratie dringend brauchen, und zwar in

großem Umfang, um den Ausbruch der Empörung, der am Rande des Hungers sich bewegenden russischen Massen hintanzuhalten, die zum Sturz des Stalinregimes führen könnte.

Ginge der Krieg bei einem solchen Separatfrieden weiter, so könnte sich das Stalinregime von den unmittelbaren Kriegshandlungen vielleicht zurückziehen und sich auf diese Weise den russischen Massen als „Friedensbringer“ präsentieren. Dadurch könnte die Stalinbürokratie die Massen in Russland durch eine gewisse Zeit trotz der äußerst gespannten Lebensmittellage – denn die großen Zufuhren aus USA, England würden in diesem Fall sofort aufhören – in Ruhe halten. Sie würde so vielleicht Zeit gewinnen, die landwirtschaftliche Produktion im Laufe eines Jahres einigermaßen zu steigern und möglicherweise über das Schwerste hinwegkommen. Allein trotz alledem und alledem geriete sie so in eine wirtschaftlich-politische Abhängigkeit vom deutschen Kapital, die um nichts geringer, ja infolge der geographischen Nachbarschaft größer wäre als die heute immer mehr zunehmende Abhängigkeit vom amerikanisch-englischen Kapital, mit all den Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Die Daumenschrauben zum Erzwingen der Wiederherstellung des kapitalistischen Eigentums und zur Beseitigung des Außenhandelsmonopols würden nun statt von der anglo-sächsischen von der deutschen Bourgeoisie immer mehr angezogen werden.

Für ein Manöver im Stile des Stalin-Hitler-Paktes von 1939, verbunden selbst mit diesem oder jenem bürgerlichdemokratischen Fassadenwechsel in Deutschland-Japan, ist der Krieg zu weit vorgeschritten. Jeder derartige Stalinsche Versuch zu einer solchen Wendung dient dem deutschen Imperialismus heute in der Hauptsache als Hebel, um die Imperialisten von USA-England zu einem für die deutsche Bourgeoisie tragbaren Kompromiss zu veranlassen. Der Sprung zum Bündnis mit den deutschen, deutsch-japanischen, nach eventueller Niederlage der deutschen Bourgeoisie mit den japanischen Imperialisten stößt auf wachsende Schwierigkeiten, ohne der Stalinbürokratie verbesserte Aussichten zu bieten. Das besagt nicht, dass sie ihn nicht wagen wird, sobald sie hofft, durch eine solche Schwenkung ihre Macht- und Schmarotzstellung verlängern zu können.

Stalins rein russischchauvinistische, die Massen politisch ausschmarotzende Politik würde durch eine solche Wendung vor den Arbeitern aller Länder besonders deutlich [206] entlarvt. Das wichtigste Hemmnis der Linksentwicklung der Massen, ihre Illusionen über den Stalinismus, würde durch einen Sprung zum Bündnis mit dem deutschen, deutsch-japanischen, nach eventueller Niederlage Deutschlands mit dem japanischen Imperialismus – selbst wenn mit bürgerlichdemokratischem Fassadenwechsel in Deutschland-Japan verbunden – äußerst erschüttert werden. Die Entwicklung der Massen, vor allem in den kapitalistischen Ländern des Westens, würde so einen sehr starken Anstoß bekommen, und zwar ernstlich nach links. Auf diese Entwicklung, die im Westen nicht stehen bleiben, sondern immer weiter nach Osten schlagen würde, würden die imperialistischen Räuber aller Länder auf diesem oder jenem Wege, in dieser oder jener Form schließlich antworten mit der imperialistischen Welteinheitsfront, um unter zeitweiligem Zurückstellen ihrer Differenzen sich zunächst einmal alle zusammen etwas Luft zu schaffen auf Kosten des proletarischen Staates, durch dessen restlose Liquidierung.

Wenn nötig, werden sich die imperialistischen Räuber von USA, England, Deutschland, Japan leichter zusammenfinden als die Stalinbürokratie mit Deutschland, Deutschland-Japan, oder nach eventueller deutscher Niederlage mit Japan. Auch der japanische Imperialismus würde solch einen Versuch der Stalinbürokratie bei dem vorgeschrittenen Stand des Krieges letzten Endes als Hebel benützen, um zu einer für Japan möglichst günstigen Einigung mit USA, England zu kommen.

d

Kann die Stalinbürokratie den Weg der proletarischen Revolution betreten? Kann sie, durch und durch demoralisiert, verkleinbürgerlicht, wie sie ist, freiwillig zugunsten des Proletariats auf das verzichten, was sie ihm durch Usurpation entrissen und durch ihren Parasitismus immer wieder ausschmarotzt: auf Macht, Ehren, Pfründen, Vorrechte, Vorteile, Wohlleben auf Kosten der Massen? Gibt es über diesen Riesenverrat hinweg, den sie an den Massen seit 20 Jahren ununterbrochen begeht, gibt es über diesen Riesenstrom hinweg des durch sie vergessenen revolutionären Blutes, das nach Sühne schreit, die Möglichkeit eines Vertrauens der proletarischen Revolutionäre zur Stalinbürokratie?

Mit allen Mitteln arbeitet die Stalinbande gegen die proletarische Revolution, die von ihr noch bei weitem mehr gefürchtet wird als selbst von der Weltbourgeoisie. Zugleich arbeitet sie beharrlich daran, die ohne sie und trotz ihrer Gegenarbeit entstehenden revolutionären Regungen der Massen für den russischen Sozialnationalismus, für das Selbstbehaupten der parasitischen Stalinbürokratie auszuwerten. Die Stalinsche Schmarotzerclique rechnet mit der Möglichkeit, dass die proletarische Revolution entgegen ihres und der LP, AFL, CIO, UMW, SP usw. Widerstandes dennoch durchbrechen kann. Für diesen Fall ist sie höchst „realistisch“ bereit, der Revolution auf den Rücken – „an die Spitze“ – zu springen, um sie bis aufs Mark politisch auszuschmarotzen, zur eigenen Rettung für einen zweiten Stalin-Turnus auszunützen und zugrunde zu richten.

Ausnahmslos in allen Ländern arbeitet sie der Revolutionierung der Massen entgegen. In den verbündeten Ländern: mittels des Sozialpatriotismus der Stalinparteien, die mit den verbündeten Imperialisten gegen die Arbeiterklasse, gegen die proletarische Revolution zusammenarbeiten. In den feindlichen Ländern: indem sie eine russisch-nationalistische, zum Beispiel gegen „Deutschland“, gegen „die Deutschen“, gegen das „deutsche Volk“, also auch gegen die deutschen Arbeiter gerichtete Politik betreibt; indem sie die Raubpläne der amerikanisch-englischen Imperialisten auf

Vernichtung der Lebensquellen der deutschen Arbeiter, auf Vernichtung der deutschen Industrie, auf Zerreißung, Zerlegung der nationalen Einheit des deutschen Volkes [207] unterstützt; indem sie nicht nur selbst Länder, Völker, Volksteile annektiert, sondern zum Beispiel für die Annexion deutscher Gebiete durch Polen, für Zwangsaussiedlung und Kolonisierung deutscher Bevölkerungsteile eintritt, wovon der Großteil Arbeiter, arme Bauern und Kleinbürger; indem sie Wiedergutmachung nicht von der deutschen Kapitalistenklasse, sondern vom deutschen „Volk“, das heißt auch von den deutschen Arbeitern, fordert und den deutschen Arbeitern sogar jahrelange in Russland zu leistende Zwangsarbeit androht; indem sie den Plan der amerikanisch-englischen Bourgeoisie, Deutschland zur Verhinderung der proletarischen Revolution durch viele Jahre militärisch zu besetzen, billigt, fördert, selbst betreibt, mit durchführen will. Und schließlich, indem sie in Russland fort und fort nach rechts rückt, indem sie immer mehr zum Organ der Weltbourgeoisie wird sogar innerhalb des proletarischen Staates! So treibt sie die Massen in Deutschland zur Apathie, hindert, erschwert, verzögert deren Revolutionierung. Zugleich damit hält sie so dem deutschen Imperialismus die Grundbasis seiner Kriegsmaschine zusammen, die durch die revolutionäre Bewegung der Massen entzweigerissen würde, ermöglicht ihm, den imperialistischen Krieg gegen den proletarischen Staat bei weitem länger zu führen, als er sonst in der Lage wäre; und niemand leidet durch den verlängerten Krieg so wie gerade die Massen aller Länder und der durch die Stalinbürokratie entartete, geschwächte proletarische Staat.

All dies steigert sie noch dadurch, dass sie überall der politisch bankrotten SP wieder auf die Beine hilft, die LP, AFL, CIO, UMW, SP, überhaupt alle Opportunisten, alle der Bourgeoisie in die Hände arbeitenden Elemente in der Arbeiterbewegung stärkt. Durch ihre russischchauvinistische Politik gibt sie deren chauvinistischer Politik den erwünschten Schein der Rechtfertigung; durch ihre Parteizusammenarbeit mit der Bourgeoisie, mit den Imperialisten „rechtfertigt“ sie deren Parteizusammenarbeit, Gewerkschaftszusammenarbeit usw. mit der Kapitalistenklasse oder Teilen derselben; durch ihre Annexions-, Vergewaltigungs-, Raubpolitik „rechtfertigt“ sie die imperialistische Politik all dieser Parteien, Organisationen in den imperialistischen, kapitalistischen Ländern, „rechtfertigt“ sie die LP, welche die „Sozialistische“, „Internationale“ als Instrument des englischen Imperialismus aufzuziehen beginnt, nach dem Muster der Stalinschen „Internationale“ seligen Gedenkens, dieses Instruments des russischen Sozialchauvinismus. Sie ermöglicht es diesen Parteien und den von ihnen missbrauchten Massenorganisationen, ihr Zusammenspiel mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, gegen den proletarischen Staat, gegen die proletarische Revolution mehr oder weniger mit dem Mantel des „Sozialismus“ zu verdecken, der angeblich in Russland unter Stalin in der Hauptsache schon verwirklicht sei und den zu behaupten, wie sie heucheln, der Hauptzweck ihrer Anstrengungen sei.

Fortgesetzt stärkt sie die Weltbourgeoisie, schwächt sie das Weltproletariat. Nicht das Kräfteverhältnis zu diesem oder jenem kapitalistischen Teil entscheidet, sondern ausschlaggebend ist und bleibt das Kräfteverhältnis zur Gesamtheit der Weltbourgeoisie. Alle Schläge, weiche die Rote Armee dem deutschen Faschismus, Imperialismus versetzt, ändert nicht die grundlegende Tatsache, dass die Stalinsche Gesamtpolitik infolge ihrer zwangsläufigen Auswirkungen die Klassenkraft der Bourgeoisie international und national stärkt, die Klassenkraft des Proletariats im Welt- und Landesmaßstab schwächt, der Revolutionierung der Massen, dem Aufschwung der proletarischen Revolution entgegenarbeitet.

Die Siege der Roten Armee beflügeln die Massenstimmung, aber sie erzeugen zugleich die gefährliche Illusion, die Stalinpolitik sei proletarische Politik, sei richtig, und die weitere Illusion, die Rote Armee werde es anstelle der Arbeiterschaft [208] schaffen. Es bedarf aber gerade im Gegenteil der umgekehrten Erkenntnis der Massen, dass ihnen entscheidende Hilfe kommen kann, kommen muss vor allem von ihnen selbst, vor allem durch ihre eigene revolutionäre Massenaktion, nicht aber durch die Rote Armee, schon gar nicht durch die stalinistisch verführte, missbrauchte, vergewaltigte Rote Armee. Und es bedarf heute vor allem der Erkenntnis des Verratscharakters der Stalinpolitik, Stalinbürokratie, Stalinpartei, damit die revolutionäre Massenaktion sich entfalte.

Der imperialistische Krieg wirkt – entgegen dem Willen, entgegen der Arbeit der Stalinbürokratie, der StP, LP, AFL, CIO, UMW, SP usw. – objektiv revolutionierend. Aber das Tempo dieses Revolutionierungsprozesses wird durch die antirevolutionäre Arbeit all dieser Parteien, Massenorganisationen, insbesondere durch die Arbeit der Stalinbürokratie, Stalinpartei ungeheuerlich verzögert, verlangsamt. Das vor allem erklärt es, warum der zweite imperialistische Weltkrieg solange dauert, was am meisten den durch die Stalinbürokratie in seinem proletarischen Klassencharakter so heruntergebrachten proletarischen Staat gefährdet. Das erklärt es auch, warum die Stalinbürokratie sich mit ihrer „realistischen“ Spekulation auf die proletarische Revolution, die sie mit allen Mitteln bekämpft, aber zu ihrer eigenen Rettung doch politisch ausschmarotzt, in einem tragikomischen Widerspruch bewegt.

Nur im äußersten Ernstfall, nur in völliger Isolierung, bis sie überhaupt keinen andern Ausweg mehr sieht, um sich weiter zu behaupten, dürfte sie es versuchen, sich zu retten durch revolutionären Appell an die Weltarbeiterklasse, an die Weltrevolution; genauer ausgedrückt: jener so zusammengeschrunpfte Rest derjenigen, die sich in der Stalinbürokratie noch einen letzten Funken proletarischen Bewusstseins bewahrt – allerdings nur platonisch, vollkommen passiv dürfte sich in kritischster Stunde zwecks Rettung des entarteten proletarischen Staates emporreißen zum revolutionären Appell:

an dieselbe Weltrevolution, die die Stalinbürokratie durch 20 Jahre verraten hat;

an dieselbe Weltarbeiterklasse, die sie tausendfach preisgegeben, verschachert hat für diesen oder jenen Vorteil zugunsten der Stalinbürokratie;

an dieselbe deutsche Arbeiterklasse, die sie – Hand in Hand mit SP, LP – dem Faschismus ausgeliefert hat, an dasselbe deutsche Proletariat, das sie gaunerisch der Kriegsschuld bezichtigt, an dieselben deutschen Arbeiter, die sie mit Zwangsarbeit, Auspöcherung der deutschen Industrie, Zwangsumsiedlung, Losreißung von Ostpreußen und Schlesien, Auslieferung unter die Knute der englischen, amerikanischen, französischen Imperialisten und der GPU bedroht.

Die proletarischen Revolutionäre tun trotz allem Stalinschen Verrat und werden trotz aller Stalinschen Verrätereien alles tun, was in ihren Kräften, um den proletarischen Staat in Russland durch äußerstes Entfalten der internationalen proletarischen Revolution gegen die Imperialisten, gegen die Konterrevolution zu retten, doch in Unterordnung unter diese Aufgabe kämpfen sie unverbrüchlich für die Befreiung der russischen Arbeiter und armen Bauern vom Joch und Parasitismus der usurpatorischen Stalinbürokratie, für die deutsche Revolution zum Sturz des Stalinregimes, für die Wiederherstellung der proletarischdemokratischen Diktatur der Arbeiter und armen Bauern in Russland.

Rettung für den proletarischen Staat in Russland gibt es nur durch die internationale proletarische Revolution, diese Rettung aber bedeutet zugleich – anders wäre sie [209] überhaupt nicht möglich – das Ende der Stalinbürokratie; denn Rettung der Sowjetunion als eines proletarischen Staates ist nur möglich durch konsequente Leninsche Reform des stalinistisch entarteten, von der Stalinbürokratie verseuchten Sowjetstaates. –

Wie immer die Stalinbürokratie manövrieren mag, ihr opportunistischer, usurpatorischer, schmarotzerischer Weg führt sie nach diesen oder jenen Übergängen zu den vorstehenden Hauptperspektiven.

6. Nur die internationale proletarische Revolution vermag den entarteten proletarischen Staat zu retten!

Zu retten vor dem Weltimperialismus, vor der kapitalistischen Gegenrevolution und auch vor der Stalinschen Reaktion, die ihnen den Weg bereitet!

Welches sind die Aussichten der proletarischrevolutionären Rettung des entarteten Sowjetstaates?

Mag sein, dass die neue russische Bourgeoisie selbst, indem sie ihre Maske schließlich lüftet, den entscheidenden Angriff wagt und so, entgegen ihrem Willen, entgegen ihrer Berechnung, die russischen Arbeiter und armen Bauern in revolutionäre Bewegung bringt. Der linke Flügel, der durch die gegenrevolutionäre Aktion der neuen bürgerlichen Elemente entzweigerissenen Stalinbürokratie würde zwecks Selbsterhaltung gezwungen sein, an die Massen zu appellieren; das würde den revolutionären Aufschwung erleichtern. Dabei würde dieser schmarotzerische, kleinbürgerliche Flügel rasch sich differenzieren: Diejenigen Elemente der Stalinbürokratie, die sich einen letzten Rest ehrlichen proletarischen Klassengefühls, Klassenbewusstseins bewahrt, es aber unter der Stalindiktatur nicht zu zeigen wagten, würden in dieser entscheidenden Stunde aktiv zutage treten; ein weiterer Teil würde zentristisch zu manövrieren suchen, um sich den Weg zu derjenigen der beiden Seiten offen zu halten, die schließlich den Sieg davontragen würde – er würde in diesem Entscheidungskampf rasch zerrieben werden; die hartgesottenen kleinbürgerlichen Elemente würden sich rasch zum bürgerlichen Flügel schlagen.

Viel günstiger wäre es, wenn der Schwung einer neuen weltrevolutionären Welle die politische Revolution gegen die reaktionäre Stalinbürokratie in Gang brächte, die zugleich zur Abrechnung führen würde mit der noch getarnten kapitalistischen Gegenrevolution. Auch da würde die Stalinbürokratie zwangsläufig entzweigerissen werden. Der kleine Teil, der sich im Geheimen einen letzten Rest proletarischen Fühlens, Denkens bewahrt hat, würde sich auf die Seite der revolutionären Massen schlagen, der bei weitem größere Teil, bürgerliche Elemente umfassend und die unheilbaren kleinbürgerlichen Schmarotzelemente, stünde auf der anderen Seite der Barrikade. Der, zentristisch zwischen beiden kämpfenden Lagern schwankend, spekulierende Rest würde durch die Wucht des Kampfes rasch zerrissen werden. Die siegreich fortschreitende Weltrevolution würde den proletarischen Staat sicher retten, von seiner Entartung befreien. Die von ihr beflügelte politische Revolution der russischen Arbeiter und armen Bauern würde die proletarische Demokratie wieder herstellen. „Sie (die siegreiche revolutionäre Partei) könnte und müsste den Sowjetparteien die [210] Freiheit wiedergeben. Gemeinsam mit den Massen und an ihrer Spitze würde sie schonungslos den Staatsapparat säubern. Sie würde Titel und Orden, überhaupt alle Privilegien abschaffen und die Ungleichheit in der Entlohnung auf das Maß des für Wirtschaft und Staatsapparat Lebensnotwendigen beschränken. Sie würde der Jugend Gelegenheit geben, selbständig zu denken, zu lernen, zu kritisieren und sich zu formen. Sie würde entsprechend den Interessen und dem Willen der Arbeiter- und (Klein-) Bauernmassen tiefgehende Änderungen in der Verteilung des Volkseinkommens vornehmen. Doch was die Eigentumsverhältnisse anbelangt, so brauchte die revolutionäre Macht keine revolutionären Maßnahmen zu ergreifen. Sie würde das Planwirtschaftsexperiment fortsetzen und weiter entwickeln“ (Trotzki: Verratene Revolution, 1936, S.245/246).

Die kriegführenden Imperialisten und Ihre Helfer wollen unter allen Umständen „den Frieden gewinnen“, das heißt die proletarische Revolution verhindern. Das verlängert den Krieg so sehr. Aber gerade diese durch sie selbst verschuldete lange Dauer des Krieges macht es ihnen immer schwerer, die betrügerische Maske, die sie sich vorgesetzt, intakt zu halten. Von einem gewissen Zeitpunkt ab folgt eine Entlarvung der andern. Nicht nur die Imperialisten von Deutschland, Italien, Japan, sondern auch die von Amerika, England, Frankreich usw. entlarven sich durch alle betrügerischen Phrasen hindurch immer mehr als elende Räuber, Und mit ihnen entlarven sich immer mehr nicht nur ihre faschistischen, national-,sozialistischen“ Folterknechte, sondern auch ihre stalinistischen, labouristischen, sozialdemokratischen, gewerkschaftsbürokratischen und sonstigen Lakaien. Die Entlarvung der Stalinbürokratie insbesondere

schlägt rückwirkend auch die SP, LP usw., die den Stalinismus so großartig preisen, seitdem er nicht nur die proletarische Revolution überall zugrunde richtet, sondern sich auch „ihrem“ Imperialismus, dem amerikanisch-englisch-französischen, angeschlossen. So zerreißt der Krieg immer mehr den stalinistisch-sozialdemokratischen (labouristischen) Doppelnebel, der den Massen die Orientierung so erschwert.

Zu gleicher Zeit lockert der Krieg gerade durch seine lange Dauer allmählich immer mehr den ungeheuern Repressalienapparat, womit die Bourgeoisie mit tatsächlicher Unterstützung durch StP, LP, SP, AFL, CIO, UMW usw.! – die Massen und insbesondere jede revolutionäre Regung in den Massen, jeden Versuch, die Massen revolutionär zu mobilisieren, gewaltsam niederhält. Die Judasparteien machen den imperialistischen Räubern die Mauer: Mit ihrer Unterstützung und werden die proletarischen Revolutionäre, die proletarischen Internationalisten, die Kämpfer für die Vierte Internationale außerhalb des Gesetzes gestellt, wurden und werden mit allen Mitteln gehindert, gehemmt, den Massen die Wahrheit zu sagen über das von den Imperialisten über die Menschheit verhängte räuberische Weltgemetzel, über die Ursachen des Krieges, über die Ziele der imperialistischen Banditen, über die wirkliche Politik aller Helfer der imperialistischen Räuber, sowohl der faschistischen Henkersknechte, als auch der stalinistischen, labouristischen, sozialdemokratischen, gewerkschaftsbürokratischen usw. Lakaien.

Der deutsch-japanische Imperialismus vermag nicht zu gewinnen, der Krieg übersteigt seine Kraft. Aber auch den amerikanisch-englischen Imperialisten wächst der Krieg über den Kopf. Je mehr sie sich bemühen, „auch den Frieden zu gewinnen“, die proletarische Revolution zu verhindern, je mehr sie so den Krieg in die Länge ziehen, desto mehr vertiefen, verbreitern sich die Klassegegensätze in allen besetzten, in allen kriegführenden Ländern, auch in England und USA. Je weiter, desto mehr werden sie es mit den eigenen Massen zu tun bekommen. Sie werden daher die von ihnen geplante jahrelange militärische, polizeiliche Besetzung Europas nicht gar lange [211] fortsetzen können. Die von ihnen eingesetzten, in der Hauptsache durch die amerikanisch-englischen Bajonette beziehungsweise durch die GPU oder durch beide gehaltenen Lakaienregierungen aller möglichen Färbungen werden sich nicht gar lange behaupten können.

Durch den Stoß der europäischen Massen werden auch die russischen Massen in Bewegung geraten. Die Stalinbürokratie wird nicht imstande sein, die proletarische Revolution in Europa mittels der GPU abzuschlachten, zu meuchelmorden, wie sie es in Spanien getan.

Gewiss, die Massen haben viel vergessen, aber nicht alles! Durch das Schicksal, das das Weltkapital über sie verhängt, durch die kapitalistischen Lügen, durch die stalinistische, labouristische, sozialdemokratische, gewerkschaftsbürokratische usw. Judaspolitik ist ihrem Gedächtnis viel entschwunden, sehr viel. Dadurch wird es möglich, dass die Schmarotzparteien trotz ihres Riesenverrates, Riesenbankrotts, trotz der durch sie herbeigeführten Riesenkatastrophen der Arbeiterklasse von der Massenbewegung zunächst wieder emporgehoben werden. Die Massen können nicht anders. Um sich zu klären, muss das Massenbewusstsein auch diese Etappen nochmals durchlaufen. Aber die Massen haben nicht alles vergessen! Sie haben die Lehren der von Lenin und Trotzki geführten Oktoberrevolution nicht vergessen! Sie haben die Lehren von 1918 nicht vergessen! Sie haben die Lehren der Leninschen vier ersten Weitkongresse der Kommunistischen Internationale nicht vergessen! Sie haben die Katastrophe des englischen Generalstreiks, Bergarbeiterstreiks 1925/26, der chinesischen Revolution 1927, der deutschen Katastrophe 1933, der österreichischen Katastrophe 1934, der französischen und spanischen Katastrophe 1938/39, sie haben den Stalin-Hitler-Pakt, sie haben den Mord an Sinowjew, Tuchatschewski, Bucharin, Trotzki, sie haben die Partezusammenarbeit, Gewerkschaftszusammenarbeit mit den imperialistischen Räubern während des ganzen Raubkriegs, diese Zusammenarbeit zu Raub- und Schmarotzzwecken auf Kosten des Weltproletariats, nicht vergessen! Sie werden die zum Durchblicken und Abschüteln der Verratsparteien notwendigen Etappen schließlich in beschleunigtem Tempo durchlaufen.

Die Ereignisse arbeiten zugunsten der proletarischen Revolution! Die revolutionäre Gärung der Massen schreitet infolge der Gegenanstrengungen der Bourgeoisie und ihrer faschistischen, stalinistischen, labouristischen, sozialdemokratischen, anarchistischen, gewerkschaftsbürokratischen und sonstigen Helfer zunächst langsam vor sich, aber sie schreitet vor trotz aller konterrevolutionärer und reaktionärer Gegenanstrengungen, und sie wird unter dem Druck des Krieges je weiter, desto mehr vorschreiten.

Freilich, die Entwicklung der Revolutionspartei der Arbeiterklasse, die Entwicklung der Vierten Internationale bleibt einstweilen hinter der Massenentwicklung noch zurück, vor allem weil der Faschismus und der Stalinismus den Großteil der klassenbewussten Elemente in Europa und Russland vernichtet haben und weil der konterrevolutionäre und reaktionäre Repressalienapparat sich in erster Linie gegen sie wendet, ihnen den Zutritt zu den Massen und selbst den bloßen Kontakt untereinander mit allen Mitteln der Gewalt möglichst unterbindet. Doch in demselben Maße, als der Krieg den Repressalienapparat überlastet, da und dort verschleißt, lockert, wird die revolutionäre Avantgarde immer rascher aufholen; denn bei weitem mehr hat sie heute das, woran es 1918 in Mitteleuropa so fehlte und worauf es in der Revolution vor allem ankommt: die revolutionäre Klarheit in den entscheidenden Fragen der proletarischen Strategie und Taktik. Wohl werden der Organisation der proletarischen Revolutionäre auch Fehler unterlaufen, nur dürfen sie nicht zu groß [212] sein, nur darf sie nicht zu lang dabei verharren. Mit eigener Konsequenz muss sie auf der Linie der internationalen proletarischen Revolution marschieren und sich bewusst sein, dass sie das stets verwirklichen kann nur durch eine den jeweiligen konkreten Kampfbedingungen streng realistisch angepasste Taktik.

Nationale Freiheitskämpfe werden die erste große Etappe der europäischen Revolution bilden. Die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse darf den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Nationalismus nicht auf den Leim gehen. Auch im

nationalen Freiheitskampf sind im kapitalistisch entwickelten Europa einzig und allein die armen, ausgebeuteten, unterdrückten bäuerlichen, kleinbürgerlichen Massen die Bundesgenossen der revolutionären Arbeiterklasse. Dagegen sind hier die verschiedenen Schichten, Gruppen, Sektionen der Bourgeoisie ausnahmslos Feinde der Arbeiterklasse, Feinde auch im nationalen Freiheitskampf, Feinde, mit denen es nie und nimmer irgendein Bündnis, irgendein Zusammenarbeiten, deren innere Spannungen, Gegensätze, Konflikte allerdings im Interesse der Arbeiterklasse, der proletarischen Revolution ausgenützt werden müssen: aber nicht durch Bündnis mit irgendeiner bürgerlichen Fraktion, nicht durch Unterstützen, sondern im allergünstigsten Fall durch „Unterstützen“.

Trotzdem die Entartung des proletarischen Staates auf das äußerste vorgeschritten und immer weiter vorschreitet, seine Rettung ist ganz und gar nicht ausgeschlossen, sie ist durchaus möglich: Sie hängt ab von der revolutionären Zielklarheit, Aktivität, Entschlossenheit der proletarischen Revolutionäre, von ihrer Verbindung mit den Massen und von der revolutionären Belebung der Millionenmassen, welche Belebung der Gang des Weltkriegs entgegen dem Willen der Imperialisten und ihrer Helfer objektiv je weiter desto mehr fördert.

Welches Land immer sich als das schwächste Glied der kapitalistischen Welt erweisen wird, diesmal wird das Feuer der Revolution ganz Europa erfassen. Die europäische Revolution steht auf der Tagesordnung, die Vereinigten Proletarischdemokratischen Staaten von Europa im Bündnis mit der durch die politische Revolution der russischen Arbeiter und armen Bauern leninistisch, proletarischdemokratisch zu reformierenden, zu gesundenden, schließlich wieder gesunden Sowjetunion!

Die proletarisch-revolutionäre Parteiorganisation

Überreif ist die kapitalistische Produktion zum Überleiten in die sozialistische Produktion. Nur durch die Unterstützung durch die Stalinbürokratie, die STP, SP, LP, AFL, CIO, MWU und ihresgleichen vermag die Weltbourgeoisie ihre Ausbeuterherrschaft noch zu behaupten. „Ohne die Stütze innerhalb des Proletariats (vermittels der bürgerlichen Agenten der 2. und 2½ Internationale) ist die Bourgeoisie in Westeuropa und Amerika nicht imstande, die Macht zu behaupten“ (Lenin: Brief an die deutschen Kommunisten, 14.8.1921, Ausgewählte Werke, Bd.X, S.292). Das gilt in vollem Umfang auch von der Stalininternationale, Stalinpartei, Stalinbürokratie. Das Weltproletariat steht da ohne Klasseninternationale, Klassenpartei, diese „Haupt- und Grundwaffe zur Befreiung der Arbeiterklasse“ (Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution, 2. Weltkongress der KI, 1920) – das ist die Hauptrolle seiner jetzigen Schwäche. Sie herauszubilden, aufzubauen, auszubauen, das ist heute die wichtigste proletarisch-revolutionäre Grundaufgabe.

Es ist dies vor allem eine geistige, politische Aufgabe: die Aufgabe des fortschreitenden Klärens der fortgeschrittensten proletarischen Elemente und mit ihrer Hilfe des immer tiefer greifenden Klärens immer breiterer Massen; des Herausarbeitens immer wieder der den jeweiligen konkreten Bedingungen entsprechenden proletarischen Politik, Strategie, Taktik, des Eroberns immer größerer Massen für diese Politik und des Kampfes dafür zusammen mit immer breiteren Massen. Zugleich aber ist es eine organisatorische Aufgabe. Beide Aufgaben durchdringen einander. Die geistigen, politischen Grundlagen müssen herausgearbeitet sein und immer wieder aufs Neue ausgearbeitet worden, damit darauf die Organisation aufgebaut, immer wieder ausgebaut werden könne – gleichzeitig muss die Organisation errichtet, immer wieder vervollkommenet, muss die tägliche Organisationsarbeit geleistet werden, damit die geistige, politische Arbeit organisiert, planmäßig, immer umfassender, immer wirksamer erfüllt werde.

Was Marx in der Einleitung zu den Statuten der I. Internationale schrieb: dass die Ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse das große Ziel, dem jede politische Bewegung als Mittel untergeordnet worden muss – das gilt ebenso sehr für jede proletarische Organisation, vor allem die proletarische Partei. Niemals darf sie Selbstzweck sein, immer muss sie Mittel zum Zweck sein und bleiben. Im doppelten Sinn: Sie muss im Allgemeinen so beschaffen sein, dass sie dem Grundziel, nämlich der Ökonomischen Befreiung der Arbeiterklasse, der dazu unumgänglich notwendigen proletarischen Revolution und deren Weiterführung bis zum restlosen Sieg, bis zur vollen endgültigen Verwirklichung des Kommunismus auf dem ganzen Erdball entspricht, darin inbegriffen dem Grundzweck, der Grundaufgabe der als Staat zu organisierenden proletarischen Demokratie. Und sie muss im Besonderen so beschaffen sein, dass sie nach Zeit und Ort den durch die jeweiligen konkreten Bedingungen gestellten Zwecken, Aufgaben stets angepasst ist. Mit einem Wort, sie muss ein taugliches Instrument sein nicht nur für die gemeinsamen dauernden, prinzipiellen, sondern auf dieser Grundlage immer auch für die zeitlichen, örtlichen, besondern, strategischen und taktischen Aufgaben der Arbeiterklasse. „Die Organisation der Partei muss den Bedingungen und dem Zweck ihrer Tätigkeit angepasst sein. Die Kommunistische Partei soll die Avantgarde, der führende Vortrupp des Proletariats sein für alle Phasen seines revolutionären Klassenkampfes und der späteren Übergangsperiode zur Verwirklichung des Sozialismus, dieser ersten Stufe der Kommunistischen Gesellschaft.“ (Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Parteien, III. Weltkongress der KI, 1921). Daraus folgt:

Erstens. Es gibt keine ein für alle Mal gültige Organisationsform. Im Gegenteil, die Form der Organisation muss immer wieder angepasst werden den jeweils wichtigsten strategischen und taktischen Kampfbedingungen, Kampfaufgaben der proletarischen Partei, immer auf Grundlage der durch die allgemeinen, dauernden, grundsätzlichen Kampfbedingungen, durch das prinzipielle Ziel, durch den prinzipiellen Weg der Arbeiterklasse und ihrer Partei gegebenen organisatorischen Notwendigkeit. Oberster Grundsatz des Parteiaufbaues ist und bleibt die revolutionäre Zweckmäßigkeit. Die Partei muss immer so organisiert sein, wie es jeweils nach Zeit und Ort für den Kampf vorteilhaft ist, immer im Rahmen der durch die proletarischen Klasseninteressen gezogenen [212] allgemeinen, dauernden, grundsätzlichen Kampfaufgaben.

Zweitens folgt daraus, dass die Fragen der Organisation stets mit den Fragen des Programms, der Grundsätze, der Politik, der Strategie und Taktik untrennbar zusammenhängen.

I. Die Unabhängigkeit, Selbständigkeit der proletarischen Parteiorganisation

Das Wichtigste darüber wurde schon im dritten Heft dargelegt. Sozialdemokratische Zentristen, die sich als Marxisten ausgeben, erklären, die proletarischen Revolutionäre dürften keine eigene unabhängige, selbständige Partei, Internationale bilden, sie müssten sich der sozialdemokratischen Partei, Internationale anschließen, darin bleiben, um sie für die proletarische Revolution zu gewinnen. Sie berufen sich auf Marx, auf das Kommunistische Manifest und auf sein Verhalten in der ersten Internationale.

Das Kommunistische Manifest ist das erste politische Dokument des wissenschaftlichen Sozialismus. Bis dahin beherrschte der utopische Sozialismus das Feld. Von abstrakten Ideen wie Gerechtigkeit, Gleichheit ausgehend, konstruierten die Utopisten mit mehr oder minder genialer Phantasie das Ideal einer von den kapitalistischen Widersprüchen freien sozialistischen

Gesellschaft, Marx setzte an dessen Stelle die Bewegungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft, Gesellschaft, die tatsächlich zum Sozialismus treiben, die Erkenntnis dieser Bewegungstendenzen und das bewusste Handeln darnach. Die ergrübelten, abstrakten Prinzipien der Utopisten ersetzte er durch die revolutionären Prinzipien, die nur der allgemeine Ausdruck sind der vor unsern Augen tatsächlich vor sich gehenden Bewegung des Kapitals, seiner Wirtschaft, seiner Gesellschaft.

Die großen Utopisten wie St. Simon, Fourier erwarteten die Verwirklichung ihres sozialistischen Gesellschaftsideals von einsichtsvollen, großen Männern der besitzenden Klassen. Sie konnten damals nicht anders. Sie sahen im Proletariat keine Kraft, auf die sie sich hätten stützen können. Noch waren die Arbeiter bar jedes proletarischen Bewusstseins, zu einer selbständigen Bewegung für ihre eigenen Interessen noch nicht fähig. Nach vielen überaus schweren Schlägen durch Jahrzehnte begann es sich schließlich gegen Mitte des 19. Jahrhunderts in den fortgeschrittensten Köpfen des jungen Proletariats allmählich zu regen. Sie fingen an, erste, wenn auch unzulängliche Formen der proletarischen Organisation zu schaffen. Allein noch immer war das Erbe vorherrschend, das die großen Utopisten den utopistischen Organisationen hinterlassen. Diese wollten von den Massen, von den proletarischen Kampforganisationen, weder gewerkschaftlichen, noch politischen, das Geringste wissen, sie blieben nach wie vor durch und durch sektiererisch.

Von dieser grundfalschen Einstellung galt es, sich abzugrenzen und sie zu überwinden. Dem sind unter andern auch die nachfolgenden Sätze des 1847/48 verfassten Kommunistischen Manifestes gewidmet:

„In welchem Verhältnis stehen die Kommunisten zu den Proletariern überhaupt? Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den andern Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennte Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, dass sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, dass die in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten. Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus. Der höchste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisie, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.“

[213] Als „bereits konstituierte Arbeiterpartei“ zählt das Kommunistische Manifest im Abschnitt IV auf vor allem die Chartisten in England, später auch „die eigentliche revolutionäre Partei, deren Chef Blanqui ist“ in Frankreich (siehe die Ansprache des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten, Juni 1850, in Marx: Enthüllungen über den Kommunistenprozess zu Köln, 1885, S. 88). Weil diese Parteien trotz aller Unklarheiten tatsächlich revolutionär waren, so betrachtete sich der „Bund der Kommunisten, dem Marx und Engels führend angehörten, als „Teil“ des alle wahrhaft revolutionären Organisationen umfassenden Lagers, das sie in einem breitem Sinn manchmal ebenfalls als „Partei“ bezeichneten.¹ Keineswegs aber gibt der „Bund der Kommunisten“ irgendwie seine politische ideelle, organisatorische Unabhängigkeit, Selbständigkeit auf, er hält sie im Gegenteil nach allen Seiten hin klipp und klar aufrecht: gegenüber allen Parteien der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Demokratie; gegenüber allen sozialistischen² Organisationen, das ist den Organisationen des utopischen Sozialismus; aber auch gegenüber den eigentlichen revolutionären Organisationen, die noch nicht auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus standen. Mit diesen bestand eine organisierte Verbindung durch Delegierte bei voller Selbständigkeit der Organisationen. „Die Delegierten der Blanquischen Geheimgesellschaften stehen in regelmäßiger und offizieller Verbindung mit den Delegierten des Bundes (der Kommunisten)... Die Chiefs der revolutionären Chartistenpartei stehen ebenfalls in geregelter intimer Verbindung mit den Delegierten der Zentralbehörde (so hieß das Zentralkomitee des Bundes der Kommunisten; d. Verf.). Der Bruch zwischen dieser revolutionär selbständigen Arbeiterpartei und der mehr zur Versöhnung hinneigenden, von O'Connor geführten Fraktion ist durch die Delegierten des Bundes beschleunigt worden“, heißt es in der Ansprache der Zentralbehörde des Bundes vom Juni 1850 (Marx: Enthüllungen über den Kommunistenprozess zu Köln, 1885, S. 88). Überhaupt sind die in dieser Broschüre von Engels dargestellte Geschichte des „Bundes der Kommunisten“, sowie die darin im Wortlaut wiedergegebenen zwei Ansprachen (durch Emissäre vorgetragene Rundschreiben) des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten vom März und vom Juni 1850 eine wahre Fundgrube der Auffassungen von März und Engels über die Organisation der proletarisch-revolutionären Partei. Hier sehen wir die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus mitten in ihrer proletarisch-revolutionären Organisationsarbeit vor, in und nach der Revolution von 1848/49. Hält man das Kommunistische Manifest damit zusammen, so zeigt sich unzweideutig klar die ganze Unhaltbarkeit jenes organisatorischen Opportunismus, den Marx zu unterschieben die sozialdemokratischen Zentristen nicht müde worden.

So sagt die Ansprache vom März 1850: „Im gegenwärtigen Augenblick, da die demokratischen Kleinbürger überall unterdrückt sind, predigen sie dem Proletariat im allgemeinen Einigung und Versöhnung, sie bieten ihm die Hand und streben nach der Herstellung einer großen Oppositionspartei, die alle Schattierungen in der demokratischen Partei umfasst, das heißt,

¹ In der Zeit des Bismarckschen Sozialistengesetzes verwendet Engels den Begriff „Partei“ gelegentlich noch in einem viel weitem Sinn: „Die internationale Bewegung des europäischen und amerikanischen Proletariats ist jetzt so erstarkt, dass nicht nur ihre erste enge Form – der Geheimbund, sondern auch ihre zweite, unendlich umfassendere Form – die öffentliche Internationale Arbeiter-Assoziation eine Fessel für sie geworden, und dass das einfache, auf die Einsicht in die Dieseligkeit beruhende Gefühl der Solidarität hinreicht, unter den Arbeitern aller Länder ungezwungen ein und dieselbe Partei des Proletariats zu schaffen und zusammenzuhalten.“ (Engels: Zur Geschichte des „Bundes der Kommunisten“, 1885, in Marx: Enthüllungen über den Kommunistenprozess zu Köln, S. 16).

² Sozialisten hießen damals vor allem die Utopisten; darüber hinaus gab es noch kleinbürgerliche, bürgerliche und selbst feudale „Sozialisten“, die alle den Sozialismus in abgestufter Weise als Köder benutzten, um die Arbeiter hinter sich zu locken und politisch auszubeuten. Zum Unterschied von all dem nannten sich die proletarischen Revolutionäre mit Marx und Engels an der Spitze bewusst Kommunisten und ihre politische Kampforganisation nannten sie aus eben dem Grunde bewusst Kommunistische Partei.

sie streben darnach, die Arbeiter in eine Parteiorganisation zu verwickeln, in der die allgemeinen sozialdemokratischen Phrasen vorherrschend sind, hinter welchen ihre besonderen Interessen sich verstecken und in der die bestimmten Forderungen des Proletariats um des lieben Friedens willen nicht vorgebracht werden dürfen. Eine solche Vereinigung würde allein zu ihrem Vorteil und ganz zum Nachteil des Proletariats ausfallen. Das Proletariat würde seine ganze selbständige, mühsam erkaufte Stellung verlieren und wieder zum Anhängsel der offiziellen Demokratie herabsinken. Diese Vereinigung muss auf das ent- [214] schiedenste zurückgewiesen werden. Statt sich abermals dazu herabzulassen, den bürgerlichen Demokraten als Beifall klatschender Chor zu dienen, müssen die Arbeiter, vor allem der Bund, dahin wirken, neben den offiziellen Demokraten eine selbständige, geheime und öffentliche Organisation der Arbeiter herzustellen und jede Gemeinde (das ist jede Ortsgruppe; d. Verf.) zum Mittelpunkt und Kern von Arbeitervereinen zu machen, in denen die Stellung und Interessen des Proletariats unabhängig vom bürgerlichen Einfluss, diskutiert werden... Vernichtung des Einflusses der bürgerlichen Demokratie auf die Arbeiter, sofortige selbständige und bewaffnete Organisation der Arbeiter“...

Weiter heißt es darin über das Verhältnis der revolutionären Arbeiterpartei zur kleinbürgerlich-demokratischen Partei nach dem siegreichen Kampfe, während der Zeit des Übergewichtes der kleinbürgerlichen Demokratie, der kleinbürgerlich-demokratischen Partei über die gestürzten (halbfeudalen und bürgerlichen) Klassen und das Proletariat: „Um hier den demokratischen Kleinbürgern mit Macht entgegenzutreten zu können, ist es vor allem nötig, dass die Arbeiter in Klubs selbständig organisiert und zentralisiert sind... Sie (die deutschen Arbeiter) müssen das meiste zu ihrem endlichen Siege dadurch tun, dass sie sich über ihre Klasseninteressen aufklären, ihre selbständige Parteistellung so bald wie möglich einnehmen, sich durch die heuchlerischen Phrasen der demokratischen Kleinbürger keinen Augenblick an der unabhängigen Organisation der Partei des Proletariats irre machen lassen.“

Die politische Rolle der kleinbürgerlich-demokratischen Partei von 1848/50 haben dem Wesen nach übernommen die entartete SP, die LP, die außerrussische StP in den kapitalistischen Ländern, während die russische StP samt ihren außerrussischen Filialen, die Stalininternationale, die entartete zweite Internationale, die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale usw. die kleinbürgerlich-demokratische Rolle von 1848/50 dem Wesen nach im Weltmaßstab spielten und, soweit sie bestehen, weiter spielen.

Schließlich heißt es in der Ansprache vom Juni 1850: „Die Arbeiterpartei muss unter Umständen sehr gut andere Parteien und Parteifractionen zu ihren Zwecken gebrauchen, aber sie darf sich keiner andern Partei unterordnen... Die Zentralbehörde macht alle Gemeinden und Bundesmitglieder darauf aufmerksam, dass dieser Einfluss auf die Arbeiter-, Turn-, Bauern- und Tagelöhnervereine von der höchsten Wichtigkeit ist und überall gewonnen werden muss. Der Emissär nach Deutschland... hat überall nur die zuverlässigsten Leute in den Bund aufgenommen (nämlich in dessen Geheimorganisation; d. Verf.) und ihren größeren Lokalkenntnissen die Ausdehnung des Bundes überlassen. Es wird von den lokalen Verhältnissen abhängen, ob die entschieden revolutionären Leute in den Bund aufgenommen werden können. Wo dies nicht möglich ist, muss aus den Leuten, welche revolutionär brauchbar und zuverlässig sind, welche aber noch nicht die kommunistischen Konsequenzen der jetzigen Bewegung verstehen, eine zweite Klasse von weitem Bundesmitgliedern gebildet werden. Diese zweite Klasse, der die Verbindung als eine bloß lokale oder provinzielle darzustellen ist, muss fortwährend unter der Leitung der eigentlichen Bundesmitglieder und Bundesbehörden bleiben. Mit Hilfe dieser weitem Verbindungen kann der Einfluss namentlich auf die Bauernvereine und Turnvereine sehr fest organisiert werden.“

Selbst unter den illegalen Bedingungen der schwersten Reaktion unmittelbar nach dem Niederschlagen der Revolution von 1848/49 forderten Marx und Engels unnachgiebig die ideelle politische und auch organisatorische Selbständigkeit der proletarischen Partei gegenüber jeder bürgerlichen, jeder kleinbürgerlichen Partei, Organisation, Bewegung. Zugleich bekämpften sie ebenso unnachgiebig das vom utopischen Sozialismus genährte Sektierertum, das sich von den Massen abkapselte. Marx und Engels lehrten die Revolutionäre, dass sie die Verbindung mit den Massen suchen, erkämpfen, herstellen, organisatorisch festigen müssen, selbst unter illegalen Bedingungen, und sie zeigten auch die diesem Zweck angepasste Form der revolutionären Organisation.

Wie war es nun in der I. Internationale, 1864-1872 (1874)? Seit den 40er Jahren hatte die Arbeiterbewegung mit dem Fortschreiten des Kapitalismus an Breite und auch an Organisation gewonnen. Aber noch immer war die sektiererische Einstellung der sozialistischen (utopischen, halbtopischen) Organisationen – sie waren in wahren, dauernden Sinn Sekten – sehr stark. So beherrschten noch immer in der Mitte der 60er Jahre die Proudhonisten breite Teile insbesondere der französischen und belgischen Arbeiterschaft; sie wollten von der Kampforganisation der Arbeiterklasse, von Streiks [215] und dergleichen nichts wissen, sie ritten das Steckenpferd des wechselseitigen Austausches der Dienste und Arbeiten, auf die Organisation einer solchen Tauschbank kam es nach ihnen an, nicht aber auf den Kampf der Massen. Nach wie vor bestand die Hauptaufgabe darin, dieses Sektierertum aller Färbungen zu überwinden. Es gab nun eine mehr oder weniger organisierte Arbeiterbewegung in vielen Ländern. In England war sie unter Führung der Trade Unions reformistisch, in Frankreich, Belgien usw. proudhonistisch, halbtopisch-kleinbürgerlich-anarchistisch, in Deutschland lassalleanisch (mit dem allgemeinen Wahlrecht als politischem mit den Produktivgenossenschaften bei Hilfe durch den bürgerlichen Staat als ökonomischem Allheilmittel der tatsächlichen Grundlinie nach nationalreformistisch), etwas später in Italien, Spanien und der Westschweiz bakunistisch-anarchistisch (gegen jede Politik überhaupt, auch gegen die proletarisch-revolutionäre Politik auf dem Boden des zu bekämpfenden bürgerlichen Staates, auch gegen jede Politik des proletarischen Staates; gegen jeden Staat überhaupt, auch gegen den proletarischen; einzig und allein für den Aufstand zur sofortigen Zerstörung jedes Staates überhaupt, nicht nur des bürgerlichen, sondern auch des proletarischen). Es herrschte also viel Unklarheit, von einer Übereinstimmung in den Prinzipien den Kampfes war noch keine Rede. Das war begreiflich, waren es doch erst Anfänge der organisiert kämpfenden Arbeiterbewegung. Allein gerade darum war sie noch bildsam, die irrige Einstellung entsprang vor allem dem Mangel an Erfahrung. Darum war der Entschluss Marxens durchaus richtig, alle diese Arbeiterorganisationen trotz ihrer Unzulänglich-

keit und Unklarheit zur Internationalen Arbeiter-Assoziation zusammenzufassen. Sie konnte daher dem Wesen nach zunächst nichts anderes sein als eine organisierte Aktionsgemeinschaft, eine proletarische Einheitsfrontorganisation, die Marx durch die fortschreitenden Erfahrungen im proletarischen Kampf allmählich revolutionär klären, schrittweise zu einer ideellen, politisch, organisatorisch einheitlichen Partei, im nationalen und internationalen Maßstab umformen, überleiten wollte. Zumindest wollte er auf diese Weise die einheitliche Partei, Internationale daraus allmählich herauschälen, herausarbeiten, herausbilden. Der Entschluss zu dieser Riesenarbeit fiel ihm umso leichter, weil er nicht allein stand, sondern sich auf die besten Elemente des alten „Bundes der Kommunisten“ stützen konnte. Als Organisation bestand dieser formell zwar nicht mehr und das Häuflein der klaren und festen Kommunisten war nicht groß, doch eben darum bedurften diese alten erprobten Kämpfer, die seit 1847/48 zusammen fochten, zu ihrer planmäßigen revolutionären Arbeit nicht unbedingt einer in aller Form konstituierten Partei. Wie groß der Einfluss dieser tatsächlichen Gruppe der alten Kommunisten war, geht daraus hervor, dass sechs alte Bundesmitglieder dem Generalrat der ersten Internationale angehörten: Eccarius, Engels, Pfänder, Leßner, Lochner, Marx, darunter Eccarius durch lange Jahre als Generalsekretär. Sie hatten in den meisten Ländern Kampfgefährten aus der Zeit seit 1848, die dem „Bund der Kommunisten“ entweder angehört hatten oder mit ihnen damals und später im engsten Kontakt unter dem führenden Einfluss von Marx und Engels zusammenarbeiteten. So ganz besonders in Deutschland, wo das alte Mitglied des „Bundes der Kommunisten“ Wilhelm Liebknecht zusammen mit Bebel die spätere Eisenacher Bewegung aus der kleinbürgerlichen Demokratie herausführte und dem Marxismus immer mehr zu nähern begann. So, gestützt auf die enge tatsächliche Gemeinschaft der klaren, festen Kommunisten, erzielte Marx innerhalb dieser zwar widerspruchsvollen, aber noch durchaus jungen, bildsamen Gesamtbewegung bedeutende Fortschritte. Die vom Utopismus überkommene sektiererische Einstellung des Abkapselns von den Massen hat er völlig überwunden. In entscheidenden Fragen führte er zur einheitlichen Klärung, so zum Beispiel in der so wichtigen Grund- und Bodenfrage. Zweifellos hätte er noch mehr erzielt, wenn es möglich gewesen wäre, die erste Internationale länger zusammen zu halten. Letzten Endes war die Spaltung infolge der großen prinzipiellen Verschiedenheiten unvermeidlich, aber sie wurde durch die üble Arbeit der Anarchisten unter Führung Bakunins viel rascher herbeigeführt. Praktisch war die Internationale bereits 1872 handlungsunfähig, als sie nach New York verlegt wurde. Formell wurde sie erst 1874 aufgelöst. Durch seine Arbeit in der I. Internationale hat Marx mit seinen kommunistischen Mitkämpfern die Voraussetzungen geschaffen, die das Entstehen wirklicher Arbeiterparteien in den einzelnen Ländern und schließlich auch der II. Internationale im Jahre 1889 ermöglicht, jedenfalls wesentlich erleichtert haben.

Kann man das, was Marx unter den einmaligen Bedingungen von 1864-1872 in der I. Internationale tat, heute wiederholen? Nur jemand, der von den furchtbaren Erfahrungen der letzten Jahrzehnte entweder keine Ahnung oder sie verschlafen hat, kann das empfehlen, oder nur jemand, der trotz dieser Erfahrungen das revolutionäre Proletariat so einfangen will, wie 1848/50 die demokratischen Kleinbürger, von denen Marx 1850 schrieb: „Sie streben darnach, die Arbeiter in eine Parteiorganisation zu verwickeln, in denen die allgemei- [216] nen sozialdemokratischen Phrasen vorherrschend sind, hinter welchen sie ihre besonderen (kleinbürgerlichen) Interessen verstecken.“ Nun, die verkleinbürgerlichte sozialdemokratische, labouristische, stalinistische Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie strebt darnach, das revolutionäre Proletariat in eine Parteiorganisation zu verwickeln, in der die allgemeinen sozialdemokratischen, labouristischen, stalinistischen Phrasen vorherrschend sind, hinter welchen sie ihre eigenen schmarotzerischen, kleinbürgerlichen Interessen versteckt. Damals, 1864/1872, war die Arbeiterbewegung noch jung, formbar, bildsam, unerfahren, am Anfang ihres Weges, klassenmäßig unverdorben, rein. Die sozialdemokratischen, labouristischen, stalinistischen Parteien von heute aber sind durch und durch entartet, Sie sind in den Händen einer entarteten, bereits verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie. Trotz aller durch sie herbeigeführten Riesenkatastrophen der Arbeiterschaft seit 1914 hält die Sozialdemokratie an ihrer Politik fest: trotz 1933 in Deutschland, 1934 in Österreich, 1936/39 in Frankreich, Spanien betreibt die SP die Parteizusammenarbeit mit der Bourgeoisie gegen die proletarische Revolution, gegen das Weltproletariat, gegen den proletarischen Staat, ihre rein national ausgerichtete Politik weiter. Durch dick und dünn geht trotz aller von ihr mitverschuldeter Katastrophen des Proletariats die Labourparty parteimäßig mit den englischen Imperialisten, Kapitalisten gegen die Masse der englischen Arbeiter, gegen das Weltproletariat, gegen die indischen Volksmassen, gegen den proletarischen Staat, gegen die proletarische Revolution, Minister ihrer Majestät der Bourgeoisie zu worden gegen die proletarische Revolution, gegen die Arbeiterklasse, womöglich in den Adelsstand erhoben zu worden von irgend einer königlichen Majestät, zu Macht, Ehren, Ansehen, großem Einkommen und Vermögen für ihre Person zu kommen auf Kosten der Massen – das ist das tatsächliche Höchstziel der labouristischen, sozialdemokratischen Oberschicht seit Jahrzehnten. Trotz aller durch sie verursachten proletarischen Katastrophen seit 1923/24 halten Stalinbürokratie, Stalinpartei an ihrer rein russisch-chauvinistischen Politik, an der Parteizusammenarbeit mit dem proletarischen Klassenfeind, mit der Bourgeoisie gegen die proletarische Revolution, gegen das Weltproletariat, gegen den proletarischen Staat fest. Ihre Hände triefen von dem Blut der von ihnen zu Tausenden und Abertausenden gemordeten revolutionären Arbeiter, revolutionären Führer. Über allem, über allen proletarischen Klasseninteressen stehen ihnen ihre eigensüchtigen Interessen als entartete Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie, die sich auf dem Rücken der Massen zu kleinbürgerlichem Dasein emporgeschwungen hat und diese gehobene Existenz um jeden Preis weiter behaupten, ausgestalten, steigern will auf Kosten der Massen. All diese Elemente sind von Grund auf verdorben, sie sind unheilbar demoralisiert, sie stehen auf der anderen Seite der Barrikade. Die Unabhängigkeit, Selbständigkeit der proletarischen Parteiorganisation preisgeben, und auf dieser Grundlage in der II. Internationale, der Stalininternationale oder einer Internationale dieses Schlages mitzuarbeiten, das hieße die proletarische Revolution an die Schmarotzer der Arbeiterbewegung ausliefern, preisgeben, verraten.

Das Verhalten von Marx und Engels zur Einigung der Eisenacher und der Lassalleaner in Deutschland 1875 – also nach der Auflösung der I. Internationale – zeigt eindeutig klar, dass Marx nach wie vor fest auf dem Boden der Unabhängigkeit, Selbständigkeit der proletarischen Partei stand. Lassalle hatte die deutschen Arbeiter von der Bourgeoisie, von der demokratischen Bourgeoisie gelöst, das war sein großes geschichtliches Verdienst. Aber die Lassalleaner waren ihrer überwiegenden Mehrzahl nach keineswegs Marxisten, keine Internationalisten, keine proletarischen Revolutionäre, sondern im

Grunde national eingestellte kleinbürgerlich-demokratische Revolutionäre; ihre Bewegung, ihre Partei war im Grunde national beschränkt, kleinbürgerlich-demokratisch. Um die Einigung mit den Lassalleanern zustande zu bringen, stellten sich die Eisenacher entgegenkommend zum Beispiel auf den Boden des „Volksstaates“. Dem gegenüber hielten Marx und Engels unverrückbar fest an der Diktatur des Proletariats als notwendigen Staat für die Epoche des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus. Sie waren gegen die Vereinigung, weil sie sich auf kleinbürgerliche Illusionen in allerentscheidendsten Fragen stützte. Seherisch erkannten sie im Voraus die verhängnisvollen Folgen, die sich daraus ergeben mussten. „Man weiß, wie die bloße Tatsache der Vereinigung die Arbeiter befriedigt, aber man irrt sich, wenn man glaubt, dieser augenblickliche Erfolg sei nicht zu teuer erkaufte“ (Marx in seinem Brief an Bracke, 5.5.1875, in Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, 1930, S.40). Viel später als er es geahnt, sind diese Folgen eingetreten, [217] doch umso zerstörender haben sie sich ausgewirkt. Marxens Kritik zum Gothaer Programm, 1875, der ganze damalige Briefwechsel von Marx und Engels zeigt, dass sie auch damals wie immer, insbesondere seit den Erfahrungen der 1848er Revolution, die vollkommene ideelle politische und auch organisatorische Selbständigkeit der proletarischen Partei verlangten, nicht nur gegenüber jeder Art bürgerlicher, sondern auch gegenüber jeder Art kleinbürgerlicher Partei! LP, entartete SP, die Stalinpartei und ihre Internationalen sind kleinbürgerliche Organisationen, kleinbürgerlich nach ihrer tatsächlichen Politik, kleinbürgerlich auch nach ihrer Klassenzusammensetzung: die Arbeiter sind darin nur der breite Schwanz, dessen politische Schlagkraft von der entarteten, verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie für ihre selbstsüchtigen Sonderinteressen auf Kosten der Massen ausgebeutete ausgenutzt, ausschmarotzt wird.

Die proletarische Revolution zum Siege führen gegen deren Feinde, gegen die Kapitalistenklasse und deren Helfer aller Art, das ist die Grundaufgabe der Organisation der proletarischen Revolutionäre. Daraus folgt:

1. Die proletarische Partei muss unter allen Umständen ideell, politisch und auch organisatorisch unabhängig, selbständig sein nicht nur gegenüber dem großen und dem kleinen Bürgertum, nicht nur gegenüber der Kapitalistenklasse, sondern auch gegenüber deren Gehilfen aller Schattierungen, sie muss insbesondere unabhängig sein von allen Parteien der Bourgeoisie, des Kleinbürgertums, von allen Hilfsparteien der Kapitalistenklasse überhaupt. Sie muss also auch unabhängig sein von den sozialdemokratischen, labouristischen, stalinistischen Parteien und ihren Internationalen, in welches Gewand immer sie sich hüllen, welche Firma immer sie sich beilegen.

2. Um die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Einflüsse, die von außen her auf die Partei unausgesetzt einströmen, wirksam zu bekämpfen, darf die Partei solche Einflüsse in ihrem Innern nicht dulden. Das bedeutet:

a) In Bezug auf die klassenmäßige Zusammensetzung: Angehörige der Kapitalistenklasse dürfen nicht als Mitglieder aufgenommen worden; von dieser Regel darf nur in äußerst seltenen Fällen abgewichen werden, bei allerstrengster Auslese. Echte, nichtausbeutende sondern selbst ausgebeutete Kleinbauern, Kleinbürger, die sich auf den Boden des proletarisch-revolutionären Kampfes stellen, sollen unter sorgfältiger Auslese aufgenommen werden, doch immer nur in solcher Zahl, dass die klassenbewussten Elemente der Partei, ihrer geistigen Kraft und Zahl nach, tatsächlich imstande sind, den proletarischen Klassencharakter, die proletarische Klassenlinie der Partei unter allen Umständen zu behaupten. „Die Arbeiteraristokratie ist eben darum entstanden, dass sie ‚ihre‘ Bourgeoisie bei der imperialistischen Eroberung und der Drosselung der ganzen Welt unterstützte, um sich auf diese Weise bessere Löhne zu sichern... Eine Arbeiteraristokratie, die Opfer fürchtet, die eine ‚allzu große‘ Verarmung während des revolutionären Kampfes fürchtet, darf nicht zur Partei gehören. Sonst ist die Diktatur unmöglich, besonders in den westeuropäischen Ländern“ (Lenin in seiner Rede über die Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale auf dem II. Weltkongress, 30.7.1920). Die Zahl der ehrlichen, kampfwilligen, mehr oder weniger fortgeschrittenen Arbeiter in der Partei soll stets in richtigem Einklang stehen zur geistigen Kraft und Zahl der klassenbewussten Elemente, sodass diese imstande sind, diese noch nicht klassenbewussten Elemente zu proletarischem Bewusstsein emporzuheben, ohne Gefährdung der proletarisch-revolutionären Parteilinie, des proletarisch-revolutionären Parteigefüges. Es empfiehlt sich daher, die noch nicht bewussten, aber geeigneten, entwicklungsfähigen Arbeiterelemente in die Partei zunächst als Kandidaten zu nehmen, mit einer mehr oder weniger langen Wartezeit. Für nichtproletarische Elemente soll die Kandidatur eine obligatorische Durchgangsphase sein.

Die Partei muss immer bestrebt sein, die besten Elemente auszulösen, die die Sache der proletarischen Revolution über alles stellen, kampfwillige, charakterfeste, nackensteife Elemente, die von der Einsicht durchdrungen sind, dass sie im Interesse der Arbeiterklasse ständig daran arbeiten müssen, sich immer mehr zu selbständigem proletarisch-revolutionärem Denken, Urteilen durchzuringen, keine Streberelemente, denen es vor allem um ihren eigenen Vorteil geht, die darauf ausgehen, sich auf dem Rücken der Arbeiterschaft durch Anpassen, Anschmiegen, Anschmieren empor zu haspeln, sondern die die Interessen der Weltarbeiterklasse, der Weltrevolution, des Weltkommunismus über alles stellen.

Die Auslese muss immer so sein, dass das unbedingte, dauernd ausschlaggebende [218] Klassengewicht der Arbeiter in der Partei niemals auch nur im geringsten in Frage gestellt werden kann.

b) In Bezug auf die ideologische Zusammensetzung: Meinungsverschiedenheiten kommen im Leben, im Kampf der Partei immer wieder vor. Dass da von Zeit zu Zeit diesen oder jenen Parteigenossen auch rechtsopportunistische, zentristische, ultra-„linke“, anarchistische Entgleisungen, Abweichungen unterlaufen, liegt in der Natur der Sache. Es ist eine ständige Aufgabe der bewussten Elemente, solche Entgleisungen, Abweichungen durch die Mittel des Überzeugens, durch geduldige geistige Klärung immer wieder zu überwinden, immer wieder die Partei als Ganzes auf der proletarischen Klassenlinie zu sammeln. Gerade so vollzieht sich das fortschreitende Vertiefen des proletarischen Bewusstseins in der gesunden proletarischen Partei und durch sie weitergreifend in den Massen. Etwas ganz anderes aber sind langandauernde Abweichungen, die sich zu einer hartnäckigen von der proletarischen Klassenlinie wegführenden Richtung ausgewachsen haben. Nicht nur der

ist ein Liquidator, der die Selbständigkeit des Proletariats als Klasse, also die Selbständigkeit der proletarischen Partei hartnäckig bekämpft, preisgibt, sondern auch derjenige, der das proletarische Bewusstsein der proletarischen Partei durch bürgerliche, kleinbürgerliche Auffassungen hartnäckig beeinflusst, erschüttert, irreführt.

Für hartnäckige Rechtsopportunisten, Sozialpatrioten, Sozialnationalisten, Sozialchauvinisten, Sozialimperialisten, für hartnäckige Verfechter der Parteizusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse oder einem Teil derselben unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen ist kein Platz in der proletarischen Partei. Das Gleiche gilt von hartnäckigen Zentristen, Halb- und Ganzanarchisten, Ultra„linken“ aller Schattierungen. „Die erste Bedingung des wahren Kommunismus ist der Bruch mit dem Opportunismus.“ Mit den Kommunisten, die das unterschreiben, werden wir in voller Freiheit und Offenheit sprechen und werden das Recht und den Mut haben, ihnen zu sagen: ‚Macht keine Dummheiten, seid klug und geschmeidig.‘ Aber wir werden das nur Kommunisten sagen, die mit den Opportunisten gebrochen haben.“ (Lenin in seiner Rede zur italienischen Frage, 20.6.1921, auf dem III. Weltkongress der KI, Ausgewählte Werke, Bd. X, S.269). Auf der Linie des unnachgiebigen Kampfes gegen jeden Rechtsopportunismus kann, soll, muss die Partei gerade den ehrlichen, kampfgewillten ultra„linken“ Elementen gegenüber die allergrößte Geduld beweisen, insbesondere wenn sie noch jung sind an revolutionären Erfahrungen – die Jugend hat das Recht zu Fehlern – aber auch hier gibt es schließlich eine Grenze. So hat die von Lenin geführte KI mit den ihren Absichten nach grundehrlichen Ultra„radikalen“ der KAPD, den holländischen Tribunisten usw. nach 1½-jährigem vergeblichen Bemühen, sie zu klären, schließlich mit Recht gebrochen. Und später auch mit den italienischen Bordigisten usw. Ihre Auffassungen waren ein ernstes Hindernis beim Bewältigen der damaligen Hauptaufgabe der Partei, des Herankommens an die breiten Massen. Mit solchen eingefleischten hartgesottenen rechten, „linken“ Opportunisten gibt es für die proletarische Partei keine Einigung, sondern sie muss sich von ihnen nötigenfalls durch Spaltung trennen.

Die einzige ernste, wirkliche Differenz, die Trotzki bis 1917 mit Lenin hatte, bestand gerade darin, dass Trotzki an dem Gedanken der Parteieinheit mit den Menschewiki festhielt und in dieser Richtung wirkte; er war der Auffassung, der Gang der revolutionären Entwicklung, die damit verknüpften Erfahrungen würden die Menschewiken von ihrer opportunistischen Einstellung heilen, sie auf die revolutionäre Linie überleiten. „Ich hatte immer noch gehofft, dass eine neue Revolution die Menschewiki – wie im Jahre 1905 – zwingen würde, den revolutionären Weg zu beschreiten. Ich habe die Bedeutung der vorbereitenden ideologischen Aufzucht und politischen Stählung unterschätzt. In Fragen der innern Parteientwicklung beging ich die Sünde, mich einer Art sozialrevolutionärem Fatalismus hinzugeben. Das war eine falsche Position“ (Trotzki: Mein Leben, 1930, S.215). Wenn „Lenin mich erbarmungslos wegen meines Versöhnlertums angriff – (so) nicht wegen der permanenten Revolution, wo er sich auf gelegentliche Erwidierungen beschränkte – sondern wegen meines Versöhnlertums, wegen meiner Bereitwilligkeit, auf die Entwicklung der Menschewiki nach links zu hoffen... Meine innerparteiliche Stellung war eine versöhnlerische, und wenn ich in gewissen Augenblicken Gruppierungen anstrebte, so eben auf dieser Basis... Ich glaubte, die Logik des Klassenkampfes werde beide Fraktionen zwingen, die gleiche revolutionäre Linie zu verfolgen. Mir war damals der große historische Sinn der [219] Haltung Lenins noch unklar, seine Politik der unversöhnlichen geistigen Abgrenzung und wenn nötig Spaltung zum Zwecke der Vereinigung und Stählung des Rückgrats der wahrhaft proletarischen Partei... Indem ich die Einheit um jeden Preis anstrebte, musste ich unwillkürlich und unvermeidlich die zentristische Tendenz im Menschewismus idealisieren. Nicht die permanente Revolution, sondern das Versöhnlertum war es, was mich, nach der Ansicht Lenins, vom Bolschewismus getrennt hatte. Um der ‚beste Bolschewik‘ zu werden, hatte ich, wie wir hören, nur nötig, die Unmöglichkeit einer Verständigung mit den Menschewiki zu begreifen“ (Trotzki: Die permanente Revolution, 1930, S.50/57).

Auch gegenüber Elementen, die aus andern Parteien kommen, bedarf es einer gewissen Vorsicht. Zwar betonte Lenin: „Es wird also vollkommen anerkannt, dass man nicht die Vergangenheit, sondern die Gegenwart, dass man die Änderung der Auffassungen und des Verhaltens einzelner Personen, einzelner Führer berücksichtigen darf“ (Brief an die deutschen und französischen Arbeiter anlässlich der Diskussion über den II. Kongress der KI, 24.9.1920, in Lenin: Ausgewählte Werke, Bd.X, S.245). Immerhin beschloss der XI. Parteitag der Russischen Partei 1922 in Bezug auf Leute, die in andern Parteien gewesen waren: „Personen, die aus andern Parteien übertreten, werden künftig bis zum XII. Parteitag der KPR auf Empfehlung von fünf Mitgliedern, die fünf Jahre in der Partei sind, aufgenommen, und zwar unbedingt unabhängig von der sozialen Lage des Aufzunehmenden, mit Einwilligung des Gouvernementskomitees“ (Lenin: Über die Parteisäuberung, 1933, S.31). Lenin stand auf dem Standpunkt: „Es kommt nicht auf die Zahl, sondern darauf an, die Ideen und die Politik des wirklich revolutionären Proletariats richtig zum Ausdruck zu bringen“ – erst auf dieser Grundlage kommt es auf die Zahl an! (Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, Entwurf einer Plattform der Proletarischen Partei, April 1917, in Lenin: Ausgewählte Werke, Bd. X, S.12).

Die proletarische Partei muss ständig daran arbeiten, ihre Reihen möglichst rein zu von allen Provokateuren, Spitzeln, Zersettern, Informatoren: von bürgerlichen und selbst kleinbürgerlichen Elementen (abgesehen von Ausnahmefällen erwiesener proletarischer Zuverlässigkeit; doch darf auch ihre Zahl jenes tragbare Maß nicht übersteigen, das den dauernden proletarischen Klassencharakter der Partei und ihrer Politik nicht gefährdet); und auch von allen der Masse entfremdeten Arbeiteraristokraten und von verbürokratisierten Elementen; von allen Speichelleckern, Strebern, Stellenjägern, überhaupt allen Elementen, die ihre Person der Sache der Arbeiterklasse, den Interessen der proletarischen Revolution tatsächlich überordnen, auch von Mitläufern, dauernd passiven Elementen, Nichtstuern und Abenteurern; von allen hartnäckigen rechten und „linken“ Opportunisten. Dem dient die periodisch vorzunehmende Parteisäuberung.

So wie die Auslese für die Partei, so muss auch die Reinigung der Partei stets nach sachlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden, unter dem Gesichtswinkel der Interessen der internationalen proletarischen Revolution, der internationalen Arbeiterklasse, worin die Interessen des proletarischen Staates inbegriffen. Wer dem zuwiderhandelt, wer, wie die Stalinbürokratie, die bewussten, charakterfesten, revolutionären Elemente aus der Partei bewusst entfernt, vor allem die Elemente mit dem schmiegsamen Rückgrat heranzieht, die auf Macht und Vorteil in erster Linie für ihre liebe Person lauern, der ist ein Schädling, dessen sich die Partei nicht früh genug entledigen muss.

Zeiten des imperialistischen Krieges, überhaupt der Verfolgung der proletarischen Partei, so sehr sie diese zurückwerfen, haben bei all dem den Vorteil, dass sie die Partei von Elementen aller Art, die ihrer Entwicklung im Wege stehen, in hohem Maße reinigen.

II. Der demokratische Zentralismus

Um gegen die ungeheure Macht, über welche die Bourgeoisie im nationalen und internationalen Maßstab verfügt, revolutionär zu siegen, den Sieg zu behaupten, dazu bedarf das Proletariat unumgänglich der äußersten Zusammenfassung seiner gesamten Klassenkraft in jedem Land, im Weltmaßstab. Die proletarische Partei muss so organisiert sein, dass sie diese äußerste proletarische Kraftkonzentration in jedem Staat und international immer mehr verwirklichen, dauernd gewährleisten kann bis zum Überflüssigwerden ihrer Rolle, das ist bis zum restlos vollendeten Aufbau des Weltkommunismus. Sie muss also zentrali- [220] stisch organisiert sein. „Die unbedingte Zentralisation und strenge Disziplin (ist) eine der Hauptbedingungen für den Sieg über die Bourgeoisie“ ... „Die strengste Zentralisation und Disziplin innerhalb der politischen Partei des Proletariats ist nötig... um die organisatorische Rolle des Proletariats (dies ist seine Hauptrolle) richtig, erfolgreich, siegreich durchzuführen“ (Lenin: Die Kinderkrankheiten, 1920, S.6, 25).

Die proletarische Partei muss dauernd den politischen Willen der organisierten klassenbewussten Elemente des Proletariats und eben dadurch den Klassenwillen der Arbeiter, im internationalen und nationalen Maßstab, zum Ausdruck bringen. Ihr gesamtes Verhalten, ihr politisches Handeln, aber auch ihr politisches Unterlassen muss letzten Endes immer dem politischen Willen tatsächlich der gesamten in der Klassenpartei, Klasseninternationale organisierten klassenbewussten Elemente entsprechen, ja entspringen. Sie muss also demokratisch organisiert sein. Die lebendige Parteidemokratie in allen ihren Ausstrahlungen, in ihrem Gesamtinhalt bildet die durch den revolutionären Kampfwillen, durch das revolutionäre Bewusstsein der in der proletarischen Partei, Internationale zusammengefassten klassenbewussten Elemente der Arbeiterklasse stets wachsame Garantie, dass sich die zentralistisch zusammengeballte Kraft der Partei, Internationale dauernd auf der Linie der proletarischen Klasseninteressen hält, bewegt, auf der Linie der internationalen, proletarischen Revolution.

Ausgehend von dem Grundprinzip der proletarisch-revolutionären Zweckmäßigkeit, dem Prinzip der Unabhängigkeit, Selbstständigkeit der proletarischen Parteiorganisation inbegriffen, und sich auf dieser Grundlage, in diesem Rahmen stets bewegend, ist und bleibt der demokratische Zentralismus als untrennbare Einheit der Leitgedanke der Organisation der Partei, der Internationale der proletarischen Revolution, dem alle andern organisatorischen Regeln, Richtlinien der Partei, der Internationale entspringen und in den sie tatsächlich immer einmünden müssen. Nur durch die kollektive Arbeit aller Parteimitglieder vermag die proletarische Partei ihre führende Rolle in der proletarischen Revolution tatsächlich zu verwirklichen: der demokratische Zentralismus ist die organisatorische Form, in der, ist die organisatorische, Methode, mit der die Partei diese kollektive Arbeit als stets lebendige Parteipraxis in die Tat umsetzt.

„Das Hauptprinzip des demokratischen Zentralismus bildet die Wählbarkeit der oberen Parteizelle durch die untersten, die unbedingte und unverlässlichste Verbindlichkeit aller Vorschriften der übergeordneten Instanz für die untergeordnete und das Vorhandensein eines starken Parteizentrums, dessen Autorität allgemein anerkannt ist für alle Parteigenossen, in der Zeit von einem Parteitag zum andern“ – diese Definition des Zweiten Weltkongresses der KI (Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution, 1920) war für die Leninsche Zeit durchaus ausreichend. Nach den Erfahrungen mit der Stalin-bürokratischen Reaktion muss sie in einem wesentlichen Punkt ergänzt werden.

Das Zentralkomitee ist nach dem Parteitag das höchste politische Organ der Partei. Seine Beschlüsse sind für alle Parteimitglieder verbindlich, solange der Parteitag nicht anders beschlossen hat. Doch an der politischen Willensbildung müssen in letzter Instanz alle Parteimitglieder teilnehmen. Nicht bloß formell, indem sie durch die von ihnen gewählten Parteitagsdelegierten das Zentralkomitee wählen; nicht nur indem sie das formelle Recht haben, die Politik, Strategie, Taktik der Partei mitzubestimmen und dauernd zu kontrollieren, sondern auch vor allem real: indem die gesamte Politik, die Auslese, die Erziehungsarbeit, ja die gesamte Tätigkeit der Partei überhaupt leitend und dauernd tatsächlich darauf abgestellt sein muss, das proletarisch-revolutionäre Bewusstsein aller Parteimitglieder immer höher zu heben, so dass sie von diesem formalen Recht tatsächlich immer besser, immer wirksamer den richtigen Gebrauch zu machen vermögen. Mit andern Worten: Das dauernde Erziehen der Parteimitglieder zu selbständigem, proletarisch-revolutionärem Denken, Urteilen ist ein entscheidender Grundbestandteil des demokratischen Zentralismus. Nur indem die Partei bewusst und dauernd das als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet und in dem Maße, als sie diese Aufgabe wirklich erfüllt, wird der demokratische Zentralismus aus einer bloß demokratischen Form, die auch mit unproletarischem, ja antirevolutionärem Inhalt gefüllt worden kann, tatsächlich zur stets lebendigen, dauernden Garantie für den proletarischen Klassencharakter der Partei und ihrer gesamten Politik.

[221] Der Opportunismus äußert sich nicht nur programmatisch, politisch, strategisch, taktisch, sondern auch organisatorisch. Die Opportunisten gehen – bewusst oder unbewusst – darauf aus, die proletarische Partei als Partei der proletarischen Revolution handlungsunfähig zu machen, zu negieren, zu liquidieren. Keineswegs verneinen sie den Zentralismus an sich, sie verwerfen nur den revolutionären Zentralismus; dagegen arbeiten sie mit allen Mitteln hin auf den straffsten mechanischen, bürokratischen Zentralismus, auf die zentralistische Organisation nicht für die Interessen der proletarischen Revolution, sondern für die Macht-, Pfründen-, Schmarotzerinteressen der Arbeiterbürokratie. Immer mehr setzen sie an Stelle der Partei die Parteibürokratie, machen diese unabhängig von der Parteimitgliedschaft, die sie mehr und mehr zu der bloßen Funktion hinunterdrücken, das durchzuführen, was die Parteibürokratie beschließt, anordnet, vorschreibt. Mit aller Macht und allen Mitteln unterminieren sie den demokratischen Zentralismus. Sie entziehen sich der politischen Kontrolle durch die Parteimitglieder, sie beseitigen deren politisches Mitbestimmungsrecht indem sie im allerbesten Fall den Schein, die hohle Form der Parteidemokratie bestehen lassen, deren entscheidenden Wesenskern aber erdrosseln, ersticken, liquidieren; indem

sie durch grundfalsche Politik, durch grundfalsche Bildungsarbeit das revolutionäre Bewusstsein der Mitglieder verwirren, schwächen, zersetzen und es durch ein kleinbürgerliches, national beschränktes, auf Parteizusammenarbeit – unter entwickelten kapitalistischen Bedingungen – mit der Bourgeoisie oder einem Teil derselben ausgerichtetes, antiproletarisches, antirevolutionäres Bewusstsein ersetzen; indem sie die Parteimitgliedschaft dahin lenken, erziehen, die Fragen der Partei nicht vom Standpunkt des Weltproletariats, des proletarischen Staates, der Weltrevolution zu beurteilen, zu beantworten, sondern von einem Standpunkt, der die vorübergehenden Interessen eines Teils der Arbeiter den gemeinsamen, dauernden Interessen der Gesamtheit der Arbeiter der ganzen Welt überordnet, diesem Teil nur vorübergehende Vorteile einbringt; und zwar auf Kosten der Gesamtarbeiterschaft, letzten Endes aber der Weltbourgeoisie tatsächlich in die Hände arbeitet, gegen das Weltproletariat, gegen den proletarischen Staat, gegen die Weltrevolution. Das ist der faktische organisatorische Zustand der entarteten SP. Ob die Durchführung offen oder raffiniert verhüllt, das Untergraben der Parteidemokratie führt rückwirkend zum Untergang der Arbeiterdemokratie in den Gewerkschaften, Genossenschaften, in den proletarischen Massenorganisationen überhaupt, und im proletarischen Staat zum Untergang der Sowjetdemokratie.

Dem Opportunismus in Organisationsfragen entspricht von der andern Seite her der Anarchismus in Organisationsfragen.

In welchen Abstufungen der Anarchismus immer auftritt, er negiert jede Partei, also auch die Partei der proletarischen Revolution, die revolutionäre Parteiorganisation. Die hartnäckigen halbanarchistischen, ultra„linken“ Tendenzen arbeiten – bewusst oder unbewusst – darauf hin, die revolutionäre Schlagkraft, Handlungsfähigkeit der Partei zu schwächen, zu unterbinden, letzten Endes also sie tatsächlich zu negieren, zu liquidieren. Wie gut auch immer die Absicht, entscheidend ist und bleibt auch in den Fragen der Organisation die Wirkung, das Ergebnis, zu dem ein bestimmtes organisatorisches Verhalten zwangsläufig führen muss. Eines der beliebtesten anarchistischen Steckenpferde auf organisatorischem Gebiet ist der Föderalismus, den sie dem Zentralismus entgegenstellen. Die untersten Organisationen der Partei sollen vollständig unabhängig, selbständig sein; streng genommen auch jedes einzelne Mitglied innerhalb der untersten Organisation. Dass damit die Schlagkraft der Organisation nicht gesteigert, sondern zersplittert wird, liegt auf der Hand. Eine solche Organisation kann im besten Fall mit endlosen Diskussionen die Zeit totschlagen, aber nie und nimmer die proletarische Revolution organisieren, geschweige denn zum Sieg über die Weltbourgeoisie führen. Der Anarchismus, Halbanarchismus geht an die Fragen der Organisation von „links“ heran; nur der Ausgangspunkt, die Begründung unterscheidet ihn vom Rechtsopportunismus; der Wirkung nach aber arbeiten sie – bewusst oder unbewusst – wie in den Fragen der Politik, so auch in den Fragen der Organisation der Bourgeoisie in die Hand gegen das Proletariat, gegen die proletarische Revolution.

Der demokratische Zentralismus umfasst insbesondere die Diskussionsfreiheit, das Wahlprinzip, die Parteidisziplin, die Parteilgliederung und die Parteierziehung.

III. Freiheit der Diskussion

Die Partei hat ihren Kampf unter überaus verwickelten, ununterbrochen wechselnden Bedingungen zu führen. Nur vermittelt der kollektiven Geistesarbeit ihrer [222] gesamten Parteimitgliedschaft vermag sie immer wieder den richtigen Weg zu finden. Die genialsten Führer vermögen diese kollektive Geistesarbeit der Parteimitglieder wesentlich zu erleichtern, zu fördern, zu beschleunigen, zu potenzieren, jedoch niemals zu ersetzen. Die Diskussion innerhalb der Partei ist unvermeidlich, ja bei weitem mehr noch: sie gehört zum gesunden, wirksamen, erfolgreichen, siegreichen Leben der Partei, wie das Atmen zum Leben des Menschen.

1. Zur Form der Diskussion

Die Diskussion soll klären. Wer an der Diskussion teilnimmt, ist verpflichtet, seine Stellungnahme klar und konkret vorzubringen.

Klar: Keine Zweideutigkeit. Den eigenen Standpunkt nicht verhüllen, Meinungsverschiedenheiten nicht vertuschen. Tatsachen, gegenteilige Auffassungen wahrheitsgemäß darstellen, Zitate gewissenhaft anwenden. Wer das Gegenteil macht, wer entstellt, verdreht, unterschlägt, fälscht, der belügt, betrügt die Partei, klärt nicht, sondern verwirrt, trübt das Bewusstsein der Parteimitglieder. Wer das planmäßig betreibt, richtet die Partei der proletarischen Revolution zugrunde. So die Stalinbürokratie. „Die Bolschewisierung im Jahre 1924 hatte vollständig den Charakter einer Karikatur angenommen. Den führenden Organen der Kommunistischen Parteien hielt man den Revolver an die Schläfe und verlangt von ihnen, dass sie ohne jede Information und Beratung, sofort eine endgültige Stellung zu den innern Meinungsverschiedenheiten der RKP einnehmen sollten, wobei von dieser Stellungnahme im Voraus abhing, ob sie weiter in der Komintern verbleiben konnten. Die europäischen Parteien waren indes im Jahre 1924 keineswegs zu einer plötzlichen Entscheidung der russischen Diskussionsfragen, in der sich damals eben erst zwei prinzipielle Tendenzen herauschälten, die aus der neuen Etappe der proletarischen Diktatur herauswuchsen, gerüstet... Im Ganzen genommen bestand die ‚Bolschewisierung‘ darin, dass man den Keil der russischen Meinungsverschiedenheiten, auf den man von oben mit dem Hammer des Staatsapparats schlug, immer wieder die sich jeweils bildenden Leitungen der Kommunistischen Parteien des Westens zerschlug“ (Trotzki: Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, 1929, S.142). – Bei ernsten Meinungsverschiedenheiten soll jeder Streitteil Kritik, Vorschlag samt Begründung schriftlich vorlegen. „Jeder vernünftige Mensch versteht, dass man sich, wenn ein hitziger Kampf um irgendeine Sache geht, zur Feststellung der Wahrheit keineswegs auf die Erklärungen der Streitenden beschränken darf, sondern selbst die Tatsachen und Dokumente überprüfen, untersuchen muss, ob Zeugenaussagen vorhanden und ob diese Aussagen verlässlich sind“ (Lenin: Strittige Fragen, 1913, Ausgewählte Werke, Bd. IV, S.128). Lenin hat uns gelehrt, im Falle von Meinungsverschiedenheiten nicht an bloßes Gerede zu glauben, sondern Dokumente zu verlangen, beide Parteien anzuhören, leere Behauptungen zurückzuweisen und deutlich herauszufinden, wie es um die Sache steht“ (Trotzki: Die wirkliche Lage in Russland, 1927, S.150).

Konkret: Keine Gemeinplätze, keine allgemeinen Phrasen, sondern die bestimmte Frage, um die es geht, konkret beantworten. Die Kritik darf nicht bloß negativ, sondern sie muss stets auch positiv sein. Sie muss aus dem Verwerfen dieser oder jener Auffassungen den bestimmten Weg zeigen, ausdrücken, vorschlagen, den nach Meinung des Diskutierenden die Partei, in der strittigen Frage gehen soll. Rein negative Kritik wirkt nicht aufbauend, sondern zersetzend.

Fehler nicht verschweigen. Nicht die Fehler der Partei: „Wir dürfen unsere Fehler vor dem Feind nicht verheimlichen. Wer das fürchtet, ist kein Revolutionär. Wenn wir offen den Arbeitern sagen: ‚Ja, wir haben Fehler gemacht‘, so bedeutet das, dass wir das nächste Mal diese Fehler nicht wiederholen“ (Lenin in seiner Rede zur Verteidigung der Taktik der KI auf dem II. Weltkongress, 1.7.1921, Ausgewählte Werke, Bd. X, S.282). „Wir fürchten uns nicht, unsere Fehler offen aufzuzeigen, um sie zu korrigieren“ (Lenin im Brief an die deutschen Kommunisten, 14.8.1921; ebenda: S.294). Auch nicht die eigenen Fehler verschweigen.

Jedes Parteimitglied hat das Recht, ja die Pflicht, offen zu urteilen, in allen wichtigen Fragen des Parteilebens, ohne dabei vor irgendeiner Person Halt machen zu müssen. Auch der Parteiapparat, die Parteileitung und alle Parteiführer ohne Unterschied unterliegen der Kritik der Parteimitglieder. [223] Selbstkritik ist notwendig und gut, aber nicht die Stalinsche und sozialdemokratische „Selbstkritik“. Diese ist ein bewusster Betrug am proletarischen Teil der kleinbürgerlichen „Arbeiter“parteien, ja an den Massen überhaupt; dabei haben die Mitglieder sich selbst zu kritisieren, den Misserfolg der falschen Politik auf ihre Fehler bei deren Durchführung zurückzuführen, sich selbst aufzulasten, aber sich jeder Kritik am Parteiapparat, an der Parteileitung und erst recht an der geheiligten Person seiner Majestät Väterchen Stalins zu enthalten. Wo aber die Stalinschen oder sozialdemokratischen Spitzen „sich selbst kritisieren“ – nach allergrößten, durch sie verursachten Katastrophen ist das nicht leicht zu umgehen –, da geben sie im allerbesten Fall taktische Fehler zu, verschweigen aber sorgfältig die gemeinsame prinzipielle Quelle, der alle diese Fehler entspringen und weiter entspringen müssen, weil sie eben diese prinzipiell unproletarische, antiproletarische, antirevolutionäre Grundlinie weiterhin unentwegt fortsetzen. Gerade darum schweigen sie ja darüber. Ein klassisches Muster dieser „Selbstkritik“ gibt die gesamte Literatur, welche die Austro“marxisten“ und ihre Ableger, die „Revolutionären Sozialisten“ zur „Aufklärung“ über die Ursachen der österreichischen Katastrophe (Februar 1934) von sich gegeben haben. Da werden alle möglichen taktischen Versäumnisse aufgezählt, bekannte und unbekannte, aber kein Wort wird darüber gesagt, dass alle diese taktischen „Fehler“ die zwangsläufige Folge waren jener Grundlinie, die auf die Parteizusammenarbeit mit der Bourgeoisie ausging, die Parteizusammenarbeit mit der Bourgeoisie fort und fort betrieb, jener Grundlinie, die nur eine national beschränkte, rein österreichische Politik kannte und über den proletarischen Internationalismus der Tat mit heuchlerischen Phrasen hinwegging. Es ist dieselbe Grundlinie, auf welcher sich die Herrschaften auch nach 1934 ununterbrochen, unverrückbar fortbewegen.

2. Die Grenzen der Diskussionsfreiheit

Die Partei ist kein Diskussionsklub, sondern eine freiwillige Kampfgemeinschaft für einen bestimmten Zweck: für die Vorbereitung, Durchführung der proletarischen Revolution, für die Aufrichtung und Behauptung des Staates der proletarischen Demokratie, für das Liquidieren des Weltkapitalismus, für das Verwirklichen der weltkommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. So wie die ganze proletarische Partei nur Mittel zum Zweck der proletarischen Weltrevolution, so ist die Diskussion nur Mittel zum Zweck der Partei der proletarischen Revolution.

Die Partei schließt sich freiwillig zusammen auf Grundlage der proletarischen Klassenprinzipien. Wer diese ablehnt, bekämpft, der gehört nicht in die Partei. Die proletarisch-revolutionären Prinzipien sind die selbstverständliche Grundlage aller und jeder Diskussion innerhalb der proletarischen Partei, sie selbst dürfen nicht Gegenstand, sondern müssen die Grundvoraussetzung jeder Parteidiskussion sein. Wer die marxistische Weltauffassung, den dialektischen Materialismus vorwirft, wer die materialistische Geschichtsauffassung ablehnt, wer den proletarischen Internationalismus tatsächlich verneint, bekämpft, wer die Parteizusammenarbeit, Gewerkschaftszusammenarbeit usw. mit der Bourgeoisie oder einem Teil derselben unter entwickelten kapitalistischen Bedingungen vertritt, verfißt, wer die führende Rolle der proletarischen Klassenpartei, Klasseninternationale bestreitet, wer die Notwendigkeit, die Bourgeoisie durch die proletarische Revolution zu stürzen, den kapitalistischen Staat zu zertrümmern, die Diktatur der proletarischen Demokratie aufzurichten, über den ganzen Erdball zu breiten, bezweifelt, wer die internationale proletarische Revolution als oberste Leitlinie aller proletarischen Klassenpolitik durch Wort und gar Tat in Frage zieht, wer gegen die Prinzipien der Arbeiterklasse arbeitet, kämpft, der gehört nicht in die Partei der Arbeiterklasse. Das sind Fragen nicht der Diskussion, sondern Grundsätze, die jeder bejahen, nach denen er arbeiten, kämpfen muss, der sich der proletarischen Klassenpartei, Klasseninternationale freiwillig anschließt, ihr freiwillig angehört. Das Eintreten für eine letzten Endes national ausgerichtete Politik, das Propagieren religiöser Auffassungen sind mit der freiwilligen Zugehörigkeit zur Partei der proletarischen Revolution unvereinbar, all das sind Fragen, die nicht in den Rahmen einer proletarisch-revolutionären Diskussion gehören. Sie werden natürlich erörtert im Zuge der Bildungsarbeit durch die Partei, aber dort, [224] wo es sich, um die politische Willensbildung der Partei handelt, stehen alle proletarischen Klassenprinzipien außer Diskussion, deren Grundlage sie vielmehr sind, sein müssen.

Es steht jedermann frei, zu schreiben und zu sagen, was er will, ohne die geringste Einschränkung. Aber es steht jedem freien Verband (auch der Partei) frei, solche Mitglieder davonzujagen, die die Firma der Partei benutzen, um parteiwidrige Ansichten zu predigen... Zur Bestimmung der Grenze zwischen dem, was parteimäßig, und dem, was parteiwidrig ist, dient aber das Parteiprogramm, dienen die taktischen Resolutionen der Partei und ihre Statuten, dient endlich die gesamte Erfahrung der internationalen Sozialdemokratie, der internationale freiwillige Verband des Proletariats“ (Lenin: Parteiorganisation und Parteiliteratur, 1905, Sammelband, 1925, S.167). „Wir lassen innerhalb der Partei eine Meinungsfreiheit gelten, aber nur in gewissen Grenzen... Wir sind nicht verpflichtet, Hand in Hand mit denjenigen zu gehen, die aktiv Ansichten

propagieren, die von der Mehrheit der Partei abgelehnt werden“ (Lenin: Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion, 1909, ebenda, S.282).

Die proletarische Partei ist kein Diskussionsverein, sondern eine Kampforganisation. Lenin fordert die „Zusammenschweißung einer wirklich einheitlichen Arbeiterpartei, in der die Meinungsverschiedenheiten nicht die gemeinsame Arbeit, den gemeinsamen Vormarsch, den gemeinsamen Kampf stören“ (Die Liquidierung des Liquidarentums, 1909, ebenda, S.255). „Die theoretische Diskussion ist eine Sache für sich; aber etwas anderes ist das politische Leben einer Partei, der politische Kampf. Wir sind kein Diskussionsklub. Wir müssen und werden natürlich Schriften und Broschüren darüber (über die strittige Frage; d.Verf.) herausgeben; aber vor allem müssen wir, die wir unter den schwierigen Verhältnissen kämpfen, uns zu einer festen Einheit zusammenschließen. Wenn sich zu unsern politischen Diskussionen und unserem politischen Kampf Vorschläge von der Art gesellen werden, wie die Organisation eines Allrussischen Produzentenkongresses, dann können wir nicht mehr einheitlich und geschlossen handeln“ (Lenin: Rede über die Einheit der Partei und über die anarcho-syndikalistische „Abweichung“, auf dem Parteitag der KPR, 10.3.21, ebenda: S.633).

Daraus ergibt sich praktisch insbesondere: die Parteidiskussion hat örtliche und zeitliche Grenzen und Grenzen auch in den Mitteln der Partei. Sie wird geführt nur in den Parteiorganisationen und Parteiorganen. Sie darf sich nicht ins Uferlose ziehen; ihre Dauer muss im Einklang stehen mit der allgemeinen Aktionsfähigkeit der Partei und mit den Notwendigkeiten der durch die Lage geförderten praktischen Aktionen. Zugleich muss die Diskussion stets die Lage der Partei berücksichtigen. In welcher sie sich jeweils ihren Gegnern gegenüber befindet. Ist die Aktion beschlossen, so darf die Diskussion darüber erst nach durchgeführter Aktion eröffnet werden (dagegen ist Parteikritik notwendig während der Einheitsfrontaktion an den Verbündeten der Partei). „Sobald eine Aktion von den Parteibehörden beschlossen wird, haben sich die Genossen den Beschlüssen der Partei zu fügen und diese Aktionen durchzuführen. Die Kritik an Aktionen darf nur nach Abschluss beginnen, sie darf nur in Parteiorganisationen und Parteiorganen geübt werden und muss Rücksicht nehmen auf die Lage, in der sich die Partei ihren Klassegegnern gegenüber befindet“ (Thesen über die Taktik, III. Weltkongress der KI, 1921). „Die Parteimitglieder sind in ihrem öffentlichen Auftreten verpflichtet, sich stets als disziplinierte Mitglieder einer Kampforganisation zu betätigen. Wo Meinungsverschiedenheiten über die richtige Handlungsweise vorkommen, sind diese, soweit möglich, schon vor dem Auftreten im Kreise der Parteiorganisation zu entscheiden und dann ist nach dieser Entscheidung zu handeln. Damit jedoch jeder Parteibeschluss durch alle Parteiorganisationen und Mitglieder mit größter Energie durchgeführt werde, muss womöglich die breiteste Parteimasse zur Prüfung und Entscheidung jeder Frage herangezogen werden. Den Parteiorganisationen und Parteinstanzen obliegt auch die Pflicht zu entscheiden, ob überhaupt und in welcher Form, und welchem Umfang in der Öffentlichkeit (Presse, Vorträge, Broschüren) Fragen von einzelnen Genossen diskutiert werden sollen... Auch wenn der Beschluss der Organisation oder der Partei nach der Meinung anderer Mitglieder fehlerhaft sei, dürfen die Genossen in ihrem öffentlichen Auftreten nie vergessen, dass das schlimmste disziplinarische Vergehen und der schlimmste Fehler im Kampf doch ist, die Einheitlichkeit der gemeinsamen Front zu stören oder gar zu brechen“ (Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Parteien, III. Weltkongress der KI, 1923).

In allen Fragen der Parteidemokratie kann, soll muss die Partei nicht kleinlich, sondern möglichst entgegenkommend, großzügig sein. Dass die Diskussion um diese oder jene heiß umstrittene Frage die Mitglieder rein tatsächlich so oder so ideologisch gruppiert, ist im Leben der Partei eine durchaus naturgemäße Erscheinung, die ebenso natürlich vergeht, sobald die strittige Frage geklärt, entschieden ist. So besteht in der Partei die Freiheit der vorübergehenden ideologischen Gruppierungen (keinesfalls jedoch die Freiheit der innerparteilichen Fraktion).

Abweichende Auffassungen von Minderheiten in der Partei sollen nicht unterdrückt werden, sie sollen vielmehr, wenn sie einigermaßen von Bedeutung, die Möglichkeit bekommen, zu Worte zu gelangen. Hat eine Minderheit in grundsätzlichen Fragen Bedenken gegen die Politik der Partei, so soll die Auffassung der Minderheit allen Mitgliedern zur Kenntnis gebracht werden, und zwar durch die Partei selbst, „Das Zentralkomitee der Partei muss ... falsche Ansichten bekämpfen. Das kann (und muss) man tun, indem man gleichzeitig allen Richtungen die Möglichkeit gibt, sich auszusprechen“ (Lenin: Falsche Reden über Freiheit, 1920, Sammelband 1925, S.581). „Der Gesichtspunkt der Minderheit in jeder grundsätzlichen Frage sollte jedes Mal durch die Parteiblätter usw. zur Kenntnis aller Mitglieder gebracht werden. Ausnahmen dürften nur gestattet sein, wenn geheim zu haltende Angelegenheiten besprochen werden“ (Trotzki: Die wirkliche Lage in Russland, 1927, S.109).

Insbesondere die Parteitage sollen so rechtzeitig ausgeschrieben werden, dass die Mitglieder Zeit haben, sich geistig vorzubereiten und dementsprechend ihre Delegierten zu wählen. Daher soll die Tagesordnung von weittragender Bedeutung, welche die Parteileitung dem Parteitag vorzulegen gedenkt, den Parteimitgliedern rechtzeitig bekannt gegeben werden.

IV. Das Wahlprinzip

Der Regel nach – und zwar unter legalen Verhältnissen unbedingt – werden die Parteikomitees durch die Mitglieder direkt oder durch deren Delegierte frei und unbeschränkt gewählt. Alle Wahlen müssen ehrlich, sauber durchgeführt werden. Methoden, wie sie die Stalinbürokratie eingeführt hat, dürfen sich nicht wiederholen: Erschwindelung von Delegiertenmandaten mittels gefälschter Mitgliederbücher oder gestohlener Beitragsmarken, insbesondere aber durch Korumpieren mittels Anstellungen und in Aussichtstellen von Posten oder materiellen Vorteilen und dergleichen. Solange sie mit Stalin verbündet waren, haben Sinowjew, Bucharin und ihre Freunde die Stalinschen Schwindelmethoden beim Vorbereiten der Parteitage der Kommunistischen Parteien in und außerhalb Russlands mitgemacht. Später hat die russische Stalinbürokratie dieses Register noch durch alle Methoden und Stufenleitern des Zwanges erweitert, von der Drohung mit dem Entzug der Arbeitsstelle, des Verdienstes bis zur Sicherung des Wahlergebnisses durch den Revolver der GPU.

Es liegt auf der Hand, dass das parteidemokratische Wahlprinzip unter ernsthaft illegalen Bedingungen undurchführbar ist. In der illegalen Kampfpartei mit ihrem streng gesiebten, begreiflicherweise kleinem Mitgliederbestand kennen die Kämpfer

einander so gut, sind miteinander durch jahrelang gemeinsam geführten Kampf so eng verbunden, dass sie die notwendige gegenseitige politische Kontrolle in ihrer kameradschaftlichen Zusammenarbeit fort und fort durchführen. In seiner Schrift: „Die Kinderkrankheiten“ (1920, S.23) unterstreicht Lenin die Notwendigkeit, infolge des stürmischen Flusses der Revolution und der Entwicklung des Bürgerkrieges schnell zum Wechsel von Legalität und Illegalität, zu ihrer Vereinigung, zu „unbequemen“, „undemokratischen“ Methoden der Wahl und zur Beibehaltung von Führergruppen überzugehen.

V. Die Parteidisziplin

Ohne Disziplin keine wirksame revolutionäre Aktion, ohne diese kein Sieg über die Bourgeoisie. Straffe, strenge Disziplin ist eine Hauptbedingung der [226] führenden Rolle der proletarischen Partei, ihres revolutionären Erfolges, ihres revolutionären Sieges. „Wer auch nur im geringsten die eiserne Disziplin der Partei des Proletariats schwächt (besonders während seiner Diktatur), der hilft tatsächlich der Bourgeoisie gegen das Proletariat“ (Lenin: Die Kinderkrankheiten, 1920, S.26). Die aus dieser klaren Erkenntnis heraus freiwillig, bewusst auf sich genommene Pflicht zu einheitlich geschlossenem revolutionärem Handeln der Gesamtpartei – diese freiwillige, bewusst gewollte Disziplin in der revolutionären Aktion, das ist die revolutionäre Disziplin der proletarischen Klassenpartei.

Die Grundquelle, woraus die revolutionäre Disziplin fließt, ist das proletarische Klassenbewusstsein, der damit verbundene revolutionäre Kampfwille der zur Partei zusammengeschlossenen proletarischen Vorhut. Das Parteibewusstsein verwirren, trüben, senken, heißt den revolutionären Kampfwillen, heißt die revolutionäre Disziplin erschüttern, schwächen, zersetzen. Umgekehrt: das proletarische Klassenbewusstsein der Parteimitglieder, ihre Fähigkeit, selbständig revolutionär zu denken, zu urteilen, vertiefen, heißt ihre Ergebenheit für die Sache der Arbeiterklasse, für die proletarische Revolution, für die revolutionäre Aktion, heißt ihre revolutionäre Disziplin stärken.

Man kann das proletarische Klassenbewusstsein, das Parteibewusstsein systematisch planmäßig untergraben, zerstören und dennoch eine stählerne Disziplin schaffen, aber Disziplin nicht für die Arbeiterklasse, sondern für eine entartete, usurpatorische, schmarotzerische, verkleinbürgerliche Kaste gegen die Arbeiterklasse, Disziplin nicht für die proletarische Revolution, nicht für die proletarisch-revolutionäre Aktion, sondern Disziplin für antiproletarische, antirevolutionäre, antisozialistische, antikommunistische Aktion. „Parteidisziplin“, soweit sie ehrlichen, aber des klaren Bewusstseins ermangelnden Arbeitern auferlegt wird, ist notwendigerweise blind, unbedingten Gehorsam heischend, so wie die Armee des kapitalistischen Klassenfeinds sie den Arbeitersoldaten auferlegt, mit einem Wort Kadaverdisziplin. Die Disziplin der revolutionären Partei der Arbeiterklasse dagegen ist bewusst gewollte, vom proletarischen Klassenbewusstsein getragene und daher immer mit proletarischem Klassenbewusstsein prüfende, kontrollierende Disziplin.

Nie und nimmer darf die Disziplin der proletarischen Partei eine mechanisch, bürokratisch, diktatorisch auferlegte, erzwungene, erpresste, durch Kommando verwirklichte Disziplin sein. Selbstverständlich soll die Parteileitung möglichst große Autorität besitzen; doch keine mechanische, bürokratische, diktatorische, keine Autorität des Kommandierens, sondern eine geistige Autorität, die immer wieder emporwächst aus dem tiefen, doch immer proletarisch bewusst prüfenden, kontrollierenden Vertrauen der Parteimitglieder in die revolutionäre Klarheit, Ergebenheit, Tatkraft derer, denen sie das Vertrauen geschenkt, die Partei des Proletariats zu führen. Eine Autorität, die immer wieder aufs Neue erworben werden muss, indem sie sich immer wieder bewährt durch richtige Politik, Strategie, Taktik. Eine Autorität, die nicht befiehlt, nicht kommandiert, sondern die Parteimitglieder überzeugt. Eine Disziplin, die umgekehrt selbst die bewährtesten, tüchtigsten, genialsten Führer niemals vergottet, niemals zu Götzen macht, so sehr sie sie auch schätzt und achtet. Das schließt Anleitungen, Weisungen, Anordnungen, sogar Befehle der Parteinstanzen an die Parteimitglieder nicht aus. Doch das sind ausschließlich Anordnungen, „Befehle“, auf Grund ganz bestimmter Beschlüsse der Parteimitglieder, deren Durchführung sie selbst wollen und für deren Vollzug ihnen die Parteinstanzen in der Tat verantwortlich sind. Die Stalinsche Parteidisziplin fordert blindes Befolgen, Kadavergehorsam; sie wird erzwungen durch „auf den Bauch klopfen“; durch Bedrohung der Existenz (Verlust der Arbeitsstelle); durch Bedrohung der Freiheit (Verbannung, Zwangsarbeit, Gefängnis ohne und mit Folter), durch Bedrohung des Lebens, ja Ermordung derer, die sich dem antirevolutionären Willen der Stalinschen Machthaber, Revolutionsparasiten nicht fügen.

„Wodurch erhält sich die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats? Wodurch wird sie kontrolliert? Wodurch wird sie gestärkt? Erstens durch die Erkenntnisfähigkeit der proletarischen Avantgarde und ihre Hingebung für die Revolution, ihre Selbstbeherrschung, Selbstaufopferung, ihren Heroismus. Zweitens dadurch, dass sie es versteht, sich mit der breiten Masse der Werktätigen, in erster Linie der der werktätigen Masse zu verbinden, und wenn man will, bis zu einem gewissen Grade zu verschmelzen. [227] Drittens durch die Richtigkeit der politischen Leitung, die von dieser Avantgarde verwirklicht wird, durch die Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik, unter der Bedingung, dass die breiten Massen sich von der Richtigkeit durch eigene Erfahrung überzeugen. Ohne diese Bedingung ist die Disziplin in der revolutionären Partei, die tatsächlich fähig ist, die Partei der revolutionären Klasse zu sein, welche die Bourgeoisie zu stürzen und die ganze Gesellschaft umzugestalten hat, nicht zu verwirklichen. Ohne diese Bedingungen verwandeln sich die Versuche, Disziplin herzustellen, unvermeidlich in ein Nichts, in eine Phrase, in eine Komödie“ (Lenin: Die Kinderkrankheiten, 1920, S.6/7). „Eiserne Disziplin, jawohl! Aber auf der Grundlage einer revolutionären Politik! (Lenin am 14.11.1917 auf der Versammlung des Petersburger Ausschusses; zitiert von Trotzki: Die wirkliche Lage in Russland, 1927, S.181).

Weitgehende Diskussionsfreiheit, selbständiges revolutionäres Denken, Urteilen beim Herausarbeiten der Linie, beim Vorbereiten der Entschlüsse, doch nach gefasstem Beschluss absolute Geschlossenheit, Disziplin in der Durchführung, in der revolutionären Aktion!

Über Verfehlungen in der Parteidisziplin entscheiden die Parteinstanzen. Nach Bedarf setzt die zuständige Partei-Instanz ein Parteigericht ein. (Reine Privatstreitigkeiten zwischen Parteimitgliedern, die mit der Parteidisziplin nichts zu tun haben,

können durch Schiedsgerichte geschlichtet werden, deren Zusammensetzung aus den Reihen der Parteigenossen sie selbst einvernehmlich vereinbaren.)

VI. Die innerparteiliche Fraktion

Die revolutionäre Disziplin ist eine Hauptbedingung des revolutionären Sieges. Was aber dann, wenn die Parteileitung irrt, und selbst die beste Parteileitung kann irren? Ja selbst der Parteitag, sogar der Weltkongress kann irren. Unfehlbarkeit gibt es nicht. Gilt die Pflicht zur revolutionären Disziplin auch gegenüber einem Beschluss, den diese oder jene mehr oder weniger zahlreiche Parteimitglieder ihrer innersten Überzeugung nach für falsch, für schädlich halten? Diese Frage muss mit aller Klarheit eindeutig bejaht werden! Wird ein Beschluss gefasst, so sind auch diejenigen, die ihn für fehlerhaft, für nachteilig halten, daran gebunden. Allein sie haben Recht und Pflicht, die Korrektur dieses Beschlusses auf diszipliniertem Wege zu betreiben, herbeizuführen, das heißt: auf dem Wege der Parteidemokratie.

Was aber dann, wenn die Parteileitung den Fehler andauernd fortsetzt und das parteidemokratische Vorgehen derer, die die Korrektur des fehlerhaften Verhaltens herbeiführen wollen, durch Erdrosseln, Ersticken, Beseitigen der Parteidemokratie unterbindet, verhindert? Genau so zum Beispiel hat das die Stalinbürokratie gemacht (und Sinowjew und seine Freunde und noch viel länger Bucharin und seine Freunde haben ihr dabei durch Jahre geholfen); die dabei angewendeten Korrumpierungs-, Demoralisierungsmethoden praktizierten sie unter der Losung der „Bolschewisierung der Partei“. In diesem außerordentlichen Fall, wenn das höchste Parteikomitee selbst das Grundrecht der Partei, die Parteidemokratie, bricht, haben die Parteimitglieder das Recht und die Pflicht, den Kampf für die richtige Linie und zugleich für die Wiederherstellung der Parteidemokratie innerhalb der Partei zu organisieren durch Bildung einer (innerparteilichen) Fraktion.

Im Rahmen der zu Recht bestehenden Parteidemokratie ist jede Fraktion ein Bruch der Parteidisziplin. Sie schafft innerhalb der einheitlichen Parteiorganisation eine eigene, regelrechte, politische Organisation mit einer Plattform, mit einer Fraktionsdisziplin, die sie gegenüber der Parteidisziplin in den Vordergrund rückt. Äußerlich kommt dies zum Ausdruck, dass sie Fraktionsemissäre planmäßig in der Partei herumschickt, Fraktionsmaterial verbreitet, eventuell gar ein Fraktionsorgan herausgibt, zur Deckung der Auslagen Sammlungen veranstaltet oder gar Beiträge einhebt, eine Fraktionsleitung herausbildet, Fraktionskonferenzen abhält usw. Sie stellt die Einheit, die Handlungsfähigkeit, die einheitlich geschlossene Aktionsfähigkeit der Partei in Frage, gefährdet, erschüttert, zersplittert, schwächt die Partei.

Parteidemokratie und revolutionäre Parteidisziplin sind voneinander nicht [228] zu trennen, sie sind in Wahrheit zwei Seiten des revolutionären Grundgesetzes der Partei, des demokratischen Zentralismus, sie gelten für die gesamte Partei, nicht nur für die Parteimitglieder, sondern auch für alle Parteikomitees, auch für die Parteileitung. Wird die Parteidemokratie und damit automatisch die revolutionäre Disziplin durch das höchste Parteikomitee selbst durchbrochen, dann in diesem außerordentlichen Fall, wird die Fraktion das außerordentliche, letzte äußerste Mittel, um Parteidemokratie, revolutionäre Disziplin wieder herzustellen und auf diesem Weg die notwendige Korrektur der politischen Linie der Partei herbeizuführen.

„Eine Fraktion ist eine Organisation innerhalb der Partei, die nicht durch den Ort der Arbeit, nicht durch die Sprache oder andere objektive Verhältnisse, sondern durch eine besondere Plattform von Auffassungen in Parteifragen zusammengehalten wird... Sie (die Versöhnlern; d.Verf.) sind eine Fraktion, denn sie sind, wie jede Organisation, durch innere Disziplin gebunden, ihr Vertreter in der technischen Kommission und in der Organisationskommission wird von ihrer Gruppe durch Stimmenmehrheit bestimmt, dieselbe Gruppe verfasst, veröffentlicht ein Flugblatt mit einer Plattform usw... Sich zu neuen ‚Fraktionen‘ zusammenschließen, das heißt zu Organisationen, die die innere Disziplin in den Vordergrund stellen“ (Lenin: Über die neue Fraktion der Versöhnlern oder der Tugendhaften, 1911, Ausgewählte Werke, Bd. IV, S.103/104),

„Die konkreten Verhältnisse (der Partei) etwa der Jahre 1906 und 1907... Die Partei war damals einheitlich, es gab keine Spaltung, aber es gab ein Fraktionswesen, das heißt, faktisch bestanden in der einheitlichen Partei zwei Fraktionen, zwei faktisch getrennte Organisationen (nämlich die bolschewistische und die menschewistische; d.Verf.). Die untern Arbeiterorganisationen waren einheitlich, aber die zwei Fraktionen arbeiteten in jeder ernsthaften Frage zwei Taktiken heraus; ihre Vertreter stritten miteinander in den einheitlichen Arbeiterorganisationen... und die Fragen wurden durch Mehrheitsbeschluss entschieden; die eine Fraktion erwies sich auf dem gemeinsamen Stockholmer (1906), die andere auf dem gemeinsamen Londoner Parteitag (1907) als besiegt“... „Hier liegt Fraktionswesen vor, denn es sind beide wesentliche Merkmale desselben da: 1) Anerkennung der Einheit nur dem Namen nach und 2) gruppenmäßige Absonderung in Wirklichkeit“... „Die Hauptmerkmale des Fraktionswesens, als einer Anerkennung der Einheit dem Namen nach und einer tatsächlichen Zersplitterung“ (Lenin: Über die Verletzung der Einheit, bemäntelt durch Geschrei über die Einheit, Mai 1914, ebenda, S.197/201).

„Dabei haben sich noch vor der Parteidiskussion über die Gewerkschaften in der Partei einige Anzeichen von Fraktionswesen geltend gemacht, das heißt, die Entstehung von Gruppen mit besonderer Plattform und mit dem Bestreben, sich bis zu einem gewissen Grade abzuschließen und eine eigene Gruppendisziplin zu schaffen“ (Über die Einheit der Partei, Resolution des X. Parteitages der KPR, März 1921, in Lenin: Über Organisationsfragen, 1924, S.125. Der Entwurf zu dieser Resolution wurde von Lenin ausgearbeitet und vom Parteitag mit geringfügigen Änderungen angenommen).

„Statt dessen erhob die Opposition... die Forderung auf die Existenz eines fraktionellen Organs..., was im Gegensatz zu der Resolution des III. Kongresses stand, der die Bildung von Fraktionen verboten“ (Resolution zur tschechoslowakischen Frage, IV. Weltkongress der KI, 1922).

Die Parteidemokratie begreift in sich die Freiheit der Gruppierung, die ein rein tatsächliches, ideologisches, unorganisiertes, vorübergehendes Gebilde ist. „Wir lassen innerhalb der Partei Meinungsfreiheit gelten, jedoch in gewissen Grenzen, die durch die Freiheit der Gruppierung bestimmt sind“ (Lenin: Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion, 1909, Sam-

melband, 1925, S.282). Gewiss, sollen die Parteimitglieder politische Meinungsverschiedenheiten nur in der Parteiorganisation, in den Parteiorganen austragen. Doch ist es eine unvermeidliche, notwendige Begleiterscheinung des Parteiwesens, dass sich die Parteimitglieder über politische Meinungsverschiedenheiten auch im persönlichen Kontakt untereinander aussprechen. Daraus ergeben sich von Zeit zu Zeit ideologische Gruppierungen in der Partei, die als vorübergehende, durchaus lose, unorganisierte, mit keiner innern Disziplin verbundene Erscheinungen mit der Parteidemokratie nicht nur vereinbar sind, sondern zu ihr, als ein demokratisches Parteirecht der Parteimitglieder gehören. [229] Es ist sehr wichtig, die beiden Begriffe Gruppierung und Fraktion klar auseinander zu halten! Die Fraktion ist eine Organisation in der Parteiorganisation mit eigener Fraktionsdisziplin – die Gruppierung ist unorganisiert und ohne innere Disziplin.

Als 1923/24 der Kampf der Richtungen begann, entwickelte Stalin immer bewusster – unterstützt durch Sinowjew und Bucharin und deren Freunde – die Tendenz, jede Gruppierung als Fraktion hinzustellen, um so die von Trotzki geführte proletarisch-revolutionäre, leninistische Richtung den Kampf gegen die fortschreitende, andauernde Abweichen von der Leninschen Grundlinie der Weltrevolution möglichst zu erschweren. Das bewusste Zusammenwerfen von Gruppierung und Fraktion war ein Hauptweg, auf dem Stalin und seine ultra“linken“ und rechten Helfer die Parteidemokratie liquidierten.

Mit Recht vertrat Trotzki dem gegenüber konsequent die Freiheit der Gruppierung. Und mit Recht konstituierte sich die linke Opposition als regelrechte Fraktion, als die Stalin und Co. von der Parteidemokratie immer mehr nur den Schein übrig ließen. Man könnte gegen Trotzki nur den kritischen Einwand erheben, dass er nicht schon viel früher die proletarisch-revolutionäre Fraktion zu organisieren begonnen habe, schon 1923, da Lenin gelähmt darniederlag. Denn schon in dieser Zeit begannen Stalin, Sinowjew, Bucharin ihre parteiillegale, fraktionelle Vorarbeit, die die Parteidemokratie intensiv unterwühlte, und manches davon hat Trotzki bemerkt. Doch hält man alles zusammen, so muss man es auch nachträglich billigen, dass Trotzki gezögert, sich Zurückhaltung auferlegt hat.

Als das Verhalten der Stalinpartei, Stalin-Internationale nach der deutschen Katastrophe deren Unheilbarkeit endgültig bewiesen hatte, betrachtete sich die Linksoption mit Recht nicht mehr als Fraktion, sondern als selbständige Organisation, die das Herausbilden der proletarischen Revolutionspartei, Revolutionsinternationale als Grundaufgabe auf sich nahm. Welche Stellung hat Trotzki in der Frage der Fraktion seither eingenommen, auf dem Boden der IV. Internationale? Dem Wesen nach vertrat er nach wie vor nur die Freiheit der Gruppierung, die er schon 1929 so treffend formuliert hatte:

„Ohne vorübergehende ideologische Gruppierungen ist ein ideologisches Leben der Partei undenkbar. Irgendein anderes Mittel hat noch niemand entdeckt... Selbstverständlich stellen Gruppierungen ebenso wie Meinungsverschiedenheiten ein ‚Übel‘ dar. Allein dieses Übel ist ebenso sehr ein notwendiger Bestandteil der Dialektik der Parteientwicklung wie die Gifte im Leben des menschlichen Organismus.

Ein noch größeres Übel bedeutet die Verwandlung der Gruppierungen zu organisierten und noch mehr zu geschlossenen Fraktionen. Die Kunst der Parteiführung besteht gerade darin, es gar nicht so weit kommen zu lassen. Durch ein bloßes Verbot kann man das natürlich nicht erreichen...

Auf dem X. Parteitag hat Lenin unter dem Donner der Geschütze des Kronstädter Aufstandes und des Kulaki-Aufstands einen Beschluss, der die Fraktionen und Gruppierungen verbietet, durchgesetzt. Unter Gruppierungen wurden dabei nicht vorübergehende Strömungen verstanden, die in dem Prozess des Parteilebens sich unfehlbar bilden müssen, sondern, die Fraktionen, die sich als Gruppierungen bezeichnen (das heißt, sich als solche fälschlich ausgeben; d.Verf.)...

Die Aufgabe besteht ja nicht darin, die Fraktionen zu verbieten, sondern darin, keine Fraktionen entstehen zu lassen...

Wenn innerhalb der Partei der proletarischen Avantgarde sich eine Fraktion kristallisiert, die deren Kampffähigkeit für lange Zeit zu paralysieren droht, dann wird selbstverständlich die Partei vor die Entscheidung gestellt, ob sie noch Zeit zu einer ergänzenden Nachprüfung lassen soll oder eine sofortige Spaltung für unumgänglich hält. Eine Kampfpartei kann niemals die Summe von Fraktionen, die nach entgegengesetzten Richtungen ziehen, darstellen. In dieser allgemeinen Form stimmt das unbedingt.

Doch die Spaltung als Präventivmittel gegen Meinungsverschiedenheiten anzuwenden und jede Gruppe und Gruppierung, die eine Stimme der Kritik erhebt, abzustoßen, würde bedeuten, dass man das innere Leben der Partei in eine Kette von [230] organisatorischen Abtreibungen verwandelt“ (Trotzki: Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, 1929, S.136/137, S.143).

Trotzki war also für die Freiheit der Gruppierung und gegen ein bloßes Verbot der Fraktionen. Aber war er für die Freiheit der Fraktionsbildung? Diejenigen, die diese Auffassung (als Garantie gegen das Verbürokratisieren, Entarten der Partei) vertreten – und manche erbliche, unbewusst ultra„links“ gestimmte Genossen tun das – berufen sich vielfach auf ihn. In der Tat gibt es Formulierungen von ihm, die einen solchen Schein hervorrufen können. So sagt er zum Beispiel: „Die heutige Lehre, der Bolschewismus, vertrage sich nicht mit Fraktionen, stellt einen Mythos aus der Verfallsepoche dar“ (Verratene Revolution, 1936, S.95). Doch in Wirklichkeit ist er auch hier nur für die Freiheit der Gruppierung gegen das bloße Verbot der Fraktion und stellt nur fest, dass im Leben der bolschewistischen Partei von Zeit zu Zeit notwendigerweise auch wirkliche Fraktionen aufgetreten sind. Das ist geschichtliche Tatsache.³ Auch hinkünftig werden im Leben der proletarisch-revolutionären Partei, Internationale von Zeit zu Zeit unvermeidlicher Weise regelrechte Fraktionen in Erscheinung treten, so wie im

³ So schreibt er an derselben Stelle anschließend: „In Wirklichkeit ist die Geschichte des Bolschewismus eine Geschichte von Fraktionskämpfen. Wie könnte eine echte revolutionäre Organisation, die sich zum Ziel setzt, die Welt aus den Angeln zu heben, und um ihr Banner verwegene Verneiner, Aufrührer scharf, auch leben und sich entwickeln ohne Ringen der Ideen, ohne Gruppierungen und zeitweilige Fraktionsbildungen? Durch ihren weiten Blick gelang es der bolschewistischen Führung, die Zusammenstöße zu mildern und die Fristen

Leben des gesündesten Menschen von Zeit zu Zeit unausweichlich diese oder jene regelrechte Erkrankung. Aber daraus leitet Trotzki in Wirklichkeit keineswegs die Freiheit der Fraktion, das Recht zur Fraktionsbildung ab!

Die Fraktionsfreiheit, das Recht, diejenigen Parteimitglieder, welche die Linie der Partei für falsch halten, nach ihrem Belieben Fraktionen in der Partei organisieren können, das wäre das innerparteiliche jus insurrectionis („Recht zum Aufstand“), das wäre reinster Anarchismus in Organisationsfragen.

Auch die beste Zimmerdecke kann einstürzen. Um dieser Gefahr zu entgehen, darf man jedoch nicht so weit gehen, dass man das Zimmer selbst vor lauter Stützbalken unbewohnbar macht. Man darf mit den Sicherungsmaßnahmen zugunsten des proletarischen Klassencharakters der Partei, ihrer Politik nicht so weit geben, dass man den Grundzweck selbst in Frage stellt, indem man die Kampfpartei kampfunfähig macht, tatsächlich negiert.

Die Partei soll nicht kleinlich sein in Fragen der Parteidemokratie, sondern großzügig. Die Freiheit der vorübergehenden, unorganisierten ideologischen Gruppierung ist ein Teil der Parteidemokratie. Die Partei verbietet nicht mit rein mechanischem Verbot die Fraktionsbildung. Aber nie und nimmer gibt sie die Freiheit, das Recht dazu! Im Gegenteil, sie spricht es klar aus: solang der Weg der Parteidemokratie offen steht, ist die Bildung einer organisierten Fraktion mit Fraktionsdisziplin ein Bruch der Parteidisziplin, der revolutionären Disziplin! Und wenn nun dennoch eine Fraktion innerhalb der Partei organisiert wird, die das Bestreben hat, ihre innere Fraktionsdisziplin in den Vordergrund zu stellen? Das kann vorkommen und wird vorkommen. Dann wird sich die Partei nie und nimmer auf das bloße Parteigesetz stützen, dieses steht am Schlusse, aber nicht am Anfang des Krankheitsprozesses, den das Auftreten einer Fraktion an die Oberfläche bringt. Die Partei muss alles tun, um dem Eintreten einer solchen Erkrankung vorzubeugen, tritt sie dennoch ein, dann muss sie die Parteitherapeutik vor die Parteijuristik stellen. Das heißt, sie muss sich ehrlich, klug, geduldig bemühen, den erkrankten Parteikörper, das erkrankte Parteibewusstsein zu heilen. [231]

Was aber dann, wenn sich die Krankheit trotz ehrlicher, geduldiger, „ärztlicher“ Behandlung, trotz Anwendung aller Mittel des Überzeugens, trotz breitester Parteidemokratie, die auch den Kritikern der Parteilinie tatsächlich offen stand, im Angesicht der ehrlich informierten Parteigesamtheit, die aktiv an dem geistigen Kampf teilnimmt und selbständig in voller Freiheit prüft, schließlich als unheilbar erweist? Dann bleibt nichts übrig als klare Trennung, denn die Partei kann nicht dauernd zwei miteinander nicht zu vereinbarende politische Linien befolgen, sie kann auf die Dauer nicht in der Parteiorganisation eine politische Organisation zulassen, die eine von der Parteilinie abweichende politische Linie hartnäckig vertritt. Jetzt erst, am Schluss des mehr oder weniger langen Heilungsprozesses, kommt das Parteigesetz zur Anwendung. Das bedeutet keineswegs, dass die Fraktion immer Unrecht behalten müsse. Im Zuge des Heilverfahrens mag sie die Parteimitgliedschaft mehr oder weniger, vielleicht auch ganz überzeugen. Dann werden die von der Fraktion aufgezeigten Irrtümer offen vor der ganzen Partei korrigiert. In allen Fällen kommt die Partei aus einem so durchgeführten Heilprozess geklärt, auf die Dauer gestärkt hervor. Gerade dieses Vorgehen, diese Heilmethode hat Trotzki im Auge, wenn er sich ausspricht gegen das bloße, rein mechanische Fraktionsverbot.

Die strengste, die militärische Disziplin herrscht in der Armee. In außerordentlicher Lage wagt es ein Truppenteil auf eigene Verantwortung zu handeln – ohne Befehl, sogar entgegen dem ausdrücklichen Befehl. Das tatsächliche Ergebnis entscheidet. Es ist in allen Fällen ein Bruch der formalen Disziplin. Aber dient es tatsächlich dem höchsten Interesse des Ganzen, so wird eben dadurch das der bloßen Form, dem bloßen Wort nach disziplinwidrige Verhalten zum vorbildlichen Muster eines dem Inhalt, dem Geist nach disziplinmäßigen Handelns – denn letzten Endes ist selbst die militärische Disziplin nur Mittel zum Zweck, Mittel für das höchste Interesse des Ganzen, Mittel um den Erfolg, den Sieg des Ganzen zu fördern, herbeizuführen.

So auch im revolutionären Kampf. Auf dem Boden der zu Recht bestehenden Parteidemokratie gibt es keine Freiheit der Fraktionsbildung, kein Recht zum Fraktionskampf. Solang der Weg der Parteidemokratie offen steht, ist jede Fraktion ein Bruch der revolutionären Disziplin. Doch entstehen unvermeidlicher Weise immer wieder Fraktionen, denn der Weg der Arbeiterklasse, der proletarischen Partei ist zu verwickelt, zu schwer, es kommen immer wieder besonders kritische, besonders schwierige Wendungen, Biegungen des Weges. Aber auf dem Boden der zu Recht bestehenden Parteidemokratie entstehen Fraktionen auf eigene Verantwortung! Auch hier entscheidet das tatsächliche Ergebnis. Wenn die in außerordentlicher Lage formell, dem Worte nach disziplinbrechende Fraktion die Parteigesamtheit überzeugt – nicht durch Entstellen, Verdrehen, Fälschen, Verleumden, Schwindel, Lüge, Betrug, Vergewaltigung, sondern durch wahrheitsgemäße Informationen, durch klare Darlegung der Lage und der Perspektiven, durch ehrliche geistige Klärung der Köpfe – dass und aus welchen Gründen die Parteilinie irrig, unhaltbar ist, dass und in welche Richtung sie korrigiert werden muss, dann hat sie im höchsten Interesse des Ganzen, der Gesamtpartei, der gesamten Arbeiterklasse, dann hat sie dem Inhalt, dem Geist nach diszipliniert gehandelt. Denn auch die Parteidisziplin ist letzten Endes nur Mittel zum Zweck, Mittel für das höchste Interesse der Partei, das sich stets vollkommen decken muss mit dem höchsten Interesse der internationalen Arbeiterklasse. Findet aber das auf eigene Verantwortung unternommene fraktionelle Handeln diese Rechtfertigung durch das höchste Interesse des Ganzen, das sich lebendig in der überzeugten neuen Erkenntnis der Parteigesamtheit widerspiegelt, nicht, dann ist das formell, dem Worte nach disziplinwidrige Handeln auch dem Inhalt, dem Geist nach ein Bruch der Disziplin.

Gerade das hatte Lenin im Auge, als er sagte: „Aber wenn grundlegende und tiefgehende prinzipielle Meinungsverschiedenheiten vorliegen, rechtfertigen sie dann nicht sogar die schärfsten fraktionellen Schritt? Wenn es gilt, Neues und Unbegreifliches zu sagen, wird dadurch nicht mitunter selbst eine Spaltung gerechtfertigt? Gewiss, wenn die Meinungsverschiedenheiten tatsächlich außerordentlich tief gehen und wenn die Korrektur der falschen Richtung in der Parteipolitik und der

Arbeiterklasse nicht anders erreicht worden kann“ (Lenin: Noch einmal über die Gewerkschaften, 1921, Sammelband, 1925, S.608).

[232]

VII. Die Gliederung der Partei

Die Partei muss zweckmäßig gegliedert sein. So, dass sie das Zusammenfassen, Konzentrieren der Kräfte aller Mitglieder auf den jeweils wichtigsten Kampfwitz – und so, dass sie zugleich die politische Willensbildung, die politische Mitbestimmung, die politische Kontrolle durch alle Parteimitglieder maximal erleichtert, fördert. Sie muss daher einfach sein und vor allem den wirtschaftlichen Zusammenhängen angepasst. Sie darf sich nicht an die politische Gebietseinteilung des bürgerlichen Staates klammern und schon gar nicht an dessen Wahlkreiseinteilung (zum Organisieren, Durchführen der Wahlen genügt es, wenn die zuständigen Parteinstanzen Wahlkomitees aussondern).

Die Partei gliedert sich am besten in drei Stufen: Orts-, Kreis- (oder Bezirks-) und Landes- (oder Reichs-) Organisation. Mehr als eine Mittelstufe macht die Organisation in der Regel schwerfällig.

Die Lokalorganisation eines Industrieortes soll immer auch dessen wirtschaftliches Einzugsgebiet umfassen, das heißt alle Ortschaften der nächsten Umgebung, in denen Arbeiter in größerer Zahl wohnen, die im Industrieort beschäftigt sind, soweit diese Ortschaften vom Industrieort leicht zu erreichen und umgekehrt. Sobald der Mitgliederstand so groß, dass die Mitglieder-versammlung nur schwerfällig beraten kann, ist die Ortsorganisation in Sektionen unterzuteilen. (Unter illegalen Bedingungen gliedert sich die Parteiorganisation je nach dem Grad der Illegalität in Dreier-, Vierer- oder Fünfergruppen.)

Insbesondere die Kreise (oder Bezirke) sind nach den wirtschaftlichen Zusammenhängen unter Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse zu bilden, ohne sich durch Landes-, Provinz-, Grafschafts-, Departements-, Kantons-grenzen des bürgerlichen Staates die Hände binden zu lassen. Die Großstädte samt ihrem wirtschaftlichen Einzugsgebiet bilden Kreis- oder Stadtorganisationen.

Die organisatorische Zusammenfassung des Ganzen ist die Landes- oder Reichsorganisation, kurz die Parteiorganisation.

Die Parteiorganisation umfasst die klassenbewussten Elemente über alle, auch über die nationalen Unterschiede hinweg. Es wäre eine Verletzung der proletarischen Klassenprinzipien, die Klassenpartei nach nationalen Gesichtspunkten zu organisieren. Es würde deren Schlagkraft, Kampfkraft schwächen, unterbinden, deren Einheit gefährden, schließlich zur Spaltung führen. Wo in der Erziehung der Mitglieder, in der Agitation unter den Massen Sprachunterschiede eine Rolle spielen, bedarf es keiner nationalen Sonder-Parteiorganisation, sondern die Arbeitsgruppe für Bildungsarbeit, die Arbeitsgruppe für Agitation schaffen für diesen Zweck Unterarbeitsgruppen.

VIII. Die willensbildenden Organe der Partei

Beschließendes Organ der Ortsorganisation ist die Mitgliederversammlung, bei großem Mitgliederbestand die Delegierten-versammlung (die Delegierten werden von den Mitgliedern in den Sektionen gewählt). Sie wählt zum Führen der Parteigeschäfte im Ortsmaßstab das örtliche Parteikomitee, die Ortsleitung. Zweckmäßigerweise wird sie darauf schauen, dass dieser Parteimitglieder angehören, die in den wichtigsten örtlichen Betrieben arbeiten.

Beschließendes Organ der Gebietsorganisation (Provinz, Kreis, Bezirk, Stadt und dergleichen) ist der Gebietsparteitag. Die Delegierten dazu werden in den Mitglieder- beziehungsweise Delegiertenversammlungen der örtlichen Organisationen gewählt, die der Gebietsorganisation angehören. Zum Führen der Parteigeschäfte im Gebietsmaßstab wählt der Gebietsparteitag das Gebietskomitee, die Gebietsleitung.

Beschließendes Organ der (gesamten) Parteiorganisation ist der Parteitag. Die Delegierten dazu werden in den Mitgliederbeziehungsweise Delegiertenver- [233] sammlungen sämtlicher Ortsorganisationen gewählt, die der Parteiorganisation angehören. Zum Führen der Parteigeschäfte im Landes- (Reichs-) maßstab wählt die Partei das zentrale Parteikomitee, das Zentralkomitee, die Parteileitung. Der Parteitag ist das höchste Organ der Partei und muss ordentlicher Weise jährlich einmal einberufen werden, zusammentreten; wenn er nicht versammelt ist, so ist die von ihm gewählte und durch ihn absetzbare, auswechselbare Parteileitung das höchste Organ der Partei.

Falls das Zentralkomitee den Parteitag bis 15. November nicht einberuft, gilt der ordentliche Parteitag auf den 25. Dezember des Jahres für einberufen mit der Tagesordnung: Die politische Lage, die Lage der Partei und ihre Aufgaben; Neuwahl der Parteileitung. Die analoge Bestimmung ist zu treffen für die Gebietsparteitage aller Stufen sowie für die Mitgliederversammlung, Delegiertenversammlung unter entsprechender Vorverlegung des bezüglichen Spätest-Termins. Wenn Organisationen, die zusammen mehr als 20% des gesamten Parteimitgliederbestandes umfassen, es verlangen, muss ein außerordentlicher Parteitag längstens innerhalb 12 Wochen tatsächlich zusammentreten. Die analoge Bestimmung ist zu treffen für die Gebietsparteitage aller Grade bis hinunter zu den Mitgliederversammlungen, Delegiertenversammlungen, wobei die Fristen zur Einberufung, zum tatsächlichen Zusammentritt nach unten stufenweise zu verkürzen; die außerordentliche Mitgliederversammlung muss innerhalb drei Tagen einberufen werden und innerhalb einer Woche tatsächlich zusammentreten. – Diese Organisationsbestimmungen dienen der Sicherung gegen die bürokratische Gefahr. Analoge Bestimmungen sollen gelten, in den proletarischen Massenorganisationen, wie Gewerkschaften, Genossenschaften usw. hinsichtlich ihrer willensbildenden Tagungen aller Stufen.

In den großen Parteien wählt der Parteitag ferner das Erweiterte Zentralkomitee (oder den Zentralausschuss). Dieses besteht aus der (engern) Parteileitung und mindestens mit Zweidrittelmehrheit aus Mitgliedern der verschiedenen Gebietsorganisa-

tionen, die weder Angestellte der Arbeiterbewegung (Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften usw.), überhaupt nicht „beamtete Personen im obigen Sinn“ sind (siehe A 3 im Unterabschnitt über die Sicherungen gegen das bürokratische Entarten, im elften Heft, 1. Teil) noch Mandatare in Vertretungskörperschaften des bürgerlichen Staates sein dürfen. Das erweiterte Zentralkomitee übt die politische Kontrolle über die (engere) Parteileitung aus in der Zwischenzeit zwischen zwei Parteitagungen. „Durch die engere Leitung werden regelmäßig die Gesamtsitzungen der Zentrale der Partei einberufen, um Beschlüsse von größerer Bedeutung und längerer Tragweite zu fassen. Um dafür die politische Gesamtsituation gründlich erkennen zu können und das lebendige Bild der Partei, ihrer Klarheit und Leistungsfähigkeit vor Augen zu haben, ist es notwendig, bei den Wahlen zur Zentralen Parteileitung (das ist: zum Erweiterten Zentralkomitee; d. Verf.) die verschiedenen Landesteile, wenn irgend geeignete Vorschläge vorliegen, zu berücksichtigen. Aus demselben Grund sollten auch taktisch abweichende Meinungen ernsthaften Charakters bei der Zentralleitungswahl nicht unterdrückt werden. Vielmehr soll ihnen in der Gesamtleitung eine Vertretung durch ihre besten Repräsentanten ermöglicht werden. Die engere Leitung jedoch (das Zentralkomitee; d. Verf.) soll, wenn irgend angängig, einheitlich in der Auffassung sein, und sie muss sich, um fest und sicher führen zu können, nicht nur auf ihre Autorität, sondern auch auf eine klare und sogar zahlenmäßige feste Mehrheit der Gesamtleitung (das ist das Erweiterte Zentralkomitee; d. Verf.) stützen können“ (Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Parteien, III. Weltkongress der KI, 1921).

Angestellte der Arbeiterbewegung (Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften usw.), überhaupt „beamtete Personen im obigen Sinn“ (Siehe A 3 im Unterabschnitt über die Sicherungen gegen das bürokratische Entarten, im elften Heft, 1. Teil), sowie Mandatare in Vertretungskörperschaften des bürgerlichen Staates (Parlament, Landtag, Generalrat, Gemeindevertretung, Arbeiterkammer und dergleichen) haben auf den Parteitagen aller Stufen, sofern sie als Delegierte gewählt sind, in allen Fällen nur Beratungsrecht, sie haben kein beschließendes Recht, also auch kein aktives Wahlrecht; auch in der Mitgliederversammlung (Delegiertenversammlung) haben sie als Mitglieder der betreffenden Ortsorganisation nur Beratungsrecht. Dagegen haben sie volles Beschlussrecht in denjenigen Partei- (Exekutiv-) Komitees aller Stufen, in die sie gewählt worden sind. Mitglieder eines Partei- (Exekutiv-) Komitees haben im Plenum derjenigen Parteitagung, die sie seinerzeit gewählt hat, [234] nur Beratungsrecht; Mitglieder der (engern) Parteileitung haben also auf dem Parteitag nur beratendes Recht. Im Erweiterten Zentralkomitee dagegen haben die Mitglieder der (engern) Parteileitung volles Beschlussrecht; die andern Mitglieder des Erweiterten Zentralkomitees dürfen weder Angestellte der Arbeiterbewegung, „beamtete Personen im obigen Sinn“ (siehe oben) sein, noch Mandatare in Vertretungskörperschaften des bürgerlichen Staates. – Auch diese Sicherung gegen die bürokratische Gefahr soll analog Geltung haben in den proletarischen Massenorganisationen, wie Gewerkschaften, Genossenschaften usw.

„Bei der Auswahl des Stabes des Zentralausschusses... müssen wir uns auch durch den Rat Lenins leiten lassen, wie er uns ihn in seinen Briefen vom 25. und 26.12.1922 und vom 4. Januar 1923 (in seinem Testament) gegeben hat... „Von den Arbeitern, die Mitglieder des Zentralausschusses sind, sollte der größere Teil auf einer geringern wirtschaftlichen Stufe stehen als diejenigen, die sonst in den letzten Jahren in Sowjetstellungen aufgerückt sind“ – so schrieb Lenin in seinem Brief vom 26.12.1922 – „und sie sollten enger verbunden sein mit der Masse der Arbeiter und derjenigen Bauern, die weder direkt noch indirekt zur Klasse der Ausbeuter gehören... Arbeiter, die in den Zentralausschuss eintreten, sollten nach meiner Meinung nicht vorwiegend solche sein, die schon für längere Zeit Sowjetstellungen bekleidet haben... weil diese Arbeiter schon gewisse Gewohnheiten und gewisse Vorurteile angenommen haben, gegen die wir gerade anzukämpfen wünschen“ (Trotzki: Die wirkliche Lage in Russland, 1927, S.111/112).

Um gut führen zu können, bedarf die Partei selbst einer guten Führung, guter Führer. Die persönliche Zusammensetzung des Erweiterten Zentralkomitees, insbesondere der die Parteigeschäfte führenden engern Parteileitung ist daher von der größten Bedeutung. „Die Herausbildung erfahrener, sehr einflussreicher Parteiführer ist eine langwierige, schwere Sache. Aber anders wird die Diktatur des Proletariats, die ‚Einheit des Willens‘ des Proletariats eine Phrase bleiben. Bei uns in Russland dauerte die Herausbildung einer Gruppe von Führern 15 Jahre (1903-1917). 15 Jahre Kampf gegen den Menschewismus, 15 Jahre Verfolgung durch den Zarismus, 15 Jahre, zu denen die Jahre der ersten Revolution (1905), einer großen und mächtigen Revolution, zählten“ (Lenin: Brief an die deutschen Kommunisten, 14.8.1921, Ausgewählte Werke, Bd.X, S.288).

Das Zentralkomitee (ZK) soll möglichst entschlussfähig, daher nicht zu weit sein. Eine kleine Partei wird in der Regel mit 5-7, eine große mit 9-11 Mitgliedern auskommen. Eines der vom Parteitag zu wählenden ZK-Mitglieder soll dem Kreis der revolutionären Arbeiterjugend, ein anderes dem Kreis der revolutionären Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen entnommen sein. Analog in den untern Parteikomitees. (Unter illegalen Bedingungen müssen alle Parteikomitees zahlenmäßig möglichst klein sein.)

„Jedes führende Parteikomitee muss in seiner Mitte eine zweckmäßige Arbeitsteilung durchführen, um die Parteiarbeit auf den verschiedenen Gebieten effektiv leiten zu können. Dabei können sich auf mehreren Gebieten auch Spezialleitungen notwendig erweisen (zum Beispiel für Propaganda, für Zeitungsdienst, für den Gewerkschaftskampf, für Landagitation, für Frauenagitation, für den Verbindungsdienst, Rote Hilfe usw.). Jede Spezialleitung ist entweder der Zentralen Parteileitung oder dem Parteikomitee eines Bezirkes (Kreises) unterworfen“ (Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Parteien, III. Weltkongress der KI, 1921).

Zur Führung der täglichen Geschäfte wählt das ZK einer kleinen Partei aus seiner Mitte ein höchstens dreigliedriges Präsidium. In großen Parteien wählt das ZK zum Führen der laufenden Geschäfte aus seiner Mitte das Politische Büro und das Organisationsbüro (Orgbüro), wobei zur Verbindung zwei Personen beiden Büros angehören. Beide Büros berichten der alle 14 Tage zusammentretenden Vollsitzung des ZK. Das Orgbüro hat die Aufgabe, die Beschlüsse des ZK beziehungsweise des Polbüros organisatorisch durchzuführen, es ist dem Polbüro untergeordnet.

In der russischen Partei wurden die beiden Büros auf Grund der Resolution des VIII. Parteitages der KPR vom März 1919 in der ersten Vollsitzung des ZK als ständige Organe desselben gebildet. „Das politische Büro fasst Beschlüsse über Fragen, die keinen Aufschub dulden, und berichtet alle zwei Wochen über seine Tätigkeit der ordentlichen Vollsitzung des ZK... Das Organisationsbüro leitet die ganze organisatorische Arbeit der Partei und erstattet alle zwei Wochen dem [235] Plenum des ZK Bericht darüber“, heißt es in dieser Resolution.

Auf dem IX. Parteitag der KPR (1920) berichtete darüber Lenin: „Die Arbeit des Zentralkomitees im Berichtsjahr, das heißt die laufende, tägliche Arbeit, wurde von zwei in der Plenarsitzung des ZK gewählten Kollegien durchgeführt, von dem Orgbüro und dem Polbüro. Um die Beschlüsse der beiden Körperschaften miteinander in Einklang zu bringen, gehörte der Sekretär beiden Büros an. Es kam so, dass die eigentliche Aufgabe des Orgbüros die Verteilung der Parteikräfte wurde, während das Polbüro sich mit den politischen Aufgaben beschäftigte. Es versteht sich von selbst, dass diese Einteilung bis zu einem gewissen Grad eine künstliche ist und dass man keine Politik treiben kann, ohne Ernennungen und Umgruppierungen vorzunehmen. Infolgedessen erlangt jede organisatorische Frage politische Bedeutung, und bei uns hat sich die Praxis eingebürgert, dass auf die Erklärung eines Mitgliedes des ZK hin jede beliebige Frage aus diesen oder jenen Erwägungen als politische Frage betrachtet wird... Die erwähnte Arbeitsmethode führte zu außerordentlich günstigen Resultaten: in keinem einzigen Fall sind Differenzen zwischen den beiden Büros entstanden. Die beiden Körperschaften arbeiten im Allgemeinen einmütig zusammen und die praktische Durchführung der Beschlüsse wurde durch die Anwesenheit des Sekretärs erleichtert, wobei der Parteisekretär ausschließlich den Willen des ZK durchführte. Um dieses oder jenes Missverständnis zu beseitigen, muss ich gleich von Anfang an hervorheben, dass nur die kollegialen Beschlüsse des ZK, die das Orgbüro oder das Polbüro oder das Plenum des ZK fasste, dass nur solche Beschlüsse vom Sekretär des ZK der Partei durchgeführt wurden“... Und im Schlusswort sagte Lenin noch darüber: „Unserer Auffassung nach ist es die Aufgabe des Orgbüros, die Kräfte zu verteilen, die Aufgabe des politischen Büros, die politische Arbeit zu leisten... Die Tätigkeit des Polbüros und des Orgbüros voneinander abzugrenzen, ist eine schwierige Sache. Jede Frage kann zu einer politischen Frage werden, sogar die Ernennung eines Kommandanten... Bei uns genügt der Protest eines Mitgliedes des ZK, damit eine Frage als politische Frage anerkannt werde... Am allerwenigsten ist bei uns die Selbsttätigkeit begrenzt, denn jedes Mitglied des ZK kann eine Frage für politisch erklären“ (Lenin auf dem IX. Parteitag der KPR, Sämtliche Werke, Bd.XXV, Das Jahr 1920, S.112/113, 138/139).

„Einem führenden Parteibezirks- (kreis-) komitee, in letzter Linie der zentralen Parteileitung gehört überhaupt die Kontrolle über die zweckmäßige Tätigkeit wie auch über die gute Zusammensetzung aller ihm untergeordneten Komitees. Alle in der Partei fest angestellten Mitglieder sind ebenso wie die Parlamentarier direkt dem führenden Parteikomitee unterworfen“...

„Die Zentraleitung der Partei wie auch die der Kommunistischen Internationale sind jederzeit berechtigt, erschöpfende Information von allen Kommunistischen Organisationen, von deren Organen und von den einzelnen Mitgliedern zu verlangen. Die Vertreter und Bevollmächtigten der Zentraleitung sind zu allen Versammlungen und Sitzungen mit beratender Stimme und Vetorecht zuzulassen. Die zentrale Parteileitung muss ständig solche Bevollmächtigte (Kommissare) zur Verfügung haben, um die Bezirks- und Kreisleitungen nicht nur durch ihre politischen und organisatorischen Rundschreiben oder Korrespondenzen, sondern auch direkt mündlich verantwortlich instruieren und informieren zu können“ (Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Parteien, III. Weltkongress der KI, 1921).

Für Delegiertenversammlungen, Kreisparteitage, Zentralaussschuss, Parteitag gibt es keine gebundenen Mandate (auch nicht für die Weltkongresse), sonst wäre jede ernstliche Diskussion ohne Sinn. „Gebundene Mandate sind unzulässig und werden von vornherein kassiert, da solche Mandate dem Geist einer internationalen, zentralisierten proletarischen Partei widersprechen“ (Beschluss über die Reorganisation der Exekutive der KII, IV. Weltkongress, 1922). „Die unserer Organisation zugrundeliegenden Prinzipien des demokratischen Zentralismus schließen die Möglichkeit eines gebundenen Mandates vollständig aus. Ob es sich nun um Teilkongresse, um nationale oder internationale Kongresse handelt. Die Kongresse haben nur in der Masse einen Sinn, als die kollektiven Entscheidungen der Organisationen der lokalen, nationalen oder internationalen – im freien Meinungsaustausch und bei freier Entschließung aller Delegierten ausgearbeitet werden. Es ist klar, dass die Debatte, der Austausch der Erfahrungen jeden Sinn verlieren würde, wenn die Delegierten von vornherein durch die Mandate gebunden werden“ (Thesen über [236] die Politik der KP Frankreichs, IV. Weltkongress der KI, 1922).

Zur Frage der Demission schreibt Lenin: „In Wirklichkeit ist das eine der Abarten der Sabotage der Revolution: die Drohung, im entscheidenden Moment den Posten zu verlassen. Es handelt sich dabei nicht um Loyalität, sondern darum, dass man in der Revolution nicht siegen kann, wenn die leitenden Körperschaften bei jeder schwierigen Wendung, die die Dinge annehmen könnten, unter den ‚Ihrigen‘ unter den Spitzen, unter den ‚Führern‘, Schwankungen, Unbeständigkeit, Demissionen antreffen“ (Falsche Reden über Freiheit, 1920, Sammelband, 1925, S.580). Der IV. Weltkongress der KI (1922) beschloss darüber: „Der Kongress verurteilt auf das Entschiedenste die Fälle der Demissionen, die seitens einzelner Genossen verschiedener Parteizentralen und ganzer Gruppen solcher Mitglieder erfolgt sind. Der Kongress betrachtet solche Demissionen als die größte Desorganisation der Kommunistischen Bewegung. Jedes führende Amt in einer Kommunistischen Partei gehört nicht dem Mandatsträger, sondern der Kommunistischen Internationale in ihrer Gesamtheit. Der Kongress beschließt: Gewählte Mitglieder zentraler Körperschaften einer Sektion können ihre Mandate nur mit Zustimmung der Exekutive niederlegen. Demissionen, die von einer Parteizentrale ohne Zustimmung der Exekutive angenommen werden, sind ungültig“ (Beschlüsse über die Reorganisation der Exekutive der KI, IV. Weltkongress, 1922).

IX. Die Parteiangestellten

Die zentralen Angestellten der Partei werden von der Parteileitung ein- und abgesetzt. Auch die Angestellten der Gebiets-, Ortsorganisationen werden von der Parteileitung ein- und abgesetzt, unmittelbar oder mittelbar (durch Übertragung des Besetzungs- und Absetzungsrechtes innerhalb eines gewissen Rahmens an nachgeordnete Parteinstanzen, aber sie bedürfen jedenfalls der Bestätigung durch die zuständige Parteiorganisation, die sie ihnen jederzeit entziehen kann (zum Beispiel die Angestellten der Bezirksorganisationen, der Bezirkspresse und dergleichen inbegriffen, bedürfen der Bestätigung durch den Bezirksparteitag, wenn dieser nicht versammelt ist, durch die betreffende Bezirksleitung. Das ZK ist nicht berechtigt, ihnen einen Parteiangestellten aufzuzwingen, der nicht das Vertrauen der betreffenden Organisation (ausgedrückt durch den Beschluss des betreffenden Gebietsparteitages, der betreffenden Mitglieder- oder Delegiertenversammlung oder, wenn diese nicht versammelt sind, ausgedrückt durch den Beschluss der betreffenden Gebietsleitung, Ortsleitung) getragen ist. Der Parteitag und auch der Zentralausschuss sind berechtigt, jeden Parteiangestellten jederzeit abzusetzen.

Die Parteimitgliedschaft beeinflusst die Besetzung der Parteianstellungen dadurch, dass sie mittelbar die zentrale Parteileitung, die die Stellenbesetzungen durchzuführen hat, wählt, absetzt, in der ihr genehmen Zusammensetzung neu wählt. (Analog soll es in den Gewerkschaften, Genossenschaften usw. gelten).

So wie alle untern Parteiorganisationen, Parteikomitees, so sind auch alle Parteiangestellten dem ZK direkt untergeordnet.

Der Generalsekretär der Partei, ihr zentraler Organisationssekretär, der zentrale Organisationssekretär der Gewerkschafts- abteilung sollen jedes Jahr ausgewechselt werden; von dieser Regel soll man nur in den seltensten Fällen abweichen. (So auch der zentrale Organisationssekretär des Jugendverbandes, Frauenverbandes, des allgemeinen Gewerkschaftsverbandes, des allgemeinen Genossenschaftsverbandes usw., auch der zentrale Organisationssekretär jeder sehr großen Gewerkschaft usw.). So groß die Vorteile, dass ein und dieselbe Person einen solchen Posten durch möglichst lange Zeit ununterbrochen erfüllt und dadurch eine immer größere Personenkenntnis erwirbt, so hat die Erfahrung mit der sozialdemokratischen, labouristischen, insbesondere aber mit der stalinistischen Bürokratie bewiesen, dass die damit verbundene Gefahr auf die Dauer für die Parteientwicklung zu groß ist. Es ist besser, eine solche Machtstellung nicht zu lang in der Hand einer Person zu belassen, wer immer sie sei. Auf die Dauer ist der Vorteil für die gesunde Entwicklung der Partei größer, wenn diese organisatorischen Zentralstellungen immer wieder durch andere Personen ersetzt werden, weil sich so sukzessive eine größere Anzahl von Genossen einarbeiten, so wird den Ansammeln zu großer persönlicher Macht in der Hand Einzelner entgegengewirkt, die die Verteilung der Funktionen, die Besetzung der Posten am meisten beeinflussen; damit wird die Gefahr der Verbürokratisierung, der Usurpation herabgesetzt und die Partei zugleich immer mehr instand gesetzt, diese organisatorischen Zentralstellen trotz immer wiederkehrender Abwechslung mit fähigen Genossen zu besetzen. Eine Person, die die Stelle eines solchen organisatorischen Zentralsekretärs innegehabt hat, soll in der Regel nicht vor drei Jahren wieder in dieselbe Stelle eingesetzt werden und soll während dieser Zeit auf andern wichtigen Posten beschäftigt werden. Man soll damit nicht warten, bis die Partei groß ist oder gar bis die proletarische Staatsmacht aufgerichtet ist, sondern man soll damit beginnen, sobald die Partei dazu einigermaßen in der Lage, auf dass es in Fleisch und Blut übergehe und die Partei im Laufe der Jahre genügend Kräfte erziehe, die solche Stellen vollwertig ausfüllen können.

Sobald der Sozialismus weit genug verwirklicht ist – in der Epoche des Sozialismus ist die proletarische Partei noch immer notwendig – soll der durchgehende Wechsel in den Funktionen auch in der proletarischen Partei organisiert werden, indem fortschreitend die Parteifunktionen immer mehr abwechselnd der Reihe nach durch alle Parteimitglieder ausgefüllt werden. Das abwechselnde Besetzen der organisatorischen Zentralposten ist ein erster Anfang in diese Richtung, zu dem wir infolge der Stalinschen Erfahrung schon greifen müssen, bevor die wirkliche sozialistische Entwicklung begonnen hat, um den Übergang zu dieser durch das Verhindern des bürokratischen Entartens der Partei zu sichern.

Das teilweise Verschmelzen des Parteiapparats und des Staats-, Wirtschaftsapparats nach Aufrichtung der proletarischen Macht lässt sich nicht ganz vermeiden, doch soll es in möglichst engen Grenzen gehalten werden, insbesondere was die beamteten Personen der Partei (der Parteiangestellten) betrifft.

Der reale Gehalt eines Parteiangestellten soll im Höchstausmaß den Reallohn eines guten, eines qualifizierten Arbeiters nicht übersteigen, in beiden Fällen die Naturalbezüge inbegriffen. Hat der Parteiangestellte noch aus irgendeiner andern Funktion Bezüge, zum Beispiel Parlamentsdiäten usw., so bestimmt die Partei, wie viel er zur Deckung der mit dieser andern Funktion verbundenen Mehrauslagen behält, der Rest ist an die Parteikasse abzuführen. Das soll überhaupt für alle Angestellten der Arbeiterbewegung gelten, also auch in den Gewerkschaften, Genossenschaften usw.

X. Die Arbeitsgruppen

Alle Mitglieder müssen an der täglichen Parteiarbeit aktiv teilnehmen, das ist die wichtigste Mitgliedspflicht. Gerade darum muss die Partei die Parteiarbeit so organisieren, dass sie durch zweckmäßiges Verteilen alle Parteimitglieder zu der täglichen Parteiarbeit heranzieht. Dies geschieht durch die Organisation der Arbeitsgruppen.

Zur ernstesten Durchführung des kommunistischen Programms ist die Heranziehung aller Mitglieder zu beständiger, alltäglicher Mitarbeit die erste Bedingung... Die wichtigste Mitgliedspflicht ist die Teilnahme jedes Mitglieds an der täglichen Parteiarbeit“ ... „Zum Zwecke der täglichen Parteiarbeit soll in der Regel jedes Parteimitglied in eine kleinere Arbeitsgruppe eingegliedert sein: in eine Gruppe, ein Komitee, eine Kommission, einen Ausschuss oder ein Kollegium, in eine Fraktion oder Zelle. Nur auf diese Weise kann die Parteiarbeit ordentlich verteilt, geleitet und ausgeführt werden“...

„Kommunistische Kerngruppen sind für die tägliche Arbeit auf verschiedenen Gebieten der Parteitätigkeit zu bilden: die Hausagitation, für Parteistudien, für Zeitungsdienst, Literaturvertrieb, Nachrichtendienst, für Verbindungsdienst usw.

„Die kommunistischen Zellen sind Kerngruppen für die tägliche Arbeit in Betrieben, Werkstätten, in Gewerkschaften, in proletarischen Genossenschaften, in Militärabteilungen usw., überall, wo es wenigstens einige Mitglieder oder Kandidaten

der Kommunistischen Partei gibt. Sind mehrere Mitglieder in demselben Betrieb [238] oder in derselben Gewerkschaft usw. so erweitert sich die Zelle zur (außerparteilichen) Fraktion, deren Arbeit die Kerngruppe leitet.

Den Organisationen, Arbeitsgruppen, Zellen und den einzelnen Mitgliedern müssen dann ganz konkrete, genau bestimmte Aufgaben gestellt werden, und zwar so, dass sie ihnen ohne weiteres nützlich, erwünscht und durchführbar erscheinen“ (Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Parteien, III. Weltkongress der KI, 1921).

Alle Arbeitsgruppen (die Zellen, Betriebszellen, Fraktionen inbegriffen) arbeiten in voller Parteidisziplin auf der Linie der Partei, unter Anleitung, Kontrolle der zuständigen Parteiorganisation.

Wo einzelne Betriebszellen oder Gewerkschaftsfraktionen Mitglieder verschiedener Ortsorganisationen der Partei umfassen, wie es insbesondere in den Großstädten vorkommt, soll deren Arbeit nicht von der örtlichen Parteiorganisation geleitet werden, sondern unmittelbar von der zuständigen Kreis- (oder Stadt-) Organisation oder der hiezu von der Partei geschaffenen Spezialorganisation.

In einem engern Sinn bezeichnet man als Zellen oder (außerparteiliche) Fraktionen alle Arbeitsgruppen, die auf der politischen Linie der Partei in organisierter Weise – legal oder illegal –

- 1) in den Organisationen des Klassenfeindes arbeiten (in dessen Wirtschaftsorganisationen, das ist in den Betrieben: Betriebszellen), (in dessen Machtorganisationen, insbesondere in dessen Armee: Heereszellen), (in dessen gelben, konterrevolutionären Massenorganisationen aller Art), in den Vertretungskörperschaften des kapitalistischen Staates: Parlaments-, Gemeinderats-, Arbeiterkammerfraktion usw.);
- 2) solche Arbeitsgruppen, die in den von den entarteten, verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie verführten, missbrauchten Massenorganisationen – legal oder illegal – arbeiten (in den reformistischen, reaktionär, nationalistisch, imperialistisch missbrauchten Massenorganisationen aller Art, wie Gewerkschaften, Genossenschaften, Wehrverbänden, Kulturorganisationen usw.), (aber auch in ihren politischen Organisationen aller Art: Partei, Frauenverband, Jugendorganisation usw.);
- 3) solche Arbeitsgruppen, die in den echten, auf der proletarischen Klassenlinie sich bewegenden proletarischen Massenorganisationen arbeiten: in den revolutionären Gewerkschaften, Genossenschaften, Wehrorganisationen, Kulturverbänden usw.; im revolutionären Jugendverband, in der revolutionären Frauenorganisation.

Hier behandeln wir diejenigen Arbeitsgruppen, welche in organisierter Weise Parteiarbeit im Rahmen der Partei oder darüber hinaus in den Massenbetrieben, ausgenommen die Betriebszellen und die eigentlichen (außerparteilichen) Fraktionen. Je mehr die Partei wächst, desto mehr muss sie solche Arbeitsgruppen organisieren, und zwar innerhalb jeder Ortsorganisation, bei jeder Gebietsleitung und im zentralen Maßstab bei der Parteileitung.

Eine gut ausgebaute Lokalorganisation zum Beispiel wird möglichst über folgende regelmäßig tätige Arbeitsgruppen verfügen:

- a) Ein Agitationskomitee: zum Verbreiten der Presse und zum Werben dafür; zum Verbreiten der Parteiliteratur, von Flugblättern, zum Durchführen von Zettelaktionen usw.; zum sorgfältigen Vorbereiten von Versammlungen, nachher zum sorgfältigen Auswerten ihres Ergebnisses usw.
- b) einen Bildungsausschuss (Propagandagruppe): zum systematischen revolutionären Schulen der Parteimitglieder (stets im Zusammenhang mit der aktuellen Politik der Partei). Insbesondere müssen die neu zur Partei stoßenden Elemente immer wieder von der Pike auf revolutionär geschult werden.
- c) Eine Zeitungsgruppe: „In jeder Lokalorganisation muss wenigstens eine Arbeitsgruppe für den Zeitungsdienst ausgebildet werden. Sie hat die Aufgabe, sowohl dem Hauptorgan der Partei, als auch der betreffenden Provinzzeitung, wo es eine solche gibt, zu dienen und mit ihrer Hilfe Propaganda zu machen... In den wöchentlichen Sitzungen der Zeitungsgruppe muss das Wichtigste vom Inhalt der Zeitung besprochen werden... Die Zeitungsgruppe soll für ihre Zeitung regelmäßig lokales Zeitungsmaterial sammeln und kurze Korrespondenzen schreiben oder beschaffen. Die Briefe an die Redaktion sind in den Sitzungen der Zeitungsgruppe zu besprechen [239] und gemeinsam auszuarbeiten. Um das Material für Briefe zu sammeln, soll die Zeitungsgruppe sich mit den verschiedenen Betriebs- und Gewerkschaftszellen in Verbindung setzen und sich Agenten durch diese beschaffen, sodass die Arbeiter sich überall leicht an einen Vertreter des Zeitungsdienstes wenden können. Diese Genossen müssen auch auf den Arbeitsplätzen die Beschwerden der Arbeiter sammeln, die Missbräuche enthüllen und die Forderungen formulieren. Gleichfalls muss man unter den Soldaten und Matrosen am Orte, wie auch unter den Eisenbahnern, Telegraphisten, Briefträgern, Fuhrleuten und andern Arbeitsgruppen Vertreter für den Zeitungsdienst bestimmen. Es ist zweckmäßig, zu den Sitzungen der Zeitungsgruppe öfters auch einige von diesen Genossen heranzuziehen, um mit ihnen die Zeitung zu studieren und um sie zu unterrichten, wie sie über die Verhältnisse ihrer Umgebung zu berichten haben. Dieselben Genossen sollen natürlich auch bei der Verbreitung der Zeitung helfen“ (Über die Bildung der kommunistischen Zellen und Arbeitsgruppen, herausgegeben vom Exekutivkomitee der KI, 1921, S.12ff).
- d) Ein Jugendkomitee: zur Arbeit unter der Arbeiterjugend.
- e) Ein Frauenkomitee: zur Arbeit unter den Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen.
- f) Ein Gewerkschaftskomitee: für die örtlichen Betriebs- und Gewerkschaftsfragen.
- g) Ein Agrarkomitee: für die Agitation unter den ausgebeuteten Dorfmassen.
- h) Eine Nachrichtengruppe: der Nachrichtendienst bezweckt, auf dem Gebiet der Lokalorganisation möglichst genaue Nachrichten über alle Umstände von irgendwelcher Bedeutung für den revolutionären Klassenkampf zu beschaffen, zum Beispiel über folgende: alle Wohngebäude, und die Bewohner derselben, zum Beispiel ihre soziale Stellung, Parteizu-

gehörigkeit, die Vorräte des Hauses; Fabriken, Werkstätten und Arbeitsplätze, Kaufläden; Hotels und Vergnügungseinrichtungen; Verwaltungsinstitutionen, Krankenhäuser, Kasernen, Polizeiämter, Gefängnisse, Kirchen usw.; Telegraph und Telefon, Post, Eisenbahn und Straßenbahnen (Radio und Flugeinrichtungen). Automobilstationen und Garagen. Gleichfalls sollen Nachrichten über die bürgerlichen Parteiorganisationen, über ihre Zeitungen und alle ihre Tätigkeit gesammelt werden; auch über die sozialdemokratischen (labouristischen, stalinistischen usw.) und die ‚unabhängigen‘ Parteiorganisationen (die der 2. und 2½. Internationale) (der Stalininternationale, der Internationale 3¼, 3½ usw.), über die Syndikalistinnen und Anarchisten. Gleichzeitig auch über die politische Polizei, Spitzel- und Söldnertruppen der Bourgeoisie; über die freiwilligen bewaffneten Klassenkriegsorganisationen der Bourgeoisie und über andere Umstände von politischer Bedeutung.

Im Falle großer Streiks, Demonstrationen und in allen Massenaktionen, auch bei bürgerlichen Massenbewegungen politischen Charakters ist zu diesem Zweck ein besonderer Nachrichtendienst zu organisieren.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppen des Nachrichtendienstes müssen alle Einzelheiten ihrem Obmann berichten. Dieser erstattet einen kürzern, allgemeinen Bericht an die Lokalorganisationen (an die Kollektivgruppe, wo eine solche vorhanden ist) und einen detaillierten Bericht mit allen vertraulichen Nachrichten an das Bezirkskomitee oder an die vom Bezirkskomitee zu diesem Zweck ernannten speziellen Vertrauensleute.

Ein Teil der Mitglieder der Nachrichtenengruppe kann sich gleichzeitig zum Beispiel in der Arbeitsgruppe für die Agitation oder in der des Zeitungsdienstes beschäftigen. Einige von ihnen müssen sich aber jedenfalls ausschließlich dem Nachrichtendienst widmen. [240] Beim Zentralkomitee und bei jedem Bezirkskomitee müssen besondere Organe beziehungsweise Vertrauensleute zur zweckmäßigen Leitung des Nachrichtendienstes tätig sein“ (ebenda: S.11/12).

i) Eine Verbindungsgruppe: „Der Verbindungsdienst hat zum hauptsächlichsten Zweck: 1) die für die kommunistische Parteitätigkeit nötigen Verbindungen zwischen den verschiedenen Parteiorganen und Ortschaften auf die Weise aufrecht zu erhalten, dass die Machthaber sie nicht hindern können und zugleich 2) für die Zukunft einen solchen Verbindungsapparat zu entwickeln, dass er auch in den schwersten Verhältnissen zuverlässig und pünktlich funktioniert. Zum Verbindungsdienst gehört: Kurierdienst, Parteipost, die Besorgung von unauffälligen Quartieren, innerer Transport, unbemerkbarer Personenverkehr usw. Die Parteiarbeit auf diesem Gebiet trägt also durchgehend einen mehr vertraulichen Charakter als auf den meisten andern Gebieten. Es ist aber durchaus nicht nötig, dass diese Arbeit in einem besondern Grad nur geheim oder illegale Arbeit sei. Im Gegenteil, auch die illegalen Parteien können und sollen ihre Verbindungsgruppen teilweise mit ganz legalen Arbeitsaufgaben beschäftigen. Das ist sowohl zur Beschützung des Verbindungsapparates, als auch für seinen regelmäßigen Gang zweckmäßig.

Den Verbindungsapparat darf man nicht aus Mangel an Arbeit auflösen. Es ist wichtig, dass der Gang dieses Apparats möglichst sicher, rasch und präzise werde. Er muss so ausgebildet werden, dass mit seiner Hilfe, zum Beispiel in einer Großstadt, eilig alle sowohl regulären Kräfte, als auch die organisierten Kräfte der proletarischen Klassenkampfbewegung mobilisiert werden können.

In dem ständigen Dienst auf dem Gebiete dieser Tätigkeit darf man nur Mitglieder der kommunistischen Parteiverbände und auch von diesen nur die zuverlässigsten, erprobtesten, scharfsinnigsten und mutigsten, solche, die zum Beispiel auf politischen Kursen oder in der illegalen Parteitätigkeit sich durch enthusiastischste Beteiligung ausgezeichnet haben. Auch als gelegentliche Mitarbeiter ist es nicht gut, andere als Parteimitglieder oder im Notfall Mitgliederkandidaten zu verwenden. Die gelegentlichen Mitarbeiter darf man nicht mit wichtigen Aufträgen oder absolut vertraulichen Mitteilungen betrauen. Ehrlichkeit und Treue, wie auch Regelmäßigkeit im Privatleben ist unbedingt von einem jeden, der auf diesem Gebiet als ständiger oder nur gelegentlicher Mitarbeiter gebraucht wird, zu fordern. Die Disziplin muss auf diesem Gebiet militärisch straff sein. Dabei muss auch dafür gesorgt werden, dass von keinem Einzelnen größere Anstrengungen gefordert werden, als er erfüllen kann, und er muss der Unterstützung in seiner Arbeit ebenso sicher sein, wie man auch von ihm pünktliche Leistung fordert.

Im engsten Zusammenhang mit der Parteizentrale (unter der Leitung eines Mitgliedes des ZK oder des Organisationsbüros) muss eine spezielle Zentralleitung für den Verbindungsdienst tätig sein. Das Gleiche trifft für jedes Bezirkskomitee zu“ (ebenda: S.10/11).

Bei der Zentrale einer gut ausgebauten Partei werden daher folgende zentrale Arbeitsgruppen tätig sein: 1) Agitationsabteilung; 2) Bildungsabteilung (Propagandaabteilung); Jugendabteilung; 4) Frauenabteilung; 5) Gewerkschaftsabteilung; 6) Agrarabteilung; 7) Nachrichtenabteilung; 8) Verbindungsabteilung; 9) Genossenschaftsabteilung usw. (Die Zeitungsgruppen der Orts- und Kreisorganisationen erhalten die Anleitung im allgemeinen durch die Redaktion des Provinz- und Zentralorgans, für das sie tätig sind). Analog gegliedert sind die bei der Gebietsleitung bestehenden und unter ihrer Anleitung arbeitenden Gebietskomitees (für Gewerkschaftsarbeit, Agrararbeit usw.).

[241]

XI. Die Betriebszellen und die (außerparteilichen) Funktionen

Die Partei muss es verstehen, die Massen in die Richtung zur internationalen proletarischen Revolution zu leiten, eine möglichst enge Fühlung mit ihnen herzustellen und diese Verbindung immer mehr zu festigen, sonst erfüllt sie nicht die Rolle der Partei der Arbeiterklasse, sonst ist sie nicht die Partei der proletarischen Revolution, mag sie sich auch so nennen. Die Arbeitsgruppen sind die Form, in der die Partei die enge Verbindung mit den Massen organisiert, verbreitet, vertieft, ihr einen dauernden, festen Charakter verleiht. Insbesondere dienen zu diesem Zweck die Betriebszellen und die (außerparteilichen) Fraktionen. Sie sind die Form, in der die Partei die Teilnahme der Parteimitglieder am Tageskampf der Arbeiter organisiert. Sie sind die Organisationsform, welche die Parteimitglieder in ihrer Teilnahme an tagtäglichen Kampf der Massen ins Leben setzt, die kämpfenden Arbeiter über ihre Klasseninteressen aufzuklären, fortschreitend immer umfassender zum

Kampf für die proletarischen Klasseninteressen, für die proletarische Klassenlinie, für die internationale proletarische Revolution zu sammeln, in Bewegung zu setzen.

Jedes – legale oder illegale – Auftreten der Betriebszelle in der Betriebsversammlung, im Betriebsrat usw., jedes Auftreten irgendeiner (außerparteilichen) Fraktion, ob im Parlament, im Gemeinderat, in der Arbeiterkammer usw., in den gegnerischen Parteien, Organisationen aller Art, aber auch im Arbeiterrat, auch in den proletarisch-revolutionären Gewerkschaften, Genossenschaften usw. muss überlegt, beraten, planmäßig vorbereitet, organisiert werden. Nach dem Leninschen Grundsatz: lieber weniger, aber dafür besser! Die Qualität entscheidet – dann, auf dieser Grundlage, soll im Einklang mit den eigenen Kräften der Aktionsradius fortschreitend vergrößert werden.

In den Organisationen des Klassenfeindes und seiner Helfer jeder Art treten die proletarischen Revolutionäre auf als Mitglieder dieser Organisationen, nicht als Mitglieder der Partei. Indem sie die dort befindlichen Arbeiter in die Richtung zum Kampf für die proletarischen Klassenziele klären, entwickeln, in Bewegung setzen, arbeiten sie tatsächlich für die Partei, denn die Ziele der Partei sind mit den Klassenzielen des Proletariats vollkommen identisch. Das gilt, je nach der Lage, auch beim Auftreten im Betrieb.

Die Mitglieder unserer Zellen, Fraktionen müssen es verstehen, den Arbeitern immer wieder auf die sie jeweils am meisten bedrängenden Tagesfragen, die der bestimmten Lage entsprechen, bestimmte Antwort zu geben! Sie müssen ihnen klarlegen, welches konkrete Ziel sich die Arbeiter im Kampf für die vorliegenden Tagesfragen setzen, welchen konkreten Weg sie in diesem Tageskampf gehen sollen! Einzig und allein auf dieser Grundlage, in Verbindung damit vermögen sie den Tageskampf der Arbeiter wirksam mit der Propaganda für die proletarischen Klassenziele zu verknüpfen, die Massen wirksam zum Kampf für die proletarische Revolution vorzubereiten, zu mobilisieren und in wachsender Masse dafür auch zu organisieren. Das können die Zellen, Fraktionen, nur leisten durch intensive, interne Beratung, Vorbereitung, wobei ihnen die Partei immer wieder anleitend an die Hand geht. Dabei müssen sie sich vor Augen halten, dass die kapitalistische Riesenwalze ununterbrochen über die Köpfe der Arbeiter streicht, dass sie sehr schnell vergessen, dass die Partei ihre Rolle, das Gehirn der Arbeiterklasse zu sein, in hohem Masse nur erfüllen kann, wenn die Arbeitergruppen aller Art, insbesondere die Zellen und Fraktionen, die Massen unermüdlich über die Klassenziele, [242] den Klassenweg des Proletariats, über die internationale proletarische Revolution aufklären, immer wieder an die neuen Ereignisse, an die neuen Erfahrungstatsachen des tagtäglichen Kampfes der Arbeiter anknüpfend.

„Die Kommunisten müssen an allen elementaren Kämpfen und Bewegungen der Arbeiterklasse teilnehmen und die Sache der Arbeiter führen in allen Konflikten zwischen ihnen und den Kapitalisten über Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsbedingungen usw... Nur durch diese tägliche, unbedingt notwendige Kleinarbeit, durch ständige aufopfernde Teilnahme an allen Kämpfen des Proletariats kann sich die ‚Kommunistische Partei‘ zur kommunistischen Partei entwickeln... Nur die Führung der Arbeiterklasse im ständigen Kleinkrieg gegen die Übergriffe des Kapitals befähigt die kommunistischen Parteien, zu solchen Avantgarden der Arbeiterklasse zu werden, die tatsächliche Führung des Proletariats systematisch zu erlernen und die Fähigkeit zur bewusst vorbereiteten Ausschaltung der Bourgeoisie zu erwerben“ (Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Parteien, III. Weltkongress der KI, 1921).

„Wo einzelne Betriebs- oder Gewerkschaftszellen aus Mitgliedern verschiedener örtlicher Parteiorganisationen zusammengesetzt sind (zum Beispiel in Großstädten mit mehreren Rayonsorganisationen) ist es zweckmäßig, dass die Arbeiterzellen nicht von den örtlichen Organisationen, sondern unmittelbar vom Bezirkskomitee oder von speziellen Organisationen geleitet wird...

Zum Zwecke der fruchtbaren Zusammenarbeit können mannigfache, mehr oder weniger feste Arbeitsgemeinschaften zwischen den verschiedenen Betriebs- und Gewerkschaftszellen im Bezirk oder in einer größeren Stadt vorkommen, zum Beispiel die Zusammenarbeit aller Zellen eines wichtigen Produktionsgebietes, die Gewerkschaftszellen eines und desselben Gewerkschaftsverbandes usw. Besonders die Obleute aller Zellen, die zu einem solchen Arbeitskreis gehören, sollen miteinander regelmäßige Betriebs-, beziehungsweise Stadtkonferenzen abhalten“...

„Die Zelle hat die Aufgabe, die gesamte revolutionäre Arbeit in der Fabrik zu organisieren, in jeder Abteilung Agenten oder untergeordnete Gruppen zu schaffen, für Vertrieb der Literatur, für Zeitungsdienst, für Gewerkschaftstätigkeit usw. Es ist gar nicht nötig, dass alle Mitglieder (dieser Gruppen; d. Verf.) der Kommunistischen Partei angehören. Die Zelle soll ja auch außenstehende Arbeiter in die revolutionäre Arbeit hineinziehen und sie durch diese Arbeit zu kommunistischem Bewusstsein erziehen. Zu Beginn kann es unter Umständen – zum Beispiel wenn die Partei gezwungen ist, in illegalen Verhältnissen zu arbeiten, sogar notwendig sein, dass manche von ihnen nicht einmal wissen, dass sie im Dienste der KP tätig sind oder dass eine kommunistische Zelle in dem Betrieb existiert“ (Über die Bildung der kommunistischen Zellen und Arbeitsgruppen, herausgegeben vom Exekutivkomitee der KI, 1921, S.618).

„Keine KP kann nicht als ernsthafte und solid organisierte kommunistische Massenpartei betrachtet werden, wenn sie keine festen kommunistischen Zellen in den Betrieben, Fabriken, Bergwerken, Eisenbahnen usw. hat. Eine Bewegung kann unter den jetzigen Verhältnissen nicht als planmäßig organisierte proletarische Massenbewegung betrachtet werden, wenn es der Arbeiterklasse und ihren Organisationen nicht gelingt, Betriebsausschüsse als Rückgrat dieser Bewegung zu schaffen. Insbesondere ist der Kampf gegen die Offensive des Kapitals und für die Kontrolle der Produktion aussichtslos, wenn die Kommunisten nicht über feste Stützpunkte in allen Betrieben und wenn die Arbeiterschaft sich nicht ihre eigenen proletarischen Kampforgane in den Betrieben (Betriebsräteausschüsse, Arbeiterräte) geschaffen haben“ (Thesen über die Taktik der Komintern, IV. Weltkongress, 1922).

„In der Praxis der gewerkschaftlichen Bewegung stehen die kommunistischen Zellen und Fraktionen oft ziemlich ratlos vor den einfachsten Fragen der Tagesordnung. Es ist leicht, aber unfruchtbar, immer nur die allgemeinen Prinzipien des Kom-

munismus zu predigen, um dann in konkreten Fragen in die negative Haltung [243] des vulgären Syndikalismus zu verfallen... Stattdessen sollen die Kommunisten ihre revolutionäre Stellungnahme nach dem sachlichen Inhalt jeder vorkommenden Frage erwägen... Die Teilnahme der Kommunisten an den Versammlungen und Konferenzen der gewerkschaftlichen Organisationen müssen die Fraktionen und Arbeitsgruppen im Voraus mit Sorgfalt vorbereiten. Ebenso müssen die kommunistischen Organisationen durch ihre Arbeitsgruppen sich sorgfältig auf alle von den feindlichen Parteien veranstalteten allgemeinen Arbeiterversammlungen, Wahlversammlungen, Demonstrationen, politischen Arbeiterfeste und dergleichen vorbereiten. Wo die Kommunisten selbst allgemeine Versammlungen einberufen, müssen möglichst zahlreiche kommunistische Arbeitsgruppen sowohl im Voraus wie nachher nach einem einheitlichen Plan zusammenwirken, um die organisatorische Auswertung zu sichern“ (Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien, III. Weltkongress der KI, 1921).

In Zeiten, wo die Bourgeoisie in der Lage ist, immer wieder große Massen von Arbeitern arbeitslos zu machen, womit eine ständige Fluktuation der Arbeiter Hand in Hand geht, gibt nur die örtliche Organisation der Partei eine stabile Organisationsbasis. Die von Stalin-Sinowjew-Bucharin 1924 gestartete „Bolschewisierung der Partei“, die die Partei zerrüttet, zersetzt, zugrunde gerichtet hat, verwirklichte unter anderem die Reorganisation der Partei auf Grundlage der Betriebszellen. Mit dem Mund schrien sie, diese Umorganisation sei nötig, um die proletarische Revolution zum Sieg zu führen, in Wirklichkeit führten sie Partei und Klasse von Katastrophe zu Katastrophe. Dieser katastrophalen Politik entsprach auch ihre katastrophale „Reorganisation“; sie war sachlich nicht gerechtfertigt und diente ausschließlich den fraktionellen Zwecken der Usurpatoren, die ihr revolutionswidriges, parteiwidriges Vorgehen in die scheinrevolutionäre Losung der „Bolschewisierung der Partei“ hüllten. Unter dem Schein, den Einfluss der Betriebsarbeiter in der Partei zu verstärken, war die „Bolschewisierungs“-Reorganisation in Wirklichkeit ein Hauptmittel, die Arbeiter in der Partei überhaupt zu entrechten, die Partei der entarteten Parteibürokratie in die Hand zu spielen, auszuliefern. Nicht einer sachlich nicht gerechtfertigten Organisationsmethode bedarf es zur Sicherung des proletarischen Charakters der Partei, sondern der revolutionären Auslese; der revolutionären Erziehung der Parteimitglieder auf Grundlage einer tatsächlichen proletarisch-revolutionären Politik, Strategie, Taktik der Partei; der Strategie und Taktik auf Grundlage der internationalen proletarischen Revolution; und es bedarf schließlich ausreichender Sicherung gegen das bürokratische Entarten. Die revolutionäre Auslese und Erziehung muss dafür sorgen, dass die klassenbewussten Arbeiter die dauernde Achse der Partei sind und bleiben in allen ihren Gliederungen und Gliedern von unten bis oben, dass diese den Klassencharakter der Partei und ihrer Politik nach allen Ausstrahlungen hin dauernd, unabänderlich bestimmen.

Die Mandatsfraktionen in den Vertretungskörperschaften sind der zuständigen Parteiorganisation untergeordnet; die Parteifraktion – der Gesamtpartei, die Gemeindefraktion – der Orts- (Stadt-) organisation usw. So auch die Reichsarbeiterfraktion – der Gesamtpartei, die Fraktion im örtlichen Arbeiterrat – der Ortsorganisation usw. Alle Fraktionen ohne Ausnahme sind gebunden, im betreffenden Vertretungskörper die Linie der Partei unter Anleitung und Kontrolle der Partei zu verfechten. Jeder Mandatar, insbesondere auch der parlamentarische, ist verpflichtet, über Beschluss der Partei sein Mandat niederzulegen.

Soweit die Mandatare das Einkommen eines guten Arbeiters beziehen, bleibt ihnen von ihren Diäten nur das zur Deckung ihrer Mehrauslagen Nötige, der Rest ist der Parteikasse abzuführen. Auch wo eine Häufung von Funktionen nicht zu umgehen ist, darf der Betreffende im Höchstmaß nicht mehr beziehen als das Einkommen eines guten, qualifizierten Arbeiters und einen Zuschlag, der die ihm aus diesen Funktionen erwachsenden Mehrauslagen deckt, alle andern Bezüge aus diesen Funktionen sind an die Parteikasse abzuführen.

In gegnerischen Parteien, Organisationen politisch tätig sein – legal oder illegal – dürfen Parteimitglieder einzig und allein mit Wissen, Bewilligung, [244] unter Anleitung und Kontrolle der Partei. Wird solche politische Tätigkeit von einer mehr oder weniger großen Zahl von Parteimitgliedern ausgeübt, so werden je nachdem alle oder ein Teil als – legale oder illegale – Fraktion zusammengefasst und wirken, so organisiert, in voller Disziplin, unter Anleitung und Kontrolle der Partei. (Die Grundvoraussetzung eines gedeihlichen Ergebnisses dabei ist die unbedingte Wahrung der ideellen, politischen und organisatorischen Unabhängigkeit, Selbständigkeit der Partei, ob diese nun legal oder illegal kämpft.)

XII. Der revolutionäre Jugendverband, Frauenverband.

Beide Organisationen haben eine doppelte Aufgabe.

Erstens sollen sie die zwei gewaltigen, äußerst wichtigen Teile der Arbeiterklasse, die aber – die Arbeiterjugend infolge ihrer jungen Jahre, die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen infolge des besondern Drucks der Klassengesellschaft, der gerade auf dem weiblichen Teil der Menschheit, namentlich der ausgebeuteten Klassen, lastet – an proletarischem Bewusstsein im Vergleich zu den erwachsenen männlichen Arbeitern verhältnismäßig wenig entwickelt sind, soweit erziehen, dass diese fortschreitend in die Partei als bewusste Mitkämpfer aufgenommen werden können. Insofern erfüllen beide Verbände eine parteimäßige Aufgabe, eine ureigene Aufgabe der Partei, die diese nur aus Zweckmäßigkeitsgründen gerade ihnen überträgt, weil der bewusste Teil der Arbeiterjugend, der bewusste Teil der Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen am besten geeignet ist, den Weg zu den jungen Arbeitern, zum weiblichen Teil der Arbeiterklasse zu finden und sie durch Klären ihres Bewusstseins zur Reife für die Klassenpartei vorzubereiten, emporzuheben, durch theoretische Schulung Hand in Hand mit der praktischen Erfahrung im Kampf.

Zweitens sollen sie, möglichst breite und immer breitere jugendliche und weibliche Massen für den Kampf um deren spezielle Interessen gegen die kapitalistische Ausbeutung der Jungarbeiter, gegen den bürgerlichen Militarismus; gegen die kapitalistische Ausbeutung aller Art der Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen) mobilisieren, organisieren, damit die erste Klärung über die proletarischen Klassenziele auch in die Köpfe dieser Massenteile tragen, sie für die Teilnahme am Gesamtkampf der

Arbeiterklasse in allen seinen Formen, für den politischen, gewerkschaftlichen usw., immer mehr gewinnen, immer mehr in Bewegung setzen. Insofern erfüllen sie in gewissem Sinn die Aufgabe einer proletarischen Massenorganisation.

Aus dieser Doppelrolle ergibt sich ihr organisatorisches Verhältnis zur Partei. Als proletarische Massenorganisation genießen sie eine mehr oder minder große organisatorische Eigenbeweglichkeit, der revolutionäre Jugendverband aus erzieherischen Gründen sogar organisatorische Selbstständigkeit. Jedoch politisch stehen revolutionärer Frauenverband, revolutionärer Jugendverband unter der Leitung und Kontrolle der Partei, die auf dem Wege über deren klassenbewussten Kern verwirklicht wird; dieser ist Teil der Parteiorganisation, übt darin alle Parteirechte aus, trägt alle Parteipflichten, er untersteht der Parteidisziplin. Die Partei gibt ihren klassenbewussten Jungarbeitern, ihren klassenbewussten Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen für diese ihre Spezialarbeit im Interesse dieser besondern Arbeit möglichst große Bewegungsfreiheit für initiatives Handeln auf der Linie der Partei; doch wie groß immer der Spielraum ist, den die Partei ihnen einräumt, letzten Endes arbeitet die Arbeitsgruppe (das Komitee, die Kommission) der klassenbewussten Jungarbeiter, der klassenbewussten Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen unter der Anleitung und Kontrolle der Partei.

[245]

XIII. Die revolutionäre Bildungsarbeit

Die revolutionäre Erziehung ist nicht bloß eine Aufgabe der theoretischen Schulung, sondern auch und vor allem der gesamten Tätigkeit der Partei überhaupt, insbesondere ihrer praktischen Politik. Nur auf Grundlage der revolutionären Politik der Partei und stets Hand in Hand damit wirkt ihre Bildungsarbeit tatsächlich revolutionär: nur wenn sie das gesamte politische Handeln der Partei, wie immer die Lage wechselt, unverrückbar auf der Grundlinie der internationalen proletarischen Revolution fortbewegt. Nur wenn sie diese ihre Politik auf der Grundlage der stets lebendigen Parteidemokratie verwirklicht, also stets unter geistiger und willensmäßiger Anteilnahme der Parteimitglieder, worin das Wahlprinzip inbegriffen – einzig und allein auf dieser Basis vermag sie dauernd proletarisch-revolutionäre Politik zu treiben!

Wie das Beispiel der Partei in ihrer Gesamttätigkeit, so ist auch das persönliche Beispiel der entwickelteren Parteimitglieder für die revolutionäre Erziehung derer, die theoretisch zu schulen, von größter Bedeutung. Pünktlichkeit, Genauigkeit, Uermüdlichkeit, Gründlichkeit, Hingabe beim Erfüllen jeder Parteiaufgabe, planvolles Herangehen an sie, richtige Verteilung der Kraft auf die verschiedenen Aufgaben, stets Konzentration vor allem auf das jeweils Wichtigste, methodisches, planvoll geordnetes, zielbewusstes Vorgehen beim Durchführen jeder Aufgabe – erst solch beispielhaftes Verhalten der Partei und jedes entwickelteren Mitglieds gibt den richtigen theoretischen Worten, Belehrungen, Anleitungen volles Gewicht, tiefe überzeugende Kraft, erzieht mit dem Geist auch den Willen zum selbstbewussten, proletarisch-revolutionären Pflichterfüllen. Dagegen Unpünktlichkeit, Ungenauigkeit, Nachlässigkeit, Oberflächlichkeit, Planlosigkeit, zerfahrenes Wesen, zersplitterndes Verhalten usw., all dies nimmt selbst theoretisch richtiger Belehrung, Anleitung die überzeugende Kraft, erzieht die neuen guten Arbeiterelemente nicht, die zur Partei stoßen, sondern verdirbt sie, weil es unbewusst all diese Schwächen auf sie überträgt. Die revolutionäre Bildungsarbeit will und soll nicht Gelehrte erziehen, sondern Kämpfer, klare und zugleich willensstarke Kämpfer, sie muss auf den Geist und auf den Willen wirken.

Die revolutionäre Klarheit, das revolutionäre Bewusstsein, auch das revolutionäre Selbstvertrauen, den revolutionären Kampfwillen der Parteimitglieder auf dem Boden der internationalen proletarischen Kampfsolidarität immer mehr zu vertiefen, zu steigern, bleibt das allgemeine Ziel aller theoretischen Schulungsarbeit der Partei. So wird die Partei in allen ihren Gliedern und als Ganzes immer mehr befähigt, ihre führende Rolle zu erfüllen, die Arbeitermassen zu immer höherem Bewusstsein, zu immer breiterer, festerer Organisation, zu immer wichtigerer revolutionärer Aktion zu führen. Dabei geht die Partei konsequent darauf aus, alle Mitglieder zu selbstständigen revolutionärem Denken, Urteilen zu erziehen. Das ist politisch unumgänglich notwendig: in der Epoche der proletarischen Revolution, wo die Bourgeoisie immer wieder alles daran setzt, die revolutionären Organisationen zu zerreißen, zu zerstören, das Proletariat zu zerstäuben, ganz besonders im imperialistischen Krieg, wo immer wieder die revolutionären Kämpfer auf sich allein gestellt, auf sich allein angewiesen sind, müssen sie von Haus aus dazu erzogen werden, sich auch selbständig zurecht zu finden, selbständig zu denken, selbständig zu urteilen. Das ist auch organisatorisch unumgänglich notwendig, denn das selbständige revolutionäre Denken, Urteilen aller Parteimitglieder ist letzten Endes die wichtigste Garantie gegen die Gefahr des Verbürokratisierens, des Entartens der Partei. [246]

Nicht das gesamte Wissen bildet den Gegenstand der Bildungsarbeit der für die Aufrichtung der proletarischen Klassenmacht kämpfenden Partei, sondern nur dasjenige Wissen, das die klassenbewussten Arbeiter brauchen, um diesen Kampf zum Erfolg, zum Sieg zu führen: das Wissen vom proletarischen Klassenkampf in allen seinen Formen, von den Prinzipien, der Strategie und Taktik der internationalen proletarischen Revolution, all dies auf Grundlage der dialektisch-materialistischen Weltauffassung des Marxismus.

Nach der Aufrichtung der proletarisch-demokratischen Staatsmacht werden die Anforderungen der revolutionären Bildungsarbeit bei weitem größer, aber auch die Möglichkeiten, die Behelfe, diesen gesteigerten Bedürfnissen zu entsprechen. Zum erfolgreichen Kampf für die internationale proletarische Revolution nach Errichtung der proletarisch-demokratischen Diktatur muss die siegreiche Arbeiterklasse solche Aufgaben bewältigen, wie das erfolgreiche Leiten der Produktion, das Führen der Betriebe usw. Neben das allgemeine Wissen vom proletarischen Klassenkampf, das nach wie vor grundlegend bleibt, tritt nun immer mehr auch das Fachwissen auf allen Gebieten der proletarisch-demokratischen Staatspolitik, Staatswirtschaftspolitik, gegründet auf eine immer tiefer und weitergreifende Schulung in allen wichtigen Wissenszweigen der Menschheit überhaupt.

XIV. Die Parteipresse

Sie ist eines der wichtigsten Mittel der revolutionären Massenerklärung. Immer wieder knüpft sie an die neusten Tatsachen an, an die neusten Erfahrungen der Massen, an das, was sie gerade erleben, immer wieder lenkt sie die Massen hin, fasst sie zusammen zu den unmittelbaren Aufgaben des Tageskampfes und Hand in Hand damit bereitet sie die Massen immer wieder vor für die grundlegenden Aufgaben der proletarischen Revolution, geduldig, ausdauernd, zielbewusst.

Sie ist zugleich eines der wichtigsten Mittel zum Organisieren der Partei, ihrer Tätigkeit, zu ihrer fortgesetzten Selbstverständigung.

Den ersten Anlauf zur Schaffung einer Parteipresse vollzieht die Partei gestützt auf den Opferwillen vor allem der Parteimitglieder. Aber ihre Presse behaupten, festigen, ausbauen, das vermag die Partei nur mit Hilfe der Massen. Die Sammlungen, die sie dafür unter den Arbeitern durchführt, sind zugleich ein Barometer für den Grad ihrer Verbundenheit mit den Massen.

„Die Kommunistische Zeitung muss danach trachten, kommunistisches Unternehmen zu werden, das heißt eine proletarische Kampforganisation, eine Arbeitsgemeinschaft der revolutionären Arbeiter, aller derjenigen, die für die Zeitung regelmäßig arbeiten, die sie setzen, drucken, verwalten, verteilen und vertreiben, die für ihren Inhalt örtliches Material sammeln und das Material in den Zellen besprechen und bearbeiten, die zu ihrer Verbreitung täglich tätig sind usw... Es genügt nicht, der Zeitung ein eifriger Werber und Agitator, man muss ihr ein ebenso nützlicher Mitarbeiter werden“ (Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Parteien, III. Weltkongress der KI, 1921). Diese ständige Mitarbeit organisiert, besorgt in jeder Ortsorganisation die Zeitungsgruppe mittels der Arbeiterkorrespondenzen.

Dem widerspricht nicht, was Engels 1884 geschrieben: „Die Verfassung [247] der Redaktion war die einfache Diktatur von Marx. Ein großes Blatt, das zur bestimmten Stunde fertig sein muss, kann bei keiner andern Verfassung eine folgerichtige Haltung bewahren. Hier aber war noch dazu Marx' Diktatur selbstverständlich und unbestritten, von uns allen gern anerkannt. Es war in erster Linie sein klarer Blick und seine sichere Haltung, die das Blatt zur berühmtesten deutschen Zeitung der Revolution gemacht haben“ (Aus dem Artikel: Marx und die „Neue Rheinische Zeitung“ (1848-1849), in Marx: Ausgewählte Werke, Bd.II, 1934, S.31). Womit periodische oder fallweise Redaktionskonferenzen durchaus vereinbar.

XV. Der Parteinamen

Kommunistische Partei, das ist der richtige Name der proletarischen Klassenpartei, der Partei der proletarischen Demokratie, der Partei der internationalen proletarischen Revolution. Doch dieser Name ist heute durch den Stalinismus aufs schwerste kompromittiert, prostituiert und mit dem Blute ungezählter revolutionärer Arbeiter, revolutionärer Führer geschändet, die die Stalinbürokratie gemordet, gemeuchelt hat. Erst bis das Proletariat mit der Stalinbürokratie abgerechnet, erst bis die Stalinschen Verbrechen gesühnt, erst bis alles, wodurch der Kommunismus, die Kommunistische Partei verunglimpft, in den Kot gezogen wurde, getilgt, erst bis der Schild des Kommunismus vollkommen blankgeputzt ist, erst bis die Partei die Massen wieder mit tiefem Vertrauen zum Kommunismus erfüllt hat, dann erst wird sie auf ihr Banner wieder den Namen schreiben, der ihr gebührt: Kommunistische Partei.

Wie aber soll sie sich bis dahin bezeichnen? Schon der Name muss sich klar abgrenzen von allen kleinbürgerlichen „Arbeiter“parteien und ihren Unterhelfern. Diese arbeiten mit der Bourgeoisie zusammen, gegen die ausgebeuteten, unterdrückten Massen, gegen die proletarische Revolution: der Name muss ausdrücken, dass sie die mit den ausgebeuteten, unterdrückten Massen zusammen gegen die Bourgeoisie für die proletarische Revolution, für den proletarisch-demokratischen Staat, für den Kommunismus kämpfende Arbeiterpartei ist; ihr Name muss nach dem Stalinschen Riesenbetrug klar zum Ausdruck bringen, dass sie die bürokratische Diktatur über Partei und Klasse prinzipiell ablehnt, bekämpft, dass sie einzig und allein kämpft für die Diktatur der Arbeiterklasse, für die Diktatur der proletarischen Demokratie der Arbeiter, armen Bauern, und Kleinbürger und dass die proletarische Demokratie zur ersten, unumgänglichen, dauernden Grundbedingung hat die Parteidemokratie der klassenbewussten Arbeiter in der proletarischen Klassenpartei – darum muss sie proletarisch-demokratische Arbeiterpartei heißen. Die kleinbürgerlichen „Arbeiter“parteien und ihre Unterhelfer sind – national beschränkt, gehen leidend aus von, kämpfen ausschlaggebend für nationale, chauvinistische Interessen gegen das Weltproletariat, gegen die internationale proletarische Revolution, gegen den Weltkommunismus: ihr Name muss daher ausdrücken, dass sie für das Weltproletariat, für die internationale proletarische Revolution, für den Weltkommunismus kämpft – darum muss sie internationale Arbeiterpartei heißen. Das ergibt den richtigen Übergangsnamen: Internationale Proletarisch-demokratische Arbeiterpartei (IP), Proletarisch-demokratische Arbeiterinternationale (PA).

So erhält der Parteinamen auch schon in aller kürzestem Ausdruck das Parteiprogramm. Dieses selbst, möglichst knapp, aber mit klarer Antwort auf alle entscheidenden Fragen, herauszuarbeiten, kann die Partei einer spätern Zeit vorbehalten. Sie wird sich dabei an die Marxschen und Engelsschen Worte halten:

„Im Allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei [248] an als auf das, was sie tut. Aber ein neues Programm ist doch immer eine öffentlich aufgepflanzte Fahne, und die Außenwelt beurteilt danach die Partei. Es sollte daher keinesfalls einen Rückschritt enthalten, wie dieses (das Gothaer) gegenüber dem Eisenacher (Programm)“ (Marx und Bebel, 18.3.1875). „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme... Macht man aber Prinzipienprogramme (statt sie bis zu einer Zeit aufzuschieben, wo dergleichen durch längere gemeinsame Tätigkeit vorbereitet war), so errichtet man vor aller Welt Marksteine, an deren sich die Höhe der Parteibewegung misst“ (Marx an Bracke, 5.5.1875, in Marx: Kritik des Gothaer Programms, 1875, herausgegeben 1932, S.37,39). „Nach meiner Ansicht hat das Programm so kurz und präzise als möglich zu sein. Selbst wenn auch einmal ein Fremdwort oder ein nicht auf den ersten

Blick in seiner ganzen Tragweite zu erfassender Satz vorkommt, schadet das nichts ... Man opfere der Rücksicht auf Popularität nicht zu viel, man unterschätze nicht die geistige Begabung und Bildungsstufe unserer Arbeiter“ (Engels: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfes, 1891, Elementarbücher des Kommunismus, Bd.12, S.57).

XVI. Die Parteifinanzen

Die Partei finanziert sich:

- 1) durch die Beiträge ihrer Mitglieder. Die Beitragsleistung ist Pflicht. Von Arbeitslosen soll nur ein geringfügiger, immerhin aber ein Beitrag eingehoben werden. Der Beitrag soll der Partei nicht nur finanzielle Mittel geben, sondern bildet zugleich ein Zeichen der Verbundenheit mit der Partei;
- 2) durch Sammlungen unter den Mitgliedern, unter den Massen.

Die Partei leistet ihren Beitrag an die Internationale und im Rahmen ihrer Kraft unterstützt sie darüber hinaus die Internationale und die ausländischen Bruderorganisationen, so wie sie ihrerseits im Notfall bereit ist, Unterstützungen von ihnen anzunehmen.

Zur Kontrolle der Kassen- und Rechnungsführung wählt jede Parteioorganisation für ihren Bereich aus erprobten und sachverständigen Genossen eine Revisionskommission: die Mitglieder- (Delegierten-) versammlung für die Orts-, der Gebietsparteitag für die Gebiets-, der Parteitag für die gesamte Parteioorganisation. Die Revisionskommission hat keine politischen Kontrollrechte, sie berichtet über das Ergebnis ihrer Revision dem Parteioorgan, das sie gewählt hat, im zentralen Maßstab regelmäßig auch dem Erweiterten Zentralkomitee.

(Die Bezeichnung Kontrollkommission soll für jene vom Parteitag zu wählende Kommission vorbehalten werden, die im Bedarfsfall eine Parteireinigung nach dem vom Parteitag zu beschließenden Richtlinie durchzuführen hat).

[249]

XVII. Legale und illegale Parteioorganisation

In der Epoche der proletarischen Revolution wird das kapitalistische System durch seine wachsenden innern Widersprüche immer wieder und immer mehr erschüttert. Entschlossen, die Ausbeuterwirtschaft, Ausbeuterherrschaft mit allen und jeden Mitteln zu behaupten, lässt sich die Bourgeoisie in dieser für sie kritischen Epoche die Hände nicht einmal durch ihre eigene Legalität binden, geschweige denn, dass sie der revolutionären Arbeiterklasse eine ernste Legalität für eine einigermaßen längere Epoche zugestehen würde. Unter dem Titel „Kampf gegen den Faschismus“ lassen die „demokratischen“ Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen, labouristischen, stalinistischen usw. [Helfer] keinen Zweifel, dass sie im besten Fall die Legalität nur denjenigen Bewegungen, Parteien zuerkennen wollen, welche die kapitalistische Ausbeuterdemokratie, das heißt die mit bürgerlich-demokratischen Lappen verhüllte kapitalistische Ausbeuterwirtschaft, Ausbeuterherrschaft verteidigen, also keineswegs der revolutionären Arbeiterklasse, keineswegs der revolutionären Partei des Proletariats, die gerade auf den Sturz der Bourgeoisie, auf die Liquidierung der Bourgeoisie ausgeht. Die proletarische Partei darf sich daher nicht auf eine länger währende Legalität einstellen, sondern im besten Fall auf eine höchst beschränkte äußerst fragwürdige, die die Bourgeoisie im Handumdrehen in Illegalität aller Grade verwandelt, durch mehr oder minder scharfe und allerschärfste Verfolgungsphasen ablöst, wann und so oft es ihr passt. Diesem ständigen Wechsel muss die revolutionäre Parteioorganisation angepasst sein, indem sie illegale und legale Organisation, illegale und legale Arbeit, illegalen und legalen Kampf ständig miteinander verbindet. Sie nutzt dabei jede sich bietende legale Möglichkeit aus, um die unumgänglich notwendige Verbindung mit den Massen herzustellen, aufrecht zu erhalten.

„In den Ländern, wo noch die Bourgeoisie oder die gegenrevolutionäre SP (LP, StP usw.; d.Verf.) an der Macht ist, müssen die Kommunistischen Parteien es lernen, die legale Tätigkeit planmäßig mit der illegalen zu verbinden. Dabei muss sich die legale Arbeit stets unter der Kontrolle der illegalen Partei befinden“ (Leitsätze über die Rolle der KP in der proletarischen Revolution, II. Weltkongress der KI, 1920).

„Die illegale Organisation (soll) nur den Boden zur Sammlung, Klärung der aktivsten kommunistischen Kräfte bilden“, diese sind aber verpflichtet, „alle Mittel und Wege zu versuchen, um aus ihrer illegalen Organisation heraus an die breiten, in Gärung sich befindlichen Massen der Arbeiterschaft zu gelangen“, sie sind verpflichtet, „die Wege und Formen zu finden, diese Massen politisch im öffentlichen Leben zum Kampfe gegen das ... Kapital zusammenzufassen“ (Thesen über die Taktik, III. Weltkongress der KI, 1921).

„Es gibt im Grunde genommen keine wesentliche Verschiedenheit in der Parteistruktur, die von einer legalen Partei einerseits und von einer illegalen Partei andererseits erstrebt werden sollte. Die Partei muss so organisiert sein, dass sie stets in der Lage ist, sich rasch den Veränderungen der Kampfbedingungen anzupassen ... Es wäre der größte Fehler der Parteioorganisation, sich mit Berechnung ausschließlich auf Erhebung und Straßenkampf oder nur auf den Zustand der schwersten Unterdrückung einzustellen. Kommunisten müssen ihre vorbereitende Tätigkeit in jeder Situation und stets auf Kampfbereitschaft eingestellt sein, weil es oft beinahe unmöglich ist, den Wechsel der Erhebungsperiode und der Periode [250] der Stille vorauszusehen, und auch in den Fällen, wo es möglich wäre, kann diese nicht mehr zur Neuorganisation der Partei ausgenutzt werden, weil der Wechsel gewöhnlich in sehr kurzer Zeit, ja oft sogar ganz überraschend eintritt... „Die Führung der legalen und der illegalen Arbeit muss immer in den Händen derselben einheitlichen Parteizentrale liegen“.

„Sowohl im Kreise der legalen wie der illegalen Parteien wird die illegale kommunistische Organisation oft als die Gründung und Erhaltung einer geschlossenen, ausschließlich militärischen Organisation aufgefasst, die isoliert von der übrigen Parteiarbeit und Parteioorganisation steht. Das ist durchaus fehlerhaft. Im Gegenteil muss in der vorrevolutionären Periode die

Bildung unserer Kampforganisation hauptsächlich durch die allgemeine kommunistische Parteiarbeit geschehen. Die gesamte Partei soll zu einer Kampforganisation für die Revolution ausgebildet werden. Isolierte revolutionär-militärische Organisationen, allzu früh vor der Revolution entstanden, zeigen in sich sehr leicht Tendenzen der Auflösung und Demoralisation, weil es für sie an unmittelbar nützlicher Parteiarbeit mangelt“ (Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien, III. Weltkongress der KI, 1921).

XVIII. Die Organisation der proletarisch-revolutionären Internationale

Die Internationale der proletarischen Revolution ist die proletarische Weltpartei, die Parteien im nationalen Maßstab sind ihre Sektionen.

„Der imperialistische Krieg hat aufs Neue bestätigt, was in den Generalstatuten der I. Internationale gesagt war: Die Emanzipation der Arbeiter ist weder ein lokales, noch ein nationales, sondern ein internationales Problem“ ... „Die kommunistische Internationale muss wirklich und in der Tat eine einheitliche Partei der ganzen Welt darstellen. Die Parteien, die in jedem Land arbeiten, erscheinen nur als ihre Sektionen“ ... „Die neue internationale Arbeitervereinigung ist geschaffen zur Organisation von gemeinsamen Aktionen der Proletarier der verschiedensten Länder, die das eine Ziel anstreben: ... Errichtung ... einer internationalen (also keineswegs einer russisch-chauvinistischen! d.Verf.) Sowjetrepublik zur vollen Beseitigung der Klassen und zur Verwirklichung des Sozialismus, dieser ersten Stufe der Kommunistischen Gesellschaft“ (Statuten der Kommunistischen Internationale, beschlossen vom II. Weltkongress, 1920).

Dass die Internationale der proletarischen Revolution die (revolutionäre!) Politik, auch Außenpolitik des proletarischen Staates unterstützt, ist selbstverständlich. Aber nie und nimmer darf sie zur Rolle eines „Hilfskorps“ (das nach der Theorie des Stalinschen Sozialnationalismus nur für den Kampf gegen die militärische Intervention von Nutzen ist) „degradiert werden, das nicht ausersehen ist, große, selbständige Aufgaben zu lösen“ (Trotzki: Die permanente Revolution, 1930, S.162,163). Sie darf nicht sein eine Schmarotz-„Internationale“ für den russischen [251] Sozialnationalismus, wie es die Stalininternationale war; sie darf nicht sein eine Schmarotz-„Internationale“ für irgendeinen Kapitalismus, so wie die neue „Sozialistische“ „Internationale“, die von der LP als Instrument für den englischen Imperialismus organisiert wird; sie darf nicht sein eine Schmarotz-„internationale“ für die Weltbourgeoisie, wie es schon die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale war und wie es nun die von den englischen, amerikanischen und russischen Gewerkschaftsbürokraten neu organisierte Gewerkschaftsinternationale wird.

Die IV. Internationale soll sein und muss sein die Internationale der proletarischen Revolution. Sie darf nicht sein eine zentristische Internationale $\frac{3}{4}$, $\frac{3}{2}$, $\frac{3}{4}$, die von revolutionären Phrasen schillert, aber tatsächlich zwischen der Liebe zur proletarischen Revolution und der Liebe zu den kleinbürgerlichen „Arbeiter“parteien hin und herschwankt. Sie darf nicht sein die Internationale von solchen Organisationen, die sich bloß ehrlich für revolutionär halten und ausgeben, ohne es tatsächlich zu sein, sondern sie muss sein und bleiben die Internationale derjenigen Organisationen, die in der Tat proletarisch-revolutionär sind.

Die Organisation der proletarischen Partei im internationalen Maßstab entspricht in den Grundzügen der Organisation ihrer Sektionen im Landesmaßstab. Es handelt sich aber in allen Fällen um den demokratischen Zentralismus nicht im luftleeren Raum, sondern um den demokratischen Zentralismus im Zusammenhang mit den nach Zeit, Ort, Mitteln jeweils gegebenen Bedingungen. Durch die Größe der Entfernungen, durch die längere Zeit seiner Dauer, durch die mit all dem verbundenen größeren Kosten unterscheidet sich der Weltkongress sehr wesentlich von einem Landeskongress. Schon hier wird es manche Schwierigkeiten geben, – sobald die Partei größer geworden – den Parteitag tatsächlich so durchzuführen, dass die beschlussberechtigten, wahlberechtigten Delegierten weder Angestellte der Arbeiterbewegung, „beamtete Personen im obigen Sinn“, (siehe A 3 im Unterabschnitt über die Sicherungen gegen das bürokratische Entarten im elften Heft, 1. Teil), noch Mandatäre in Vertretungskörperschaften eines bürgerlichen Staates sind. Immerhin im Landesmaßstab lassen sich diese Schwierigkeiten überwinden, und sie werden überwunden werden, in der Erkenntnis, dass dies der Gefahr der Verbürokratisierung, der Entartung der Partei, vorbeugt. Im internationalen Maßstab aber sind Schwierigkeiten (technische, finanzielle usw.) zu groß, sodass diese Beschränkung nicht aufrechterhalten werden kann, jedenfalls nicht in vollem Umfang. Es wäre aber sehr gut, wenn zwei Drittel, wenigstens aber die einfache Mehrheit des Weltkongresses aus beschluss-wahlberechtigten Delegierten bestünde, die weder Angestellte der Arbeiterbewegung, „beamtete Personen im obigen Sinn“ (siehe oben.), noch Mandatäre in bürgerlichen Vertretungskörpern sind. Jedenfalls sollen die Delegierten zum Weltkongress wo und wann es halbwegs möglich ist, vom Parteitag, eventuell vom Zentralausschuss, gewählt werden (also in der Regel nicht von der engern Parteileitung allein). Analog wie jeder Parteitag wählt der Weltkongress eine Internationale Leitung (IL) und eine Erweiterte Internationale Leitung (EIL). Auf dem Weltkongress hat die IL nur Beratungsrecht, in der EIL dagegen hat sie volles Beschlussrecht. Zum Führen der täglichen Geschäfte wählt die IL aus ihrer Mitte ein Präsidium.

Die ehrlichen Arbeiter, die innerlich mit den kleinbürgerlichen „Arbeiter“parteien mehr oder weniger fertig sind und mit dem Entschluss ringen, sich dem Kampf für die IV. Internationale anzuschließen, fühlen sich innerlich gebremst durch die große Sorge, es werde wiederum zum Hochkommen einer usurpatorischen, parasitischen Bürokratie, zu neuerlichem Entarten führen, sobald die IV. Internationale und ihre Parteien erst einmal groß werden. Diesen nach dem sozialdemokratischen, labouristischen und stalinistischen Verrat begreiflichen Zweifeln, berechtigten Sorgen müssen wir offen und ehrlich antworten, indem wir die Sicherung gegen diese Gefahr möglichst verstärken. Mag sein, dass wir in diesem oder jenem Punkt vielleicht des Guten zu viel vorkehren, mag sein, dass die Praxis manche allzu große Nachteile dieser oder jener Sicherung aufzeigt, deren Änderung [252] notwendig machen wird. Doch indem wir maximal – bei Wahrung der Handlungs-, Kampffähigkeit der Partei, Internationale – vorbeugen, beweisen wir den ehrlichen Arbeitern durch die Tat, dass wir das Äußerste tun wollen, um dieser Riesengefahr wirksam zu begegnen, die die kämpfende Arbeiterschaft um die Früchte Jahrzehntelanger Anstrengungen, Riesenopfer zu bringen vermag, wie der Fall der Sozialdemokratie und dann der Stalinpartei traurig,

aber klar gezeigt hat. Wird die praktische Erfahrung diese oder jene Änderung, vielleicht auch Lockerung mancher Garantien erfordern, so werden wir sie offen vor der Arbeiterschaft begründen, durchführen und zugleich andere erhöhte Garantien durchführen. Die im Rahmen der revolutionären Handlungs-, Kampffähigkeit höchste Sicherung gegen die Gefahr des Bürokratismus, gegen die Gefahr des Entartens ist auf Grund der fürchterlichen Enttäuschungen, Niederlagen, Katastrophen der Arbeiterklasse eine entscheidende Frage des Vertrauens geworden.

Das Vertrauen der besten Arbeiterelemente und durch sie der Arbeiterklasse muss die dauernde, tiefste Grundlage sein und bleiben der IV. Internationale und ihrer Parteien.

Das Vertrauen nicht nur in die Richtigkeit ihrer Linie, sondern auch das Vertrauen in ihren ehrlichen proletarisch-demokratischen Charakter, in ihren dauernden proletarischen Klassencharakter, in den dauernden proletarischen Klassencharakter ihrer gesamten Politik, das Vertrauen, dass sie das Weltproletariat nicht enttäuschen, sondern dessen unter allen wie immer gearteten Umständen bis ans Ende treuer Kampfgefährte und Führer im revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie und gegen alle Helfer der Bourgeoisie sein und bleiben wird.

Inhaltsverzeichnis

Drittes Buch, 2. Teil

Die vier Grundaufgaben der Arbeiterklasse und die proletarisch-revolutionären Organisationsprinzipien

Elftes Heft, 1. Teil

Die vierte Grundaufgabe der Arbeiterklasse:

Die Politik des proletarischdemokratischen Staates

I. Die Grundlinie aller Politik des proletarisch-demokratischen Staates

1. Das Steigern der Produktivkräfte und die proletarische Klassenmacht
 2. Die soziale Lage der Arbeiterklasse und die proletarische Klassenmacht
 3. Aller Politik des proletarisch-demokratischen Staates muss der proletarische Internationalismus zugrunde liegen
 4. Fehler sind unvermeidlich – aber nicht Verrat!
 5. Welche wichtigsten Kennzeichen beweisen, dass die proletarische Staatsmacht dauernd in die proletarische Klassenrichtung geführt wird, tatsächlich in die Richtung zum Sozialismus?
- Ergänzendes zum Klassencharakter des Stalinschen Sowjetstaates

II. Das Gefüge des proletarischdemokratischen Staates

1. Der Arbeiter- und Kleinbauernrat
2. Der beamtete Apparat des proletarisch-demokratischen Staates
 - a) Ursachen und Prozess des bürokratischen Entartens in Sowjetrußland
 - b) Die bürokratische Gefahr nach dem proletarisch-revolutionären Sieg in den vorgeschrittenen kapitalistischen Ländern
- c) Sicherung gegen das bürokratische Entarten
 2. Der proletarisch-demokratische Staatsapparat

Elftes Heft, 2. Teil

III. Die Innenpolitik des proletarisch-demokratischen Staates

- A. Auf dem Gebiete der Wirtschaft überhaupt
- B. Proletarisch-demokratische Planwirtschaft
- C. Auf dem Gebiete der Industrie
Die Lohnpolitik des proletarisch-demokratischen Staates
- D. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft
- E. Auf dem Gebiete der Verteilung
- F. Auf dem Gebiete des Finanzwesens
- G. Auf dem Gebiete der nationalen Beziehung im Innern
- H. Auf dem Gebiete der Religion
- J. Auf dem Gebiete der Familie
- K. Auf dem Gebiete der Erziehung
- L. Auf dem Gebiete der Wissenschaft
- M. Auf dem Gebiete der Kunst
- N. Auf dem Gebiete der Klassenbeziehungen

[255]

Elftes Heft, 3. Teil

IV. Die Außenpolitik des proletarisch-demokratischen Staates

V. Die Perspektiven des entarteten proletarischen Staates

1. Die Ursachen des Sieges der Stalinbürokratie
2. Der Kampf der Richtungen
3. Immer weiter nach rechts!
4. Und immer weiter nach rechts!
5. Welche Möglichkeiten stehen der Stalinbürokratie überhaupt noch offen?
6. Nur die internationale proletarische Revolution vermag den entarteten proletarischen Staat zu retten

[256]

Zwölftes Heft

Die proletarisch-revolutionäre Parteiorganisation

- I. Die Unabhängigkeit, Selbständigkeit der proletarischen Parteiorganisation
- II. Der demokratische Zentralismus
- III. Die Freiheit der Diskussion
- IV. Das Wahlprinzip
- V. Die Parteidisziplin
- VI. Die (innerparteiliche) Fraktion
- VII. Die Gliederung der Partei
- VIII. Die willensbildenden Organe der Partei
- IX. Die Parteiangestellten
- X. Die Arbeitsgruppen
- XI. Die Betriebszellen und die (außerparteilichen) Fraktionen
- XII. Der revolutionäre Jugendverband, Frauenverband
- XIII. Die revolutionäre Bildungsarbeit
- XIV. Die Parteipresse
- XV. Der Parteinamen
- XVI. Die Parteifinanzen
- XVII. Legale und illegale Parteiorganisation
- XVIII. Die Organisation der proletarisch-revolutionären Internationale

[Der Text wurde an die neue Schreibweise angepasst, offensichtliche Fehler wurden korrigiert.

Manfred Scharinger, 4.12.2022]